

Geschichte.
791
3 1761 04132 3627

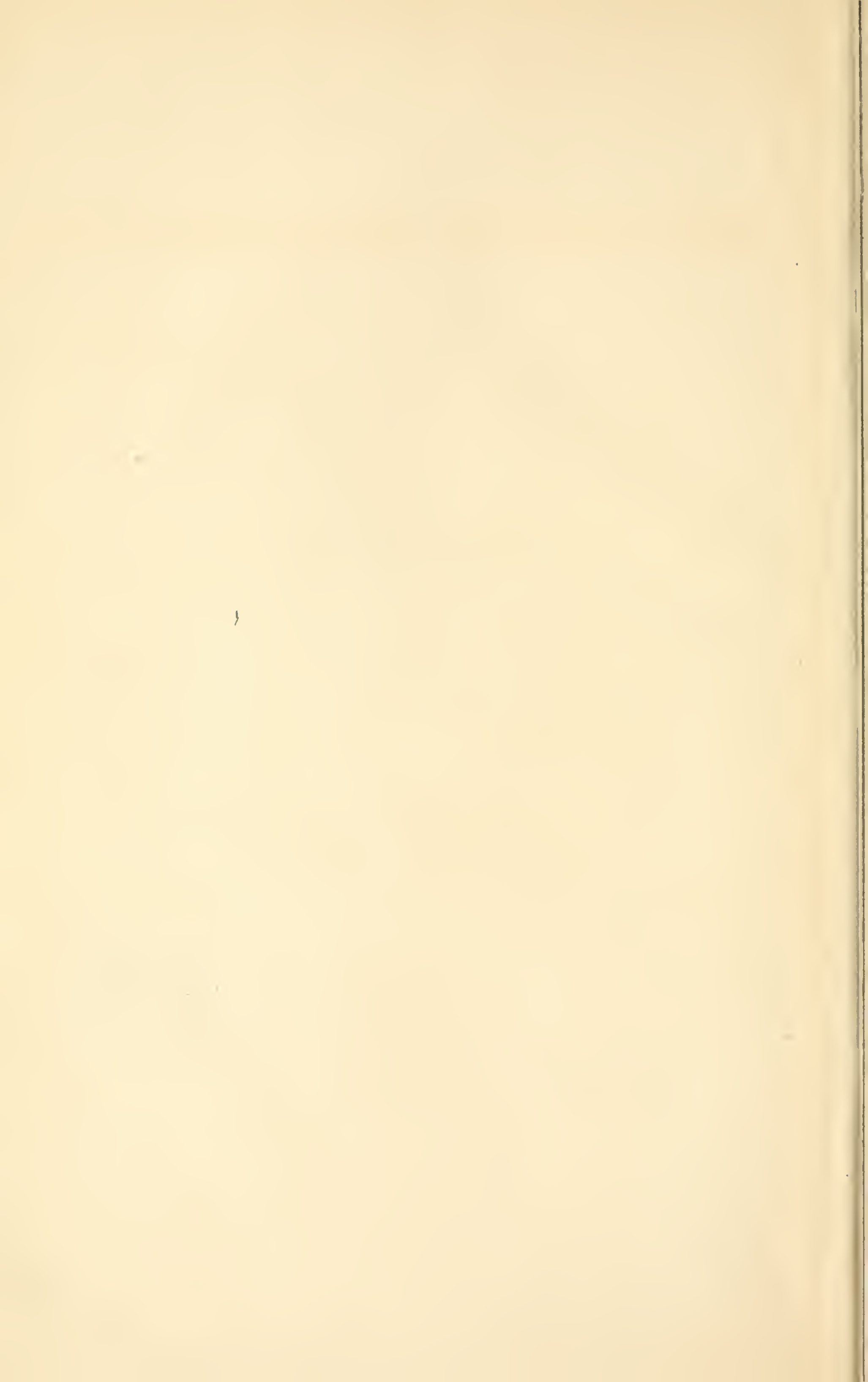




AUS

DREI VIERTEL-JAHRHUNDERTEN

ERSTER BAND



AUS

DREI VIERTEL-JAHRHUNDERTEN

ERINNERUNGEN UND AUFZEICHNUNGEN

VON

Friedrich Ferdinand Graf von Beust

IN ZWEI BÄNDEN

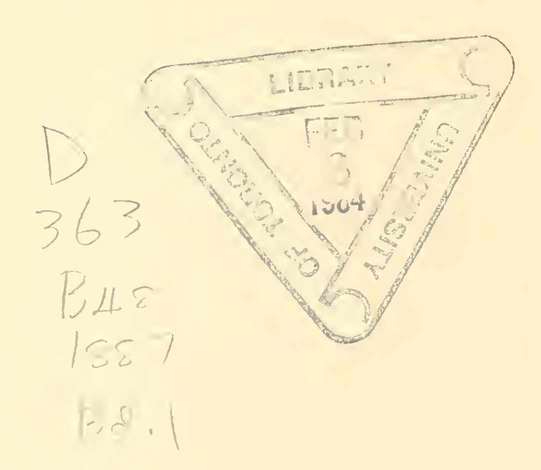
I. BAND

1809—1866





STUTTGART
VERLAG DER J. G. COTTA'SCHEN BUCHHANDLUNG
1887



Druck von Gebrüder Kröner in Stuttgart.

Vorrede.

Der Titel, unter welchem ich meine Erinnerungen einführe, wird vielleicht etwas weitgreifend, ja vermessen gefunden werden, nachdem mein gesamtes Leben nicht viel mehr als die für die Erinnerungen gewählte Anzahl von Jahren umfasst. Meine Leser werden jedoch alsbald nach Einsicht der ersten Seiten erkennen, dass meine „Erlebnisse“ bis in die ersten Jahre der Kindheit und jene der ersten Jugend zurückreichen, wenn auch die an deren Erinnerung sich knüpfenden „Betrachtungen“ dem reiferen Alter entstammen.

Ich halte inzwischen mit dem Bekenntnis nicht zurück, dass es ursprünglich gar nicht in meiner Absicht lag, ein den grösseren Theil des Jahrhunderts berührendes Geschichtswerk in der Gestalt einer Autobiographie zu schreiben. Dieser kühne Gedanke kam mir erst, als ich Musse gefunden hatte, mich an das zu machen, was man gemeinhin Memoiren zu nennen pflegt, wenn auch zuweilen für dieselbe Sache andere Namen gewählt werden.

Es mag Memoiren geben, denen man nach ihrem Erscheinen mehr Interesse und mehr Bedeutung zuerkannt hat, als dies meinen Aufzeichnungen vorbehalten ist; ich glaube aber nicht, dass man sich jemals so viel mit Memoiren vor ihrem Erscheinen beschäftigt hat, als dies mit den meinigen der Fall war. „Sie schreiben doch Ihre Memoiren?“ „Wann dürfen wir hoffen, sie er-

scheinen zu sehen?" „Man ist sehr gespannt" u. s. w. Diese und ähnliche Aeusserungen hörte ich seit Jahren auf jedem Tritt und Schritt, und ich wäre berechtigt, dem Titelblatt die Worte voranzustellen: „Auf wiederholtes Verlangen." Dies hätte nun an sich wenig zu sagen, und auch die Anträge von Journalen und Revuen wegen Ueberlassung von Primeurs, Fragmenten und ähnlichen Probeversendungen konnte ich leicht mit dem gebührenden Dank für das schmeichelhafte Verlangen, aber auch mit dem Hinweis darauf beantworten, dass es mein unabänderlicher Entschluss sei, das Ganze auf einmal erscheinen zu lassen und jede Ausnahme mir mehr Verstimmung als Empfehlung eintragen würde. Es geschah jedoch mehr: Einige Zeitungen, und in keiner bösen Absicht, zeigten nicht allein das bevorstehende Erscheinen der Memoiren an, woran nicht gedacht wurde, sondern berichteten auch über den muthmasslichen Inhalt, indem sie denselben im Voraus den Stempel eines ihnen ganz fremden Charakters, nämlich einer piquanten Lektüre, aufdrückten. Diesem Beginnen zu steuern, gab es kein besseres Mittel, als bei jeder Gelegenheit wissen zu lassen, dass die Memoiren ein mehrbändiges, über die Zeit meines ministeriellen Wirkens weit zurückreichendes Geschichtswerk zu werden bestimmt seien, womit dem Glauben an das bevorstehende Erscheinen sowohl als an den mehr frivolen als ernsten Charakter des Buches der Boden entzogen war. Seitdem wurde es still über die Memoiren. Ich aber machte das Wort „gesagt, gethan" zur Wahrheit. —

Soviel zur Erklärung des Umfangs! Was den Inhalt des Buches betrifft, so kann ich nur hoffen, dass derselbe nicht zu weit hinter seiner Aufgabe zurückgeblieben und dass dem *„non multa sed multum"* Genüge geleistet sein möge.

Ausstellungen mancherlei Art sehe ich entgegen, ich werde

ihnen aber die gute Seite abgewinnen, dass sie mir beweisen, wie meinem Unternehmen Aufmerksamkeit zu Theil wurde. Ich bin mir bewusst, überall nur die strengste Wahrheit gesagt, aus vollster Ueberzeugung gesprochen, und auch da, wo Personen unvermeidlicherweise in Frage kommen, rein objektiv geschrieben zu haben, Sofern man mir thatsächliche Irrthümer nachweisen sollte, würde ich deren Berichtigung mir selbst zur Aufgabe machen. Wenn ich es darauf ankommen liess, geschah es nicht aus leichtem Sinn, sondern weil mir etwas zur Seite stand, was Personen, die mich näher kannten, oft erprobt haben: ein seltenes Gedächtnis, das mir bis in das hohe Alter treu blieb.

Es wird aber auch an Stimmen nicht fehlen, welche meinen, wenn die Behandlung anderer Personen als objektiv gelten könne, so sei dagegen die Behandlung der eigenen Person eine zu subjektive, mit anderen Worten eine auf Selbstlob berechnete. Darauf entgegne ich: Ich habe erzählt, was ich gedacht und gethan habe. Sache des Lesers wird es sein, zu beurtheilen, ob das von mir Gedachte und Gethane lobenswerth war oder nicht. Anklagen gegen mich selbst zu richten, wäre entschiedener Luxus gewesen, dieser Mühe hatten meine Gegner mich gründlich enthoben.

Es sind dies nicht die einzigen Ausstellungen, die ich erwarte. So wird man Anstoss daran nehmen, dass eine nicht geringe Zahl von Reden und Depeschen eingeflochten wurden, die in den stenographischen Aufzeichnungen und in den Rothbüchern zu finden sind. Das sind ja — ich lese es schon im Geiste — bekannte und längst vergessene Dinge. Darauf ist meine Antwort: Vergessen ja, bekannt nein, eben weil vergessen. Ich bin aber der Ansicht, dass das nicht abhalten kann, an Vergessenes und deshalb Unbekanntes zu erinnern, sobald dasselbe zum Verständnis geschehener Dinge dienen kann. Es leitete mich über-

dies eine Betrachtung, die mir einmal in meiner Bibliothek entgegentrat. Da stehen neun Bände „Aus Metternich's Nachlass" und fünfzehn Bände „*Discours de Mr. Thiers*". Es finden sich eben so viele interessante Depeschen in dem Einen, als meisterhafte Reden in dem Andern. Wird es mir wohl einfallen, jene beiden Sammlungen in die Hand zu nehmen, um so zu sagen *in abstracto* eine Depesche oder eine Rede zu lesen? Hätte Metternich eine seine gesamte Thätigkeit umfassende Autobiographie geschrieben und die betreffenden Depeschen an der betreffenden Stelle seiner Erzählung eingeflochten, so würde man noch heute davon mit Interesse Kenntnis nehmen, und eben so hätte man die gleiche Aufmerksamkeit für die Reden von Thiers, hätte er, wie er eine Geschichte des Konsulates und des ersten Kaiserreiches, auch eine Geschichte der Juli-Monarchie, der zweiten Republik und des zweiten Kaiserreichs geschrieben und die wichtigeren seiner Reden in die Geschichtserzählung eingefügt. So hoffe ich denn, dass auch meine seinerzeitigen Enunziationen an den geeigneten Stellen einiges Interesse bieten werden, womit ich weder meine Depeschen denen des Fürsten Metternich, noch meine Reden denen des Herrn Thiers zur Seite zu stellen gemeint bin. Uebrigens wird der gesonderte Druck dafür sorgen, dass, sofern die Schriftstücke nicht unter die Beilagen verwiesen sind, dem weniger wissbegierigen Leser das Ueberschlagen erleichtert werde, wie ich denn auch mich bestrebt habe, des Wortes eingedenk zu bleiben: „*Tous les genres sont bons hors le genre ennuyeux.*" Daher habe ich auch nicht geglaubt, dem meinem Buche vindizirten Charakter einer ernsten Schrift dadurch Eintrag zu thun, dass ich einige Male der Erinnerung an heitere Zwischenfälle Raum gönnte.

Friedrich Schlegel hat gesagt: der Historiker sei ein rückwärts gekehrter Prophet. Dieser Ausspruch könnte, wollte man

ihn wörtlich nehmen, nur ein vollständiger Unsinn sein, denn mit Dem, welcher Kommendes voraussagt, kann Der, welcher Geschehenes erzählt, unmöglich verglichen werden. Dennoch hat das Wort eine tiefe Bedeutung. Gleichwie die Stimme des Propheten eine weckende und warnende ist, so auch kann es die Stimme des Historikers sein, vorausgesetzt dass man mehr auf ihn hört, als dies den Propheten zu begegnen pflegte.

Zum Schluss meiner Vorrede gelange ich zu einer mir nothwendig erscheinenden Beleuchtung von zwei nicht unwichtigen Fragen, welche bei Memoiren wiederholt in Betracht gezogen wurden: ich meine die Diskretion und den Zeitpunkt der Veröffentlichung und beginne mit der ersteren dieser zwei Fragen.

Einem aufmerksamen Beobachter dessen, was im Laufe unseres vielgestaltenden Jahrhunderts sich vollzieht, wird nicht entgehen, dass die goldene Regel, wonach der, welcher die Lasten zu tragen hat, auch die Vortheile haben soll *(cujus onera ejusdemque commoda)*, trotz des zur Schau getragenen Grundsatzes der Gleichheit zuweilen stark aus der Uebung kommt. Davon ein Beispiel: In der „guten“ alten Zeit konnte ein an der Spitze der Regierung gestandener Staatsmann nach seinem Ausscheiden unangefochten leben, denn er hatte nicht nöthig, sich gegen Angriffe zu vertheidigen, da ihn die Censur schützte. An Stelle der letzteren trat die Pressfreiheit. Nun sollte man meinen, es müsse ihm, nachdem ihm der Schutz entzogen war, die Wohlthat der Selbstvertheidigung zu gute kommen, namentlich dann, wenn seine amtliche Wirksamkeit thatsächlich entstellt wird, wozu nicht selten, ich sage nicht die Nachfolger, wohl aber deren Seïden, die Beiträge liefern. Aber mein Amtsgeheimnis! Schweigen! Ja, wenn über das, was man oberflächlich Amtsgeheimnis nennt, nicht gesprochen werden darf, warum dürfen es dann Die thun,

welche es nur vom Hörensagen kennen und durch ihre Erzählungen in der Presse Urtheile hervorrufen, die nicht blos die betreffenden Personen, sondern auch die Regierungsautorität zu schädigen geeignet sind? Vor nicht langer Zeit geschah es, dass nach dem Tode des Grafen Lonyay in einem Wiener Blatte ein Entrefilet erschien des Inhalts, dass im Jahre 1871 die Zurücknahme der böhmischen Fundamental-Artikel nicht, wie man bis dahin wusste, mir, sondern ihm zu danken gewesen sei; und ein Pester Blatt spann diese Behauptung in der Richtung weiter, dass ich im Gegentheil mich in geheimem Einverständnis mit Graf Hohenwart befunden, also doppeltes Spiel getrieben habe. Dass die offiziöse Presse meine Vertheidigung übernehmen solle, wurde von mir weder verlangt noch erwartet, aber noch weniger durfte ich erwarten, dass dieselbe gegen mich auftreten werde. Dies aber geschah. Nachdem in Folge einer Begegnung meinerseits mit dem Herausgeber jenes Wiener Blattes in diesem ein den wahren Sachverhalt darstellender Artikel erschienen war (ich bin für abträgliche Beurtheilungen sehr harthörig, nicht aber für Verschiebungen und Entstellungen von Thatsachen), brachte das Hauptorgan der Regierung (das Pressbureau des Ministeriums des Aeussern war dabei unbetheiligt) einen scharfen Ausfall, wodurch ich in wenig verbindlichem Ton über das Amtsgeheimnis belehrt wurde und zwar mit der Insinuation, dass ich selbst den Artikel geschrieben habe. Nebenbei sei bemerkt, dass das „Amtsgeheimnis“ eine seiner Zeit nicht unbekannt gebliebene Episode des Ministerraths war, welche darin bestand, dass einer der Theilnehmer, von dem man es am wenigsten erwartet hatte, sich gegen die Fundamental-Artikel ausgesprochen und dabei einen humoristischen Einfall hatte laut werden lassen, welcher die in ernster Stimmung befindliche Versammlung lachen machte.

Ich möchte nicht, dass die vorstehende Bemerkung als Vorbereitung auf ich weiss nicht welche „Enthüllungen“ angesehen werden möchte. Ich weiss das wirkliche Amtsgeheimnis zu achten und zu hüten; meine eigenen Geheimnisse aber, wenn man doch nach Geheimnissen sucht, gehören mir. Man wird mir hoffentlich die Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass ich zu berühren vermieden habe, wo eine Verlautbarung der Regierung oder dem Lande Schaden bringen könnte, und eben so glaube ich nichts geschrieben zu haben, was irgend jemand kompromittiren könnte.

Ich ziehe den Hut vor Denen ab, welche, um den Anforderungen der Diskretion gerecht zu werden, die Selbstverleugnung bis zum absoluten Schweigen treiben, allein es zu billigen, vermag ich nicht, denn es handelt sich nicht nur um den eigenen staatsmännischen Ruf, sondern um das gouvernementale Ansehen, welches bei unzutreffenden Darstellungen der Vergangenheit nicht ungeschädigt bleibt.

Uebrigens sollte man meinen, der Vorgang des Poschingerschen „Preussen am Bundestag“ lasse die vorstehende Rechtfertigung überflüssig erscheinen.

Was endlich die Frage des Zeitpunktes der Veröffentlichung betrifft, so bin ich darüber nie im Zweifel mit mir gewesen, denn ich war stets der Ansicht, dass die vornehme und rücksichtsvolle Aussenseite der *Mémoires d'outre tombe* nichts Anderes bedeutet als eine versteckte Poltronnerie. Aus den weiter oben entwickelten Gründen war ich genöthigt, meinen Erinnerungen eine grössere Ausdehnung zu geben, als dies beabsichtigt war, und aus diesem Anlass, zu welchem zwei schwere und langwährende Krankheiten hinzutraten, das Erscheinen derselben zu verzögern, aber ohne dass dies an meinem Entschluss etwas geändert hätte, an die Herausgabe zu gehen, sobald sie vollendet

sein würden. Dass mit jedem neuen Jahre das Interesse an deren Inhalt sich mindern müsse, konnte von mir nicht übersehen werden, war aber für mich nicht das entscheidende Motiv. Mit der Veröffentlichung bei Lebzeiten sind mancherlei und nicht geringe Unannehmlichkeiten und Erschwerungen verbunden, dafür aber entschädigt das Bewusstsein, Rede zu stehen für das, was man schreibt. Wohl wird begreiflicherweise den Erinnerungen eines Verstorbenen eine schonendere Beurtheilung als denen eines Lebenden zu Theil, allein ein Buch, welches das Kreuzfeuer der Kritik zu bestehen hat, erfordert meines Erachtens mehr litterarischen Werth, als wenn dasselbe mit zarter Hand angefasst würde. Die geehrten Herren Kritiker mögen jedoch in diesen Worten nicht eine Provokation, sondern eine Submission erblicken [1].

[1] Die hiemit dem Publikum gebotenen Denkwürdigkeiten wurden der Verlagshandlung im Frühjahr 1886 vom Herrn Verfasser selbst zur Drucklegung übergeben.

Der dritte Theil (die Botschafterzeit) war damals im Manuskript noch nicht zum Abschluss gediehen, sollte aber, wie der Autor mehrfach mündlich und schriftlich versicherte, so gefördert werden, dass das Werk spätestens mit Anfang 1887 vollständig ausgedruckt vorliegen könne. Leider verhinderten wiederholt auftretende Krankheits-Erscheinungen den Abschluss, bis der Tod dem Verfasser die Feder überhaupt aus der Hand nahm.

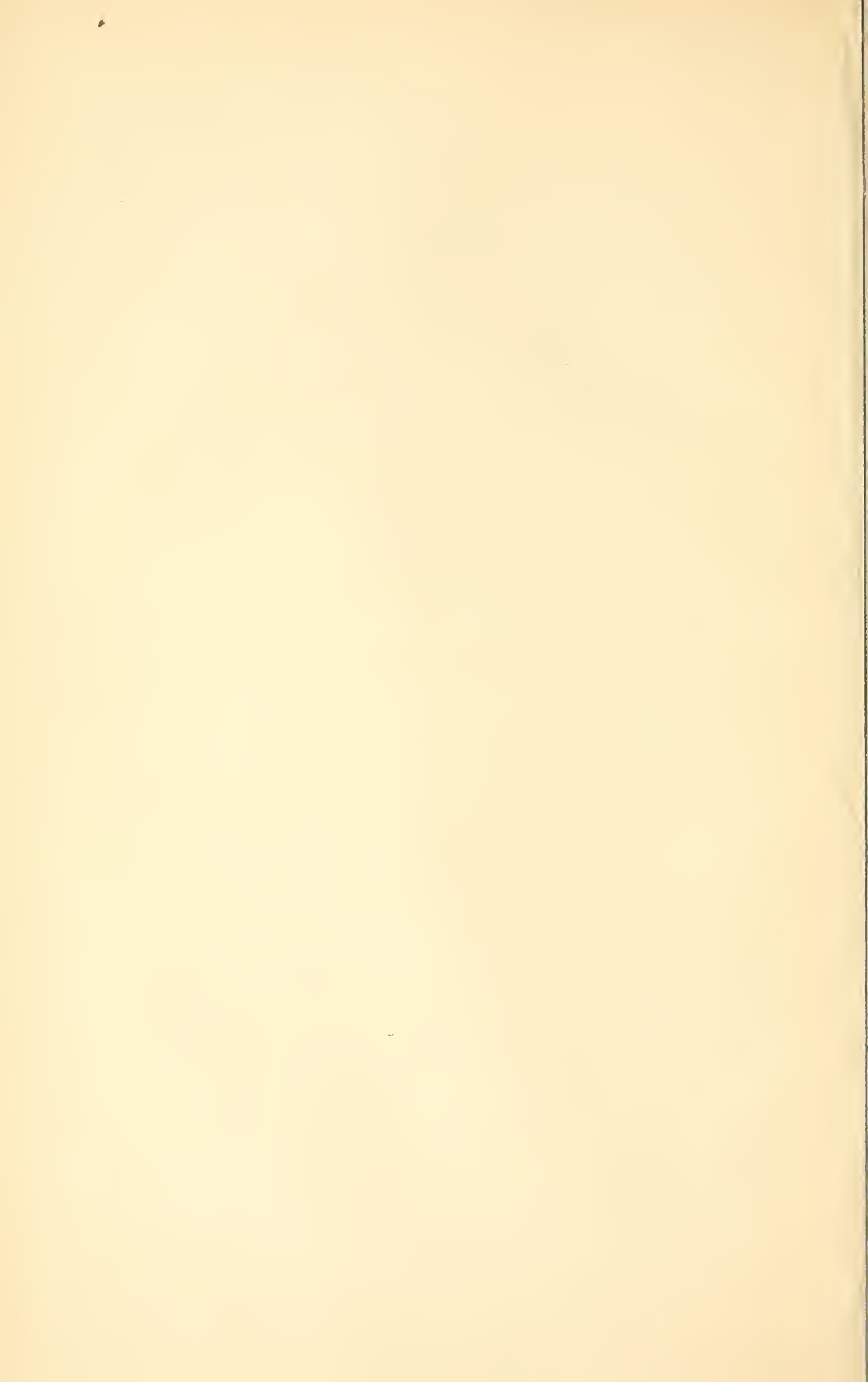
Somit sind zwar die Denkwürdigkeiten nicht ganz vollständig, enthalten aber doch alles Wesentliche, und zwar vor Allem die beiden grossen Epochen im Leben des Verblichenen: die Zeit seiner sächsischen und österreichischen ministeriellen Thätigkeit. Im Uebrigen wird der Leser bemerken, dass die Erinnerungen aus der Londoner Botschafterzeit die damalige politische Thätigkeit des Verfassers nicht zum Gegenstand haben: dasselbe wäre voraussichtlich in Bezug auf die Vertretung in Paris der Fall gewesen, wenn die geplanten Aufzeichnungen zum Abschluss gebracht worden wären.

Das uns übergebene Manuskript gelangt in dem vorliegenden Werke, wie es sein Autor wollte und bestimmte, ohne jede Aenderung zum Abdruck, der Schluss fand sich in seinem Nachlass nicht vor.

Die Verlagshandlung.

Inhalt

des ersten Bandes.



Erster Abschnitt.

1809—1866.



I. Kapitel.

1809—1830.

Lebens-Anfang und Berufs-Anfang. — Die Schlacht von Leipzig. — Die französische Zeit in Sachsen. — König Friedrich August. — Die Göttinger Universität. — Meine Absicht, Dozent zu werden, und mein Eintritt in den diplomatischen Dienst. — Der undankbare Sohn der Revolution.

Mit welchem Abschnitt meines Lebens und Wirkens soll die Niederschrift meiner Erinnerungen beginnen?

Diese Frage habe ich mir mehr als einmal vorgelegt, bevor ich zu einer entschiedenen Beantwortung gelangte. Der wichtigste war unstreitig, nicht nur für mich, sondern auch für Andere, der fünfjährige Zeitraum, während dessen ich die Ehre hatte, Reichskanzler in Oesterreich zu sein. Ihm wendete ich denn auch, so bald mir die nötige Musse gegönnt war, vor Allem meine Aufmerksamkeit und meine Feder zu. Im Laufe dieser Arbeit kam ich indessen bereits zu der Erkenntnis, dass meine vorausgehende und länger währende ministerielle Thätigkeit in Sachsen trotz der durch die Verhältnisse ihr gezogenen engeren Grenzen ein nicht minder reiches Feld lehrreicher Erfahrungen und interessanter Erlebnisse dargeboten hatte, namentlich aber, dass sie mit dem, was in Oesterreich vor meinem Eintritt geschah, nicht ohne zeitweise Wechselbeziehung geblieben war. Gleichwie aber, von diesem Standpunkt aus betrachtet, meine Dresdener Ministerzeit der Wiener gegenüber als eine vorbereitende gelten kann, so

auch war wiederum mein Berufsleben bis zu dem Beginn meiner ministeriellen Laufbahn auf die letztere nicht ohne Einfluss, wie denn endlich auch die Zeit meiner Vorbildung für den Staatsdienst, dem ich im Ganzen einundfünfzig Jahre lang obgelegen habe, mir Erinnerungen von mehr als persönlichem Interesse zurückgelassen hat. Dieser Gedankengang musste, nachdem, wie ich in der Vorrede erwähnt habe, gewisse Umstände mich zu dem Entschluss gedrängt hatten, meinen Erinnerungen einen grösseren Umfang zu geben, folgerichtiger Weise zuletzt dahin führen, mit dem Zeitpunkt zu beginnen, bei welchem der Charakter des Anfangs keinem Zweifel unterliegt, nämlich mit dem Eintritt in die Welt.

Bevor ich von dem Tage spreche, an dem ich deren Licht erblickte, und mir etwas Absonderliches begegnete, seien mir einige Worte über die Familie, der ich angehöre, gestattet, und zwar darum, weil damit Zufälligkeiten pikanter Natur im Zusammenhang stehen. Ich habe weder Genealogie im Allgemeinen noch Familien-Geschichte je zu einem Lieblings-Studium gemacht; wem aber das Loos beschieden ist, oft genannt zu werden, dem fehlen auch nicht die Biographen, und durch diese bin ich erst auf einige erwähnenswerte Daten und deren notwendige Richtigstellung aufmerksam geworden. Dahin gehört, dass das sehr alte Geschlecht der Beust aus der Mark Brandenburg stammt, woselbst der Stammsitz Büste nicht weit von Schönhausen sich befunden haben soll. Noch eine andere Reminiscenz aus der Geschichte meiner Familie weist nach dem hohenzollernschen Norden von Deutschland. Als ich nach dem Abgang von der Universität mich um die Würde eines königlichen Kammerjunkers bewarb, hatte ich vorschriftsmässig einen Stammbaum mit sechzehn Ahnen vorzulegen. Der meinige zeigte vierundsechzig, und da bemerkte ich auf der einen Seite ein Schild ohne Descendenz aber mit einer Bischofsmütze. Es war ein so und so vielter Urgrossonkel, der im fünfzehnten Jahrhundert Bischof von Havelberg gewesen war.

Mein Urgrossvater wurde als dänischer Staatsminister in den

Freiherrnstand erhoben, wogegen dessen jüngerer Bruder, welcher kurpfälzischer Kämmerer war, in Wien die Reichsgrafenwürde erwarb, wobei in dem Diplom darauf Bezug genommen war, dass mehrere seiner Vorfahren sich um das Erzhaus verdient gemacht hätten, indem in der Schlacht von Mühldorf 1322 viere derselben auf österreichischer Seite geblieben seien, einer mit Auszeichnung unter Montecuculi gedient habe und ein anderer bei der Entsetzung von Wien 1683 gewesen sei. So fanden die Berührungen mit Preussen und der österreichische Dienst ihre Anknüpfung an eine weit zurückgreifende Vergangenheit. Sehr undankbar gegen die Krone Dänemark musste sich der Urenkel erweisen, da ich bekanntlich auf der Londoner Conferenz von 1864 berufen war, am entschiedensten gegen Dänemark aufzutreten.

Ich sagte weiter oben, am Tage meiner Geburt sei mir etwas Absonderliches begegnet. Es bestand darin, dass ich an diesem Tage betrunken war, womit es folgende Bewandtnis hatte: Jederzeit hatte ich die üble Gewohnheit, auf mich warten zu lassen. — Dies geschah auch an jenem Tag, und als endlich das Ereignis sich vollzogen hatte, war mein Vater ausser sich vor Freude und schenkte der Amme ein Dutzend Flaschen ältesten Rheinweins aus dem Jahre 1683. Die Amme war eine Wendin, die nicht Deutsch sprach und die Gabe falsch verstand, so zwar, dass sie den Wein in eine kleine Wanne goss und mich darin badete.

Die Slaven in Oesterreich haben mir das beiläufig nie von mir gesprochene Wort aufgebracht, „man müsse sie an die Wand drücken“ [1]); es wäre dies jedoch nur eine Vergeltung für den Schaden gewesen, den mir das slavische Element schon am ersten

[1]) Der Ursprung dieses Wortes war folgender: Der frühere Minister, spätere Statthalter von Galizien, Graf Goluchowski pflegte sich mit mir in französischer Sprache zu unterhalten. Seinen Bemühungen war es vorzugsweise zu danken, dass nach meiner Uebernahme des Ministerpräsidiums 1867 der galizische Landtag vorbehaltlos für den Reichsrat wählte. Damals hatte ich zu Graf Goluchowski gesagt: „*Si cela se fait les Slaves sont mis au pied du mur*,“ — eine von der obigen sehr verschiedene Aeusserung.

Tage meines Lebens zugefügt hatte. Wohl habe ich behaupten gehört, jenem Versenken im alten Rheinwein habe ich meine unverwüstliche Laune zu danken gehabt. Thatsächlich aber ist es, dass die physische Wirkung eine äusserst nachteilige war. Nicht allein, dass ein 24 Stunden anhaltender Schlaf für das Leben des Kindes befürchten liess, so blieb dasselbe in einem Zustande von Ueberreizung, welcher in den ersten Jahren jede consistente Nahrung zurückwies. Dieser Zustand der Ueberreizung, dessen ich erst mit der Zeit Herr wurde, trug mir, wie ich es oft vernommen, den Ruf eines unausstehlichen Kindes ein. Noch heute aber erinnere ich mich des Schreckens meiner Eltern, als meine Brüder und ich einmal, da ich schon einige Jahre alt war, gewogen wurden, und ich 18 Pfund notirte. Zur Corpulenz habe ich es auch seitdem nie zu bringen vermocht und meist für kränklich gegolten [1]), trotzdem aber, während alle meine Zeitgenossen von Schule und Universität bis auf zwei oder drei schon längst und meist seit Jahrzehnten unter der Erde ruhen, bei unveränderter Beweglichkeit von Geist und Körper und — obschon man nicht behaupten kann, dass ich ein gemütliches Stillleben hinter mir habe — es bis zu 77 Jahren gebracht, wozu allerdings das mitgeholfen, was ich mir auch im politischen Leben stets zur Regel gemacht — in allen Dingen Mass zu halten.

Vielleicht wären die Folgen jener Bacchustaufe weniger glücklich verlaufen, hätten nicht meine Eltern bald nach meiner Geburt Dresden verlassen, um Sommer und Winter auf dem Lande und zwar auf dem damals meinem Vater gehörigen bei Leipzig gelegenen Rittergut Zöpen zuzubringen, woselbst meine Mutter, die Tochter des Conferenz-Ministers von Carlowitz, eine ausgezeichnete Frau von ausgedehntem Wissen, die Erziehung der Kinder neben einem Hauslehrer leitete, einem vortrefflichen Mann,

[1]) Noch im Jahre 1845 machte eine Lebensversicherungs-Anstalt Schwierigkeiten, meine Versicherung anzunehmen, die ihr seitdem vierzig Mal die jährliche Prämie eintrug.

dem Candidat der Theologie Sturz — seine Schwester war die Gemahlin des aus Sachsen nach Oesterreich 1813 übergetretenen Generals von Langenau. Diesem Wechsel des Aufenthaltes verdanke ich die noch heute lebhafte Erinnerung an eine welthistorische Begebenheit: die Schlacht von Leipzig. Ich stand damals im fünften Lebensjahre.

Bekanntlich dauerte die Schlacht vom 16. bis 18. Oktober. Die Wochentage sind mir im Gedächtnis geblieben. Sonnabend den 16. eröffnete Fürst Schwarzenberg ganz nahe von unserem Haus eine Kanonade, bei welcher sämtliche Fensterscheiben auf der ihr zugewendeten Seite sprangen. Ich befreundete mich indessen rasch mit der Schlacht, da uns verkündigt wurde, dass keine Unterrichtsstunde stattfinden würde. Am nächsten Tage, dem Sonntag, spielte ich im Hof, als plötzlich zwei Offiziere zu Pferd erschienen. Meine Eltern, die mit meinen Brüdern in der Kirche waren, wurden eiligst herbeigerufen. Es waren russische Offiziere, und sie kamen für etwas viel Schlimmeres wie Einquartierung. Alles, was in den Ställen war: die besten Pferde, Kühe und Schafe, wurden gewaltsam fortgeschleppt. Ich sehe noch die heulenden Mägde vor mir, wie sie die schönsten Kühe aus dem Stall zogen. Der Hof war voll von Bewaffneten, man hatte uns in eine Dachkammer gebracht, von wo wir deutlich sahen, dass die Baschkiren mit Pfeilen nach den Fenstern schossen. Aus dem dritten, dem entscheidenden Tage, dem 18. Oktober, ist mir eine Erinnerung geblieben, nämlich wie ein preussischer Offizier eintrat und meinen Vater mit den Worten umarmte: „Der König ist über." Die sächsischen Truppen waren übergegangen, zu spät für den König, zu früh für sich selbst.

Ich knüpfe an diesen Ausspruch einige geschichtliche Erinnerungen, die ich nicht in meinem damaligen Alter, sondern erst später in mich aufnehmen konnte. Jenes Uebergehen während der Schlacht hat namentlich vom militärischen Standpunkt aus gerechte Verurteilung erfahren, diese aber ist erst in späteren Zeiten hervorgetreten; den Zeitgenossen, mit Ausnahme franzö-

sischer Geschichtsschreiber, hat sie sich weniger aufgedrängt. Ich durfte sagen „zu früh“, weil das über Sachsen verhängte Schicksal das gleiche blieb, ob die Armee nach der Schlacht entwaffnet wurde oder sich der feindlichen Armee anschloss. Dass es anders kommen und die Sache des Königs noch gerettet werden könne, war eben eine falsche Vorstellung derer, welche die Truppen den Alliirten zuführten. — Dazu kam nun die antifranzösische Stimmung im Lande, die sich vor der verlorenen Schlacht in der damals noch so wenig demonstrirenden Bevölkerung so stark ausprägte, dass die Königin bei der Ankunft in Leipzig zu Napoleon sagte: „*Vous nous avez fait perdre ce que nous avions de plus précieux, l'amour de nos sujets.*“ Was oft behauptet worden ist, dass man nämlich während der napoleonischen Zeit in Sachsen sehr französisch gewesen sei, ist überhaupt selbst zu der Zeit des napoleonischen Glücks nicht der Fall gewesen. Es hat, wie dies in solchen Zeiten stets zu geschehen pflegt, eine französische Partei gegeben; aber nicht blos im Volk und im Bürgerstande, auch in der Aristokratie war man dem Verhältnis abgeneigt. Dazu hatte das form- und rücksichtslose persönliche Auftreten des französischen Kaisers viel beigetragen. Meine Grossmutter Carlowitz, die ihr halbes Leben am Hofe zugebracht hatte, konnte mir davon viel erzählen, wie z. B. bei seinem Erscheinen in Dresden im Jahre 1807 Napoleon, der nicht gern viel Zeit beim Speisen verlor, an der königlichen Tafel, an der Seite der Königin zu dem Ober-Kammerherrn, der hinter ihm stand, nach dem dritten Gericht sich mit den Worten wendete: „*Faites servir les glaces.*“ Wenn die Damen vorgestellt wurden, hatte er die stereotype Frage: „*Avez-vous des enfants? des garçons? faites-en des soldats; des filles? donnez-les à de braves militaires.*“ Meine Grossmutter wusste aber auch noch von einer späteren Zeit, wo es keinen Kaiser Napoleon, sondern einen König Ludwig XVIII. gab, zu erzählen und zwar, wie sie genötigt gewesen, bei Hof mit Fouché L'hombre zu spielen, und wie sie das Blut an seinen Fingern zu sehen geglaubt habe.

Heute, wo über republikanische Verstösse — teils mit Recht, teils mit Uebertreibung — geeifert wird, ist es nicht uninteressant, daran zu erinnern, dass Ludwig XVIII. dem Dresdener Hof einen Gesandten schickte, der für den Tod Ludwigs XVI. gestimmt hatte, dessen Mutter eine sächsische Prinzessin war. Grosse Feinfühligkeit war darin kaum zu erkennen.

Für die Armee, mit welcher die französischen Marschälle angenehmere Formen entwickelten, als ihr Herr und Gebieter sie anzuwenden pflegte, mag eine Zeit lang das Verhältnis zu Frankreich ein ansprechendes gewesen sein. In den Jahren 1809 und 1812 hatten die sächsischen Truppen den Vorzug, mit Auszeichnung an der Seite eines siegreichen Heeres zu kämpfen, was ihnen bei Jena nicht beschieden gewesen war. — Demungeachtet war die Armee der deutschen Strömung nicht unzugänglich geblieben, wie dies der Rücktritt von Thielman und Langenau veranschaulichte; und als das Jahr 1813 gekommen war, musste diese Strömung um so mehr an Stärke gewinnen, als der verlängerte Aufenthalt des Königs in Prag und der zugleich erwartete Anschluss an Oesterreich eine andere politische Aktion in Aussicht stellten, als die, welche schliesslich eintrat, und welche vielleicht nie eine zutreffende Beurteilung gefunden hat.

Einer unserer Gutsnachbarn von Zöpen war der Graf Senfft-Pilsach, einst sächsischer Gesandter zu Paris, während der ersten Jahre des Kaisertums, dann sächsischer Cabinets-Minister. Er war, als das Jahr 1813 kam, entschieden für den Anschluss an Oesterreich und hatte sich in Begleitung des Königs nach Prag begeben, als Napoleon bei Lützen siegte. Der König kehrte nach Dresden zurück, Senfft aber nahm seine Entlassung und befand sich später als Gesandter in Turin und im Haag, zuletzt in München in österreichischem Dienst. Dort sahen wir uns in den vierziger Jahren, als ich daselbst sächsischer Geschäftsträger war. Meine Mutter war intime Freundin seiner verstorbenen Frau und es war begreiflich, dass wir oft von den alten Zeiten sprachen. Als ich einmal mit Lebhaftigkeit die Ansicht ver-

trat, dass der König Unrecht hatte, sich zur Rückkehr nach Dresden bestimmen zu lassen, entgegnete mir Senfft: „Beurteilen Sie den König nicht zu streng; wäre die Schlacht von Kulm verloren worden — was ohne Vandamme's bekannten Fehler und den weniger bekannten Blasenkrampf, der Napoleon nach der Schlacht von Dresden befiel und ihn Stunden lang jedes Wortes unfähig machte, leicht hätte geschehen können —, so konnte es am nächsten Tag zu Friedens-Verhandlungen kommen."

Die Bedeutung dieser Worte Senfft's wird durch eine Stelle des weiterhin zur Erwähnung kommenden Memoires des Generals von Gersdorff über den Verlauf der Ereignisse des Jahres 1813 wesentlich erhöht. Napoleon hatte nach der Schlacht von Dresden den Befehl erteilt, dass eine starke Colonne Vandamme nach Nollendorf folge, plötzlich aber Gegenbefehl in der Richtung erlassen, dass diese Colonne auf Grossenhain dirigirt werde. Viel später und erst in jüngster Zeit gelangte es zu meiner Kenntnis, dass Senfft Memoiren hinterlassen habe. Dieselben erschienen 1863 in Leipzig bei Veit & Co. In diesen Aufzeichnungen hat man Gelegenheit, noch weit mehr zu lernen, dass das über den unglücklichen König Friedrich August verhängte Urteil ein zu strenges war. Aus Senfft's Relationen — und gewiss war Senfft ein sehr guter Oesterreicher — geht hervor, dass man in Wien den König abhielt, zu rasch mit Napoleon zu brechen, dass man vielmehr seinerseits eine hinhaltende Politik wünschte, dass endlich die gegen Russland und Preussen hin gemachten Annäherungen erfolglos, ja unbeachtet blieben. Das Facit, welches der in die schwierigste Lage versetzte Fürst aus alle dem ziehen konnte, war, dass das Loos über ihn und sein Land geworfen sei, und dass er als Bundesgenosse von einem siegreichen Frankreich mehr zu erwarten habe, als von den siegreichen Alliirten. Gewiss ist, dass eine solche Betrachtung ihn nicht leitete, sondern dass sein landesväterliches Herz, welches er während einer mehr als fünfzigjährigen Regierung bethätigte, den Gedanken nicht zu

ertragen vermochte, Napoleon könne seine Drohung, Sachsen als erobertes Land zu behandeln, zur Ausführung bringen.

In dem letzterschienenen dritten Bande seiner deutschen Geschichte bemerkt Heinrich von Treitschke: der König sei unaufgefordert nach Dresden zurückgekehrt, so dass man glauben könnte, es habe der König mit dem Empressement der Deferenz gegen Napoleon sich beeilt, nach Dresden sich zurückzubegeben. Er beruft sich dabei auf eine Denkschrift, welche der von dem König vorausgeschickte General von Gersdorff über den Verlauf der Dinge im Jahre 1813 behufs Vorlage an die beratschlagenden Minister beim Wiener Congress verfasste. Ich kenne diese Denkschrift. Das Citat ist richtig, nur hat es, wie jedes Citat, dann erst Bedeutung, wenn es nicht aus dem Zusammenhang herausgegriffen wird, sondern mit demselben zur Anschauung gelangt. Jene Denkschrift, welche viel geschichtlich Wertvolles enthält, zeigt eine bemerkenswerte Uebereinstimmung mit dem, was aus den von mir in Bezug genommenen Memoiren von Senfft hervorgeht. Der König, welcher nach einer Seite vor der Aussicht stand, sein Land besetzt und feindlich behandelt zu wissen, ohne auf der anderen Seite eine Bürgschaft dafür gewonnen zu haben, dass die siegreichen Alliirten ihm zu dessen Wiedergewinnung verhelfen würden, erkannte, dass unter solchen Umständen sein Platz dort sei, wohin ihn der Wille der Vorsehung gestellt hatte, nämlich in der Mitte seiner Unterthanen. Die damit verbundene, etwas optimistisch scheinende Hoffnung, bei einem möglichen Friedensschluss nicht nur seiner eigenen Sache, sondern auch derjenigen Deutschlands nützen zu können, entbehrte nicht aller Begründung. Die Würde und das wohlverstandene Interesse erforderten jedoch, dass der Schritt als ein freiwilliger erschien, und deshalb wurde die Sendung des Generals von Gersdorff beeilt, und dessen Instruktionen gingen dahin, jeder Deutung, als ob der König sich einer Drohung gefügt habe, entgegenzutreten. Das ist es, was die Gersdorff'sche Denkschrift darlegt. Inzwischen ist es Zeit, dass ich zu den Jahren zurückkehre,

wo die im Vorstehenden besprochenen Begebenheiten sich ereigneten, ich selbst aber ein Kind war.

Im Jahre 1819 wurde unser Zöpen verkauft und wir zogen nach Dresden zurück, wo uns das Unglück traf, dass mein ältester Bruder, der sich auf der Militär-Akademie zum Artillerie-Offizier ausbildete, plötzlich starb. Im Jahre 1822 bezog ich die Kreuzschule und verliess sie 1826 als Oberprimaner. Mein Bruder, welcher inzwischen die Berg-Akademie zu Freiberg besucht hatte, sollte die Universität Göttingen wegen der für sein Fach dort damals vorhandenen hervorragenden Lehrkräfte besuchen, und deshalb begann ich selbst dort meine Universitätsjahre ziemlich jung, da ich erst siebzehn Jahre hinter mir hatte. Die berühmte Georgia Augusta stand damals im höchsten Flor, 1500 Studenten, darunter 800 Ausländer, d. h. Nichthannoveraner. Ich hörte Hugo für römisches, Eichhorn für deutsches Recht, Heeren für Geschichte, Bouterweck für Logik, Sartorius und Saalfeld für Politik, Blumenbach für Naturgeschichte. Ich darf sagen, ich war während meines Göttinger Jahres ein fleissiger Student. Jeden Tag besuchte ich sechs Collegien und repetirte eifrig meine Hefte. Jenes Göttinger Jahr hatte auf mein politisches Temperament entschiedenen Einfluss. Die Verbindung Hannovers mit England, so wenig dieselbe eine sachlich-politische war, brachte gleichwohl überall die freiere englische Auffassung der Dinge zum Ausdruck, und in diesem Sinn, ich darf es sagen, bin ich von Haus aus und consequent liberal gewesen. Nach Verlauf eines Jahres verliess ich Göttingen und bezog die Universität Leipzig. Dort glich mein erstes Jahr nicht ganz dem Göttinger. Ich besuchte den Fechtboden und die Kneipe regelmässiger als die Collegien, was einmal einem Corpsburschen — ich war als sogenannter Renonce bei den Sachsen — zu der Bemerkung Anlass gab: „Beust wird jetzt ein ganz ordentlicher Kerl,“ was so viel bedeutete, dass ich sehr unordentlich geworden war. Indessen das dritte Jahr holte das Versäumte wieder nach. Gemeinsam mit meinem Bruder hatte ich als Tages-Einteilung, dass um

6 Uhr früh der Repetitor kam und von da bis 10 Uhr Abends nur zwei Stunden für Mittagessen und Spaziergang genommen wurden. Nach diesem Jahre machten wir Beide das Examen bei der Juristen-Fakultät und erhielten die erste Censur.

Mein Göttinger Universitätsjahr hatte — und dies war namentlich den geistreichen Vorträgen von Sartorius über Politik zu danken — in mir den Gedanken, mich der diplomatischen Carrière zu widmen, entstehen lassen, und mit der Absicht, an seiner Verwirklichung zu arbeiten, kam ich nach Dresden. Dort aber begegnete ich grossen Schwierigkeiten. Der damals allmächtige Cabinets-Minister Graf Einsiedel war mir nicht geneigt, und, in meinen Plänen entmutigt, griff ich nach einer sehr verschiedenen Berufsrichtung. Ich hatte mich gesellschaftlich in Leipzig gefallen und missfiel mich in Dresden, und so fasste ich den Entschluss, nach Leipzig zurückzukehren und mich bei der Universität als Dozent zu habilitiren, in welchem Beruf mein — ich darf es sagen — seltenes Gedächtnis mir zu statten gekommen wäre. Da brach die Juli-Revolution aus, in ihrem Gefolge kam die Bewegung in Sachsen und die Entlassung des Cabinets-Ministers. Bald darauf durfte ich bei dem Ministerium meine Specimina machen.

Gleichwie solchergestalt ich der Juli-Revolution den Access im Ministerium zu verdanken hatte, so auch bahnte mir die Februar-Revolution den Weg zum Minister-Portefeuille. Als die Zeiten der Reaktion kamen — über deren wahres Mass in Sachsen äussere ich mich später — bemerkte jemand, man könne von mir sagen, was man von Napoleon I. gesagt habe, nämlich er sei der undankbare Sohn der Revolution.

II. Kapitel.

1830—1838.

Die Juli-Revolution und ihr Rückschlag. — Die Haltung Europa's. — Fürst Metternich. — Meine Verwendung im Innern und Aeussern. — Meine erste Mission. — Berlin mein erster Posten.

In einem der letzten Kapitel des zweiten Abschnittes meiner Erinnerungen, welches sich mit der österreichischen Delegations-Sitzung von 1870 beschäftigt, habe ich rühmend hervorgehoben, dass der Abgeordnete Dr. Kuranda zu einer Zeit, wo fast jedermann sich das wohlfeile Vergnügen machte, über das niedergeworfene Frankreich herzufallen, seine Partei daran zu erinnern den Mut hatte, wie viel das deutsche Volk und der deutsche Fortschritt den französischen Jahreszahlen 89, 30 und 48 verdanke. So würde denn auch mein engeres Vaterland Sachsen auf die noch heute in segensreicher Wirksamkeit bestehende Verfassung von 1831 manches Jahr haben warten müssen, hätte es 1830 in Paris keine Julitage gegeben.

Der Umschwung, den die Ereignisse in dem bis dahin am Alten und Hergebrachten ängstlich festhaltenden Lande hervorriefen — „was habe ich den Leuten gethan? habe ich nicht Alles beim Alten gelassen?“ sagte der in hohem Greisenalter zur Regierung gelangte, gütige und menschenfreundliche König Anton, als von den September-Unruhen in Leipzig und Dresden die Kunde nach Pillnitz kam —, dieser Umschwung war ein sehr allgemeiner und fühlbarer, und selbst aristokratische Kreise blieben ihm nicht ganz verschlossen, obschon dort der Kampf zwischen dem Alten und dem Neuen am merklichsten hervortrat. Dagegen fanden sich Anhänger und Widersacher der neuen Ordnung der Dinge friedlich vereinigt in der Bürgerwehr, der Communalgarde, in welcher ich bei der reitenden Abteilung es zum Offizier (Zugführer) brachte. Mich hatte die Göttinger Schule im Voraus

mit den zeitgemässen Anschauungen befreundet, was mir von manchem meiner Standesgenossen sehr verübelt wurde. Mit einigen Universitätsfreunden — dahin gehörte einer, der mir zu allen Zeiten meines Lebens der treuste Freund blieb, der vor nicht allzu langer Zeit als Archiv-Direktor und Geheimrat verstorbene Dr. von Weber — gründete ich einen Disputir-Verein zur Besprechung schwebender Fragen, und aus dieser Zeit erinnere ich mich eines unterhaltenden Zwischenfalls. Der Entwurf der Verfassung, welcher den alten Landständen zur Annahme vorgelegt wurde, war erschienen und es war natürlich, dass wir uns desselben bemächtigten. In unserem Eifer gingen wir aber so weit, den Entwurf für nicht freisinnig genug, ja, ihn für verderblich zu halten, und es wurde *séance tenante* eine dem gleichwohl sehr liberalen ersten Minister zu überreichende Protestation beschlossen und aufgesetzt, ich aber, weil ich in einer Dependenz des damals noch bestehenden Cabinetes beschäftigt war, mit der Uebergabe betraut. Wir standen sämtlich am Anfang unserer Beamten-Laufbahn, und ich bewahrte Besonnenheit genug, das Ungehörige des Vorgehens zu erkennen, weshalb ich nicht versäumte, das geharnischte Schriftstück den Flammen zu übergeben. Bald darauf bemerkte ich bei meinen Vereinsbrüdern eine schlecht verhehlte Unruhe, die sich endlich mit schüchternen Anfragen, ob Etwas von dem Cabinete gekommen sei, Luft machte, worauf ich im vollen Bewusstsein befriedigenden Eindrucks sie mit der Erledigung der Eingabe bekannt machte.

Mit einundzwanzig Jahren ist man für Gefühlsregungen empfänglicher, als man es mit neununddreissig zu sein pflegt, und auf Rechnung dessen will ich zum grossen Teil den Unterschied der Eindrücke stellen, wie ich sie bei der Juli-Revolution und bei der Februar-Revolution empfand. Aber abgesehen davon lag es in den Umständen, wenn die erstere von einem gewissen Nimbus umgeben war, welcher der zweiten fehlte, trotzdem diese in ihren Folgen von grösserer Tragweite wurde. Hätte

Carl X. anstatt dreitausend dreissigtausend Mann in Paris gehabt, so würde, daran ist nicht zu zweifeln, er der Sieger im Kampfe gewesen sein, und die sogenannte öffentliche Meinung sich mit ihm ausgesöhnt haben, gerade so, wie sie es mit Louis Napoleon nach dem gelungenen Staatsstreich that. Allein er war der Besiegte und besiegt nach einem misslungenen brutalen Verfassungsbruch, und es war von den Siegern mit Begeisterung gegen diesen Gewaltakt gekämpft worden. Wie ganz anders 1848! Was hatte Ludwig Philipp gethan? Nichts, als dass er einen unpopulär gewordenen Minister, der mit der Majorität der Kammer regierte, im Amt erhielt, und bei einer Emeute, die nicht die erste unter seiner Regierung war, den Kopf verlor und zu befehlen verlernt hatte. Ein Republikaner *par excellence,* ein *républicain de la veille,* Emanuel Arago, hat mir, als er 1848 in Berlin mein College war, erzählt, dass am 24. Februar früh er und seine Gesinnungsgenossen noch keine Ahnung von der bevorstehenden Proklamirung der Republik gehabt hätten; als er aber auf der Place de la Concorde gesehen, was vorging, dass die Generale ohne Weisung waren und das vollkommenste *désarroi* herrschte, sei er mit seinen Freunden nach dem Palais Bourbon gegangen und in die Deputirtenkammer eingedrungen. Wohl weiss ich, dass hinter dieser fast burlesken, mit dem Abzug des Königtums *en fiacre* endenden Inscenirung eine viel tiefer gehende Bewegung sich abspielte, die weit mehr europäischen als französischen Ursprungs war, eben deshalb aber auch eine ganz andere Physiognomie als die Juli-Revolution zeigte. Ich komme darauf später, wenn ich beim Jahr 1848 angelangt sein werde, zurück, wobei auch die Haltung des vormärzlichen Europa, speziell mit Rücksicht auf Oesterreich, Gegenstand der Beleuchtung sein wird.

An dieser Stelle will ich mir einige Bemerkungen über dasjenige erlauben, was gegenüber der Juli-Revolution von den grossen Cabineten und deren damals unbestrittenem Führer, dem Fürsten Metternich geschah, wobei ich nicht nötig habe, hin-

zuzufügen, dass ich nicht als junger Mann von einundzwanzig Jahren, sondern in vorgerückterem Alter Anlass und Beruf zu solchen Betrachtungen gefunden habe.

Ich bin dem Fürsten Metternich erst während der letzten Jahre seines Lebens näher gekommen, zu welcher Zeit sein Sohn Gesandter in Dresden war, und ich bewahre aus unserem Verkehr die angenehmsten und dankbarsten Erinnerungen, denn er hat sich seinerzeit mit Talleyrand, Hardenberg und Nesselrode nicht eingehender unterhalten können, als er es mit mir that. Ich weiss mich daher von jeder persönlichen Voreingenommenheit frei, wenn ich eine in freiester Ueberzeugung wurzelnde, aber vielleicht etwas scharfe Kritik in Bezug auf sein Thun und Lassen zur Zeit seiner Macht übe, und mich davon nicht durch die Erinnerung an die wirklich grosse Figur abhalten lasse, die sich in dem ganzen Wesen des langjährigen Staatskanzlers, in seiner Erscheinung, wie in seiner Behandlung der Menschen und Dinge, ausprägte.

Bekannt ist das Wort Metternich's: „*Il est possible que j'ai gouverné quelquefois l'Europe, mais je n'ai jamais gouverné l'Autriche.*“ Ich weiss nicht, ob der Fürst das Wort wirklich gesprochen hat, gelesen habe ich es wiederholt, und daran, dass es ein aufrichtiges gewesen wäre, zweifle ich um so weniger, als das, was man das Metternich'sche System zu nennen gewohnt war, den im Allgemeinen humanen, fast zu humanen, weil optimistischen Anschauungen des Fürsten [1]) ganz und gar nicht entsprach. Dagegen erkenne ich darin das Eingeständnis einer grossen Unterlassungssünde. Es ist unbegreiflich, wie ein Mann, der mit Recht sagen konnte, er regiere zeitweise Europa, dergestalt entweder an der inneren Politik seines Landes keinen

---

[1]) Im Jahre 1858, ein Jahr vor seinem Tode, sagte der Fürst zu mir in Dresden: „Sehen Sie die Gothaner, gute, wohlmeinende Leute, aber bankrott,“ worauf ich — seine Schwerhörigkeit hatte sehr zugenommen — mit Anstrengung meiner Stimmmittel entgegnete: „Bankrott ja, aber haben Credit.“

Anteil nahm oder keinen entscheidenden Einfluss darauf zu gewinnen wusste — er, der in Europa eine dominirende Stellung einnahm und nicht übersehen durfte, in welcher Wechselbeziehung sein persönliches Ansehen nach Aussen mit dem Credit der inneren Verwaltung stand. Allein ich nehme hierauf keine Rücksicht und halte mich ausschliesslich an die Thätigkeit des Fürsten auf dem europäischen Felde, und gerade da erkenne ich die begangenen Fehler — Fehler, die ich nicht aus dem Standpunkt eines dem seinigen entgegenstehenden Systems, nein, die ich von seinem eigenen Standpunkte aus verurteile.

Wie oft wurde in neuerer Zeit das Wort vernommen, Oesterreich sei das Reich der Unwahrscheinlichkeiten. Ich habe an geeigneter Stelle, im zweiten Abschnitt meiner Erinnerungen, nachgewiesen, wie diejenigen, welche dieses Wort am häufigsten im Munde führen, am wenigsten berechtigt sind, damit einen Vorwurf zu erheben. Mir hat sich oft ein anderes Wort aufgedrängt. In manchen Perioden der Geschichte Oesterreichs konnte man sagen: es sei das Land der Widersprüche. So finden wir in der Metternich'schen Aera neben und miteinander fortgesetzte Beargwöhnung und unausgesetzte Sorglosigkeit.

Die Juli-Revolution war keine Ueberraschung; ich befand mich in den vorausgehenden Wochen in den böhmischen Bädern, wo gerade verschiedene diplomatische Persönlichkeiten anwesend waren und man von dem bevorstehenden Conflikt laut reden hörte. Noch mehr. Der damalige französische Gesandte in Dresden gehörte einer der ersten alten Familien seines Landes an und war dem Fürsten Polignac befreundet. Ich erinnere mich ganz gut, was ihm begegnete. In Folge dessen, was er in Dresden zu hören bekam, hielt er sich für verpflichtet, abratend in Bezug auf den erwarteten Eingriff in die Charte wiederholt zu schreiben. Polignac liess ihn eine Zeit lang gewähren, schrieb ihm aber endlich: er laufe Gefahr, seine Carrière zu verderben. Der Gesandte nahm sich das zu Herzen und sobald die vielberufenen Ordonnanzen bekannt waren, schrieb er eine beglück-

wünschende Depesche. Diese aber fiel in die Hände der provisorischen Regierung und somit war es mit seiner Carrière in der That zu Ende. Wusste man also in Dresden, was im Anzug war, so wusste man es jedenfalls noch weit besser in Wien, wo man sich sagen musste, dass ein schlimmer Ausgang das bestehende System, welches auf dem Prinzip der Legitimität und der Zurückweisung jedes revolutionären Eingriffs beruhte, ins Wanken bringen werde. Nichts war angezeigter, als rechtzeitiges Einvernehmen mit den andern grossen Cabineten, und nichts war leichter bei der damals bestehenden engen und vertrauensvollen Fühlung. Aber nein, immer die olympische Ruhe — dieselbe olympische Ruhe, die in späterer Zeit, anstatt der von Radetzky verlangten Verstärkungen, das Wort: *„l'Italie est un mot géographique“* zur Hand hatte.

Unter Metternich's hinterlassenen Papieren befinden sich auch (Kap. V) die Vorträge, welche der Staatskanzler nach dem Ausbruch der Juli-Revolution von Königswart aus an den Kaiser richtete. Es ergibt sich aus ihnen sowohl als aus vorausgegangenen Correspondenzen, dass Metternich auf den Staatsstreich vorbereitet und nicht dagegen war, wohl aber über Befähigung und Kraft der ausführenden Personen Zweifel hegte. Um so gerechtfertigter erscheint mir das, was ich über die damalige Unthätigkeit und Sorglosigkeit zu sagen mir erlaube. Diese Anschauung wird auch nicht dadurch entkräftet, dass in einem jener Vorträge sich die Worte finden:

„Soeben erhalte ich das beigeschlossene Blatt aus Frankfurt. Sein Inhalt zeigt, dass die Revolution, und zwar die krasseste, in Paris obgesiegt hat. Diese Thatsache beweist zwei Wahrheiten: zuerst dass das Ministerium sich in der Wahl seiner Mittel irrte, sodann dass ich Recht hatte, als ich bereits seit mehr als zwei Jahren die Cabinete auf die drohende Lage der Dinge aufmerksam machte. Leider verhallte meine Stimme in der Wüste.“

Hat man Mühe zu begreifen, wie in jenen Zeiten die Stimme

des Fürsten Metternich, wenn er zu den Cabineten sprach, in der Wüste verhallen konnte, so drängt sich andererseits die Frage auf, was denn der Zweck jenes vergeblichen Weckrufs sein sollte. Doch schwerlich eine gemeinsame Abmahnung in Paris, denn nicht das Unternehmen, welches dort in Aussicht stand, sondern dessen mögliche schlechte Ausführung war für den Staatskanzler Gegenstand der Präoccupationen, und ebensowenig konnte von eventuellen Verteidigungsmassregeln die Rede sein. Die einzig praktische und erfolgreiche Vorsichtsmassregel war die, welche versäumt wurde, nämlich rechtzeitige Verständigung der Cabinete über eine gemeinsame und deshalb eindrucksvolle Haltung für den Fall des Ausbruches der „krassen Revolution“ und einer daraus hervorgehenden neuen Ordnung der Dinge, und da dieser Fall schon zwei Jahre früher von Fürst Metternich, wie er selbst sagte, „vorausgesehen worden war“, hatte man dazu alle Zeit.

Ich habe mich in Paris bald nach der Juli-Revolution aufgehalten, und später in den Jahren 1838 bis 1841 war ich dort Legations-Sekretär, habe daher vielfach Gelegenheit gehabt, mich von dem zu unterrichten, was vor und bei der Juli-Revolution vor sich ging. Die Haltung des diplomatischen Corps, welche nicht nur eine passive, sondern, was schlimmer, eine unsichere war, ist auf den Gang der Dinge von entscheidendem Einfluss gewesen. Es befand sich unter den damaligen Botschaftern und Gesandten mehr als einer, welcher sich von der Bedeutung des Augenblicks Rechenschaft gab, aber durch den allgemeinen Mangel an Instruktionen am Handeln verhindert war, wobei der merkwürdige Umstand eintrat, dass der Vertreter desjenigen Souveräns, welcher dem Juli-Königtum von Anfang an am abgeneigtesten war und es bis zu dessen Sturz blieb, am wenigsten sich zu einem Vorgehen geneigt zeigte, was, da er der Doyen war, den Ausschlag geben musste.

Damals gab es noch keine telegraphische Correspondenz, aber der Verkehr durch Kuriersendung hätte genügt, um eine

solche Sprache des diplomatischen Corps zu sichern, deren übereinstimmende Zurückhaltung dem Herzog von Orleans zu denken gegeben hätte. Eine hiezu vor den Julitagen von Wien ausgegangene Initiative hätte — mit einziger Ausnahme Englands — allgemeine Zustimmung und allgemeinen Anschluss gefunden. — Ludwig Philipp aber ist mehrentheils geschichtlich nicht in das rechte Licht gestellt worden. Was ihm von royalistischer Seite vorgeworfen wurde, dass er, für den Carl X. nur Wohlthaten trotz der Erinnerungen an Philippe Egalité gehabt, gegen ihn conspirirt habe, ist nicht wahr; wohl aber ist wahr, dass er die Entthronung der älteren Linie verhindern konnte, wenn er den ihm zum Teil persönlich nahe stehenden Leitern der Bewegung rechtzeitig und entschieden erklärt hätte, dass er im Fall der Vertreibung des älteren Zweigs die Krone nicht annehmen werde. Man weiss, wie man anfangs Mühe hatte, ihn zu der Uebernahme der *Lieutenance générale* und zu der Annahme der Wahl zu bestimmen. Obwohl ihm persönlicher Mut nicht fehlte, wie er dies namentlich bei dem sehr ernsten Juni-Aufstand von 1832 bewiesen hat, war er nie ein Mann des Exponirens, und die Gewissheit, dass er als König einem zögernden und mehr als abgeneigten Europa gegenüber stehen, als Regent dagegen des Entgegenkommens aller Mächte sich zu erfreuen haben werde, würde nicht wirkungslos geblieben sein. Ein Krieg, den Frankreich verzögerter Anerkennung wegen unternommen hätte, wäre unwahrscheinlich, bei der Ueberlegenheit der gegenüberstehenden Streitkräfte jedenfalls ungefährlich gewesen.

Andererseits war es weise, wenn Metternich in Uebereinstimmung mit Berlin sich einer bewaffneten Intervention zu Gunsten der entthronten Bourbons, wozu man von anderer Seite bereit war, widersetzte, da im günstigsten Fall sich von einer zum dritten Mal mit fremden Bayonnetten vollzogenen Restauration nicht viel erwarten liess, und in diesem Punkt war die Abstinenz vollkommen zu rechtfertigen. Was aber nicht zu begreifen noch zu entschuldigen war, ist, dass eine glückliche

Fügung unbenützt blieb, die ein Eingreifen der Mächte ohne alle Aggression ermöglichte und Frankreich zum angreifenden Teil machte, sofern es zum Krieg gekommen wäre. Es bricht die belgische Revolution aus und sie erstreckt sich auf deutsches Bundesgebiet (Luxemburg). Da war doch sofortiges Einschreiten angezeigt, und nicht nur konnte und musste man das Grossherzogtum besetzen, sondern in Belgien, d. h. in dem damaligen Königreiche der Niederlande, einrücken. Dass eine Aktion, die nicht nur Oesterreich, Preussen und den Bund, sondern auch Russland hinter sich gehabt hätte, Frankreich zu fürchten gehabt haben würde, wird Niemand behaupten wollen. Vielleicht wird man einhalten, ich habe die polnische Insurrektion vergessen. Keineswegs. Der polnische Aufstand brach zwei Monate später aus, und wäre es zu der eben angedeuteten Aktion gekommen, so hätte die russische Armee im Königreich Polen gestanden, bevor der Aufstand zum Ausbruch reif war. Wie sich die Dinge im Innern von Frankreich gestaltet hätten, steht dahin; gewiss ist aber, dass das Ansehen des durch die Juli-Revolution so tief erschütterten Systems ein anderes gewesen wäre, als es thatsächlich nun wurde. Ich wiederhole, ich fühle keinen Beruf, dieses System zu verteidigen. Nach einer Seite hin hat zuletzt jedes System seine Berechtigung, Anspruch auf Anerkennung, aber nur dann, wenn es in der Durchführung consequent und energisch sich zeigt.

Ich kehre zu meinen eigenen zwanziger Jahren zurück.

Nächst dem diplomatischen Dienst hatte ich auch für den innern Verwaltungsdienst speciminirt und wurde Assessor bei der damaligen Landesdirektion. Gleichzeitig war ich königlicher Kammerjunker und in Folge dessen in Berührung mit dem Hof. Diese Cumulirung brachte mir meine erste Mission ein, von der ich einige Details erwähne, weil sie an das alte Hofleben des vorigen Jahrhunderts erinnern. Im Jahre 1833 vermählte sich der damalige Prinz-Mitregent, spätere König Friedrich August, mit der Prinzessin Maria von Bayern, Zwillingsschwester der

Frau Erzherzogin Sophie. Das machte eine feierliche Anwerbung notwendig, und ich wurde dem mit dieser Mission betrauten hochgestellten Hofbeamten beigegeben. Man wird es heute kaum glauben, wenn ich erzähle, dass wir mit vierspänniger Extrapost fünf Tage brauchten, um von Dresden nach München zu gelangen. Mein verehrter Chef, der im Frack und Cylinder reiste und mich dadurch zu entsprechendem Costüm nötigte, hielt jeden Morgen mit mir allein eine Art Cercle, und Diner und Souper mussten mit angemessenem Zeitaufwande aufgetragen werden. So erreichten wir mit Mühe und Not am ersten Tage Zwickau, am zweiten Bayreuth, am dritten Regensburg, am vierten Landshut, am fünften München. Eines Tages war ich dort spät nach Haus gekommen und lag verschlafen im Bett, als die Vorhänge sich aufthaten und ich meinen verehrten Chef im Schlafrock erblickte, welcher zwei Schritte mit den Worten zurücktrat: „Allerdurchlauchtigster, Allergnädigster König.“ — Er behandelte mich als Gliederpuppe, indem er die an den König zu richtende Ansprache an mir einlernte. Ich habe dem hochachtbaren, aber zur leibhaftigen Etiquette gemodelten Mann, der mir wohlwollend war, ein gutes Andenken bewahrt und ihn nicht gestört, wenn er später, als ich als Minister mir einen Namen gemacht hatte, mit Genugthuung daran erinnerte, dass jene Münchener Mission den Grund zu meiner Carrière gelegt habe. Eine andere Erinnerung an das Dresdener Hofleben kehrt mir zurück. — In den ersten Jahren nach 1830 war auch bei Hof das Alte etwas dem Neuen gewichen und unter Anderem das Erscheinen in langen Beinkleidern bei den Hof-Bällen nachgesehen worden. Nach der oben erwähnten Vermählung wurde wieder ein strengeres Regiment hergestellt, was auch die Wiedereinführung der kurzen Beinkleider zur Folge hatte. Als mir aus diesem Anlass in Gegenwart des mir sonst befreundeten Hofmarschalls das Wort entfuhr: „Was war das für eine gute Zeit, wo man in langen Beinkleidern erscheinen durfte!“ wurde ich im höchsten Zorn mit den Worten angelassen: „Lange Hosen?

Ich hätte Ihnen mehr Attachement an die königliche Familie zugetraut!“

Zu Ende desselben Jahres 1833 unternahm ich eine längere Reise nach der Schweiz, Frankreich und England, und Anfang 1836 trat ich als Legations-Sekretär in Berlin in Funktion, in welcher Stellung ich zwei Jahre lang verblieb. Für die, wie ich später nachzuweisen hoffe, mit Unrecht aber beharrlich mir vorgeworfene Preussenfeindlichkeit hätte man in meinem damaligen Berliner Aufenthalt eine Erklärung zu finden wenigstens Mühe gehabt, denn meine geselligen Beziehungen waren die angenehmsten, und ich darf sagen, dass man mich ungern scheiden sah. Mein guter Stern wollte, dass in diese zwei Jahre einer damals so ereignislosen Zeit der Besuch der Herzoge von Orleans und Nemours in Berlin fiel, dessen guter Verlauf allein dem autoritativen Eintreten des Königs Friedrich Wilhelm III., seiner Familie sowohl als der Gesellschaft gegenüber, zu danken war. Wie haben sich manche Dinge in der verhältnismässig kurzen Zeit von dreissig Jahren geändert, wenn ich an 1836 und an 1866 denke — 1866! Der König eines in Waffen stehenden Preussen, verbündet gegen Oesterreich mit dem letzten König von Sardinien, der sich als König von Italien an die Stelle seiner entthronten Mitfürsten gesetzt hat. Und nun 1836! —

Zu jener Zeit war Berlin fast noch mehr als Wien der Sitz striktester Legitimität. Es befanden sich dort einige französische, sehr prononcirt legitimistische, dem Hofe und der Aristokratie befreundete Familien, und die Tochter der Juli-Revolution, die belgische Revolution, wurde begreiflicher Weise dort tiefer empfunden als anderwärts, da die Königin der Niederlande eine Schwester Friedrich Wilhelm's III., eine seiner Töchter an den Prinzen Friedrich und einer seiner Söhne an die Prinzessin Marianne der Niederlande verheiratet war. Unter den in Berlin accreditirten Gesandtschaften gab es aber keine, welche mehr der Vereinigungspunkt für Alles, was legitimistisch und absolutistisch war, hätte sein können, als es jene des Königs Carl Albert von

Sardinien war. Dort fand man die Abgesandten des Don Carlos, und nichts ist wohl bezeichnender für das damalige Turiner Regiment als folgender Vorgang: Legations-Sekretär bei der sardinischen Gesandtschaft war damals ein Graf Villette, ein sehr gebildeter und freieren Anschauungen zugänglicher junger Mann. Er wurde während eines mehrmonatlichen Urlaubs seines Chefs Geschäftsträger und war eifriger Berichterstatter, seine Depeschen aber blieben in Turin ungelesen. Nach seiner Rückkehr nimmt der Gesandte davon Einsicht und beeilt sich, seine Regierung auf die staatsgefährlichen Ideen des Legations-Sekretärs aufmerksam zu machen, was dessen sofortige Abberufung und Ausseraktivitätsetzung zur Folge hatte. Nun bestand aber das Ungeheuerliche darin, dass Graf Villette sich mit dem Charakter und den Vorteilen des preussisch-deutschen Zollvereins und der Möglichkeit einer ähnlichen Schöpfung in Italien eingehend beschäftigt hatte. Als im Jahr 1850 die Vermählung der Prinzessin Elisabeth von Sachsen mit dem Herzog von Genua gefeiert wurde, erkundigte ich mich bei den mit dem Herzog nach Dresden gekommenen Cavalieren nach meinem alten Freund Villette. Die Antwort war: Er ist im Parlament und sitzt auf der äussersten Rechten.

Und Krieg mit Oesterreich — wer hätte es gewagt, so etwas, ich sage nicht auszusprechen, sondern nur zu denken! Damals fragte man von Wien aus nicht in Berlin an, wohl aber geschah in Berlin nichts ohne Vorwissen und Zustimmung des Fürsten Metternich, und Niemanden fiel es ein, darin etwas Preussens Unwürdiges zu erblicken.

Der Besuch der französischen Prinzen in Berlin führt mich aber auf das bereits berührte Thema des Verhaltens der Cabinete gegenüber der Juli-Revolution zurück. Bei den eben geschilderten Verhältnissen, wie sie damals in Berlin bestanden, war jener Besuch ein kühner Wurf, der aber, dank dem Eintreten des Königs und — die Gerechtigkeit erfordert es zu sagen — dank auch dem sehr taktvollen und gewinnenden Benehmen der Prinzen.

glücklich ausfiel, wozu endlich auch die gute Stellung beitrug, welche der französische Gesandte Herr Bresson sich bei dem dem König am nächsten stehenden Fürst Wittgenstein, als Teilnehmer an dessen grosser Whistpartie, zu machen verstanden hatte. — Allein wie überall, so empfand die französische Diplomatie und mit ihr die belgische auch in Berlin — und da noch mehr als anderwärts — den in der Stille, aber in fühlbarster Weise geschleuderten europäischen Bann. War die Haltung der Höfe und Cabinete vor und bei der Juli-Revolution eine schwache, so war sie nach derselben weder eine würdige noch eine kluge. Anstatt des Degens, den man nicht gezogen hatte noch ziehen wollte, hatte man Nadelstiche. Der für das neue französische Königtum errichtete *blocus matrimonial* war nicht die einzige Scheidewand, die man aufzog, und man erreichte damit nur zweierlei: einmal die westmächtliche Allianz, welche, da England das Land war, welches geschäftlich und ehrlich die neue Ordnung der Dinge in Frankreich acceptirt hatte, nicht ausbleiben konnte und den sogenannten nordischen Mächten wiederholt, namentlich in Belgien, Spanien und Portugal, sehr unbequem wurde, dann aber und zuletzt die Februar-Revolution, die noch unbequemer sich gestaltete und welche nichts mehr vorbereitet hatte, als die nach aussen ungenügende Stellung des Juli-Thrones; — ja man darf behaupten, dass die von dem zweiten Kaiserreich gekommenen Beunruhigungen und Schädigungen — Oesterreich weiss davon zu erzählen — sich auf denselben Ursprung zurückführen lassen, denn sie waren Folgen der Lehre, welche der aufstrebende Kaiser der Franzosen aus der Geschichte des geduldigen Königs der Franzosen ziehen zu sollen glaubte.

III. Kapitel.

1838—1848.

Paris. München. London.

Zu Anfang des Jahres 1838 wurde ich von Berlin nach Paris versetzt, wo ich bis 1841 blieb.

Was Paris damals war, das ist es nicht erst heute nicht mehr, das hatte es schon unter dem Kaiserreich aufgehört zu sein. Zu jener Zeit führten noch keine Eisenbahnen dahin, und diese haben Paris sehr zum Nachteil umgestaltet. Während damals eine beschränkte Zahl von Fremden zu sehen war, die meist der distinguirteren Categorie angehörte, finden sich Nichtpariser aus dem Ausland und aus der Provinz massenhaft ein. In eben jener alten Zeit konnte man in den Theatern Plätze finden, auf denen man Platz hatte, und in den Restaurants hatte man einen Tisch mit gehöriger Distanz für sich, während jetzt die Consumenten reihenweise abgespeist werden. Ist sonach der Unterschied zwischen sonst und jetzt ein sehr fühlbarer für den einfachen Touristen, so ist er es noch weit mehr für den, welcher soziales Leben in der französischen Hauptstadt aufsucht. Es gibt dort heute wie damals ausgezeichnete Männer, liebenswürdige und geistreiche Frauen, aber die Gewohnheiten haben sich geändert, und so kommt es, dass der Hauptreiz des alten Pariser Lebens nicht mehr existirt — der Salon und das kleine Diner. — Ueberall jetzt der englische Pli. Sehr späte Essensstunde, was den Theaterbesuch erschwert; spätes Verlassen des Landaufenthaltes, was die Gesellschaft zu der Zeit vermissen lässt, wo man sie am meisten bedürfte; Bleiben in der Stadt in der warmen Jahreszeit, wo man in den hellbeleuchteten und gefüllten Zimmern erstickt (in England öffnet man wenigstens die Fenster, die man in Paris verschlossen hält); grosse Diners von 24 Personen und grosse Routs. In der alten Zeit speiste man in französischen Häusern

zu sechs, höchstens acht Personen mit allgemeiner Conversation. Der Salon war nicht wie jetzt ein Empfang, wo Besuche kommen und sich in rascher Folge ablösen. Ein angesehener Salon, zu dem allerdings der Zutritt mehr erforderte als eine blosse Vorstellung, war die regelmässige Vereinigung eines engeren Kreises unter den Auspizien einer dazu mit der nötigen Begabung ausgerüsteten Dame, und, wie dies bei den kleinen Diners der Fall war, mit allgemeiner Conversation, *au coin du feu.* Aeltere Damen, die nicht mehr in die Welt gingen, empfingen jeden Abend in der sogenannten *avant-soirée,* und man war sicher, bei der einen oder anderen eine Persönlichkeit von hervorragender Stellung zu finden. So fand man Molé bei der Gräfin Castellane, Pasquier bei der Gräfin Boigne, Guizot bei der Fürstin Lieven. Aehnliches existirt nicht mehr. Dass trotzdem Paris der angenehmste Aufenthalt der Welt ist, dass man es schwer empfindet, wenn man es verlassen muss, davon weiss ich zu erzählen. Aber man begreift, welche Schule für feine Umgangsformen und geistige Belebung das damalige Paris war.

Zu der Zeit, als ich Legations-Sekretär war, bestand noch die Einrichtung, dass der Sekretär im Hause des Gesandten freie Station hatte. Dies hat bei möglichen persönlichen Unverträglichkeiten zuweilen seine Uebelstände gehabt und ist nach und nach überall ausser Uebung gekommen. Ich hatte das Glück, mit meinen beiden Chefs und deren Familien in dem besten Einvernehmen zu leben und mich ihrer Freundlichkeit nur zu beloben. In Berlin war es General von Minckwitz, früher schon mein Chef als Minister des Auswärtigen, in Paris Geheimrat Baron Könneritz; beide hatten vortreffliche Stellungen, was mir nur zum Nutzen gereichen konnte. Namentlich war der Letztere nach einem langen Aufenthalte sehr gern gesehen. Ich ahnte damals nicht, dass sein jüngstes Kind, ein Knabe von wenigen Jahren, dereinst mein Schwiegersohn und ein ausgezeichneter Finanzminister werden sollte.

Aber auch sonst hatte ich, wie der Franzose sagt, *de la*

chance. Ich war in Paris zweimal Geschäftsträger, und wenn auch von Verhandlungen zwischen Sachsen und Frankreich nicht die Rede sein konnte, so brachte mich doch die Stellung in unmittelbare Berührung mit zwei Ministern, deren Namen geschichtliche sind, Marschall Soult und Guizot. Aus des Letzteren Ministerschaft sind mir einige Erinnerungen geblieben. Er trat an die Stelle von Thiers im Jahre 1840, nachdem der König Ludwig Philipp angesichts der vereinten Stellung der sämtlichen Grossmächte gegen Frankreich das spätere Gambetta'sche Wort: „*soumettre ou démettre*“ in derselben Weise zur Anwendung gebracht hatte, als dies durch Marschall Mac Mahon geschah, nämlich so, dass er das *soumettre* für sich nahm, das *démettre* aber seinem Minister überliess. Zu jener Zeit, in welche das Lied: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“ fällt, machte Thiers Deutschland gegenüber eine verunglückte, mit Chauvinismus versetzte Campagne; ob aber seine Politik in dem Ausgangspunkt, nämlich der egyptischen Frage, eine verfehlte gewesen sei, ist keineswegs zweifellos. Auf Seiten Russlands war es die selbstverständliche Politik, eine schutzbedürftige Türkei zu erhalten; ob man aber da, wo man eine wirklich lebensfähige und lebenskräftige Türkei wollte, wie dies unstreitig in London und Wien der Fall war, nicht besser gethan hätte, die Dinge ihren Lauf nehmen und geschehen zu lassen, dass Mehemet Ali sich Constantinopels bemächtige, ist sehr die Frage.

Die politische Aufregung war damals in Paris eine grosse; man empfand die Demütigung, die man sich selbst zugezogen hatte, sehr lebhaft, und darum war Guizot bei der Uebernahme der Conseils-Präsidentschaft nicht auf Rosen gebettet. Ich erinnere mich, mehr als einmal das Wort vernommen zu haben: „*Il en a pour trois semaines.*“ Aus den drei Wochen wurden aber sieben Jahre. Wie oft gedachte ich dessen später, als ich 1849 in bewegter Zeit das Ministerium übernahm und man mir bei meinem Eintritt sagte, es würde vierzehn Tage dauern, während daraus, nicht wie bei Guizot sieben, sondern siebzehn Jahre wurden.

Ueberhaupt waren die damaligen Vorgänge in Frankreich ausserordentlicher Natur. Weil Egypter und Türken sich in Asien schlugen, musste Paris befestigt werden und, ohne ein Kammervotum abzuwarten, hatte Thiers die Kühnheit, den Parisern ihr Bois de Boulogne umhauen zu lassen. Beinahe noch ausserordentlicher war es, dass, nachdem der kriegslustige Minister gefallen und der friedenbringende eingetreten war, dieser erst recht befestigte und von den Kammern grossartige Bewilligungen verlangte und erhielt, um Paris mit so und so viel Forts zu umgeben, denen noch ein Gürtelwall, *enceinte continue*, hinzugefügt werden musste, damit die Leute nicht glauben sollten, es sei darauf abgesehen, Paris bei einer Emeute zu bombardiren.

Guizot, selbst von der strengsten Integrität, hatte in diesem Punkt, sobald es sich um die Mittel zu regieren handelte, laxere Grundsätze. Ich habe es selbst vernommen, als ihm einmal das sarkastische Wort entschlüpfte: „*Aujourd'hui nous avons gagné cinq convictions.*" Ich sah ihn später noch zweimal, zuerst 1848 nach seiner Flucht in London, wo er mit apodiktischer Gewissheit etwas vorhersagte, wovon das gerade Gegenteil eintraf, nämlich dass die damals erst zu wählende Assemblée nationale der Auswurf aller anarchischen Elemente sein werde, und dann kurz vor seinem Tod in Paris 1873. Ich traf bei ihm den Grafen von Paris, dem mein Erscheinen zu den Worten Anlass gab: „*Voilà deux protestants, anciens premiers ministres de deux grands pays catholiques.*"

In meinen ersten Pariser Aufenthalt fielen noch andere denkwürdige Ereignisse. Ich erlebte den grossen Mai-Aufstand von 1839, wo ich bei einem Haar erschossen wurde, nachdem ich — uneingedenk des weisen Spruchs: „Was nicht deines Amtes ist, da lass deinen Vorwitz" — mich von der Neugierde zwischen Truppen und Emeutiers hatte treiben lassen. Ich war Zeuge des in Folge des Aufstandes vor dem Pairshof sich abspielenden Processes, ich sah Barbès und Blanqui auf der Anklagebank, auf

derselben Anklagebank aber auch ein Jahr später Napoleon III., nach dem Boulogner Attentat.

Ende 1841 erhielt ich meinen ersten selbstständigen Posten als Geschäftsträger in München.

Ich kann meine damaligen Pariser Erinnerungen nicht beschliessen ohne ein Wort für den damaligen Hof. Die Familie Orleans — das müssen ihr die Feinde lassen — hat immer im persönlichen Verkehr viel Sympathisches und Gewinnendes geoffenbart und es nie an guten Procédés fehlen lassen. So wurde mir in meiner bescheidenen Stellung die Ehre zu Teil, vor meinem Abgang nach St. Cloud zum Familiendiner gebeten zu werden. Der König war bei einem solchen Familiendiner ganz Bourgeois und schnitt selbst auf, eine Aufgabe, welcher jedoch Ludwig Philipp, von dem man vielleicht sagen konnte, *qu'il savait mieux trancher les difficultés que les viandes,* sich nicht gewachsen zeigte. was mir ein glücklicher Weise ohne Folgen gebliebenes Malheur eintrug. Als nämlich ein Gericht Schinken mir präsentirt wurde, blieb an dem von mir genommenen Stück ein anderes hängen, fiel aber, ohne dass die Königin, neben der ich sass, es bemerkte, in deren Kleid. Ich verlor jedoch die Fassung nicht und sobald die Königin sich nach der anderen Seite gewendet, that ich einen kühnen Griff, erwischte den Schinken und liess ihn in meiner Rocktasche verschwinden. Denkwürdig aber für mich waren die letzten Worte der Königin Amélie, als ich ihr sagte, wie ungern ich Paris verlasse: „*Eh bien, vous allez voir que vous finirez votre carrière à Paris,*“ — eine Prophezeihung, die eingetroffen ist.

In München gab es mehr zu thun, als nur zu beobachten und sich der Angelegenheiten der Landsleute anzunehmen. Namentlich gaben mir die Eisenbahnanschlüsse viel Arbeit. Der Vertrag wegen der Eisenbahn Nürnberg - Leipzig war bereits abgeschlossen, allein die Ausführung begegnete bei der bayerischen Kammer anfangs grossen Schwierigkeiten. Späterhin handelte es sich um die Herstellung der Linie Bamberg-Aschaffenburg, woran Sachsen grosses Interesse hatte im Gegensatz zu der in

späteren Jahren ausgeführten Linie Nürnberg-Würzburg. — Mein Münchener Aufenthalt fiel in die letzten Jahre des Königs Ludwig I., dessen Sonderbarkeiten nicht hinderten, dass man in ihm einen Regenten von ausgeprägter geistiger Bedeutung und entschiedener Willenskraft erkennen musste. Die Episode Lola Montez erfolgte bald nachdem ich München verlassen hatte. Ohne sie wäre es nicht zur Abdankung gekommen, und wäre Ludwig I. 1848 König geblieben, so ist es kaum zweifelhaft, dass er, der „teutsche“ Fürst, in Frankfurt zum Kaiser gewählt worden sein würde, aber eben so wenig würde ich solchenfalls daran gezweifelt haben, dass er nicht nein gesagt hätte. Eine vorübergehende aber in hohem Grade interessante Periode wäre damit der Zeitgeschichte zu Teil geworden.

Während meiner Münchener Jahre stand dort das klerikale System in der höchsten Blüthe, und dasselbe hatte an dem Minister Abel einen Vertreter, dem, was Rednergabe betrifft, in der Kammer kein ebenbürtiger Gegner zur Seite stand. — Päpstlicher Nuntius war der spätere Cardinal und Nuntius in Wien, Viale Prelà, derselbe, welcher mit Cardinal Rauscher das österreichische Concordat verhandelte. Wie sich doch im menschlichen Leben die persönlichen Berührungen zuweilen seltsam verketten!

Ich stand mit dem Cardinal Viale Prelà, an dessen Persönlichkeit mich in Paris der Cardinal Czacki lebhaft erinnerte, in sehr freundschaftlichen Beziehungen. Mein Vorgänger, dem Beispiel seines preussischen Collegen folgend, hatte sich vielleicht etwas zu viel in die Angelegenheiten der bayerischen Protestanten eingemischt, was, weit entfernt, denselben zu nützen, im Gegenteil dazu diente, sie die üble Laune empfinden zu lassen, welche ihren Protektoren galt. Ich war der Ansicht, dass, ohne dazu von meiner Regierung beauftragt zu sein, was nicht der Fall war, ich mich einer solchen Intervention zu enthalten habe. Dass diese Haltung mir den Minister Abel befreundete, kam meiner Regierung in den Eisenbahn-Angelegenheiten zu gute. Das Wohlwollen des Nuntius leistete mir persönlich einen werthvollen Dienst.

Ich verheiratete mich in München mit der Tochter des verstorbenen General Freiherrn v. Jordan, welcher Protestant war, aber seine Kinder in der Religion ihrer Mutter, einer Gräfin Sandizell, welche katholisch war, hatte erziehen lassen. Meine Braut war also katholisch und in der damaligen Zeit hätte sich kein Priester gefunden, um die Trauung zu vollziehen, sofern nicht das Versprechen der Erziehung der Kinder in der katholischen Religion erteilt ward. Dieses Zugeständnis verweigerte ich, machte aber geltend, dass die Trauung in der protestantischen Kirche genüge, nachdem die katholische Kirche die protestantische Ehe als Sakrament behandle, was damit bewiesen wird, dass Katholiken geschiedene Protestanten nicht heiraten können. Dass die Verwandten meiner Frau mit geringen Ausnahmen sich dieser Anschauung fügten, dass ich als Zeugen in der protestantischen Kirche zwei Protestanten und vierzig Katholiken hatte, verdankte ich meinem hochgestellten und hochwürdigen Gönner. Nun fügte es sich, dass ich einige zwanzig Jahre später — er selbst hat meinen Undank nicht erlebt — zu der Vernichtung des Werkes helfen musste, das er als die Krönung seiner Laufbahn betrachtet hatte.

Im Jahre 1846 wurde ich zum Minister-Residenten in London ernannt. England ist das Land, in welchem ich als Diplomat am längsten verweilte — zwei Jahre als sächsischer Minister-Resident, sieben Jahre als österreichischer Botschafter, dazwischen als Bevollmächtigter des deutschen Bundes, wie zu anderen kürzeren Missionen. Ich kann aber auch sagen, dass ich für England Empfindungen wie für eine zweite Heimat bewahrt habe. So oft ich, was ich mir nicht versagen kann, meine Freunde in England besuche, geht mir beim Anblick von Dover das Herz auf. Die gleiche Erfahrung werden Andere sicherlich auch gemacht haben. Ist es die grossartige Gastfreundschaft, die man dort findet, ist es die treue Anhänglichkeit, welcher man begegnet, trotz der grossen Einförmigkeit des Lebens und trotz Mangel an Belustigung fühlt man sich angezogen und heimisch.

Während meiner ersten Mission in London lebten noch zwei hervorragende Persönlichkeiten, der Herzog von Wellington und Sir Robert Peel. Gleich wie früher in Paris hatte ich auch in London das Glück, interessanten Momenten beizuwohnen; dahin gehörte vor Allem Sir Robert Peel's Sieg in der Frage der Aufhebung der Kornzölle und seine bald darauf folgende Niederlage in der irländischen Coërcion-Bill. Als seine ehemaligen Parteigenossen diese Niederlage durch ihren Anschluss an die Whigs herbeiführten und damit Vergeltung dafür übten, dass er selbst mit Hilfe eines Teils der alten Tory-Partei und in Verbindung mit den Whigs die Kornbill durchgebracht hatte, hielt Peel eine sehr schöne Rede, worin er sich damit tröstete, dass der Arme ihn segnen werde, wenn er sein Stück Brot verzehre. Er hätte dasselbe auch von den Feinschmeckern sagen können, denn die Weinzölle wurden gleichzeitig herabgesetzt, was, beiläufig erwähnt, den überraschenden Erfolg hatte, dass der Weinconsum seit dieser Zeit in England abnahm. Nicht mit Unrecht wurde aber schon damals und wird noch heute Peel der Vorwurf gemacht, dass er seine menschenfreundlichen Absichten eben so gut erreichen konnte, wenn er es dem liberalen Ministerium überliess, die Kornbill einzubringen und derselben zum Sieg zu verhelfen, was geschah, wenn er mit seinen näheren sechzig Parteigenossen, den sogenannten Peelites, dafür stimmte. Indem er vorzog, seinen Namen an die befreiende Massregel zu knüpfen, spaltete er seine Partei, und dieser Riss ist nie wieder ausgeglichen worden. Seit jener Zeit gibt es keine Tories und keine Whigs mehr, sondern Conservative und Liberale. Bei beiden ist der Opportunismus merklich an die Stelle der alten Parteitradition getreten.

Ich hatte aber auch in anderer Beziehung Glück. Dahin gehörte, dass — ein bis dahin nie dagewesener Fall — bald nach meinem Antritt ein Vertrag Sachsens mit England und zwar für den Schutz des literarischen Eigentums zu verhandeln war, — ein Vertrag, den die sächsische Regierung im Anschluss an einen von Preussen abgeschlossenen mit spezieller Berücksichtigung des

Leipziger Buchhandels und entsprechenden Ergänzungen mit der englischen Regierung vereinbarte. Gleich darauf wurde ich abermals mit einer Verhandlung beauftragt, deren ich gedenken muss, weil deren Gegenstand heute kaum glaublich erscheinen müsste. Damals betrug das Porto eines Briefes zwischen Sachsen und England, das heute 20 Pfennige beträgt, 1 Schilling oder 10 Silbergroschen, und davon bezog die sächsische Postverwaltung den vierten Teil, also 2½ Groschen. Die englische Post wollte reduciren, wogegen man sächsischerseits nichts einzuwenden hatte, vorausgesetzt, dass an den 2½ Groschen nichts geändert werde. Es kostete viel Zeit und Mühe, bevor man zu einem Ausgleich gelangte.

Zu jener Zeit war mir ein Einblick in eine nicht den unteren Schichten, sondern im Gegenteile den höheren Regionen angehörige Regsamkeit vergönnt, welche der deutschen Einheitsbewegung von 1848 vorarbeitete. Daran waren der aus dem „Leben des Prinz-Gemahls" bekannte Baron Stockmar, mein preussischer College, der nicht minder oft genannte Ritter v. Bunsen, und endlich der Stiefbruder der Königin, Fürst Leiningen (der erste Reichs-Minister-Präsident im Jahre 1848) beteiligt, und Alle schaarten sich um den Prinzen Albert. Die Richtung war eine entschieden preussische und ebenso entschieden antiösterreichische. Die Regierungen der deutschen Kleinstaaten, gleichwie auch die Mitglieder der ehemals reichsunmittelbaren Familien habe ich immer am meisten für den Bundesstaat mit preussischer Spitze begeistert gefunden. Dass die Herabdrückung der deutschen Mittelstaaten, insbesondere der Königreiche, und deren Gleichstellung mit den kleineren Bundesgebieten das Motiv dieser Bestrebungen gewesen sei, wie ich mehr als einmal äussern hörte, behaupte ich nicht; dass dieses Moment aber dazu mit beigetragen hat, die beteiligten Kreise mit dem Gedanken der deutschen Neugestaltung zu befreunden, ist gewiss.

Ich nehme in meine Erinnerungen gern kleine Erlebnisse auf, die zur Erheiterung des Lesers dienen können. Man hat

mir zuweilen vorgeworfen, zu viel zu schreiben; darum wird man mir es nicht als Selbstlob anrechnen, wenn ich erzähle, dass ich überall, wo ich beglaubigt war, mich nicht allein mit den politischen Fragen, sondern auch mit den Gegenständen innerer Verwaltung beschäftigte und darüber eingehende Berichte verfasste. Einstmals hatte ich eine längere Arbeit über das englische Schulwesen geliefert und zwei deutsche Collegen, welche dieselbe bei mir gelesen hatten, baten mich um die Erlaubnis, eine Abschrift nehmen zu dürfen. Ich hatte dagegen kein Bedenken. Nach Verlauf einiger Zeit bekannten mir Beide, eine sehr belobende Depesche von zu Hause erhalten zu haben, während ich von Dresden nichts erhielt. Ich hatte damals einen schwedischen Collegen, der ein sehr guter Kamerad war, dem man aber nicht wie mir zu grosse Schreiblust vorwerfen konnte. Hierdurch erklärt sich, dass auch er gern meine Depeschen einsah und beziehentlich benützte. Dies unterliess er auch nicht, als gleichzeitig mit der Februar-Revolution die schleswig-holsteinische Bewegung in Fluss kam, welche ich begreiflicher Weise ganz vom deutschen Standpunkt aus behandelte, während bekanntlich Schweden ganz auf dänischer Seite stand. Da kommt nun eines Morgens mein College in der grössten Aufregung zu mir und begrüsst mich mit den Worten: „Sie haben mir eine schöne Suppe eingebrockt. Da bekomme ich einen Brief meines Ministers, der mich fragt, ob ich verrückt geworden sei.“

Dem Schluss des Jahres 1847 gehört in meinen Erinnerungen eine merkwürdige Zufälligkeit, die sich damals in London vollzog. Zu derselben Zeit, wo ich dahin gekommen war, hatte sich Prinz Louis Napoleon nach der Flucht aus Ham in England eingefunden. Er hatte grosse Mühe, in aristokratischen Kreisen Eingang zu finden. Im Jahr 1847 wurde ein neuer Club, der Coventry-Club gegründet, in demselben Lokal, wo gegenwärtig der St. James-Club in Piccadilly sich befindet, und zwar zu dem Zweck, damit Fremde und insbesondere die Mitglieder des diplomatischen Corps als zahlende Mitglieder Aufnahme finden könnten, während die

alten Clubs, wie Traveller's und Athenaeum, die Fremden als Visitors gastlich aufnehmen, als Mitglieder aber nur Engländer zulassen. Prinz Louis Napoleon bewarb sich um die Aufnahme im Coventry-Club, der französische Geschäftsträger liess es an Bemühungen dagegen nicht fehlen, und der Prinz wurde mit drei schwarzen Kugeln ausballotirt, *blackballed*. Ein Jahr darauf, fast auf den Tag, hatte er sechs Millionen Stimmen!

IV. Kapitel.

1848.

Die Februar-Revolution und das Jahr 1848. — Meine erste aber imperfecte Ernennung zum Minister. — Gesandter in Berlin.

In einem der vorangehenden Kapitel habe ich bei Beleuchtung des Unterschiedes zwischen der Juli-Revolution und der Februar-Revolution die Ansicht ausgesprochen, dass die erste rein französischen, die zweite dagegen weit mehr europäischen Ursprungs war. In der That wäre es sonst schwer zu begreifen gewesen, wie ein König, welcher, was immer sich über das Guizot'sche System sagen liess, doch streng constitutionell regierte, vom Throne gestossen werden konnte, weil die Polizei einige Bankete für Wahlreform verboten hatte. Denn was die oft vernommene Erklärung durch die innere Fäulnis betrifft, so ist es beinahe lächerlich, zu behaupten, eine derartige Umwälzung könne sich vollziehen, weil einige Scandalprozesse sich abspielen, und ein Mann vornehmer Geburt seine Frau umbringt. Das Ursprungsdatum ist eben nicht 1848, sondern 1847. In diesem Jahre war der europäischen Bewegungspartei die Schwäche der grossen Regierungen erkennbar geworden, und von diesem Augenblicke war der erste beste Anlass, wie der an sich unbedeutende Pariser Conflikt es war, zum Losschlagen genügend.

Der Bankerott des Metternich'schen Systems vollzog sich weder in den Wiener Märztagen, noch in den Pariser Februartagen, weder in Wien noch in Paris, sondern im Jahr zuvor in der Schweiz. Es ist hier nicht der Ort, in die damals im Vordergrunde gestandene schweizerische Verfassungsfrage näher einzugehen. Meiner Ueberzeugung nach waren Oesterreich und Frankreich prinzipiell im Rechte, als sie, auf die Verträge gestützt, die Garantie der Neutralität durch die Aufrechterhaltung der Cantonalverfassung bedingt erachteten. Freilich war es kurz zuvor dem Wiener Cabinet begegnet, durch die Einverleibung des Krakauer Freistaates sich über die Verträge hinwegzusetzen.

Das war die vielgerühmte Zeit der „Grundsätze", die, wie ich früher einmal hervorhob, mehr für die Zeit der Widersprüche gelten konnte. Ich will, nach dem, was sich 1846 in Galizien ereignet hatte, der österreichischen Regierung aus der Krakauer Vereinbarung nicht zu lebhafte Vorwürfe machen, allein erinnern musste man sich dessen, als man in der Schweiz auf die Verträge sich steifte, um schliesslich darauf zu verzichten, nicht mit der Entschlossenheit des Wollens, sondern mit der Gelassenheit des Fügens. Wie sehr man sich dabei in der Beurteilung der politischen, der thatsächlichen Seite der Frage verrechnet hatte, indem man die Aufhebung der alten Cantonalverfassung als den Ausgangspunkt revolutionärer Zustände betrachtete, hat der Verlauf der Dinge gezeigt. Nach dem Ausbruch der Februar-Revolution gab es Aufstände die Menge in Deutschland und in Italien. Die Schweiz aber blieb das ruhigste Land. Schlimmer jedoch als dieser Irrtum in der Anschauung waren die Fehler in der Behandlung der Sache. Nachdem man die Auflehnung der Sonderbunds-Cantone sowohl von französischer als von österreichischer Seite auf alle Weise ermutigt hatte — dies geschah, abgesehen von der Sprache der Regierungen, noch ganz besonders durch die Beflissenheit der persönlich klerikal gesinnten Agenten —, endete die Androhung einer bewaffneten Intervention, auf welche die Sonderbündler zählen durften, mit dem Geschehen-

lassen. In Wien erklärte man diesen Abschluss damit, dass man der französischen Cooperation nicht sicher gewesen sei, in Paris aber, wo man in der Parteinahme für den Sonderbund sehr entschieden war — „*il est impossible qu'on laisse s'accomplir un acte aussi inique, aussi odieux et aussi brutal*“, sagte zu mir der damalige französische Botschafter in London, der alte Herzog von Broglie — in Paris hatte man im umgekehrten Sinn die nämliche Ausrede.

Ich übersehe keineswegs, wie eingreifend die Rolle war, die damals die spanischen Heiraten und die Rancune Lord Palmerston's spielten, aber eben daran zeigt sich die Schwäche eines Systems, wenn es durch solche Zufälligkeiten ausser Fassung gebracht werden kann.

Die Erkenntnis dieser europäischen Schwäche von Seiten der Bewegungsparteien hatte die natürliche Folge, dass die Februar-Revolution überall wie Zunder wirkte.

Wenn man deutsche Geschichtsbücher liest, wie beispielsweise die in so ansprechender und gewinnender Weise geschriebenen „Dreissig Jahre deutscher Geschichte“ von Biedermann, so sollte man glauben, die deutsche Erhebung von 1848 sei rein deutschen Ursprungs, eine rein deutsche That gewesen. Hätte inzwischen Ludwig Philipp seine alte geistige Spannkraft bewahrt, was eben nicht der Fall war — wie ich mich davon persönlich bei einem Besuch überzeugen konnte, den ich ihm in Claremont bald nach der Februar-Revolution abstattete — und wären seine beiden der Armee und der Flotte angehörigen Söhne Aumale und Joinville in Paris anwesend gewesen, so wäre zweifellos die Februar-Revolution die so und so vielte Emeute gewesen, und Thiers wahrscheinlich zum so und so vielten Male Minister geworden. Ob dann die deutsche Bewegung es zu einem Vorparlament und zu einer Nationalversammlung gebracht haben würde, diese Frage wird der oben genannte Autor nach den Schilderungen, die sein Buch über die Berliner Dispositionen zur Zeit des vereinigten Landtags und nach demselben gibt, kaum

bejahen wollen. Die Bewegung kam 1847 in Fluss, in Ungarn und Italien gleichwie in Deutschland aus dem oben angedeuteten Anlass eines offenkundigen Fiasco der grossen Cabinete; sie würde aber nach einer energischen Repression des Pariser Aufruhrs zwar gewiss nicht im Sande verlaufen, wohl aber zu einem gemässigten und deshalb wenig fördersamen Tempo übergegangen sein. — Ich will hier im Voraus der etwaigen Voraussetzung begegnen, als sei ich persönlich der neuen Gestaltung Deutschlands, wie sie sich jetzt vollzogen hat, abgeneigt. Ich lasse es weder an Bewunderung für das Geleistete, noch an Erkenntnis der Mängel früherer Zeit fehlen; dies wird mich aber nicht abhalten, die Dinge beim rechten Namen zu nennen und unzutreffenden Verkleinerungen und Verurteilungen früherer Zustände entgegenzutreten.

In Sachsen, wo die Erregung Anfangs März bereits zum Durchbruch kam, war dies vielleicht weniger überraschend als anderwärts. Wenige Jahre zuvor waren in Leipzig Ruhestörungen vorgefallen, welche bewaffnetes Einschreiten von nicht zweifelloser Notwendigkeit, aber von sehr zweifelhafter Opportunität zur Folge hatten. Es waren Opfer gefallen und Robert Blum war zum ersten Mal als Volksredner mit Glück aufgetreten. Die Spuren jener Tage waren noch nicht verwischt, als die Katastrophe in Frankreich losbrach. Von Leipzig aus begann die Agitation für Entlassung des Ministeriums, dessen Mitglieder nicht allein ehrenwerte Männer, sondern auch gediegene, ein jeder in seiner Branche hoch angesehene Fachleute waren. Ihre politische Richtung konnte nicht absolut illiberal, sondern nur stationär genannt werden. Man wollte aber für neue Programme neue Männer.

Es war um die Mitte des Monats März, dass ich einen Brief meines damaligen Chefs, des Ministers von Zeschau, erhielt, worin er mich aufforderte, ohne Säumen und Zeitverlust nach Dresden zu kommen, da der König mir das Departement des Aeussern übertragen wolle. Die Minister hatten es für ihre Pflicht erachtet, ihre Demission einzureichen, und mit schwerem

Herzen hatte der König Friedrich August sich entschlossen, dieselbe anzunehmen. Das neue Ministerium war ein März-Ministerium, wie es damals in allen deutschen Staaten gab. Zwei ausgezeichnete Mitglieder der zweiten Kammer, Advocat Braun und Fabrikbesitzer Georgi, wurden, der erste Justiz-, der zweite Finanzminister, und neben ihnen sollte von der Pfordten, damals Professor des römischen Rechts und Rector der Universität Leipzig, das Ministerium des Innern übernehmen. Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten aber wollte der König in erprobten Händen wissen, womit auch die Genannten sich einverstanden hatten. Ich rüstete mich sofort zur Abreise, in deren Drang ein Diebstahl verübt wurde, welcher mich der wenigen Orden, die ich damals besass, und meiner Fracks beraubte, was unter den damaligen Zeitverhältnissen mich für meine neue Stellung ganz geeignet machte. Ich liess mich durch einen Sturm, der die Fahrt von Dover nach Ostende um drei Stunden verlängerte, nicht zurückhalten, reiste Tag und Nacht und als ich in Dresden ankam, empfing mich ein mir persönlich befreundeter Beamter von der Ministerratskanzlei, nicht, um mich als seinen Chef zu bewillkommnen, sondern um mich, erhaltenen Auftrags gemäss, zu ersuchen, mich nicht zeigen zu wollen.

Während ich nämlich unterwegs war, hatte der 18. März in Berlin stattgefunden. Damit hatte sich die Lage vollständig geändert, das Ministerium bedurfte anstatt meiner eines volkstümlichen Mitglieds von erprobtem Freisinn, und so musste, oder vielleicht richtiger konnte Pfordten das Ministerium des Innern gegen das Ministerium des Cultus und Unterrichts, in Verbindung mit dem Ministerium des Aeussern, vertauschen. Stadtrat Oberländer aus Zwickau, welcher Minister des Innern wurde, war ein grundehrlicher und nichts weniger als fanatischer Demokrat, aber schwach und ganz in den Händen der extremsten Parteigenossen. Ihm war es hauptsächlich zu danken, wenn im Verlauf eines Jahres ein ganzes Netz ultrademokratischer Vereine über das Land sich verbreitete. Diese Vereine, die sogenannten

Vaterlandsvereine, lieferten zuletzt das Contingent für den Mai-Aufstand von 1849. Wäre es bei der ersten Combination geblieben, ich schon 1848 Minister geworden und Oberländer derselben fremd geblieben, so hätten die Dinge einen andern Verlauf genommen. Es würde wahrscheinlich keinen Mai-Aufstand gegeben haben, und die Zustände in Sachsen hätten sich gleich denen in Hannover unter Bennigsen und Stüve gestaltet. Pfordten, der von Haus aus conservative Instinkte hatte, hätte die Anlehnung an mir gefunden und Braun und Georgi mit sich gezogen, ich aber wäre nach ein oder zwei Jahren samt meinen Collegen abgenutzt gewesen. In Sachsen war man, nicht nur in reaktionären Kreisen, nach dem Mai-Aufstand weithin der Meinung, dass es so besser gewesen sei und einer gründlichen Umkehr bedurft habe. Für diese Ansicht liess sich viel sagen; beklagenswert aber war, dass es nicht allein zum Blutvergiessen kommen musste, sondern auch, dass viele Familien, teils durch unmittelbare, teils durch mittelbare Teilnahme, wozu auch Beamte, Schullehrer und selbst Geistliche verleitet worden waren, in's Unglück gestürzt wurden.

Ich kehre zu den Märztagen von 1848 zurück. Man hatte in Dresden doch das Gefühl, dass man mir für die gegenstandslose Kurierreise eine Satisfaktion schuldig sei, und dazu bot sich alsbald durch die Vacanz des Berliner Gesandtenpostens Gelegenheit. Meine Versetzung dahin erfolgte erst im Mai, und ich kehrte für kurze Zeit nach London zurück, von wo ich, da man den Posten weder aufgeben noch besetzen wollte, nicht abberufen wurde, sondern wo ich *en titre* beglaubigt blieb, was Lord Palmerston Veranlassung gab, mich den Koloss von Rhodus zu nennen.

Ich vergesse nie, welchen Eindruck mir der Contrast machte, als ich wieder in London war. Nachdem ich tagtäglich wochenlang von nichts gehört und gelesen als von Völkerfrühling, Errungenschaften der Neuzeit, Bruch mit der Vergangenheit, Volks-Souveränität, Volksbewaffnung u. s. w., fand ich in England alles

genau so, wie ich es verlassen, und die *season* in der gewohnten Pracht aristokratischen Luxus.

Die Königin befand sich damals in Osborne auf der Insel Wight und ich erhielt dahin eine Einladung zu zweitägigem Aufenthalt. Den Prinzen Albert, der mir damals geneigter war als später, wo ich ihm zu partikularistisch wurde, interessirte es ungemein, mich von meiner Dresdener Fahrt und allem, was ich in Deutschland gesehen, erzählen zu hören, was sich, nach den im vorangehenden Kapitel gegebenen Daten über des Prinzen in die deutschen Angelegenheiten eingreifende Thätigkeit, leicht begreift. Seine Königliche Hoheit teilte mir im Vertrauen die eigenen Aufzeichnungen über die Deutschland zu gebende Gestaltung mit; sie trafen so ziemlich mit der in Frankfurt später votirten Reichsverfassung, noch mehr aber mit der Berliner Drei-Königs-Verfassung (Fürsten-Collegium) überein. Obschon ich mich jeder zustimmenden Aeusserung über die Oberhaupts-, mit andern Worten die Kaiserfrage, enthielt, entfremdete mir das doch nicht den hohen Gönner, und ich habe später einmal aus bester Quelle erfahren, dass der Prinz in Frankfurt die Suggestion meiner Ernennung als deutscher Gesandter in London für den Fall gemacht hatte, dass Bunsen, wie der Prinz es hoffte, Minister des Aeussern in Berlin werden sollte.

Den Rückweg nahm ich über Frankfurt, wo ich die gegen sonst veränderte Scenerie mir anschauen wollte. Die Paulskirche hatte kurz zuvor ihre Sitzungen begonnen. Der Bundestag bestand noch, aber mit zeitgemässer Besetzung. Als preussischen Bundestagsgesandten fand ich einen alten Göttinger Bekannten, den seitdem oft genannten Grafen Usedom, der es nach der Reaktivirung des Bundestags noch einmal wurde. Ich muss ihm trotz der Verschiedenheit unserer politischen Richtung nachrühmen, dass ich ihn in seinem Urteil stets objektiv gefunden habe. Er sprach die Wahrheit, als er mir bei einem späteren Wiedersehen in London in den siebenziger Jahren sagte: „Ich habe es in Berlin wiederholt gesagt, so oft von Ihnen die Rede

war: Ihr vergesst immer Eines, in dem Mann steckt kein Gift." Gewiss ein wahres Wort, dem Alle, die mich persönlich kennen, gerne beistimmen werden. Schade, dass da, wo es gesprochen wurde, man mehr als einmal anderer Meinung war und lieber dem Wort Folge gab: *„Morte la bête, mort le venin."*

Als sächsischen Bundestagsgesandten fand ich den über Nacht zum Geheimen Legationsrat umgewandelten Bürgermeister einer kleinen Stadt im Voigtland, einen streitbar gewesenen Abgeordneten. Ein Jahr darauf war er Mitglied der provisorischen Regierung des Mai-Aufstandes, nach dessen Unterdrückung er flüchtete.

Als ich am Morgen nach meiner Ankunft den „Russischen Hof", wo ich abzusteigen pflegte, verliess, trat mir der wohlbekannte Portier entgegen, jedoch nicht, wie früher, in gebückter Haltung, sondern die Mütze auf dem Kopf. „Wollen Sie in die Nationalversammlung?" sagte er mit Herablassung; „es wird heute abgestimmt, ob Monarchie, ob Republik sein soll. Ich würde Ihnen aber doch raten, die Nationalkokarde anzulegen, ich werde Ihnen eine geben."

Ueber Monarchie und Republik wurde zwar nicht abgestimmt, dagegen war der Rat wegen der Kokarde gut gewesen, denn ohne sie hätte ich missfälliges Aufsehen erregt und ich fand auf der Galerie einige wohlbekannte, sehr reaktionäre *Ci-devants* mit den augenfälligsten deutschen Kokarden geschmückt.

Es war das einzige Mal, dass ich einer Sitzung in der Paulskirche beiwohnte. Von einer interessanten Debatte war nicht die Rede, denn man befand sich noch in den ersten Tagen, wo jeder Redner nur zehn Minuten sprechen durfte.

Einen bleibenden Eindruck hinterliess mir jedoch die Persönlichkeit Heinrichs von Gagern, welcher unausgesetzt stehend präsidirte und durch seine Erscheinung wirklich imponirte. Ich habe viele Kammerpräsidenten in Funktion gesehen, aber keiner, selbst Gambetta nicht ausgenommen, machte einen gleich vorteilhaften Eindruck. Zu jener Zeit schien Gagern zu einer grossen Zu-

kunft bestimmt. Wer mir damals gesagt hätte, wir würden uns einst gegenüber sitzen, ich als österreichischer Reichskanzler und er als grossherzoglich hessischer Gesandte! Dass er in dieser bescheidenen Stellung mit der grössten Anspruchslosigkeit und ohne je eine Erinnerung an seine einstige Bedeutung merken zu lassen, sich zurecht zu finden wusste, konnte ihm nur zum Lob gereichen. Inzwischen waren ihm aus der Zeit seiner Präsidentschaft gewisse Gewohnheiten geblieben. Wenn er von mir eine Auskunft erbat, geschah es immer in der Form gegliederter Fragestellung.

Nach kurzem Aufenthalt in Dresden begab ich mich auf meinen neuen Posten nach Berlin, auf dem ich bis zu meinem effektiven Eintritt in das Ministerium blieb, welcher Anfangs 1849 erfolgte.

Hatte mir der Contrast Eindruck gemacht, den ich zwischen den Zuständen Englands und jenen des Continents gefunden hatte, wie viel mehr musste ich von dem Contrast ergriffen sein, der das Berlin von sonst, wie ich es zehn Jahre früher gekannt hatte, von dem Berlin von 1848 unterschied. Grösser noch und fast überwältigend mag freilich manchen Zeitgenossen der Abstand zwischen Berlin von 1848 und Berlin von 1871 erschienen sein.

Man denke sich meine Empfindungen, als ich, der ich das Berlin Friedrich Wilhelms III. in der Erinnerung behalten hatte, bei meinem ersten Ausgang aus meinem Hotel unter den Linden an dem Palais des Prinzen von Preussen zwar nicht mehr die Aufschrift „Nationaleigentum“, wohl aber als Schildwache einen uniformlosen Bürgerwehrmann zu Gesicht bekam. An allen Strassenecken sah man demokratische, mehr oder minder aufwiegelnde Plakate, und wenn sich darunter einmal etwas Gemässigtes befand, konnte man sicher sein, mit Bleistift darüber geschrieben zu lesen: „Reaktionärer Schweinhund“ oder Aehnliches. Knaben boten in den Strassen kleine Drucksachen an, die nicht nur politisch excessiv, sondern zuweilen auch unsittlichen Inhalts waren.

Des Abends füllten sich die Strassen teils mit Neugierigen, teils mit ambulanten Volksansammlungen. In diese anormalen Zustände fiel ein Intermezzo, welches mich selbst anging und welches zwar belustigend war, aber leicht hätte verdriesslich werden können. Bald nach meiner Ankunft war mein neuer französischer College, der erste Gesandte der Republik, angekommen. Es war Emanuel Arago, Sohn des berühmten Arago. Ich hatte ihn neun Jahre früher als Verteidiger des Hauptangeklagten des Mai-Aufstandes, Armand Barbès, vor dem Pairshof plaidiren gehört. Auf seinen Visitenkarten stand: *„Arago, Représentant du peuple, Ministre de France.“* Es war ein geschickter Griff Lamartine's, nach Berlin den Sohn eines Mannes zu schicken, der ein langjähriger intimer Freund Alexander von Humboldt's war, was ihm seitens des Königs Friedrich Wilhelm IV. eine wohlwollende, fast ausgezeichnete Aufnahme eintrug. Ich habe ihn in Berlin viel gesehen, und später in Paris, während er Botschafter in Bern war, wiedergefunden. Seine Entlassung reichte er alsbald nach der Wahl des Prinzen Louis Napoleon zum Präsidenten ein.

Nun zu dem belustigenden Zwischenfall.

Arago hatte Wohnung im Hotel de Rome unter den Linden bestellt, und dort erwartete seine Ankunft am Abend eine dichte Volksmenge, die ihn bewillkommnen wollte. Zufällig ging ich damals mit dem Grafen Heinrich Pourtalès, welcher bei der Artillerie diente, spazieren und wir sprachen Französisch, welche Sprache den aus Neufchatel gekommenen Pourtalès immer die geläufigste blieb. Arago war eben angekommen, da trat ein Mann des Volkes auf mich mit den Worten zu: „Jetzt muss eine Deputation hinauf und wer der Sprache mächtig ist, muss das Wort führen. Sie sprechen Französch, man nuf.“ Ich also sollte den Vertreter der französischen Republik im Namen des Berliner Volkes bewillkommnen! Man kann sich denken, mit welcher Eile ich verschwand.

Allein es ereigneten sich weniger harmlose Dinge.

In der Singakademie tagte die preussische Nationalversammlung, und da geschah es eines Tages, dass Abgeordnete beim Herauskommen thätlich insultirt wurden, was auch dem damaligen Minister des Aeussern widerfuhr. Als in Folge dessen die Requirirung militärischen oder wenigstens polizeilichen Schutzes in Frage kam, begegnete dieser Gedanke mehrseitigem Widerspruch. Der bekannte Dr. Jacobi war der Meinung, eine freundliche Ansprache genüge, und ein damals nicht minder oft genannter Assessor erkannte in jenem Vorgang ein erfreuliches Symptom der öffentlichen Teilnahme, wobei ich noch die Worte höre: „Es wäre ja ein Jammer, wenn es anders wäre.“ Bei solchen Zuständen allein war ein Ereignis erklärlich, an dessen Möglichkeit man heute nicht glauben möchte: das Zeughaus wurde geplündert, und das geschah nicht im Zusammenhang mit einer Massenbewegung, sondern als eine Art Intermezzo in ganz gemütlicher Weise. Ich stand einige Hundert Schritte davon, da kam ein schlechtgekleideter Mann mit den Worten auf mich zu: „Ist Ihnen vielleicht eine Spitzkugel gefällig?“

Mehrere meiner Collegen hatten ihren Aufenthalt in Potsdam genommen, wo auch der König und die Königin sich befanden, und ich ging die Nacht über mit mir zu Rat, ob ich nicht ihrem Beispiel folgen sollte. Der nächste Tag und die folgenden verliefen jedoch, als ob nichts geschehen wäre. Man kann überhaupt nicht sagen, dass das „tolle“ Jahr nicht zuweilen unterhaltend gewesen sei. In Berlin verstrich der Sommer ganz angenehm.

Die Minister — es kamen deren fast allmonatlich neue — fand man im Café Royal oder bei Jagor, wo man sich bei Tisch orientiren konnte; dann ging es nach den Zelten, wo man einer Volksversammlung beiwohnte und meist blühenden Unsinn zu hören bekam, und nach der Rückkehr bei einbrechender Dämmerung gab es fast täglich einen kleinen unschuldigen Crawall. Man muss anerkennen, dass eine gewisse moralische Anarchie, wie sie eben bestand, in ziemlich milder Form auftrat. Darin

durfte jedoch nicht etwa der Mangel guten Willens zum Gegenteil erblickt werden, sondern bei weitem mehr die wirkliche Hohlheit der damals überschätzten Bewegung. Die Beobachtungen, die ich in dieser Beziehung in Berlin anzustellen in der Lage war, sind für mich, als ich vor dem Ausbruch des Mai-Aufstandes mich für den Widerstand entschied, keine verlorenen gewesen.

Woran man in Berlin heute und schon längst nicht mehr denkt, das ist, wohin in jenen Tagen der Entmutigung die hoffnungsvollen Blicke nicht blos der sog. Reaktionäre, sondern aller ordnungs- und friedliebenden Bürger sich richteten. Es war Oesterreich. Die Nachrichten von Radetzky's Erfolgen wurden verschlungen, als wären es preussische Siege gewesen, und sein Einzug in Mailand wurde freudiger begrüsst, als die Einnahme des Dannewirke. Wrangel zog ohne Schwertstreich und ohne Widerstand in Berlin ein, nachdem Windischgrätz Wiens Meister geworden war. Bald darauf nahm denn auch das Berliner Cabinet Fühlung mit Wien in der deutschen Frage; es geschah indessen weniger im Geist des Anschliessens, als in dem des Ausschliessens.

In die letzten Momente des Jahres 1848 fällt eine meiner denkwürdigsten Erinnerungen. Es war meine erste Begegnung mit Fürst Bismarck. Ich war befreundet mit dem späteren Gesandten in Dresden, Herrn von Savigny, dessen Wohnung sich dicht neben dem von mir bewohnten Haus in der Wilhelmsstrasse befand. Eines Morgens, als ich ihn besuchte, empfing er mich mit den Worten: „Ich habe einen Besuch im Haus, Herrn von Bismarck, von dessen Auftreten auf dem vereinigten Landtag Sie gehört haben müssen.“ Gleich darauf trat Herr von Bismarck ein. im Schlafrock mit der langen Pfeife. Das Gespräch wandte sich sofort der eben eingegangenen Nachricht von der Erschiessung Robert Blum's zu, wobei ich die Ansicht äusserte, es sei dies vom österreichischen Standpunkt ein politischer Fehler. Diese Ansicht vertrete ich noch heute. Ich weiss wohl, wie die Dinge gegangen sind. Fürst Windischgrätz, aus dem Blum's Gesinnungsgenossen gern einen zweiten Tilly gemacht hätten und mit dem

ich in Folge mehrmaligen Zusammenseins in Gastein näher bekannt wurde, war ein strammer Soldat, aber ein humaner Mann. Er hat mir selbst mitgetheilt, dass die Hinrichtung gar nicht in seiner Absicht lag, dass er aber in Olmütz anfragen musste. Was dort vorging, ist mir von anderer Seite bekannt geworden. Es wurde, da man von Blum's und Fröbel's Vergangenheit sehr ungenügende Kenntniss hatte, eine zufällig anwesende, mit den deutschen und insbesondere den sächsischen Verhältnissen näher vertraute Persönlichkeit befragt, welche sich dahin aussprach, der eine sei ungefährlich, der andere aber sehr gefährlich, worauf die Weisung erging, an dem einen das Urtheil vollstrecken, den andern aber laufen zu lassen. Dabei mochte auch die übliche Betrachtung mitwirken, es müsse ein Exempel statuirt werden — die von mir an anderer Stelle wiederholt gerügte alte österreichische Uebung, das Odium und die undankbare Rolle für sich zu nehmen. Ob Blum schuldig sei, was er für das Militärgericht unbedingt sein musste, war politisch betrachtet für Oesterreich von geringem Belang; um so wichtiger aber der weitere Verlauf der Dinge in Frankfurt. Nachdem man dort einen Erzherzog als Reichsverweser und die österreichischen Abgeordneten im Parlamente gelassen hatte, musste man, ganz abgesehen von der zweifelhaften Frage der Immunität, bedenken, welches die Rückwirkung auf einen Theil der National-Versammlung sein werde [1]). Es ist nicht ganz zweifellos, ob ohne diesen Zwischenfall die Abstimmung in der Kaiserfrage die gleiche gewesen wäre, und man darf nicht vergessen, dass König Friedrich Wilhelm IV. zwar die Krone zurückwies, weil die, welche sie ihm antrugen, dazu nicht das Recht hätten, dass der König jedoch hinzufügte,

[1]) Man wird vielleicht einhalten, dass die Erschiessung von Trützschler Preussen wenig geschadet habe; dagegen ist zu erinnern, dass Blum's Erschiessung 1848, Trützschler's Erschiessung aber 1849 inmitten der bereits eingetretenen Reaktionsperiode vor sich ging, wo es keine National-Versammlung mehr gab.

sie gebe ihm ein Anrecht. Der Gedanke des Anrechts wurde seitdem nie aufgegeben.

Als ich nun die Aeusserung that, ich halte die Hinrichtung Blum's für einen politischen Fehler, fiel Bismarck sofort mit den Worten ein: „Ganz falsch, wenn ich einen Feind in der Gewalt habe, muss ich ihn vernichten." Dieses Ausspruchs habe ich mich mehr als einmal erinnert.

V. Kapitel.

1849.

Rücktritt des sächsischen Ministeriums. — Meine zweite, diesmal effektive Berufung.

In Sachsen hatte unterdessen das März-Ministerium — um einen trivialen, aber erschöpfenden Ausdruck zu gebrauchen — abgewirthschaftet. Ein auf breitester demokratischer Grundlage beruhendes neues Wahlgesetz brachte bei der Organisation und Rührigkeit der Vaterlandsvereine einen Landtag zu Stande, welchem nicht ein Regierungsorgan, nicht die Feder eines Reaktionärs, sondern der Volksmund den ihm gebliebenen Namen des Unverstands-Landtages beigelegt hat. Gleich von Anfang der Verhandlungen an musste das Ministerium wahrnehmen, dass es keinen Boden mehr unter sich habe, und die Frage der Publikation der Frankfurter Grundrechte des deutschen Volks wurde ein willkommener Anlass zu einem anständigen Rücktritt.

Unendlich hart und bedenklich war aber nun die Lage, in welche der König sich versetzt sah. An eine Auflösung mit Aussicht auf einen verschiedenen Ausfall der Wahlen war nicht zu denken, — vor der Berufung eines Ministeriums, welches aus den Koryphäen dieses Landtages bestanden haben würde, hatte man begreifliche Scheu, und nicht blos Personen, welche dem König aus alter Zeit nahe standen, selbst Mitglieder des ab-

tretenden Ministeriums waren dagegen. So wurde denn die Ernennung eines sogen. Beamten-Ministeriums beschlossen. Es wurden berufen: für das Justizministerium mit dem Vorsitz im Gesammtministerium Geheimer Justizrath Dr. Held, für das Innere Geheimer Regierungsrath Weinlig, für die Finanzen Geheimer Finanzrath von Ehrenstein, für das Kriegsministerium Oberst Rabenhorst, damals Militärbevollmächtigter in Frankfurt. Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten war mir zugedacht. Endlich sollte der Justizminister das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts gleichzeitig versehen. Ich übernahm es nach dem Mai-Aufstand.

In den folgenden Seiten meiner Erinnerungen werden sich viele Wiederholungen aus einer Broschüre finden, welche ich im Jahre 1881 in bedauerlicher Nothwendigkeit einer Entgegnung zu schreiben Veranlassung hatte. Man wird es mir nachsehen, wenn ich mir nicht immer die Mühe einer Umschreibung nehme. Jedenfalls wird man zwischen dem, was ich jetzt schreibe, und dem, was ich damals schrieb, keine Abweichungen finden.

Nach Allem, was ich vorausschickte, bedarf es kaum einer Hinweisung darauf, dass die Berufung zur Uebernahme eines Portefeuille zu jener Zeit nichts Verlockendes, sondern im Gegentheil viel Abschreckendes hatte. In der That kostete mich die Annahme nicht geringe Ueberwindung. Ich gab damit einen Posten auf, der mir nur interessante Beschäftigung und angenehme soziale Verhältnisse bot, denn damals gab es noch keine Differenzen mit Berlin und ich war dort aus früherer Zeit ein guter alter Bekannter. — Andererseits stand zwar die Einziehung der Gesandtschaften bei den ausserdeutschen, nicht aber bei den deutschen und am allerwenigsten bei der preussischen Regierung in Aussicht. Sobald ich aber das Minister-Portefeuille annahm, stand ich vor der Alternative, entweder nach kurzer Zeit und nach schmählichem Fiasco, also entwerthet, auf meinen vacant gelassenen Posten zurückzukehren oder, sofern sich meine Stellung befestigen und ich zu längerer, aber nicht dauernder ministerieller Zwangs-

arbeit verurtheilt werden sollte, meinen Berliner Posten selbst anderweit besetzen zu müssen. Angesichts dessen, dass schon in früherer Zeit meine Berufung zum Minister als eine Frage der Zeit angesehen worden war, rieth man mir von vielen Seiten mit dem Bemerken ab, dass ich eine sichere Zukunft compromittire, ohne sicher zu sein, damit dem König und dem Lande nützen zu können.

Nun war aber die Annahme meinerseits von entscheidendem Einfluss auf das Zustandekommen der Combination, deren Scheitern den König genöthigt haben würde, dieselben Männer, welche im Mai die provisorische Regierung bildeten, oder deren Gesinnungsgenossen zu Ministern zu ernennen. Der König sagte zu mir, als ich mich meldete: „Ich hätte es Ihnen gern erspart, aber ich wusste mir nicht anders zu helfen.“ Nach dieser Ansprache nahm ich ohne Zaudern an.

König Friedrich August war ein edeldenkender und hochsinniger Fürst. Wie alle Prinzen seiner Familie war er geborener Feind jedes nach Popularität ringenden Strebens und aller danach zielenden Kundgebungen, und dennoch hatte das Land in ihm, längst bevor er als Mitregent die Regierung antrat, einen Freund freierer und zeitgemässer Anschauungen erkannt. Nach dem Ausbruch der Bewegung von 1830 konnte er nur durch die kategorische Erklärung, eintretenden Falls das Land seiner Väter verlassen zu wollen, um es nie wieder zu betreten, verhindern, dass man ihn zum König ausrief. Ich war in den Reihen der Kommunalgarde mehr als einmal Zeuge seines enthusiastischen Empfangs. In Wien und in Folge dessen in damaliger Obedienz in Berlin, namentlich aber in Petersburg, blickte man lange Zeit mit Misstrauen auf ihn. Nicht deshalb, sondern weil er in reiferen Jahren einer mehr nüchternen Anschauung zugänglich geworden war, wurde er später, was zu jener Zeit als Befähigungsnachweis galt, korrekt. Nie aber ist er es in dem gehässigen Sinn des Reaktionärs geworden. Für Alles, was geistiger Fortschritt war, blieb er empfänglich, und seine liebste Erholung

fand er in der Botanik als wissenschaftlicher Forscher. Gleich wie sein Nachfolger vergass er nie, dass er, selbst Katholik, Beherrscher eines protestantischen Landes war. Ich vergesse nicht, wie die „Hugenotten“, welche in München zu „Anglikanern“ und „Puritanern“ umgewandelt werden mussten, bevor sie auf der Hofbühne erscheinen durften, was beinahe zu einer Reclamation des englischen Gesandten Anlass gegeben hätte — wie, sage ich, die „Hugenotten“ auf der Dresdener Hofbühne ohne Anstand in Scene gingen. Der Hof wohnte selbst der ersten Vorstellung von Anfang bis zuletzt bei, und ich war Zeuge, mit welcher fast andächtigen Haltung der König die Melodie des „Eine feste Burg ist unser Gott“ anhörte.

Während der fünf Jahre, wo ich ihm als Minister diente — es war bis an seinen Tod — genoss ich nicht allein sein volles Vertrauen, ich war seinem Herzen näher getreten als Andere, und im Dresdener Archive muss sich mehr als ein von mir verfasstes Concept mit der Randbemerkung finden: „Mir aus der Seele geschrieben.“

Es war nicht ein Verdienst zu nennen, wenn ich meine Stellung nicht missbrauchte, allein sie war thatsächlich eine sehr umbeengte. König Friedrich August war in hohem Grade Gemüthsmensch; die bitteren Erfahrungen, die ihm der Mai-Aufstand bereitet hatte, liessen seitdem nie wieder eine gehobene Stimmung in ihm aufkommen. Er hatte mit dem Leben abgeschlossen gehabt, und die letzten Jahre seines Lebens und seiner Regierung waren für ihn etwas, worauf er nicht mehr gerechnet hatte, und trotzdem dass dieselben sich freundlicher gestalteten als manche vorhergegangene Zeit, fanden sie ihn weniger theilnehmend als sonst. Die Autopsie hat ja auch gezeigt, dass, hätte ein tödtlicher Sturz nicht seinem Leben ein plötzliches Ende bereitet, eine schwere Gemüthskrankheit zu befürchten gewesen wäre. —

Einem so edlen Herrn ein Opfer zu bringen, konnte für mich nicht schwer sein; ich bin aber der Meinung, dass es dem

Lande zu gut kam, nicht deshalb, weil es mich zum Minister erhielt, sondern weil — wäre die ministerielle Combination damals nicht zu Stande gekommen — die Dinge einen viel verhängnissvolleren Verlauf gehabt haben würden. Ich komme hierauf im nächsten Kapitel zurück. Mein Eintritt bot die Bürgschaft für den Halt nach Oben, und ohne diese Bürgschaft würden die ausser mir Berufenen sich kaum zur Annahme entschlossen haben.

Meine Kollegen waren zum Theil für mich keine Unbekannten. Dr. Held war, als ich in Leipzig studirte, dort Privatdozent und ich hatte an seinen Examinatorien Theil genommen. Ehrenstein gehörte dem Disputirverein an, von welchem im zweiten Kapitel die Rede ist. Er war ein von seinem Chef, dem Finanzminister von Zeschau, sehr hochgehaltener Rat und ein gewandter Kammerredner. Weinlig, dem ich früher nie begegnet war, in dem ich aber sofort geistige Bedeutung erkannte, bot, gleichwie ich den Halt nach oben, die Fühlung nach unten, was zu dem Witzwort Anlass gab: „Weinlig hält (Held) Ehrenstein, Rabenhorst beisst (Beust). Oberst Rabenhorst hatte ich schon in Frankfurt kennen gelernt. Er war ausgezeichneter Artillerieoffizier.

Das Ministerium trat ein am 24. Februar, also am Jahrestag der Februar-Revolution. Das erste Erscheinen in den Kammern — die erste war das treue Ebenbild der zweiten — hatte bei der uns bekannten persönlichen Abneigung aller Mitglieder nicht viel des Angenehmen. Da ich bis dahin noch nie öffentlich gesprochen hatte, nahm ich mir vor, gleich bei meinem ersten Erscheinen die Gelegenheit vom Zaum zu brechen. Diese wurde mir auch durch eine auf der Tagesordnung befindliche Interpellations-Beantwortung geboten. Was ich sagte, war kurz und daher für den Sprecher nicht beunruhigend, immerhin war aber das Eis gebrochen.

Ueber die Thätigkeit des nicht viel mehr als zwei Monate im Amte verbliebenen Februar-Ministeriums übt der Gegner,

welchem die angeführte Broschüre galt — ich werde ihn doch beim Namen nennen müssen: Freiherr von Friesen — eine abträgliche Kritik. Meiner Erwiderung entlehne ich den nachstehenden Satz:

„Ich finde für eine derartige nachträglich am gemüthlichen Schreibtisch verfasste Kritik der ministeriellen Thätigkeit jener zwei Monate, die ich weit entfernt bin, für ein Meisterwerk auszugeben, keinen besseren Vergleich, als wenn Einer im hellen Sonnenschein einem Andern, der genöthigt gewesen war, im dichten Nebel einen gefährlichen Gebirgspfad zu wandeln, nachweisen wollte, wo er hätte gehen müssen."

Was allerdings zum Vorwurf gereichen konnte und was überraschen musste, war, dass das Ministerium mit der Erklärung, die Grundrechte würden publicirt werden, debütirte. Das war allerdings unerwartet, aber aus praktischen Gründen unvermeidlich. Das Ministerium musste vor Allem sich freien Weg machen, um operiren zu können. Mit der fortgesetzten Weigerung erreichte man nur, dass die Kammern es zur Auflösung trieben, mit welcher, wie schon gesagt, nichts zu gewinnen war. Eine eingehende Prüfung, welcher wir die Grundrechte unterzogen, ergab überdies für uns das Resultat, dass ein Theil derselben unbedenklicher Natur, der andere dagegen so abstrakt theoretischer und praktisch undurchführbar sei, dass früher oder später die Revision von selbst kommen müsse. Eine Eigenthümlichkeit dieser Grundrechte des deutschen Volks war es, dass theilweise das Grundrecht des Deutschen darin bestand, dass ihm etwas verboten wurde. So durfte er keinen fremden Orden annehmen, und auf seinem Grund und Boden durfte ein Anderer zwar nicht jagen, er selbst aber durfte es nur unter gewissen Bedingungen thun. —

Meine Collegen befanden sich in der ersten Zeit in ziemlich erträglicher Lage, was von mir selbst nicht gesagt werden konnte.

Man sollte fast glauben, ich habe eine Ahnung der Drangsale gehabt, die für mich aus der Erschiessung Robert Blum's

erwachsen würden, als ich in Berlin mein Bedauern über die Vollziehung des Todesurtheils geäussert hatte. Das erste, was mir bei der Uebernahme des Ministeriums daselbst vorgelegt wurde, war ein vielleicht sechs Zoll starkes Aktenfaszikel mit dem Rubrum: „Tödtung Robert Blum's“ — eine minder angenehme Hinterlassenschaft meines Vorgängers, welcher die von dem aufgeregten Volksgefühle verlangte Abberufung des sächsischen Gesandten von Könneritz in Wien, wegen angeblich verabsäumter Verhinderung, zwar nicht vollzogen, aber auch nicht bestimmt verweigert hatte. Damals sah man in den Schaufenstern der Bilderhandlungen inmitten von Wolken und Engelsköpfen das zu einem Heiligenbild von der Natur weniger bestimmte Antlitz Robert Blum's. In der Frauenkirche war eine Art Todtenamt gehalten worden, welchem Pfordten nicht umhin konnte beizuwohnen, und wobei er, der Kultusminister, die Predigt eines Geistlichen anzuhören bekam, welche nicht frei von Profanation verkündete, dass der Gemordete jetzt erhöht sei und gleich dem Erlöser zur Rechten Gottes sitze.

Nach solchen Vorgängen hätte es für die damalige Volksvertretung einer ihren Gewohnheiten fremden Selbstüberwindung bedurft, um nicht auf der Abberufung des eines sträflichen Versäumnisses beschuldigten Gesandten zu bestehen. Durfte man doch zufrieden sein, dass nicht dessen disciplinarische Entlassung verlangt wurde, denn ein Blatt hatte gesagt: „Ein Könneritz, wie konnte man sich eines Andern zu dieser blutdürstigen Familie versehen!“ Meine Kollegen, mit Ausnahme von Rabenhorst, waren für die Abberufung, und ich muss es dem verstorbenen Könneritz, einem sehr verdienstvollen Beamten, nachrühmen, dass er bereit war, selbst um seine Abberufung nachzusuchen. Allein als Minister der auswärtigen Angelegenheiten — abgesehen davon, dass, wie aus der mit dem Rubrum „Tödtung Robert Blum's“ versehenen Korrespondenz hervorging, den Gesandten, selbst vom Standpunkt seiner Ankläger betrachtet, keine Schuld traf — hatte ich weder auf Blum noch auf Könneritz

Rücksicht zu nehmen, sondern auf die Beziehungen zu einem grossen Nachbarstaat. Mit Recht wies der Geheime Regierungsrath Spitzner, welcher, als Mitglied der zweiten Kammer wie ein weisser Rabe sich ausnahm, darauf hin, dass ein Zerwürfniss nicht blos Hof und Regierung, sondern auch den gemeinen Mann in seinen Folgen treffen könne. Als daher der österreichische Gesandte, Graf Kuefstein, an mich die Frage wegen der Abberufung richtete, erwiderte ich: „Ob sie erfolgt oder nicht, kann ich Ihnen nicht verbürgen; durch mich wird sie nicht geschehen.“

Diesem Wort blieb ich treu, aber um den Preis mancher schweren Stunde. In den Ausschüssen musste ich die unerhörtesten Dinge vernehmen, wie z. B. dass der Hof durch die Vermittlung der Frau Erzherzogin Sophie die Erschiessung Blum's verlangt und erlangt habe.

Ich erinnere mich, dass mir dabei einmal etwas widerfuhr, was mir in meinem ganzen Leben sonst nicht begegnet ist. Wie dies üblich, gaben mir die fremden Gesandten Bewillkommnungsdiners; nach einem solchen musste ich im Ausschuss erscheinen, und da fühlte ich, dass mir buchstäblich der Magen sich umdrehte.

Endlich kam es nach einem geharnischten Ausschussbericht zur Verhandlung in der ersten Kammer. Ich gab gleich zu Anfang eine Erklärung des Inhalts ab, dass ich angesichts der Vergeblichkeit der Discussion mich an der Debatte nicht betheiligen werde, worauf ich unter lautem Zischen und Pochen der Kammer und der Galerien den Saal verliess.

Seitdem betrat ich ihn nicht mehr und es kam aus neuem Anlass bald darauf zur Auflösung.

VI. Kapitel.

1849.

Die Reichsverfassung und der Mai-Aufstand.

Das Frankfurter Parlament hatte inmittelst die Reichsverfassung mit dem preussischen Kaiserthum zum Beschluss erhoben, und dass die Annahme in den sächsischen Kammern keinen Schwierigkeiten begegnete, bedarf kaum der Erwähnung. Indessen fehlte es doch nicht an Stimmen, die sich gegen die Lösung der Oberhauptsfrage erhoben; insbesondere war es einer der Triumvirn der provisorischen Mai-Regierung, Tschirner, welcher sich gegen den Ausschluss Oesterreichs vernehmen liess. Berichterstatter in der zweiten Kammer war Dr. Schaffrath, selbst Mitglied der Nationalversammlung, ein feuriger Vorkämpfer der Linken schon vor 1848 und in späteren Zeiten, mit gemässigten Gesinnungen, Präsident der zweiten Kammer. Die Worte, mit denen er seine Rede begann, prägten sich mir tief ein, und ich habe in späteren Jahren, als nach dem für Oesterreich verhängnissvollen italienischen Krieg der National-Verein die ersten Blüthen trieb, daran erinnert. *„Finis Saxoniae"*, dies waren seine Worte. Es ist unglaublich, welcher Missbrauch mit den Worten Partikularismus, Kleinstaaterei, undeutsche Gesinnungen getrieben wurde, wie es noch heute geschieht.

Ich erinnere an das, was ich in einem der vorausgehenden Kapitel gesagt habe, dass es nämlich eine ganz falsche Voraussetzung sei, mir Abneigung gegen die jetzige Gestalt Deutschlands zuzutrauen. Diese ist mir eben so fern als der Gedanke einer möglichen Wiederkehr früherer Verhältnisse. Mehr als einmal habe ich das Wort ausgesproahen, dass die Ereignisse von 1866 und 1870 vulkanischen Ausbrüchen zu vergleichen seien. Wohin dann die Erdtheile fallen, da bleiben sie liegen. Das hindert aber nicht, dass das, was vorher sich zugetragen,

eine nüchterne und unbefangene Beurtheilung verdient. Wenn ein Mann, welcher weder ein Reaktionär noch ein Partikularist, sondern das gerade Gegentheil von beiden war, jene Reichsverfassung im feierlichen Tone der Grabrede als das Ende Sachsens bezeichnete, wie konnte dann ein irgend nachdenkender Mensch sich darüber wundern, dass der Mann, den der König dieses Landes an seine Seite berufen hatte, um in stürmischer Zeit das Steuerruder zu führen, nicht kopfüber die Hand zu dieser Beerdigung bot, sondern sich als gewissenhafter Minister die Aufgabe stellte, bei der und unbeschadet der in Aussicht stehenden deutschen Einigung von der Selbstständigkeit und Zukunft seines Landes, das nicht das schlechteste Glied am Leib des bisherigen deutschen Gesammtverbandes gewesen war, das Mögliche zu retten. Man kann mir vielleicht Manches zum Vorwurf machen, Eines aber gewiss nicht: Nie habe ich zu denen gehört, welche das Brett bohren, wo es am dünnsten ist, welche sich die leichte Arbeit heraussuchen und den Schwierigkeiten aus dem Wege gehen. Es konnte mir nicht der vermessene Gedanke kommen, dass die Stimme Sachsens von entscheidendem Gewicht sein könne, allein angesichts der Beiseiteschiebung Oesterreichs auf der einen und der Ablehnung der Kaiserkrone durch den König von Preussen auf der anderen Seite war die verlangte Anerkennung der Reichsverfassung eine Uebereilung. In dieser Anschauung liess ich mich weder durch die in anderen deutschen Ländern erfolgte Anerkennung noch durch die Anzeichen einer ernsteren Bewegung im eigenen Lande beirren.

Den Standpunkt, den ich beharrlich in der deutschen Frage bis zum Entscheidungsjahr 1866 behauptete, habe ich mehr als einmal in den Kammer-Verhandlungen zum Ausdruck gebracht. So sagte ich auf dem Landtag 1849/50, als noch die Volkskammern versammelt waren: „Die Monarchie verträgt die weitgehendsten Einschränkungen nach innen, nicht aber verträgt sie deren nach aussen, ohne in ihrem innersten Wesen zu leiden.“ Auf dem Landtag von 1861 waren die folgenden meine Worte:

„Es handelt sich hier nicht um eine ängstliche Besorgniss für das Fortbestehen der einzelnen Regierungen; es handelt sich dabei noch weniger um eine prinzipielle Abneigung gegen einen bestimmten deutschen Grossstaat: allein davon werden Sie alle Regierungen der grösseren deutschen Staaten überzeugt finden, dass Staaten von dieser Bedeutung sehr gut fortbestehen können mit Aussicht auf Leben, wenn sie einer Bundesgewalt sich unterordnen, an der sie den ihrer Bedeutung zu bemessenden Antheil haben; dass aber eine Unterordnung unter einen grösseren Staat, dem sie dann zu gehorchen hätten, allerdings ihre Aussicht auf Fortbestand sehr wesentlich verringert und dann der Uebergang in den Einheitsstaat unvermeidlich würde."

Es gereicht mir heute zur aufrichtigen Freude, dass in meinem lieben Sachsen die Wandlung sich in solcher Weise dennoch vollzogen hat, ohne die von mir in Aussicht genommenen Folgen in fühlbarer Weise hervortreten zu lassen. Freilich haben dazu — abgesehen davon, dass die heutige Reichsverfassung den Einzelnstaaten eine annehmbarere Stellung einräumt, als dies bei der Frankfurter Verfassung der Fall war — persönliche Momente in glücklicher Wirkung beigetragen. Die massvolle und schonende Art, wie der Kaiser seine Gewalt übt, auf der einen, die bevorzugte Stellung des Königs als deutscher Feldherr auf der anderen Seite, das hat viel dazu geholfen, dass die alten Bande zwischen Volk und Regent sich nicht lockerten. Aber auch die Weisheit des Fürsten Bismarck darf bei dieser Behandlung der neuen Verhältnisse ihren Theil beanspruchen. Ich zweifle nicht, dass ihn dabei auch edle und selbstlose Motive leiteten; allein er ist ein zu grosser Kenner der Menschen und Dinge, um nicht zu wissen und nicht zu beachten, dass ein treibendes Element bei den deutschen Einheits-Bestrebungen, welches nicht das mindest treibende genannt werden darf, das Element war, welches ich das demokratische, wenn möglich republikanische, nennen möchte, und welches von der Betrachtung ausging, dass

mit einer Anzahl von Fürstenhäusern es sich schwerer aufräumen lasse, als mit einem einzigen. Hat Fürst Bismarck die Lebensfähigkeit der Einzelnstaaten im Auge behalten, so ist dies für die Zukunft und die Ruhe Deutschlands von nicht geringerem Werthe, als die friedensichernden Allianzen, die es ihm verdankt. Nun aber zurück zu den Maitagen 1849.

Hatte ich gewichtige Gründe, mich gegen eine vorzeitige Annahme der Reichsverfassung auszusprechen, so konnte man vielleicht einhalten, durch die sächsische Anerkennung würde sie ja ohnehin nicht perfekt geworden sein, und ich hätte damit Aufstand, Blutvergiessen und preussische Hülfe erspart. Wirklich? Gewiss nicht, und anstatt eines sechs Tage dauernden Aufstandes hätte Sachsen gleich Baden einen Wochen-lang währenden, gleich Baden die schmerzliche Erfahrung erlebt, die ihm erspart blieb, — die Auflösung seiner Armee.

Der Mai-Aufstand war ja nicht eine Erhebung des guten Dresdener „Bergers" gegen die hohe Obrigkeit, sondern ein von langer Hand unter Betheiligung und Führung fremder revolutionärer Elemente und Persönlichkeiten — man denke nur an Bakunin — vorbereiteter Ausbruch. Die Verweigerung der Anerkennung der Reichsverfassung liess jedoch die Bombe vor der Zeit platzen, was ein Glück nicht nur für Sachsen, sondern für ganz Deutschland war. Preussen wäre damit auch fertig geworden, aber nach ganz anderen Anstrengungen und Opfern, denn eine Erhebung im Centrum Deutschlands mit nicht ganz aussichtsloser Ansteckungskraft würde nicht so schnell erlegen sein, als der badische Aufstand. Die sächsischen Truppen haben sich in den Maikämpfen so vortrefflich gehalten, dass ihr Verhalten über alles Lob erhaben ist; aber man darf auch von den Besten nicht das Uebermenschliche erwarten und unbeugsamen Widerstand verlangen, wenn man sich selbst aufgibt. Am Tage des 4. Mai, wo der König und die Minister Dresden verlassen hatten, ereigneten sich bereits einige bedauerliche Irrungen, und ich vergesse nicht eines Auftrittes, dessen Zeuge ich des Abends

im Blockhaus war. Ein anerkannt tüchtiger Offizier, Sohn eines höheren Beamten, trat mit den Worten ein: „Ich melde mich als Deserteur." Er wurde bedeutet, sich nach der Kaserne zu begeben und dort das Weitere abzuwarten. Eine Stunde darauf erschoss er sich.

In Berlin selbst theilte man damals vollständig die oben entwickelte Anschauung, und als ich unmittelbar nach dem Ende des Aufstandes nach Berlin kam, wurde ich nicht wie ein Geretteter, sondern wie ein Retter empfangen.

Bei der Verweigerung der Anerkennung der Reichsverfassung hatte ich nur den Kriegsminister auf meiner Seite; die drei anderen Minister nahmen, sobald der König sich für meine Ansicht entschieden hatte, ihre Entlassung. Nun kam für mich die Aufgabe, andere Minister zu finden. Sie war keine leichte, denn ob ich auch zuletzt weit und tief griff, erhielt ich abschlägige Antworten. Mehr als einer der Nein-sagenden hat es später bitter bereut. Nur einer fand sich, der mit Entschlossenheit sich bereit erklärte und die beste Wahl war, die der König auch in ruhiger Zeit hätte treffen können. Es war der Geheime Justizrath Dr. Zschinski, ein Mann gründlichen juristischen Wissens und entschlossenen ehrlichen Handelns. Um seine Annahme zu erleichtern, brachte ich ein Opfer, das ich in späteren Jahren mehr als einmal als ein nicht leichtes empfinden musste: ich überliess ihm den mir zukommenden Vorsitz im Ministerrath. Wir sind übrigens, trotz zeitweiliger Differenzen, bis zu seinem im Jahre 1858 erfolgten Tod wahrhaft gute Freunde geblieben.

Die Broschüre, welche ich im Jahre 1881 unter dem Titel „Erinnerungen zu Erinnerungen" aus Anlass des umfangreicheren Werkes meines während der Maitage eingetretenen Kollegen Freiherrn von Friesen erscheinen liess, enthält eine Schilderung meiner damaligen Erlebnisse, die ich wörtlich hier aufzunehmen um so weniger zögere, als ein Widerspruch in Bezug auf das Thatsächliche von keiner Seite dagegen sich erhoben hat:

„Im Laufe des Monats April hatte der König Friedrich Wil-

helm von Preussen einen seiner Adjutanten [1]) an den König von Sachsen mit dem Auftrag abgesendet, den König aufzufordern, die Reichsverfassung nicht anzuerkennen. Sollten in Folge dessen Unruhen ausbrechen, so stelle der König von Preussen bewaffnete Unterstützung zur Verfügung [2]). Ich war nun nicht so ganz sorglos, wie es nach den „Erinnerungen" scheinen möchte, und obschon noch am 1. Mai der damalige Polizeidirektor — ein hochachtbarer Beamter, der in der schwierigen Stellung als Leiter einer städtischen Polizei in ruhigen Zeiten sich grosse Verdienste erworben hatte — den Ausspruch that: „es werde zu nichts Ernstem kommen", unterliess ich nicht, in Berlin die entsprechenden Schritte zu thun und schickte den Geheimen Legationsrath von Carlowitz dahin, um auf sofortige Marschbereitschaft zu dringen; denn, wie dies die „Erinnerungen" selbst hervorheben, war die Hälfte der sächsischen Truppen in Holstein, und in Dresden nur eine schwache Garnison.

Mit dem mir unvergesslichen Donnerstag dem dritten des Monats begannen die Maitage. Am Vormittag hatte ich mein Haus verlassen, um es erst am 9. wieder zu betreten [3]). Die Minister brachten den Tag und die Nacht im königlichen Schloss

---

[1]) Irre ich nicht, so war es Prinz Croy.

[2]) Ein förmliches Requisitionsschreiben wegen zu leistender Bundeshülfe wurde auf den Wunsch der k. preuss. Regierung während der Dauer des Kampfes in regelrechter Form abgefasst und dem nach Dresden entsandten Legationsrath v. Savigny übergeben.

[3]) Vom Blockhaus aus sandte ich eine verlässliche Person, um aus meinem Schreibtisch alle Papiere herauszunehmen. Diese leerte den Schreibtisch vollständig bis auf eine zufällig liegen bleibende Visitenkarte. Als die Insurgenten in meine Wohnung eindrangen, wurde der Schreibtisch mit Jubel aufgesprengt, aber — der ganze Fund war eine Visitenkarte! Ich muss es rühmend anerkennen, dass es bei diesem Besuch meinen Mobilien besser erging als bei jenem, mit welchem 1866 meine Villa in Laubegast beehrt wurde. Die ganze Zerstörung beschränkte sich auf eine Sammtportière, woraus, offenbar mit kunstgeübter Hand, ein zu einem Gilet reichendes Stück ausgeschnitten worden war.

zu, woselbst sich die Lokalitäten des Ministerraths befanden und wo des Königs Standhaftigkeit durch fortwährend erscheinende Deputationen auf eine harte Probe gestellt wurde, während bereits der Barrikadenbau begonnen und der aus dem Zeughaus auf die anstürmende Menge gefallene Schuss die Aufregung auf das Höchste gesteigert hatte.

Erst in später Nachtstunde wurde der Aufbruch nach dem Königstein beschlossen. Der Verfasser der „Erinnerungen" findet nichts dagegen einzuwenden, dass der König die Residenz verliess, allein er erspart seinen Tadel nicht den Ministern, dass sie den König begleiteten. Ich habe Gelegenheit gehabt, im Laufe des nämlichen Jahres in öffentlicher Kammersitzung und in ausführlicher Rede das Verfahren der Minister zu rechtfertigen. Aus dieser Rede gebe ich den nachfolgenden Auszug:

„Ich muss mir nun auch erlauben, dasjenige näher zu beleuchten, was Abgeordneter Dr. Joseph über die Haltung der Staatsregierung während der Maitage weiter geäussert hat. Es betrifft das zuerst dasjenige, was am Tage des Ausbruchs des Aufstands, am 3. Mai, geschah. Damals, sagte er, habe sich eine völlige Ohnmacht gezeigt, damals wäre es ein Leichtes gewesen, den Aufstand im ersten Keime zu ersticken, und fast möchte es erscheinen, als hätte man absichtlich den Aufstand zu einem gewissen Grade der Höhe anwachsen lassen, um dann desto bessere Früchte aus dem bekämpften Aufstande zu ziehen. Abgeordneter Dr. Joseph hat zwar hinzugefügt, dass das nicht die Auslegung sei, die er dem Verfahren der Staatsregierung geben wolle, und ich halte es daher für unnöthig, demselben insoweit zu widersprechen; ich fühle mich aber um so mehr berufen, der subsidiarischen Behauptung auch mich entgegenzustellen, als habe die Staatsregierung hier ihre Pflicht nicht erfüllt und als hätten die Staatsminister ihre Stellung verlassen. Es bewegen sich diese Ansichten in einem sonderbaren Kreislaufe, wenn man heute vernimmt, dass es am 3. Mai ein Leichtes gewesen wäre, den Aufstand mit ein paar Patrouillen zu dämpfen. Es wird dem Abgeordneten Dr. Joseph vielleicht, wie mir

selbst, ebenso lebhaft die Erinnerung an diese Tage vor Augen stehen. Ich erinnere mich noch sehr wohl, dass an jenen Tagen Deputationen auf Deputationen in das Schloss kamen, wie auch einzelne Personen, und alle mit dem stürmischen Verlangen, man solle nachgeben, weil sich der Aufstand schon in so furchtbarem Masse entwickele, dass von einer Bewältigung desselben gar keine Rede sein könne, es seien alle Anstalten getroffen, das Volk ziehe schon zu, es werde angefangen, die Sturmglocken zu läuten, die Zuzüge entwickeln sich schon von mehreren Seiten; und damals wurde es für einen Wahnsinn erklärt, einer solchen Bewegung mit den Kräften entgegentreten zu wollen, welche der Regierung zu Gebote standen. Der Abgeordnete spricht von der Kommunalgarde, die man hätte benutzen können. Es ist mir schmerzlich, hier auf das Verhalten derselben in jenen Tagen zurückzukommen, und ich bedaure, dass, wie ich wohl mit Gewissheit voraussetzen kann, ein grosser Theil der Kommunalgarde blos das Opfer einer Minorität geworden ist, welche die Regierung zu unterstützen sich weigerte und der Bewegung dadurch Unterstützung lieh; aber soviel steht fest, dass die Staatsregierung durch die Kommunalgarde keine Unterstützung fand, sondern dass im Gegentheil ihre Haltung der Bewegung den allerbedrohlichsten Charakter gab. Also dem muss ich entschieden widersprechen, dass es möglich gewesen wäre, mit ein paar Patrouillen oder überhaupt am 3. und noch am 4. Morgens, ehe Verstärkung eingetroffen war, irgend etwas mit Erfolg zu unternehmen; im Gegentheil konnte die geringe Truppenzahl sich aufreiben und daraus konnten allerdings die fürchterlichsten Folgen entstehen, welche die Staatsregierung nimmermehr hätte verantworten können. Es war nichts Anderes zu thun, als die wichtigsten Posten besetzt zu halten, das Schloss, das Zeughaus und die Brücke, und in dieser Beziehung waren die gemessensten Befehle ertheilt, und es war durchaus gegen die Anordnungen des Kriegsministers geschehen, wenn am 4. von diesen Anordnungen abgewichen wurde. Man musste hier abwarten, bis die gehörigen Verstärkungen einge-

troffen waren, und hoffen, dass entweder eine imposante Streitmacht den Aufstand moralisch entmuthige, oder dass, wenn es zum Kampfe kommen sollte, man die Aussicht hatte, dessen Herr zu werden. Was nun den Gang der Dinge am 4. Mai betrifft, so muss ich darauf zuerst zurückkommen, dass schon am 3. von manchen Seiten dazu gerathen worden war, es möchte der König die Stadt verlassen. Das Ministerium war indessen einer entgegengesetzten Ansicht; es wurden deshalb die Anstalten eingestellt und es war am Abende und auch die Nacht nicht mehr die Rede von einer Entfernung des Königs. Nun kam das Projekt zur Sprache, dass vielleicht die königliche Familie ihren Wohnsitz nach Neustadt verlegen möge. In der Nacht vom 3. zum 4. fielen jedoch verschiedene Schüsse in das königliche Schloss. Es waren die gemessensten Befehle ertheilt, die Schüsse nicht zu erwidern, weshalb diese Angriffe sich immer wieder erneuerten. Gleichzeitig trafen Nachrichten ein, dass die Truppen aufgehalten, dass die Schienen aufgerissen worden wären, dass also in der nächsten Zeit der Aufstand eine grössere Entwicklung erhalten könnte, ohne dass die gehörige Truppenmasse da wäre, um das Schloss und die wichtigsten Punkte zu decken. Es war daher nothwendig, dass man einen Entschluss und zwar rasch fasste, die Person Sr. Majestät des Königs in Sicherheit zu bringen. Dieser Entschluss wurde mit grosser Schnelligkeit gegen Morgen, als schon der Tag zu grauen begann, gefasst. Er musste rasch ausgeführt werden, denn durch die Altstadt war nicht mehr zu passiren, da die Nacht dazu benutzt worden war, überall Barrikaden zu errichten, und es war nur noch möglich, den Weg zu Wasser zu nehmen. Se. Majestät der König musste bekanntlich sich zu Fusse dahin begeben, er war selbst dem Feuer einer Barrikade ausgesetzt, wenn man von da etwas hätte unternehmen wollen. Es musste rasch gehandelt werden, ehe der volle Tag eintrat. Für die Minister war es hier die erste Aufgabe, die Person Sr. Majestät des Königs in Sicherheit zu bringen und sich nicht von ihr zu trennen, bis der König an einem sichern Orte

angelangt war, wo sich keine fremde Macht zwischen das Ministerium und den König stellen konnte. In diesem Augenblicke mussten auch die Minister um so mehr diesem Gefühle gehorchen, als die nächste Gefahr unstreitig in der Begleitung Sr. Majestät zu finden war. Es war für uns sehr zweifelhaft, ob nur die Reise glücklich von statten gehen würde, denn bekanntlich war die Eisenbahn nach Pirna ganz zur Verfügung der Insurrektion und es hätte sehr leicht der Versuch unternommen werden können, die Ankunft und Ausschiffung des Königs zu verhindern. Es war auch ferner nothwendig, dass die Minister sich mit Sr. Majestät dem König über das ferner einzuhaltende Verfahren verständigten, und es musste daher zuvörderst auf dem Königstein eine Berathung stattfinden, und in Folge dessen begab ich mich mit dem Kriegsminister nach Dresden zurück, während der Staatsminister Dr. Zschinsky bei Sr. Majestät dem König blieb, um die Verbindung mit dem Ministerium zu unterhalten. Wenn ich nicht irre, hat der Abgeordnete Joseph in Bezug auf das Benehmen der Minister an jenem Tage Worte von Mangel an Muth fallen lassen. Wenn es uns an persönlichem Muthe gefehlt hätte, so würde in dieser Beziehung es am einfachsten gewesen sein, wenn die Minister den König seinem Schicksal überlassen hätten, unbekümmert darum, ob er auf dem Königstein anlange, und wenn es uns an Muth gefehlt hätte, so würden der Minister Rabenhorst und ich uns nicht ohne Begleitung nach Dresden zurückbegeben haben. Der Abgeordnete hat dann des vorübergehenden Zusammenhanges gedacht, der zwischen dieser Abwesenheit der Minister und der Entwicklung des Aufstandes und dem, was dann weiter gefolgt sei, stattfinde. Ich kann nicht umhin, das zu vervollständigen, was er gesagt hat, allein dahin, dass eben die verbreitete Meinung, als habe die Errichtung der provisorischen Regierung in Abwesenheit der Minister stattgefunden, ebenfalls eine sehr irrige ist. Wenn man uns am Freitag dem 4. so sehr nothwendig brauchte, so frage ich: warum hat man es nicht gehalten, wie den Tag vorher, wo sich fortwährend Deputationen eingefunden

hatten, um die Entschliessung Sr. Majestät des Königs und des Ministeriums zu vernehmen? Ich weiss nicht, was man am Freitag Morgens mehr von uns hören wollte, als man schon gehört hatte. Wenn aber an unserer Gegenwart und an unserer Thätigkeit so sehr viel gelegen war, warum liess sich niemand blicken, als wir zurückgekehrt waren? Sofort nach unserer Rückkunft gelangte die Benachrichtigung davon an den Stadtrath. Es ist kein Zweifel. dass man darüber im Rathhause unterrichtet war. Gleichwohl machte die sogenannte provisorische Regierung am nächsten Morgen, wo der Kampf noch nicht begonnen hatte, nicht den geringsten Versuch, zurückzutreten, ihr Verfahren zu entschuldigen. es durch die Abwesenheit der Minister zu rechtfertigen und die Handhabung der Gewalt der rechtmässigen Regierung zurückzugeben, sondern sie trat in ihre volle Wirksamkeit. Während in allen Ländern, wo eine provisorische Regierung auftrat. diese es als ihre Aufgabe erkannt hätte, Gesetzlichkeit und Ordnung aufrecht zu erhalten, begann hier die provisorische Regierung ihre Thätigkeit mit Gewaltthätigkeit und Aufruf zu bewaffnetem Zuzug. Ueber die Ungesetzlichkeit dieser Massregel konnte kein Zweifel sein. Ich muss in Bezug auf jene Aeusserung aber Eines erwidern: nicht dass wir gingen, sondern dass wir zurückkamen. das hat man uns nicht vergeben können."

Ich habe dieser Rede Eines und zwar mit Rücksicht auf einen Vorwurf des Friesen'schen Werkes hinzuzufügen, welches daran Anstoss nimmt, dass die Minister vergessen hätten zu hinterlassen, wann sie zurückkehren und wo sie zu finden sein würden. Ein solches Aviso wäre zweifelsohne nicht im Besitz der Behörden geblieben, sondern den Anfragenden mitgetheilt worden, und die Folge konnte keine andere sein, als dass man uns den Rückweg abgeschnitten hätte. In Pirna, welches wir unbeachtet passirten, wurde das Haus des Amtshauptmanns. woselbst wir für kurze Zeit abgestiegen waren, gestürmt, sobald es verlautete, dass wir dort gewesen seien.

Als ich in Begleitung des Kriegsministers auf dem rechten

Elbufer von Pirna nach Dresden zurückfuhr, begegnete uns, nicht weit vom Link'schen Bad, ein Wagen, worin sich der Geheime Legationsrath von Carlowitz und ein preussischer Stabsoffizier (soviel ich mich erinnere, Herr von Bonin, derselbe, welcher Ende 1866 in Sachsen Höchstkommandirender war) befand. Sie brachten die Antwort aus Berlin, wonach die preussische Regierung sich dafür entschieden habe, nur mit einer imponirenden Streitmacht einzurücken, was erst in acht Tagen geschehen könne, nicht aber mit kleinen Truppentheilen. Ich befahl Herrn von Carlowitz, sofort nach Berlin zurückzukehren und dringend vorzustellen, dass, wenn man warte, die Hülfe zu spät kommen werde, dass aber das Erscheinen der kleinsten Abtheilung preussischer Truppen den Aufstand entmuthigen müsse, da niemand darüber in Zweifel bleiben werde, dass Verstärkungen folgten. Dass diesen Vorstellungen nachgegeben wurde, hat man dem persönlichen Eingreifen König Friedrich Wilhelm's allein zu danken gehabt, welcher gegen die Ansicht des Kriegsministers Generals Stockhausen die Absendung von drei Bataillonen des Kaiser-Alexander-Grenadier-Regiments anbefahl.

Was am Freitag den 4., dem ersten Tag, im Blockhause[1]) vorging, ist dem Verfasser der „Erinnerungen“, der damals noch der Regierung fern stand, unbekannt geblieben; mir steht es noch heute lebhaft vor der Seele. Es waren die schwersten Augenblicke meines Lebens. Aus der Altstadt kamen unausgesetzt Meldungen über das Wachsen des Aufstandes, über das Anrücken bewaffneter Zuzüge aus dem Lande, dagegen spärliche, meist unverlässliche Nachrichten über das zu erwartende Eintreffen der aus dem Lande herbeigezogenen Truppen, während über das Eintreffen der preussischen Truppen noch völlige Ungewissheit herrschte. Daneben Zweifel über die Verlässlichkeit der eigenen

---

[1]) Für nichtsächsische Leser die Bemerkung, dass das Dresdener Blockhaus ein Regierungsgebäude nächst der alten Brücke ist, nicht aber, wie man nach dem Namen glauben könnte, eine Art Verschanzung.

Truppen und die Besorgnis, dass bei andauernder Unthätigkeit Demoralisation die Folge sein werde. In einer Art von Kriegsrath erklärten sich die höchstgestellten Offiziere für die Unräthlichkeit, den Kampf aufzunehmen, und es wurde, glücklicherweise nur vorläufig, der Beschluss gefasst, die anwesenden Truppen aus der Stadt zu ziehen und erst mit Verstärkungen in dieselbe wieder einzudringen. Mir selbst wurde ein Militär-Paletot und eine Mütze des Garde-Reiter-Regiments gegeben, und es war verabredet, dass ich zu Pferd mit den Truppen die Stadt verlassen werde. Erwägt man die ungeheure Verantwortung, die auf mir lastete, so wird man mir gern glauben, wenn ich erzähle, dass ich dem ausgeschiedenen Minister von Ehrenstein, welcher sich auf dem Blockhaus eingefunden hatte, sagte: „In die Hände des wüthenden Pöbels mag ich nicht fallen, aber wenn eine Kugel mich trifft, so will ich mich glücklich preisen.“ Es war spät in der Nacht, als Rabenhorst und ich in den auf der Meissner-Gasse gelegenen Gasthäusern ein Nachtquartier suchten. Sie waren geschlossen und blieben es trotz wiederholten Läutens. Wir kehrten nach dem Blockhaus zurück, wo man uns mit Stroh ein Lager auf dem Fussboden herrichtete. Es war die zweite Nacht in den Kleidern und von Schlaf kaum die Rede.

Der kommende Tag, der Sonnabend, begann besser und endete besser als der vorausgegangene. In den ersten Frühstunden waren verschiedene Truppentheile aus dem Lande eingetroffen und auf das dringende Anrathen namentlich der jüngeren, aber auch älterer Offiziere, welche sich für die beste Haltung der Truppen verbürgten, entschied sich der Kriegsminister für den Befehl zum Angriff, welcher auch sofort die gute Meinung jener Offiziere auf das Glänzendste rechtfertigte. Ein Theil der Barrikaden wurde genommen, und dies war deshalb keine leichte Probe, weil die Barrikaden nicht von gewöhnlichen Unruhestiftern, sondern unter der Leitung eines berühmten Architekten gebaut waren. Gleichzeitig erhielten wir die Nachricht, dass zwei Bataillone des Kaiser-Alexander-Grenadier-Regiments von

Berlin abgegangen seien. Dieselben trafen gegen sechs Uhr Abends ein.

Ich muss zur Abwechslung einer mehr erheiternden Scene gedenken, welche am Abend inmitten jener ernsten Augenblicke im Blockhaus sich abspielte. Es wurde uns gemeldet, dass ein Mann, der seinen Namen nicht nennen wolle und dabei nicht unverdächtig aussehe, uns in dringenden Angelegenheiten zu sprechen verlange. Der Geheime Kriegsrath von Abendroth rieth uns zur Vorsicht, obschon der Mann vorgab, vom Königstein zu kommen. Wir liessen ihn eintreten. Rabenhorst nahm eine geladene Pistole und reichte mir eine andere. Der Mann trat ein, die Hand in der Brusttasche und, ganz wie in der Bürgschaft von Schiller, „Möros den Dolch im Gewande“, schlich er mehr als er einherschritt, auf uns zu. Da rief Rabenhorst mit donnernder Stimme: „Herr, bleiben Sie mir drei Schritt vom Leib oder ich schiesse Sie über den Haufen!“ worauf der Unglückliche vor Schreck in die Kniee sank und ausrief: „Aber, meine Herren, wenn Sie mir nicht trauen, so geben Sie mir doch einen Stiefelknecht!“ Er war wirklich ein Abgesandter vom Königstein und hatte seine Depesche im Stiefel verborgen.

Am nächsten Morgen kam freilich noch ein sehr ernster Augenblick voll schwerer Sorgen. Das alte Opernhaus ging in Flammen auf und wir hatten vom Blockhaus aus die gewaltige Feuersäule vor Augen, und nichts war gerechtfertigter als die Besorgnis, dass dem Feuer nicht werde Einhalt gethan werden können. Bedenkt man meine Verantwortung, so begreift man, was es für mich hiess, meine Vaterstadt brennen zu sehen.

Glücklicherweise griff das Feuer nicht um sich, wozu ein leichter Regen mithalf. Das Wetter hatte sich verdorben und ich sehe noch die über die Brücke marschirenden Alexandriner, prächtige Soldaten, wahre Hünengestalten. Sie hatten die Beinkleider hoch zurückgeschlagen: der rechte Soldat, der im Augenblick, wo er dem Tod ins Antlitz schauen geht, nicht vergisst, dass die Montur geschont werden muss.

Ich halte es nicht für überflüssig, als historisches Dokument die Proklamation des Königs hier aufzunehmen, welche wir, Rabenhorst und ich, vom Königstein zurückbrachten, und welche am nächsten Morgen vertheilt wurde:

„Die meinem Herzen wahrhaft schmerzlichen Ereignisse des gestrigen und heutigen Tages, welche zuletzt in gewaltsame Angriffe auf das Zeughaus und selbst auf mein Schloss ausarteten, während ein grosser Theil der Kommunalgarde seiner Pflicht, für Erhaltung und Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung mitzuwirken, nicht nachkam, nöthigen mich, Dresden einstweilen zu verlassen und mich auf die Festung Königstein zu begeben.

„Wenn ich den von vielen Seiten an mich gestellten Anträgen, die von der National-Versammlung zu Frankfurt verkündete deutsche Reichsverfassung sofort anzuerkennen, zu willfahren Bedenken trug, so bin ich dabei nur der innersten Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer einstweiligen Beanstandung dieser Massregel gefolgt, und habe dabei nur das wahre Wohl des gemeinsamen Vaterlandes im Auge gehabt, sowie ich auch durch diesen meinen Entschluss die Grenzen des mir unzweifelhaft zustehenden Rechts auf keine Weise überschritten habe.

„Ich hoffe von dem früher so oft bewährten Sinn meiner geliebten Sachsen für Recht und Gesetzlichkeit, dass es weiteren ernsten Einschreitens nicht bedürfen soll, und dass ich deshalb auch in kürzester Zeit in meine theure Residenzstadt wieder zurückzukehren im Stande sein werde.

„Uebrigens ist Fürsorge getroffen worden, dass durch meine Abwesenheit von hier die Regierungsgeschäfte nicht unterbrochen werden.

Dresden, den 4. Mai 1849.

Friedrich August.

Dr. Ferdinand Zschinsky.“

Wir begleiteten diese Proklamation noch mit nachstehendem Protest:

„Die unterzeichneten Staats-Minister erfüllen ihre Pflicht, die obige Proklamation Seiner Majestät des Königs zu veröffentlichen.

„Die unterzeichneten Minister haben weder Seine Majestät den König noch die Regierung des Vaterlandes verlassen. Sie sind sofort auf ihren Posten zurückgekehrt, nachdem sie Seiner Majestät des Königs persönliche Sicherheit geschützt sahen.

„Sie halten es für ihre Pflicht, im Namen Seiner Majestät des Königs gegen die Einsetzung einer provisorischen Regierung Verwahrung einzulegen.

„Sie hoffen, dass das sächsische Volk dem Rufe des Gesetzes, den Pflichten der Treue und den Mahnungen der Besonnenheit folgen werde.

Dresden, den 5. Mai 1849.

Die Staats-Minister

Beust. Rabenhorst."

Ich habe nie daraus, dass ich in den Maitagen auf meinem Posten aushielt, einen Anspruch auf Anerkennung abgeleitet, denn es hätte keinen Namen für das Gegentheil gegeben, wenn ich, der ich zum Widerstand gerathen, den König in dem Augenblicke hätte verlassen wollen, wo die in Folge meines Rathes eingetretenen Schwierigkeiten und Gefahren zur Erscheinung gelangten; aber ich glaube, dass meine Handlungsweise, die unter den damaligen Umständen keine leichte war, nicht verdient, nachträglich und noch dazu von einem Kollegen bemängelt zu werden. Da es aber einmal geschehen ist, wird man es mir nicht verargen, wenn ich gegen sein Urtheil mich auf dasjenige anderer Autoritäten berufe [1]).

---

[1]) Ich sehe einer voraussichtlichen Ausstellung bei den nachfolgenden Citaten ruhig entgegen. Die Bescheidenheit, wird man sagen, sollte von solchen Wiederholungen abhalten. Die Bescheidenheit ist eine vortreffliche

Ich erlaube mir zunächst aus dem erwähnten Buch des Grafen Waldersee, Kommandanten der preussischen Truppen, folgende Stelle (sie findet sich S. 4) auszuschreiben:

„So stand der König mit seinen drei Ministern: Dr. Zschinsky, von Beust und Rabenhorst, fast allein, diesem Sturme die Spitze zu bieten, nur auf die Treue der an Zahl schwachen Armee bauend. Die Geschichte wird zweifelhaft sein, wem sie in dieser entscheidenden Stunde eine höhere Bewunderung zu zollen hat, ob den drei Männern, welche fest und klar, besonnen und unbeirrt von dem tobenden Geschrei des grossen Haufens, wie von dem scheuen Bedenken der Mehrzahl der Gebildeten, ihre Existenz und unzweifelhaft auch ihr Leben auf das Spiel setzten, sobald der Aufruhr siegte, — oder einem Monarchen, der seine ganze Regierungszeit hindurch, nach dem Vorbilde seines Vorgängers, nur nach der Liebe seines Volkes gestrebt hatte, der sehr wohl erkannte, dass seine Weigerung zum Bürgerkriege führen musste, auf den von vielen, selbst den wohlmeinendsten Seiten her drei lange Tage hindurch eingestürmt wurde, dem Blutvergiessen durch Eingehen in die ‚Wünsche des Volkes' vorzubeugen — und der dennoch an der eigenen Ueberzeugung und der seiner erkorenen Rathgeber festhielt, dass der Augenblick gekommen sei, wo jede fernere Concession nur der erste Schritt auf dem unwiederbringlich zum Umsturz des Thrones und der gesellschaftlichen Ordnung hinabführenden Wege sein würde."

Das höchste und ehrendste Zeugnis jedoch finden meine Leser in dem was folgt [1]):

Sache, wenn sie auf Reciprocität, nämlich auf Würdigung und entsprechende Rücksichtnahme rechnen kann. Dies ist in unseren Tagen leider wenig der Fall; um so mehr aber wird es üblich, geschichtliche Berichtigungen theils zu vergessen, theils absichtlich zu ignoriren, wovon ich aus modernen Geschichtswerken mehr als ein Beispiel anzuführen Gelegenheit haben werde. Der übelwollende Leser muss sich deshalb schon die Wiederholung gefallen lassen; dem wohlmeinenden und parteilosen Leser kann sie nur erwünscht sein.

[1]) Dieses königliche Handschreiben findet sich abgedruckt in dem kürzlich erschienenen: „Aus dem Nachlass des Königs Johann von Sachsen."

„Lieber Minister Freiherr von Beust! Indem Ich Ihnen beifolgend die Insignien Meines Hausordens der Rautenkrone übersende, habe ich nicht umsonst den heutigen Tag gewählt, um Ihnen diese Auszeichnung zu verleihen. Es sind heute sieben Jahre, dass Mein seliger Bruder in schweren Zeiten durch einen muthvollen und entscheidenden Entschluss den Sturm beschwor, welcher Sachsen an den Rand des Verderbens gebracht hatte.

„In jenen verhängnisvollen Stunden standen Sie Ihm treu zur Seite, erkannten klar und fest, was das unzertrennliche Wohl des Königs und Vaterlandes erheischte, und übernahmen mit Ihren Kollegen die Verantwortlichkeit des damals so vielfach angefochtenen Schrittes, den der Erfolg so glänzend bewährt hat. Oft gedachte Mein seliger Bruder mit Dank jener Männer, die in jenem entscheidenden Augenblick mit Ihm zusammen gewirkt hatten, und ich glaube daher ganz in Seinem Sinn zu handeln, wenn Ich denselben heute ein ganz besonderes Anerkenntnis zu Theil werden lasse.

„Während Ich Ihren Collegen eine Auszeichnung anderer Art verleihe, habe ich für Sie die Ertheilung des Hausordens gewählt, und will dadurch zugleich ein Zeichen geben, wie sehr Ich Ihre vorzügliche, auch in weiteren Kreisen anerkannte Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Sachsens zu schätzen weiss.

„Ich verbleibe stets Ihr wohlgeneigter

Johann.

Dresden, am 3. Mai 1856.

VII. Kapitel.

1849.

Nach dem Aufstande. — Was ist Reaktion?

Am 9. Mai war der Aufstand zu Ende. Vier Tage lang hatte der Strassenkampf gedauert. Am fünften sahen wir die weisse Fahne am Kreuzthurm.

Die Erinnerung an dieses Friedenssignal hat mir Veranlassung gegeben, in dem mehrmals erwähnten Schriftchen einer kleineren Bosheit zu gedenken, deren ich mich gegen den als Reichs-Kommissär nach Dresden gekommenen Weimar'schen Minister von Watzdorf schuldig gemacht hatte. Wir sassen im Blockhaus am Fenster und ich wusste, dass die weisse Fahne bald werde aufgezogen werden. Watzdorf, ein langjähriger sächsischer Staatsdiener und guter Bekannter, dem ich davon nichts gesagt hatte, setzte seine Frankfurter Tiraden und Ermahnungen fort, bis ich ihn endlich aufforderte, nach dem Kreuzthurme zu sehen, wo in der That die weisse Fahne wehte. Der in einem früheren Kapitel genannte Verfasser der „Dreissig Jahre deutscher Geschichte" findet das „hochfahrend und höhnisch". Diese beiden Eigentümlichkeiten hatte bisher mein ärgster Feind nicht an mir entdeckt. Ob die Herren Frankfurter Reichs-Kommissäre Gleiches von sich sagen konnten, lasse ich dahingestellt. Das schlichte und anspruchslose Wesen dessen, der sie sandte, nämlich des Reichsverwesers, pflegte ihnen nicht eigen zu sein. Der obengenannte Herr von Watzdorf, der als Minister bei Fürst und Volk in hohem Ansehen stand, war dabei ein Mann von grosser Einfachheit und Urbanität; sobald er aber die Frankfurter Toga angelegt hatte, aus deren Falten Rettung oder Vernichtung geschleudert wurde, war er ein Anderer. Er war schon vor dem Ausbruch des Aufstandes nach Dresden gekommen, um den König zur Annahme der Reichsverfassung zu bestimmen, und ich hatte

von seinem damaligen proconsularischen Auftreten genug gekostet, um mir zur rechten Zeit die kleine Genugthuung gönnen zu dürfen, meinen strengen Richter und Peiniger einen Augenblick unbequemer Verlegenheit empfinden zu lassen.

Bereits am vorausgehenden Tage war ich durch einen Ueberläufer davon unterrichtet, dass die Führer im Begriffe ständen, das Weite zu suchen, und man hatte mir, offenbar zu dem Zweck, damit ihnen der Weg verlegt werde, auch gesagt, welche Richtung die Flüchtigen einschlagen würden. Ich habe davon keinen Gebrauch gemacht. Von den drei Mitgliedern der sogenannten provisorischen, richtiger derisorischen Regierung entkamen zwei, Tschirner und Todt; der dritte, Heubner, welcher mehr Verführter als Verführer gewesen war, wurde, jedoch nicht in der Nähe Dresdens, sondern in Chemnitz zugleich mit dem Russen Bakunin gefangen genommen. Heubner war Kreisamtmann, Todt Geheimer Regierungsrath — man sieht, der Staatsdienst war bei dem Aufstand nicht unvertreten, — aber auch der Hofdienst hatte sein Kontingent gestellt. Der Hof-Baumeister, ein berühmter Name, hatte den Bau der Barrikaden geleitet, und zu den werkthätigen Helfern der provisorischen Regierung gehörten der Hof-Kapellmeister, ein nicht minder glänzender Name, und der Hof-Konzertmeister. Die beiden ersten entkamen, der dritte wurde verhaftet. Dass die Gebilde überreizter Phantasie es waren, welche dem Komponisten des „Rienzi“ den Gedanken eingaben, einmal in eigener Person den Volkstribun spielen zu wollen, meinten seine Dresdener Freunde, und ich will es ihnen zur Ehre seines Namens glauben, denn damit wird am ehesten ein milderes Urtheil über seinen schnöden Undank gegen den König ermöglicht. Man hat meine nicht unbekannt gebliebene Abneigung gegen Wagner'sche Musik — eine Abneigung, die übrigens nur seinen späteren, nicht seinen anfänglichen Schöpfungen gilt — mit den Vorgängen von 1849 in Verbindung gebracht, jedoch mit Unrecht. Ich würde die Sache von der Person zu unterscheiden wissen, welche letztere sich überdies nicht über mich zu beklagen hatte. Wagner,

welcher *in contumaciam* zum Tod verurtheilt war, hatte sich in den ersten Jahren nach seiner Flucht in der Schweiz und dann in Frankreich aufgehalten und erhielt eine Einladung nach Weimar. Die Auslieferung zu verlangen, war die sächsische Regierung ebenso berechtigt, als die anderen deutschen Regierungen dazu verpflichtet gewesen wären. Ich zögerte nicht, zu vermitteln, dass beruhigende Zusage ertheilt wurde. Einige Jahre später vermittelte ich, in Folge Verwendung der Familie Tichatschek — der berühmte Dresdener Tenor Tichatschek war der erste Begründer Wagner'schen Ruhms, — die befreundet war mit der ersten Gattin Wagner's, einer vortrefflichen Frau, dass der König ihn begnadigte, was ihm gestattete, nach Dresden zu kommen. Ich muss es anerkennen, dass er sich entschloss, mir einen Dankesbesuch abzustatten, das einzige Mal, dass ich mit ihm zusammenkam. Ich begrüsste ihn mit den Worten: „Es freut mich, wenn ich etwas Ihnen Angenehmes thun konnte, Herr Wagner; Sie werden mir aber gewiss darum nicht etwas mir Unangenehmes zufügen wollen, daher bitte ich: keine Demonstrationen.“ — „Ich verstehe Sie nicht,“ war die Antwort. — „Nun,“ fuhr ich fort, „Sie erinnern sich doch, was 1849 vorging?“ — „Ach, das war ja ein unglückliches Missverständnis!“ — „Ein Missverständnis? Sollten Sie nicht wissen, dass sich bei den Akten ein von Ihnen geschriebenes Blatt befindet, wo Sie sich der glücklicherweise ohne ernste Folgen gebliebenen Brandlegung im Prinzenpalais rühmen?“

Ob er vielleicht dazu gesungen: „Frisch, Feuer, Flamme, fröhlich und furchtbar,“ weiss ich nicht.

Für einen zweiten, gleichfalls zum Tod verurteilten Vertreter der Hofmusik, den Hof-Konzertmeister Röckel, konnte ich noch mehr thun, indem ich ihm nach langer Gefangenschaft die Freiheit verschaffte. König Johann hielt beharrlich daran fest, dass ohne Begnadigungsgesuch keine Begnadigung erfolgen dürfe. Röckel, welcher zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt war, war der Einzige, der sich nicht unterwarf, und sein Wider-

stand wurde zuletzt eine wahre Verlegenheit. Eines Tages gelang es mir, vom König die Freilassung ohne Begnadigungsgesuch zu erwirken. Es lässt sich nicht verkennen, erlaubte ich mir zu sagen, dass in diesem Ausharren etwas Antikes liegt, und, fügte ich hinzu, wo ist der Reaktionär, der zwölf Jahre aushalten würde, ohne zuletzt gute Worte zu geben? Der König musste lachen und gab nach. Röckel erhielt seine Freiheit, lohnte es mir aber mit dem schreiendsten Undank, indem er gleich darauf eine Broschüre über das Waldheimer Zuchthaus erscheinen liess, worin dieses zu einer Folterkammer und ich zu einem Tyrannen von Syrakus gestempelt wurde. Heubner, welcher inmittelst bei einem Privatunternehmen Anstellung gefunden hatte und welcher das Zeugnis eines ehrlichen und wahrheitsgetreuen Mannes verdient, hat, nachdem ich ihn befragte, die Behauptungen Röckels theils als unzutreffend, theils als übertrieben bezeichnet. Ich selbst glaube genug gekannt zu sein, als dass irgend jemand ernstlich glauben sollte, ich habe an der Erschwerung des Looses eines Gefangenen Vergnügen finden können. Es ist allerdings, und zu spät, zu meiner Kenntnis gekommen, dass der Anstalts-Direktor in der letzten Zeit seiner Amtirung durch Krankheit dienstunfähig geworden und deshalb Manches nicht ganz in der Ordnung gewesen sei. Als ich aber einmal das Waldheimer Zuchthaus besuchte, liess ich das Zimmer, welches Röckel inne hatte und welches Allem eher als einem Gefängnis ähnlich sah, aufschliessen, und fand Röckel, der weder Wolle kämmte, noch Cigarren drehte, sondern an einem Stehpult schreibend sich befand. Als er mich gewahrte, machte er eine ceremoniöse, steife Reverenz, und fuhr dann, mir den Rücken kehrend, fort zu schreiben, ohne sich um mich zu kümmern. Nichts hinderte ihn, meine Gegenwart zu benützen, um seine Klagen vorzubringen. Allein der spartanische Zug, der ihn verhinderte, ein Begnadigungsgesuch einzureichen, mag auch von seiner Seite öftere und arge Widersetzlichkeiten und entsprechende Verschärfungen zur Folge gehabt haben.

Zeigte er sich undankbar, so habe ich die Freude, nicht das Gleiche von seiner talentvollen Tochter sagen zu müssen, welche erst bei der Hofbühne in Weimar, dann am Burgtheater in Wien eine glänzende Laufbahn verfolgte. In den siebziger Jahren erschien im Wiener „Tagblatt“ eine Folge von Selbstbiographien der Mitglieder des Burgtheaters, und es hat mich nicht nur gefreut, sondern wirklich gerührt, zu sehen, mit welcher Wärme Frau Mathes, geborne Röckel, der mir allein zu dankenden Befreiung ihres Vaters gedenkt. Röckel selbst kam, während ich Minister war, nach Wien, und hat mir herzlich Abbitte gethan. Die Folgen seiner Schrift konnte er freilich nicht wieder gut machen. Wie oft und mit welchen Zugaben hatte ich Jahrelang das Wort Waldheim und mich als Kerkermeister verschreien gehört. Hudson Lowe war im Vergleich zu mir ein erheiternder Umgang gewesen.

Die Geschichte der Mai-Gefangenen hat mich weit über das Jahr 1849 hinausgeführt, zu dem ich zurückkehren muss. Sie gehört aber in das grosse Kapitel der „Reaktion“.

Es ist bemerkenswert, wie mit gewissen Schlagworten Missbrauch — ich will lieber sagen beliebiger Gebrauch — getrieben worden ist und noch gemacht wird. Ich werde Gelegenheit haben, Duodezstaaterei, kleinstaatliche Misère, Bundestagswirthschaft, Rheinbündelei etc. im Lichte des Thatsächlichen erscheinen zu lassen. Mit dem Worte Reaktion pflegt man es gleichfalls nicht allzu genau zu nehmen. In diesen Tagen — wir schreiben 1884 — begaben sich einige österreichische Kavaliere, welche im ungarischen Oberhaus stimmberechtigt sind, nach Pest, um gegen das Mischehe-Gesetz zu stimmen. Reaktion! Ich selbst beklage diese parlamentarische Hülfs-Aktion aus zwei Gründen, erstens, weil sie dem Antisemitismus Vorschub leistet, denn ich bin entschiedener Gegner des Antisemitismus, indem ich ihn in seinem Beginne für unberechtigt und in seinen Folgen für verderblich halte, und zweitens, weil damit eine Störung in das Triebwerk des Dualismus gebracht wird, an dessen

Wohlbefinden mir aus begreiflichen Gründen gelegen ist. Aber wo ist die Reaktion? Reaktion ist doch eine Aktion, die reagirt, sie verlangt also ein bestehendes Objekt. Bestände die Misch-Ehe in Ungarn bereits zu Recht und ein Ministerium Cziraki-Apponyi beantragte die Wiederaufhebung, dann würde es sich um eine Reaktion handeln; nicht aber kann dieses Wort am rechten Platz sein, wenn von etwas erst zu Schaffendem die Rede ist, und einige Personen mit der Neuerung nicht einverstanden sind. In England hat man nie gehört, dass die Mitglieder des Oberhauses, welche gegen die Reform-Bills, gegen die Aufhebung der Kornzölle und gegen die Aufhebung der Staatskirche in Irland stimmten, Reaktionäre genannt wurden. Dort allerdings spricht man etwas weniger von Freiheit, als es hier geschieht, versteht sie aber etwas besser, als dies hier der Fall ist.

Unter Reaktion wird meistentheils eine Art Verschwörung verstanden, welche sich zuerst in geheimen Umtrieben und dann mit offener Gewalt gegen fortschrittliche Einrichtungen und gegen liberale Elemente im Staate richtet [1]). Diese Auffassung ist nicht unbedingt eine verfehlte, sie ist aber im hohen Grade eine einseitige zu nennen. In den meisten Fällen ist die Reaktion die natürliche Folge der Aktion, gleich wie Ebbe auf Fluth folgt. Je höher die Fluth gegangen, um so weiter geht die Ebbe zurück, und sie lässt sich nicht damit aufhalten, dass man Pflöcke in die Erde steckt und der See zuruft: „Bis hierher und nicht weiter.“

---

[1]) Hand in Hand geht damit der Ausspruch, die Reaktion gehe gegen das Bürgerthum, worin die geistige Macht des Staats ruhe, und gegen den die Intelligenz vertretenden dritten Stand. Nun, allen Respekt vor dem Bürgerthum und dem dritten Stand, welche zweifellos das stärkste Kontingent an Intelligenz stellen; da es aber nicht jedem gegönnt ist, ihnen anzugehören, so ist es hart, den übrigen Staatsbürgern die Intelligenz abzusprechen. Bismarck und Moltke repräsentiren jeder in seiner Sphäre die deutsche Intelligenz in der höchsten Entwicklung, und Beide werden es weder beanspruchen noch annehmen, zum dritten Stand gerechnet zu werden.

Wie viel ist von der Reaktion in Sachsen gesprochen und geschrieben worden, bis in die neueste Zeit! denn mir fällt ein, dass ein Artikel, den mir der „Pester Lloyd“ gelegentlich meines Eintritts in den Ruhestand widmete, als rühmend hervorhob, wie der „sächsische Reaktionär“ es verstanden habe, sich in Oesterreich in den Begründer einer freiheitlichen Aera zu verwandeln. Und doch passte das eben von mir gewählte Bild von Fluth und Ebbe nirgends besser als bei Sachsen. Wenn in einem Lande Alles dermassen ausser Rand und Band gegangen war, wie dies in Sachsen geschah, und sich zuletzt in der Gestalt eines städtischen Aufruhrs offenbarte, zu dessen Leiter königliche Beamte gehörten, und welchem die Verstärkungen nicht ohne Betheiligung von Geistlichen und Schullehrern zugeführt wurden, dann konnte doch unmöglich erwartet werden, dass man sich gemüthlich die Hände reichen und thun werde, als ob nichts vorgefallen wäre. Dass eine gehässige und verfolgungssüchtige Reaktion Platz gegriffen habe, wird kein gewissenhafter Zeuge dessen, was damals vorging, behaupten wollen. Namentlich ist mir nichts von sogenannten „Purifikationen in Personalien“ erinnerlich. Man lese die Artikel der „Kreuzzeitung“ aus dieser Zeit, da wird man mehr als einmal Klagen über die „Schlaffheit“ der sächsischen Regierung finden. Ein schweres Verbrechen wurde mir aus den erst 1861 in den Kammern zur Sprache gekommenen sogenannten „Conduitenlisten“ gemacht. Diese Bemassregelung hatte darin bestanden, dass den Kreisdirektionen aufgegeben worden war, von Zeit zu Zeit Tabellen über die Zusammensetzung der städtischen Kollegien einzureichen, worin persönliche Stellung und Vergangenheit der Mitglieder auch in politischer Beziehung zu erwähnen war. Es hatte dies keinen andern Zweck, als das Ministerium mit den betreffenden Persönlichkeiten bekannt zu machen, was für Bestätigungsfragen von Interesse auch im Falle der Bestätigung sein konnte, und nächstdem für mich den Vortheil hatte, bei dem Besuch der verschiedenen Städte orientirt zu sein. Je weniger die Sache für die Regierung Be-

deutung hatte, um so weniger nahm man Anstand, die Abstellung zuzugestehen.

Dass Fehlgriffe begangen worden sein können, dass Ungeschicklichkeiten einzelner Beamten zu ausnahmsweisen, aber nicht gewollten Härten geführt haben mögen, soll nicht bestritten werden. Aber haben die Herren von 1848 die Personen und die Dinge etwa so gar zart angefasst? Und war es nicht schwerer, auf das zu verzichten, was man Jahrzehnte lang sein genannt, als auf etwas, was einem nur ein Jahr lang gehört hatte?

Ich sprach von Ungeschicklichkeiten. Dahin gehörte in den fünfziger Jahren das „Schwarze Buch". Wie verhielt es sich damit? Ein Mitglied der Polizei-Direktion, der sein Genie verkannt glaubte, rechtfertigte das gegen ihn bestehende Vorurtheil durch Abfassung einer übersichtlichen alphabetischen Aufzählung aller politisch gravirten Personen. Wohl ernüchterte ich ihn, als er mir in voller Uniform und in der Hoffnung greifbarer Belobung sein Opus überreichte; allein der arme Mann hatte einige Hundert Exemplare auf dem Hals und es war ein Akt der Mildthätigkeit, sie ihm abzunehmen, und da sie einmal vorhanden waren, verschickte man sie an verschiedene Polizeiorgane nach dem Grundsatz: *„superflua non nocent"*, und nachdem irgend eine Weisung von Invigilirung nicht damit verbunden war. In der That ist auch niemand als dem Autor selbst ein Schaden daraus erwachsen. Eine eben so zwecklose als vexatorische Massregel wurde abbestellt, nachdem sie zu meiner Kenntnis gelangt war. Einigen Personen war aufgegeben worden, sobald sie nach Dresden kämen, sich auf der Polizei zu melden.

Wie es aber mit der sächsischen Reaktion in den Jahren beschaffen war, welche nicht unmittelbar auf den Aufstand folgten, darüber hat ein unverdächtiger Zeuge jüngst erst Aufschluss gegeben. Es hat nämlich der bekannte Sozialistenführer und Reichstagsabgeordnete Bebel in der zweiten sächsischen Kammer am 2. März 1886 die nachstehenden Worte gesprochen:

„Da kann ich mich denn aus den ersten Jahren meiner politischen Thätigkeit noch sehr wohl entsinnen, wie es damals in Sachsen, wie es insbesondere bei den bürgerlichen Parteien, den liberalen Parteien, ich möchte sagen, zur Bedingung gehörte, über das reaktionäre Beust'sche System in allen Tonarten loszuziehen. Derjenige war gar kein Oppositionsmann, derjenige war von vornherein im Verruf als freisinniger Mann, der es etwa gewagt hätte, das System Beust nach irgend einer Seite hin vertheidigen zu wollen. Aber, meine Herren, das muss ich denn doch sagen, dass während der ganzen Dauer der Regierung des Herrn von Beust, soweit ich sie kennen gelernt habe, vom Jahre 1861 bis zum Jahre 1866, ich mich ähnlicher Massnahmen und einer ähnlichen Auslegung der Gesetze, wie wir sie gegenwärtig erleben, nun und nimmer entsinnen kann. Ich habe in jener Zeit vielleicht den Haupttheil meiner agitatorischen Thätigkeit entwickelt. Ich bin damals in Hunderten von Volksversammlungen aller Art aufgetreten und da weiss ich nie, dass uns die Hindernisse, die uns heute allüberall in den Weg gelegt werden, unter dem verrufenen System Beust entgegengestellt worden wären."

Andererseits habe ich, nachdem ich im Jahre 1852 das Ministerium des Innern und im nächsten Jahr die Dresdener Polizei, die bis dahin sich in städtischer Verwaltung befand, auf den Staat übernommen hatte, mir zum Grundsatz gemacht, die Polizei, deren Beruf weder ein leichter, noch ein dankbarer ist, so viel ich konnte, in der Ausübung ihrer Pflichten zu schützen. Wenn von den Londoner Policemen gesprochen und daran erinnert wird, mit welchem Respekt jedermann dem unbewaffneten Policeman begegnet, so hört man gewöhnlich die Aeusserung: „Ja, das ist der dem Engländer angeborne Sinn für das Gesetz." Allerdings spielt das Gesetz dabei die erste Rolle, nämlich das Gesetz, welches den Policeman straflos stellt, wenn er thätlich angegriffen, in der Vertheidigung seinen Angreifer tödtet und das demjenigen, der sich an einem Policeman vergreift, Strafen bis zu Zwangsarbeit in Aussicht stellt. Man gewähre dem Sicher-

heitsdienst auf dem Kontinent den gleichen Schutz, und das Publikum wird es an Achtung vor dem Gesetz eben so wenig fehlen lassen.

Vergessen habe ich übrigens nach dem Mai-Aufstand nie, dass die unabsichtlichen, aber darum nicht minder verantwortlichen Urheber keine Strafe treffen konnte, denn nur die beklagenswerte Konnivenz des März-Ministeriums gegen den gutmüthigen, aber unfähigen Oberländer hatte ein Jahr lang das bis dahin so friedliche und ordnungsliebende Volk zum Aufstande förmlich erzogen. Man wird es mir nicht glauben, aber darum ist es nicht minder wahr, dass aus diesem Grunde mir der Gedanke der Amnestie im gegebenen Fall als etwas Rationelles erschien. Ich hatte auf den Kriegs-Minister und den Justiz-Minister Rücksicht zu nehmen, und begriff selbst das Bedenkliche, allein störend ist für mich jener Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung stets geblieben.

Um das Kapitel der damaligen sächsischen Reaktionszeit zu erschöpfen, denn in späteren, namentlich den sechziger Jahren war davon keine Rede mehr, — war ich doch einmal in dem Fall, eine von Berlin kommende Rüge des Liberalismus der sächsischen Regierung zurückzuweisen (vergl. die Beilage), — darf ich nicht unterlassen, das zu berühren, was ich als Vorstand des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts gethan. Dieses Departement hatte bis 1848 seinen eigenen Vorstand und erhielt ihn 1852 wieder, 1848 hatte es Pfordten neben dem Ministerium des Aeussern übernommen, und ich that Gleiches nach dem Mai-Aufstande.

Dass ich mir es zur Aufgabe machte, vor Allem aus Kirche und Schule die Politik wieder zu entfernen, die dort in einer für Sache und Personen so verderblichen Weise eingedrungen war, wird man nicht tadeln wollen. Ein neues Schulgesetz verschärfte die Aufsicht über die Lehrer, brachte ihnen aber zugleich eine sehr erwünschte und sehr dringende Erhöhung des Minimal-Einkommens. Was die Kirche betrifft, so ist es mir willkommen, mich auch hier auszusprechen.

Obschon von einer frommen Mutter in sehr gläubigem Sinn erzogen, bin ich der Frömmelei stets abgeneigt und einer freieren religiösen Anschauung zugänglich gewesen. Ich war und bin der Meinung, dass, wenn einerseits niemand zum Glauben und kirchlichen Uebung gezwungen werden darf, andererseits diejenigen, welche an Religion und Kirche halten, Anspruch darauf haben, dass ihnen ihr religiöses Bewusstsein und Leben nicht verkümmert werde. Religion und Kirche soll niemanden aufgedrungen, wohl aber sollen beide respektirt werden. Diese Auffassung der Frage sehen wir in England in der greifbarsten Weise bethätigt. Auf der von mir oft befahrenen Eisenbahn zwischen London und Brighton fielen mir kleine gedruckte Zettel auf, die auf allen Stationen zu sehen waren. Ich bin kurzsichtig und glaubte, es seien die Abgänge der Züge. Bei näherem Anblick fand sich, dass es die zehn Gebote und das Vaterunser waren. — Solche kleine Drucksachen werden von Gesellschaften vertheilt. Man mag das für pietistische Manipulationen ausgeben, — gut, aber man thue Gleiches in der Umgebung von Berlin oder Wien, und eine Stunde darauf wird man einen Witz darunter geschrieben finden. Das geschieht in England nicht.

Ich huldigte nun dem Grundsatz, dass, wenn der Staat berufen ist, auf die Seelsorge durch die Wahl der Geistlichen einzuwirken, er dabei mehr auf die Rücksicht zu nehmen habe, welche glauben, als die, welche es mehr oder weniger verlernt haben. Aber, ich sage es mit Freimuth, obschon ich Protestant bin: der Protestant ist bei Weitem mehr zur Intoleranz geneigt als der Katholik. Dieser hält im Allgemeinen vornehmlich auf die kirchliche Uebung und fragt nicht nach der Glaubensformel; der Protestant ist entweder urgirend oder negirend. In der Nähe von Dresden, in Tharandt, befindet sich eine berühmte Forst-Akademie, wohin auch Ausländer vielfach kommen. In der Zeit, als ich das Kultus-Ministerium übernahm, fand gerade ein Wechsel in der Besetzung der Pfarre statt. Der bisherige Pfarrer hatte das Predigeramt ziemlich nachlässig betrieben, und da Professoren

und Forststudenten nicht kirchlich waren, hatte das Kirchengehen fast ganz aufgehört. Es wurde mir ein ausgezeichneter Kandidat empfohlen, der länger in der französischen Schweiz gewesen, aber orthodox war. Er erwies sich als ausgezeichneter Kanzelredner, so dass die Landleute aus der Umgegend in seine Kirche kamen, allein er war orthodox. Jetzt kamen Alle, die sich das Kirchengehen abgewöhnt hatten, in die Kirche, nicht um sich zu erbauen, sondern um den Prediger wegen seiner exclusiven und deshalb anstössigen Richtung zu kontroliren und zu denunziren.

Zu grossem Aergernis gereichte die Berufung von Harless zum Oberhofprediger an Stelle des eben so gelehrten als beliebten Ammon. Ich hatte Harless schon in München gekannt, wo er mit grossem Freimuth die Sache der Protestanten gegen das Ministerium Abel in der Kammer verteidigte, und mit meiner Dazwischenkunft war er gleich Pfordten nach Leipzig berufen worden. Wenige Jahre nachdem er Oberhofprediger in Dresden geworden, wurde er durch König Max II. nach Bayern zurückberufen und zwar als Präsident des Ober-Konsistoriums, und die bayrischen Protestanten fanden sich dadurch in ihrer Gewissens- und Denkfreiheit durchaus nicht beengt.

Kann es aber eine bessere Illustration des Unterschieds zwischen Protestant und Katholik im Punkt der Toleranz geben als den Antisemitismus mit Stöcker auf einer, Haynald auf der andern Seite?

Damit auch diesmal das heitere Intermezzo nicht fehle, erzähle ich Folgendes:

In den Jahren 1845 bis 1849 war in Sachsen durch Ronge der Deutschkatholizismus in Schwung gekommen, daneben aber bildeten sich sogenannte freie Gemeinden. Ich war also Kultus-Minister und eines Tages lässt sich melden „der Aelteste des Landeskirchen-Vorstandes“. Ich erwartete einen ehrfurchtgebietenden Greis in langem Talar zu sehen, da tritt ein sehr elegant gekleideter Herr ein mit den Worten: „Excellenz, Sie erinnern sich wohl nicht auf mich? Ich bin der Schneider M. Im Jahre

1840 sollten die fremden Arbeiter aus Paris ausgewiesen werden, und da haben Sie sich für mich verwendet, dass ich bei Chevreuil bleiben konnte, was ich Ihnen noch heute danke." — „Freut mich sehr," erwiderte ich, „aber wie kommen Sie zu Ihrer jetzigen Stellung?" — „Ach Gott, das weiss ich selbst nicht, kostet mich noch dazu Geld, ich werde es aufgeben." — „Daran werden Sie wohl thun."

Mehr als einmal empfing ich gelungene Werke von anderem als theologischem Werth aus den Händen des „Aeltesten des Landeskirchen-Vorstandes".

VIII. Kapitel.

1849.

Das Drei-König-Bündnis. — Die ersten Zerwürfnisse mit Berlin. — Die Pillnitzer Entrevue. — Mein erster Ausflug nach Wien.

So lange ich Minister in Dresden war — es dauerte siebzehn Jahre — sind dort alle politischen Denkschriften und Depeschen stets von mir selbst verfasst worden. In Wien geschah es nur zum Theil. Ich würde mich an den ausgezeichneten Redaktionskräften, die ich dort vorfand, sehr versündigt haben, hätte ich sie unbenützt gelassen, und in den ersten Jahren, wo ich eben so viel und noch mehr Inneres zu versehen hatte als Aeusseres, wäre auch die Zeit mir zu knapp zugemessen gewesen. In der Regel zog ich der eigenen Niederschrift das Diktiren vor; es bot den doppelten Vortheil, dass dem Abschreiber seine Aufgabe erleichtert wurde, und meine eigene sich schneller vollzog, denn ich machte die Erfahrung, dass, weil die Gegenwart des auf das nächste Wort harrenden Schreibers genirt, man weniger oder gar keine Pausen macht [1].

[1] Ich lasse die Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne meinem langjährigen Dresdener Geheimschreiber ein Wort des Andenkens zu widmen:

So entstand denn auch eine Denkschrift, die ich dem im Herbst 1849 zusammentretenden Landtag vorlegte, und welche von dem, was seit der Kammern-Auflösung und dem Mai-Aufstand von der Regierung in der deutschen Frage geschehen war, Rechenschaft gab, aber zugleich sich über den Verlauf der deutschen Frage im Allgemeinen von Anbeginn des Jahres 1848 an eingehend verbreitete. Diese Denkschrift fand zu der Zeit, wo sie bekannt wurde, in Folge der vorherrschenden theils unionistischen theils demokratischen Strömung wenig Aufmerksamkeit und noch weniger Beachtung. Wenn ich sie jetzt wieder lese, glaube ich mich keiner Ueberhebung mit dem Gedanken schuldig zu machen, dass ihr Inhalt für die Geschichte jener Zeit nicht ohne allen Werth sei.

Da sie unmittelbar im Manuscript mehr als neunzig geschriebene Folioseiten ausfüllte, so hiesse es an die Geduld meiner Leser eine allzustarke Zumuthung stellen, wollte ich, selbst in den bescheidenen Grenzen der fakultativ zu lesenden Beilage, deren Aufmerksamkeit dafür in Anspruch nehmen. Ich beschränke vielmehr dieses Ansinnen auf den aus der Beilage des gegen-

---

treu und verlässlich wie Gold war Zschille ein Original. In den Maitagen fehlte das grosse Siegel im Blockhaus. Zschille war sofort erbötig, es herbeizuschaffen, begab sich in das Schloss und kam mit dem Siegel zurück, nachdem er mit gewohntem gravitätischem Schritt den Aufstand passirt hatte. Nach dessen Ende war mein erster Gedanke eine Dekoration für ihn. Nun gab es aber eine Verlegenheit. Der einzige damals bestehende Orden für Civil hatte drei Klassen: Grosskreuz, Comthur und Ritter, daneben eine Medaille. Zschille, den ich später zum Kanzlei-Rath avancirte, war damals Kanzlist und die Verleihung des Ritterkreuzes fand Anstand. Aber Zschille war ehrgeizig. So müssen wir, sagte ich, eine neue Klasse stiften, sonst schnappt er mir über — vor Kränkung wenn er die Medaille erhält, vor Uebermuth wenn er Ritter wird. Und so geschah es, ihm zu Liebe wurde das Ehrenkreuz gestiftet. Er hatte auch den Vorzug, sich in meiner oft gerügten Handschrift zurechtzufinden. Mein alter Freund Weber pflegte zu sagen: „Beust hat drei Handschriften: die erste, die nur Zschille lesen kann, die zweite, die nur er lesen kann, und die dritte, die er selbst nicht lesen kann.“

wärtigen Kapitels ersichtlichen Auszug, für den ich einige Beachtung deshalb erbitte, weil derselbe die Ursache des Scheiterns des Frankfurter Verfassungswerkes und der schliesslichen Unfruchtbarkeit der Nationalversammlung beleuchtet. Die wesentlichste Ursache der Vergeblichkeit ihrer Anstrengungen war nicht darin zu erkennen, dass in Wien ein Windischgrätz und ein Jellacic und in Berlin ein Brandenburg und ein Wrangel erstanden, auch nicht im Widerstreit der Parteien und noch weniger in einer feindlichen Haltung der Regierungen, sondern darin, dass die Nationalversammlung, uneingedenk der in grossen konstitutionellen Staaten, namentlich in England erprobten Nothwendigkeit einer zur Seite stehenden Exekutiv-Gewalt, welche für die Beschlüsse der Versammlung nicht nur ausübend, sondern auch leitend sein muss, und in Verkennung und Unterschätzung der materiellen den Regierungen zu Gebote stehenden Machtmittel es vorzog, ihre Kraft in dem Prinzip der Volkssouveränetät zu suchen, und nur eine ihre Beschlüsse ausführende Central-Gewalt dulden zu wollen. In dieser Hinsicht glich sie, was ihr Vorgehen und ihr Ende betrifft, dem französischen National-Konvent — glücklicherweise *minus* Guillotine.

Für die Erinnerung an jene Denkschrift hatte ich aber noch einen anderen Grund. Sie war ein sehr gewissenhafter und ausführlicher Leitfaden für die Geschichte jener Drei-König-Verfassung von 1849, welche in ihrem Verlauf der sächsischen Regierung zwei der schwersten Anklagen zuzog: die Anklage des Undankes und die des Wortbruches, beide eben so grundlos als sie eine Zeit lang landläufig waren. Die nachstehende Aufzeichnung wird dies hoffentlich ausser Zweifel stellen:

Infolge Einladung der preussischen Regierung fanden in Berlin Verhandlungen wegen einer dem Frankfurter Opus entsprechenden aber modificirten Reichsverfassung statt. Sie nahmen bald nach dem Mai-Aufstand ihren Anfang. Ausser dem mit dieser Aufgabe speziell betrauten General von Radowitz nahm kein anderer preussischer Bevollmächtigter darau Theil. Der

österreichische Gesandte, Baron Prokesch, assistirte nur am ersten Tag und zog sich am zweiten unter Hinweis auf die Vorlage des Entwurfes der Verfassung für einen Bundesstaat mit Ausschluss Oesterreichs zurück. — Der bayrische Gesandte, Graf Lerchenfeld, unterliess in Ermanglung jeglicher Instruktion jede bestimmte Erklärung. Eingreifend dagegen zeigten sich die Bevollmächtigten von Hannover, Minister Dr. Stüve und Klostervoigt von Wangenheim. Ich war von dem Minister Behr begleitet, der sich jedoch völlig passiv verhielt.

Der General von Radowitz war eine hervorragende Persönlichkeit. Bekanntlich war er ein Mann von weitreichendem Wissen und seltener Belesenheit, was ihm die grosse Gunst Friedrich Wilhelm's IV. zuwendete. Als die markanten Persönlichkeiten des Frankfurter Parlamentes einmal in einer nicht gerade Karikatur, aber doch komisch sein sollenden Sammlung erschienen, sah man den General von Radowitz als einen mit einem Schwert umgürteten Kapuziner. Streitbarer Mönch und streitbarer Krieger, das waren allerdings die in seiner Erscheinung ausgeprägten Typen. Eigenthümlich war es, dass er, der Katholik, als einzigen Beistand sich einen katholischen Rheinländer als Protokollanten beigesellt hatte, um das Werk der Ausschliessung Oesterreichs aus dem deutschen Bundes-Verbande zu vollziehen, denn daran konnte doch das schon damals in Aussicht genommene deutsch-österreichische Bündnis nichts ändern. Oesterreichs eigenthümliche Beschaffenheit, so wurde uns gesagt, macht dessen Betheiligung bei dieser Verfassung unmöglich. Es liess sich wohl darauf entgegnen, dass, wenn sich in der bisherigen Genossenschaft ein Mitglied und zwar ein solches von erster Bedeutung befinde, für welches der vorgelegte Entwurf sich nicht eigne, zunächst man sich mit der Frage zu beschäftigen haben würde, wie es anzufangen sei, damit die Verfassung sich besser eigne. Bis dahin war man der Meinung gewesen, dass die Verfassungen der Länder wegen, nicht aber die Länder der Verfassungen wegen da seien. Der Versuch hätte sich schon der Mühe

gelohnt, und das Scheitern eines ehrlichen Versuchs hätte dem Verfassungs-Entwurf mehr Leben gebracht als die Parole: Mit Vielen, mit Wenigen oder allein. — Darüber indessen wäre jedes Wort verloren gewesen. Die Berührungen mit General von Radowitz waren überhaupt nicht immer die leichtesten, wofür mich dreissig Jahre später sein mir in bester Erinnerung gebliebener Sohn entschädigte, als er zeitweise mein Kollege in Paris war.

Eine nicht minder interessante Bekanntschaft war die des ersten Bevollmächtigten Hannovers. Dr. Stüve, der frühere oppositionskämpfende Bürgermeister von Osnabrück, gehörte zu den wenigen Märzministern, die das Jahr 1848 überdauerten. Es war aber auch bemerkenswerth, wie er sich in die ungewohnten Verhältnisse rasch einzuleben wusste. Von König Ernst August hatte man bald nach Stüve's Eintritt die Aeusserung vernommen: „Diese kleine Stüve“ — der König pflegte bekanntlich in seinem Englisch-deutsch Masculinum und Femininum zu verwechseln — „ist eine ganz famose Kerl,“ und von Stüve hörte man, er habe gesagt: „Ich glaubte einen eigensinnigen Tyrannen zu finden und fand einen liebenswürdigen, verständnisvollen alten Herrn.“ Als ich im Sommer 1849 in Hannover an der königlichen Tafel speiste, sah ich Stüve nicht allein im Uniformsfrack, sondern auch in kurzen Beinkleidern. Wenn das, so sagte ich zu mir, mein alter Hofmarschall sehen könnte, wie der sich mit der Neuzeit befreunden und welche gute Meinung er von der dynastischen Gesinnung des hannöverischen Volkes fassen würde.

Stüve gab nun, was Schärfe der Auffassung und des Ausdruckes betraf, Herrn von Radowitz nicht nach und hielt ihm tapfer Stand. Indessen bewegte sich augenscheinlich sein Denken und Reden zwischen zwei Strömungen: Die Besorgnis vor der Reaktion liess ihn zugreifen, während der Gedanke an den „liebenswürdigen alten Herrn“ zuweilen seine Hand lähmte.

Von den beiden oben genannten Typen, die sich in dem Wesen des General Radowitz ausprägten, trat uns nur der eine, der soldatische, entgegen. Die Verhandlungen wurden buchstäb-

lich *tambour battant* geführt [1]), was zu der Dauerhaftigkeit des damit Erreichten nicht beitragen konnte. Anstatt den betheiligten Regierungen nur einige Zeit zu lassen, um den Entwurf der neuen Reichsverfassung zu prüfen, war dieser kurz vor Eröffnung der Konferenzen, ja theilweise am Tage zuvor mitgetheilt worden, was von Haus aus den Nachtheil hatte, der bayrischen Regierung die vollste Freiheit für eine zuwartende und fernbleibende Haltung zu bieten. Dieses System des Sturmschrittes machte sich bereits vor dem Beginn der Verhandlungen bemerkbar, indem eine Proklamation denselben verkündete, damit aber im Voraus die eingeladenen Regierungen für den Fall des Misslingens in das Unrecht setzte, und gleichermassen trat es nach dem Abschluss hervor, indem unerwartet der Ratifikation des Bundesvertrags mit der Bekanntmachung vorangegangen wurde.

Es hat heute wenig Interesse mehr, die Bestimmungen zu kennen, in welchen der Berliner Entwurf von dem Frankfurter abwich. Von historischer Bedeutung war nur der die Oberhauptfrage betreffende Theil. Das Kaiserthum war nicht genannt, sondern durch eine Reichsvorstandschaft ersetzt, umgeben mit einem Fürsten-Kollegium, womit in der Sache wenig geändert, sondern nur das Verhältnis zwischen dem Gebietenden und dem Gehorchenden in eine ansprechendere Form gekleidet war. — Dieser Abschnitt musste meine besondere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen und ich vermied jede bindende Erklärung, bevor ich nicht bestimmte Ermächtigung dazu von Dresden haben würde. Unmöglich konnte ich übersehen, dass diese anspruchslose Reichsvorstandschaft von weit einschneidenderer Bedeutung sei als das Frankfurter Kaiserthum, welches für ein deutsches Gesamtreich wenigstens gedacht war, während der Berliner Verfassungs-Entwurf wohl vom deutschen Volk, von deutschen Flüssen, von

[1]) Die Verhandlungen begannen am 17. Mai und endigten am 26. Mai, genau genommen jedoch am 23., da ich vor der Unterzeichnung mich nach Dresden begab, und dauerten daher nicht länger als sieben Tage.

den Vertretern Deutschlands sprach, gleichwohl aber durch die Fassung: „das deutsche Reich besteht aus den Staaten des bisherigen Bundes, welche die Reichsverfassung anerkennen", die Absicht, einen norddeutschen Bund ohne Süddeutschland zu errichten, hervorblicken liess. Nun durfte man, was Oesterreich betraf, damals die thatsächliche Lage der Dinge nicht ausser Betracht lassen und konnte zugestehen, dass in einem Augenblick, wo der Kaiserstaat zwar in Italien seine Feinde soeben zum zweiten Male zur Ruhe gebracht hatte, aber noch mit der ungarischen Erhebung im Kampf lag, nicht zunächst in der Lage sei, sich an der Errichtung eines deutschen Verfassungswerkes zu betheiligen; allein damit war die Frage des Südens nicht erschöpft, und im Gegentheil dessen Theilnahme um so mehr eine unerlässliche Bedingung. Ganz abgesehen von der ausserdem nicht mehr durch ein deutsches Interesse zu rechtfertigenden Unterordnung der Fürsten und von der möglichen Nutzlosigkeit der zu bringenden Opfer, konnte auch die Gefahr einer Spaltung in Deutschland selbst nicht ganz übersehen werden.

Ich hatte mich, wie schon erwähnt, am 24. Mai nach Dresden begeben, der König befand sich noch auf dem Königstein, und dahin begab ich mich in Begleitung der anderen Minister. Zu einer einfachen Annahme der die Oberhauptfrage betreffenden Bestimmungen wurde ich nicht ermächtigt. Am 26. kehrte ich nach Berlin zurück. Ein heftiges Gewitter mit gewaltig strömendem Regen verspätete die Ankunft des Zuges, der erst in der zehnten Abendstunde anlangte. Ich wurde am Bahnhof von einem Abgesandten des Generals von Radowitz empfangen, der mich dringend zu ersuchen hatte, sofort von der Eisenbahn mich bei ihm einzufinden. Ich traf dort die Hannoveraner und den bayrischen Gesandten. Bei Herrn von Radowitz war es beschlossene Sache, dass am 26., dem Vorabend des Pfingstfestes, unterzeichnet werden müsse, was indessen erst am 27. geschah, indem man bis 3 Uhr Morgens verhandelte. Ich sehe noch den Grafen Lerchenfeld, den bayrischen Gesandten, wie er ein Mal um das andere

händeringend ausrief: „Aber mit mir ist das doch die reine Thierquälerei?“ — Er war noch immer ohne Instruktion.

Man kann fragen und hat damals gefragt, warum ich denn unter solchen Umständen unterzeichnete? Nun, es war weder die stürmische Beredtsamkeit des Generals von Radowitz, die mich überwältigte, noch der Schlaf, der mich zuletzt übermannen konnte, sondern es war eine Rücksicht für die preussische Regierung, die mich dazu bestimmte. Während meiner Abwesenheit war ein diplomatisches Circular ergangen, welches das Einverständnis der drei königlichen Regierungen verkündete — nicht zu verwechseln mit dem unter ihnen eventuell vorbereiteten Circular, welches ebenfalls inkorrekterweise bereits am 28. Mai vor dem Eingang der Ratifikationen in die Welt gesendet wurde. Ohne Kompromittirung der preussischen Regierung konnte die Unterzeichnung nicht unterbleiben. Deshalb unterschrieb ich, und in den Kammerverhandlungen habe ich dieses Umstandes nie gedacht. Ein Beitrag zum sächsischen Undank!

Indessen hatte ich aber auch andere nicht minder schwer wiegende Rücksichten und zwar auf die von mir vertretene Regierung zu nehmen. Daher unterschrieb ich nicht ohne eine vorbehaltliche Erklärung bezüglich der Oberhauptsfrage anzumelden. Diese Erklärung übergab ich am nächsten Tage oder vielmehr an demselben Tag, nachdem, wie bereits erwähnt wurde, die Unterzeichnung früh 3 Uhr erfolgt war. Die königlich preussische Regierung aber beanstandete die Annahme dieses Vorbehalts, welchem die hannöverischen Bevollmächtigten sich anschlossen, eben so wenig als die Annahme der darauf ausdrücklich Bezug nehmenden Ratifikations-Urkunde.

Durch diese vorbehaltliche Erklärung gab die königlich sächsiche Regierung zu erkennen, dass sie die von ihr fortwährend festgehaltene, gegen die Einsetzung einer Reichsgewalt mit einheitlicher Spitze gerichtete Ueberzeugung auch jetzt nicht aufzugeben vermöge, dass sie jedoch bereit sei, diese Ueberzeugung dem Bedürfnisse der Erhaltung der bedrohten staatlichen Ordnung

und der damit im genauen Zusammenhange stehenden möglichst raschen Verwirklichung des deutschen Verfassungswerkes unterzuordnen, daher auch eine im Uebrigen der allgemeinen Wohlfahrt förderliche Verfassung anzunehmen, welche die Exekutiv-Gewalt des Reiches der Krone Preussen verleihe, wobei sie jedoch die Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich bundesvertragsmässig zuständigen Ansprüche durch den im Art. I der Verfassung gemachten Vorbehalt als ausdrücklich gewahrt betrachte; sie wolle und dürfe jedoch keinen Zweifel darüber bestehen lassen, wie sie diesen Entschluss allein zu dem Zwecke und in der Erwartung gefasst habe, dass diese Verfassung Gemeingut der ganzen deutschen Nation und nicht eines Theiles derselben werde; zwar sei in der nächsten Zeit ein Eintritt der österreichischen Lande nicht zu hoffen, allein die Aufnahme des gesamten übrigen Deutschlands in den Reichsverband, welche, unbeschadet der der österreichischen Regierung durch die Bundesverfassung gesicherten Rechte, erzielt werden solle, halte die sächsische Regierung als Bedingung dafür fest, dass sie selbst zu einem bleibenden Verharren in demselben auf Grund der vereinbarten Verfassung verpflichtet sei; sollte es daher nicht gelingen, den Süden Deutschlands in den Reichsverband, wie er durch die fragliche Verfassung bestimmt worden, aufzunehmen, — was wesentlich davon abhängen werde, ob Bayern sich demselben anschliesse, — sollte vielmehr nicht mehr zu erreichen sein als die Herstellung eines norddeutschen oder eines nord- und mitteldeutschen Bundes, — so müsse die königlich sächsiche Regierung für diese Eventualität die Erneuerung der Verhandlungen und die Umgestaltung der vereinbarten Verfassung ausdrücklich vorbehalten, welche Verfassung dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit, nicht aber dem eines Vereines einzelner deutscher Staaten entspreche. Um aber gleichzeitig den Zeitpunkt festzustellen, bis zu welchem jene ihren Beitritt bedingende Voraussetzung sich erfüllt haben müsse, — widrigenfalls dann der gewahrte Anspruch auf Erneuerung der Verhandlungen und Umgestaltung der vereinbarten Verfassung

zur Geltung zu bringen sein werde, — wurde noch besonders die Einberufung des ersten Reichstages als dieser Zeitpunkt bezeichnet, eine Feststellung, welche, wie sich später ergeben, zwar keineswegs überflüssig war, gleichwohl als selbstverstanden betrachtet werden durfte, da nach einmal erfolgter Abschliessung des Verfassungswerkes mit dem einzuberufenden Reichstage von der Erneuerung der Verhandlungen nicht mehr die Rede sein konnte.

Der vorstehenden Erklärung schloss sich die des königlich hannöverischen Bevollmächtigten und zwar unter dem Bemerken an, dass wenn der gegenwärtige Versuch einer Einigung zu nichts als zur Herstellung eines nord- und mitteldeutschen Bundes führen würde, die Erneuerung der Verhandlungen und die Umgestaltung des vereinbarten Verfassungs-Entwurfes ausdrücklich vorbehalten bleiben sollte.

War damit der nöthigen Vorsicht Genüge geschehen, so zeigte sich die sächsische Regierung darum nicht minder aufrichtig beflissen, mit der preussischen Regierung an dem begonnenen Werk fortzuarbeiten. Sie konnte dafür keine bessere Bürgschaft geben, als durch die Wahl ihres Bevollmächtigten bei dem zusammentretenden Verwaltungsrath. Herr von Zeschau, sächsischer Minister von 1830 bis 1848, hatte ursprünglich in preussischen Diensten gestanden, und war jederzeit, wie er es verdiente, in Berlin Gegenstand grosser Werthschätzung und grossen Vertrauens gewesen. Einen grösseren Beweis seiner Hingebung an König und Vaterland konnte der ausgezeichnete Mann nicht geben, als durch Annahme der voraussichtlich mehr als undankbaren Aufgabe. Er unterzog sich derselben mit Eifer und war namentlich aber vergeblich bemüht, einer Verständigung mit Oesterreich den Weg zu bahnen. Er und der mit ihm gehende hannöverische Bevollmächtigte vermochten aber nicht zu hindern, dass die durch den Hinzutritt der anderen norddeutschen Staaten und Badens gebildete Majorität, über den sächsisch-hannöverischen Vorbehalt sich hinaussetzend, die Einberufung des Erfurter Reichstages und zuletzt sogar die Ausschreibung der Wahlen für den ganzen Um-

fang der betheiligten Länder einschliesslich Sachsens und Hannovers beschloss. Hiermit war der Zeitpunkt für die unabweisliche Geltendmachung des Vorbehaltes und damit der Austritt aus dem Verwaltungsrath gekommen, indem, sobald der Reichstag die Verfassung angenommen hatte, von neuen Verhandlungen behufs deren Umgestaltung nicht mehr die Rede sein konnte.

Von einem Wortbruch oder irgend etwas Aehnlichem konnte daher nie die Rede sein, wohl aber das Verfahren der preussischen Regierung angesichts des von ihr acceptirten Vorbehaltes fraglich genannt werden.

Bleibt der „Undank" des „Geretteten!"

Vom prinzipiellen Standpunkt aus betrachtet kann das Verlangen der Dankbarkeit nicht so weit gehen, dass das gerettete Objekt dafür als Preis gezahlt werde. Aber man vergass immer den Verlauf der Dinge. Der König von Preussen hatte den König von Sachsen aufgefordert, die Reichsverfassung nicht anzuerkennen, und für den Fall, dass in Folge dessen Unruhen entstehen sollten, militärische Hülfe zugesagt. Der Aufforderung wurde entsprochen, die Unruhen brachen aus, die militärische Hülfe wurde geleistet. Welches wäre das rechte Wort gewesen, wenn das letztere nicht geschehen wäre? Dafür, dass es geschah, gibt es nur Ein Wort: „selbstverständlich". — Endlich ist in früheren Kapiteln daran erinnert worden und kann nicht genug in Erinnerung gebracht werden, welchen Dienst Sachsen den anderen deutschen Staaten, Preussen nicht ausgenommen, leistete, indem es dem Kampf nicht auswich, sondern ihn im eigenen Lande aufnahm.

Der Vorwurf des Undankes war daher ebenso grundlos wie jener des Wortbruchs. Entschieden ist dafür mein damaliger Kollege Friesen eingetreten. Wo immer dessen „Erinnerungen" gegen mich gerichtet sind, wird er von den preussischen Federn als Autorität citirt. Es wird mir daher erlaubt sein, mich auch einmal darauf zu berufen.

Mitten in die unerquicklichen Verhandlungen des Berliner Verwaltungsrathes fiel eine Pillnitzer Entrevue, sehr unähnlich

jener von 1792, obschon es dieselben Familienhäupter waren, die sich begegneten. Kaiser Franz Joseph und König Friedrich Wilhelm IV. waren die Gäste Friedrich August's. Die persönliche Berührung konnte nur wohlthätig sein, allein Resultate ergaben sich nicht, und ich bezweifle, dass man in den Unterredungen über das Allgemeine hinausgekommen sei. Damals sah ich den Kaiser zum ersten Mal; er war neunzehn Jahre alt und ganz wie ihn das im Wartesalon auf dem Ballplatz befindliche lebensgrosse Bild zeigt. Militärisch straffe und doch elegante Haltung, entschiedener Ernst und entschiedene Bestimmtheit im ganzen Wesen.

Bald darauf sah ich auch zum ersten Mal des Kaisers ersten Minister in Wien. Fürst Schwarzenberg würde, wenn auch nicht die Ereignisse ihn zu einer hervorragenden Figur gemacht hätten, durch seine Erscheinung imponirt haben, in welcher sich der wahre *Grand-seigneur* als Gegensatz des *Parvenu* mit der angeborenen Einfachheit und Zwanglosigkeit abspiegelte. Seine Energie ist gleich seiner Begabung nie in Zweifel gezogen worden.

Ich darf sagen, Fürst Schwarzenberg fand vom ersten Augenblick an Gefallen an mir, und er hat mir bis zu seinem Tode eine wohlwollende Gesinnung bewahrt. Um so schwerer wird es mir sein, wie es in einem der nächsten Kapitel geschieht, als Ankläger aufzutreten, was ich als überzeugungstreuer Geschichtsschreiber nicht vermeiden kann.

Fürst Schwarzenberg war ein grosser Menschenverächter, aber kein grosser Menschenkenner, und das erklärt und entschuldigt Vieles von dem, was er gethan, und besonders von dem, was er unterlassen hat.

In dem damaligen Schwarzenberg'schen Ministerium waren Schmerling, Bach und Leo Thun vereinigt — wenn man bedenkt, was sich später zutrug, eine merkwürdige Zusammensetzung. Sie dauerte auch nicht, denn Schmerling, den ich damals zuerst kennen lernte, und der mir später trotz dem Dualismus ein aufrichtiger und beständiger Freund wurde, trat bald darauf aus. Aber wie seltsam immer jene Minister-Kombination heute erscheinen mag,

Vieles und Grosses hätte Schwarzenberg damit ausrichten können, wenn er, statt zu der Zurücknahme der Verfassung vom 4. März 1849 anzurathen, deren Verbesserung unternommen hätte. Schmerling und Bach waren beide die Männer, um mit dem einberufenen Reichstag — damals war man wirklich in der Lage, die Ungarn zu kontumaziren, und ich glaube, Schmerling täuscht sich nicht, wenn er noch heute behauptet, sie wären gekommen — ich sage: er und Bach waren die Männer, eine Revision im konservativsten Sinne durchzuführen, und auch Thun, der damals noch nicht der Konkordats-Minister war, würde dabei einzugreifen sich nicht geweigert haben. Dass das Gegentheil geschah, kam den Feinden, die Oesterreich in Berlin wie in Turin hatte, sehr gelegen. Eine gefährliche Waffe war ihnen in die Hand gegeben, die des Vergleichs.

Beilage zu Kapitel VIII.

Denkschrift betreffend den Verlauf der deutschen Frage 1848 und 1849, in spezieller Beziehung zu der Haltung der sächsischen Regierung.

Es ist hier nicht der Ort, die allgemein bekannten Thatsachen und Erscheinungen abermals aufzuzeichnen, welche der Geschichte des von dem Zusammentritt der Nationalversammlung bis zu deren Auflösung verflossenen einjährigen Zeitraums angehören. Nur auf diejenigen Momente soll hier aufmerksam gemacht werden, welche auf die Stellung und Handlungsweise der Einzelregierungen von entscheidendem Einflusse waren. In den grösseren Ländern, wo das System der Volksvertretung in der Gestalt zahlreicher gesetzgebender Versammlungen schon seit geraumer Zeit eine weitere Entwicklung gefunden hat, wie in Frankreich und England, war man längst durch vielfache, zuweilen theuer erkaufte Erfahrungen zu der Ueberzeugung gelangt, dass solche gesetzgebende Versammlungen nicht selbstregierend auftreten dürfen, dass vielmehr, wenn sie ihre Aufgabe nicht verfehlen sollen, es ein unabweisliches Bedürfniss für sie sei, dass eine starke, legal konstituirte Exekutivgewalt ihnen von Anfang an zur Seite

stehe und nicht allein das Recht der vollziehenden Gewalt von dem Wirkungskreise der gesetzgebenden Versammlung entfernt halte, sondern auch den Gang der legislativen Berathungen selbst in den richtigen Grenzen und im Gleichgewicht erhalte. Leider wurde diesem Bedürfnisse nach dem Zusammentreten der Nationalversammlung nicht Genüge geleistet. Theils wurde dasselbe vielleicht nicht in dem nöthigen Masse erkannt, theils boten die damaligen politischen Zustände nicht die gehörige Füglichkeit, demselben Befriedigung zu gewähren. Der bis dahin bestandene Bundestag konnte nicht als ein brauchbares Organ einer von den Regierungen Deutschlands an die Seite der Volksvertretung zu stellenden Exekutivgewalt benutzt werden. Die beiden grössten Staaten Deutschlands waren in einer gänzlichen Umgestaltung ihrer innern staatlichen Verhältnisse begriffen und deren Regierungen zunächst auf die Verhandlungen mit der in einem jeden derselben einberufenen besonderen Nationalvertretung gewiesen. Ihrerseits wollte die Nationalversammlung in Frankfurt das Bedürfniss und die Nothwendigkeit einer die Regierungen vertretenden Gewalt nicht, ja nicht einmal eine Berechtigung dazu anerkennen; sie zog es vor, ihre Stärke und die Vollziehungskraft ihrer Beschlüsse in dem von ihr verkündeten Prinzipe der Volkssouveränetät zu suchen und sich darauf zu beschränken, eine Exekutivgewalt zu schaffen, welche sie verfassungsmässig nur zur Vollzieherin ihrer Beschlüsse, von dem Verfassungswerke aber gänzlich ausgeschlossen und entfernt wissen wollte. Zu welchen beklagenswerthen Täuschungen und Ergebnissen diese Auffassungsweise, beruhend auf einer ebenso offenbaren Hintansetzung des Rechts der deutschen Regierungen, als unverkennbaren Unterschätzung der denselben zu Gebote stehenden Kräfte, geführt hat, ist bekannt.

Machte sonach das durch die Umstände bedingte passive Verhalten der grössten deutschen Regierungen ein Hervortreten minder mächtiger Staaten unthunlich, so nahm gleichwohl schon damals die sächsische Regierung jeden sich nur immer bietenden Anlass wahr, um ihrerseits dahin mitzuwirken, dass eine Vertretung der Regierungen der Nationalversammlung zur Seite gestellt werde. Nachdem die Einsetzung der provisorischen Centralgewalt erfolgt und Se. Kaiserl. Hoheit der Erzherzog Johann von Oesterreich unter Zustimmung sämmtlicher deutscher Regierungen mit der Würde eines deutschen Reichsverwesers betraut worden war, kam es darauf an, die in dem Gesetze vom 28. Juni 1848 enthaltene Bestimmung wegen Beglaubigung von Bevollmächtigten der einzelnen Regierungen zur Erreichung des angegebenen Zweckes

zu benutzen. Die Nothwendigkeit wurde damals von Seiten mehrerer Regierungen, insbesondere aber der diesseitigen, erkannt und man fasste dabei vornehmlich den Gesichtspunkt ins Auge, dass die Vertreter der verschiedenen Staaten nicht vereinzelt, sondern als Gesammtheit dem von der Nationalversammlung berufenen Reichsverweser zur Seite gestellt werden müssten. Die königlich preussische Regierung bahnte eine diesfallsige Verständigung bereitwilligst an, indem sie den verschiedenen Regierungen das Projekt einer solchen Vereinigung der Bevollmächtigten in der Art vorlegte, dass deren Zahl auf sieben reducirt und die Stimmen auf elf festgestellt werden sollten, wovon Oesterreich und Preussen je drei Stimmen und die übrigen fünf dagegen dergestalt vertheilt würden, dass Bayern eine Stimme, Sachsen, Hannover, Württemberg und Hessen dagegen Kollektivstimmen in Gemeinschaft mit den angrenzenden Staaten geringeren Umfangs ausübten. Demnächst erklärte sich die preussische Regierung bereit, die Stimmenzahl der beiden Grossmächte auf vier anstatt sechs festzustellen.

Die königlich sächsische Regierung trat diesem Vorschlage sofort bei. Leider aber scheiterte das Projekt an dem Mangel ausreichenden Einverständnisses der Regierungen, was seinen Grund namentlich darin hatte, dass es begreiflicherweise bei der ersten Verlautbarung in Frankfurt auf ernsten Widerstand stiess, woselbst man darin den Versuch einer Auflehnung gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung oder gar einer Wiederherstellung des Bundestags erblicken mochte. Gegenwärtig wird man kaum verkennen wollen, dass das Fehlschlagen jenes von der königlich preussischen Regierung in so einsichtsvoller Auffassung der Verhältnisse gemachten Versuches in hohem Grade zu beklagen war. Denn nicht allein dass mit Hülfe einer solchen kollegialen Vertretung der Regierungen, falls die Nationalversammlung zu deren Errichtung die Hand hätte bieten wollen, die so oft und grundsätzlich für unmöglich erklärte Vereinbarung zwischen Nationalversammlung und Einzelnregierungen am ehesten möglich geworden wäre, so hätte nicht geschehen können, was späterhin in Frankfurt auf so unverkennbare und dem Zustandekommen des deutschen Verfassungswerkes so hinderliche Weise eintrat, dass nämlich Parteien, welche dem einen oder dem andern der grösseren deutschen Länder angehörten, im Interesse und zu Gunsten der letztern die Frage wegen Konstituirung der Reichsgewalt zu lösen trachteten und so einen Kampf herbeiführten, welcher zunächst bei der ersten Lesung der Verfassung die Frage unentschieden liess, bei der zweiten Lesung

dagegen zwar eine Lösung derselben bewirkte, jedoch eine solche, die nur durch eine Transaktion mit den extremen Grundsätzen möglich wurde und eben dadurch den offenen Bruch zwischen der Nationalversammlung und den Regierungen hervorrief.

Jene mehrfach hervorgehobene Entfernung der Regierungen von jeder Theilnahme an dem Zustandekommen des Verfassungswerkes wurde dadurch um so fühlbarer und nachtheiliger, dass die Nationalversammlung, gegenüber dem soeben angedeuteten Kampfe der in ihrem Schosse sich geltend machenden Landesinteressen, sehr erklärlicherweise nicht den Weg einschlug, welchen zu betreten die Verhältnisse dringend geboten. Bevor das Mass der Befugnisse, welche der Reichsgewalt zugetheilt werden sollten, sowie die Ausdehnung der Rechte der Volksvertretung und der unter ihren Schutz zu stellenden öffentlichen Freiheiten festgesetzt wurde, musste zunächst die Frage wegen Bildung der Reichsgewalt und deren Ausgleichung mit der bisherigen Bundesverfassung erledigt werden. Letztere war das dringendere Bedürfniss, weil ihre Lösung sich an den Bestand völkerrechtlicher und dem europäischen Staatensystem angehöriger Verträge knüpfte, und weil, nach Beseitigung des damit im unvermeidlichen Zusammenhange stehenden Konfliktes widerstrebender territorialer Interessen, die der innern allgemeinen deutschen Gesetzgebung zugehörigen Fragen, welche den übrigen Theil der Reichsverfassung zu bilden hatten, alsdann einer bei Weitem leichteren Lösung zugeführt werden konnten. Dass unter den damaligen Umständen eine für die Regierungen annehmbare Lösung der Oberhauptsfrage möglich gewesen wäre, wenn anders man sich dafür entschieden hätte, anstatt dem Ideal zu huldigen, die neue Form der Bundesregierung den bis dahin bestandenen Verhältnissen nur einigermassen anzupassen, kann nicht wohl geleugnet werden, und das obenangeführte damals von Preussen ausgegangene Projekt einer Gesammtkonstituirung der Regierungen in kollegialer Gestalt dürfte als ein Beleg für die eben ausgesprochene Ansicht gelten.

Es ist wiederholt und namentlich zur Unterstützung des von der Nationalversammlung angenommenen Grundsatzes, in Folge des ihr von der Nation ertheilten Mandats und unter Zurückweisung einer Vereinbarung mit den Regierungen das Verfassungswerk einseitig feststellen zu wollen, darauf hingewiesen worden, dass eine Einigung unter siebenunddreissig Regierungen eine Sache der Unmöglichkeit sei und nie zu erreichen sein werde.

Bei der Zusammensetzung des Deutschen Bundes leuchtet aber

ein, dass diese Vereinigung an der grossen Anzahl seiner Mitglieder an und für sich nicht einen unbesiegbaren Widerstand finden kann, dass dieselbe vielmehr jederzeit dadurch wesentlich erleichtert oder erschwert wird, dass die beiden mächtigsten Staaten Oesterreich und Preussen sich verstehen oder nicht.

Das in diesem Verhältnisse begründete Bedürfniss einer Einigung zwischen den beiden deutschen Grossmächten über eine zunächst den übrigen Regierungen und sodann der Nationalversammlung zu machende Vorlage bezüglich der Gestaltung der Reichsgewalt wurde, als das Jahr 1848 sich seinem Ende zuneigte und die erste Lesung der Verfassung in Frankfurt keine Lösung der Oberhauptsfrage von dort aus versprach, sowohl in Berlin als in Wien von den inmittelst neu erstarkten Regierungen von Oesterreich und Preussen deutlich erkannt, und die zwischen beiden Kabinetten eingeleiteten Verhandlungen berechtigten zu der Hoffnung, dass es mit Hülfe derselben gelingen werde, der Nationalversammlung den Vorschlag einer von sämmtlichen deutschen Regierungen angenommenen Lösung der Oberhauptsfrage entgegenzubringen und dadurch die letztere dem Parteikampfe zu entwinden. Dieser Hoffnung schien jedoch die preussische Regierung plötzlich zu entsagen, indem sie sich veranlasst fand, unter dem 23. Januar 1849 das bekannte Circular an alle deutschen Regierungen zu erlassen.

Durch dieses Circular gab die preussische Regierung zu erkennen, dass sie in ihren Vernehmungen mit der k. k. Regierung die befriedigende Ueberzeugung gewonnen habe, wie Oesterreich den Deutschen Bund als fortbestehend betrachte, in demselben verharren und an dessen kräftiger Entwicklung Theil nehmen wolle, auch dieselbe zu einer Verständigung darüber mit der Nationalversammlung und den übrigen deutschen Regierungen bereit sei. Gleichzeitig verwies jedoch die königlich preussische Regierung auf die allerdings nur vermuthungsweise hingestellte Möglichkeit, dass die österreichische Regierung vielleicht glauben könnte, an der eben angedeuteten Entwicklung Deutschlands nicht im vollen Masse Antheil nehmen, noch die dazu erforderlichen Beschränkungen der Souveränetätsrechte zu Gunsten einer kräftigen Centralgewalt des Bundes eintreten lassen zu können.

In Betracht dieser möglichen Eventualität wurde schon damals von der königlich preussischen Regierung der Gedanke aufgestellt, Oesterreich die ihm gebührende Stellung in Deutschland in dem auch ferner aufrecht zu erhaltenden Deutschen Bunde anzuweisen, die übrigen deutschen Staaten dagegen zu einem Bundesstaate innerhalb

des Bundes zu vereinigen. Zum Beweise der Möglichkeit dieser zwiefachen neuen Bundesverfassung wurde sich auf den Vorgang des Zollvereins bezogen, dessen Analogie indessen nicht ganz zulässig erscheint, wenn man erwägt, dass der Zollverein eine auflösliche, auf eine bestimmte Reihe von Jahren geschlossene, doch vollkommen gleiches Stimmrecht aller Theilnehmer sichernde Vereinigung einzelner deutscher Regierungen zu gemeinschaftlicher Verwaltung eines Zweigs der Staats- und Volkswirthschaft ist, im Uebrigen aber in keiner Weise die Ausübung der dem Deutschen Bunde und dessen Gliedern zukommenden Rechte und Pflichten auf sich übertragen und somit auch an der Wesenheit des Bundes nichts geändert hat.

Wenn nun schon jenes Circular gleichzeitig die, wie es schien, einer Verständigung unter den deutschen Regierungen förderliche Erklärung brachte, die königlich preussische Regierung sei nicht der Ansicht, dass die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden Einigung nothwendig, dass vielmehr zu fürchten sei, das ausschliessliche Anstreben gerade dieser Form des an und für sich nothwendigen Einheitspunktes werde der wirklichen Erreichung jenes Zieles der Einigung wesentliche und schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg legen, und dass daher eine andere Form zu Befriedigung des Verlangens der deutschen Nation nach Einigung gefunden werden könne, so war gleichwohl das Ausscheiden Oesterreichs aus der neuen Bundesverfassung als eine Nothwendigkeit ausgesprochen, obschon eine solche aus offiziellen Erklärungen der k. k. Regierung nicht hergeleitet werden konnte, dieselbe vielmehr durch Erlass der k. k. Regierung vom 28. Dezember 1848 ausdrücklich in Abrede gestellt worden war. Damit war aber leider der auf dasselbe Resultat hinarbeitenden Fraction der Nationalversammlung ein gewichtiger Stützpunkt verliehen und zu dem bedauerlichen Zerwürfnisse der Grund gelegt, welches von diesem Zeitpunkte an in allen Vernehmungen der beiden grössten Regierungen Deutschlands über die Feststellung des deutschen Verfassungswerkes auf so unverkennbare Weise sich kundgegeben hat.

Die diesseitige Regierung antwortete darauf durch die den vormaligen Kammern bereits vorgelegte Note vom 10. Februar. Es wurde dadurch im wesentlichen der am Schluss der preussischen Circularnote ausgesprochenen Ansicht bezüglich der nothwendigen Auffindung einer neuen Form der Bundesgewalt im Gegensatze zu der Aufrichtung einer deutschen Kaiserwürde, als welche letztere den Einheitsstaat unter dem Namen des Bundesstaates herbeizuführen

geeignet sei, beigetreten; zugleich aber die Ueberzeugung ausgesprochen, dass unabweisliche Vorbedingung des Gelingens der dahin zielenden Verhandlungen die Betheiligung der k. k. Regierung sei.

Ihrerseits widersprach die k. k. Regierung durch den an ihren Bevollmächtigten in Frankfurt unterm 4. Februar gerichteten Erlass entschieden der Voraussetzung, als wolle und könne sie sich von der von den Fürsten und Völkern Deutschlands angestrebten Vereinigung zu einem angehenden Verbande ausschliessen, und darum auch der Errichtung eines sogenannten engeren Bundesstaats. Zugleich erklärte auch die österreichische Regierung ihre Bereitwilligkeit zur Verständigung mit den übrigen Regierungen und wies auf eine von ihr in Aussicht gestellte Grundlage der Verhandlungen hin.

Unterm 27. Februar legte nun auch die k. k. österreichische Regierung mittelst Instruktion an ihren Bevollmächtigten in Frankfurt das Projekt einer Direktorialverfassung vor. Im preussischen Ministerium war inzwischen ein Personenwechsel eingetreten, welcher eine grössere Geneigtheit zu einer Verständigung mit Oesterreich hoffen liess, und in der That gab die preussische Regierung durch die Circulardepesche vom 10. März ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, auf der Basis der gemachten Vorschläge zu unterhandeln, indem sie zugleich die übrigen Regierungen zur Theilnahme daran einlud. Diesseits wurde ohne Verzug die entsprechende Geneigtheit erklärt und man stellte sich dabei vornehmlich die Aufgabe, zu einer Verständigung zwischen den beiden grossen Regierungen mitzuwirken.

Die diesfalls angeknüpften Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten zu Frankfurt hatten kaum begonnen, als plötzlich in der Nationalversammlung der bekannte Welcker'sche Antrag gestellt wurde, welcher darauf hinausging, mit Einem Schlage die Verfassungsfrage im Sinne der erbkaiserlichen Partei zu entscheiden. Es wurde zwar dieser Antrag abgeworfen, nichtsdestoweniger aber zu einer ebenso eilfertigen Abstimmung über die Verfassung verschritten, woraus eine Lösung der Oberhauptsfrage im Sinne der erbkaiserlichen Partei in Verbindung mit der sonstigen Gestalt der Verfassung nach den Ansichten der Linken hervorging.

Nachdem Seine Majestät der König von Preussen die deutsche Kaiserkrone abgelehnt hatte, welche Allerhöchstdemselben in Folge eines von der Nationalversammlung in Ueberschreitung ihrer Befugnisse gefassten Beschlusses dargeboten wurde, erging ein ferneres Circular der preussischen Regierung vom 3. April, worin dieselbe auf eine gemeinsame Verhandlung der zu diesem Ende mit ausgedehnter

Instruktion zu versehenden Bevollmächtigten in Frankfurt einlud. — Dabei trat der Gedanke der Bildung des engeren Bundesstaates noch schärfer hervor, als in dem Circular vom 23. Januar, und es wurde schon darin der Fall vorgesehen, dass das zwischen den diesem Bundesstaate beitretenden und den ihm nicht sich anschliessenden Mitgliedern des Bundes alsdann entstehende Verhältnis einer näheren Feststellung bedürfen werde. Die sächsische Regierung vermochte nicht, die Zulässigkeit eines solchen engeren Bundes und dessen Vereinbarung mit den Rechten und Pflichten des bestehenden Deutschen Bundes anzuerkennen, und ihre diesfallsigen Zweifel wurden in einer Depesche vom 11. April deutlich ausgesprochen.

Auch die übrigen deutschen Regierungen, mit Ausnahme derjenigen, welche bald darauf die Reichsverfassung vom 28. März annahmen, weigerten sich, auf der Grundlage des engeren Bundesstaates im Bunde zu unterhandeln.

Inmittelst hatte die Agitation für die deutsche Reichsverfassung in mehreren Theilen Deutschlands begonnen, und auch in Sachsen, wo sich die Kammern für die Annahme der Verfassung aussprachen, wurden zahlreiche Adressen gesammelt, um die Regierung zu dieser Massnahme zu bestimmen. Die königlich preussische Regierung, deren Ausspruch unter diesen Verhältnissen von wesentlichem Gewicht sein musste, hatte bisher nur die dargebotene Kaiserkrone zurückgewiesen, weil deren Verleihung allein unter freier Zustimmung der Fürsten und freien Städte Deutschlands erfolgen könne. Unterm 21. April trat nun aber auch das preussische Ministerium mittelst der in den dortigen Kammern abgegebenen Erklärung hervor, die Verfassung vom 28. März, ohne verschiedene wesentliche Abänderungen, worüber eine Vereinbarung mit der Nationalversammlung einzuleiten sein werde, nicht annehmen zu wollen.

IX. Kapitel.

1849. 1850.

Die inneren Angelegenheiten. — Der sogenannte Staatsstreich von 1850. — Die Universität.

Das dreigliedrige Ministerium der Maitage hatte sich in deren Verlauf durch den Eintritt des Freiherrn von Friesen als Minister

des Innern und nach denselben durch den Eintritt des Dr. Behr als Finanzminister — später wurde er Justizminister — vervollständigt.

Mit dem letzteren, welcher Abtheilungsvorstand im Ministerium des Innern war, hatte ich vor dem Ausbruch des Aufstandes verhandelt, er machte aber seinen Eintritt von Bedingungen abhängig, deren Erfüllung der Anerkennung der Reichsverfassung gleichgekommen wäre. Behr war ein Mann von grosser Tüchtigkeit, die sich auch in dem damals nicht leichten Verkehr mit den Kammern bewährte, und von ebenso grosser Ehrenhaftigkeit, dabei aber von einer peinlich zu nennenden Gewissenhaftigkeit. Er hatte ursprünglich Theologie studirt und war bereits in den geistlichen Stand eingetreten, als er, von Besorgniss gequält, dass sein Glaube nicht gleichen Schritt mit seinem Wissen halten werde, sich entschloss, nochmals und diesmal Jura zu studiren [1]).

Trotzdem dass ich ihm durch meine Unternehmungen manche bange Stunde bereitete und er durch seine Bedenklichkeiten mir ebenso viele Geduldproben auferlegte, waren wir stets und blieben bis zuletzt gute und befreundete Kollegen. Es war mir deshalb eine wahre Freude, ihn gegen die Angriffe in Schutz nehmen zu können, die unser gemeinschaftlicher Kollege Friesen auch gegen ihn in seinen „Erinnerungen“ gerichtet hatte.

Was diesen selbst betrifft, so schrieb ich in meiner Entgegnung Folgendes:

„Freiherr von Friesen, dessen Kollege zu sein ich im ganzen elf Jahre hindurch die Ehre hatte, war ein ausgezeichneter Minister des Innern sowohl als der Finanzen. Seine zweifache Vorbildung, nachdem er nicht allein auf der Universität, sondern auch auf der Bergakademie absolvirt und auf diese Weise auch gründliche technische Kenntnisse erworben hatte, machte ihn zu einem aus-

---

[1]) Behr hatte gleichwohl den Prediger nicht ganz abgestreift. Wir waren einmal kurz vor 1866 in Waldheim, wo er einen Sträfling ins Verhör nahm. Dies geschah in so ergreifender Weise, dass ich beim Hinausgehen zu ihm sagte: „Behr, wenn ich einmal in Ihre Hände falle, so gestehe ich Alles.“

nahmsweise befähigten und in einem industriereichen Lande doppelt schätzbaren Verwaltungsbeamten. Seinen Untergebenen war er ein leuchtendes Vorbild von Arbeitskraft und Arbeitslust. In den Kammern war, bei gründlicher Behandlung des Stoffes, seine Rede fliessend und gewinnend. Seine mustergiltige Verwaltung der Finanzen erleichterte die schweren Opfer, welche im Jahre 1866 gebracht werden mussten, und ihm, aber auch seinem in den ‚Erinnerungen‘ zu wenig genannten Kollegen von Falkenstein, hat Sachsen viel für die Art und Weise zu danken, wie diese Männer die harten Prüfungen jenes Jahres selbst zu tragen und sie dem Lande erträglich zu machen wussten.“

Ich denke, es ist wohl nicht möglich, bei einer Vertheidigung objektiver zu sein, als ich es war. Mein Zeugniss war aber in jeder Beziehung ein wohlverdientes.

Nachdem ich dem Kollegen Zschinsky weiter oben Worte des Andenkens gewidmet, mit denen seine Hinterlassenen nicht unzufrieden sein werden, bleibt noch übrig der Kollege Rabenhorst, bezüglich dessen ein völliges Schweigen missverstanden werden könnte. Unsere Beziehungen waren nicht immer ungetrübt, was man bei zwei Männern nicht für möglich halten sollte, die in der Stunde der Gefahr treu zu einander gestanden hatten, nicht allein in den Tagen des Aufruhrs, sondern auch in den Tagen der Kriegsgefahr 1850 und 1866. Ich darf das Bewusstsein in Anspruch nehmen, wissentlich zu jenen zeitweisen Störungen keinen Anlass gegeben zu haben, und ich habe sie mir nicht anders zu erklären vermocht, als durch Zuträgereien, denen der von mir sonst so hochgeschätzte Kriegsminister nicht unzugänglich war. Bei mir waren solche delatorische Zuflüsterungen stets verlorene Mühe. Mag mir in Sachsen und vielleicht mehr noch in Oesterreich daraus manche schmerzliche Erfahrung erwachsen sein, ich bereue es nicht, dass ich nie dem Grundsatz untreu wurde, lieber den Vorwurf mir machen zu müssen, einen Feind nicht erkannt, als einen Freund verkannt zu haben.

Ich würde ein Unrecht begehen, das ich mir selbst nicht

verzeihen könnte, gedächte ich nicht an dieser Stelle noch eines Kollegen, der erst einige Jahre nach dem Maiaufstand an die Stelle des ausscheidenden Baron Friesen trat, nämlich des Freiherrn von Falkenstein. Minister des Innern vor 1848, übernahm er 1852 das Kultus- und Unterrichtsministerium, nachdem ich an Friesen's Stelle das Ministerium des Innern neben dem des Auswärtigen übernommen hatte. Ich kann mich keiner Zeit erinnern, in der wir nicht in echter Kollegialität Hand in Hand gegangen wären. Wie sehr er Mann meines Vertrauens war, beweist der Umstand, dass, so oft eine Mission mich von Dresden entfernte, er mein Stellvertreter im Ministerium des Aeussern wurde, was insbesondere 1864 geschah, als ich, Bevollmächtigter des Deutschen Bundes, drei Monate in London verweilte. Er war ein Mann von höherer und ausgedehnter wissenschaftlicher Bildung. Ein Vortheil für ihn war, dass, nachdem ich in Kirche und Schule wieder etwas Ordnung gemacht, er die Zügel weniger straff anzuziehen nöthig hatte. Für die Universität hat er sehr erfolgreich gewirkt, wobei ihm seine Verhältnisse als halber Leipziger zu statten kamen.

Jetzt zurück zu dem Jahre 1849!

Der erste nach dem provisorischen Wahlgesetz von 1848 gewählte Landtag war der „Unverstands-Landtag“ genannt worden; dem zweiten, der Ende 1849 zusammentrat, gab man den Namen des „Widerstands-Landtages“. In seiner Zusammensetzung war der zweite vom ersten wohl sehr verschieden. Es fanden sich dort zwei Mitglieder des Ministeriums Held, zwei März-Minister und sogar ein vormärzlicher Minister, Herr von Carlowitz, der indessen sehr nachmärzlich auftrat, weniger als Liberaler, wohl aber als Vorkämpfer für deutsche Einheit unter preussischer Führung. Daneben allerdings auch viele Mitglieder des „Unverstands-Landtages“, aber gleichzeitig ein dem Hofdienst zugehöriges Mitglied.

Der Name des „Widerstands-Landtages“ war kein unverdienter, denn, wenn ich wegen der deutschen Frage den Widerstand mehr noch als meine Kollegen und sogar in der Form des

Angriffs zu ertragen hatte, so kamen die Minister des Innern und der Finanzen ebenso wenig als jene der Justiz und des Kriegs mit diesem Landtag von der Stelle, was schliesslich dahin führte, dass eine abermalige Auflösung, dann aber nicht eine dritte Wahl nach dem Wahlgesetz von 1848, sondern die Einberufung der bis 1848 in Wirksamkeit bestandenen Ständekammer erfolgte.

Wer sich die Mühe nehmen wollte, die unionistischen, namentlich aber die preussischen Blätter von damals nachzulesen, dem würde nicht entgehen, dass der Urheber dieser Massregel kein Anderer sein konnte, als der preussenfeindliche Partikularist und Reaktionär Herr von Beust. Ich habe dagegen nie Einsprache erhoben und jenen Sturm über mich ergehen lassen, während mein Kollege Friesen, dem man freundlichere Gesinnungen gegen Preussen zutraute, mehr als gezwungener Helfershelfer dargestellt wurde. Nun hat es mir nicht wenig zur Erheiterung gedient, dass Baron Friesen in den erwähnten „Erinnerungen“ sowohl die Initiative als die Durchführung der Massregel, die sich als eine ebenso erfolgreiche wie dauerhaft glückliche erwies, für sich allein in Anspruch nahm, wozu er auch vollkommen berechtigt war. Wenn er sogar behauptet hat, ich habe nur zögernd, und weil mir zuletzt die Geduld gerissen, mich angeschlossen, so ist das ein Irrthum, der wahrscheinlich einer Verwechslung entstammt. Unmittelbar nach Beseitigung des Mai-Aufstandes war nämlich bereits die Zurücknahme des provisorischen Wahlgesetzes von 1848 in Frage gekommen, und unter dem frischen Eindruck der Empörung, die, nicht ohne alles Recht, mit den Ergebnissen jenes Wahlgesetzes in Verbindung gebracht wurde, wäre ein solches Vorgehen nicht allzu schwer gewesen. Wenn ich mich damals dagegen aussprach, war es, weil mein Gefühl mir sagte, dass, so lange preussische Truppen im Lande ständen, derartige Massregeln nicht am Platz seien und auch der Schein — denn die sächsischen Truppen waren ja ebenfalls da — vermieden werden müsse, als habe man unter dem Schutz fremder Bayonnette etwas gewagt.

Unbedingte Zustimmung und Unterstützung fand Friesen von Seite des Justizministers. Dass Behr nur nach langem Widerstreben sich einschiffte, begreift sich; überraschend aber war der Widerspruch des Kriegsministers, der indessen sich schliesslich ebenfalls fügte, und es für sein Budget am wenigsten zu bereuen hatte.

Ich will hier nicht die Frage aufrühren, über welche Baron Friesen sich in den „Erinnerungen" des Ausführlichen verbreitet hat, die Frage nämlich: ob der von der Regierung eingenommene Standpunkt, dass das Wahlgesetz, darum weil es ein provisorisches genannt worden war, ohne Zustimmung der nach demselben gewählten Kammer ausser Wirksamkeit gesetzt werden könne, ein unanfechtbarer gewesen sei. Zweifellos war die Sache nicht, und viele, welche damals die Massregel als eine nothwendige billigten, ja freudig begrüssten, nahmen an deren Motivirung Anstoss. Am meisten sprach gegen die Auffassung, als handle es sich um eine verfassungsmässig anstandslose Sache, der Umstand, dass die Regierung gleichzeitig, gestützt auf den für ausserordentliche Fälle ihr ausserordentliche Machtvollkommenheit einräumenden Artikel 88 der Verfassung, provisorische, die Presse und das Vereinswesen beschränkende Verordnungen erliess.

Darin jedoch war man jedenfalls nicht fehlgegangen, dass man sich der Zustimmung des Landes im voraus für versichert hielt. Es war kein ungeschickter Griff, den die Regierung that, indem sie zugleich mit Erlassung jener Verordnungen den bis dahin für Dresden in Wirksamkeit gebliebenen Belagerungzustand aufhob. Die damit bekundete Zuversicht fand glänzende Rechtfertigung in der Haltung des Landes, welches buchstäblich aufathmete. Trotz aller Anstrengungen der Parteien, der kleindeutschen sowohl als der demokratischen, erschienen die einberufenen Mitglieder der Ständeversammlung, einschliesslich derer, welche der aufgelösten Kammer angehört hatten.

Indessen galt es doch, einem Widerstand zu begegnen, der leicht grössere Proportionen annehmen konnte, wenn ich nicht

mit Entschlossenheit eingegriffen hätte. Er kam von der Universität. Der akademische Senat, in dem die Gothaer die Mehrzahl bildeten und welcher einen Vertreter in die wiedereinberufene erste Kammer zu entsenden hatte, fasste einen die Rechtsbeständigkeit der Wiederherstellung der Ständeversammlung verneinenden und die Entsendung eines Vertreters der Universität zurückweisenden Beschluss. Da dieser Beschluss in einer für diesen Gegenstand ausschliesslich bestimmten Sitzung gefasst wurde, ehe noch eine Aufforderung an den Senat zur Beschickung des Landtages ergangen war, so ergab sich daraus, dass politische Parteistellung weit mehr als Rechtsbedenken das bewegende und entscheidende Motiv gewesen, dem Beschlusse aber, welcher sofort in die Oeffentlichkeit gebracht wurde, damit der Charakter vorgreifender Demonstration gegeben worden war. Ich enthielt dem akademischen Senat die verdiente Rüge nicht vor, begab mich aber selbst nach Leipzig, um womöglich im Wege mündlicher Besprechung eine Erledigung herbeizuführen. Dieser Versuch, die Sache in Güte zu behandeln, hatte jedoch keinen Erfolg, und so wurde denn zu wirksameren Mitteln geschritten, indem die Wahl dem Senat aufgegeben und dergestalt vollzogen wurde, dass die Renitenten als Abstinenten zu betrachten waren. Damit war jedoch der Widerstand nicht gebrochen, indem die Vollziehung der Vollmacht für den Gewählten durch den Dekan verweigert wurde. Nun sandte ich einen ausserordentlichen Kommissär mit ausgedehnten Vollmachten und der Weisung, Leipzig nicht eher zu verlassen, als bis die Vollmacht vollzogen sei. Es war der Geheime Kirchenrath von Zobel, welcher durch Suspendirung der Renitenten dem Dekanat und der Dekanabilität der Sache schnell ein Ende machte.

So hatte ich allein das einzige Odium in der Sache auf mich genommen, dafür wenig Dank bei denen geerntet, welchen mein Vorgehen zum Nutzen gereichte, desto mehr aber bei denen, welche dadurch getroffen wurden, Hass gesäet, — einen Hass, der nie verziehen hat. Es war eine ebenso unwillkommene als

unvermeidliche Schickung, dass ich überhaupt mit den Leipziger Professoren in unangenehme Berührungen kam. Die Entfernung dreier hochgestellter Universitätslehrer war die Folge ihrer Betheiligung an den Mai-Ereignissen. Sie kam mir schwer genug an, allein es war mir unmöglich mich mit dem Gedanken zu befreunden, dass Universitätsprofessoren mehr Schonung verdienten als arme Dorfschullehrer, welche um ihr dürftiges Brot gekommen waren.

Noch weniger aber vermag ich mir daraus einen Vorwurf zu machen, dass ich damals den Grundsatz, die Bestimmung der Universität sei ausschliesslich die Pflege der Wissenschaft und die Politik liege ausserhalb ihres Berufskreises, in der nachdrücklichsten Weise zur Geltung brachte. Aus dem Gegentheil erblüht kein Heil, am wenigsten für das und für die, wofür die akademische Jugend und ihre Lehrer sich zu erwärmen pflegen. Das politische Treiben der deutschen Burschenschaften führte zu der Ermordung von Kotzebue und zu dem Wartburgfeste. Diesen „mannhaften Thaten der deutschen Jugend“ verdankte das deutsche Volk die Mainzer Untersuchungs-Kommission und die Karlsbader Beschlüsse, und wenn der Oktobersturm von 1848 manche freiheitliche Blüthe knickte, so hat der Liberalismus in Oesterreich zum nicht geringen Theil dafür bei der Wiener Aula sich zu bedanken.

Streng genommen ist heute die akademische Freiheit ein Anachronismus. In der alten Zeit, wo es noch kein öffentliches Leben, keine parlamentarische Debatte, keine Presse und kein Vereinswesen gab, hatte die akademische Freiheit einen Sinn und Zweck: sie sollte dazu dienen, die Selbstständigkeit des Charakters zu entwickeln, bevor der Mann in den Zustand des unfreien Staatsdieners oder Staatsbürgers trat. Heute hat die akademische Freiheit keinen Gegensatz mehr. In England sieht man Oxford und Cambridge auf der Themse wettfahren, man hört aber nicht, dass sie für oder gegen Bradlaugh Partei ergreifen.

Es mag keineswegs damit gesagt sein, dass strengere Dis-

ciplinarvorschriften für die Universitäten erlassen werden sollten; aber man wird doch gut thun, sich dessen zu erinnern, dass die Regierungen an parlamentarischer und publicistischer Opposition genug haben, um der guten Lehren, die ihnen von den Universitäten kommen, entrathen zu können.

X. Kapitel.

1850.

Bundestag *redivivus.* — Kurhessischer Konflikt. — Krieg in Sicht. — Olmütz.

Fast zu derselben Zeit, als in Sachsen die im Jahre 1848 von der Bühne verschwundenen Kammern wieder zu tagen begannen, öffnete sich zu Frankfurt das Taxis'sche Palais in der Eschenheimer Gasse der im gleichen Jahre eingeschlafenen Bundesversammlung. Allein während die erste dieser Repristinationen sich in Ruhe und Einmüthigkeit vollzog und schnell consolidirte, hatte die zweite ernste Konflikte und Kämpfe im Gefolge.

Dass Oesterreich im Einverständnis mit den Mittelstaaten den Weg der Wiederbeschickung des Bundestages betrat, war den Umständen entsprechend und durch sie gerechtfertigt. Die im Jahre 1848 errichtete Centralgewalt hatte rechtlich und faktisch aufgehört zu bestehen. Die von Preussen vorgelegte Dreikönigsverfassung war vom Süden, der von Oesterreich acceptirte Vierkönigsentwurf von Preussen abgelehnt, welches bei der Unionsidee, nämlich der Errichtung eines partiellen Bundesstaates mit den daran Theil nehmenden Mitgliedern des Bundes und der einseitigen Verwirklichung dieser Idee, beharrte. In einer seiner damaligen ernüchternden Schriften machte Constantin Franz mit Recht darauf aufmerksam, wie Oesterreich und die zu ihm haltenden Regierungen eigentlich nur bei Herrn von Radowitz in die Schule gegangen seien, indem sie nun auch uniirt hätten. Der sehr wesentliche Unterschied bestand jedoch darin, dass das,

was Oesterreich und die Bundesstaaten thaten, bundesrechtlich korrekt, das was Preussen verfolgte, es nicht war. Die Bundesversammlung hatte man 1848 aufgelöst, nicht aber den Bund. Dieser bestand fort, und sobald seine Glieder sich über ein gemeinsames neues Organ nicht zu einigen vermochten, musste, wenigstens bis auf weiteres, das durch die Verfassung vorgesehene Organ in Funktion treten. Die Absonderung eines Theils von Deutschland in Gestalt des Bundesstaates dagegen war mit dem Wortlaut des Art. 11 der Bundesakte unvereinbar. Lange noch bevor der zuerst nur rumpfweise mögliche Zusammentritt der Bundesversammlung erfolgte, hatte ich denn auch in einem Ausschuss jenes unionistisch gesinnten Widerstands-Landtages mich unverhohlen über die Unabweislichkeit des Wiederzusammentritts der Bundesversammlung ausgesprochen, was mit Entrüstung aufgenommen wurde [1]).

Es war für den Wiedereintritt der Bundesversammlung keine glückliche Fügung, dass das erste Objekt ihrer Thätigkeit der kurhessische Konflikt sein sollte, allein sie konnte sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Ich will bei dieser nicht allzu erfreulichen Episode nicht verweilen, sondern nur in Kürze daran erinnern, wie die in Frankfurt beschlossene, von Bayern in Vollzug gesetzte Bundesexekution eine gewaltsame, unter der Rubrik der Besetzung der Etappenstrassen unternommene Gegenintervention durch Preussen im Gefolge hatte, wobei glücklicherweise in Hessen selbst blutige Schlachten durch den unsterblichen Schimmel von Bronnzell ersetzt wurden, dagegen jedoch die provocirenden, durch kriegerische Rüstungen unterstützten Erlasse des Herrn von Radowitz über die „sogenannte Bundesversammlung und deren unberechtigte Thätigkeit“ die Dinge dahin führten, dass es zu einem gegenseitigen militärischen Aufmarsch mit nicht geringen Opfern an Mobilisirungsaufwand kam. Wie ich es an

---

[1]) In der ersten meiner zwei guten Perioden mit Bismarck, 1863, that er gegen mich die Aeusserung: „Wenn ich von sittlicher Entrüstung höre, weiss ich, dass ich auf dem rechten Wege bin.“

einer früheren Stelle, in ähnlichem Fall gethan, erlaube ich mir denjenigen meiner geneigten Leser, welche dazu die Geduld und Neigung haben sollten, die ausführliche Rede zu empfehlen, welche ich im November 1850 in der sächsischen ersten Kammer hielt. Sie findet sich im Auszug als Beilage II diesem Kapitel beigefügt, während die Beilage I einen etwas früher an den König Friedrich August gerichteten Vortrag enthält, welcher ein Schreiben des Königs Friedrich Wilhelm an Seinen königlichen Schwager in Dresden zum Gegenstand hatte und welchen man in Oesterreich nicht ungern lesen wird.

Um so mehr erbitte ich mir Aufmerksamkeit für das, was ich über den schliesslichen Ausgang zu sagen habe — Olmütz und die Dresdener Konferenzen.

Ich gebe mir im voraus Rechenschaft davon, dass meine Worte vielleicht an mehr als einer Stelle, in Oesterreich noch mehr als in Deutschland, Anstoss erregen werden, allein wer für die Geschichte und nicht für das Publikum schreiben will, muss sich darüber hinaussetzen.

Es wird mir schwer, einen Schatten, ich möchte lieber sagen ein Stück Trauerflor über das Andenken eines Mannes zu breiten, der mich durch sein ehrendes Vertrauen auszeichnete, der ein um Oesterreich hochverdienter Mann war, dessen Persönlichkeit und dessen Thun Oesterreich verdankt, dass es nach erfolgreichen aber harten Kämpfen eine achtunggebietende Stellung nach aussen und nach bezwungenen, aber krampfhaften Zuckungen wieder einen Halt nach innen gewann. Allein auch der Bedeutendste hat seine schwache Stunde und seinen Tag des Irrthums, und in Olmütz war die Stunde sehr schwach und der Irrthum sehr gross.

In jenen Novembertagen von 1850 — der November hat in meiner Laufbahn immer eine grosse Rolle gespielt: im November trat ich in Oesterreich als Minister in das Amt, im November trat ich aus demselben aus, im November bezog ich den Botschafterposten in London, im November verliess ich

ihn — also in jenen Novembertagen von 1850 erhielt ich eines Morgens den Besuch meines Arztes, der mich mit den Worten anredete: „Wie sehen Sie denn aus? Sie haben eine Gallenergiessung gehabt.“ — „Nun, möglich wäre es,“ erwiderte ich ihm. Ich hatte die Nachricht von der Olmützer Abmachung erhalten. „Mir ist,“ fügte ich hinzu, „wie einem Whistspieler, der *dix-huit à point* steht und durch eine Renonce des Partners den Robber verliert.“ Dass ich trotzdem meine Gefühle zu bemeistern wusste, davon gab meine damals in der ersten sächsischen Kammer gehaltene, bereits weiter oben erwähnte Rede Zeugnis.

Wie standen denn damals die Dinge auf dem militärischen Schachbrett? In Böhmen drei vollständig ausgerüstete, sieggewohnte österreichische Armeecorps, achtzigtausend Bayern standen effektiv im Felde, dreissigtausend Sachsen hielten die Elbe bis Torgau, während in Preussen nichts vorbereitet war. Das letztere hat mir kein Geringerer bestätigt, als der jetzige deutsche Kaiser, als ich zu Anfang 1851 in Berlin dem Prinzen von Preussen aufwartete. „Sie wären,“ — dies seine Worte, — „bis Berlin gekommen, aber wie wieder hinaus?“ Die Ehrerbietung verbot mir zu antworten, dass, wenn man drin ist, das Hinausgehen nicht schwer, das Hinauswerfen aber nicht leicht ist. Wie oft hörte ich noch nach Sedan von Franzosen, die nach Wien kamen, das Wort: *Pas un ne sortira.*

Dass ich, ohne einem Widerspruch begegnen zu müssen, jenes hohe Wort wiederholen darf, verdanke ich dem Buch des Dr. Busch: „Unser Reichskanzler“, einem Buch, das mir nicht freundlich, aber bei mehr als einer Gelegenheit nützlich war. Dr. Busch citirt folgende Stelle aus einer Rede, die Fürst Bismarck am 24. Januar 1882 im Deutschen Reichstag gehalten hat:

„Die Herren im Parlamente verstanden die politischen Möglichkeiten in Europa so wenig, dass sie sich nicht darüber klar waren, dass, wenn man die deutsche Einheit wollte, das erste, was man dazu brauchte, eine starke preussische Armee war und die Unterschrift des Königs von Preussen. Statt dessen wurde

dieser König von Preussen in seinem Versuche, diese Armee so stark zu bilden, dass er die deutsche Einheit nicht nur herstellen, sondern auch vertreten konnte, aufs Aeusserste bekämpft und wir hätten die Armeeorganisation behalten, die den tapfersten Soldaten — das war der damalige Kriegsminister zur Olmützer Zeit — veranlasste, mir, als ich, als Abgeordneter und Landwehr-Offizier einberufen, mich bei ihm meldete, zu sagen: **‚Wir können uns gar nicht schlagen, wir können die Oesterreicher gar nicht hindern, Berlin zu besetzen.'**"

Ich meinerseits habe im österreichischen Reichsrathe derselben Episode in schonendster Weise gedacht und zwar 1868 bei Berathung des Wehrgesetzes. Folgendes waren meine Worte:

„Es ist gesprochen worden — und wie sollte man sich darüber wundern? — es ist gesprochen worden von den unheilvollen und unglücklichen Kriegen, in welche wir verwickelt worden sind; aber ich frage Sie, wo sind denn die ehrgeizigen Diplomaten, die daran die Schuld getragen haben? Wo hat sich die unruhige Thätigkeit kriegslustiger Minister gezeigt? Ich werfe einen Blick zurück auf die letzten zwanzig Jahre, die seit dem Aufhören des alten Metternich'schen Oesterreichs verflossen sind, und da finde ich zunächst einen Staatsmann, dem — ich habe ihm sehr nahe gestanden — persönlicher Ehrgeiz völlig fremd, dem aber ein kühner Unternehmungsgeist allerdings eigen war. Und was hat dieser Mann in Olmütz gethan? Ich werde hier nicht zurückkommen auf den Inhalt dieses Abkommens, welches mit gleichem Unrecht in Preussen als eine Demüthigung, in Oesterreich als ein Erfolg betrachtet wurde. Aber Eines weiss ich, wenn damals die Verhältnisse umgekehrt sich gestaltet hätten, wie sie standen, wenn, anstatt dass dem unvorbereiteten Preussen gegenüber einige ausgerüstete österreichische Armeecorps und zugleich vollständig kriegsausgerüstete bayrische und sächsische Truppen gegenüberstanden, umgekehrt die preussischen Heeressäulen dem unvorbereiteten Oesterreich gegenübergestanden

wären, dann, glaube ich, würde der österreichische Minister schwerlich eine Einladung nach Breslau erhalten haben, und sicherlich hätte er etwas Anderes zurückgebracht, als die Präliminarien zur Fortsetzung des alten Bundesverhältnisses."

Ausserhalb des Parlamentes aber legte ich mir keinen Zwang auf und pflegte geradehin zu sagen: Olmütz war nicht eine preussische Demüthigung, sondern eine österreichische Schwäche.

„*Avilir la Prusse d'abord et la démolir ensuite*" — dieses Wort hat man dem Fürsten Schwarzenberg in den Mund gelegt. Ich bin fest überzeugt, dass er es nie gesprochen hat, wie dies ja Olmütz am schlagendsten bewies; aber freilich ebenso sehr bin ich es davon, dass er das, was noth that, nicht erkannte. *Ni avilir ni démolir mais contenir*, das war die Aufgabe, eine Aufgabe, die eine rücksichtsvolle, aber zähe und wachsame Behandlung, ganz besonders aber die Benützung des rechten Moments erforderte, was eben in Olmütz vollständig verabsäumt wurde.

Also nach dem Ausspruch von Kaiser und Kanzler konnte Preussen die Besetzung von Berlin nicht verhindern. Und in dieser gebietenden Stellung trifft man mit dem Wehrlosen ein Abkommen, worin dieser von Allem, womit er seit zwei Jahren Oesterreich und dessen Verbündete bedroht, im Prinzipe nichts zurücknimmt, sondern nur Oesterreich die Ehre gönnt, die Avantgarde für den König von Dänemark und den Kurfürsten von Hessen zu stellen! Alles Weitere, wie es Gott gefällt. Freie Konferenzen ohne Programm, ohne vorausgehende Stipulation! Immer nach der von mir auch an anderer Stelle gerügten Tradition, den Schein höher zu stellen als das Wesen, betrachtete man es als einen grossen Gewinn, dass in Berlin auf die Radowitz'sche Union verzichtet werde, und dachte nicht daran, sich Garantien dagegen zu sichern, dass diese Union nicht nach zehn oder zwanzig Jahren in anderer Gestalt wieder zum Vorschein komme. Dieser Selbstzufriedenheit konnte man von Berlin aus nicht besser zu Hülfe kommen, als durch das stark accentuirte Gefühl der Demüthigung, was sich leicht herstellen liess, da von

je her die Ehre Preussens eine besondere, anderen Ländern nicht in gleicher Weise erlaubte Ehre war. Unterdessen aber war der Gewinnende nicht Oesterreich. Es ist begreiflich, dass man in Deutschland und namentlich in Preussen Denkmäler zu Ehren Bismarcks errichtet, aber ein Standbild schuldet Preussen nicht minder einem weniger Gefeierten, aber darum nicht minder um das Vaterland Verdienten — dem Freiherrn von Manteuffel, für seinen Gang nach Olmütz und den dort geholten wohlfeilen Oelzweig.

Wohl erinnere ich mich dessen, was damals uns von Wien zugerufen wurde: Man muss dem neuen preussischen Ministerium, welches guten Willen hat, die Aufgabe erleichtern. Ich erinnere darauf an ein Wort, das ich im vorigen Kapitel fallen liess. Fürst Schwarzenberg, sagte ich, war ein grosser Menschenverächter, aber kein Menschenkenner. Wäre er es gewesen, so hätte er der Worte gedacht, die Schiller Tell's Frau sprechen lässt, als dieser ihr erzählt, dass er dem am Abgrund verirrten Gessler sein Gefolge geschickt habe: „Weh dir, dass du's gethan! dass du ihn schwach gesehn, verzeiht er nie." Auf Dank hat Fürst Schwarzenberg gewiss nicht gerechnet, das passte nicht in das Kapitel der Menschenverachtung; aber an die Rache des Geschonten hat er ebenso wenig gedacht, und im nächsten Kapitel werde ich Veranlassung haben zu zeigen, wie diese Rache sich schon im folgenden Jahre zu regen begann, nicht im Herzen des Königs Friedrich Wilhelm IV., sondern in dem Thun und Treiben Eines, der erst ein Mächtiger dieser Erde werden sollte. Auch Herr von Manteuffel liess sich im gleichen Jahr nicht die Gelegenheit entgehen, dem grossmüthigen Oesterreich mit dem hannöverischen Vertrag, wie man zu sagen pflegt, ein Schnippchen zu schlagen.

Wäre nichts Anderes vorausgegangen als der hessische Konflikt, so würde es sich begreifen, dass man in den Anforderungen an den schwächeren Theil nicht weiter gehen wollte als bis zum Nachgeben in d i e s e m Konflikt. Aber dieser Konflikt war ja nur

das letzte Glied einer Kette. Seit zwei Jahren machte sich ja unablässig die Tendenz geltend, Oesterreich aus Deutschland zu verdrängen. Die Frankfurter Kaiserkrone, deren Angebot zu verhindern nichts geschehen war, wurde zurückgewiesen, aber nicht *in abstracto*, sondern nur *in concreto*, nicht weil ihre Annahme die Trennung von Oesterreich bedeutete, sondern weil man denen, die sie brachten, nicht die rechte Legitimation zuerkannte, und doch erblickte man darin ein „Anrecht". Dann kam die von Bunsen verfasste Januar-Depesche, endlich die Radowitz'sche Union, der Bundesstaat. Dagegen mussten für die Zukunft Garantien verlangt werden. War vielleicht die Formulirung zu schwierig? Aber nein, Preussen selbst hatte sie an die Hand gegeben: Oesterreich, so erklärte Radowitz, kann in dem Bundesstaat keinen Platz finden. Nun, wenn dem so war und man gleichwohl die Bundesgemeinschaft mit Oesterreich fortsetzen wollte, so folgte daraus mit zwingender Logik, dass ein- für allemal von Bundesstaat und Aehnlichem nicht die Rede sein dürfe, sondern der Staatenbund feststehen und neu sanktionirt werden müsse. Für eine gefällige, weniger schroffe Einkleidung fanden sich in Wien die geeigneten Federn, nur musste das Uebereinkommen ein klares und bündiges sein.

Ja, aber die Stimmung in Deutschland und die Ehre Preussens? Nun das Eine oder das Andere. Weiss man, dass man nicht einmal die Macht hat, die Hauptstadt zu halten, und will Frieden, so kann man nicht solche Rücksichten beanspruchen.

Fürst Schwarzenberg sagte zu mir bei der Ankunft in Dresden: „Sie hätten lieber gewollt, wir hätten gerauft. Ich auch." Und vielleicht wäre besser gewesen, es wäre zum Krieg gekommen, der noch kürzer gedauert haben würde als der von 1866.

Hätte Preussen, was nach dem Ausspruch der citirten preussischen Autoritäten nicht ausbleiben konnte, eine Niederlage erlitten, so wäre ihm nicht ein einziges Dorf genommen worden. Dafür stand der damals gewaltige Zuschauer in Warschau, Kaiser

Nikolaus, ein. Allein auf zwanzig bis dreissig Jahre hätte man vor Bundesstaat und einheitlicher Spitze Ruhe gehabt [1]).

Ich bitte nicht zu vergessen, dass ich Oesterreicher bin und als Oesterreicher schreibe. Und glaube man doch ja nicht, dass in den Reihen der „preussenfeindlichen“ Regierungen alsdann ein Triumphgeschrei sich erhoben haben würde. Die Preussenfeindlichkeit war überhaupt mehr eine Vorstellung als eine Wirklichkeit. In der Rede, die ich kurz vor Ausbruch des Kriegs von 1866 in der sächsischen zweiten Kammer hielt, sprach ich folgende Worte: „Es ist um die Preussenfreundlichkeit und Preussenfeindlichkeit ein eigenthümlich Ding. Streifte es nicht an eine gewisse Profanation, so wäre ich fast versucht zu sagen, dass gleich wie auf religiösem Gebiet Alles, was gegen göttliches Gebot verstösst, gottlos ist, in unserem grossen Nachbarstaat die Auffassung zu bestehen scheint, dass, sobald nicht Alles geschieht, was von dort aus gewünscht wird, man auch gleich preussenfeindlich sein muss.“ Nur in diesem Sinne war man zeitweise und meist ungern „preussenfeindlich“, in München und Stuttgart, wie in Dresden und Hannover.

Zur Wiederherstellung eines guten und vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Oesterreich und Preussen hätten alle diese Regierungen ohne Unterschied mit dem grössten Entgegenkommen beigetragen.

Merkwürdig aber ist es, wie die Geschichte zuweilen Wiederholungen im entgegengesetzten Sinne aufweist. Man weiss, wie sehr 1866 Graf Mensdorf gegen den Krieg war. Eigenes Verhängnis! 1850 erkennt der Minister des Aeussern die Vortheile des Kriegs und gibt ihn auf, 1866 erkennt der Minister des Aeussern die Nachtheile des Kriegs und gibt ihn zu. 1850

---

[1]) Bei dieser Gelegenheit will ich Eines nicht ungesagt sein lassen. Weder 1850 noch 1866 ist zwischen Oesterreich und Sachsen ein Spezialvertrag geschlossen worden, weder zum Zweck eventueller Wiedergewinnung verlorenen Territoriums, noch mit irgend welcher andern Bestimmung. Sachsen stellte sich allein auf den Bundesboden.

machte man einen faulen Frieden, nachdem man die Bundesgenossen anzueifern nicht aufgehört hatte. Als die Nachricht von der Entlassung des Herrn von Radowitz nach Dresden gelangte, veranlasste ich sofort einen momentanen Stillstand in der Mobilisirung, einestheils um die dem Lande aufzuerlegenden Opfer nicht ohne Noth zu vermehren, anderntheils in der Erwägung, dass dadurch das Einlenken in Berlin erleichtert werde. Darüber war man in Wien im höchsten Grad aufgebracht und drang auf eifrigste Fortsetzung der Mobilmachung. Und bald darauf eines schönen Tags die Verständigung, man könne, da die Preussen Kassel verlassen würden, abrüsten und die Mobilisirungskosten in Verlust schreiben. Dass man in Dresden sich dessen nicht erinnern wollte, hat der präcise sächsische Aufmarsch 1866 gezeigt; aber in Bayern hatte man sich's gemerkt, wie dies niemand besser wusste als ich, und wie dies 1866 nicht minder anschaulich gemacht hat.

Ich habe für das Vorgehen des Fürsten Schwarzenberg eine zweifache Erklärung und Entschuldigung.

Einmal hatte er auf die Jugend seines kaiserlichen Herrn Rücksicht zu nehmen; denn, obschon er wusste — wie oft hat er es nicht zu mir gesagt! — dass bei dem jungen Herrn das Verständnis politischer Fragen seinem Alter weit vorausgeeilt sei, durfte er doch nicht vergessen, wie schwer in einem solchen Falle die Verantwortung des ersten Rathgebers eines jugendlichen Herrschers ist. In einer solchen Lage aber wird ein gewissenhafter Mann, möge er noch so wenig von der Natur dazu angelegt sein, den Stimmen ängstlicher Gemüther zugänglich, und an diesen mag es nicht gefehlt haben. Dann aber dient ihm zur Entschuldigung, dass er die Tragweite der Frage, um die es sich handelte und die eben zum Austrag gebracht werden musste, als man der Stärkere war, nämlich die Frage des Verbleibens Oesterreichs im deutschen Staatenverbande, in ihrer vollen Bedeutung zu erkennen darum nicht vermochte, weil — um gerecht zu sein, muss es gesagt werden — zu jener Zeit es vielleicht

Wenige gab, die sich dessen rühmen konnten. Bei der Frage des Ausscheidens Oesterreichs aus Deutschland, wofür kein Bündnis vollen Ersatz bieten kann, stand auf dem Spiel nicht allein ein Ehrenplatz, der dem Kaiser als Erben einer langen Reihe deutscher Kaiser von Gottes und Rechts wegen gebührte, nicht allein eine staatliche Verbindung, welche Oesterreichs Stellung als Grossmacht eine wesentliche Stärke verlieh und von seinen weit ausgedehnten Grenzen die wichtigsten gegen die Möglichkeit eines Angriffs schützte, sondern auch die naturgemässe, zweifellose und friedliche Lösung einer Aufgabe, die heute schwere Sorgen bereitet: die Erhaltung einer bevorzugten Stellung der deutschen Bevölkerung gegenüber den nichtdeutschen Bewohnern der Monarchie. Im zweiten Abschnitt meiner „Erinnerungen“ habe ich an geeigneter Stelle mich über diesen Gegenstand verbreitet und bitte meine geneigten Leser das, was ich dort darüber sage, nicht übersehen zu wollen. Alles was die Deutschen zur Behauptung ihrer Stellung in Bezug auf kulturelle Mission, Gründung des Reichs durch deutsche That und Aehnliches sagen können, findet bei den Slaven taube Ohren. Gegen die bevorzugte Stellung, welche die Deutschen seit jeher einnehmen *mussten, weil Oesterreich in Deutschland seinen Platz und einen angesehenen Platz hatte*, dagegen konnten die Slaven Augen und Ohren nicht verschliessen.

Wie gesagt, man kann begreifen, aber man muss bedauern. Als Benedek bei Königgrätz die Schlacht nicht annehmen zu sollen glaubte, wollte er sich mit der Armee nach Olmütz werfen. Allein die unerbittliche Logik der Geschichte hatte längst entschieden, dass der Weg *von* Olmütz *nach* Königgrätz führen müsse.

Beilage I zu Kapitel X.

An Seine Majestät den König.

Ew. Majestät haben die Gnade gehabt, mir zu erlauben, Allerhöchstdemselben in Bezug auf das mir heute vertraulich mitgetheilte

Schreiben S. M. des Königs von Preussen einige schriftliche Bemerkungen vorzulegen. Von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen, fühle ich mich um so mehr berufen, als ich nicht allein die durch jenes Schreiben in Ew. Majestät Herzen geweckten Empfindungen vollständig zu ermessen glaube, sondern auch darin einen neuen Anlass finde, in dem jetzigen entscheidenden Augenblicke einen ruhigen und klaren Blick auf einige der bereits hinter uns liegenden Fragen zu werfen.

Ich habe den mir von Ew. Majestät vorgelesenen Stellen jenes königlichen Schreibens wiederholt nachgedacht und dabei mehr und mehr den Eindruck gewonnen, dass das gedachte Schreiben in einer zugleich gereizten, aber auch sehr gedrückten Stimmung abgefasst worden sei. Es ist eine psychologische Erscheinung, die man im gewöhnlichen Leben oft zu beobachten Gelegenheit hat, dass wenn bei einer Diskussion der eine Streitende, sei es durch die überwiegenden Gründe des Gegners, sei es durch den eintretenden Mangel eigener Argumente, sich geschwächt sieht, derselbe im Unmuth unwillkürlich zu Vertheidigungsmitteln greift, die eben nur von der Schwäche der vertretenen Sache zeugen. Dahin gehören namentlich Ausfälle gegen Personen, sowie das Anführen gehässig scheinender und auf unverbürgten Gerüchten beruhender Thatsachen. Es bedarf keiner näheren Hindeutung auf diejenigen Stellen, welche mir zu dieser Betrachtung Anlass gegeben haben, wohl aber dürfte darin ein Grund mehr zu schonender Beurtheilung von Angriffen liegen, welche allerdings eine entschiedene Zurechtweisung zu erfordern scheinen.

Unter diesen Angriffen tritt wohl am schärfsten derjenige hervor, welcher die Person des Fürsten Schwarzenberg zum Gegenstande hat und dahin gerichtet ist, dass die Königreiche sich zu willenlosen Werkzeugen eines Mannes hergeben, der aus einer Art muthwilliger Caprice den Bürgerkrieg über Deutschland heraufbeschwöre. Es erscheint diese Aeusserung schon im allgemeinen ziemlich befremdend, wenn man erwägt, dass Fürst Schwarzenberg, so hervorragend immer seine persönliche Stellung sein möge, doch keineswegs als ein zweiter Metternich betrachtet werden kann; dass neben ihm im österreichischen Ministerium eminente Persönlichkeiten wie Bach, Bruck und Schmerling stehen, welche weder nöthig haben noch dazu gemacht sind, sich von Leidenschaftlichkeiten des Ministerpräsidenten fortreissen zu lassen; dass endlich auf dem Throne Oesterreichs sich ein zwar noch jugendlicher, aber mit aller Selbstständigkeit des Charakters und Willens ausgerüsteter Monarch befindet. Inwiefern Regierungen, wie die von Bayern und von Sachsen, als solche bezeichnet werden

können, welche in gleicher Weise auf Kommandowort hören, wie es die kleinen Unionsregierungen gegenüber Preussen thun, ist eine Frage, die wohl auf sich beruhen kann. Es dürfte aber hierbei vorzugsweise zu entgegnen sein, dass Sachsen gleich den andern Königreichen nie und nimmermehr die Absicht bei seinem engen Anschluss an Oesterreich behufs kräftiger Geltendmachung der Bundesverfassung und das Bestreben an den Tag gelegt hat, einer österreichischen Sonderpolitik zu dienen oder gar feindselige Pläne gegen Preussen zu befördern. Von dem Augenblicke an, wo Ew. Majestät die Nothwendigkeit einer thatsächlichen Wiederaufrichtung der noch rechtlich bestehenden Bundesverfassung erkannt hatten, damit Deutschland angesichts der Unmöglichkeit einer Verständigung zwischen den ausserhalb der Verfassung sich bekämpfenden Projekten und Parteien nicht zerrissen, sondern die neuzubegründende Verfassung auf dem festen und vertragsmässigen Boden der alten Verfassung aufgerichtet werde, hat Allerhöchstdero Regierung mit der allerstrengsten Konsequenz für Durchführung dieses Unternehmens gewirkt. Es geschah dies keineswegs in einer Preussen feindseligen Absicht, sondern in der festen Ueberzeugung, dass eine kräftige Wiederbelebung der Bundesverfassung das einzige wirksame Mittel sei, der preussischen Regierung die Nothwendigkeit ihrer eigenen Betheiligung daran fühlbar zu machen, und Ew. Majestät werden noch heute gewiss mit vollkommenster Aufrichtigkeit sich zu der Ansicht bekennen, dass Preussen sein durch die verunglückten Unionsversuche vielfach geschwächtes Ansehen am schnellsten wiederherstellen würde, wenn es rasch in die Bundesversammlung einträte und die Initiative der Revision kräftig in die Hand nähme. Dass wir hierbei nicht nach von Wien erhaltenen Instruktionen, sondern aus eigenem Impulse gehandelt haben, davon kann sich jeder überzeugen, der die sächsische Abstimmung bei dem Bundesschluss der Plenarversammlung über die Einberufung des engeren Rathes oder die sächsische Denkschrift über den dänischen Frieden liest. Es ist sicherlich in Berlin nicht unbekannt geblieben, dass die sächsische Regierung die konsequente Behauptung des bundesrechtlichen Standpunktes zuweilen gegen die Ansichten und den Willen des kaiserlichen Kabinets vertreten hat, wie dies insbesondere der Fall war, als Oesterreich die Bildung einer neuen gemischten Kommission zur Verwaltung des Bundeseigenthums vorschlug.

Wenn aber die Frage gestellt wird, ob es recht sei, dass deutsches Brüderblut um des Eigensinnes eines einzigen Mannes willen fliessen

soll, so möchte es wohl erlaubt sein, diese Frage nach anderer Seite hin zu richten. Jedenfalls ist der Eigensinn, welcher unerbittlich die Achtung bestehenden Rechtes verlangt, verzeihlicher als der, welcher der Durchführung einer Idee von mindestens zweifelhafter Berechtigung den Frieden Deutschlands aufopfert. Dass die sogenannte Coalition der französischen Republik Anerbietungen auf Unkosten Preussens und Deutschlands gemacht habe, davon ist hier nichts bekannt, und wir könnten diese Nachricht mit vollster Ueberzeugung für eine böswillige Erfindung erklären. Schlimm genug, dass in Berlin den Berichten eines Mannes Glauben geschenkt wird, dessen Charakter in London längst allgemein erkannt ist, von dem jedermann in Preussen weiss, dass er die Verwirrung in der Sache des Erzbischofs von Köln verschuldet hat, von dem es endlich nicht unbekannt ist, dass er stets ein eifriger Mitarbeiter der Palmerston'schen Politik war.

Ew. Majestät wissen, welche Unterhandlungen Herr Persigny im Auftrage des Präsidenten der französischen Republik in Berlin angeknüpft hat; gleichwohl ist Allerhöchstdenselben der Gedanke fern geblieben, hieran solche beleidigende Vermuthungen für Preussen zu knüpfen, wie sie aus Anlass eines Bunsen'schen Berichtes gegen Oesterreich und seine Verbündeten als Gewissheit ausgesprochen werden wollen.

Es findet sich endlich noch in jenem Schreiben eine Andeutung, die auch mich lebhaft berührt hat, namentlich weil ich glaube, dass sie in früheren Schreiben S. M. des Königs von Preussen nicht zu lesen war. Ich meine den indirekten Vorwurf der Undankbarkeit für die im Mai an Ew. Majestät geleistete Hülfe. Ist die eben von mir ausgesprochene Vermuthung richtig, so dürfte es auch nicht überflüssig sein, noch einmal die Zulässigkeit jenes Vorwurfs zu beleuchten. In dieser Beziehung möchte ich mir erlauben, folgende thatsächliche Bemerkungen kurz zusammenzustellen. Bekanntlich hatte die königlich preussische Regierung durch Circularnote vom 28. April 1849 sämtliche deutsche Regierungen aufgefordert, die in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung nicht anzuerkennen, und für den Fall der in Folge dieser Weigerung ausbrechenden Unruhen den betroffenen Staaten ihre bewaffnete Macht angeboten. Diese Aufforderung und dieses Erbieten waren Ew. Majestät noch besonders durch den zu diesem Zweck anhergesandten Prinzen von Croy hinterbracht worden.

War Preussen ohnedies die bundesmässige Hülfe schuldig, wie dies später ein im Preussischen Staatsanzeiger vom 12. Mai 1849

erschienener Artikel offen erklärte, so wäre nach jenem Anerbieten und jener Aufforderung die Vorenthaltung der von Sachsen begehrten Hülfe eine Handlung gewesen, welche ich nicht näher zu bezeichnen nöthig habe. Die Leistung der Hülfe war darum nicht minder dankbar zu erkennen, allein das Mass des schuldigen Dankes muss nach jenen vorgängigen Umständen abgewogen werden. Mag der Vergleich trivial erscheinen, treffend ist er, wenn man auf das Beispiel eines Privatmannes hinweist, welcher den Nachbar auffordert, sich in eine gewagte Spekulation einzulassen, ihm dazu Geld anbietet und sich alsdann rühmt im eingetretenen Falle des Bedarfes das Geld auch wirklich hergegeben zu haben. Allein es kommen höhere und beachtenswerthere Momente in Betracht.

Niemand vermag zu leugnen und wiederum hat es jener Artikel des Preussischen Staatsanzeigers ausgesprochen, dass es sich während der Maitage nicht um Besiegung eines gegen den sächsischen Thron gerichteten Aufstandes handelte, sondern um die Unterdrückung einer Bewegung, welche ihre Verzweigungen über das ganze Deutschland ausdehnte und deren augenblicklicher Sieg in Dresden den sofortigen Ausbruch gewaltiger Aufstände in den Nachbarländern zur unausbleiblichen Folge haben musste. Es war daher, um mich auch hier eines Vergleiches aus dem gewöhnlichen Leben zu bedienen, Gebot der Nothwendigkeit, im Hause des Nachbars zu löschen.

Nicht oft genug kann wohl ferner daran erinnert werden, dass zu jener Zeit Sachsen die Hälfte seiner Truppen für Bundeszwecke ins Feld gestellt hatte, weshalb die Vorenthaltung der verlangten Bundeshülfe um so weniger zulässig gewesen sein würde, daher auch in dieser Beziehung der schuldige Dank auf das rechte Mass zurückgeführt werden muss.

Nichtsdestoweniger hat Ew. Majestät Regierung, soweit es nur immer deren Pflichten gegen Ew. Majestät Haus und Land gestatteten, diesen Dank bestätigt. Sie that es insbesondere, indem sie ihren Beitritt zum Bündnis vom 26. Mai lediglich aus Rücksicht auf die preussische Regierung nicht vorenthielt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass mit der Verweigerung dieses Beitritts eine ernste Gefahr für Sachsen nicht verbunden gewesen wäre, denn man erinnert sich sehr wohl, dass der erste Eindruck, welchen der Abschluss jenes Bündnisses in Sachsen hervorbrachte, keineswegs ein günstiger war. Was für den Beitritt entscheidend wurde, war der Umstand, dass S. M. der König von Preussen durch eine noch vor dem Beginne der Verhandlungen erlassene Proklamation Seinem Volke die erst zu

treffende Vereinbarung als bereits feststehend verkündet hatte, und dass die sächsische Regierung es als eine schuldige Pflicht erkannte, dieses königliche Wort nicht Lügen zu strafen. Ueber Bedeutung und Zweck unseres Vorbehalts habe ich Herrn von Radowitz damals jede Täuschung benommen. Wie aufrichtig Herr von Zeschau sich bemüht hat, das Bündnis vom 26. Mai mit den Pflichten gegen Oesterreich in Einklang zu bringen, wie geringe Unterstützung ihm von Seiten der preussischen Regierung zu Theil wurde, ist bekannt. Sicherlich gesteht man sich heute in Berlin ein, dass man besser gethan hätte, die Einwendungen Sachsens und Hannovers gegen sofortige Einberufung eines Parlamentes zu beachten und die Bevollmächtigten dieser beiden Staaten im Verwaltungsrathe zu erhalten. Durch die Münchner Uebereinkunft boten wir Preussen die günstigste Stellung. Denn nahm Preussen damals jene Vorschläge an, so fielen ihm die Stimmen sämtlicher bei der Bildung der Bundesregierung nicht genannten Staaten, welchen freigestellt blieb, sich mit einer der genannten Regierungen zu vereinigen, und welche damals insgesamt für Preussen standen, nothwendig zu.

Auf die Ansichten S. M. des Königs von Preussen über die providentielle Bestimmung seines Staates einzugehen, halte ich nicht für meinen Beruf. Die ausschliessliche Neigung für deutsche Ehre wird aber schon in dem geschichtlichen Augenblicke zweifelhaft, wo der Markgraf von Brandenburg sich an seinem Kurfürstenhute nicht mehr genügen liess. Das gegebene Beispiel hat allerdings Nachahmung gefunden; aber es war eben das erste Beispiel.

Endlich dürfte ein Rückblick auf den obenbezeichneten rechtlichen und thatsächlichen Standpunkt, welcher der Wiederaufrichtung der Bundesverfassung zum Grunde lag, die Ansicht widerlegen, als ob ein Einschreiten derselben in Kurhessen eine feindselige Massregel gegen Preussen sei. Will man auch davon absehen, dass es Preussen vollkommen freisteht, durch Eintritt in die Bundesverfassung an diesem Einschreiten sich zu betheiligen, so erfolgt die mehrgedachte Intervention keineswegs im Auftrage eines Spezialbündnisses und zu dem Zwecke, Kurhessen auf kürzere oder längere Zeit in Besitz zu nehmen, sondern der hessischen Regierung den Schutz zu gewähren, den sie von der durch sie selbst anerkannten Bundesgewalt zu erwarten hat, und welchen diese Bundesgewalt, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will, aus Rücksicht auf Drohungen nicht zurückhalten darf.

In tiefster Ehrfurcht

Dresden, den 31. Oktober 1850. (Unterschrift.)

Beilage II zu Kapitel X.

Auszug aus meiner Rede, gehalten in der ersten Kammer nach Olmütz.

Während die Nachricht, dass man in Berlin sehr entgegenkommende Vorschläge angenommen habe, noch auf sich warten liess und wir im Gegentheile von sehr harten Kämpfen im preussischen Ministerium vernehmen mussten, gelangte an uns eine Frage der preussischen Regierung, welche zu sehr ernsten Erwägungen Veranlassung geben musste. Ich nehme nicht Anstand, der geehrten Kammer ein Aktenstück vorzulegen, eine Depesche, welche in Folge dieser Ereignisse an unsere dortige Gesandtschaft gelangte und welche die Sache ziemlich klar aufhellt:

Dresden, 2. November.

Der königliche preussische Gesandte Graf von Galen liess in den gestrigen Abendstunden das schriftliche Ersuchen an mich gelangen, ihm für den nächsten Morgen eine Stunde bestimmen zu wollen, damit er sich eines soeben ihm zugehenden dringenden Auftrages entledigen könne. In Folge diesfalliger von mir erhaltener Einladung begab sich derselbe noch am nämlichen Abend zu mir und machte mir durch Vorlesung Mittheilung einer Depesche des Ministers von Radowitz, welche ich alsdann noch einmal selbst durchlas und deren Inhalt im Wesentlichen folgender war: Die zu Frankfurt tagende sogenannte Bundesversammlung, welcher die preussische Regierung jede Berechtigung, sich als deutsches Central-Organ zu geriren, absprechen müsse, habe des von der preussischen Regierung nach Wilhelmsbad und Wien gerichteten Vorschlages ungeachtet, wonach eine Vermittlung in der kurhessischen Angelegenheit, unter Theilnahme sämtlicher deutscher Regierungen, stattfinden sollte, eine einseitige und bewaffnete Dazwischenkunft in Kurhessen beschlossen. Eine solche Intervention würde der königlich preussischen Regierung bei dem dermaligen Stadium der fraglichen Angelegenheit, selbst von Seiten eines berechtigten Organes des Bundes, vorzeitig und unzulässig erscheinen. Als ein solches könnte aber überdies die sogenannte Bundesversammlung nicht betrachtet werden. Die königlich preussische Regierung könne unmöglich zulassen, dass in Kurhessen, welches, ganz abgesehen von den durch dieses Land mittelst des Bündnisses vom 26. Mai 1849 eingegangenen und nicht gelösten Verpflichtungen, schon durch seine

Lage in engerer Beziehung zu Preussen stehe, ein unberechtigtes Central-Organ zur Geltung gebracht werde. Die an der Grenze des Kurstaates stehenden preussischen Truppen hätten daher den Befehl, auf die erste Nachricht von dem Einrücken der sogenannten Bundestruppen das kurhessische Gebiet zu besetzen. Gegenüber den Konflikten, welche hieraus unvermeidlicherweise entstehen zu sollen schienen, sei es der königlich preussischen Regierung von Wichtigkeit, zu wissen, welche Haltung Sachsen als benachbartes und in mancherlei Beziehungen zu Preussen stehendes Land beim Eintritt dieser Konflikte beobachten werde. Zwar wisse man wohl, dass Sachsen sich bei jenen Frankfurter Beschlüssen durch einen Vertreter betheiligt habe, glaube jedoch aus den Berichten des Gesandten die Hoffnung schöpfen zu dürfen, dass die sächsische Regierung die aus jenen Beschlüssen entspringenden Gefahren beklage. Der Gesandte wird daher beauftragt, sich von mir eine baldige Erklärung zu erbitten. — Ich machte den Herrn Gesandten zunächst bezüglich der ebenerwähnten Schlussbemerkung der fraglichen Depesche darauf aufmerksam, dass wenn ich ihm gegenüber die aus den dermaligen Verwicklungen hervorgehenden Gefahren beklagt habe, dies nie in einer Weise geschehen sei, welche eine Missbilligung der in Frankfurt gefassten Beschlüsse nur im entferntesten hätte ahnen lassen können. Demnächst gab ich demselben zu verstehen, dass die gegen das Ansehen der Bundesversammlung gerichteten Auslassungen mich vielleicht der Mühe entheben könnten, die gewünschte Antwort zu ertheilen. Inzwischen habe ich keinen Grund, über die politische Haltung Sachsens irgend einen Zweifel bestehen zu lassen, wie denn ein solcher der preussischen Regierung nicht wohl beigehen könne. Zwar sei uns bisher noch kein Anlass geboten gewesen, bezüglich der Wiedereröffnung der Bundesversammlung mit der königlich preussischen Regierung Vernehmung zu pflegen, dieselbe habe jedoch Gelegenheit gehabt, aus den der Oeffentlichkeit übergebenen Abstimmungen des sächsischen Bevollmächtigten zu Frankfurt zu ersehen, dass die sächsische Regierung die Bundesverfassung in allen Theilen als zu Recht beständig betrachte, und deshalb auch die Bundesversammlung als das rechtmässige Bundesorgan anerkenne, worauf von selbst folge, dass die diesseitige Regierung sich der Vollziehung der Bundesbeschlüsse nicht entziehen, sondern denselben Folge leisten werde. Die hierauf von dem Grafen Galen an mich gerichtete Frage: ob wir der Bundesversammlung das Recht der Kriegserklärung zusprächen, erwiderte ich mit der Bemerkung, dass wir die Bundesverfassung und die Bundesversammlung

mit den ihr durch die Verfassung beigelegten Rechten anerkennten, woraus weitere Konsequenzen zu ziehen ich ihm selbst überlassen müsse. Graf Galen brach hierbei das Gespräch ab, indem er mir den Vorschlag machte, am nächsten Tage den von ihm zu erstattenden Bericht vor dem Abgange desselben mir mitzutheilen. Ich nahm dieses Erbieten an, indem ich zugleich bemerkte, dass ich inmittelst auch Gelegenheit haben würde, Seine Majestät den König von dem fraglichen Vorgange in Kenntnis zu setzen.

Heute Mittag fand sich der gedachte Gesandte wiederum bei mir ein, um beabsichtigtermassen seinen Bericht vorzulesen. Bevor er dies zu thun begann, ersuchte ich ihn jedoch, die Erklärung entgegenzunehmen, wie ich mich gegen die Annahme verwahren wolle, als sei aus dem Anhören des fraglichen Berichtes und dem eventuellen Einverständnis mit dessen Fassung von meiner Seite eine offizielle Erklärung der sächsischen Regierung gegenüber der preussischen zu folgern. Bei dem Ernst und der Wichtigkeit der Sache werde eine solche schriftlich ertheilt werden, sobald eine schriftliche Anfrage erfolge; diese letztere müsse ich mir aber erbitten, um sie zum Gegenstande der Berathung im Gesamtministerium und der Vortragserstattung an Seine Majestät den König machen zu können. Im Uebrigen habe ich nur das zu wiederholen, was ich in Bezug auf unsere politische Stellung Tags zuvor gesagt habe.

Graf Galen nahm diese Eröffnung ohne Einspruch entgegen und erklärte in entsprechender Weise berichten zu wollen. Ich fügte meinen Aeusserungen noch die Bemerkung hinzu, dass wir in dem von dem Herrn Gesandten im Auftrage seiner Regierung gethanen Schritte einen mehr oder weniger bedrohlichen Charakter erkennen müssten, der uns in jeder Hinsicht Vorsicht zu gebieten geeignet sei. Diese Vorsicht haben wir in der That in doppelter Richtung bethätigen zu müssen geglaubt, da die Frage sich aufdrängen musste, was preussischerseits beabsichtigt werde, falls die von uns geforderte Erklärung nicht zufriedenstelle? Daher kam es zunächst darauf an, zu vermeiden, dass der von uns gegebenen Erklärung ein aggressiver oder provozirender Charakter beigelegt werden könne. Gegen jeden in dieser Hinsicht uns zu machenden Vorwurf werden wir dadurch sichergestellt sein, dass die von uns zu ertheilende Antwort genau nach der Fassung der an uns zu stellenden Anfrage bemessen wird. Inmittelst aber finden wir uns durch den preussischerseits bereits geschehenen Schritt zu unserem lebhaften Bedauern zu der Befürchtung berechtigt, dass wir bei Erfüllung der uns obliegenden Bundespflichten durch ein

unerwartetes Dazwischentreten bedroht werden könnten, und die königliche Regierung hat daher mit der durch die Umstände zwar gebotenen, allein bis zu diesem Augenblicke in der Hoffnung einer friedlichen Ausgleichung der schwebenden Streitfrage beanstandeten Mobilmachung der diesseitigen Streitkräfte nicht länger zögern zu dürfen geglaubt. Noch bemerke ich, dass ich bei der ersten jener beiden Unterredungen dem Grafen Galen nochmals darzulegen mich bemühte, wie die Intervention des Bundes in Hessen nicht als eine feindselige Massregel gegen Preussen angesehen werden dürfe, über welchen Gegenstand jedoch der Herr Gesandte, so sehr er sich auch sonst des erhaltenen Auftrags in concilianter Form entledigte, die Diskussion ablehnen zu müssen glaubte. Die königliche Gesandtschaft wird von vorstehender Mittheilung den geeigneten Gebrauch zu machen wissen.

Der Staatsminister für die auswärtigen Angelegenheiten.
(gez. von Beust).

Unter diesen Umständen wird es die hohe Kammer begreifen, dass die Staatsregierung sich zur dringendsten Vorsicht veranlasst sah. Ein gewissenhaftes Ministerium muss sicherlich die Verantwortung, die ihm erwachsen kann, wenn es eine dringende Gefahr vernachlässigt, wenn es die dagegen zu treffenden Massregeln verabsäumt, weit höher anschlagen als die Unannehmlichkeiten, welche daraus hervorgehen, wenn die Ereignisse die Befürchtungen nicht ganz bestätigen. Erwäge man alles dasjenige, was zu gleicher Zeit sich in Berlin zutrug, jene Berathungen im Ministerium, in Bezug auf deren Ausgang die „Deutsche Reform“, ein ministerielles Blatt, sagt, dass der eine Theil, der obgesiegt, dasjenige im Wege des Friedens zu erreichen suche, was der andere Theil, der jetzt unterlegen, im Wege des Krieges zu erlangen bemüht gewesen sei; erwägt man diese Umstände, so dürfte wohl kein Zweifel mehr erlaubt sein, dass unsere Befürchtungen sehr gerechtfertigte und genügende waren, um zu Massregeln zu schreiten, welche dringende Eile gebot. Dagegen hat die sächsische Staatsregierung, sobald die erste Nachricht vom Ausscheiden des Staatsministers von Radowitz hier eintraf, unerwartet jeder weitern Anfrage von preussischer Seite, den Beschluss gefasst, diejenigen Einschränkungen eintreten zu lassen, welche in den letzten Tagen gemacht worden sind.

Der Vollständigkeit halber theile ich noch die Antwort mit, welche ich am Montag Abend dem preussischen Gesandten, in Folge einer mündlichen Besprechung, zu ertheilen im Falle war:

„Auf die soeben an mich gerichtete Frage:

wodurch die Mobilmachung der sächsischen Armee in einem Augenblicke motivirt werde, wo in Preussen beschlossen worden sei, von einer Mobilmachung abzusehen?

beehre ich mich Ew. etc. zu erwidern, dass der Erlass der Verordnungen des königlichen Kriegsministeriums vom 2. d. M., durch die von Ew. etc. Tags zuvor der königlichen Regierung mitgetheilte Depesche des Herrn Ministers von Radowitz und die darin gestellte Anfrage, welche Haltung Sachsen gegenüber dem darin angedrohten Zusammenstoss in Hessen einzunehmen gedenke, hervorgerufen worden ist; dass zu der Zeit, wo jene Erlasse ergingen, von einem Beschlusse der königlich preussischen Regierung wegen Nichtmobilisirung der preussischen Armee etwas nicht bekannt war, vielmehr sichere Nachrichten darüber vorlagen, dass im Schosse des königlich preussischen Ministeriums der Antrag auf Mobilisirung lebhaft vertreten werde; dass jedoch nach Eingang der Nachricht von dem Ausscheiden des Herrn Ministers von Radowitz und der von dem königlich preussischen Ministerium in Aussicht gestellten friedlicheren Wendung der Dinge, welche durch die soeben gemachte Eröffnung Ew. etc. eine neue Bestätigung erhält, sofort der Beschluss gefasst worden ist, in den verfügten Massregeln bedeutende Modifikationen eintreten zu lassen.

Genehmigen Ew. etc.

gez. Beust."

Gleichzeitig wies ich durch den Telegraphen die königliche Gesandtschaft zu Berlin an, die eben vernommene Depesche dem Minister von Manteuffel vorzulegen, und der darauf eingegangene Bericht besagt, dass dieselbe zur Beruhigung des preussischen Ministeriums gereichte und von ihm mit offenbarer Befriedigung entgegengenommen worden sei. Dass wir aber nicht erst eine Mobilisirung der preussischen Armee abwarten konnten, wenn es darauf ankam, uns sicherzustellen und namentlich ein Kleinod zu retten, auf dessen Erhaltung viel ankommt, unsere Armee, das darf wohl nicht bezweifelt werden. Es haben glücklicherweise die Berathungen im preussischen Ministerium einen Ausgang genommen, welcher für den Augenblick sehr befriedigend sein muss, wenn es auch schmerzlich ist, dass dieser Zeitpunkt von einem sehr erschütternden Ereignisse begleitet wurde, von dem Dahinscheiden eines Mannes, welcher vor zwei Jahren schon einmal berufen war, die Anarchie im letzten entscheidenden Augenblicke zu bekämpfen, der auch diesmal wieder in der letzten Entscheidungsstunde noch zur rechten Zeit gekommen zu sein schien,

und der seine Hingabe an die Sache der Ordnung und des Friedens mit seinem Tode besiegelt hat.

Die neuesten, auch gegen uns erfolgten Kundgebungen des preussischen Ministeriums berechtigten allerdings zur Hoffnung, dass Preussen den einer grossen Regierung würdigen Entschluss gefasst habe, den bis jetzt befolgten Weg, bei dessen längerer Verfolgung es viele Opfer kosten kann, aber weder für Preussen noch für Deutschland Heil zu erwarten ist, aufzugeben. Je rascher und unumwundener dieser Entschluss ausgeführt wird, desto weniger wird von einer Gefährdung der Ehre des Staates die Rede sein können, von welchem wir aufrichtig wünschen müssen, dass er die eine lange Reihe von Jahren hindurch in enger Verbindung mit Oesterreich in Deutschland eingenommene hervorragende Stellung zum Heile Deutschlands nicht aufgebe.

Die Beispiele der grössten Staaten lehren uns, dass wohl das System eines Staates wechseln kann, ohne dass der Staat darum an Machtstellung oder seinem Ansehen etwas verliert. Wir dürfen daher ferner nicht besorgen, dass Befürchtungen wegen angeblicher Ehrenkränkung die preussischen Staatsmänner abhalten werden, denjenigen Weg zu gehen, den die Verhältnisse mit Bestimmtheit vorzeichnen.

Wir vertrauen den Absichten des dermaligen preussischen Ministeriums; allein bei dem dermaligen Stande der Dinge wird nicht verkannt werden können, dass die Thatsachen noch sehr verwickelt liegen, dass deren thatsächliche Entwicklung hoffentlich nicht wird auf sich warten lassen, aber dass wir diese Entwicklung erwarten müssen.

Für die preussische Staatsregierung ist gegenwärtig ein für sie sehr annehmbarer Weg in Bezug auf eine Verständigung über die künftigen Grundzüge der deutschen Verfassung dargeboten und diesen Weg zu betreten ist sie geneigt. Die zu Frankfurt vertretenen Regierungen, Oesterreich an der Spitze, welches mit Kraft und Ernst seinem hohen Berufe zu genügen weiss, werden dabei einer möglichst baldigen Verständigung sowie einer zeitgemässen Umgestaltung der Bundesverfassung ihre Kräfte ungetheilt widmen. Allein sie werden daran festhalten, dass bis dahin die auf Recht und Vertrag beruhende Bundesverfassung aufrecht erhalten und nichts dagegen unternommen werde. Nicht deshalb scheuen wir uns, die Bundesversammlung zu verlassen, weil wir die Majorität der unionsfreundlichen Regierungen fürchten, sondern weil wir die Bundesversammlung zur Zeit als das rechtmässige Organ des Bundes erkennen und weil wir die Konsequenz.

dass im Falle einer Nichtverständigung die Mitglieder des Deutschen Bundes sich in einem lockern völkerrechtlichen Verbande befinden sollen, der ihnen erlaubt, sich in Spezialbündnisse zu trennen, weil wir, sage ich, diese Konsequenz nimmermehr im Rechte zugeben können, wenn wir sie auch für den Augenblick als eine hoffentlich vorübergehende Thatsache lebhaft zu beklagen haben.

Die Staatsregierung macht sich die Hoffnung, dass nach dieser Darstellung der Verhältnisse die hohe Kammer von der Nothwendigkeit des gethanen Schrittes sich überzeugt halten und der Staatsregierung das Vertrauen schenken werde, dass sie, von jeder Leidenschaftlichkeit befreit und von jeder Uebereilung fern, die für des Landes Wohl unabweislichen Massregeln ergreifen werde, da wo die Notwendigkeit sie gebieterisch erheischt.

XI. Kapitel.

1851.

Dresdener Konferenzen. — Bundestags-Komplet. — Ausflug nach London und Frankfurt. — Bismarck.

Es war ein feierlicher und nicht eindrucksloser Akt, als Fürst Schwarzenberg im Brühl'schen Palais die Minister-Konferenzen eröffnete, und im Gefühl aufrichtiger Zuversicht konnte ich die Ansprache des Fürsten mit den Worten erwidern: „es erscheine mir ein versöhnender Wink der Vorsehung, dass die Stadt, welche noch jetzt die Spuren jener unheilvollen Tage zeige, wo die Begeisterung für Deutschlands Einheit nur die Elemente der Zerstörung zu entfesseln verstanden habe, zum Sammelplatz für die Männer ausersehen sei, welche berufen wären, jene vernichtenden Elemente zu bannen und dem Vaterlande Frieden und Eintracht zurückzugeben.“ Vielversprechend begonnen, endigten die Konferenzen mit dem allseitigen Rendez-vous in Frankfurt.

Fürst Schwarzenberg war nur zeitweise anwesend, ebenso Freiherr von Manteuffel; hatte der Erstere einen Ersatzmann, der sich selbst mehr als Anderen genügte, so war der Letztere so

glücklich, einen Vertreter zurückzulassen, den sich Preussen nicht besser wünschen konnte.

Ich komme leider immer zurück zu dem Thema von Menschenkenntnis und Beurtheilung des Individuums. Wäre dies die starke Seite des Fürsten Schwarzenberg gewesen, so hätte er jene Wahl nicht treffen können. Graf Buol war eine Zeit lang Gesandter in Stuttgart gewesen, mehr aber ausserhalb Deutschlands, zuletzt in Russland, und in den deutschen Angelegenheiten war er so wenig zu Hause, dass bei einem Festessen der Dresdener Bogenschützen er einen Toast auf „die dem Herrscherhaus zu allen Zeiten so treu gebliebene Stadt Dresden“ ausbrachte, welche vor kaum mehr als einem Jahre sich im vollen Aufruhr befunden hatte. Als die Minister der Mittelstaaten in Sachen der Zollkrise im April des nächsten Jahres zu einer Konferenz in Darmstadt versammelt waren, traf die erschütternde Nachricht von dem Tode des Fürsten Schwarzenberg ein. Graf Thun, der Präsidial-Gesandte, brachte sie uns und bezeichnete zugleich den Grafen Buol als seinen wahrscheinlichen Nachfolger. Bei Nennung dieses Namens vernahm man einen allgemeinen Ruf der Bestürzung und Entmuthigung. Gleichwohl war dieses Urtheil ein vorschnelles. Ich befand mich ebenfalls in Sachen der Zollkrisis bald darauf in Wien und da war ich angenehm überrascht, bei dem neuen Minister, den ich so schwach gesehen hatte, eine nicht unbedeutende Schärfe der Dialektik wahrzunehmen. Leider aber hat sich das Wort, was der alte Fürst Metternich gesprochen, vollkommen bewahrheitet. „Graf Buol“ — sagte er — „ist ein Messer mit scharfer Spitze, aber ohne Schneide.“ Wie findet man dieses Wort treffend, wenn man die ministerielle Thätigkeit des Grafen Buol verfolgt. Die Politik Oesterreichs war fast überall eine stechende, nie aber eine durchschneidende, daher viel böses Blut aufgerührt, aber wenig herausgeschnitten wurde. Allein gerade jene Schärfe des Ausdrucks mag es gewesen sein, die den Fürsten Schwarzenberg zu einer so wenig glücklichen Wahl für die Dresdener Konferenzen bestimmte.

Dort gerade stand ihm von preussischer Seite ein Mann gegenüber, der unvermerkt und in anspruchsloser Weise sehr bald Herr des Terrains wurde. Graf Alvensleben, früher Finanzminister, war bisher bei Weitem mehr seiner Schroffheiten wegen bekannt, weshalb sein Verbleiben als Minister Friedrich Wilhelms IV. nicht von langer Dauer war. Und dieser Mann war es, der mit unglaublicher Feinheit und Schmiegsamkeit die Oberhand gewann und Preussen von einem Direktorial-Projekt befreite, welches den vier Königreichen eine bevorzugte und einflussreiche Stellung einräumte, und welches Preussen selbst in Gemeinschaft mit Oesterreich der Konferenz vorgelegt hatte. Seiner zersetzenden, von seinem österreichischen Kollegen weder erkannten noch gestörten Arbeit war es zu danken, dass auch die durchaus nicht werthlosen Kommissions-Arbeiten über Bundesgericht, allgemeines Verkehrswesen, Volks-, das heisst Kammern-Vertretung beim Bunde (hierfür war ich sehr eifrig eingetreten) unter dem Namen des „schätzbaren Materiales“ nach Frankfurt verwiesen wurden, um dort begraben zu werden.

Ich erinnere mich, dass, bevor es zu diesem Abschluss kam, ich einmal in einer dieser Ausschuss-Sitzungen meinem Nachbar, dem dänisch-holsteinischen Bundestags-Gesandten, Herrn von Bülow, einen gedruckten Bericht, dessen Konklusion dahin lautete, „es wollen die hohen Regierungen demgemäss verfahren“, nachdem ich das letzte Wort unterstrichen hatte, mit dem mündlichen Zusatz vorlegte: „Resultat der Konferenz“.

Bei der letztgenannten Persönlichkeit muss ich etwas länger verweilen. Ueber die unzweifelhafte geistige Bedeutung des Mannes brauche ich mich nicht auszusprechen, denn sonst würde Fürst Bismarck als deutscher Reichskanzler ihn nicht an seine Seite berufen haben, um ihm eine hervortretende und einflussreiche Stellung anzuvertrauen. Unerwähnt aber lasse ich nicht, dass mein Verkehr mit ihm seiner überaus angenehmen Umgangsformen sowohl als seiner geistigen Begabung wegen zu meinen besten Erinnerungen jener Zeit gehört. Merkwürdig aber sind

seine Häutungen gewesen. Zu der Zeit der Dresdener Konferenzen war Herr von Bülow nicht nur streitbarer Reaktionär, sondern auch entschiedener „Preussenfeind“. Und dieser Mann endigt als Vertrauensmann des Fürsten Bismarck! Noch merkwürdiger aber war das Zwischenstadium, aus dem ihn sein Weg nach Berlin führte — Minister von Mecklenburg! Nicht von Mecklenburg-Schwerin, wo man allzeit die Parole in Berlin zu holen gewohnt war, sondern von Mecklenburg-Strelitz, von wo die Blicke mehr nach Wien als nach Berlin sich richteten und man der Neugestaltung Deutschlands geringe Sympathien entgegenbrachte, wovon das Gegentheil auch billigerweise nicht *a priori* erwartet werden durfte, da die verwitwete Grossherzogin eine geborene Prinzessin von Hessen und die regierende Grossherzogin eine geborene Prinzessin von Hannover war. Fürst Bismarck weiss eben „seine Leute“ zu finden und fragt nicht nach Ursprungszeugnis, wenn ihm der Stoff gut erscheint.

Erst 1879 sah ich in Gastein Herrn von Bülow zum ersten Mal seit Dresden wieder. Leider erkrankte er dort und, so viel ich weiss, ist sein Tod bald nachher erfolgt.

Eine andere Bekanntschaft, welche ich den Dresdener Konferenzen verdankte, und welche sich zu einer dauernden und warmen Freundschaft gestaltete, war die des grossherzoglich hessischen Ministers Freiherrn von Dalwigk. Ohne dass je ein Misston oder eine Entfremdung unsere Beziehungen gestört hätte, blieben wir eng verbunden, und auf ihn konnte ich in jeder Phase der deutschen Angelegenheiten zählen. Dalwigk theilte mein Geschick, als „Preussenfeind“ verfolgt zu werden, und zwar mit gleichem Unrecht, obschon die Hinneigung zu Oesterreich bei ihm eine unbedingtere war als bei mir, weshalb ich die Periode des Krim-Krieges die einzige nennen darf, wo ich Mühe hatte, ihn, so zu sagen, bei der Stange zu halten. Noch weniger als der Preussenhass war bei ihm die Rheinbündelei ein verdienter Vorwurf. Die hessische Regierung war gleich anderen deutschen Regierungen nach dem Beispiel und der Anleitung, die sie von

Seiten der „Vormächte“ erhielten, sehr liebenswürdig für Napoleon III.; aber im Jahre 1859 vor Ausbruch des italienischen Krieges habe ich keinen kampflustigeren Franzosenfresser gesehen, als es Dalwigk war. Von dem, was er auf dem Gebiete der inneren Verwaltung leistete, hörte ich selbst seine politischen Gegner mit Achtung sprechen. Allein, wie ich ganz Sachse, war er ganz Hesse.

Den Rückblick auf die Dresdener Konferenzen kann ich nicht abschliessen, ohne zweier Beigaben zu gedenken, von denen die eine nicht ganz des geschichtlichen Werthes entbehrt, während die andere mehr der Heiterkeit dient.

Sobald wir die Nachricht von der Berufung der Konferenz nach Dresden erhalten hatten, unterbreitete ich dem König Friedrich August den Vorschlag, den leitenden Ministern von Oesterreich und von Preussen, Beiden im königlichen Schloss Wohnung anzubieten. Der König genehmigte meinen Vorschlag und Fürst Schwarzenberg gleich wie Freiherr von Manteuffel nahmen Quartier in dem mit dem Schloss verbundenen Prinzenpalais. Dass die Sache in München nicht gefiel, begreift sich, und ich rechne es noch heute Pfordten hoch an, dass er nicht nachtragend war. Allein die wichtigere Seite bestand darin, dass ich damit etwas in äusserlicher Form bekundete, was ich, der „Preussenfeind“, späterhin wiederholt 1861 und 1863, aber vergeblich meritorisch zum Ausdruck zu bringen bemüht war, — das österreichisch-preussische Alternat im Bundes-Vorsitz, also Gleichstellung im Bunde.

Was nun weniger auf geschichtliches Interesse Anspruch machen konnte, war Folgendes: Ein Dresdener Professor der Maler-Akademie, der bereits hochbetagt, in früherer Zeit sehr Tüchtiges geleistet, seitdem aber nachgelassen hatte, und jetzt kein Feld der Thätigkeit mehr finden konnte, hatte sich in den Kopf gesetzt, ein grosses historisches Bild aus der Konferenz zu machen, wobei er zwei Schwierigkeiten begegnete. Einestheils fand der gesicherte Ankauf des Bildes durch den König

Anstand, andererseits aber wollte Fürst Schwarzenberg, welcher, weil es ihn langweilte, nie einem Maler gesessen hatte, von dieser Verewigung nichts wissen. Was thut unser Professor? Er überzeugt den König davon, dass Fürst Schwarzenberg sich für das Bild interessirt, und überzeugt den Fürsten Schwarzenberg davon, dass der König das Bild wünsche, und zur Milderung des Urtheils über dieses Vorgehen füge ich hinzu, dass er selbst von beidem überzeugt war, weil er das Gegentheil für unmöglich hielt. Fürst Schwarzenberg sagte zu uns: „Mich braucht er als Wouwermans'schen Schimmel", nämlich der weissen Uniform wegen. Auf dem Bilde stand auf der einen Seite Fürst Schwarzenberg im Gespräch mit Pfordten, auf der andern Seite sah man Freiherrn von Manteuffel an einem Tisch sitzend, auf dem ich ihm eine Schrift vorlegte. Eines Tages komme ich zu dem Maler, um ihm zu sitzen, und da erblicke ich mich von einer grossen Gestalt an den Tisch gedrückt und kaum zur Hälfte sichtbar. „Was soll das sein?" sage ich. — „Ach, das ist der Minister von Mecklenburg, er ist hier absolut nothwendig." — „So? Und warum?" — „Weil er eine rothe Uniform hat und das am besten coupirt." — „Aber, ich bitte, sehen Sie doch, wenn ich mich aufrichte, stosse ich Mecklenburg vor den Kopf, und das will ich nicht; das Ganze sieht auch aus als ob man mich an der Vorlage verhindern wollte." Mein Professor aber wäre trostlos ohne den rothen Rock gewesen. „Nun meinetwegen," sagte ich; „lassen Sie die gedrückte Stellung, sie passt zu gedrückter Stimmung!"

Bald nach dem Schluss der Konferenzen begab ich mich nach London, wo soeben die erste der grossen Weltausstellungen, die Schöpfung des Prinzen Albert, eröffnet worden war. Ich war, nachdem ich London 1848 verlassen hatte, nie abberufen und der Posten nicht besetzt worden, ich daher formell in der mir von Lord Palmerston zuerkannten Stellung des „Koloss von Rhodus" verblieben. Die Uebergabe des Abberufungsschreibens war daher die Veranlassung des ersten Wiedersehens mit Prinz Albert, in

dessen Gunst ich jedoch, wofür Bunsen gesorgt hatte, nicht gestiegen war. Zum letzten Mal und in besserer Stimmung für mich sowohl als für Oesterreich sah ich den Prinzen 1859 kurz vor dem Ausbruch des italienischen Kriegs.

Auf der Rückkehr hielt ich mich einen Tag in Frankfurt auf. Bei dem Bundespräsidial-Gesandten Graf Friedrich Thun — damals noch mein guter Jugendfreund und Duzbruder — hatte ich meine zweite Begegnung mit Herrn von Bismarck. Dieser war noch nicht Bundestags-Gesandter, sondern nur Geheimer Legationsrath, beigegeben dem General von Rochow, den er bald darauf ersetzen sollte. Obschon zu jener Zeit niemand eine Ahnung von der einstigen Bedeutung des Mannes haben konnte, blieben mir dennoch die von ihm gesprochenen Worte im Gedächtnis und so habe ich während des „Kulturkampfes“ mich oft einer seiner damaligen Aeusserungen erinnert. Die Familie Thun ist verwandt mit der Familie der Grafen Westspal, welche zum Theil in Böhmen, mehr aber in Westphalen begütert war. Es kam die Rede auf Einen dieses Namens, der streng kirchlich gesinnt sei, bei welcher Gelegenheit Bismarck den Ausspruch that: „Solche stramme Katholiken sind die besten Unterthanen des Königs.“

Ich gelange auf diesem Weg zu dem Thema „Preussen am Bundestag“. — Dieses Rubrum habe ich nicht ausgedacht — es liegt vor mir als Ueberschrift dreier Bände, herausgegeben von Poschinger.

Fürst Bismarck nimmt nicht nur in den Geschicken der Völker, sondern auch in meinem bescheidenen Dasein eine so entscheidende Stelle ein, dass ich mehr als einmal mit ihm und seinen Thaten mich zu beschäftigen haben werde. Es ist mir — ich sage es in aller Aufrichtigkeit — nicht erwünscht, dass bei dem ersten Anlass, den meine Aufzeichnungen darbieten, ich genöthigt bin, gegen ihn Stellung zu nehmen, denn zu den *fables convenues*, deren es so viele in unserer Zeit gibt und welchen als Objekt zu dienen niemand mehr als ich die eben

so häufige als unverdiente Ehre genoss, gehört, nächst der „Rivalität“ mit Bismarck, die, wie ich an einer Stelle des zweiten Abschnittes ausgeführt habe, mir nie in den Sinn kam, auch die Feindseligkeit gegen ihn. Sein Gegner war ich, nicht prinzipiell, nicht konstant und am wenigsten persönlich, sondern nur dann, wenn ich die meiner Obhut anvertrauten Interessen durch seine Aktion bedroht sah. Seine Persönlichkeit war mir sympathisch, unsere gegenseitigen Beziehungen waren zeitweise, wie sie nicht besser hätten sein können. In einem damals sehr bekannt gewordenen [1]) Briefe, den mir Fürst Bismarck 1871 schrieb, fanden sich die Worte: „Ich habe in Eurer Excellenz stets meinen objektivsten und liebenswürdigsten Gegner verehrt.“ Ueber das zweite steht mir das Urtheil nicht zu, obschon ich des guten Willens mir bewusst bin, das erste aber nehme ich im vollsten Umfang in Anspruch, und ich hoffe, dass man den Geschichtschreiber eben so objektiv finden wird, als es in den Augen des Fürsten Bismarck einst der Minister und Reichskanzler war.

Fragt man, wie es dann kommen konnte, dass diese Rivalität und diese Feindseligkeit nicht nur ersonnen, sondern auch zu ständigen Axiomen wurden? Wie so etwas kommt, ist immer schwer nachzuweisen, aber woher es gekommen ist, weiss ich. nämlich von keiner andern Seite als Berlin und Deutschland.

Einer jener Engel mit der Posaune, wie man sie auf den das jüngste Gericht darstellenden Bildern sieht, und welche Fürst Bismarck von Zeit zu Zeit aussendet, um Alles niederzuschmettern, was sich gegen den Gewaltigen erhebt, oder was er zuweilen sehr ungerechterweise im Verdacht hat, es thun zu wollen, ist der ungenannte Verfasser der jüngst erschienenen „Zwölf Jahre

---

[1]) Beweis dafür die nachstehenden Verse des Kladderadatsch:

„Als objektiven Gegner preist
Und liebenswürdig er den Grafen Beust,
Seit in Gastein mit ihm er sich versöhnt;
Man sieht, der Fürst war eben nicht verwöhnt.“

deutscher Politik". Ich will ihn nicht nennen, sondern nur andeutungsweise bemerken, dass, wie man mir gesagt hat, sein Name eben so lang ist als sein Titel. Darin wird unter anderem erzählt, Fürst Bismarck habe einmal im vertrauten Kreise geäussert, er pflege seine Gegner so abzuschätzen, dass er zuerst die Eitelkeit abziehe; wenn er aber das bei mir thue, so bleibe nichts übrig. Nun, Selbsterkenntnis kann kein Mensch beanspruchen, also lasse ich bis auf Weiteres den Vorwurf der Eitelkeit gelten; wem aber würde ich diese Schwäche verdanken? Keinem Anderen als dem Fürsten Bismarck und seinen dienstbaren Geistern.

So lange ich gleichzeitig mit Bismarck zuerst in Sachsen und später in Oesterreich Minister, ja sogar als ich Botschafter in London und Paris war, konnte nie etwas für Preussen beziehentlich Deutschland Störendes vorfallen, ohne in den deutschen Blättern auf eine „Beust'sche Intrigue" zurückgeführt zu werden, und so bürgerte sich in den englischen sowohl als den französischen Blättern, nachdem in London sowohl als in Paris die politische Welt bei direktem Verkehr einige Begabung an mir entdeckt haben mochte, die Vorstellung ein, dass ich ein sehr gefährlicher Gegner und der einzige sei, den Bismarck fürchte. Nun, wer da eitel würde, dem wäre es zu verzeihen. Was ich aber nie begriffen habe, ist, dass man da, von wo diese Hetzereien kamen, nicht begriff, dass es für Eitelkeit nur ein Recept gibt: Todtschweigen.

Jetzt zu „Preussen am Bundestag".

XII. Kapitel.

1851–1859.

Preussen am Bundestag.

In einem der früheren Kapitel erwähnte ich, dass zu der Zeit, wo ich sächsischer Minister-Resident in London war, ich

als französischen Botschafter zum Kollegen den Herzog von Broglie, den Vater des jetzigen Herzogs, hatte. Damals, es war Ende 1847, war Lamartine's *„Histoire des Girondins“* erschienen, — ein Buch, welches der Februar-Revolution vorarbeitete, gleich als ob Lamartine für das boshafte Wortspiel Louis Philippe's sich hätte rächen wollen, der ihn, dessen Heimathsort bekanntlich das weinerzeugende Mâcon in der Bourgogne war, *„le vain (vin) de Mâcon“* zu nennen liebte. Als nun jemand die Aeusserung that: *„Après tout, c'est un mauvais livre“*, entgegnete der Herzog von Broglie: *„Non, Monsieur, ce n'est pas un mauvais livre, mais c'est une mauvaise action.“*

Aehnliches bin ich versucht von Poschinger's „Preussen am Bundestage“ zu sagen.

Weit entfernt, dasselbe ein schlechtes Buch zu nennen, bin ich für dessen Erscheinen, trotz der mir darin gewidmeten Seitenhiebe [1], dankbar gewesen, und zwar aus einem doppelten Grunde. Einerseits fand ich darin, was Gegenstand weiterer Ausführung sein wird, eine Bestätigung meiner zuvor schon mir gebildeten Ansicht über die ursprüngliche und konstant gebliebene Anlage der deutschen Politik des Fürsten Bismarck, die unter dem Schild der Vertheidigung Preussens von Haus aus eine aggressive gegen Oesterreich war, womit er nichts Anderes und nichts Schlimmeres that als Andere vor ihm gethan, mit dem Unterschied, dass er es mit mehr Geschick und mehr Glück durchzuführen wusste, als diese es verstanden hatten. Nur soll der geschichtlichen Wahrheit die Ehre gegönnt und nicht gesagt werden, Oesterreich

---

[1]) Ich lasse dieselben, namentlich wo sie persönlicher Natur sind, unberührt. Nur zur Charakterisirung verweise ich auf die unterm Januar 1856 rubrizirte Meldung: „dass ich mich im vorigen Jahr vergebens um das Grosskreuz der Ehrenlegion beworben habe“, dasselbe Grosskreuz, welches ich gerade drei Jahre zuvor erhalten hatte. Natürlich heisst es im Rubrum: „Beust's Bewerbung um einen französischen Orden.“ Schnöder Rheinbündler! Immerhin bleibt es bemerkenswerth, dass einer der Berichte aus dem Jahre 1852 bereits meine Beseitigung empfiehlt.

sei der angreifende Theil gewesen. Andererseits aber konnte ich nur ein Präcedens willkommen heissen, welches nicht für den Einen allein gelten darf, denn was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig, nachdem das verdammende Urtheil, welches Fürst Bismarck seinerzeit über Lamarmora's „*Più di luce*" ausgesprochen, durch eine Veröffentlichung hinfällig wird, die entweder auf seinen Befehl oder mit seiner Genehmigung erfolgte.

Es ist daher kein Gefühl unangenehmer persönlicher Berührung, unter dem ich schreibe, wenn ich an jenes Wort von der „*mauvaise action*" erinnere. Ich citire es auch nicht, um das Poschinger'sche Opus als Ganzes zu charakterisiren, so nahe auch die Versuchung liegt, zwischen einer unskrupulösen Aufreizung *pro futuro,* wie es die Geschichte der Girondisten war, und einer nicht viel skrupulöseren Aufreizung *pro praeterito,* wie solche mit der Poschinger'schen Publikation erzielt wurde, die Analogie herauszufinden.

Mit dem Wort „*mauvaise action*", welches ich nicht etwa mit „schlechter Handlung" übersetze, sondern womit nur gesagt sein soll, dass die Handlung nicht gerade eine schöne war, habe ich die wiederholten, das Mass objektiver Kritik weit überschreitenden Ausfälle im Auge, welche seinerzeit in den Berichten des Bundestags-Gesandten von Bismarck gegen einige seiner damaligen Kollegen, insbesondere die österreichischen Bundes-Präsidial-Gesandten, gerichtet wurden, und welche ungeachtet der heutigen augenfälligen Wehrlosigkeit des angegriffenen Theiles jetzt dem Publikum als schmackhaftes Gericht vorgesetzt werden.

Da findet sich beispielsweise (Bericht vom 22. Dezember 1851) für den Grafen Thun, ersten Präsidial-Gesandten nach 1850, die Erzählung: Thun habe ihn, Bismarck, gefragt, ob er in den Ausschuss für die Publikation der Verhandlungen gewählt zu werden wünsche, auf seine bejahende Antwort jedoch eine Liste ohne Bismarck's Namen in Circulation gesetzt und durch Verabredungen vor der Sitzung dessen Wahl hintertrieben. Dass Thun lange Zeit mein Freund und Duzbruder war, bestimmt mein Urtheil

eben so wenig, als dass er während meiner Wiener Ministerzeit aufgehört hatte es zu sein; allein wenn ich das ihm Schuldgegebene für unmöglich halte — ich bin versucht, das Ganze auf Rechnung der Ohrenbläserei zu setzen, für die, ich habe es genugsam erfahren, Fürst Bismarck jederzeit zugänglich war, — so gedenke ich des ehrenvollen Nachrufs, der Fritz Thun von Seiten aller Parteien nach seinem Tode folgte.

Baron Prokesch, der Nachfolger Thun's, wird wiederholt und vom ersten Tag seines Amtsantrittes an des Mangels an Wahrheitsliebe beschuldigt, und zu einem Rubrum werden die Uebergriffe des Präsidiums, damit in Verbindung die österreichische Augendienerei der Gesandten von Sachsen und Württemberg (12. Februar, 8. März, 30. Mai 1853). Später (23. März 1855) kommt die sehr geharnischte Beschwerde, dass Prokesch über die Bundestags-Sitzungen den fremden Gesandten, nämlich denen von England und Frankreich, Mittheilungen mache, was nicht hindert, dass wir ihn selbst in fleissigem Verkehr mit dem russischen Gesandten finden.

Als ehemahliger langjähriger Chef muss ich mich gegen eine den sächsischen Gesandten Herrn von Nostitz betreffende Stelle erheben, von dem gesagt wird, er habe ursprünglich eine auf konfessionellen Gründen fussende Hinneigung zu Preussen, allein da persönliche Interessen ihm höher stünden als politische und da er in Frankfurt Hausbesitzer sei und deshalb seinen Posten zu behalten wünsche, neige er zu Oesterreich und sei mit seiner grossen Intelligenz und Erfahrung die wirksamste Stütze aller Bestrebungen Oesterreichs in der Bundes-Versammlung, was er umgekehrt für Preussen sein würde, falls in Dresden ein *revirement* im preussischen Sinne einträte (30. Mai 1853). Herr von Nostitz verdiente vollkommen das ihm gespendete Lob der „Arbeitskraft, Intelligenz und Erfahrung", aber er verdiente in keiner Weise die Insinuation, dass er persönliche Interessen über die von ihm zu vertretenden politischen Interessen je gestellt haben könne, und zu seiner Vertheidigung will ich Eines nicht unerwähnt lassen.

Nostitz war schon vor 1848 sieben Jahre lang Bundestags-Gesandter. Als 1850 die partielle Wiederbeschickung erfolgte, entbot ich ihn zu mir und schlug ihm vor, seinen alten Posten wieder einzunehmen; Nostitz aber sträubte sich und machte geltend, dass die Wahl eines vormärzlichen Bundestags-Gesandten übel gedeutet und vielleicht selbst seinen neuen Kollegen nicht erwünscht sein werde. Nur auf wiederholtes Zureden entschloss er sich zur Annahme, trotzdem dass gerade bis dahin sein Frankfurter Haus unvermiethet geblieben war. Nostitz war überdies, wie seine Berichte beweisen könnten, stets und überall objektiv und nirgends parteiisch. Ueberhaupt würden diese Berichte, sowie die an ihn gerichteten Depeschen Manches, was Poschinger's Werk über das Treiben Oesterreichs und der Mittelstaaten bringt, in einem ganz andern Licht erscheinen lassen.

Was Prokesch's Beziehungen zu Bismarck betrifft, so mögen beide Herren so Manches gegenseitig auf dem Herzen gehabt haben. Gleichwie Fürst Bismarck einmal, es war 1862, zur Zeit seiner kurzen Pariser Botschaft, bei einem kleinen Diner im Restaurant mir sagte, welche Wohlthat es für ihn gewesen sei, nach Allem, was er in Frankfurt, namentlich mit Prokesch ausgestanden, einige Jahre mit dem „gemüthlichen“ Gortschakow zu verbringen, so auch liess Prokesch, als ich im Oktober 1855 im Augenblicke seiner Versetzung in Constantinopel ihn in Frankfurt aufsuchte, die Aeusserung fallen, es sei ihm wie ein morgenländischer Traum der Seligen, anstatt mit Bismarck mit dem weisen Aali Zwiesprache zu halten.

Wie immer man über Prokesch urtheilen mochte, Originalität und Witz wird ihm niemand haben absprechen wollen, und würden seine Frankfurter Berichte veröffentlicht, ein dankbares Publikum würde ihm nicht fehlen.

Fürst Bismarck aber konnte bei der Lancirung des Poschinger-schen Buches nicht vergessen, dass in Dresden eben so wenig als in Stuttgart — München war wohlweislich geschont — man sich werde beigehen lassen, die Berichte der dortseitigen Gesandten

als Gegenprobe zu veröffentlichen, und dass man in Wien es nicht für opportun halten werde, die Berichte der österreichischen Bundes-Präsidial-Gesandten zu publiziren.

Wenn ich einen Gegner mit gebundenen Händen vor mir sehe, schlage ich ihn nicht ins Gesicht. Deshalb durfte ich sagen, die Procedur sei nicht ganz schön gewesen.

Man wird vielleicht einhalten, die angegriffenen Personen seien nicht mehr von dieser Welt. Es gibt jedoch Söhne und andere Hinterlassene, denen ihr Andenken theuer ist, und es gibt Regierungen, welche trotz Wechsel von Personen und Systemen das Bewusstsein und die Ehre der Vergangenheit nicht verleugnen.

Wende ich mich von dieser — wie soll ich sagen? — vielleicht sozialen Seite der damaligen Bismarck'schen Berichte zu deren eigentlicher politischer Bedeutung, so erkenne ich diese, wie ich es schon andeutete, in der sehr greifbaren und konsequenten Tendenz, Oesterreich als den Preussen bedrohenden Theil hinzustellen, was deren Verfasser, im Hinblick auf die trotz Bunsen und Radowitz nie ganz geschwundene historisch pietätvolle Gesinnung König Friedrich Wilhelms IV. für Oesterreich nöthig geschienen haben mag, und zwar immer in Verfolgung des bekannten Zieles, den alten Bund zu lösen und entweder das ganze nicht-österreichische Deutschland oder zum mindesten den Norden Deutschlands ausser Verbindung mit Oesterreich und in engere ausschliessliche Verbindung mit Preussen zu bringen. Wer wie ich in der Lage gewesen ist, das was zwischen Wien und den deutschen Mittelstaaten in der Zeit von 1851 bis 1866 vorging, und die österreichischen Instruktionen für Frankfurt zu kennen, der kann sich kaum eines unwillkürlichen Anflugs von Heiterkeit erwehren, wenn er die Schilderungen jener macchiavellistischen Umtriebe des Wiener Kabinets aus einer Zeit liest, wo die Regierungen der Mittelstaaten eben so oft und vielleicht noch öfter in Disharmonie mit Wien als mit Berlin waren. Während des orientalischen Kriegs findet er sie selbst überall in der Opposition gegen Oesterreich. Wo er nur hinhört, vernimmt er nur Klagen

über den „unfähigen Grafen Buol". Aber da kommt die österreichische „Einschüchterung" (März 1855). Wenn ich zurückdenke an meine drei österreichischen Gesandten in Dresden, an den vortrefflichen, geschäftlich peinlichen, aber stets in den gewähltesten und rücksichtsvollsten Formen sich bewegenden Grafen Kuefstein, dann an meinen Freund Metternich und endlich an den sanften und vorsichtigen Baron Werner, da greife ich mich an die Stirn und frage mich, ob ich alles Gedächtnis verloren, dass ich mich auf die „Einschüchterung" gar nicht besinnen kann. Und sie musste doch gewirkt haben, da laut Bismarck'schen Berichten eine „Schwenkung der Mittelstaaten" stattfand, von der uns nie etwas bekannt wurde.

Ja, die bösen Mittelstaaten und ihre Minister, die schnöden Rheinbündler! Weil Pfordten und ich zur Pariser Ausstellung gehen und bei dieser Gelegenheit vom Kaiser empfangen werden, ist es für Herrn von Bismarck eine ausgemachte Sache, dass wir damit das Ausland darüber aufklärten, „dass der Deutsche Bund einer wirklichen Gefahr von aussen nicht widersteht" (26. April 1856). Wenn aber der spätere Graf Bismarck bis an die spanische Grenze geht, um Napoleon III. aufzusuchen, da haben natürlich die deutschen Angelegenheiten damit gar nichts zu schaffen.

In der Verfolgung der wirklich als fixe Idee auftauchenden Vorstellung von der Rheinbündelei, eine Vorstellung, die übrigens ihn als Mitglied der Bundes-Versammlung nicht abhielt, seiner Regierung ein Bündnis mit Frankreich zu empfehlen (15. April 1856), gelangt ein Bericht (26. April 1856) zu der ein berechtigtes Fragezeichen herausfordernden Bemerkung: „den *acte de commission* des Grafen Buol, das Streben Oesterreichs nach der Ehre, der erste Rheinbundstaat zu sein, wenn nur Preussen dadurch der zweite oder dritte wird, schien der Kaiser Napoleon lediglich mit zurückhaltender Höflichkeit aufgenommen zu haben." Zu einer entschiedenen Zurückweisung aber gibt das ausführlich behandelte Thema Anlass (ebendaselbst), dass im Fall eines Deutschland bedrohenden Angriffs Frankreichs die deutschen

Fürsten vorziehen würden, sich unter dessen Schutz zu begeben, anstatt im österreichisch-preussischen Lager zu bleiben und ihre Länder preiszugeben. Im Jahre 1840, bei der damaligen kriegerischen Bedrohung Frankreichs, haben alle deutschen Regierungen wie ein Mann sich dagegen erhoben, im Jahre 1859 war — ich rede nicht von Preussen, sondern von den „unzuverlässigen Mittelstaaten“ — Alles bereit, gegen Frankreich zu ziehen und — das spreche ich mit vollster Ueberzeugung aus — wäre Preussen der angegriffene Theil gewesen, die Haltung der deutschen Fürsten würde genau dieselbe gewesen sein.

Es ist aber, um einmal die Sache beim rechten Namen zu nennen, überhaupt weder grossmüthig noch klug, das Lied vom Rheinbund zu singen. Wie war er denn entstanden? Sind die Rheinbundsfürsten dem französischen Eroberer mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel entgegengezogen? Ulm war es, welches den süddeutschen Fürsten keine Wahl liess, und es blieb deren noch weniger für den Kurfürsten von Sachsen, nachdem er seine Truppen zu den preussischen bei Jena gestellt und sie dort mit ihnen hatte schlagen lassen, nachdem die preussischen Festungen fielen, obschon es nicht Rheinbundsfürsten waren, welche darin kommandirten, und es dann keine preussische Allianz mehr gab. Und der nunmehrige König von Sachsen verweigerte es, Schlesien sich anzueignen, was ihm Napoleon angeboten hatte — vielleicht unklugerweise, denn er wäre wahrscheinlich schliesslich besser weggekommen, wenn er mehr herauszugeben gehabt hätte.

Ich kann es nicht vermeiden, noch einmal mich mit meinem einstmaligen Landsmann Herrn von Treitschke in Widerspruch zu setzen. Weder seine Ansichten noch seine Neigungen sind die meinigen, die Existenzberechtigung, welche er den deutschen Staaten zweiten Ranges absprach und abspricht, erkannte ich ihnen zu und ich blieb damit nicht vereinzelt, denn kein Geringerer als Fürst Bismarck hat nicht nur diese Existenzberechtigung, sondern deren Nothwendigkeit im deutschen Interesse laut ver-

kündet. Ich weiss aber jede ehrliche Ueberzeugung zu achten, und dass diese und nicht Streberthum den Impuls zu seinem literarischen Vorgehen gab, das habe ich, der ihm persönlich unbekannt blieb, zufällig zu erkennen Gelegenheit gehabt und zwar indem ich 1849 als damaliger Unterrichtsminister einem Actus der Dresdener Kreuzschule anwohnte, worin der damalige Primaner seiner Begeisterung für deutsche Einheit beredten Ausdruck gab. Vom rein objektiven Standpunkt aus erhebe ich mich gegen folgende Worte, die sich S. 498 des 3. Bandes seiner deutschen Geschichte finden. Es handelt sich um die Regierung des ersten Königs von Sachsen Friedrich August, und da heisst es: „Um sein Land nicht der Raubgier des Siegers preiszugeben, liess er sich nach der Schlacht von Jena zu dem einzigen Treubruch seines Lebens, zum Abfall vom preussischen Bündnis, verleiten.“ Der einzige Treubruch, aber doch Treubruch? Sachsen war damals grösser, als es nach 1815 wurde, Preussen gegenüber als Bundesgenossen war es vielleicht nicht der kleine, aber jedenfalls der kleinere zu nennen. Wenn nun der grössere seine eigene Hauptstadt nicht behauptet, wenn seine Festungen zum Theil ohne Schwertstreich in die Hände der Feinde fallen, da soll der kleinere sein Land preisgeben, um nicht abzufallen? Würde er damit wohl den Tilsiter Frieden verhindert haben? Höchstens gemildert, indem sein Land als Aequivalent zur Verwendung gekommen wäre „kraft des Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen König von Italien zuständigen Rechts der Eroberung“.

Herr von Treitschke hat, wie ich in einem früheren Kapitel erwähnte, die dort citirte Schrift des Generals von Gersdorff über das Jahr 1813 einer eingehenden Durchsicht unterzogen; so wird ihm nicht folgende auf das Jahr 1806 Bezug habende Stelle entgangen sein:

„Die Trümmer des sächsischen Corps erreichten die Elbe. Noch ehe der kommandirende General bei selbiger anlangte, schickte er den Generalmajor von Dyherrn nach Magdeburg, um womöglich von Sr. Majestät dem König, den man dort vermuthete,

selbst Befehle zu erholen. Er fand nur den Generallieutenant von Kleist, auf den man damals auch besonders in Sachsen ein grosses Vertrauen setzte. „Sagen Sie dem sächsischen General," entgegnete dieser, „er solle thun, was ihn retten könne, auf einen Beistand unsererseits sei nicht mehr zu hoffen." Man hatte Gründe zu vermuthen, dass er diese Aeusserung auf höheren Befehl machte, und nur kurze Zeit darauf äusserte die verstorbene Königin im Beisein Sr. Majestät gegen einen noch lebenden Offizier: „Wir bedauern den Kurfürsten herzlich. Uns kann es nur Freude machen, wenn er gerettet wird."

So dachte, so sprach Luise in den letzten Tagen des verhängnisvollen Oktober 1806.

Ich bin aufgewachsen in der Pietät gegen den König Friedrich August, dem man den unbestrittenen Namen des Gerechten beilegte. Die kleine Arrondirung, die man den Cottbuser Kreis nannte, war das einzige deutsche Gebiet, das er aus den Händen des fremden Eroberers nach Jena annahm, während ein grösserer Staat des Nordens das einem anderen deutschen Fürstengeschlecht angehörige Land aus diesen Händen vor Jena empfangen hatte.

Man wird in diesem Rückblicke vielleicht die mir so oft und ohne Grund nachgesagte Preussenfeindlichkeit erkennen wollen. Es wäre dies sehr ungerecht. Ich weiss sehr wohl, dass jene Erwerbung ein Aequivalent für abgetretene Gebietstheile sein sollte, aber dem König Friedrich Wilhelm III. ist es gewiss nicht leicht geworden, eine Proklamation zu unterschreiben, womit „die Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen König von Italien durch das Eroberungsrecht zuständigen Staaten des Kurhauses Braunschweig in Deutschland in Folge der mit Sr. kaiserlichen Majestät abgeschlossenen Convention in Besitz genommen wurden". Nicht um anzuklagen, erinnere ich an solche Vorgänge, sondern um anschaulich zu machen, dass der König Friedrich August in der Deferenz gegen den französischen Machthaber nicht mehr, sondern weniger als Andere gethan und dennoch zuletzt für Alle zu büssen hatte.

Ich diente seinen zwei Neffen. Sie waren jeder französischen Verbindung und Annäherung abgeneigt und zeigten es vielleicht mehr als nöthig war. Paris hat unter dem zweiten Kaiserreich die mächtigsten Monarchen, unter ihnen den König von Preussen, — den König Johann von Sachsen hat es nicht gesehen.

Und dennoch Rheinbündelei!

Man sollte meinen, Preussen habe am wenigsten Beruf über die „Rheinbündler“ den Stab zu brechen. Ein gutes Gewissen durfte nur Oesterreich für sich in Anspruch nehmen: dass die süddeutschen Fürsten nicht stark genug waren, den französischen Anprall aufzuhalten, ist verzeihlich, weniger dass sie davon Nutzen zogen, um auf Kosten des bisherigen Reichsoberhaupts ihr Gebiet zu vergrössern. Wenn aber etwas geeignet war, sie weniger schuldig erscheinen zu lassen, so war es die Haltung Preussens mit und nach dem Baseler Frieden bis zu dem Aufraffen von 1806. An den dortigen Widerstand die Anlehnung zu finden, war schwierig.

Also besser, man spricht nicht von Rheinbund.

Vergebens aber wird ein aufmerksamer Leser des Bismarckschen Frankfurter Berichts nach einem ernsten Versuch der Verständigung des preussischen Bundestags-Gesandten mit seinem österreichischen Kollegen suchen. Im Gegentheil wird einmal (7. April 1852) ein von Graf Thun im Sinn vollster Parität gemachter Vorschlag von Herrn von Bismarck zurückgewiesen; auch wird es in keiner Weise gewürdigt, dass Oesterreich daher gegen das eigene Interesse und gegen den eigenen Wunsch des Eintritts seiner ausserdeutschen Besitzungen in den Bund zu dem Antrage Preussens, die seinigen wieder auszuscheiden, die Zustimmung gab. Dagegen begegnet man überall den Schwierigkeiten, welche Unzuverlässigkeit und geheime Feindschaft einer solchen Verständigung bereiten sollen, und nicht minder abträglicher Beurtheilung alles dessen, was Oesterreich für eine Allianz zu bieten vermag, zugleich der obligaten Empfehlung entsprechender Aktionsfreiheit und eventuellen Anschlusses an eine andere Macht.

Und so steigert sich denn (26. April 1856) das Prognostikon des damaligen preussischen Bundestags-Gesandten bis zu der Unvermeidlichkeit weil Nützlichkeit des Krieges mit Oesterreich, denn „nach der Wiener Politik ist Deutschland zu eng für uns beide, und Oesterreich bleibt der einzige Staat, an den wir nachhaltig verlieren und von dem wir nachhaltig gewinnen können". Elf Jahre bevor es dazu kam. Der Mensch liebt das vorherzusagen, was er wünscht und was er will. Fürst Bismarck darf sich heute seines Fernblicks, er darf sich auch dessen rühmen, das Vorhergesehene in die rechten Bahnen gelenkt zu haben, allein, dass es anders kommen konnte, hing an einem Haar. und hätte man dann, was freilich nicht anzunehmen gewesen wäre, in Deutschland Poschinger's „Preussen am Bundestag" zu Gesicht bekommen, dann — nun dann überlasse ich dem geneigten Leser zu errathen, was ich denke.

Es ist immer mein Bemühen, für etwas, was ich tadle, Entschuldigungs- und Milderungsgründe zu finden. Gleichwie ich es für Fürst Schwarzenberg's grosse Unterlassungssünden gethan, thue ich es für Fürst Bismarck's kleine Begehungssünden.

Es ist ein *Infandum jubes renovare dolorem,* welches ich in einem späteren Kapitel beleuchten werde, dass man in Oesterreich gewohnt war, den Schein höher zu veranschlagen als das Wesen. Woher der Bundestags-Gesandte von Bismarck seine Wissenschaft von einer sachlichen Ueberhebung Oesterreichs und einer sachlichen Vergewaltigung anderer Bundesglieder durch Oesterreich geschöpft, weiss ich nicht; dagegen darf ich, dem vielleicht mehr als Andern Hülfsquellen der Beobachtung zu Gebote standen, versichern, dass von derartigen sachlichen Uebergriffen und Unterdrückungen nirgends in den Mittelstaaten etwas empfunden wurde. Wohl aber hat man sich dort und auch in Frankfurt mehr als einmal durch die Form verletzt gefühlt, und das hing mit der eben so falschen als verderblichen Vorstellung zusammen, dass das Präsidium der Bundes-Versammlung ein Präsidium des Bundes und deshalb eine unantastbare Machtbefugnis des Kaiserhofes

sei. Unter dieser „Vorstellung“ — zu derselben passt vollkommen der Bericht vom 14. Februar 1856 über die Prätension des Grafen Buol, dass gelegentlich seiner Durchreise durch Frankfurt die Bundestags-Gesandten ihm den ersten Besuch machen sollten — bewegten sich Prokesch und Rechberg, beide mit gleicher Beharrlichkeit und gleichem Nachtheil. Der letzte Präsidial-Gesandte Baron Kübeck wusste sich davon frei zu halten, dann aber war es zu spät.

Es ist eine oft vernommene, darum aber nicht minder irrige Anschauung, wie solche auch in der Einleitung des Poschingerschen Werkes uns entgegentritt, als habe nämlich unter Fürst Schwarzenberg Oesterreich mit den alten Traditionen Preussen gegenüber gebrochen und an die Stelle früheren auf Erkenntnis der Gleichberechtigung beruhenden Einvernehmens eine dominirende, die Stellung Preussens herabdrückende Rolle zu spielen begonnen. Ein solches Verhältnis gehörte im Gegentheile der vormärzlichen Zeit, insbesondere den dreissiger Jahren an, wo man in Berlin gewohnt war, *in verba magistri* zu schwören, d. h. bei jeder Gelegenheit sich nach der Wohlmeinung des Fürsten Metternich zu erkundigen, — eine Uebung, die keineswegs durch österreichische Pression herbeigeführt, sondern eine rein spontane war. Es war die Zeit, wo die Vorgänger des Herrn von Bismarck in Frankfurt sich gewöhnt hatten, den Grafen Münch als Vorgesetzten zu behandeln.

Aus dieser Zeit stammt die Ueberlieferung eines gewissen hofmeisternden Tones, den ich selbst in Wiener Erlassen oft beklagt habe, und der in der eben so eleganten als spitzen Feder des Baron Biegeleben einen nur zu fühlbaren Ausdruck gewann. Wie man nun in Wien den Irrthum beging, das was Schein war, sich als ein Element der Macht zurechtzulegen, so hatte man in den anderen Bundesstaaten Unrecht, das was eben nur Schein war, als etwas Wesentliches, als eine Machterweiterung und als eine Gefahr zu betrachten.

Einen anderen Grund der Milderung für die so herben und

meist unverdienten Anklagen der Bismarck'schen Berichte erkenne ich in etwas, was auszusprechen mir nicht leicht wird. Es liegt im preussischen Wesen, im preussischen Blut, ein sehr scharfes Auge für fremdes Unrecht und ein verschleiertes Auge für das eigene Unrecht zu haben.

Im Jahre 1878 kam ich zum Besuch der damaligen Ausstellung nach Paris. Dort war kurz zuvor der König Georg von Hannover gestorben und da vernahm ich Folgendes: Ein Sekretär der österreichischen Botschaft war einem befreundeten Sekretär der deutschen Botschaft begegnet und hatte die Aeusserung gethan, der Tod des Königs werde doch für den Kaiser Wilhelm ergreifend sein. „Oh," war die Erwiderung, „ich bin gewiss, der Kaiser hat ihm verziehen," worauf der Oesterreicher nur die Worte zu finden wusste: „Aber entschuldigen Sie."

In der Poschinger'schen Sammlung finden sich aus den Jahren 1856 und 1857 sehr zornige Berichte über das Verhalten Oesterreichs und anderer Bundesstaaten, insbesondere Sachsens, in der Neuenburger Angelegenheit. Wie oft hat man von Habsburger Hauspolitik, von den dynastischen Interessen Oesterreichs, denen die deutschen Interessen fremd sind, hören müssen [1]). Nun geschah das Folgende. Der König von Preussen war Fürst von Neufchatel, — eine Souveränetät, die weder mit dem preussischen Staat noch mit dem deutschen Staatenbund in irgend einer Ver-

---

[1]) Die „Hauspolitik" ist überhaupt ein beliebter Artikel, gleich der „Rheinbündelei". Da findet sich (17. Dezember 1853) eine kostbare Depesche über die sächsische „Hauspolitik" und meine Thätigkeit für einen Anschluss der thüringischen Fürsten daran „auf Kosten Deutschlands". Man sollte wirklich glauben, es sei meine Absicht gewesen, einen sächsischen Bundesstaat mit Albertinischer Spitze und Ernestinischem Fürsten-Kollegium zu gründen. Was „auf Kosten Deutschlands" geschehen war, bestand darin, dass ein aus dem Ministerium des Auswärtigen ausscheidender Rath sich bereit erklärt hatte, für einen seine Pension um einige Hundert Thaler übersteigenden Gehalt den längere Zeit aufgelassenen Posten eines sächsischen Gesandten bei den grossherzoglich und herzoglich sächsischen Höfen zu übernehmen — „auf Kosten Deutschlands".

bindung stand. Die Aufrechterhaltung dieser Souveränetät war daher im engsten Sinne ein dynastisches Interesse. Nun geschieht es, dass 1848 die Bewegung das Fürstenthum Neuenburg, welches zugleich Schweizer Kanton war, ergreift, so dass die volle Einverleibung unter Beseitigung der fremden Souveränetät erfolgt. Von Berlin wird protestirt, sonst aber nichts unternommen; mir scheint, doch bin ich hier meiner Sache nicht gewiss, dass es zwischen Preussen und der Schweiz nicht zu einem diplomatischen Bruch kam. Der neue Zustand lebte sich faktisch ein und nachdem er volle acht Jahre gedauert, macht die königliche Partei einen Putsch, dessen Veranstalter gefangen genommen werden. Das Gegentheil zu thun und die Erhebung ungestraft zu lassen, war eine für die schweizerischen Behörden schwere Zumuthung, allein es war von Seiten des Königs Friedrich Wilhelm eine edle und hochherzige Regung, seine Getreuen nicht zu verlassen, sondern ihre Freilassung zu fordern. Keine deutsche Regierung dachte daran, dem König hiebei Schwierigkeiten in den Weg zu legen, aber die Dinge lagen so, dass der beabsichtigte Durchmarsch der preussischen Truppen durch nichtpreussisches Bundesgebiet Preussen und den Bund zugleich in einen Krieg verwickeln konnte. Der Verlau war schliesslich ein glücklicher, weil Napoleon III., der damals schon den italienischen Krieg im Auge hatte, etwas zu thun angezeigt fand, was ihm die Neutralität Preussens und des Bundes versprach; allein ganz wolkenlos war der Himmel nicht, und die der Schweiz zugeneigte Haltung Englands konnte für den deutschen Handel und die deutsche Industrie die bedenklichsten Folgen haben. Da war es doch keine „Preussenfeindlichkeit", keine österreichische Intrigue, wenn deutsche Regierungen nur das Eine verlangten, dass nämlich die Sache bundesmässig am Bunde verhandelt und erledigt und nicht den Regierungen über den Kopf hinweg genommen werde.

Warum, wird man fragen, den alten Staub aufrühren? Bitte, ich rühre ihn nicht auf, ich habe drei Bände alten Staubes vor

und mache nur die Fenster auf, damit etwas Luft und etwas Licht hereinkomme, was den Vortheil hat, dass das Auge weniger belästigt wird und dem Staub besser auf den Grund sieht.

Aber das deutsch-österreichische Bündnis? Diesem bereite ich gewiss keinen Schaden; ein aufmerksamer Leser des zweiten Abschnittes meiner „Erinnerungen" wird sich davon überzeugen, dass ich, als ich aus dem Amt als erster Minister Oesterreichs schied, die nicht ohne Mühe geschaffenen Grundlagen dieses Bündnisses hinterliess. Es ist aber meine Ueberzeugung, dass die erste und wesentlichste Bedingung für die Dauer dieses Bündnisses keine andere sein kann, als das beiderseitige Bewusstsein gleicher Geltung. Es soll sich nicht das Gefühl einschleichen, als habe sich im umgekehrten Sinn die alte Zeit wiederholt, wo man in Berlin nichts that, ohne in Wien anzufragen, als habe man in Oesterreich alte Sünden gut zu machen und sei in der Schuld des andern Theils. Lasse man Vergangenes vergangen sein, wenn aber einmal Abrechnung für die Vergangenheit gehalten wird, dann darf sie, soll damit nicht Störung in die guten Beziehungen gebracht werden, nicht eine einseitige, dann muss sie eine vollständige, eine gerechte sein. Dies zu bewirken habe ich unternommen und glaube damit kein schlechtes Werk zu thun.

XIII. Kapitel.

1852.

Die erste Zollvereins-Krise.

Aus dem Jahre 1851 erbte das Jahr 1852 die erste Zollvereins-Krise, welche, nach manchen Tagen des Kampfes und der Sorge, mit dem Abschluss eines Handelsvertrages zwischen Oesterreich und dem Zollverein und dessen weiterer Verlängerung ein den allgemeinen deutschen, gleichwie insbesondere den sächsischen Interessen zusagendes Ende fand.

Ich glaube an etwas sehr Bekanntes anzuknüpfen, wenn ich daran erinnere, dass nicht nur zu jener, sondern bis in die neueste Zeit ich unzählige Mal des strafbaren Versuchs einer Sprengung des Zollvereins geziehen wurde. Das Pikanteste dabei ist, dass im Gegentheil nicht der Angeklagte, sondern der Ankläger der wahre Schuldige war. Der Theil, welcher den Zollverein sprengte, war kein anderer als Preussen, und zwar durch den heimlichen und inkorrekten Abschluss eines, die übrigen Staaten politisch verletzenden und materiell belastenden Vertrags mit Hannover wegen Eintritt des Steuervereins, wobei die Remedur für das den Verträgen zuwiderlaufende Verfahren nur dadurch gefunden werden konnte, dass Preussen nicht im Namen des Zollvereins, sondern für sich und diejenigen Staaten, welche sich am 1. Januar 1854 noch im Zollverein mit Preussen befinden würden, abschloss. Preussen war es daher, welches, ohne dass ein einziger der übrigen Zollvereins-Staaten die Absicht, aus dem Zollverein auszuscheiden oder denselben nicht erneuern zu wollen, in irgend einer Weise zu erkennen gegeben hatte, die hypothetische Auflösung zur Basis eines neuen Vertrags-Abschlusses machte, somit aber die Initiative der Sprengung ergriff. Es geschah dies im September 1851, wo von Zollkrisis, Zollverhandlungen mit Oesterreich und Aehnlichem noch keine Rede war.

Dass ich in dieser Beurtheilung mich nicht von preussenfeindlicher Gesinnung leiten lasse, dafür kann ich keinen besseren Beleg liefern, als durch wörtliche Aufnahme dessen, was mein damaliger Kollege von Friesen über das beregte Vorgehen Preussens in seinen „Erinnerungen" geschrieben, — geschrieben in denselben „Erinnerungen", worin er als Kämpfer für unbedingte Erhaltung von Zollverein und Anschluss an Preussen auftritt, derselbe Minister Friesen, in welchem die preussische Regierung eben so wenig als die preussische Presse je einen „Preussenfeind" gesucht noch gefunden hat.

„Wenn die damaligen Staatsmänner Preussens," so schreibt Herr von Friesen, „einer wirklich ‚deutschen' Idee zugänglich

gewesen wären oder nur überhaupt zu einer grossartigen, von einer kleinlichen persönlichen Empfindlichkeit freien Politik sich hätten aufraffen können, so hätten sie in jenem Momente Gelegenheit gehabt, mit einem Male das gestörte Vertrauen zwischen der preussischen und den übrigen deutschen Regierungen wieder herzustellen, die öffentliche Meinung in Deutschland wieder auszusöhnen und damit den naturgemässen und in den Verhältnissen begründeten, aber damals durch ihre eigene Politik sehr geschwächten Einfluss Preussens auf alle deutschen Verhältnisse wieder zu gewinnen, namentlich aber, was besonders wichtig gewesen wäre, den seit längerer Zeit schon erkennbaren, auf die Zerreissung des Zollvereins gerichteten Bemühungen Oesterreichs einen festen Damm entgegenzustellen. Herr von Manteuffel wurde bereits während der Dresdener Konferenzen von der veränderten Auffassung der hannöverischen Regierung unterrichtet; wenn er nun über die Grundlagen eines Vertrages sich damals mit Hannover vorläufig verständigt und sodann auf dem, durch die bestehenden Zollvereins-Verträge genau vorgeschriebenen Wege die übrigen Zollvereins-Regierungen davon in Kenntnis gesetzt und sie zu Verhandlungen mit Hannover aufgefordert hätte, so wäre — darüber kann nicht der geringste Zweifel obwalten — ein Vertrag über den Anschluss Hannovers, Oldenburgs u. s. w. an den Zollverein nicht nur sehr bald, sondern auch unter viel günstigeren Bedingungen für den letzteren zu Stande gekommen, und dadurch den auf eine bessere Einigung Deutschlands gerichteten Bestrebungen und Wünschen der Nation wenigstens auf diesem Gebiete eine gewisse Befriedigung gewährt worden. Denn bei dem lebhaften Wunsche der ganzen Bevölkerung und aller Regierungen nach dem Anschlusse jener Staaten an den Zollverein würde keine Regierung demselben Schwierigkeiten entgegengestellt haben, Hannover aber hätte, wenn in ruhiger und gründlicher Weise über die Bedingungen des Anschlusses mit ihm verhandelt worden wäre, gewiss viele von seinen übertriebenen und durchaus ungerechtfertigten Forderungen fallen lassen müssen. Preussen

hätte dann den Ruhm und die Ehre gehabt, mitten unter den politischen Wirren und Kämpfen der Zeit das wahre Wohl der Nation im Auge behalten und die Befriedigung eines allgemeinen Wunsches durch eine Massregel eingeleitet und herbeigeführt zu haben, welche ihm die dankbare Anerkennung auch derer sichern musste, die auf dem rein politischen Gebiete seine Gegner waren. Nach diesem Ruhme aber strebte Herr von Manteuffel nicht: er erblickte in der ihm kundgewordenen Geneigtheit Hannovers zum Eintritt in den Zollverein zunächst nur eine passende Gelegenheit, um seiner tiefen Verbitterung gegen die deutschen Mittelstaaten Luft zu machen, und sich an den Regierungen derselben wegen des Misslingens des Unions-Projekts zu rächen, welches von Preussen selbst, aber nicht etwa wegen des Widerstandes jener, sondern dem Verlangen Russlands gegenüber, aufgegeben worden war. Dies führte er dadurch aus, dass er den allgemein gewünschten Vertrag in einer Form abschloss, durch welche er die übrigen Zollvereins-Regierungen tief verletzte und seine Geringschätzung und Missachtung derselben in schroffer, zugleich aber auch überaus kleinlicher Weise zum Ausdruck brachte. Hannover aber, dessen damaliger erster Minister, Herr von Münchhausen, bei den Dresdener Konferenzen nur wenig Vertrauen und Ansehen genossen hatte und sich von dem Fürsten Schwarzenberg persönlich verletzt glaubte, benützte mit grossem Geschick diese Disposition des Herrn von Manteuffel, um, ohne seine politische Opposition gegen Preussen aufzugeben, den nun einmal unvermeidlich gewordenen Anschluss an den Zollverein unter den für Hannover denkbar günstigsten Bedingungen abzuschliessen, indem er recht gut wusste, dass selbst die übertriebensten finanziellen Begünstigungen Hannovers in den Augen des Herrn von Manteuffel dem von ihm beabsichtigten politischen Erfolge gegenüber von untergeordneter Bedeutung waren. So wurde denn nach Verhandlungen, die ganz geheim gehalten wurden, aber, nach dem Erfolge zu urtheilen, in sehr oberflächlicher und überstürzter Weise müssen geführt worden sein, am

7. September 1851 zwischen Hannover und den Staaten des Steuervereins auf der einen und Preussen — nicht im Namen des Zollvereins, sondern für sich und diejenigen Staaten, welche am 1. Januar 1854 sich noch im Zollverein mit Preussen befinden würden — auf der andern Seite ein Vertrag über eine Zolleinigung abgeschlossen, durch welchen für die Staaten des Steuervereins neben verschiedenen andern sehr bedeutenden Vortheilen ein Präcipuum an den Zolleinnahmen festgesetzt wurde, welches sich nach dem damaligen Betrage der letzteren auf mehr als eine Million Thaler jährlich berechnete. Dieser Vertrag wurde publizirt und den preussischen und hannöverischen Kammern zur Genehmigung vorgelegt, ohne dass die übrigen Zollvereins-Regierungen von diesen Vorgängen auf eine andere Weise als durch die Zeitungen Kenntnis erhielten. Nachdem die Genehmigung des Vertrags Seitens der Kammern in Berlin und Hannover erfolgt war, legte Preussen den Vertrag seinen Bundesgenossen auch nicht zur nachträglichen Genehmigung vor, sondern kündigte ihnen den Zollvertrag und überliess ihnen, Bevollmächtigte nach Berlin zu senden, wenn sie über ihren etwaigen Beitritt zu dem zwischen Preussen und Hannover abgeschlossenen neuen Zollvertrag verhandeln wollten.

„Die Nachrichten von dem Abschlusse dieses Vertrags machten in allen Zollvereins-Staaten, selbst bei denen, die den materiellen Werth des Anschlusses von Hannover sehr hoch schätzten und daher geneigt waren, für denselben erhebliche materielle Opfer zu bringen, den allerübelsten Eindruck, denn das Verfahren zeugte von einer Stimmung der preussischen Regierung gegen ihre Bundesgenossen, auf die man nach dem Auftreten in Dresden und Frankfurt nicht vorbereitet war, die aber das Aergste befürchten liess. Dieser üble Eindruck wurde natürlich dadurch noch wesentlich erhöht, dass die preussischen und die von der preussischen Regierung beeinflussten andern öffentlichen Blätter, namentlich die gesamte Presse der Gothaer Partei, den Abschluss des hannöverischen Vertrags als einen glänzenden

Sieg der preussischen Politik feierten und verlangten, dass Preussen sich nunmehr ganz dem Freihandelssystem hingeben, vor Allem aber die Verfassung des neuzubildenden Zollvereins dahin abändern müsse, dass Preussen allein die entscheidende Stimme in den deutschen Zoll-Angelegenheiten erhalte."

So schrieb nicht ich, der „Preussenfeind", sondern der preussenfreundliche Friesen. Nicht um meiner persönlichen Genugthuung willen, sondern darum citire ich seine Worte, weil in einer allgemeinen und weiter tragenden Bedeutung sein Ausspruch viel des Lehrreichen bietet. Wir finden auch hier eine Bestätigung dessen, was ich im vorausgehenden Kapitel von der überall hervortretenden aggressiven Tendenz sagte. Wie Preussen den Bund ins Wanken zu bringen wusste, so war es nahe daran, dasselbe Schicksal seiner eigensten und besten Schöpfung, dem Zollverein, zu bereiten, und man findet auch hier, trotz der persönlichen Verschiedenheit zwischen den drei Namen Radowitz, Manteuffel und Bismarck, die gleiche Richtung nach Ausscheidung eines ausschliesslich in den preussischen Rayon einzubeziehenden Nordens von Deutschland. Darin irrt Friesen, dass er da, wo Berechnung stattfand, kleinliche Empfindlichkeit als Motiv der Handlung erkannte, während der Gedanke der Revanche nicht ausgeschlossen, aber nur eine nebensächliche Zugabe war.

Diese fast zu weit gehende Verurtheilung des preussischen Vorgehens hinderte inzwischen meinen Herrn Kollegen nicht, für das damit Bezweckte mit der grössten Entschiedenheit einzutreten, und sich mit mir, der ich keineswegs die Auflösung des Zollvereins, sondern nur dessen Erhaltung bei gleichzeitiger Bewahrung der politischen Verbindung mit Oesterreich und dem südlichen Deutschland anstrebte, in einen Konflikt zu setzen, welcher mit seinem von mir aufrichtig beklagten Rücktritt endigte. Ich habe in einem früheren Kapitel seiner amtlichen Thätigkeit so anerkennende Worte gewidmet, dass damit die Voraussetzung ausgeschlossen wird, ich könnte jener Haltung andere Triebfedern zuschreiben als gewissenhafte Ueberzeugung von deren Noth-

wendigkeit. Friesen war aus Beruf wie aus Neigung Arbeiter. Der frühe Morgen fand ihn am Schreibtisch, und der Werth, den er vorzugsweise dieser Geschäftsthätigkeit beilegte, machte, dass er eine geringere Meinung von dem hatte, was die Diplomatie ausserhalb der Akten leistet. Hätte er die Vortheile, ja die Nothwendigkeit dieser Aktion erkannt und mir dabei ein Vertrauen geschenkt, das schliesslich nicht getäuscht wurde, so wäre es zwischen uns nicht zum Konflikt und nicht zu seinem Austritt gekommen.

Auf die Gefahr hin, meine Leser damit zu ermüden, nehme ich an dieser Stelle die Darstellung der Krise auf, wie ich sie in meiner Entgegnung auf die Friesen'sche Relation seiner Zeit in meinen „Erinnerungen zu Erinnerungen" gegeben habe. Ich halte es nicht für überflüssig, weil diese Darstellung — wenigstens so viel mir bekannt — von keiner Seite angefochten wurde, während meine Broschüre in den öffentlichen Blättern Deutschlands vielfach Gegenstand der Besprechung war. Dann aber auch bestimmt mich dazu eine an einer früheren Stelle angestellte Betrachtung, dass es nämlich in unseren Tagen üblich geworden ist, Berichtigungen und Aufklärungen entweder zu vergessen oder absichtlich zu ignoriren, weshalb Wiederholungen fast zur Nothwendigkeit werden. So lasse ich denn den nachstehenden Theil meines Schriftchens unter möglichster Kürzung folgen:

Die Friesen'sche Darstellung ist in der Hauptsache folgende: „Beust und andere Minister der Mittelstaaten hatten es dahin gebracht, dass der Zerfall des für Sachsen so nothwendigen Zollvereins ernstlich bevorstand. Unvorhergesehenen politischen Konjunkturen war es allein zu danken, dass man mit blauem Auge, d. h. mit einer Blamage davon kam. Friesen aber, welcher nicht Mitschuldiger sein wollte, hatte zuvor sein Portefeuille niedergelegt." Nun, ohne Uebertreibung darf ich es sagen: wenn damals es nicht zur Auflösung des Zollvereins kam, so war dies meine Schuld — um nicht zu sagen, es war mein Verdienst. Meine Aufgabe war eine unendlich schwierige. Dasjenige was der Ver-

fasser der „Erinnerungen", welcher doch nie meinen bösen Leumund der Preussenfeindlichkeit theilte, S. 316—317 und S. 325 des ersten Bandes über das Verfahren der preussischen Regierung bei Abschluss des Vertrags mit Hannover sagt, und was ich hier zu wiederholen unterlasse, überhebt mich der unerwünschten Nothwendigkeit, in eingehendster Weise daran zu erinnern, dass jener in aller Stille vollzogene Abschluss in materieller Hinsicht eine übermässige Bevorzugung der neu eintretenden Mitglieder war, in politischer Beziehung dagegen als ein Schlag gegen die deutschen Bundesgenossen, mit denen man sich eben erst versöhnt hatte, aufgefasst wurde. Unter solchen Umständen konnte es keine schwierigere Stellung geben als jene, in welche der sächsische Minister des Auswärtigen sich versetzt sah. Auf der einen Seite die Nachtheile, ja die Unmöglichkeit, sich dem Zollverband mit Preussen zu entziehen, auf der andern die Nothwendigkeit, mit Oesterreich und den süddeutschen Staaten die politische Fühlung, ja die politische Verbindung zu erhalten und sich diese Faktoren nicht zu entfremden. Was immer der Verfasser der „Erinnerungen" an verschiedenen Stellen von meiner damaligen Unkenntnis des Landes sagen mag, meine Thüre hat, so lange ich Minister war, jedem offen gestanden, der mich sprechen wollte. Es hat an Ansprachen der betheiligten Kreise eben so wenig gefehlt, als an meinem Verständnis dafür. Ich selbst habe daher nie an die Möglichkeit eines Ausscheidens aus dem Zollverein gedacht, und lebte noch der damalige Ober-Zolldirektor, nachmalige Kreisdirektor und Geheimrath von Schimpff, welcher mich bei meinen Reisen nach Wien und München begleitete, er würde es mir bezeugen. Aber hätte ich es laut ausgesprochen, so verlor ich jedes Mittel der Einwirkung auf die süddeutschen Regierungen, und darauf eben kam es an, diese von dem Austritt abzuhalten. Es ist recht schön, Streitschriften und Kommunikate aufzusetzen, aber weniger leicht war es, das zu fördern und das zu erreichen, was m e i n e n Bemühungen überlassen blieb. Es bedurfte des ganzen Aufwands diplomatischer Geschicklichkeit,

so weit ich deren überhaupt fähig war, um bei Oesterreich und den süddeutschen Regierungen Vertrauen zu erhalten und doch die Aktionsfreiheit der sächsischen Regierung nicht zu binden. Der glücklichste Griff aber, welchem die Erhaltung des Zollvereins hauptsächlich zu danken war, gelang mir bei den Darmstädter Verhandlungen im April 1852. Die damals verabredeten Punkte sind in den „Erinnerungen“ Bd. I, S. 337 aufgezeichnet. Ich war es, welcher den Beschluss sub 1 vorschlug, dass nämlich die Kontrahenten sich verbindlich machten, auch nach dem 1. Januar 1854 — dem Zeitpunkt, wo in Folge der Kündigung durch Preussen der Zollverein ohne ausdrückliche Erneuerung aufhören musste — den Zollverein mit einander fortzusetzen.

Mein Antrag wurde von den Ministern von Bayern und Württemberg gern angenommen, weil dieselben darin die Gewissheit erblickten, Sachsen festzuhalten und seinem einseitigen Anschluss an Preussen entgegenzutreten, während mein eigener und durch die Ereignisse bewährter Gedanke der war, den Austritt von Bayern und dessen Anschluss an Oesterreich zu verhindern. Herr von der Pfordten errieth meinen Gedanken erst später und hat ihn mir lange Zeit nicht vergeben, denn zur Zeit der Münchener Konferenz im September 1852 sprach sich in Bayern die öffentliche Stimme für das Ausscheiden aus dem Zollverein und den Zollanschluss an Oesterreich sehr laut und entschieden aus, der erste Punkt der Darmstädter Konvention machte dies jedoch unmöglich. Der Verfasser der „Erinnerungen“ vertieft sich sehr eingehend in die verschiedenen Stadien, welche die Zollvereins-Krisis von 1852 durchlief, und namentlich diejenigen, wobei die Berathungen des sächsischen Ministeriums in Frage waren. Er hat den Vortheil gehabt, die Akten prüfen zu können. Dieser Vortheil steht mir nicht zu Gebot. Wie ungenau aber trotzdem seine Anführungen sind, zeigt sich an mehreren Stellen, so Bd. I, S. 528, wo er erzählt, die bayrische Regierung habe im März die Minister der betheiligten Staaten zu einer Konferenz in Bamberg eingeladen, während damals nur eine Besprechung

zwischen mir, Herrn von der Pfordten und dem württembergischen Minister von Neurath stattfand, in Folge deren erst die Einladung sämtlicher betheiligten Regierungen zu einer Konferenz in Darmstadt beschlossen wurde. Es ist daher auch eine ganz irrthümliche Behauptung, es habe sich auf den „Ministerial-Konferenzen in Bamberg“ ergeben, dass die übrigen betheiligten Staaten (nämlich die Staaten ausser Sachsen) ebenfalls erhebliche Bedenken gegen die österreichischen Vorschläge hatten. In Bamberg waren, wie gesagt, nur Bayern und Württemberg vertreten und deren Minister waren entschieden für das Eingehen auf die österreichischen Vorschläge, wogegen ich ankämpfte und erlangte, dass eine Konferenz aller betheiligten Staaten einschliesslich Badens, dessen Einladung ein für Preussen entgegenkommender Schritt war, einberufen werde.

Der Verfasser muss im Verlauf seiner Erzählung selbst eingestehen, dass in Folge meiner Reise nach Wien und auch auf der Stuttgarter Konferenz jenes, ich darf es sagen, durch mich allein vertretene und bewirkte Eindämmen der süddeutschen Aktion sich bemerklich machte. Die Münchener Beschlüsse, die ihn zum Austritt veranlassten, haben eben so wenig als die früheren zu einer Sprengung des Zollvereins geführt.

Das Endresultat der Krisis war ein hocherfreuliches. Fortbestand des Zollvereins und Handelsvertrag mit Oesterreich, was für Sachsen als Grenzland doch besonders erwünscht sein musste. Der Zollverein mit Preussen wurde gemäss der Darmstädter Konvention erst erneuert, nachdem mit Oesterreich von Seiten Preussens verhandelt worden war, und — abgesehen von den Rücksichten des Patriotismus — ist es mir nicht begreiflich, wie Herr v. Friesen sich (S. 366) in der Anschauung gefallen kann, die Mittelstaaten seien bei Seite geschoben und von Oesterreich verlassen worden. Man kann viel eher behaupten, dass Oesterreich von den Mittelstaaten verlassen wurde und deshalb den Weg nach Berlin einschlug, was vornehmlich der Haltung und der Thätigkeit der sächsischen Regierung zu danken war. Ob Herr

v. Friesen zu der weiteren Voraussetzung berechtigt sei, Sachsen hätte bei einem früheren Abschluss speziell günstigere Bedingungen erlangen können, lasse ich unerörtert, stelle ihr aber die sehr positive Gewissheit entgegen, dass, wenn Sachsen diesen Weg eingeschlagen, sich also von der Darmstädter Verbindung getrennt hätte, der Zerfall des Zollvereins und der Austritt des Südens unausbleibliche Folge gewesen wären, ein Ausgang, den man allerdings in Berlin vielleicht nicht übermässig bedauert haben würde."

Ich übergehe hier eine längere Ausführung Friesen's, welche die Verständigung zwischen Oesterreich und Preussen dadurch zu erklären versucht, dass für ersteres die Ereignisse im Orient, für letzteres der Staatsstreich Louis Napoleon's eine ernste Mahnung zum Frieden gewesen seien, was ich mit Hinweisung darauf widerlegte, dass die Ereignisse im Orient erst ein Jahr später ihren Anfang nahmen, der Staatsstreich schon ein Jahr zuvor stattgefunden hatte. Hiedurch werden die nachstehenden Sätze verständlich:

„In Wirklichkeit bedurfte es weder des Orients noch des Occidents, um die Bruck'sche Mission herbeizuführen, welche Anfang 1853 ihren Abschluss fand, aber schon Ende 1852 ins Werk gesetzt worden war. Man hatte sich in Wien, und dies war namentlich den Bemühungen Sachsens zu danken, doch davon überzeugt, dass zur Zeit wenigstens der Zolleinigung drei Hindernisse im Wege standen: das Tabaksmonopol, der Mangel einer ausreichenden Bevölkerungsstatistik, und die Verschiedenheit in der Beschaffenheit der Zoll-Administration. Auch darüber hatte man keinen Zweifel, dass die Haltung Sachsens eine Oesterreich freundliche, damit aber eine handelspolitische Trennung Sachsens von Preussen nicht verbürgt sei, Sachsens Anschluss an den Zollverein aber jenen von Hessen und Nassau zur Folge haben werde. Endlich hatte ein sanfter Druck von aussen gewirkt, der aber weder von Frankreich, noch von der Türkei kam." In den „Erinnerungen" wird einer Vermittlung gedacht, von der ich manchmal gesprochen habe, ohne zu sagen, von wo sie komme. Es

sollte mich wundern, wenn ich letzteres wirklich unterlassen hätte. Es war die freundschaftliche Dazwischenkunft des Kaisers Nikolaus, dessen Wort damals in Wien gleichwie in Berlin nicht leicht überhört wurde. Dass aber diese Intervention in eben so schonender als eindringlicher Weise erfolgte, daran war ich wiederum nicht ganz unschuldig. Der damalige russische Reichskanzler Graf Nesselrode, dessen Tochter der sächsische Gesandte in Petersburg, dann in Paris, Graf Seebach, geheirathet hatte, befand sich in den Jahren 1850—52 mehrmals in Dresden und ich stand zu ihm in den freundlichsten Beziehungen. Der Einwirkung Russlands hatte man damals viel zu danken, und ich meine, dass gerade mein Zeugnis in dieser Beziehung als ein sehr unverdächtiges gelten werde.

Der geneigte Leser wird nun darüber urtheilen, ob ich, wie es an einer früheren Stelle der „Erinnerungen“ heisst, „zu unermüdlich“ gewesen sei. Damals war man nicht dieser Meinung, und mein Thun und Lassen fand nach allen Seiten Anerkennung. Der Sendung des Baron Bruck nach Berlin, mit dem ich bei dieser Gelegenheit eingehende Besprechungen in Dresden hatte, ging ein Besuch voraus, den der Kaiser Franz Joseph dem Könige von Preussen in Berlin abstattete. Seine Majestät wusste zu würdigen, dass ich mit dem Interesse des eigenen Landes auch dem wohlverstandenen Interesse Oesterreichs gedient habe, und verliehen bei der Durchreise durch Dresden mir, der ich erst zwei Jahre zuvor das Grosskreuz des Leopolds-Ordens erhalten hatte, das Grosskreuz des Stephans-Ordens, eine Auszeichnung, die bis dahin noch keinem Minister der Mittelstaaten zu Theil geworden war. (Herr von der Pfordten erhielt den Stephans-Orden ein Jahr später aus Anlass der Vermählung Seiner Majestät des Kaisers mit der Prinzessin Elisabeth in Bayern.) Im ganzen Lande aber herrschte ungetheilte Freude über den Ausgang der Krisis, wie ich mich davon bei verschiedenen Besuchen von Leipzig und Chemnitz überzeugen konnte.“

XIV. Kapitel.

1852.

Kaiser Nikolaus in Dresden.

Was ich im vorigen Kapitel von der damals nicht zu verachten gewesenen Vermittlung Russlands erwähnt habe, bringt mir meine Audienz bei Kaiser Nikolaus gelegentlich dessen kurzer Anwesenheit in Dresden im Jahre 1852 in Erinnerung. Ich hatte zuvor den Kaiser nie gesehen, um so mehr aber von ihm gehört.

Wie schnell doch in unserer kaleidoskopischen Zeit vergessen wird! Noch sind nicht dreissig Jahre seit dem Tod von Nikolaus verflossen, und ist es nicht, als hätte er im vorigen Jahrhundert gelebt und regiert? Und doch hat es neben Napoleon I. in unserem Zeitalter keinen Zweiten gegeben, der so wie Kaiser Nikolaus als europäischer Gebieter vergöttert, gefürchtet und gehasst worden wäre. Die Machtfülle, die ihm wirklich zu Gebote stand, durfte sich nicht im entferntesten mit einer solchen messen, wie deren heute Kaiser Wilhelm von Deutschland zu seiner Verfügung hat, und dennoch kann sich die europäische Stellung dieses Herrschers heute nicht mit jener vergleichen, wie sie Kaiser Nikolaus zwanzig Jahre lang behauptete. In Berlin, davon war ich während meiner zwei dortigen Missionen Zeuge, war der Kaiser Nikolaus wie ein höheres Wesen; dasselbe galt von den meisten deutschen Höfen; in Wien war die Nothwendigkeit seiner Freundschaft ein feststehender Grundsatz; selbst in England erkannte man ihm und seiner Stellung eine gewisse Superioritäts-Berechtigung zu und da, wo man am meisten über ihn zu klagen Ursache hatte, in Frankreich, bestrebte man sich eifrig, ihn in guter Stimmung zu erhalten. Alles das in der Nähe zu beobachten war ich — mit Ausnahme Wiens — in der Lage gewesen. Man begreift hienach, welches Interesse es für mich haben musste, diesen Monarchen persönlich kennen zu lernen.

Kaiser Nikolaus traf, von Wien kommend, in den frühen Abendstunden in Dresden ein und setzte am andern Tag die Rückreise nach Warschau fort, nachdem er dem König Friedrich August auf dessen Weinbergs-Villa einen Besuch abgestattet und hierauf mich empfangen hatte.

Der Kaiser war bei seinem Gesandten abgestiegen, und dort wurde ich in sein Arbeitskabinet geführt, wo der Kaiser sogleich nach mir eintrat. Ich hatte wohl genug von der Persönlichkeit des Kaisers gehört, um Alles eher als einen grimmigen Despoten zu erwarten; allein die zwanglose und vornehme Liebenswürdigkeit, die mir entgegenkam, war bei Weitem mehr als ich mir gedacht hatte. Mit einigen für meine Person verbindlichen Worten lud er mich zum Sitzen ein und entliess mich erst nach einer halben Stunde, nachdem er über verschiedene, die Grenzen Sachsens weit hinter sich lassende Gegenstände sich mit mir unterhalten hatte. Ich kann sagen, dass ich mich kaum einer gewinnenderen Erscheinung entsinnen kann, als es jene des Kaisers Nikolaus war, wenn er das grosse, blaue, so klar und fest blickende Auge aufschlug.

Der Kaiser sprach von seinem Aufenthalte in Wien und seiner Freundschaft für den Kaiser Franz Joseph, den er mehr als einmal „*ce cher Empereur*“ nannte. Weniger befriedigend war seine Aeusserung über den König Friedrich Wilhelm IV. „*Voyez-vous, avec mon beau-frère de Prusse je ne parle plus politique, avec ses idées il est tellement au-dessus de moi que je me fais l'effet d'un imbécile à côté de lui.*“

Nicht aber kann ich unser Gespräch über eine damalige brennende Tagesfrage vergessen. Der Staatsstreich in Frankreich war gelungen und die Frage des Kaiserthums trat, obschon damals noch schüchtern, auf. Der Kaiser sagte: „*Louis Napoléon s'est fait Président, il se fera Empereur. Bien, nous le reconnaîtrons, mais comme dynastie, jamais!*“ — Ich erlaubte mir, eine entgegengesetzte Ansicht zu entwickeln. Für das monarchische Prinzip, bemerkte ich, scheint mir es im Gegentheil von Wich-

tigkeit zu sein, wenn betont wird, dass nicht der erste Beste sich zum Kaiser ausrufen lassen kann. Es ist besser, wenn der Betreffende einen dynastischen Ursprung aufweisen kann, wie dies bei dem Prinzen Louis Napoleon der Fall ist, und deshalb ist mir „Napoleon III.“ lieber als „Louis Napoleon“.

Der Kaiser liess sich nicht überzeugen. Wäre es mir gelungen, wie anders wären die Dinge gekommen! Die Frage des *bon frère* hatte dann kein Objekt mehr, und ohne diese Frage gab es keinen Krimkrieg.

Zweimal habe ich Russland einen Rath ertheilt, der nicht schlecht war, den ersten wegen des *bon frère,* den zweiten wegen des Schwarzen Meeres. — Gehört hat man darauf nicht und gedankt noch weniger.

XV. Kapitel.

1853. 1854.

Minister des Innern und Aeussern. — Die Dresdener Polizei. — Tod des Königs Friedrich August und Regierungsantritt des Königs Johann. — Der Krimkrieg.

Nichts hatte meinen Wünschen und Gedanken ferner gelegen, als das Departement des Innern an Stelle des Kultus und Unterrichts zu übernehmen; nachdem aber der von mir in keiner Weise gewollte Rücktritt des Kollegen Friesen diesen Wechsel herbeigeführt hatte, war derselbe allerdings für mich von entschiedenem Werth. Als Inhaber der beiden politisch wichtigsten Departements wurde ich auch ohne den Vorsitz im Ministerium die leitende Persönlichkeit. Das Ministerium des Innern in Sachsen war, nächst der eigentlichen Verwaltung, zugleich Polizei-, Handels- und Ackerbau-Ministerium. Ich hatte nun zwar damit begonnen, in der innern Verwaltung zu dienen, aber alsdann dreizehn Jahre im Auslande gelebt. Dass meine Ernennung zum Chef

eines in seinen Agenden so ausgedehnten Departements diesem keinen Nachtheil brachte, dankte ich dem glücklichen Umstande, ausgezeichnete Kräfte zu meiner Unterstützung vorzufinden. Den vier Abtheilungsvorständen Kohlschütter, Weinlig, Körner und von Zahn habe ich bis auf den heutigen Tag nicht aufgehört, ein dankbares Andenken zu widmen, und dieser Rückblick wird mir noch erfreulicher durch die Gewissheit, dass sie selbst nie Ursache hatten, über mich zu klagen, sondern meiner ausführenden Hand gerne vertrauten. Ueberhaupt darf ich der Ueberzeugung Ausdruck geben, dass meine Untergebenen mir anhänglich waren. Dass in späteren Jahren trotz des eingetretenen Wechsels aller Verhältnisse viele derselben mich aufsuchten, so oft ich einmal nach Dresden kam, konnte sie selbst nur ehren, wie es mich ehrte.

Ich erwähnte, dass das Ministerium des Innern zugleich Polizei-Ministerium war. Dass diese Abtheilung unter mir eine gegen früher etwas erhöhte Bedeutung gewann, stelle ich gar nicht in Abrede. Ich war stets der Meinung, dass eine gute Polizei, d. h. eine solche, die viel bemerkt, aber selbst nicht zu viel bemerkt wird, eine sehr nützliche Sache sei, wobei von einer sogenannten geheimen Polizei gar nicht die Rede zu sein braucht. Man ist im Allgemeinen für die Polizei ungerecht. Geschieht einmal etwas, was verhütet werden konnte, oder wird nur behauptet, dass es hätte verhütet werden können, so fällt Alles über sie her — in zehn anderen Fällen, wo sie verhütet hat, erfährt man es nicht. Darum hielt ich, wie ich in einem früheren Kapitel bemerkt habe, stets an dem Grundsatze fest, dass die Regierung die Polizei, ohne ihr Ausschreitungen zu gestatten, in ihrem Beruf schützen müsse. In Dresden befand sich seit 1830 die Polizei in städtischer Verwaltung und liess zu der Zeit, als ich das Ministerium des Innern übernahm, zu wünschen übrig, was namentlich der ungenügenden Zahl der Mannschaft zuzuschreiben war. Kraft des Oberaufsichtsrechtes stellte ich der Stadt die Alternative, entweder ein genügendes Personal zu

beschaffen, oder die Polizei dem Staate wieder abzutreten. Die Stadt entschied sich für das Letztere. Der bisherige Vorstand der Polizei, ein dem Staatsdienst angehöriger Beamter, hatte diese Stelle unausgesetzt seit 1831 bekleidet, und man sprach die Erwartung aus, ich werde froh sein, einen solchen Mann zu gewinnen. „Im Gegentheil," erwiderte ich, „ein Polizeidirektor der nicht nach zehn Jahren todt ist, taugt nichts." Im Ernst war das nicht gemeint, wohl aber erinnerte ich mich dessen, dass dieser langjährige Polizeidirektor, der übrigens seine Jahre unbestrittener Verdienste gehabt hatte, mir zwei Tage vor dem Ausbruch des Mai-Aufstandes sagen konnte, es werde zu nichts kommen. Es war eine glückliche Fügung, dass bei der nunmehrigen Errichtung der königlichen Polizei ein Mann eintrat, welcher die drei für den Polizeimann wichtigsten Eigenschaften, die sich selten vereinigt finden: Muth, Ruhe und Takt, entschieden besass. Polizeirath Schwauss, der später Polizeidirektor wurde, befindet sich noch heute in dieser Stellung, und nichts kann beredteres Zeugnis für seinen Werth ablegen, als dass er, welcher 1866 als prononcirter Beustianer durch die preussischen Behörden ausgewiesen, aber nach dem Friedensschluss zurückberufen wurde, seitdem, trotz der veränderten Verhältnisse, achtzehn Jahre lang im Amt blieb, obschon ich seines Besuches gewiss sein konnte, so oft ich nach Dresden kam.

Das Jahr 1854 war für Sachsen ein bedeutungsvolles durch den plötzlichen Tod des Königs Friedrich August und den Regierungsantritt des Königs Johann.

Bekanntlich verunglückte der König Friedrich August bei einer seiner Lieblingsreisen in den Tyroler Alpen, und das Tragische, richtiger Fatalistische seines Endes lag darin, dass er, der ein unerschrockener und erprobter Bergsteiger war, durch einen Fall aus dem Wagen umkommen musste, während der Postillon die Pferde an der Hand führte. Ich befand mich zu dieser Zeit in München aus Anlass der damaligen Industrie-Ausstellung und hatte mich in Possenhofen bei dem König, der von

dort die Reise nach Tyrol antrat, verabschiedet. Wer beschreibt meinen Schrecken, als ich zwei Tage darauf in frühester Morgenstunde mit der entsetzlichen Nachricht geweckt wurde! Ich eilte nach Dresden. Die Fahrt war abgesehen von der begreiflichen Stimmung eine äusserst lästige, da gleichzeitig die Cholera in München ausbrach und deshalb alle Eisenbahnzüge überfüllt waren. In einem früheren Kapitel habe ich meiner persönlichen Beziehungen zu König Friedrich August gedacht und habe daher nicht nöthig zu sagen, wie tief und lebhaft ich den schweren Schlag empfinden musste.

Der Sarg mit den sterblichen Ueberresten kam bald nach meiner Rückkehr in Dresden an. König Johann und seine beiden Söhne folgten zu Fusse vom Bahnhof zur katholischen Kirche, wo die Leiche aufgebahrt wurde, um am nächsten Tage in der Familiengruft beigesetzt zu werden. In meiner Eigenschaft als Kammerherr meldete ich mich zum Dienst und erbat mir die Ehre, als erste Leichenwache aufzuziehen.

König Johann brachte mir von Anfang an jenes Vertrauen und jenes Wohlwollen entgegen, dessen ich mich bis zu meinem Rücktritt unausgesetzt zu erfreuen hatte. Als Prinz nahm er an allen von dem König präsidirten Sitzungen des Ministerrathes Theil und dort sowohl als in seiner Eigenschaft als Mitglied der ersten Kammer, an deren Berathungen er sich lebhaft betheiligte, hatte er Gelegenheit gehabt, mich kennen zu lernen. Das Verhältnis seines ersten Ministers zu ihm konnte nicht besser geschildert werden, als es der König in dem Schreiben gethan hat, das er bei meiner Entlassung 1866 an mich richtete und das sich an der betreffenden Stelle dieser Aufzeichnungen findet.

Dass König Johann ein Mann von gediegener wissenschaftlicher Bildung, ja von gründlicher Gelehrsamkeit war, ist bekannt — „mein Schwager, der Professor“, pflegte König Friedrich Wilhelm IV. zu sagen, wenn er von dem Prinzen Johann von Sachsen sprach —, Wenige aber kannten, so wie ich, die mit diesem Geistesreichthum gepaarte seltene Anspruchslosigkeit.

Die äussere Politik war für ihn bis zu seinem Regierungsantritt ein wenig bebautes Feld gewesen, und dass er hier eine gewisse Autorität für mich gelten liess, begreift sich. Anders aber verhielt es sich mit den Gegenständen der inneren Verwaltung. Gleichwie der König fermer Jurist war, so besass er eine ausgedehnte Gesetzeskenntnis, und dass er mir dabei zehnfach überlegen war, liess er mich nie fühlen.

Fast unglaublich, aber darum nicht minder Wirklichkeit war es — auch mein zeitweiser Kollege Friesen erinnert daran in seinen Aufzeichnungen —, dass dem Regierungsantritt eines Herrn, welchen Alles dazu recht eigentlich berufen erscheinen liess, und welcher als Regent allgemein geliebt und verehrt war, im Lande mit einer gewissen Bangigkeit entgegengesehen wurde, eine Erscheinung, für welche die mögliche Erklärung sich in einer Eigenthümlichkeit des sächsischen Volkscharakters finden lässt.

Zwei Worte gibt es, die vor dem Sachsen nicht ausgesprochen werden können, ohne dass er in Aufregung geräth: Jesuit und Jude. Thatsächliche Vorgänge geben davon Zeugnis.

Die Zeit liegt nicht allzu weit zurück, wo in Sachsen den Juden das Betreten gewisser Städte, nämlich der Bergstädte, verboten war. Man hielt es nicht für möglich, dass ein Jude an einer Erzstufe vorübergehen könne, ohne sie einzustecken. Und so war auch der Jesuit der leibhaftige Gottseibeiuns. Als im Jahre 1831 die Verfassung mit den alten Ständen vereinbart wurde, verlangten diese die Aufnahme einer besonderen Bestimmung, dass der Orden der Jesuiten nie eingeführt werden dürfe, während es im ganzen Land überhaupt keinen geistlichen Orden gab, denn die zwei harmlosen Frauenklöster in der Lausitz kamen nicht in Betracht.

König Johann hat während seiner ganzen Regierungszeit nie zu einer Klage über religiöse Intoleranz Anlass gegeben und sich nie in die Angelegenheiten der protestantischen Kirche gemischt. Den Ansprüchen der eigenen Kirche gegenüber war er

sogar zurückhaltend, und ich bin in dem Fall gewesen, für dieselbe einmal Partei bei ihm nehmen zu müssen. Der Prinz Johann hatte aber aus seiner katholischen Gläubigkeit und Frömmigkeit kein Hehl gemacht und als ohne sein Zuthun oder nur Wissen — denn, was geschah, wurde nicht vom Ministerrath, sondern von den *in evangelicis* beauftragten Staatsministern beschlossen — die Regierung in den vierziger Jahren dem Deutsch-Katholizismus gegenüber sich abwehrend verhielt, jenem Deutsch-Katholizismus, dessen Hohlheit sich später entpuppte, für welchen aber eine Zeit lang man sich begeisterte, da musste natürlich der Jesuit dahinter stecken, und die in einem früheren Kapitel erwähnten, zum Theil gegen die Person des Prinzen sich richtenden Leipziger Excesse von 1845 waren damit in unmittelbarer Fühlung. Seit dieser Zeit erhielt sich die falsche Vorstellung von des Prinzen religiöser Intoleranz und sie fand Eingang bis in die unmittelbare Umgebung des Hofes, wo die protestantische Intoleranz nicht unvertreten war. Und doch wusste man, dass der Prinz die Erziehung seines ältesten Sohnes, des Prinzen (jetzigen Königs) Albert, vorbehaltlos einem Protestanten, und zwar einem eifrigen Protestanten, anvertraut hatte. Der „Jesuit" ist nun einmal unter Umständen eben so unvermeidlich wie der „Rheinbündler".

Der Augenblick des Regierungsantritts König Johanns war kein geschäftsloser. Im Innern stand die neue Organisation der Justiz- und Verwaltungsbehörden, im Aeussern die Stellung des Deutschen Bundes zu dem Krimkrieg auf der Tagesordnung.

Was den ersten Gegenstand betrifft, so werde ich mich auf wenige Bemerkungen beschränken. Bevor ich das Departement des Innern übernahm, hatten meine beiden Kollegen der Justiz und des Innern im Sinne der Trennung der Justiz und der Verwaltung sehr umfangreiche Entwürfe vorbereitet. Es erhoben sich dagegen nach zwei Seiten Bedenken. Die beabsichtigte Organisation ging über das Bedürfnis hinaus und sowohl was Vermehrung des Personals, als auch und mehr noch was die

Ausführung der nöthigen Neubauten anging, stand eine unverhältnismässige und nicht gering zu achtende Mehrbelastung des Ausgabebudgets in Aussicht. Andererseits wurde nicht nur die Nothwendigkeit, sondern auch die Räthlichkeit der Trennung in Frage gestellt, und unter den Stimmen, welche in dieser Richtung laut wurden, befanden sich so gewichtige, dass ich es für geboten erachtete, die Vorfrage der Trennung zunächst einer gründlichen Prüfung zu unterwerfen. Mir selbst war Eins aufgefallen: die Trennung von Justiz und Verwaltung stand auf allen achtundvierziger Programmen, und die Erklärung dafür war leicht zu finden. Die Verbindung betrachtete man als den revolutionären Bestrebungen hinderlich, weil dabei die Justiz weniger abstrakt, die Verwaltung weniger willkürlich zu werden Gefahr lief. Dennoch hatte ich, bevor ich Minister des Innern wurde, mich jeden Eingriffs in diese Frage enthalten und, nachdem ich es geworden, jener Wahrnehmung keinen bestimmenden Einfluss auf meine Entschliessungen eingeräumt. Wohl aber hatte ich für die Stimmung im Lande ein offenes Ohr, und dass ich mich in deren Auffassung als einer der Trennung abgeneigten nicht getäuscht hatte, bewies der Verlauf der Sache in den Kammern. Während der oben genannte vortreffliche Geheimerath Kohlschütter nur mit blutendem Herzen die im Sinne der Trennung ausgearbeiteten Entwürfe umzuarbeiten sich entschloss und, um einem Sturm des Unwillens zu begegnen, die besten Argumente für die Verbindung aufzufinden sich abmühte, geschah es, dass in beiden Kammern die Frage: ob Trennung oder Verbindung? gar nicht zur Sprache kam, daher die Aufrechterhaltung der Verbindung als etwas Selbstverständliches betrachtet wurde. Sie hat dennoch mit der Zeit der Trennung weichen müssen, nicht aus politischen, sondern aus Gründen geschäftlicher Nothwendigkeit. Das von mir gleichzeitig vorgelegte Gesetz wegen Einführung von Friedensrichtern ging etwas beschnitten aus der Verhandlung hervor, es hat aber dennoch sich eingelebt und, wie mir versichert worden, namentlich während des Kriegs von 1866 sich bewährt.

Ich komme zu dem, was damals das Ministerium des Auswärtigen beschäftigte. Was ich an anderer Stelle der Aufmerksamkeit des geneigten Lesers bereits empfohlen, muss ich hier wiederholen. Der zweite Abschnitt meiner Erinnerungen, welcher die Zeit meiner österreichischen Ministerschaft umfasst, war vollendet, als ich den ersten zu schreiben unternahm. Dort verbreiten sich meine Betrachtungen an zwei Stellen ausführlich über die österreichische Politik gelegentlich des Krimkrieges, und auf diese verweise ich bei der Erwähnung dessen, was Seitens des Deutschen Bundes und seiner einzelnen Mitglieder geschah.

Ich habe am betreffenden Ort die historische Begründung des dem Fürsten Schwarzenberg in den Mund gelegten Wortes: „*Avilir la Russie d'abord et la démolir ensuite*“ entschieden bestritten; ob er das ferner ihm nachgesagte Wort: „*Nous étonnerons le monde par notre ingratitude*“ gesprochen hat, weiss ich nicht, es zu bezweifeln habe ich weniger Ursache. Die Bethätigung des Gedankens aber, wie sie nach seinem Tod zur Wirklichkeit wurde, liess gerechten Zweifel an dem Nutzen des geübten Undankes zu, und das angebliche Wort des Fürsten Schwarzenberg kam niemand gelegener als dem Fürsten Gortschakow, welcher bei der dem Wiener Kabinet so unerwünschten Anerkennung des Königreichs Italien mit einem Witz Revanche nahm und sagen konnte: „*Nous étonnerons le monde par notre reconnaissance.*“

Ja ich glaube, dass Fürst Schwarzenberg von dem Gedanken erfüllt war, dass der von Russland in Ungarn geleistete Dienst, der ihm selbst eben so zuträglich war, wie die Sachsen geleistete Hülfe es für Preussen gewesen, Oesterreich nicht in der unabhängigen Vertretung seiner Interessen beschränken dürfe. Allein er hätte praktisch die Sache anders angegriffen als sein Nachfolger, bei dem sich das an früherer Stelle citirte Wort vom Messer, das sticht, aber nicht schneidet, nur zu sehr bewahrheitete. Fürst Schwarzenberg war ein Mann der Aktion, wäre er am Leben geblieben, so weiss ich, was geschehen wäre. Alsbald nach Ueberschreitung des Pruth 1853 hätte Oesterreich die

kleine Walachei besetzt und sich zum Rückzug seiner Truppen bereit erklärt, sobald Gleiches von russischer Seite geschähe. Das konnte im ersten Augenblick in Petersburg als ein ungeahnter Schlag empfunden werden, eine bleibende Verbitterung wäre aber bei Weitem weniger zu besorgen gewesen, wie sie nicht ausbleiben konnte, nachdem man tropfenweise den seitherigen Freund und Bundesgenossen den Wermuthstrank hatte kosten lassen. Zum Krieg wäre es deshalb schwerlich gekommen; wäre es aber auch geschehen, ein Krieg hätte dauernd weniger entzweit und erkältet, als eine militärische Machtentfaltung, die selbst unthätig den Arm des im Kampf mit Anderen begriffenen Nachbars lähmte. Das war es ja, was von Anfang an mich verhinderte, mich mit der Buol'schen Politik zu befreunden, denn ich kannte die Wiener Verhältnisse genug, um zu wissen, dass das Auftreten gegen Russland sich in den Schranken gewisser Rücksichten bewegen und daher nicht über die Grenzen der Halbheit hinauskommen werde.

Und die unblutige Aktion hat ihre Opfer gefordert. Dass nahe an 50000 Mann in den Lazarethen gestorben, wurde behauptet; dass die Staatsschuld einen Zuwachs von 500 Millionen erhalten hatte, wurde empfunden. Wie aber Frankreich und England ihren Dank für den geleisteten Dienst, ohne den sie vielleicht nie mit Sewastopol fertig geworden wären, in Italien an Oesterreich abgetragen, ist noch in frischem Andenken. Und man war doch so geduldig, es sich gefallen zu lassen, dass Sardinien seine Truppen mit denen der Westmächte vereinige zu dem sehr durchsichtigen Zwecke, damit es auf dem Friedenskongress das grosse Wort gegen Oesterreich führen und als sechste Grossmacht auftreten könne. Fast unbegreiflich erscheint heute die damalige österreichische Politik. Wenn dabei etwas zu einer milden Beurtheilung beitragen konnte, so war es die Sprache der Wiener Blätter, die voll der Begeisterung dafür waren. Zang in der „Presse“, Varrens im „Lloyd“, auch der von mir so hochgeschätzte Kuranda in der „Ostdeutschen Post“, alle sangen Lob und Preis

und sahen mit mitleidiger Geringschätzung auf Preussen und den Deutschen Bund herab. Wie oft gedachte ich später, wo von nichts zu lesen war als von der trostlosen Konkordatszeit, von der Ohnmacht der Reaktion und Aehnliches, dass gerade damals die Wiener Blätter von der „majestätischen Macht Oesterreichs“ zu sprechen liebten.

Anstatt der durch die Ereignisse so hart verurtheilten Politik konnte man damals, wollte man sich von der halben Allianz mit den Westmächten frei halten und sich zu einer gemeinschaftlichen aber entschiedenen Neutralität mit Preussen und dem Bunde einigen, eine Garantie der italienischen Besitzungen durch Preussen und den Bund haben. Den Gedanken des damaligen Bundestagsgesandten lag allerdings ein solches Anerbieten fern, der König Friedrich Wilhelm aber war ernstlich dazu bereit. Ich habe mich vielleicht mehr als Andere davon überzeugen können, da König Johann mit seinem königlichen Schwager in Berlin in Korrespondenz stand und mir dessen Briefe mittheilte, deren Lesen mir in Anbetracht ihres geistvollen Schreibers ein Genuss war. In jener Zeit waren die Beziehungen zwischen Dresden und Berlin die besten, und die Absichten des Königs wurden von Freiherrn von Manteuffel in keiner Weise gestört. Dass bei dem König von Preussen diese Oesterreich freundliche Gesinnung erst jetzt hervortrat, ist nicht zu dem geringsten Theil dem Umstand zuzuschreiben, dass Radowitz nicht mehr unter den Lebenden war und Bunsen bereits zu den politisch Todten zählte.

Die „rheinbündlerischen“ nicht weniger als westmächtlichen Mittelstaaten befanden sich mehr oder minder auf dem gleichen Standpunkte wie wir in Sachsen. Es ergab sich denn auch sehr bald vollständige Uebereinstimmung der Ansichten, als die Minister von Bayern (Pfordten), Sachsen (ich), Württemberg (Neurath), Hannover (Lenthe), Kurhessen (Mayer), Grossherzogthum Hessen (Dalwigk), Nassau (Wittgenstein) zu einer Konferenz in Bamberg zusammentraten. Ich selbst wurde mit der Abfassung einer an die Regierungen von Oesterreich und Preussen zu rich-

tenden Note betraut, deren nächster Gegenstand die von beiden Regierungen an uns ergangene Einladung zum Beitritt zu dem an Präzision entschieden Mangel leidenden österreichisch-preussischen Aprilvertrag war, die aber zugleich die übereinstimmende Anschauung der betreffenden Regierungen in der schwebenden Frage überhaupt zum Ausdruck bringen sollte. Mein Entwurf fand fast ausnahmslose Zustimmung. Ich nehme diese Note hier vollinhaltlich auf, weil dies zum Verständnis eines gleich darauf folgenden Aktenstückes nothwendig ist.

Nachstehend die sogenannte „Bamberger Note“:

„Der Unterzeichnete hat nicht verfehlt, die geehrte Note vom . . . . und deren Beilagen, wodurch es dem k. k. (k. preussischen) Gesandten gefällig war, im Auftrage seines höchsten Hofes das unterm 20. April d. J. zwischen Oesterreich und Preussen abgeschlossene Schutz- und Trutzbündnis der diesseitigen Regierung mitzutheilen, sowie die darauf bezüglichen ferneren Erklärungen des k. (k.) Kabinets Sr. Majestät dem Könige, seinem allergnädigsten Herrn (*mutatis mutandis*) zu unterbreiten.

„Seine Majestät haben von dieser Eröffnung mit aufrichtigem Danke und mit lebhafter Befriedigung Kenntnis genommen und den Unterzeichneten beauftragt, dieselbe im Nachstehenden zu erwidern.

„Mit dem Abschlusse des Bündnisses vom 20. April sieht die königliche Regierung die Hoffnung erfüllt, welche inmitten der ernsten Verwicklungen des Augenblicks sämtliche Regierungen Deutschlands beleben und aufrichten musste. Die innige Eintracht Oesterreichs und Preussens ist dadurch aufs Neue besiegelt, und mit freudiger Zuversicht theilt die königliche Regierung die Ueberzeugung, dass das abgeschlossene Bündnis auch in seiner weiteren Ausdehnung deutsche Eintracht, Treue und Kraft zum Segen des gemeinsamen Vaterlandes in heilbringender Weise bethätigen werde. So wie der ausgesprochene Wille der hohen Kontrahenten, die Rechte und Interessen Deutschlands gegen alle

und jede Beeinträchtigung zu schützen, nicht verfehlen kann, sämtliche Genossen des Deutschen Bundes unter das gemeinsame Banner der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Deutschlands zu schaaren, so begrüsst die königliche Regierung auch in dem geschlossenen Vertrage mit besonderer Genugthuung ein neues Unterpfand derjenigen Anschauung, welche das Gebiet deutscher Interessen und deutscher Verpflichtungen nicht auf den engen Kreis der reindeutschen Besitzungen der zwei mächtigsten Bundesgenossen beschränkt sehen will. Die königliche Regierung erkennt in der gemäss Artikel IV des Bündnisses an sie ergangenen Einladung zum Beitritt einen werthvollen Beweis bundesfreundlicher Gesinnung und glaubt daher jene Aufforderung zunächst durch eine Erklärung darüber beantworten zu sollen, welches Votum sie in der Bundesversammlung abgeben werde, in deren Mitte die Vorlage des Bündnisses erwartet werden darf. Sie hält sich zu dieser Auffassung schon durch die im Artikel IV enthaltene Hinweisung auf Artikel 47 der Wiener Schlussakte, welcher in Verbindung mit Artikel 40 derselben Akte den einschlagenden Modus der Abstimmung in der Bundesversammlung vorschreibt, sowie durch die Betrachtung berechtigt, dass der Artikel III für die beitretenden Staaten Verpflichtungen in Aussicht stellt, deren Uebernahme bundesverfassungsmässig an die Zustimmung des Bundes geknüpft sein würde. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend lag es der königlichen Regierung ob, die einschlägigen Bestimmungen der Bundes-Grundgesetze im Zusammenhalt mit dem vorgelegten Bündnisse zu prüfen. Hiebei konnte dieselbe nur zu der Ansicht gelangen, dass die im Artikel II des letztern hervorgehobene und im Zusatzartikel näher ausgeführte Eventualität durch die Bundes-Grundgesetze nicht vorgesehen sei, sondern dass nach den Bestimmungen des Artikel 46 der Wiener Schlussakte der Bund durch die Ausführung des österreichisch-preussischen Bündnisses an sich nicht berührt werden würde, vielmehr, wie auch von den hohen proponirenden Höfen anerkannt worden, es sich um

eine Erweiterung der bundesrechtlichen Verpflichtungen, um ein darüber hinausgehendes Eintreten des Bundes handelt. Die königliche Regierung und gewiss die Gesamtheit der Bundesgenossen kann darüber nicht im Zweifel sein, dass der von den hohen Kontrahenten in Artikel II ausgesprochene Zweck des Bündnisses und die durch die Zeitumstände verstärkte Wichtigkeit dieses Zweckes dem Bunde und dessen Mitgliedern die Pflicht auferlegen, ihre Aufgabe auf einem höheren Standpunkt als dem des Buchstabens der Grundgesetze zu suchen und überall da mit allen ihren Kräften einzustehen, wo das Gesamtinteresse Deutschlands bedroht erscheint. Ob und wie weit dieses Interesse die Uebernahme ausgedehnterer Verpflichtungen erheische, wird der Bund zu prüfen haben.

„In dieser Beziehung kann sich die königliche Regierung des Zweifels darüber nicht entschlagen, ob die im ersten Absatze des Einzigen Artikels im Zusatzartikel enthaltenen Bestimmungen, welche Oesterreich und Preussen in ihrer Eigenschaft als europäische Grossmächte vereinbart haben, auch der Stellung und Aufgabe des Deutschen Bundes in gleicher Weise entsprechend seien, sofern nicht die Aufforderung, welche den Rückzug der einen kriegführenden Macht bezweckt, durch die Voraussetzung gleichmässiger Einstellung der Feindseligkeiten zu Land und Wasser und des entsprechenden Rückzugs der anderen Mächte vervollständigt wird. Durch eine solche Ergänzung würde wohl eben so die Herstellung des Friedens erleichtert werden, als der Wahrung der deutschen Interessen im Oriente nach allen Seiten hin Genüge geschehen und die unter obiger Voraussetzung dennoch erfolgende Ablehnung jener Aufforderung auch für Deutschland einen Anlass zur Dazwischenkunft begründen.

„Die königliche Regierung gibt sich daher gern der Hoffnung hin, dass die hohen kontrahirenden Kabinette sich in der Lage befinden werden, in diesem Punkte der Bundesversammlung solche Eröffnungen zu machen, welche die diesseitige Regierung in den Stand setzen, dafür zu stimmen, dass der Bund sich auch

diesen Theil des Bündnisses aneigne. Zu besonderer Beruhigung gereicht es der königlichen Regierung, aus dem zweiten Absatze des Einzigen Artikels zu ersehen, dass die daselbst in Aussicht genommene, das weitere Verfahren bedingende Antwort Gegenstand der Erwägung von Seite der beiden Kabinette sein wird, wodurch zugleich dem accedirenden Bunde eine entsprechende Betheiligung geboten wird.

„Die königliche Regierung setzt hiebei als sich von selbst verstehend voraus, dass der Deutsche Bund nach erfolgtem Beitritte zum Bündnisse bei allen ferneren Verhandlungen in seiner Eigenschaft als Gesamtmacht durch eigene Bevollmächtigte vertreten sein wird — wie denn eine solche Betheiligung in Bezug auf die späteren Friedensverhandlungen durch Artikel 49 der Wiener Schlussakte ohnehin als gesichert betrachtet werden darf. Die königliche Regierung hofft, dass diese Betheiligung des Bundes dazu beitragen wird, neben der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts auch die übrigen deutschen Interessen zu wahren, welche theils die materielle Wohlfahrt des Gesamt-Vaterlandes, die Blüthe deutschen Handels und Gewerbfleisses umfassen, theils auf religiösen und nationalen Sympathien ruhen. Zu jener rechnet die königliche Regierung die vollständige Freiheit der Schifffahrt und des Handels auf den Gewässern, welche zum Schwarzen Meere führen; zu diesen einen wirksamen allseitig verbürgten Schutz der unter der türkischen Herrschaft lebenden christlichen Bevölkerungen und nicht minder die schon dem Grundsatze der Erhaltung der territorialen Verhältnisse des Orients entsprechende unverletzte Fortdauer des Königreichs Griechenland, dessen deutsche Dynastie gerechte Ansprüche auf eine warme Theilnahme Deutschlands hat. Indem die königliche Regierung nun der gefälligen Vorlage des Bündnisses vom 20. April d. J. an die Bundesversammlung nebst einer Erklärung über die hier entwickelten Grundlagen für den Beitritt des Bundes entgegensieht, hegt sie den aufrichtigen Wunsch, durch Beschleunigung dieses Beitrittes die volle Uebereinstimmung um

das innige Zusammenhalten des gesamten Deutschlands unter den Gefahren der Gegenwart bethätigt zu sehen. So bereitwillig die königliche Regierung jedes hiefür nöthige Opfer bringen wird, so schliesst sie sich doch lebhaft dem von den hohen kontrahirenden Höfen ausgesprochenen Wunsche an, dass es ihnen gelingen möge, jede Betheiligung an dem ausgebrochenen Kriege zu vermeiden und zugleich zur Wiederherstellung des allgemeinen Friedens beizutragen. Sie hält fest an der Zuversicht, dass den hierauf gerichteten Bestrebungen Oesterreichs und Preussens der gehoffte Erfolg nicht fehlen wird, wenn dieselben die vereinte Machtstellung ihrer Staaten und des Deutschen Bundes in das Gewicht der Vermittlung legen und den kriegführenden Theilen, welche selbst sich zu friedlichen Ansichten bekennen, eine nach beiden Seiten hin billige Ausgleichung darbieten.

„Der Unterzeichnete ersucht den Herrn Gesandten etc. vorstehende Erklärungen zur Kenntnis seiner höchsten Regierung bringen zu wollen und benützt etc."

(Unterschrift.)

Ueber die Bamberger und deren identische Note, die den Gedanken der Trias zum ersten Mal und in ganz präsentabler Weise zur Erscheinung brachte, wurde in Berlin zwar anfangs die Nase gerümpft, allein sehr bald zeigte es sich, dass dieselbe für Preussen eine sehr annehmbare Anlehnung biete, und einige Monate später waren Pfordten und ich in Berlin sehr willkommene Gäste. Nahm man in Wien die Note kühl, aber nicht unfreundlich auf, so erregte sie dagegen grossen Zorn in England, und Lord Clarendon, der damalige Minister des Aeussern, fand sich gemüssigt, seinem Unmuth in einer Depesche Luft zu machen, welche nur nach Dresden, nicht an die anderen in Bamberg vertreten gewesenen Regierungen, gerichtet wurde. Ich zögerte nicht, diese Eröffnung, die ich als unberechtigte Einmischung in innere Angelegenheiten des Deutschen Bundes betrachtete, in einer an den sächsischen Gesandten in London gerichteten Depesche zurückzuweisen, welche ich nachstehend folgen lasse. Sie

erschien bald darauf, ohne mein Zuthun, in der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“:

„Mr. Forbes m'a donné lecture d'une dépêche de Mr. le comte de Clarendon, concernant les conférences de Bamberg, qui semblent avoir causé un vif déplaisir à Sa Seigneurie. Vous connaissez, Mr. le comte, les résultats de ces conférences. Nous n'avons eu jusqu'ici aucune raison de les regetter, et les doutes mêmes qui auraient pu naître à ce sujet, ont entièrement disparu à la suite de la réponse des cabinets de Vienne et de Berlin à la note que les huit cours représentées à Bamberg leur avaient présentée.

„Quelque satisfaisante que soit ainsi la solution de la question qui restait à régler entre les deux grandes puissances et les autres états de la confédération appellés à accéder au traité du 20 avril, nous n'en serions pas moins disposés à tenir compte des susceptibilités du cabinet britannique, dont le jugement ne saurait nous être indifférent, et à lui fournir telles explications qui fussent de nature à l'éclairer sur les intentions qui nous ont guidés, si les représentations que Mr. Forbes s'est trouvé chargé de nous faire, avaient été revêtu des formes analogues à la dignité que tout gouvernement souverain, qu'elle que soit l'étendue du pays qu'il représente, doit être jaloux de faire respecter.

„Le langage que Mr. le comte de Clarendon a cru devoir nous tenir est tel qu'il fallait tous les égards que nous devons au gouvernement de Sa Majesté britannique, pour nous décider à ne pas préférer le silence à une réponse. Cependant, afin de faire de cette dépêche l'objet d'un examen consciencieux, j'en ai demandé au Ministre d'Angleterre une communication écrite. Mr. Forbes ne s'y est pas cru autorisé. Il me semble que, lorsqu'un gouvernement ne craint pas d'entrer dans de pareilles explications avec un gouvernement étranger, et qu'il va même, ainsi que je l'ai appris depuis — car la dépêche a été communiquée ailleurs par les Missions britanniques — à donner à ses accusations du retentissement, il serait au moins juste de mettre le gouvernement à

qui s'adressent des reproches aussi graves, en mesure de les peser mûrement et d'y opposer une défense raisonnée. J'ai dû me contenter d'une seconde lecture et d'imprimer le mieux possible dans ma mémoire les principaux passages de la pièce en question.

„Mr. le comte de Clarendon se flatte que les États representés à Bamberg recevront une réponse, qui sera proportionnée à leur intervention mal inspirée („*ill-advised interference*". Vous voyez que par ma traduction je cherche à adoucir le mot). Cette réponse est aujourd'hui connue de tout le monde. Nous ignorons si le Cabinet britannique en est satisfait, ainsi que nous l'espérons sincèrement; ce qui est bien certain, c'est qu'elle nous satisfait, et qu'il en résulte clairement que les deux grandes puissances allemandes n'ont trouvé dans la note que nous leurs avions adressée, aucun sujet d'y voir une intervention mal inspirée; et cependant s'il y avait eu lieu à nous faire un pareil reproche — Mr. le comte de Clarendon sera assez juste pour le reconnaître — c'eût été bien plutôt aux Cabinets de Vienne et de Berlin à nous l'adresser. Mais indépendamment du blâme que notre conduite paraît avoir encouru à Londres, j'ai quelque peine à m'expliquer ce qui a pu amener Lord Clarendon à y voir une intervention quelconque. La question que l'on appelle la question d'Orient a été débattue à différentes reprises dans des conférences auxquelles la Confédération germanique est restée étrangère, et je ne sache pas qu'aucun des gouvernements allemands de second ordre se soit permis d'intervenir dans ces débats. C'est à la suite d'un traité conclu entre l'Autriche et la Prusse, et d'une invitation que ces deux puissances ont adressée aux autres États de l'Allemagne, que ceux-ci ont été mis en demeure de se prononcer sur une question fédérale. Il s'agissait donc de remplir à la fois un devoir, et d'user d'un droit, dans l'exercice duquel nous ne saurions reconnaître à aucune puissance étrangère le pouvoir de nous imposer des limites, ni admettre une intervention fût-elle la mieux inspirée.

„Je ne puis passer ici sous silence que l'Envoyé de France

m'a également communiquée une dépêche de son Gouvernement à la suite des conférences de Bamberg, et je me plais à constater que dans cette dépêche, portant le cachet d'une politesse exquise, Mr. Drouyn de Lhuys s'est abstenu de tout commentaire sur les résolutions de Bamberg, et s'est borné à relever un seul point, savoir la faculté que nous avions revendiquée pour la Confédération d'être représentée dans les negociations ultérieures. C'est là une question que nous ne croyons pas douteuse, mais dont une discussion même anticipée devait nous paraître parfaitement convenable.

„En répassant dans ma mémoire la suite de la dépêche de Mr. le comte de Clarendon, j'arrive à des reproches qui s'adressent plutôt à la Russie qu'à nous-mêmes. Cette puissance est accusée d'avoir de tout temps semé la discorde en Allemagne, et d'effrayer les Gouvernements allemands par le fantôme de la révolution. Sans prétendre faire l'avocat de la Russie, comme nous le reproche un autre passage de la dépêche, il m'est difficile de trouver la première de ces accusations tout-à-fait juste, en songeant à la manière dont la Russie est intervenue dans les affaires de l'Allemagne pendant les années où des complications intérieures menaçaient l'union et la paix de l'Allemagne, et où tous les efforts du Cabinet de St. Pétersbourg tendaient à aplanir les différends survenus entre les deux grandes puissances allemandes.

„Quant à la révolution dont la Russie se servirait avec nous comme d'un épouvantail, personne mieux que moi n'a été à même d'en connaître la portée. Appellé aux affaires au commencement de l'année 1849, je m'assis en face du fantôme dont les formes se dessinaient très-nettement autour de moi; et deux mois plus tard je le vis ensanglanter pendant six journées consécutives les rues de Dresde.

„J'ai appris alors comment il faut s'y prendre avec le spectre, et les souvenirs de cette époque m'autorisent à répondre à Lord Clarendon, qu'on peut très-bien croire à l'existence du fantôme, sans être soupçonné de le redouter. Il est vrai que Lord Claren-

don dans la même dépêche nous fait observer comment il n'y a rien à craindre de la révolution aujourd'hui que l'Autriche est alliée avec l'Angleterre et la France. Je serais le premier à repousser les conclusions malveillantes que l'on pourrait tirer de cette combinaison, mais ce que je ne puis admettre non plus qu'avec une certaine réserve, c'est que la révolution soit désarmée, comme nous le dit également Lord Clerendon, par la politique populaire des grands Cabinets. L'expérience des années 1848 à 1849 nous a laissé de trop graves leçons, pour ne pas nous méfier de cette déroute apparente des parties revolutionnaires en présence de l'initiative des Gouvernements. Mais, suivant la dépêche de Lord Clarendon, c'est la Russie qui, après avoir prêché la crainte de la révolution, s'est chargée de la patroniser, de la faire elle-même, car déjà ses agents parcourent la Grèce et la Hongrie pour fomenter des troubles. Je n'ai pas de notions particulières sur ce qui se passe dans ces deux pays; mais placé par la confiance du Roi à la tête du Ministère de l'Intérieur et de l'administration de la Police, j'ai été à même d'observer les allées et venues des agents révolutionnaires en Allemagne, et je dois dire que le pays d'où ils nous venaient, n'était point la Russie, et que les passeports dont ils se trouvaient munis n'étaient point des passeports russes. Il y a ensuite une considération dont je ne puis pas entièrement me défendre. S'il est vrai que c'est la Russie qui patronise la révolution: comment se fait-il que les partis qui ont chance d'y gagner et qui y travaillent sourdement et ouvertement depuis des années, ne cessent de prêcher la guerre contre cette puissance?

„Qu'on me pardonne ces digressions; je conviens qu'elles ont aussi peu de rapport avec la grande question du moment qu'il n'y en avait entre la note de Bamberg et notre prétendue peur de la révolution.

„Malheureusement il me reste à répondre à des attaques infiniment plus directes et plus graves. Lord Clarendon nous accuse littéralement: ‚d'être aveuglés au point de ne pas comprendre

que dans une grande crise les petites jalousies doivent se taire, et de sacrifier les intérêts de l'Allemagne à des intrigues russes.' Je serais curieux de savoir ce qui a pu autoriser Mr. le comte de Clarendon à nous reprocher de petites jalousies, et à expliquer notre manière d'envisager les intérêts de l'Allemagne — matière dans laquelle, par parenthèse, nous croyons le dernier des gouvernements allemands meilleur juge que l'Étranger — par des intrigues dont nous serions ou dupes ou complices. Lord Clarendon n'a pas jugé à propos de citer un seul fait ou acte à l'appui de pareilles suppositions, et, en effet, il lui aurait été difficile d'en trouver. Une accusation lancée aussi légèrement rend toute défense inutile; nous ne pouvons que la regretter profondément.

„Il en est de même du reproche qu'on nous adresse, enfin, d'avoir donné à l'Europe le spectacle de l'Allemagne désunie. Les faits mêmes y répondent mieux que ne le pourrait une défense éloquente. L'union de l'Allemagne n'a jamais été mieux assurée qu'elle ne l'est dans ce moment, et jamais le principe fédéral n'a fait de meilleures preuves. Les deux grandes puissances allemandes ont témoignées par leur déclaration du 16 juin combien elles tiennent à relever la constitution fédérale et à respecter la position indépendante des autres États confédérés; et ceux-ci à leur tour, en se ralliant aux deux Puissances, après un examen mûr et consciencieux de leurs propositions et avec l'intention bien marquée de placer le but de l'union allemande audessus de toute autre considération, ont rempli dignement leur tâche comme États indépendants et comme Confédérés.

„Nous ne craignons donc point les souvenirs de Bamberg, dont la dépêche de Lord Clarendon finit en quelque sorte par nous menacer. Nous n'avons jamais eu d'autre prétention que de faire un acte allemand; ce n'est pas nous qui nous plaçons sur le terrain européen. Si on nous y appelle, nous avons le ferme espoir que le même esprit de justice et d'équité qui a déjà

dicté le jugement de l'Allemagne, prévaudra également dans les conseils de l'Europe.

„Je terminerai par une dernière réflexion. Vous savez que la note de Bamberg fût concertée et adoptée par huit Gouvernements allemands; d'après ce qui me revient, la dépêche que m'a communiqué Mr. Forbes n'a été adressée qu'au Gouvernement du Roi seul. Je ne demande pas d'explications de ce fait. Ce qui précède vous prouvera que nous ne reculons pas devant la responsabilité d'un acte dont nous sommes solidaires.

„Vous savez, Mr. le Comte, quel prix le Gouvernement du Roi attache à des sentiments bienveillants du Gouvernement de la Reine; vous concevez donc aisément combien ces explications ont dû m'être pénibles; mais je suis certain qu'elles ne déplairont pas au Cabinet de Sa Majesté britannique. Le Gouvernement anglais, si jaloux de faire respecter partout le droit et d'empêcher qu'il n'y soit portée atteinte, ne voudra pas nous faire un crime de tenir au nôtre; et Lord Clarendon avec son esprit éclairé et impartial, loin de s'offenser de notre franchise, y verra l'empreinte de la vérité, et regrettera, j'en suis sûr, de nous avoir supposé des mobiles qui nous sont étrangers.

„Vous donnerez lecture de cette dépêche à Mr. le comte de Clarendon, et vous êtes autorisé à en donner copie, si elle vous était demandée.

„Recevez etc." (signature.)

Von meinen Bamberger Kollegen wurde die Depesche mit Jubel begrüsst, aber auch in der deutschen Presse fand sie, trotz der damals vorherrschenden westmächtlichen Strömung, nicht unsympathische Beurtheilung. Man fühlte, dass ich nicht als Minister von Sachsen, sondern als Vertreter eines Mitgliedes des Bundes geschrieben hatte. Fürst Gortschakow, damals Gesandter in Wien, war voll des Lobes über das *„chef d'œuvre de fine ironie"*, nicht ahnend, dass ich ihm selbst fünf Jahre später, als er die deutschen Regierungen ebenfalls belehren wollte, wie sie sich

während des italienischen Kriegs zu verhalten hätten, die zweite Auflage widmen werde.

Nicht ohne Interesse aber ist das Urtheil des damaligen preussischen Bundestags-Gesandten Herrn von Bismarck. In dem nachträglich erschienenen vierten Band von Poschinger's „Preussen am Bundestag" findet sich ein Schreiben des Herrn von Bismarck an den Minister von Manteuffel, in welchem es heisst: „Haben Sie die Depesche Beust's nach London gelesen? Sie ist sehr gut geschrieben und würde noch besser sein, wenn Sachsen stärker wäre." Abgesehen von der kleinen Bosheit, die sich in diesen Worten Luft macht, wird damit der Mangel jeden Verständnisses für den Staatenbund, wie er sein soll und wie er sein kann, anschaulich. Die Note war die Antwort nicht der sächsischen Regierung als solcher, sondern die Zurückweisung unberufener Einmischung des Auslandes in die Angelegenheiten des Bundes, wozu der Minister des „kleinen Sachsen" sich nicht vorgedrängt hatte, sondern wozu er genöthigt und verpflichtet war, nachdem die betreffende auswärtige Regierung sich ausschliesslich an seine Adresse gewendet hatte. Ob Sachsen grösser oder kleiner war, hatte dabei gar keine Bedeutung. Ich aber habe um so mehr Grund es zu schätzen, dass trotzdem dass Sachsen seitdem nicht grösser wurde, meiner damaligen Depesche die Ehre widerfuhr, in dem letzten Bande von Poschinger jetzt abgedruckt zu werden.

XVI. Kapitel.

1854—1856.

Krimkrieg, Fortsetzung. — Eine Aufklärung. — Oesterreich an der Schwelle des Krieges. — Die geheime Januar-Depesche. — Gastein und Graf Buol. — Meine erste Begegnung mit Napoleon III. — Meine Korrespondenz mit Graf Nesselrode. — Die Mission des Baron Seebach nach Petersburg. — Der Pariser Frieden.

Es ist nicht meine Aufgabe, die verschiedenen, den Zeitgenossen noch in frischem Andenken gebliebenen Episoden des

damaligen Orientkrieges an der Hand meiner eigenen Erinnerungen vorzuführen. Dagegen kann es von Interesse sein, die Umstände kennen zu lernen, welche mir zu genauerer Beobachtung, zeitweise sogar zu eingreifender Thätigkeit und endlich auch zu einem Einblick in weniger Bekanntes den Anlass boten. In letzterer Beziehung ist das Nachstehende nicht werthlos.

Bekanntlich erfolgte die türkische Kriegserklärung und der Eintritt der Westmächte in die kriegerische Aktion, nachdem das von der Wiener Konferenz formulirte Abkommen, welches Russland als goldene Brücke zum Rückzug dienen sollte, in Petersburg verworfen worden war. Man hat aus dieser Verwerfung dem Kaiser Nikolaus den schwersten Vorwurf gemacht, während in Wirklichkeit ihn ein solcher nicht hätte treffen sollen. Ich habe in einem früheren Kapitel meiner persönlichen Beziehungen zu dem russischen Reichskanzler, Graf Nesselrode, gedacht. Nach seinem Rücktritt, welcher sich dem Pariser Frieden unmittelbar anschloss, kam Graf Nesselrode abermals nach Dresden, und wir besprachen wiederholt das Vergangene, und da hat er einmal gegen mich das offenherzige Bekenntnis abgelegt, dass der Kaiser Nikolaus geneigt war, die Wiener Propositionen anzunehmen und dass er, der Reichskanzler, die Annahme verhindert habe, welche er mit der Würde des Kaisers unvereinbar hielt. Ich glaube mit dieser Indiskretion das Andenken des von mir hochgeschätzten Staatsmannes, welcher sich in schweren Zeiten um die zwei Kaiser, denen er diente, Alexander I. und Nikolaus, unvergessliche Verdienste erworben hat, in keiner Weise zu schädigen. Wie ich aber auf der einen Seite meinem, wie ich hoffe stets objektiven und sachlichen Urtheil über Andere keine Schranken setze, so benütze ich gerne jeden Anlass, der sich mir bietet, um ungerechte Anklagen, die sich gegen Andere richten, zurückzuweisen. Man ist im Allgemeinen gegen Kaiser Nikolaus mehr eingenommen als unbefangen gewesen. Ob die jetzigen Zustände Russlands als eine Folge seines Regierungssystems betrachtet werden dürfen, oder ob sie nicht vielmehr

als Beleg dafür dienen können, dass dieses System ein nothwendiges war, ist eine offene Frage; aber vergessen sollte man nicht, besonders nicht in Oesterreich, dass Kaiser Nikolaus ein entschiedener Gegner aller panslavistischen Bestrebungen war, indem er, was leider von seinem Nachfolger nicht gesagt werden konnte, sich der Einsicht nicht verschloss, dass ein Staat mit absoluter Regierungsform am wenigsten revolutionäre Umtriebe in anderen Ländern begünstigen könne, ohne damit den Keim zu gleicher Bewegung im eigenen Lande zu legen.

Alma und Inkerman waren geschlagen, Sewastopol jedoch befand sich in dem ersten Stadium einer einjährigen Belagerung. In diese Zeit fällt die österreichisch-westmächtliche Dezember-Konvention, welcher bald darauf die geheime österreichische Januar-Depesche an die deutschen Mittelstaaten folgte; geheim blieb sie leider nicht, denn wir finden sie in den damaligen Berichten des königl. preussischen Bundestags-Gesandten, Herrn von Bismarck-Schönhausen, mit Vorliebe besprochen. Es gehört — ich muss es leider aussprechen — zu den bedauerlichsten Rückblicken, dass Oesterreich, dessen stärkste Waffe gegen die preussische Verdrängungs-Politik die strenge Aufrechterhaltung der deutschen Bundesverfassung war, selbst daran wiederholt rüttelte. Jene Depesche vom 14. Januar 1855 bedeutete einen doppelten Bundesbruch, einmal, indem deutsche Regierungen aufgefordert wurden, sich einer kriegerischen Aktion, im Widerspruch mit ihrer Bundespflicht, anzuschliessen, und alsdann, indem der Preis des Anschlusses auf Kosten anderer Bundesglieder geboten wurde, denn nachdem man österreichischerseits schwerlich geneigt war, Bayern ein Stück Tyrol und Sachsen ein Stück Böhmen zu überlassen, Bayern aber eben so wenig als Sachsen von einer Arrondirung in Bessarabien oder in Polen zu profitiren in der Lage war, so musste das Erwerbungs-Objekt in Deutschland selbst gefunden werden. Der — ich kann es nicht oft genug wiederholen — in Oesterreich nie genug gewürdigten rücksichtsvollen Gesinnung des Königs Friedrich Wilhelm IV. hatte

man es zu danken, dass preussischerseits in jener Zeit nicht mehr Kapital aus der Wiener Januar-Depesche geschlagen wurde; der Eindruck jedoch, welchen der gethane Schritt in den Regierungskreisen hervorbrachte, war ein nachhaltiger, hinderte aber leider nicht, dass einige Jahre später man sich in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, diesmal im Verein mit Preussen, über den Bund hinwegsetzte und dadurch das Schicksal des Bundes zugleich mit dem eigenen besiegelte.

Erwähnenswerth bleibt, dass von Seite keiner deutschen Regierung ein Eingehen auf die Januar-Depesche erfolgte. In Dresden lehnte man in der rücksichtsvollsten Form, aber entschieden ab.

Ich habe in dem vorausgehenden Kapitel die Ansicht zu begründen versucht, dass für Oesterreich die beste Politik gewesen wäre, entweder von Hause aus, ehe noch die Westmächte sich einmischten, durch ein entschlossenes Einrücken in die Donau-Fürstenthümer Russland aktiv entgegen zu treten, oder, nachdem dies nicht geschehen war, unter Benützung der persönlichen Gesinnung König Friedrich Wilhelms IV. und unter Vermeidung jedes Abkommens mit den Westmächten im Vereine mit Preussen und dem Bunde eine Neutralitäts-Politik konsequent zu verfolgen, wobei die Führung naturgemäss und unbestritten Oesterreich zufiel, wie denn auch ein Eintreten im rechten Moment keineswegs ausgeschlossen war. Eine solche Politik konnte aber nur dann von Nutzen sein, wenn sie rechtzeitig ins Werk gesetzt wurde, nicht aber nachdem man schrittweise, während eines ganzen Jahres, mehr und mehr sich davon entfernt und mit jedem Tage mehr dem Eintreten in den effektiven Krieg sich genähert hatte. Hätte man zu dieser Zeit sich für den Eintritt in den Krieg entschieden, so wäre es viel eher zu begreifen gewesen, und dass man ernstlich daran dachte, beweist die eben erwähnte Januar-Depesche. Es ist nicht uninteressant, die in jenen Zeitpunkt fallenden Depeschen Bismarck's zu lesen. Die Eventualität eines österreichisch-russischen Krieges wird ins Auge gefasst, nicht

minder aber auch die Möglichkeit eines preussisch-russischen Bündnisses. Ueber die letztere Kombination erlaube ich mir kein Urtheil, dagegen bin ich nicht der Meinung, dass ein korrekter Appell Oesterreichs an den Bund ein unbedingt vergeblicher gewesen sein würde.

Zu den hervorragenden, einen Monarchen besonders ehrenden Charakter-Eigenschaften des Kaisers Franz Joseph gehört eine entschiedene, sich nie verleugnende Selbstlosigkeit. Ich habe in mehr als einem Fall mich davon zu überzeugen Gelegenheit gehabt, aber auch Beweise davon in einer weiter zurückliegenden Zeit gefunden. Dass der Kaiser sich während der Orientkrise einer auf den Krieg hindrängenden Einwirkung enthielt, zeugt von seiner grossen Gewissenhaftigkeit, denn es kann kaum ein Zweifel darüber obwalten, dass, hätte er den persönlichen Wunsch der Theilnahme am Kriege in die Wagschale geworfen, es unfehlbar zum Kriege gekommen sein würde. Und doch lag die Versuchung nahe für einen jungen Herrn, der mit Leib und Seele Soldat war und neben sich eine sieggewohnte Armee von unbezweifelter Tüchtigkeit hatte.

Der Eintritt Oesterreichs in den Krieg wurde bald darauf zu einer vertagten Frage und sie wäre erst dann wieder akut geworden, wenn Sewastopol noch länger sich gehalten hätte. Spät genug, im Monat September 1855, gelang endlich die Einnahme des Platzes und der Zufall wollte, dass ich es war, durch den Graf Buol die erste Nachricht davon erhielt. Der damalige Minister des Aeussern hatte sich mit seinem Kollegen, dem Baron Bach, auf einige Tage zur Erholung in das Gebirg begeben und sich jede Behelligung mit Wiener Depeschen verbeten. Wir trafen in dem kleinen Marktflecken Golling des Abends zusammen. Ich kam von Gastein und brachte von da, dank der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“, die Kunde von dem Falle Sewastopols. Meine Absicht war, am nächsten Morgen frühzeitig aufzubrechen, Graf Buol überraschte mich aber in der sechsten Stunde durch einen längeren Besuch, der bestimmt war, mir noch einmal den

österreichischen Standpunkt klar zu machen. Aus dieser Unterredung sind mir zwei merkwürdige Aussprüche in der Erinnerung geblieben. Nach dem einen Ausspruch hatte Oesterreich die Donau-Fürstenthümer bereits in der Tasche, in der sie sich allerdings bereits befanden, aus welcher man aber sich beeilte sie herauszunehmen [1]), der andere ging dahin, dass Oesterreich nie gegen Frankreich einen Krieg führen werde.

Bald nach jener Begegnung — es war im Oktober des Jahres 1855 — begab ich mich nach Paris zur Besichtigung der damaligen ersten Pariser Ausstellung. Minister von der Pfordten folgte meinem Beispiele und wir trafen dort zusammen, ohne vorherige Verabredung. In St. Cloud hatten wir Audienzen bei dem Kaiser Napoleon und wurden wiederholt zur Tafel gezogen.

Den Kaiser hatte ich acht Jahre früher als geflüchteten Gefangenen von Ham unter sehr verschiedenen Verhältnissen in London gesehen. Ich habe in einem früheren Kapitel daran erinnert, das Prinz Louis Napoleon 1847 in einem englischen Club mit drei schwarzen Kugeln ausballotirt wurde und ein Jahr darauf sechs Millionen Stimmen für sich hatte. In gleicher Weise trat mir der Vergleich zwischen jetzt und sonst entgegen, denn unwillkürlich musste ich des Abends gedenken, wo ich den Prinzen Louis Napoleon in dem Hause des Herzogs von Beaufort vergebliche Versuche machen sah, einer dort erschienenen Prinzessin des königlichen Hauses vorgestellt zu werden. Der Kaiser war in Uniform, eine Kleidung, welche bei seinem grossen Oberkörper und seinen verhältnismässig kurzen Beinen am wenigsten vortheilhaft war. Was bei ihm manche Mängel der äusseren Erscheinung ausglich und einen sehr gewinnenden Eindruck hervorbrachte, war der Klang seiner Stimme, durch welchen ich in späteren Jahren und zuletzt während seines englischen Exils

---

[1]) Zu vergleichen was über diesen Gegenstand im zweiten Abschnitt bei Gelegenheit der kaiserlichen Orientreise 1869 gesagt ist.

mich immer angezogen gefühlt habe. Nach dem Diner in St. Cloud hatte ich eine längere Unterredung mit dem Kaiser, welcher mit mir längs des Billards auf- und abging. Ich hatte auf der Hinreise nach Paris mich in Frankfurt einige Tage aufgehalten und daselbst eine Unterredung mit dem Baron Brunnow, damaligen russischen Gesandten am Bundestage, gehabt. Brunnow, von dem ich noch öfters zu sprechen Gelegenheit haben werde, war bis zum Ausbruche des Krimkrieges russischer Gesandter in London, wohin er nach dem Frieden zurückkehrte und wo ich ihn in meiner Eigenschaft als sächsischer Minister-Resident gekannt hatte. Er nun sagte mir, auf Grund erhaltener Instruktion, seine Regierung werde zu dem Friedensschluss gern die Hand bieten, zweierlei aber nicht acceptiren, nämlich Kriegsentschädigung und Gebietsabtretung. In Folge erhaltener Ermächtigung machte ich davon Gebrauch, und der Kaiser Napoleon gab mir die Versicherung, dass von beiden nicht die Rede sein solle, dafern Russland sich beeile die Neutralisation des Schwarzen Meeres anzunehmen. Sobald ich in Dresden zurück war, schrieb ich ohne Zeitverlust einen längeren Brief an den Grafen Nesselrode und legte ihm dringend ans Herz, einen dem französischen Verlangen entsprechenden Schritt zu thun. Meiner Ueberzeugung gemäss entwickelte ich die Ansicht, dass Russland ohne Bedenken eine Beschränkung sich gefallen lassen könne, welche ihrer inneren Unhaltbarkeit wegen auf die Länge nicht aufrecht erhalten werden könne, denn es sei gegen die Natur der Dinge, einem Reich von achtzig Millionen Einwohnern zu verbieten, in seinen eigenen Gewässern Kriegsschiffe zu haben. „Ich bin gewiss," setzte ich hinzu, „dass nicht zehn oder zwölf Jahre vergehen werden, ohne dass sich ein Berufener findet, um die Aufhebung dieses Artikels zu beantragen." Dieser Berufene wurde ich selbst, denn genau zwölf Jahre später brachte ich als österreichischer Minister die Aufhebung in Anregung, freilich nur als Kompensationsobjekt und ohne Russland das Recht einseitiger Aufhebung zuzugestehen.

Es ist ein wahres Missgeschick, dass das Konzept jenes Briefes im Dresdener Archiv, aller Nachforschungen ungeachtet, nicht zu finden gewesen ist. Dagegen hat sich die Antwort des Grafen Nesselrode gefunden. Sie ist Beilage des gegenwärtigen Kapitels in Verbindung mit einem von mir an den damaligen russischen Gesandten in Berlin, Baron Budberg, und einem zweiten an Graf Nesselrode gerichteten Schreiben. Die Erwiderung war, wie man sieht, eben so eingehend als verbindlich, aber sie lehnte das empfohlene Entgegenkommen ab. Während dieses Zögerns kam man in Wien auf den, meiner Ansicht nach, für Oesterreich nicht minder als für Russland verderblichen Gedanken, eine Gebietsabtretung in Bessarabien vorzuschlagen, welche, hätte sie sich auf die westlichen Donauufer beschränkt, eine Rechtfertigung hätte finden können, was nicht der Fall war, so weit es sich darum handelte, an die Stelle der natürlichen Flussgrenze des Pruth eine unnatürliche Landgrenze zu setzen. Nichts hat mehr die russische Verbitterung und Feindschaft verschärft, als diese Zumuthung, von der man wusste, dass sie weder von Frankreich noch von England verlangt wurde und in welche man zuletzt sich fügen musste.

Wer sich die Mühe nehmen will, die oben erwähnte Erwiderung des Grafen Nesselrode mit Aufmerksamkeit zu lesen, der wird sehr bald erkennen, wie weit man in Petersburg auch nach Sewastopols Fall noch entfernt war, den Frieden ernstlich zu wollen. Dass man sich endlich entschloss, die zwischen London, Paris und Wien vereinbarten Friedenspräliminarien anzunehmen, davon durfte das kleine Dresden einen nicht geringen Theil des Verdienstes beanspruchen. Es geschah auf den ausdrücklichen Wunsch des Kaisers Napoleon, dass Baron Seebach, der damalige sächsische Gesandte in Paris und Schwiegersohn des Grafen Nesselrode, nach Petersburg geschickt wurde, um, so zu sagen, seinem Schwiegervater einzuheizen.

Dass diese Mission von entscheidendem Erfolge gewesen,

wurde damals allseits anerkannt [1]). Mit ihr endigte meine Betheiligung an den dem Orientkriege angehörenden Verhandlungen. Dass der Pariser Friede eine für mich nicht erreichbare Höhe geblieben ist, konnte für mich kein Gegenstand des Bedauerns sein. Dieses Friedensinstrument wird in den Annalen der Diplomatie als ein Meisterstück gelten, wie man es anzufangen hat, um den Verlauf des vorausgegangenen Krieges als das Gegentheil dessen darzustellen, was geschehen ist, und um für die Zukunft das Gegentheil von dem zu erreichen, was Zweck des Vertrages sein sollte.

Einer der thätigsten Mitarbeiter bei dem Vertrag, der französische Botschafter in Wien, Baron Bourqueney, besuchte mich auf der Rückreise nach Wien und gab seiner innersten Befriedigung mit den Worten Ausdruck: „*Quand vous lisez ce traité, vous vous demandez, quel est le vaincu, quel est le vainqueur?*“

Hiemit hatte es seine volle Richtigkeit. Wer, ohne die Ereignisse zu kennen, den Pariser Vertrag liest, muss in der That glauben, Russland habe eben so viel gesiegt wie die Westmächte, und die Türkei habe mit eigenen Kräften und ohne fremde Hülfe sich des russischen Angriffes erwehrt. Dies mag als Akt humanitärer Einkleidung gepriesen werden, politisch war es ein Missgriff von nicht geringer Tragweite. Nachdem man es unterlassen hatte, in Betracht der der Türkei geleisteten Hülfe das Loos der Christen und die damit in Verbindung stehenden Reformen zum Gegenstande vertragsmässiger Stipulationen zu machen, nachdem man sich begnügt hatte, von den diesbezüglichen gnädigen Absichten des Sultans Akt zu nehmen, musste man wenigstens darauf denken, die Bethätigung dieser wohlwollenden Absichten im Auge behalten und sicherstellen zu können. Nun

[1]) Kladderadatsch-Räthsel:

Mein erstes is e jrosses Wasser,
Mein zweetes is e kleenes Wasser
Und's Janze is der europäische Friede.

war aber gerade das Eigenthümliche dieses Vertrages, dass man allseitig die Erhaltung des ottomanischen Reiches als eine europäische Notwendigkeit erkannte und sich für dessen Fortbestand verbürgte (England, Frankreich und Oesterreich thaten es auch durch Spezialvertrag), während man gleichzeitig sich gegenseitig anheischig machte, sich in die inneren Angelegenheiten dieses Reiches nicht einzumischen. Die unausbleibliche Folge war, dass, als im Jahre 1877 die Eventualität der Bedrohung dieses Reiches durch einen der Paciscenten sich verwirklichte, die andern Paciscenten für dessen Vertheidigung nichts zu thun für gut befanden, oder richtiger gesagt, nichts thun konnten und zwar mit Rücksicht auf die Aufführung des Garantirten, welcher die für die christlichen Unterthanen ertheilten Verheissungen nicht eingehalten und die Zinsenzahlungen für die europäischen Anleihen eingestellt hatte, was beides zu verhindern gewesen wäre, wenn man der von mir als österreichischem Minister 1867 gemachten Anregung Folge gegeben und sich zu einer Revision des Pariser Vertrages im Sinne europäischer Kontrole entschlossen hätte. Der zweite Abschnitt meiner „Erinnerungen“ verbreitet sich darüber ausführlicher.

Habe ich einen Gutsnachbar und es ist mir daran gelegen, dass sein Besitz nicht in andere Hände komme, so kann es geschehen, dass ich für ihn eintrete; was aber im gleichen Fall wohl niemals vorgekommen sein wird, ist, dass der, welcher dem bedrängten Nachbar Hülfe bringt, sich selbst die Einsicht in seine Geschäfte verbietet und ihn wirthschaften lässt, wie es ihm gefällt. Dies hat der vielberufene Artikel IX des Pariser Vertrags geleistet, und was sich vorhersehen liess, was erfolgte und nicht geahnt wurde, war, dass, während alle Mächte ausser Russland diesen Artikel IX gewissenhaft beobachteten, Russland, welchem hundert Wege zu Gebot standen, um es unbemerkt zu unterlassen, noch ungestörter als früher seine Fäden spinnen konnte.

A Son Excellence Monsieur le Baron de Beust.

St. Pétersbourg, le 14/26 novembre 1855.

Monsieur le Baron,

Je m'empresse de répondre à la lettre confidentielle que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'adresser le 12 novembre dernier, à son retour de Paris, et dont le contenu a fait l'objet de mes plus sérieuses méditations. Avant d'entrer dans le fond des questions traitées par vous avec une supériorité de vue et une lucidité de pensée si remarquables, j'éprouve le besoin de vous offrir tous mes remercîments du nouveau service rendu à notre cause par le voyage que vous avez entrepris à Paris. Nul plus que vous, Monsieur le Baron, n'était en mesure d'y faire entendre la vérité sur la seule politique que doit suivre l'Allemagne dans la conjoncture actuelle, pour sauvegarder à la fois son intérêt propre et celui de l'Europe toute entière. Si la franchise énergique de votre langage, loin de blesser l'Empereur des Français, nous a valu de sa part un accueil distingué et des marques de sa confiance, nous ne pouvons que nous féliciter de ce nouvel hommage rendu à la fermeté de vos principes et à la noblesse de votre caractère.

J'arrive maintenant à l'examen des dispositions pacifiques qui nous ont été témoignées et qui confirment, ainsi que vous l'avez constaté, les ouvertures faites par le Comte Walewski à Monsieur le Baron de Seebach.

Croyez bien, le Cabinet de St. Pétersbourg veut la paix, aussi sincèrement pour le moins qu'on la désire à Paris, et qu'il n'a pas tenu à lui de répondre plus explicitement aux manifestations du Cabinet des Tuileries que je ne l'ai fait dans la lettre ci-jointe au Baron de Seebach, destinée à être mise sous les yeux du Comte Walewski. J'y ajouterai quelques explications pour votre information particulière, en retour de votre confiance envers moi et de votre sympathie pour la Russie.

Vous me faites l'honneur de me dire qu'à Paris on n'a pas trouvé de solution du 3me point différente de celles qui furent discutées aux conférences de Vienne. Nous nous trouvons à l'égard de ce nœud de la question dans une position absolument semblable. Ce que nous avons repoussé aux conférences de Vienne, nous le repoussons encore aujourd'hui. Nous ne demandons, comme alors, que le maintien des droits de souveraineté sur notre territoire et la conservation de l'honneur et de la dignité du pays. En acceptant les quatre points préalables, comme bases de négociations, nous étions sans doute préparés

à de sacrifices, — le langage de nos Plénipotentiaires à Vienne et leurs déclarations officielles aux conférences en font pleinement foi, — mais après avoir vu nos différentes propositions rejetées par la conférence presque sans discussion, bien que les Plénipotentiaires alliés eussent reconnu que la meilleure paix serait celle qui concilierait l'honneur de la Russie avec l'intérêt de l'Europe et l'indépendance de la Turquie, est-ce bien à nous à faire de nouvelles propositions? Vous avez constaté vous même, Monsieur le Baron, combien l'Empereur des Français tient à l'alliance anglaise; n'est-il donc point à prévoir qu'avant d'entamer avec nous une négociation sérieuse, il fera part à son allié de nos propositions pour régler en définitive sa réponse sur l'accueil que nos ouvertures auront trouvé à Londres. Nous sommes si persuadés de l'intimité de cette alliance, que l'acceptant comme une nécessité dominant la situation, nous avons instruit le Baron de Seebach de faire remarquer dans ses entretiens avec le Comte Walewski, que nous ne prétendons nullement obtenir de la France des facilités pour la paix, qu'elle ne serait point certaine de voir adopter par son alliée.

Les difficultés qui s'opposent encore à la conclusion de la paix sont, d'après ce que je viens d'avoir l'honneur de vous exposer, en premier lieu dans la situation, indépendante de celle qui tiennent à la forme et à la substance du traité à venir, à l'égard desquelles, comme l'Empereur des Français, nous sommes également obligés de ne point dépasser certaines limites.

En vous faisant part, sans détour ni arrière-pensée, des reflexions que m'ont suggérés les pourparlers qui ont eu lieu à Paris il est presque superflu de vous faire observer que la présente réponse est aussi strictement confidentielle que l'a été votre lettre, pour laquelle je vous réitère ici me plus vives actions de grâce.

Veuillez les agréer, Monsieur le Baron, ainsi que l'assurance de ma haute considération et de mon invariable attachement.

(signé) Nesselrode.

A Son Excellence
Monsieur le Chancelier Comte de Nesselrode.

Dresde, le 9 décembre 1855.

Monsieur le Comte,

Je viens de recevoir par l'entremise de Monsieur le Baron de Budberg la lettre que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'écrire

à la date du 26 du mois passé, et je m'empresse de Lui en offrir mes remercîments bien sincères.

S'il m'est permis de regretter profondément de ne pas voir partagées par Votre Excellence les vues que j'ai osé Lui exposer, ma reconnaissance, je le sens, n'en doit être que plus vive, car c'est me donner un preuve bien précieuse de votre confiance, Monsieur le Comte, que d'accueillir, comme vous l'avez fait, des développements qui ne s'accordaient guère avec votre manière de voir.

Ce serait abuser de votre indulgence extrême que de revenir sur le sujet de ma lettre, car je ne dois pas oublier que c'est une décision suprême, sur laquelle est basée la vôtre.

Cependant Monsieur de Budberg ayant bien voulu entrer avec moi dans une discussion de la question, qui m'a si vivement préoccupé, j'ai pris la liberté d'user du droit de réplique en tâchant de justifier par des arguments puisés dans ma conviction la plus intime des conseils que je persiste à croire salutaire tant dans l'intérêt de l'Allemagne que de celui de la Russie.

Monsieur de Schrœder vient de s'acquitter des ordres que votre Excellence lui a transmis en dernier lieu par le télégraphe. J'ai cru pouvoir m'autoriser de ce message pour engager Monsieur de Budberg à communiquer à Votre Excellence ma lettre, s'il le jugeait convenable. Je ne suis pas homme à changer ni de principes, ni de sentiments, mais j'agis en conscience, et si la sagesse du Cabinet Impérial avait réussi à trouver une issue meilleure, personne n'en serait plus content que moi.

Veuillez agréer, Monsieur le Comte, l'assurance renouvelée de la plus haute considération avec laquelle j'ai l'honneur d'être

Monsieur le Comte

de Votre Excellence

(signé) Beust.

A Monsieur de Budberg, Ministre de Russie à Berlin.

Dresde, le 9 décembre 1855.

Monsieur le Baron,

Monsieur de Schrœder m'a exactement remis la lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser à la date du 3 du mois courant et à laquelle se trouvait jointe la réponse de Monsieur le Chancelier à celle que par votre obligeante entremise je m'étais permis de lui faire parvenir.

Lorsque j'eus l'avantage de vous voir ici, vous m'avez permis de vous exposer avec franchise mes vues sur les exigences de la situation actuelle; vous ne m'en voudrez donc pas de l'aveu que je vous fais en toute sincérité du découragement où m'a jeté la réponse du Comte de Nesselrode. Je me félicite aujourd'hui de ne pas trop m'être pressé de vous en écrire, car les nouvelles le plus récentes qu'on me dit avoir été transmises de Pétersbourg à Berlin par le télégraphe, me permettent d'entrevoir une lueur d'espérance pacifique qui ne perçait pas précisement travers les communications que je vous dois.

Malgré l'autorisation que les dernières lignes de votre obligeante lettre semblent m'en accorder, vous sentez bien, Monsieur le Baron, qu'il ne peut pas entrer dans ma pensée de continuer ma correspondance avec Monsieur le Chancelier à moins d'y être spécialement engagé par Son Excellence. Je dois comprendre que les ouvertures qui viennent de m'être faites ont pour base une décision suprême et je craindrais d'ailleurs d'abuser étrangement de l'indulgence que Monsieur le Comte de Nesselrode m'a encore témoignée cette fois-ci en accueillant de la manière la plus aimable des paroles qui ne s'accordaient guère avec sa manière de voir. C'est pour cette même raison que j'ai de nouveau recours à votre obligeance éprouvée, en vous priant d'être auprès de Monsieur le Chancelier l'interprète de ma vive et profonde reconnaissance.

Mais en même temps, Monsieur le Baron, vous me permettrez, je l'espère, de revenir en forme de causerie confidentielle avec vous, sur le sujet de ma lettre à Monsieur le Comte de Nesselrode. Vous jugerez vous-même, s'il y a lieu ou non, d'en faire part à Monsieur le Chancelier.

Je vous dirai franchement que je m'y trouve entraîné par un double motif, d'abord par le désir de me rendre utile dans la faible mesure de mes moyens, et ensuite par une considération d'amour propre. Je tiens, je l'avoue, à justifier mes propres idées en présence d'une autorité supérieure.

Il n'a pu m'échapper que dans l'état actuel de choses la soi-disant sollicitude pour l'intégrité de l'Empire ottoman ne nécessite d'aucune façon de nouvelles garanties contre les vues ambitieuses qu'on s'est plu à prêter à la Russie, mais il m'a semblé que précisement dans l'état actuel des choses il s'agissait moins de la Turquie et de la question d'Orient proprement dite, que de la situation que les événements ont créée à la Russie et d'où il importe de la faire sortir dans son propre intérêt aussi bien que dans celui de l'Europe.

Votre lettre, Monsieur le Baron, comme celle de Monsieur le

Chancelier, me font observer que la Russie ne saurait accepter des conditions blessantes pour son honneur et sa dignité. Je serais désolé qu'on pût me croire capable de méconnaître la valeur et la portée de cette considération. Ce qui peut vous prouver combien je sais l'apprécier au contraire, c'est qu'il y a environ huit mois, lorsque la demande de limitation se trouvait formulée pour la première fois, j'ai déclaré hautement dans des pièces officielles qu'un grand empire comme la Russie, ne pouvait y souscrire sans avoir accepté la chance des armes. Mais aujourd'hui nous ne pouvons guère nous dissimuler le changement de situation amené par les événements. Je sais bien que la Russie n'en est pas réduite à accepter toute condition qu'il plairait à ses ennemis de lui imposer. Cependant il n'en est pas moins positif qu'après une défense héroique Sévastopol est tombé, que la flotte est détruite et que les alliés se trouvent maîtres de plusieurs positions importantes sur votre territoire. Lorsque, se trouvant dans une situation semblable, une puissance belligérente *veut* la paix, il me semble qu'il lui est impossible de maintenir comme absolu le refus de toute condition portant une atteinte quelconque à sa dignité. Il me paraît que les questions de dignité doivent forcément se régler sur les nécessités du moment et que le plus grand empire ne peut pas être censé avoir forfait à son honneur, lorsqu'après avoir vaillamment combattu il juge de son intérêt d'acheter par une paix, onéreuse en apparence plutôt qu'en réalité, l'avantage et la facilité de retrouver les moyens nécessaires de réparer ces mêmes pertes dans d'autres circonstances. Afin de vous faire connaître toute ma pensée sous ce dernier point de vue je me permettrai de vous transmettre l'extrait ci-joint de ma lettre à Monsieur le Chancelier. Il est bien possible que vous en jugiez autrement, et je m'y résigne d'avance. Mais je crois de mon devoir d'appeler toute votre attention sur les conséquences très-fâcheuses, que peut entraîner un refus péremptoire de toute condition impliquant un sacrifice d'amour propre et de dignité de la part de la Russie par rapport à la politique à venir des neutres.

Veuillez ne pas vous méprendre sur le sens de mes paroles. Vous connaissez mes principes aussi bien que mes sentiments. Mais vous devez comprendre que du moment où la nécessité d'un sacrifice pareil ressort de la situation même, un refus absolu d'y souscrire met en doute la volonté de faire la paix et qu'il constitue la supposition du contraire, je dirai plus, la nécessité d'une guerre prolongée. Or, dans un moment où de jour en jour le besoin du rétablissement de la

paix se fera sentir davantage il est évident qu'une manifestation pareille ne saurait faciliter la politique suivie jusqu'à présent par les neutres, mais qu'elle doit la rendre difficile au plus haut degré.

Je le repète, je crois remplir un devoir envers vous en vous signalant de pareils écueils et je le fais au risque soit de vous déplaire soit de prêcher un converti car c'est plutôt cette dernière chance que les nouvelles les plus récentes de Pétersbourg me permettent d'envisager.

Si, comme vous le voyez par l'extrait de ma lettre à Monsieur le Chancelier, nous recommandons aujourd'hui des concessions dont nous hésitions autrefois à appuyer la demande, je ne pense pas que vous puissiez nous trouver en contradiction avec nous-mêmes et je serais bien loin de regretter en rien la politique suivie par la Confédération. Cette politique était comme elle l'est aujourd'hui, sage dans l'intérêt de l'Allemagne, amicale pour la Russie. Si nous nous sommes refusés lors des conférences de Vienne à peser sur la Russie dans le sens de l'interprétation occidentale du troisième point, c'est que nous pouvions et voulions maintenir intacte à la Russie la chance des armes en Crimée. L'attitude gardée par l'Europe centrale empêche à l'heure qu'il est les puissances occidentales de faire des prétentions au delà de celles formulées avant la prise de Sévastopol et forts de cette conviction nous pouvons et devons appuyer sur la nécessité d'en finir avec la guerre aujourd'hui qu'il nous est impossible d'en attendre des résultats qui permettent une solution équitable et modérée.

Vous me parlez d'indiscrétions commises au sujet des pourparlers entre Monsieur de Seebach et le Comte Walewski. S'il y en a eues je le déplore vivement, mais soyez bien certain que pour ma part, j'en suis parfaitement innocent. Je puis vous certifier que je n'en ai fait part à personne excepté à Monsieur de Schrœder et que nos agents diplomatiques n'en ont pas reçu le plus petit mot.

Permettez-moi enfin de prévenir un malentendu possible. Il paraît qu'à Pétersbourg on a attaché une importance particulière à ce que le Cabinet des Tuileries, à la même époque où l'on me tenait à Paris un langage pacifique, avait fait des démarches à Vienne pour amener l'Autriche à des nouveaux engagements contre la Russie. Vous sentez bien que je ne puis pas prétendre être initié dans les négociations qui se poursuivent entre Vienne et Paris. Cependant s'il s'agit peut-être du projet d'une nouvelle démonstration que l'Autriche devait être engagée à faire de concert avec la Confédération germanique, je

dois dire qu'à Paris on ne m'en a pas fait de mystère et qu'en autant que des propositions analogues devaient être portées à la diète de Francfort, je puis me flatter d'avoir contribué à les empêcher comme inopportunes.

C'est avec un véritable plaisir que je profite de cette occasion pour vous réitérer, Monsieur le Baron, les assurances de ma haute considération et de mon sincère dévouement.

(signé) Beust.

XVII. Kapitel.

1856—1858.

Die politisch sorgenfreien Jahre. — Festlichkeiten bei Hof und Diplomatie und in meinem Haus. — Hohe Besuche in Dresden. — Erkrankung Friedrich Wilhelm's IV. — Tod des Ministers Zschinski. — Die Restauration der Albrechtsburg. — Trauer in der königlichen Familie.

Das einzige Gute, was dem Pariser Vertrag folgte, gleich wie dies nach allen europäischen Friedensakten einzutreten pflegt, war der Zustand, für welchen der Franzose das richtige Wort hat: „*la détente*". Diese Erholungspause, welche leider nicht lange währte, machte sich auch in den deutschen Angelegenheiten in Gestalt angenehmerer Temperatur geltend. Zwar wurde der glatte Wasserspiegel einen Augenblick durch den Neuenburger Konflikt getrübt, allein nur vorübergehend. Ich habe mich über denselben im Kapitel XII ausgesprochen.

Dresden befand sich damals in einer Periode geselligen Glanzes. Eine Anzahl den höheren Ständen angehöriger ausländischer Familien hatte sich dahin gewendet, und dem diplomatischen Corps hatten sich zwei Persönlichkeiten zugesellt, welche Namen, Erziehung und Vermögen zu geborenen Repräsentanten grosser Höfe machten: Graf Heinrich Redern für Preussen, Fürst Richard Metternich für Oesterreich. Die am Schluss des Jahres 1856 stattfindende Vermählung von zwei Töchtern des Königs, der Prinzessin Margarethe mit dem Erz-

herzog Carl Ludwig, und der Prinzessin Anna mit dem Erbgrossherzog von Toscana, gaben zu glänzenden Bällen bei Hof Anlass, denen Bälle bei mir, dem Fürsten Metternich und auch bei dem ausserordentlichen Abgesandten von Toscana, Principe Corsini, folgten. Der Letztere hat in meinem Gedächtnis eine bleibende Stelle hinterlassen. *Grand-Seigneur* vom Scheitel bis zur Sohle, war er die incarnirte Repräsentation. Bei ihm allein machte ich eines Tages die Wahrnehmung, dass man zwei Gross-Cordons auf einmal, nämlich kreuzweis, tragen könne. Der Ball, den er in den Sälen der Harmonie-Gesellschaft gab, war splendid, aber die Rechnung auch mehr als im Verhältnis. Fürst Corsini bezahlte sie ohne Einrede mit den Worten: *„Mon cher, vous m'avez royalement écorché, je vous fais cadeau de cette épingle."* Und dabei übergab er dem Manne mit der Kreide eine werthvolle Nadel. Fürst Corsini war übrigens ein Mann der angenehmsten Formen, und vergessen darf ich nicht zu erwähnen, dass er zu den Wenigen gehörte, die 1859 dem Grossherzog treu blieben.

In jenen Tagen politischer Stille und gesteigerten sozialen Lebens wird man es nicht als Ausfluss leichtsinniger Frivolität ansehen wollen, dass ich den Augenblick zur Veranstaltung eines kostümirten Balles in meinem Hause für geeignet erachtete. Es gelang mir, nicht weniger als dreihundert Personen im Kostüm zu haben, was für eine Stadt von Dresdens Umfang etwas sagen wollte. Was ich dabei besonders im Auge hatte, dass nämlich ein gutes Stück Geld unter die Leute komme, wurde vollständig erreicht, und man wusste mir auch Dank dafür. König Johann sagte, als ich mir die Ehre Seiner Gegenwart erbat: „Ich werde wohl als August III. kommen müssen" — eine Anspielung auf Brühl, mit dem verglichen zu werden ich übrigens nicht verdient zu haben glaube. Natürlich kam der König in Uniform, ebenso der Kronprinz. Prinz Georg dagegen zeichnete das Fest aus, indem er in dem Hauptaufzug: „Peter der Grosse in Saardam" den Zar übernahm. Ich selbst war in dem letzten Aufzug einer

französischen Botschaft in Konstantinopel unter Ludwig XV. der Ambassadeur, Fürstin Metternich die Ambassadrice, und der Sultan der meinen österreichischen Lesern wohlbekannte Graf Edmund Zichy. Er stand damals in der vollen Blüthe seiner männlichen Schönheit, der blonde Vollbart zeigte noch keinen Anflug weisser Beimischung und der Familienschmuck passte vortrefflich zu der alten türkischen Tracht. In einer Ansprache, die ich an den Sultan richtete, machte ich mich einiger etwas gewagten Pointen schuldig, die nach dem Pariser Frieden zielten, so dass der König zu dem französischen Gesandten sagte: *„Demain je m'attendrai à une note."* Dieser jedoch, der mir befreundete und werth gebliebene Baron Rouen, nahm die Sache von der heiteren Seite und hat sicherlich nicht die Worte berichtet, deren ich mich noch aus meiner Ansprache erinnere: *„Nous garantissons l'indépendance de la Porte, afin de pouvoir un jour vous y mettre."*

Dresden sah in demselben Jahre 1857 viele hohe Besuche. — Kaiser Alexander kam dahin von Weimar in Begleitung des Fürsten Gortschakow. Kaiser Franz Joseph kam ebenfalls von Weimar nach der dortigen Begrüssung des Kaisers von Russland, und wohnte den Manövern der sächsischen Truppen bei, welche das IX. Bundes-Armeecorps im Verein mit Kurhessen und Nassau bildeten, weshalb der Kurfürst von Hessen und der Herzog von Nassau ebenfalls anwesend waren. Zuvor hatte König Friedrich Wilhelm IV. in Pillnitz seinen letzten Besuch gemacht. Bekanntlich erkrankte der Monarch nach seiner Rückkehr nach Berlin, um nicht wieder zu genesen.

Ich kehre hier wieder einmal zu dem seiner für mich werthvollen Citate wegen von mir hochgeschätzten Buch des Dr. Busch zurück; diesmal mit weniger Erkenntlichkeit. „Unser Reichskanzler" erzählt nämlich gelegentlich des Frankfurter Fürsten-Kongresses und der damals in Baden stattgefundenen Besprechung zwischen dem König Wilhelm und dem König von Sachsen, welcher sich dahin auf Wunsch und im Auftrag der versammelten Fürsten begeben hatte, Folgendes: „Der König von Sachsen,

ein sehr begabter und bei dem König Wilhelm in hoher Achtung stehender Herr, bemühte sich, unterstützt von Herrn von Beust, mit so viel Eifer und so lebhaft begründeten Argumenten, den König Wilhelm zur Reise nach Frankfurt zu bewegen, dass die gesteigerte Nervosität des damals körperlich angegriffenen Monarchen zu ernstlichen Besorgnissen Anlass gab. Herr von Bismarck soll dem sächsischen Minister-Präsidenten hierüber lebhafte Vorwürfe gemacht, ihn daran erinnert haben, unter welchen Umständen König Friedrich Wilhelm IV. mit dem Keime tödtlicher Krankheit von seinem letzten Besuch in Dresden zurückgekehrt wäre, und mit ernsten Worten Schonung des Königs und Rücksicht auf dessen Gesundheit gefordert haben."

Ich erinnere mich einmal gelesen zu haben, in früheren Zeiten, wo in Italien die Küche mehr als jetzt zu wünschen übrig gelassen, sei es vorgekommen, dass Schlangen anstatt Aal vorgesetzt wurden, aber ohne Täuschung der Konsumenten, unter dem Namen *Anguilla del bosco*. Hier wird uns auch eine *Anguilla del bosco* vorgesetzt — eine Natter aus dem Busch. Wer den oben citirten Satz liest, muss nothwendigerweise annehmen, dass König Friedrich Wilhelm IV. bei seinem letzten Besuch in Dresden in gleicher Weise wie sein Nachfolger in Baden nervös und krank geworden sei.

Der Besuch in Dresden, der sich auf ein Diner in Pillnitz beschränkte, fiel in eine Zeit, wo zwischen Dresden und Berlin nicht die geringste Frage in Diskussion stand; ich selbst war gar nicht anwesend, sondern in Urlaub in Lindau, und die Beziehungen zwischen den beiden hohen Schwägern waren so herzliche und für Erhitzung so unmögliche, dass von einer gesundheitsschädlichen Alteration nicht die Rede sein konnte. Eben so wenig konnte kulinarisch das Diner in Pillnitz den tödtlichen Keim zu einer Krankheit gelegt haben, welche sich nur zu bald als Geistesstörung entwickelte. Trug etwas die Schuld, so war es die sehr kurwidrigerweise unmittelbar nach Marienbad unternommene, eilige und daher erhitzende Fahrt nach Wien, welche

bereits in Pillnitz einen Anfall bedenklichen Unwohlseins zur Folge hatte.

Die übrige an Erfindung reiche Erzählung über die Badener Besprechung werde ich beleuchten, sobald ich bei dem Jahre 1863 angekommen sein werde. Herr Dr. Busch deckt sich mit dem Worte „soll“. Ein gewissenhafter Geschichtschreiber erzählt aber nicht Dinge, die geschehen sein sollen, sondern nur die, welche geschehen sind. — An einer anderen Stelle gedenkt er eines Wortes, welches Temme in seinen „Erinnerungen“ den Fürsten Bismarck auf dem Landtag 1850 sprechen lässt, wo er von seinen Standesgenossen gesagt habe: „die sind zu dumm“, und erwähnt, dass er auf eine deshalb an den Fürsten gerichtete Frage eine dementirende Antwort erhalten habe. Es hätte sich wohl der Mühe verlohnt, hier ein Gleiches zu thun, und auch hier würde er gleiche Antwort erhalten haben.

Nur Weniges habe ich aus dem Jahre 1858 zu erwähnen. In Sachsen trat nach den Bestimmungen der Verfassung der Landtag nicht alljährlich, sondern von drei zu drei Jahren zusammen, wobei indessen in Folge der gewöhnlich sehr langen Dauer und der Einberufung von ausserordentlichen Landtagen der Zwischenraum nicht viel mehr als ein Jahr auszumachen pflegte. Im Jahre 1858 gab es noch einen sehr geräuschlosen Landtag, während der nächste im Jahre 1861 bereits die Spuren des italienischen Kriegs und des aufkeimenden Nationalvereins erkennen liess. Auf diesem Landtag von 1858 erlangte die Regierung von den Kammern eine Bewilligung, welche für das königliche Haus besonderen Werth hatte. Es handelte sich um die Aufführung neuer Gebäude zur Aufnahme der berühmten, bis dahin in der Albrechtsburg untergebrachten Meissner Porzellan-Manufaktur, wodurch eine würdige Restaurirung des alten Wettiner Stammschlosses allein möglich wurde. Ich gedenke dessen, weil ich dadurch Gelegenheit finde, einen den König betreffenden Zwischenfall zu erwähnen. An dem Tag, wo ich in der Kammer zu sprechen hatte, befiel mich ein störender Husten

und um davon schnell befreit zu werden, griff ich, bevor ich zu sprechen begann, zu dem drastischen Mittel eines Glases Branntwein. Die Wirkung war augenblicklich die gewünschte, ich konnte anhaltend sprechen und es gelang mir, das Postulat der Regierung durchzusetzen entgegen dem Antrage des Ausschusses, welcher eine mindere Summe und allmähliche Ansammlung der Zinsen bewilligt wissen wollte; allein einige Stunden später wiederholte sich der Husten in so verstärkter Weise, dass ich in meiner Villa in Laubegast, fast schräg Pillnitz gegenüber gelegen, bettlägerig wurde. Der König besuchte mich, sprach mit Befriedigung von dem Verlauf der Sache und erwähnte dabei, es werde die Bedingung gestellt, dass kein katholischer Gottesdienst in dem Schloss gehalten werde, was er des konfessionellen Friedens wegen zugeben wolle. Ich musste ihn davon mit den Worten abhalten: „Aber Eure Majestät können Sich doch nicht ein Recht verkümmern lassen, welches jedem Ihrer Unterthanen unter Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften auszuüben frei steht." Und das war der, welchen man als „Jesuiten" verschrieen hatte.

Ziemlich leidend kam ich bald darauf nach Gastein, welches seine oftmals von mir erprobte Heilkraft wiederum bewährte. Dort fand ich den Erzherzog Johann, den ich zuletzt im Jahre 1832 gesehen hatte, als er in der alten Straubinger Hütte der *Table d'hôte* präsidirte. Bald nach meiner Rückkehr nach Dresden starb mein Kollege Zschinski. Ich habe ihm an früherer Stelle ehrende Worte gewidmet. Der König übertrug das von ihm geführte Justiz-Portefeuille dem Finanzminister Behr unter gleichzeitiger Verleihung des Adelstandes und berief an seine Stelle den früheren Minister des Innern und seitherigen Kreisdirektor Freiherrn von Friesen, womit ich, nachdem ich zu einer Aeusserung aufgefordert war, mich nur von Herzen einverstanden erklären konnte.

In der Zwischenzeit war die königliche Familie von einem harten Verlust betroffen worden, der nicht der letzte bleiben

sollte. Erzherzogin Margarethe war in der Blüthe der Jugend in Monza verschieden, und auf der Rückkehr von Gastein wohnte ich der traurigen, aber in ihrer Eigenthümlichkeit besonders ergreifenden Ceremonie der Bestattung in der Kapuzinergruft bei. Ich sagte, dieser Schlag habe für den König nicht der letzte sein sollen. Im nächsten Jahre starb die fast gleichzeitig mit ihrer österreichischen Schwester vermählte Erbgrossherzogin von Toscana, dann folgte der Tod der Prinzessin Sidonie und endlich der ihrer jüngsten Schwester, der mit dem Herzog Carl Theodor in Bayern vermählten Prinzessin Sophie. Wer wie ich Zeuge war des unendlichen tiefen Schmerzes bei fromm gläubiger Ergebung und der ungeschwächten Berufstreue des Königs inmitten dieser harten Prüfungen, der konnte nur unbegrenzte Bewunderung empfinden.

XVIII. Kapitel.

1859.

Der italienische Krieg. — Meine Besprechungen in Berlin, München, Karlsruhe, Paris, London und Frankfurt.

Die unausbleiblichen Früchte des Pariser Vertrags [1]), welche das, was damit geschaffen werden sollte, nämlich Verbesserung der inneren Zustände der Türkei und Unantastbarkeit des ottomanischen Reiches, in das gerade Gegentheil verwandelten, kamen erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zur vollen Reife, während es eines weit geringeren Zeitraumes bedurfte, um Oesterreich die Errungenschaften der Buol'schen Orientpolitik erkennbar zu machen. Ein tiefverwundetes und nun lauerndes Russland, ein grossgezogenes und nun herausforderndes Piemont, ein ver-

[1]) Gladstone sagte einmal zu mir: „*The Crimean war was a great mistake,*“ worauf ich erwiderte: „*Not the least, but the treaty of Paris was a great blunder.*“

zogenes und nun gefährliches Frankreich, ein halbgewonnenes und nun zögerndes England, ein vernachlässigtes und nun zuwartendes Preussen, — das war die Konstellation, die für Oesterreich zwei Jahre nach dem Pariser Frieden anschaulich wurde.

Inzwischen war noch hinzugekommen das Konkordat, wofür allerdings Graf Buol am wenigsten verantwortlich gemacht werden konnte, welches aber eine weitere schlechte Karte in seinem Spiel war, indem damit den Feinden Oesterreichs in Italien wie in Deutschland eine gefährliche Waffe in die Hand gegeben wurde.

Und dennoch hätte die Partie gar nicht so schlecht gestanden, wären nicht — ich rede nur vom politischen, nicht vom militärischen Feld — beklagenswerthe Begehungs- und Unterlassungssünden hinzugetreten.

Ich möchte nicht in Ermangelung genauer Kenntnis der in Wien gepflogenen Verhandlungen über die Vorgeschichte des italienischen Kriegs ein vorschnelles Urtheil fällen. Meine individuelle Ueberzeugung ist es, dass es unter günstigeren Auspizien dazu gekommen wäre, wenn man in Wien zur rechten Zeit mehr Initiative gehabt und nicht gezögert hätte, sowohl mit Turin als mit Paris zu einer klaren Auseinandersetzung und zu einem rechtzeitigen Einvernehmen mit Preussen und dem Deutschen Bund zu schreiten, anstatt eine unfruchtbare, dem Gegner nur erwünschte Politik des Boudirens vorzuziehen und die bundesmässige Hülfe als etwas Selbstverständliches zu behandeln. Die Haltung Cavour's auf dem Pariser Kongress hatte die österreichischen Mitglieder genügend belehrt, und wie sehr man schon 1857 in Wien präoccupirt war, zeigt Folgendes: In diesem Jahr stattete der König Johann seiner Tochter, der Herzogin von Genua, einen Besuch in Stresa am Lago Maggiore ab und ich begab mich eines dringenden Vortrags wegen dahin. Cavour, mit dem ich, ohne ihn persönlich zu kennen, in geschäftlichem Verkehr gestanden hatte und der mich zu sprechen wünschte, schlug mir auf indirektem Weg ein Rendez-vous in Arona vor. Ich hielt es für gerathen, in Wien sondiren zu lassen, und die Antwort war eine

dermassen Entsetzen verrathende, dass ich, obschon sehr ungern, verzichtete, was mich um eine gewiss sehr interessante Erinnerung gebracht hat.

Dabei zogen sich die aussichtslosen und leider zugleich aussichtsreichen Tiraillements bis über den berühmten Neujahrsgruss hinaus. Dass man diesen sich gefallen liess, habe ich nie begriffen. Gewiss war 1866 die Stellung Oesterreichs nach Königgrätz eine weniger mächtige, als sie es 1859 vor Solferino war allein das weiss ich, dass wenn Aehnliches einem unter mir dienenden Botschafter geboten worden wäre, derselbe nicht einen Tag länger auf seinem Posten geblieben sein würde [1]. Selbstverständlich hätte es sich nicht um Abberufung, sondern um Beurlaubung gehandelt. Keine der neutralen Regierungen hätte hierin einen aggressiven Akt erblicken können, wohl aber wäre der damals in Deutschland herrschenden Strömung, welche entschieden Oesterreich sympathisch war und in Napoleon III. den Friedensstörer erkannte, — wer sich die Mühe nehmen will, wird dies in den damaligen Artikeln aller deutschen Blätter fast ausnahmslos finden — nur ein festerer Halt gegeben worden.

Ich wiederhole indessen, was ich bereits sagte: Soweit es sich um die Vorgeschichte des italienischen Kriegs handelt, kann ich nur von meinen damaligen Eindrücken reden und bescheide mich im Voraus, eines Bessern belehrt werden zu können. Die Begehungs- und Unterlassungssünden aber, von denen ich sprach, gehören der unbezweifelten Geschichte an.

Gleichwie beim Krimkrieg, so auch bei dem italienischen Krieg blieb ich den Ereignissen weniger fern als andere meiner deutschen Kollegen, und wenn ich mich damals bei meinen Bemühungen eines Erfolgs nicht rühmen konnte, so wird man

---

[1]) Heute wird überhaupt jeder begreifen, dass man ohne Noth so manches von Napoleon III. sich gefallen liess, was man sich vom ersten Napoleon gefallen lassen musste. So liess man es hingehen, dass der Kaiser nach dem italienischen Krieg das diplomatische Corps anredete: „*L'Europe a été injuste envers moi.*“

wenigstens erkennen, dass ich mich tapfer für Oesterreich einsetzte, in Uebereinstimmung mit dem Willen meines königlichen Herrn, in Uebereinstimmung aber auch mit dem augenblicklichen Zuge der öffentlichen Meinung in Deutschland, die freilich nicht Solferino überdauerte. Man wird sich davon namentlich durch Schriftstücke überzeugen, deren vollen Inhalt ich einflechte, Berichte aus Paris, London und Frankfurt aus dem April 1859. Sie wurden mir 1871 vorbehaltlos von meinem Nachfolger in Dresden. Baron Friesen, in Abschrift überlassen, und sie werden. wie ich glaube, des Interesses nicht ganz entbehren.

Es fügte sich, dass zu Anfang des Jahres 1859 der zweite Sohn des Königs, Prinz Georg von Sachsen, sich mit der Prinzessin Maria von Portugal verlobt hatte. Die Vermählung sollte im Frühjahr in Lissabon stattfinden, derselben jedoch eine feierliche Bewerbung vorausgehen.

Der König, der mir eine interessante Erholungsreise gönnte, übertrug mir diese Mission. Ursprünglich sollte ich mit dem Prinzen, welcher in Florenz weilte, mich in Livorno einschiffen und die Reise durch Südspanien nach Lissabon machen. Die wachsende Krise brachte einen Stillstand in meine Pläne, ich zog vor, direkt über Paris und mittelst Seefahrt zu gehen und ich zögerte nicht länger, als der Kongress der Mächte vorgeschlagen war, denn nichts konnte ich weniger für möglich halten, als dass Oesterreich den Kongress ablehnen, oder, was auf dasselbe hinauskam, durch das Bestehen auf einseitige Entwaffnung Piemonts vereiteln werde. Hier die eine Begehungssünde. Ausdrücklich stand im Programm die Aufrechterhaltung des Besitzstandes. Nun war aber die Gährung in Italien bereits so weit gediehen, dass weder König Victor Emanuel noch Cavour den Ausbruch hätten verhindern können. In diesem Fall aber musste Europa alsdann gegen die Revolution interveniren, nicht Oesterreich allein. Alles was man in Wien daran geben sollte, waren die Besatzungen in dem päpstlichen Gebiet. Und darum lieber Krieg!

Bevor ich nun nach Paris aufbrach, begab ich mich nach

dem Willen des Königs nach Berlin, wo ich den Prinzen von Preussen zum ersten Mal als Regenten sah. Es war die Zeit der neuen Aera, und obschon diese ihrer ganzen Anlage nach nicht gut österreichisch gesinnt war noch sein konnte, durfte ich doch befriedigende Eindrücke in mich aufnehmen und sie dem König berichten. Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, damals Präsident des Ministerrathes, erklärte in entschiedener Weise, dass man nicht durch vorzeitige Kriegsbereitung das Land belasten wolle, den Kaiserstaat aber nicht verlassen werde. In einem Brief, den der Fürst an den König in Erwiderung von dessen Beglückwünschung zu der Vermählung des Erbprinzen richtete und der sich in Abschrift in meinen Händen befindet, heisst es: „Es war mir von hohem Interesse, dem Herrn Minister von Beust durch eine entsprechende Unterredung näher getreten zu sein. Wir haben uns in unsern Ansichten, Wünschen und Hoffnungen fast überall begegnet, und wenn kleine Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten sind, dürften sich solche lediglich auf dem Gebiet der Zeitpunkte, nicht aber auf jenem der Standpunkte jetzt noch bewegen." Der Prinz-Regent sprach sich dahin aus, dass, so lange es sich um einen Angriff Sardiniens handle, Preussen keine Veranlassung habe einzutreten, während sich die Dinge ganz anders gestalteten, wenn Frankreich intervenire. Der Prinz bemerkte dabei, dass Preussen bisher keine Ursache gehabt habe, über Frankreich zu klagen; dies geschah aber nicht in der Weise, dass dadurch die Unterstützung Oesterreichs durch Preussen ausgeschlagen wurde, sondern in dem Sinne, dass dieselbe demungeachtet zu erwarten sei. Der liebenswürdige Minister Graf Schleinitz, mit dem ich mich im königlichen Palais kreuzte und der mir einen vielsagenden Blick zuwarf, zeigte sich allerdings bei Weitem zurückhaltender.

Der Tod meiner Schwiegermutter in München war die Veranlassung, dass ich nicht auf direktem Weg nach Paris, sondern zuerst nach München ging. Dort hatte ich eine längere Audienz bei König Max, welcher zu meiner Ueberraschung sich nicht sehr

begeistert für die österreichische Sache zeigte und nicht ohne prophetischen Anflug mich aufforderte, mein Möglichstes zu thun, um den „dummen Krieg“ zu verhindern. Gleichzeitig trat in Folge innerer Komplikation Pfordten aus und sein Nachfolger war noch nicht eingetreten, woraus sich eine für die österreichische Sache bedauerliche Passivität ergab. Ausserhalb dieser hohen Kreise aber herrschte in München ein unbezähmter Franzosenhass [1]). In Stuttgart nahm ich meinen alten Freund, den Minister Baron Hügel, in das Coupé und in Karlsruhe hatte ich mit ihm und dem aus Darmstadt gekommenen Dalwigk eine Konferenz mit dem badischen Minister Baron Meysenbug. Wenn ich in späteren Jahren so oft von der Rheinbündelei Dalwigk's zu hören und zu lesen hatte, musste ich immer jener Konferenz gedenken, in welcher mein sonst eher bedächtiger Darmstädter Kollege den Kreuzzug gegen die Franzosen mit einer beispiellosen Heftigkeit und einer eben so grossen Zuversicht predigte. Eine einzige Schwierigkeit sah er voraus — die Verlegenheit, wer Elsass bekommen solle. Ich erschien dem alten „Coalirten“ viel zu behutsam.

Nachdenklich wurde ich allerdings, als während dieser Konferenz aus Wien die Nachricht von dem nach Turin abgegangenen Ultimatum ankam. Die zweite Begehungssünde! So that man damit Frankreich den Gefallen, ihm ein bedrohtes Sardinien statt eines Friedensstörers, und Preussen den Gefallen, ihm ein angreifendes Oesterreich statt eines angegriffenen zu verschaffen.

Und dennoch — fast sollte man es nicht glauben, aber ich entsinne mich dessen, als hätte ich es gestern erlebt, — fand ich, als ich einen Tag später in Paris ankam, dort eine Stimmung, die weit entfernt war, eine gehobene oder gar eine zu-

---

[1]) In Paris sah ich nach meiner Ankunft einen guten Münchener Bekannten, den früheren Grafen, späteren Herzog von Tascher, der als Franzose und Angehöriger der kaiserlichen Familie zu den höchsten Ehren gelangt, aber ganz Stockbayer geblieben war. „Ja, sehen Sie,“ sprach er, „wir Bayern lassen uns nix von den Sacramentsfranzosen gefallen, aber wir Franzosen auch nix von den Hundsbayern.“

versichtliche zu sein. Noch stand man unter dem Eindruck, dass eine persönliche, Orsini zu verdankende Politik des Kaisers das Land in die Alternative eines gefährlichen Kriegs oder eines schmählichen Rückzugs gestellt habe. In den untern Klassen war die ganze Frage wenig verstanden. Ein Augen- und Ohrenzeuge, welcher einige Tage später bei der Beförderung einer Truppenabtheilung auf dem Lyoner Bahnhof anwesend war, bei welcher Gelegenheit, wie dies gewöhnlich zu geschehen pflegt, Verwandte, Freunde und Freundinnen Mundvorrath und Getränke gebracht hatten und es heiss zuging — erzählte, die Soldaten hätten aus den Waggons gerufen: „*Allons-nous, allons donner une bonne râclée à tous ces Italiens.*“

Ich sage nicht zuviel, wenn ich versichere, dass ich die von dem sächsischen Gesandten vor meiner Ankunft eingeleitete Aufwartung in den Tuilerien zu bereuen anfing, nicht wegen der Schwierigkeit der mir gestellten Aufgabe, sondern weil ich eine Empfindung hatte, deren man sich nicht erwehren kann, wenn man einen Besuch in einem Haus abstatten geht, wo man keine heitere Stimmung vorauszusetzen hat.

Ueber diese Audienz setzte ich sofort nach der Rückkehr in mein Hotel eine ausführliche Relation auf und dieses Schriftstück wird, wie ich glaube, meinen Lesern Interesse bieten, gleichwie ich dies in Bezug auf die gleichzeitig zur Veröffentlichung gelangende damalige Korrespondenz über Berlin, London und Frankfurt voraussetzen darf. Diese befindet sich im Dresdener Archiv. Gelegentlich des kurzen Aufenthalts, den ich nach meinem Rücktritt 1871 in Dresden nahm, liess mein Nachfolger, wie ich bereits erwähnte, Abschriften dieser Korrespondenz anfertigen und mir vorbehaltlos zustellen. Wie dies selbstverständlich ist, habe ich kein Wort daran geändert.

Dagegen überlasse ich mich der Hoffnung, es werde für den unparteiischen Leser aus dieser Korrespondenz dreierlei sich ergeben: erstens, dass von mir in Wien Ratschläge ertheilt wurden, die gleich früheren und späteren unbeachtet blieben, die aber die

Ereignisse als keine schlechten herausgestellt haben, wie dies namentlich von dem Abrathen von der verlangten einseitigen Entwaffnung gilt; zweitens, dass ich mich eifrig bemühte, Oesterreich die Unterstützung Preussens und des Bundes zu sichern, ohne dabei die Rücksichten gegen Preussen ausser Acht zu lassen; endlich aber drittens, dass diese Rücksichten leider in Wien nicht so schonend behandelt wurden, als es nothwendig gewesen wäre. Wohl ist es wahr und mehrere Stellen jener Korrespondenz legen dafür nun Zeugnis ab, dass die Haltung Preussens gegenüber dem italienischen Krieg nie eine entschieden freundschaftliche war, weder für Oesterreich noch für den Bund, aber die Ueberraschung, die man Preussen mit dem Ultimatum bereitete, nachdem die kurz zuvor von Erzherzog Albrecht und Fürst Windischgrätz in Berlin abgegebenen Erklärungen Alles eher hatten erwarten lassen, war nicht geeignet, Preussen zu gewinnen, eben so wenig wie dies mit den starken Wiener Depeschen der Fall war. Ich erlaube mir an das zu erinnern, was ich anlässlich der Bismarck'schen Bundestagsberichte gesagt habe. Die darin wiederholt gerügte Vergewaltigung der deutschen Staaten durch Oesterreich war eine grundlose Behauptung; was aber auf Wahrheit beruhte und unendlich schadete, das war der hofmeisternde Ton der Wiener Depeschen. So war es auch vor dem italienischen Krieg. Die Heeresfolge war etwas Selbstverständliches und, wenn ich mich des gemeinen Ausdrucks bedienen darf, verfluchte Schuldigkeit. Bei Gelegenheit meiner damaligen Reise nach London wartete ich dem König Leopold I. in Laeken auf, und wir kamen auf dieses Thema zu sprechen. „Ja, liebe Excellenz," sagte der König in seiner gewohnten milden Schärfe, „es ist immer das Nämliche, Leopold und Sobieski."

Ich lasse jetzt die betreffende Korrespondenz folgen, schicke ihr aber noch einige Worte zur Vervollständigung voraus.

Es war begreiflich, dass nach dem Ausbruch des Kriegs von Lissabon nicht mehr die Rede sein konnte. Die Fortsetzung der Reise bis London gab ich auf, namentlich in Folge einer

Unterredung mit Lord Cowley, damaligem Botschafter in Paris, welcher davon abrieth.

Ich begab mich also nach Frankfurt zurück, fand aber dort einen Brief des Königs, welcher es in mein Ermessen stellte, ob ich nicht dennoch meine Reise auf London erstrecken solle. Diese Frage besprach ich mit Graf Rechberg, damaligem Bundespräsidial-Gesandten, und auf dessen Zureden unternahm ich die Reise nach London.

Dem was meine Berichte — sie gehören zu der mehrerwähnten Korrespondenz — über meinen dortigen Aufenthalt sagen, habe ich Einiges hinzuzufügen.

Ich sah zum letzten Mal den Prinzen Albert und fand ihn, obschon der Wiener Politik abgeneigt, dennoch weit mehr auf der Seite Oesterreichs als auf der Frankreichs. Gleiches galt von dem damals in London anwesenden Herzog von Koburg. Meine Audienz bei der Königin verschaffte mir die Gelegenheit, die Bekanntschaft einer interessanten Persönlichkeit zu machen. Es war Marschall Pelissier, Herzog von Malakoff, welcher sein Abberufungsschreiben als Botschafter zu überreichen hatte und den ich im Vorzimmer der Königin kennen lernte. Er war sehr soldatisch und sehr originell in seiner Unkenntnis der an einem Hof bestehenden Gewohnheiten. Die Königin Victoria liebt nicht die Wärme und lässt gern der frischen Luft freien Zuzug, was den Damen, welche zuweilen bereits im März bei den Vormittags abgehaltenen Drawing-rooms decollettirt zu erscheinen haben, manchen stillen Seufzer entlockt. Als der Marschall an der Tafel neben der Königin Platz nahm, bemerkte er die offenen Fenster und im Bewusstsein seiner in verschiedenen Feldzügen gewonnenen Rheumatismen drehte er sich rasch zu der Dienerschaft mit den Worten: *„fermez les fenêtres!“* — *„Shut the windows!“* sagte lachend die Königin. Noch zu der Zeit als ich später Botschafter in London war, wusste man ähnliche Proben soldatischer Ungezwungenheit zu erzählen. Die Königin sah sie dem alten Krieger nach und ich kann sagen, er trocknete sich die Thränen, als er

aus der Audienz heraustrat. Wir sprachen natürlich über den Ausbruch des Krieges und er sagte: „*Voyez-vous, je n'aime pas la domination tudesque,*“ worauf ich erwiderte: „*comme nous n'aimons pas la domination gauloise.*“

Erster Lord der Schatzkammer war damals Lord Derby, Vater des jetzigen Ministers, und Minister des Aeussern war Lord Malmesbury. Bei Beiden fand ich grosse Abneigung, bestimmte Erklärungen abzugeben, und das verhängnisvolle Ultimatum hatte dem Ersteren bereits zu dem nicht minder anfechtbaren Wort des „*criminal enterprise*“ Anlass geboten. Nach einem Diner bei der Königin bereitete mir jedoch Lord Malmesbury die angenehme Ueberraschung mir zu sagen: wie die Sachen jetzt stünden, schien ihm der Augenblick für die Aufstellung eines Observationscorps am Rhein gekommen. Ich nahm davon dankend Akt und zögerte nicht, davon dem preussischen Gesandten Mittheilung zu machen. Graf Bernstorff war für mich ein alter Bekannter — in späteren Jahren wurde ich sein Kollege in London, — demnächst aber ganz auf österreichischer Seite und antiitalienisch. Meine Mittheilung an ihn war daher eine sehr begreifliche, und es hat sicher nicht in seiner Absicht gelegen, dass die von ihm nach Berlin gemachte Meldung zur Folge hatte, dass bei meiner Ankunft in Frankfurt Sir Alexander Malet, der englische Gesandte, bereits instruirt war, eine eventuelle Verlautbarung jener Worte Lord Malmesbury's zu dementiren. Auch der preussische Gesandte in Paris, Pourtalès, dem ich keine Mittheilung über mein Gespräch mit Kaiser Napoleon gemacht hatte, war angewiesen worden, sich in einer meine Worte abschwächenden Weise zu äussern.

Damit das „Heitere auch in ernster Zeit“ diesem Kapite nicht fehle, noch die folgende Erinnerung: Zu der Zeit als ich Legationssekretär in Paris war, befanden sich dort mehrere ältere Gesandte, welche nach und nach Konsulat, Kaiserreich, Restauration und Julimonarchie durchgemacht hatten. Einer von ihnen, der Gesandte der deutschen Hansestädte, hatte es trotz vorge-

rückten Alters und ausgesprochener Schwerhörigkeit möglich gemacht, noch die zweite Republik und das zweite Kaiserreich in seine Pariser Laufbahn einzubeziehen. Ihn fand ich also 1859. Ich sprach ihm von meiner Unterredung mit dem Kaiser und führte ihm in möglichst beredten Worten zu Gemüth, wie wünschenswerth es sei, dass die Vertreter der deutschen Regierungen in Paris eine entschiedene und furchtlose Sprache führten. Er hörte mit Aufmerksamkeit und scheinbarem Verständnis zu und als ich geendet, war die Antwort: „Er thut uns nichts, wenn wir still sitzen."

Nachstehend die Korrespondenz:

Partikularschreiben.

An den königlichen Gesandten
Herrn von Könneritz in Wien.

Dresden, den 8. April 1859.

Ich habe die Wiener Bedenken Seiner Majestät dem König nicht vorenthalten; es haben inzwischen Allerhöchstdieselben darin doch nicht hinlänglichen Grund gefunden, eine Aenderung hinsichtlich meiner Reise eintreten zu lassen. Es ist dies für mich ein Grund mehr gewesen, mit mir selbst nochmals reiflich zu Rathe zu gehen; ich bekenne aber, dass ich mit mir vollständig im Reinen bin. An den Ausbruch des Krieges in den nächsten vierzehn Tagen glaube ich nicht; alle Schwierigkeiten, die der Kongress im Gefolge hat, und sollte deshalb derselbe auch gar nicht zu Stande kommen, werden das Verhandlungsstadium allemal bis Mitte Mai wenigstens hinziehen. Was zwischen den grossen Kabinetten vorgeht, kann für mich nicht Gegenstand der Thätigkeit werden. In Deutschland aber ist zwischen den Mittelstaaten alles gehörig vorbereitet, und auf Preussen würde jetzt eine aktive Haltung derselben nur ungünstig einwirken. In den einzelnen Bundesstaaten kommt es jetzt wesentlich auf militärische Vorbereitungen an, und das ist Sache der Kriegsministerien. Zu entscheidenden Beschlüssen am Bunde von politischer Tragweite wird erst dann der Moment da sein, wenn die Kriegsfrage entschieden ist. Alsdann wird auch Preussen so oder anders sich ihnen nicht entziehen können. Ist unter diesen Umständen meine Anwesenheit in Dresden in den nächsten vier bis fünf Wochen mehr ein Akt der Präsenz im militärischen Sinne, welchen bis auf eine kurze Frist nöthigenfalls der

Telegraph ausgleichen kann, — d. h. durch meine Zurückberufung — so kann meine Thätigkeit gelegentlich der vorhabenden Reise eine erspriessliche werden. Dies gilt zunächst von Berlin, wohin ich mich morgen begebe, um den hohenzollerschen Herrschaften die Artigkeit zu erweisen, mir Aufträge für die Königin Stephanie zu erbitten. Man darf in Wien überzeugt sein, dass ich dort ebenso wie in Paris im österreichischen Sinne wirken werde. Am Montag kehre ich zurück und begebe mich den 14. oder 15. nach München, wohin mich zunächst Familien-Interessen auf einen Tag rufen, wo es mir aber wichtig ist, mich mit Herrn von der Pfordten's Nachfolger zu besprechen. Von dort begebe ich mich über Paris nach Nantes.

Bergen kann ich Ihnen nicht, dass mir die für Berlin zunächst obliegende Aufgabe durch die neuesten Erklärungen und Schriften des k. k. Kabinets nicht erleichtert wird, und ich kann Ihnen ebenso wenig verhehlen, dass mir deren Nutzen im Interesse Oesterreichs sehr zweifelhaft erscheint. Ich hatte ein rasches Eingehen auf die Kongressidee überhaupt nicht erwartet und war von Anfang an auf sehr präzise Vorbehalte gefasst. Ob aber die *ex post* in so kategorischer Form aufgestellte Bedingung vorgängiger Desarmirung Sardiniens, so gerechtfertigt sie vom Standpunkte des Rechtes und der Konvenienz ist, zu stellen räthlich war? Ich frage mich vor Allem: was ist der materielle Schaden des jetzigen Zustandes in Sardinien, was der materielle Nutzen der Entwaffnung? Sichere Nachrichten bringen, dass man in Turin fertig ist und Cavour schon in Paris Geld verlangte: warum also diesen Zustand abkürzen und den Bankerott nicht vollenden lassen? Treibt dieser Zustand die Sardinier zum Angriff, so ist ja dies das Angenehmste, was Oesterreich widerfahren kann. Und wird in Sardinien entwaffnet, kann deshalb Oesterreich einen Gulden von seinen Rüstungen ersparen? Nein. Für eine *conditio sine qua non* gibt es daher nur eine Erklärung: Oesterreich will vom Kongresse los. Das ist begreiflich, aber ein gefährliches Spiel. Die öffentliche Meinung in Deutschland, selbst wenn sie diese Probe besteht, ist viel werth, aber nicht Alles, und mir scheint, Oesterreich muss Alles aufbieten, um nicht isolirt den Krieg anzufangen. Unser neuer Engländer, Paget, ein sehr gemässigter, korrekter Mann, sagte mir gestern: „*Si l'Autriche insiste, elle est perdue.*“ Das ist zwar sehr stark aufgetragen, aber man kann viel davon abziehen und es bleibt noch genug. Man muss dabei noch Eins in Erwägung nehmen. Wo soll denn die in Sardinien vorhandene Gesellschaft mit einem Male hin? Nach dem Kongresse können die Lombarden, Neapolitaner u. s. w.

amnestirt oder bestraft oder sicher nach Amerika gebracht werden. Aber jetzt? Und um die Gesellschaft im Zaum zu halten, sind die regulären Truppen wieder nothwendig. Wenn aber geltend gemacht wird, Oesterreich könne kein Vertrauen zu dem Kongresse und den dort vertretenen Mächten fassen, wenn diese nicht damit anfingen, Sardinien die Waffen aus der Hand zu nehmen und damit die Vorhut des Krieges zu desarmiren, so wird freilich — vom rein praktischen Standpunkte — eingehalten werden, dass, wenn erst der Friedensfuss wieder hergestellt ist, kein Grund mehr vorhanden sein wird, etwas auf dem Kongresse zu Stande zu bringen. Man vergleiche die Dresdener Konferenzen.

Mir scheint, die österreichische Forderung hätte einen viel grösseren Effekt, wenn sie in der Weise gestellt wäre, dass man erklärte, je nachdem man das so legitime Verlangen erfülle, werde Oesterreich auf dem Kongresse seine Haltung bemessen. Damit wäre alles Terrain salvirt und den anderen Mächten nicht die Verlegenheit bereitet, die sie gründlich verstimmt.

Fürst Metternich theilte mir gestern eine Depesche an Herrn von Koller in Berlin mit; sie ist sehr schön geschrieben, wird aber in Berlin sehr, sehr böses Blut machen, der Witz mit der „Verstimmung" wird dort sehr in die Nase fahren, und Gleiches besorge ich von der Lehre über den politischen Anstand.

Ich schreibe Ihnen das Alles heute und bitte Sie, diese meine privaten Herzensergiessungen den Herrn Grafen von Buol recht bald wissen zu lassen, damit er nicht glaube, ich sei in Berlin darauf gebracht worden.

(gez.) Beust.

Partikularschreiben.

An den königlichen Gesandten
Herrn von Könneritz in Wien.

Dresden, am 11. April 1859.

Ich bin diese Nacht spät von Berlin zurückgekehrt, wo ich in kurzer Zeit viel durchgemacht habe. Nur zwei Worte in Eile, um Ihnen zu sagen, dass ich sehr zufrieden davon gegangen bin.

Ich war von neun Uhr an zwei Stunden bei dem Fürsten von Hohenzollern, dann um zwölf Uhr bei Schleinitz, und um zwei Uhr empfing mich der Regent. Als ich zur Audienz kam, traten die erstgenannten beiden Persönlichkeiten heraus.

Die Aeusserungen des Prinzen waren sehr befriedigend. Ich werde

mir kein Verdienst zuschreiben, aber wenigstens habe ich nichts geschadet. Die Stimmung ist gut jetzt, das, glaube ich, können Sie in Wien versichern, aber wir wollen nur ja die europäische Empfindlichkeit in Schriften schonen. Ich habe dieselbe mit den Bundesverhältnissen in Harmonie zu bringen gesucht, indem ich stark betonte, dass alle deutschen Regierungen, bis zur bayrischen hinauf. ihre Politik, ihre Aufgabe und Existenz allein im Bunde erkennten. deshalb aber auch, ohne sich aufzugeben, nicht anders als auf eine bestimmte Stellung des Bundes in solchen Krisen bestehen könnten und es sich daher nicht darum handle, Preussen zu majorisiren, sondern den Bund zu erhalten, indem Preussen nur die Initiative zu ergreifen brauche, um jeden Schimmer eines zwingenden Formalismus — wie man sich jetzt in Preussen ausdrückt — zu vermeiden.

Die vorgängige Desarmirung Piemonts hält man für unmöglich. (beiläufig behauptet man, dass es gar kein Freicorps in Piemont gibt, da Alles eingereiht ist), dagegen ist man sehr portirt für die neulich von Oesterreich wieder vorgeschlagene allgemeine Desarmirung.

Budberg hatte eben, aber erst nach meiner Konversation, die Eröffnung erhalten, dass Russland eventuell den Kongress *à quatre* vorgeschlagen.

In England ist man äusserlich sehr gegen Oesterreich verstimmt, allein im Kabinet scheint die Entdeckung grosser russischer Thätigkeit günstig zu wirken.

Ganz der Ihrige

(gez.) Beust.

An den königlichen Gesandten
Herrn von Könneritz in Wien.

Dresden, 15. April 1859.

Ew. Excellenz sind bereits davon unterrichtet, dass das k. k. Kabinet dem königlichen Hofe, in Bezug auf die Sendung Seiner k. k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Albrecht nach Berlin, eine vertrauliche Eröffnung hat zugehen lassen, und ich bezweifle nicht, dass Ihnen der Herr Graf Buol confidentielle Einsicht in dieses wichtige Aktenstück gestatten wird.

Nachdem ich dasselbe Seiner Majestät dem Könige unserm allergnädigsten Herrn unterbreitet, stehe ich nicht an, Ew. Excellenz, der Allerhöchsten Willensmeinung gemäss, mit nachstehender Weisung zu versehen.

Zunächst wollen Sie dem Herrn Grafen von Buol den verbindlichsten Dank der königlichen Regierung für jene vertrauensvolle Mittheilung ausdrücken und Seine Excellenz ersuchen, denselben im Namen Seiner Majestät des Königs Seiner k. k. Apostolischen Majestät hinterbringen zu wollen.

Nicht minder werden Ew. Excellenz dabei der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck verleihen, dass es der so glücklich gewählten Vermittlung des hochgestellten Abgesandten Seiner k. k. Apostolischen Majestät gelingen werde, die in der Hauptsache gewiss nur der guten Sache zugewendeten Dispositionen der königlich preussischen Regierung in diejenigen Bahnen zu lenken, welche zu der von uns lebhaft gewünschten Verständigung zwischen den Höfen zu Wien und Berlin und einer gesicherten und thatkräftigen Stellung des Deutschen Bundes führen können.

Wir sehen mit Spannung den uns verheissenen weiteren Mittheilungen über den Erfolg der Sendung Sr. Kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs entgegen. Da inzwischen der Erlass des Herrn Grafen von Buol zugleich den Wunsch zu erkennen gibt, dass die deutschen Regierungen inmittelst bereits die bevorstehenden Eventualitäten ins Auge fassen möchten, so stehe ich nicht an, diejenigen Betrachtungen, zu denen uns die angeregten Fragen Veranlassung geboten haben, in einigen kurzen Sätzen zusammenzustellen.

1. Sobald Oesterreich dem Bunde die in Aussicht gestellte Anzeige macht, so wird die königliche Regierung ihr Votum im Sinne des Art. 47 der Wiener Schlussakte abgeben, d. h. für Anerkennung der Gefahr für das Bundesgebiet und Kriegsbereitschaft. Wir zweifeln nicht, dass in diesen Grenzen die Abstimmung einstimmig, Preussen inbegriffen, ausfallen werde.

2. Einen weitergehenden Beschluss, welcher die sofortige Betheiligung am Kriege ausspräche und somit eine Kriegserklärung des Bundes bedingte, würden wir dann als in der Ausführung gesichert und von den wirksamsten Folgen erachten, wenn Preussen seine Stimme dafür zusagt. Im entgegengesetzten Falle möchten wir ernster Erwägung die Folgen eines, gegen das preussische Votum gefassten Beschlusses empfehlen. Wir sind dabei weniger von der Besorgnis erfüllt, welches die Lage Deutschlands bei einem Angriffe Frankreichs auf dasselbe werden würde. Denn theils würden wir uns in diesem Falle — unabhängig von der doch vorauszusetzenden Stellung des preussischen Bundeskontingentes — eine genügende Deckung des Oberrheins durch die österreichischen Kräfte und jene der übrigen Bundes-

staaten versprechen, theils nicht einen Augenblick darüber in Zweifel sein, dass Preussen durch einen solchen Angriff zur Vertheidigung Deutschlands mit seiner vollen Macht sich berufen fühlen und gedrängt sehen würde. Die Betrachtung liegt uns weit näher, dass, eine zuwartende Haltung Preussens vorausgesetzt, Frankreich einen Angriff auf Deutschland nicht unternehmen würde, und die alsdann allein für Oesterreich nützliche Betheiligung am Kriege, nämlich die Offensive gegen Frankreich, ohne Preussens volle Theilnahme daran, dem Bunde schwer fallen müsste, alsdann aber die gebrachten Opfer der Kriegsbereitschaft vergebliche bleiben würden. Es würde uns daher in dem einmal gedachten Falle, dass Preussen sich als europäische Macht nicht am Kriege betheiligen wollte, zweckmässiger erscheinen, die durch den Art. 47 der Wiener Schlussakte ins Auge gefasste Hülfsleistung einem weitern Beschlusse vorzubehalten, indem wir der Meinung sind, dass auf diesem Wege am ehesten zu einer vollen Verständigung mit Preussen, im umgekehrten Falle dagegen nur zu leicht zu der am Schluss der Depesche in Aussicht genommenen und gewiss möglichst zu vermeidenden Eventualität zu gelangen sein würde.

3. Der Voraussetzung, dass, falls Preussen als Grossmacht die Hand zum Bunde biete, alle Regierungen Deutschlands sich Preussen anschliessen würden, „ohne entscheidenden Werth auf die blosse Form der Vereinigung zu legen", vermögen wir in dieser Allgemeinheit und ohne Vorbehalt für unsern Theil nicht Folge zu geben und halten uns verpflichtet, dies schon jetzt auszusprechen. Wir sind bereit, unsere Pflichten als Mitglied des Deutschen Bundes in der weitesten und hingebendsten Auffassung zu erfüllen, aber wir halten im Interesse des Bundes, den wir zu vertheidigen haben, daran fest, dass die Bestimmungen seiner Verfassung gerade in so ernster Zeit ihre volle Geltung behaupten müssen, und wir hegen um so mehr das Vertrauen, dass ein ausnahmsweises Abgehen davon nicht in der Absicht der Höfe von Wien und Berlin liegen könne, als der einstimmige und aufrichtige Beitritt des Bundes über allen Zweifel erhaben ist und wir nicht einmal abzusehen vermögen, welche Gründe der Nützlichkeit ein exceptionelles Verfahren rechtfertigen könnten.

Mit gleicher Offenheit gestatten wir uns

4. bezüglich des Schlusssatzes des kaiserlichen Erlasses unsere abweichende Ansicht auszusprechen.

Sollte Preussen gegen einen verfassungsmässigen Bundesbeschluss Einspruch erheben wollen, so würde es Aufgabe der übrigen Regierungen sein, diesem Bundesbeschlusse im Wege verfassungsmässiger

Berathung und Beschlussfassung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die nöthige Ausführung zu sichern. Dagegen würden wir nicht zugestehen können, dass die andersgesinnten Souveräne Deutschlands, mit oder ohne formelle Konstatirung der Mehrheitsansicht am Bunde, etwas thun könnten, um das ihnen gebührende Gewicht selbstständig geltend zu machen; ja, wir würden nicht zögern, gegen ein derartiges eventuelles Unternehmen, soferne es nicht innerhalb der durch Art. 42 der Wiener Schlussakte gezogenen Grenzen und dem Bunde nicht dabei das volle Kontingent der betheiligten Staaten zur Verfügung bliebe, selbst Verwahrung einzulegen.

Das k. k. Kabinet wird diese aufrichtige Kundgebung — dessen sind wir überzeugt — mit Gerechtigkeit beurtheilen und sich gewiss der Betrachtung nicht verschliessen wollen, dass es angesichts eines von ihm selbst als möglich gedachten Widerspruchs gegen verfassungsmässige Beschlüsse von doppeltem Gewicht ist, der Bundesverfassung ihre strengste Geltung zu bewahren.

Ew. Excellenz ersehen im Uebrigen aus den vorstehenden Bemerkungen, dass ich mich dabei ganz darauf beschränkt habe, die Ansichten der königlichen Regierung bezüglich einer eventuellen Berathung des Bundes darzulegen, ohne die Rücksicht auf die zwischen den grossen Kabinetten noch schwebenden Verhandlungen in Betreff der allgemeinen Entwaffnung und der Abhaltung eines Kongresses in den Bereich der Betrachtung zu ziehen.

Meine telegraphische Depesche vom vorgestrigen Tage hat Ew. Excellenz in den Stand gesetzt, die unmassgebliche Ansicht der diesseitigen Regierung zu vernehmen zu geben, dass eine Annahme des neuesten französischen Vorschlages ohne Hintansetzung des österreichischen Standpunktes und ohne Gefahr angenommen werden dürfte, sofern kurze Termine für Zusammentritt des Kongresses und Erledigung der Entwaffnungsfrage gestellt würden. Es schien uns dabei darauf anzukommen, ob der französische Vorschlag wirklich nur einen rein formellen Charakter habe oder den Stützpunkt einer materiellen Verzögerung bilde. Ist Ersteres der Fall, so ist auch ein Beschluss in den ersten Tagen des Kongresses möglich, im entgegengesetzten die Auflösung des Kongresses nach acht Tagen gerechtfertigt.

Endlich wollen Ew. Excellenz, indem Sie sich nach Anleitung vorstehender Bemerkungen gegen den Herrn Grafen von Buol äussern, noch hervorheben, dass die in dem Erlass des Herrn Ministers vorangestellte Eventualität eines aggressiven Vorgehens Oesterreichs nur deshalb unberührt geblieben ist, weil S. M. der König das zuversicht-

liche Vertrauen hegen, dass die Weisheit S. M. des Kaisers diejenigen Mittel und Wege nicht unerschöpft lassen werde, welche die Vermeidung eines in die politische Stellung Oesterreichs und Deutschlands so tief eingreifenden Entschlusses ermöglichen können.

(gez.) Beust.

Samedi, le 23 avril 1859.
à 3 h.

Je sors à l'instant de l'audience de l'Empereur qui a duré juste une heure. M'étant rendu aux Tuileries en uniforme, je fus reçu par l'Empereur dans Son cabinet de travail. Il se trouvait assis en redingote à Son bureau et commença par me faire des excuses de ne pas avoir mis d'uniforme croyant qu'il s'agissait d'une visite sans cérémonie.

Sa Majesté me dit ensuite: „Au reste vous venez en ennemi — pas personellement je l'espère.“ — L'Empereur m'ayant fait asseoir engagea aussitôt la conversation en abordant la question du jour; et après avoir manifesté un vif regret de la tournure qu'avaient pris les affaires pendant les derniers jours, Il Se mit à me parler de l'Allemagne et me lança tout en conservant un ton d'exquise politesse dont du reste Il ne s'est pas départi un seul instant pendant toute la conversation, la phrase que voici: „Il me semble, permettez-moi de vous le dire, que les gouvernements allemands de second ordre se prêtent dans tout ceci à un rôle de dupe. J'ai été à même de prendre connaissance de plusieurs pièces assez curieuses émanant de personnes qui se trouvent en rapports intimes avec les rédacteurs de la „Gazette d'Augsbourg“ et d'autres journaux allemands; il y était dit en toute lettre qu'on ne poussait à ce mouvement que dans l'espoir et même la certitude d'en finir cette fois avec les Souverainetés allemandes.“ — „Puisque Votre Majesté“ — répondis-je à mon tour — „m'a si nettement dit Sa pensée, je ne crains pas de Lui parler avec une entière franchise et je crois même remplir un devoir envers Elle en y mettant le moins de réserve que possible.“ Sur un signe affirmatif de l'Empereur je Lui donnai les explications suivantes: „Nous ne nous faisons aucune illusion sur les mauvais éléments qui entrent dans le mouvement général des esprits en Allemagne et il ne faut pas s'étonner que dans cette crise ils jouent leur rôle comme ils le font chaque fois qu'il y a chance d'exercer une pression quelconque sur les gouvernements. Mais ce serait tomber dans une grave erreur, que de chercher dans ces éléments l'origine et la principale explication

du courant actuel de l'opinion publique en Allemagne. Je Vous donne une grande preuve de sincérité en commençant par dire que l'Autriche en général n'a pas en Allemagne des sympathies bien vives. Elles sont très-prononcées dans les populations catholiques du midi, mais dans le reste de l'Allemagne et surtout dans la population protestante les tendances politiques et religieuses se trouvent plutôt aux prises avec le gouvernement autrichien. Il n'en est que plus digne de remarque que dans cette question italienne l'Allemagne a vu disparaître pour la première fois depuis longtemps toute scission et division de parti devant la conscience d'une solidarité d'intérêt entre l'Allemagne et l'Autriche. Cette conviction a jeté de si profondes racines que même la question du Concordat qui était cependant faite pour opérer une puissante diversion, s'est trouvée complétement étouffée. Il est vrai de dire que cette solidarité d'intérêt ne date pas d'hier. Elle a été solennellement reconnue par les gouvernements en 1840 et au début de la guerre d'Orient. Mais ce qui alors ne se faisait jour que dans le cercle rétréci des régions officielles, a été compris cette fois-ci par les populations. En Allemagne on ne rêve pas des conquêtes, mais on tient à conserver ce qu'on a. Or il ne s'agit pas de donner la Lombardie à l'Autriche, mais de se rendre compte de l'importance que l'état de possession de l'Autriche en Italie a pour l'Allemagne au point de vue militaire, politique et commercial. Et ceci on l'a complétement compris. Malgré cela il y aurait lieu de s'étonner de l'extrême passion que les Allemands ordinairement si calmes apportent dans cette appréciation, et puisque j'ai promis à Votre Majesté une entière franchise, je Lui en donnerai encore l'explication. Eh bien, Sire, ne cherchez la cause de cet entrain passionné que dans l'antipathie dont Votre gouvernement est l'objet depuis que cette question italienne a surgi à l'horizon; il Vous arrive ce qui est arrivé à l'Empereur Nicolas: on Vous considère et on Vous juge comme ayant troublé la sécurité publique. Ce sentiment était très-vif en Allemagne alors qu'il ne s'agissait que d'une attaque contre l'Empire Ottoman. Jugez ce que cela doit être lorsqu'il s'agit d'une menace dirigée contre un état de la confédération, à côté des esprits turbulents il y a la grande masse qui ne règle ses pensées politiques que sur les intérêts qui la touchent. Tous ces gens-là se disent avec raison qu'une question italienne tant qu'elle se traiterait entre l'Autriche et les états de la Péninsule ne pourrait jamais être de nature à compromettre le repos de l'Europe. Ils se disent encore avec raison que c'est l'intérêt que la France y met de son côté et l'appui qu'elle

prête à un gouvernement italien qui s'est identifié avec la révolution qui est cause de la perturbation générale. Dès ce moment, Sire, tous les partis ont dû se tourner contre le gouvernement impérial. Le parti conservateur qui l'avait accepté avec reconnaissance lorsque Vous aviez terrassé la révolution se trouve forcément sur le même plan que le parti démocratique qui ne Vous l'a jamais pardonné. Tout ceci doit prouver à Votre Majesté que ceux qui Lui paraissent des agitateurs peuvent bien être des organes passionnés et excentriques du mouvement actuel, mais qu'ils n'en sont nullement les auteurs."

L'Empereur paraissait écouter ces explications avec un calme parfait et, je puis le dire, y prêter une attention soutenue. Il n'entreprit nullement de les refuter et arriva par une brusque transition à l'article de l'acte final du congrès de Vienne qui désintéresse les Etats de la confédération dans les guerres qu'entreprendraient pour leur compte les deux grandes puissances allemandes. Cette observation me fournit matière à exposer à l'Empereur le vrai caractère de la confédération qui était en effet nullement agressif et purement défensif, mais qui avait été toujours et surtout pendant la guerre d'Orient comprise et appliquée par les gouvernements dans la conception la plus large. Je fis remarquer que pendant la guerre d'Orient la confédération s'était arrêté dans l'appui prêté à l'Autriche du moment qu'il s'était agi de prendre part à une agression.

Cette fois-ci il n'y avait aucun doute au contraire aussi bien pour les cabinets que pour les peuples allemands, qu'il n'était pas question pour l'Autriche de se lancer dans une guerre d'agression qu'elle avait à soutenir, mais une guerre de défense.

„Vous connaissez les Allemands, Sire; ils sont lents à se fixer mais une fois qu'ils se sont arrêtés à une idée, ils ne l'abandonnent pas facilement, et aujourd'hui une apparence même d'agression de la part de l'Autriche ne changera rien à leur jugement."

L'Empereur me dit alors: „Mais on fera une chose très-simple, on s'engagera à respecter les frontières de la confédération." — „Permettez, Sire, de Vous répondre que la confédération ne pourrait jamais accepter un engagement que je dois supposer lui être offert à des conditions onéreuses. Si les frontières étaient attaquées elle devrait les défendre, et il est impossible que la France puisse calculer d'avance jusqu'où la guerre doit s'étendre et jusqu'où elle ne doit pas. — „Ainsi, Vous croyez une neutralité impossible?" — „Je le crois et le dis très-sincèrement. Nous ne désirons nullement la guerre, nous la croyons désastreuse pour tout le monde et les gouvernements

sauront apporter toute la modération possible dans leurs actes. Ce qui se fait aujourd'hui à la Diète n'a rien de provoquant; les mesures qu'on y prend sont prévues par les lois fondamentales, mais si la guerre éclate et qu'elle s'engage entre la France et l'Autriche, il paraît impossible que l'Allemagne n'y soit enveloppée. Je suis le dernier à suivre aveuglement le courant de l'opinion publique; j'ai montré à ce sujet assez d'indépendance, mais nous devons compter avec le mouvement national et lorsque ce mouvement bien contrairement aux tendances subversives qu'il a montré jusqu'ici ne demande que le soutien du premier Etat de la confédération contre les dangers dont il est menacé, il y aurait folie à vouloir l'étouffer." — L'Empereur passa alors à la question italienne elle-même en répétant plus ou moins les arguments de la brochure „La Guerronière" sur la nécessité de régler les affaires de l'Italie. Il est inutile de rapporter cette partie de notre entretien où de part et d'autre il n'y avait qu'un échange de redites. Je ne saurais toutefois passer sous silence que l'Empereur déguisait assez mal la pensée secrète de mettre fin à la domination autrichienne en Italie, qui ne pourrait être soutenue qu'avec 100 000 hommes en temps de paix et constituait un état de choses insoutenable. Revenant alors à la charge, l'Empereur me dit: „Il n'y a donc aucun moyen d'amadouer l'Allemagne?" — „Franchement, Sire, je n'en vois pas d'autre que de la désintéresser de la guerre qui est sur le point de s'inflammer." — „Mais, savez-vous que l'attitude de l'Allemagne commence à devenir inquiétante pour l'Europe, on ne peut plus faire un pas ni s'intéresser à une question quelconque sans la trouver sur son chemin. D'un côté vous menacez le Danemarc et de l'autre l'Autriche étend ses bras jusqu'à Naples et là encore vous êtes avec elle." — „Permettez, Sire," dis-je en souriant, „que je n'accepte pas cette position brillante que Vous faites à l'Allemagne. Le Holstein est un pays allemand et la Diète doit écouter ses plaintes comme celles de tous les autres pays allemands. Elle y a mis une modération que je ne désapprouve pas, mais qu'une grande partie de l'Allemagne lui reproche. Quant à Naples je peux Vous dire ceci: si l'Autriche avait pesé de tout le poids de ses influences italiennes sur ce pays-là, elle aurait peut-être bien fait, mais je vous certifie qu'en Allemagne personne n'y aurait vu un motif pour la confédération de s'y associer." Je dois ajouter que le long préambule dont l'Empereur faisait précéder cette dernière sortie ne permettait pas de supposer de Sa part une simple plaisanterie. L'Empereur me parla encore beaucoup des questions d'actualité. Il m'apprit

le fait assez curieux qu'à l'heure qu'il est la sommation n'était pas encore arrivée à Turin. Je fus frappé de l'extrême modération que l'Empereur apporta dans Son jugement sur la conduite de l'Autriche dans cette dernière circonstance et l'air presque indifférent dont Il parlait des protestations qu'elle avait provoquées. Sa Majesté s'attacha seulement à relever les embarras que l'Autriche venait de créer au ministère britannique qui était resté dans l'ignorance la plus parfaite de ce qu'on avait médité à Vienne. Je me permis d'exprimer sous ce dernier rapport des doutes que j'avais lieu de croire très-fondés, car il me paraît au moins très-certain qu'à la suite de la mission de Lord Cowley le ministère anglais devait connaître assez la position avancée du gouvernement autrichien pour mesurer l'étendue des moyens qui étaient nécessaires pour empêcher une résolution précipitée, et que l'Empereur fut assez juste pour reconnaître sans que j'y eusse fait allusion, que les discours des ministres anglais avaient été faits pour encourager l'Autriche à entrer dans la voie où elle venait de s'engager. En général, je dois relever comme un fait curieux que, somme toute, l'Empereur eut presque plus de blâme pour les oscillations de l'Angleterre, que pour les actes du gouvernement autrichien pendant cette dernière phase.

L'Empereur avant de me congédier s'informa avec beaucoup d'intérêt de la santé du Roi et m'exprima de nouveau toute la part qu'Il avait prise à la douloureuse perte éprouvée par la famille Royale. Il me serra enfin cordialement la main en me disant qu'Il espérait me revoir et non en ennemi.

An Se. Excellenz
Herrn Staatsminister von Falkenstein in Dresden.

Paris, am 24. April 1859.

Ew. Excellenz gefällige Depesche vom 19. ds. ist mir vorgestern Abends durch Herrn von Könneritz richtig übergeben worden und sage ich dafür meinen verbindlichsten Dank.

Sie werden inzwischen Kenntnis von meinem Berichte an Se. Majestät den König, von München, genommen, und ein Partikularschreiben aus Karlsruhe erhalten haben.

Ich hatte gestern eine lange Audienz beim Kaiser. Dieselbe war bereits durch Herrn von Seebach eingeleitet, bevor die bezügliche telegraphische Weisung einging. Es wäre dieselbe wohl nicht gut zu

vermeiden gewesen, und ich habe allen Grund zu glauben, dass sie nicht ganz ohne Nutzen bleiben wird.

Im Anschlusse lege ich eine Relation vor, welche ich unmittelbar nach der Audienz aufgesetzt habe, und wobei ich jedes Wort verbürgen kann. Es hat dieselbe namentlich insofern Bedeutung, als der Ministerrath, der im Nebenzimmer versammelt war, die Ankunft des Kaisers der Audienz wegen über eine halbe Stunde erwarten musste. und dieser Umstand bei dem Drange der augenblicklichen Geschäfte beweist, wie sehr das Thema „Deutschland" den Kaiser beschäftigt. Es ist gewiss gut, dass ich sowohl gegen den Kaiser als gegen den Grafen Walewski die Zumuthung der Neutralität entschieden zurückgewiesen habe. Ich habe es noch heute gegen letzteren gethan, wobei ich namentlich auch „Rücksichten auf den Bund" stark betonte. Graf Walewski suchte mich damit zu gewinnen, dass die Rücksichten der Menschlichkeit möglichste Abkürzung des Krieges wünschenswerth machten, und dies allein durch die Neutralität Deutschlands möglich werden würde. Meine Antwort war darauf sehr einfach: *„De deux choses l'une: ou vous avez des revers — alors vous ne voudrez pas terminer la guerre; ou les Autrichiens en essuient, alors l'Autriche aura recours à la Confédération; ainsi, de toutes manières, l'attente de l'Allemagne n'abrégera pas la guerre."* Wie die Sachen einmal liegen, ist es kaum zu hoffen, dass der Ausbruch des Krieges vermieden wird. Indessen wird gerade England bis zum letzten Augenblicke ein Engagement aufzuhalten suchen und es wird doppelte Anstrengungen machen, wenn auf die Neutralität Deutschlands nicht gerechnet werden kann. Das ist der Grund, der mich auf einen Tag nach England führt. Ich gedenke Freitag wieder in Dresden zu sein.

Dass das neueste österreichische Verfahren das Wiener Kabinet nach allen Seiten in eine ganz schiefe Stellung gebracht hat und in Frankreich selbst dem Kaiser eine Menge Anhänger für den Krieg zuführt, ist leider nicht zu verkennen. Man begreift nicht, wie der kühne Entschluss so ungeschickt ausgeführt werden konnte, um gerade den Franzosen so viel Spielraum zu geben, um zur rechten Zeit auf dem Kampfplatze anzukommen. Die günstigste Auslegung, welche Lord Cowley in seinem Wohlwollen für Oesterreich der Sache gibt. ist die, dass Oesterreich dem ungleichen Spiele zwischen sich und Frankreich habe ein Ende machen und Frankreich in die Nothwendigkeit versetzen wollen, gleichen finanziellen Einsatz zu leisten.

Die übrigen Tagesneuigkeiten zu berichten überlasse ich dem königlichen Gesandten. (gez.) Beust.

Nachschrift.

Da mir soeben telegraphisch aus London mitgetheilt wird, dass ich in den nächsten Tagen keinen der Minister dort finden kann, so gebe ich London auf und kehre morgen Abend nach Frankfurt zurück, wo ich einen kurzen Aufenthalt machen und also Donnerstag in Dresden sein werde.

London, den 5. Mai 1859.

Ich beginne damit, einige Umstände zu erwähnen, welche der von mir auf Allerhöchsten Befehl nach London unternommenen Reise grössere Dauer verliehen haben, als dies wohl ursprünglich erwartet werden konnte. Der Mangel einer direkten Eisenbahnverbindung zwischen Frankfurt und Köln, sodann ein heftiger Sturm, welcher das Auslaufen des Schiffes in Calais verzögerte, und eine beschwerliche Ueberfahrt hatten zur Folge, dass ich erst am Sonntag den 1. d. M. hier eintraf.

In Abwesenheit des königlichen Gesandten wandte ich mich direkt und schriftlich an Lord Malmesbury, um eine Unterredung mit ihm und Audienz bei der Königin zu erlangen. Ich empfing auch bereits für den nächsten Tag eine Einladung auf das Auswärtige Amt: Lord Malmesbury konnte jedoch, in Windsor zurückgehalten, sich selbst hier nicht zur bestimmten Zeit einfinden und war genöthigt, das Rendezvous auf Dienstag zu verlegen. Inmittelst war auch der Prinz-Gemahl zufällig von Windsor abwesend und kehrte erst Dienstag Abend dahin zurück. Gestern, als Mittwoch, kam der Hof von Windsor in die Stadt, und der Prinz-Gemahl hat mich sofort nach der Ankunft empfangen, während Ihre Majestät die Königin mir für heute 3 Uhr, unmittelbar nach dem Herzog von Malakoff, Audienz ertheilt und mich sodann mit einer Einladung zur Tafel beehrt hat. Somit könnte meine Abreise zeitigstens morgen Freitag erfolgen. Da jedoch die gestern Abend eingegangene telegraphische Depesche meine Rückkehr nicht mehr als besonders dringend bezeichnet hat, so habe ich geglaubt, eine Einladung zum preussischen Gesandten für morgen, die mich mit mehreren bedeutenderen Persönlichkeiten in Berührung bringen wird, annehmen zu sollen, und werde demnach die Rückreise übermorgen, Sonnabend, antreten, um mich der erhaltenen Weisung gemäss zunächst nach Frankfurt zu begeben.

Als die an mich nach Frankfurt ergangene telegraphische Depesche die von mir zu unternehmende Reise nach London in mein Ermessen stellte, habe ich mir bezüglich der Möglichkeit eines Erfolges, nament-

lich eines solchen, welcher die für mich persönlich in diesem Augenblick sehr peinliche Abwesenheit von Dresden auszugleichen vermöchte, keineswegs gerechte Zweifel verhehlt. Ich entschied mich indessen dafür, der Allerhöchsten Anregung Folge zu geben, zunächst weil ich darin auf Seiten Seiner Majestät des Königs die Ueberzeugung von der besonderen Wichtigkeit des hiesigen Platzes, wo augenblicklich die diesseitige Vertretung fehlt, zu erkennen glaubte, theils aber auch, weil für die weitere Beurtheilung der gegenwärtigen politischen Lage Deutschlands eine unmittelbare Kenntnisnahme der hiesigen Verhältnisse allerdings von besonderem Nutzen sein kann. Die mir zufallende Aufgabe, gleichzeitig zu beobachten und auch im Interesse der von uns vertretenen Sache zu wirken, wurde allerdings durch die augenblicklichen Umstände in hohem Grade erschwert; in ersterer Beziehung durch den Wahlkampf, welcher augenblicklich die Londoner Salons entvölkert und die allgemeine Aufmerksamkeit von den uns interessirenden Fragen abzieht, in letzterer Beziehung aber durch die noch immer sehr ungünstige Wendung in der öffentlichen Meinung in Betreff Oesterreichs, und durch die prekäre Stellung der Regierung, welche jeden Anschein der Parteiergreifung und Aufgabe der Neutralität wie das Feuer scheut und daher auch mit grosser Aengstlichkeit jeder darauf hin zielenden Anregung entgegentritt. Ich muss es unter diesen Umständen mit besonderem Danke erkennen, dass mir Lord Malmesbury zwei längere Unterredungen, die eine mit ihm allein, die andere in Gegenwart Lord Derby's, gewährte. Die letztere Modalität, welcher zu ihrer Vervollständigung nur noch die Anwesenheit eines Protokollanten fehlte, ist ein neuer Beleg für die grosse Vorsicht, mit der die einschlagenden Fragen hier in diesem Augenblicke behandelt werden, wenn ich auch nicht verkennen will, dass sie zugleich Zeugnis für das Interesse ablegte, welches das Ministerium an meinen Eröffnungen nahm.

Es bedurfte keiner grossen Anstrengung, um mich von dem Stande der öffentlichen Meinung in Bezug auf die italienische Frage zu überzeugen. Zwar ist der erste Anlauf der anti-österreichischen Stimmung, welchen Lord Derby mit dem unglaublichen Ausdrucke des Verbrechens noch zu überholen beflissen war, einer etwas ruhigeren Haltung gewichen, und das bereits tief gewurzelte Misstrauen gegen Frankreich hält so ziemlich die Wage gegen den Enthusiasmus für die Befreiung Italiens. Allein diese Ausgleichung gibt in den am besten gesinnten Kreisen immer noch kein besseres Facit als die Enthaltung von jeder Intervention, mit anderen Worten die strengste

Neutralität. Dass Oesterreich in der Art und Weise, wie es zuletzt aggressiv vorgegangen ist, grosse Fehler begangen und dass der in Paris so geschickt ausgebrütete Schein der Friedensstörung den nächsten Impuls zu dem Umschlage der öffentlichen Meinung in England gegeben hat, unterliegt keinem Zweifel. Allein es würde dieser erste Eindruck bei der besonnenen Logik der Engländer unstreitig einer besseren Erkenntnis schon längst Platz gemacht haben, wenn nicht der Grund der Verstimmung einen früheren und tiefer liegenden Ursprung hätte. Ich habe mich jederzeit dahin ausgesprochen, dass das österreichische Kabinet unbedingt die Geduld haben müsse, das Stadium des Kongresses zu durchlaufen, und ich war von der Grösse des im Unterlassungsfalle zu begehenden Fehlers so tief durchdrungen, dass ich denselben für rein unmöglich und eben deshalb meine Abwesenheit von Dresden in der Zeit bis Mitte Mai für möglich hielt. Man hat hier immer sehr deutlich die zwei unterschiedenen Gesichtspunkte durchgefühlt, welche einerseits französisch-sardinische Eroberungsgelüste auf Unkosten Oesterreichs, andererseits den unsicheren Zustand der italienischen Staaten auf Rechnung Oesterreichs betrafen. In der ersteren Beziehung hat Oesterreich hier auf eben so viele Sympathien zu zählen als auf Antipathien in der zweiten. Mit der rückhaltlosen Annahme des Kongresses schnitt Oesterreich die französisch-sardinischen Landkartenpläne sofort ab, und die alsdann übrig bleibende Frage der sogenannten Reform war so voller Schwierigkeiten, dass man es in Wien getrost darauf ankommen lassen konnte, den Kongress darüber berathen und schliesslich auseinandergehen zu sehen, während inmittelst die Revolution in Italien unaufhaltsam zur Reife gedieh und zur allseitigen Repression führen musste. Anstatt dessen hat Oesterreich das Scheitern der friedlichen Reformhoffnungen ganz auf seine alleinige Rechnung genommen und die Behauptung des Territorialbestandes den Chancen des Krieges ausgesetzt, und es ist natürlich, dass je weniger das erstere den hiesigen Neigungen zusagt, man um so weniger gestimmt ist, für den letzteren einzutreten.

Lord Malmesbury hatte daher gewiss vollkommen Recht, wenn er mir erklärte, England beobachte die strengste Neutralität, und es könne kein Minister, der anders handeln wollte, einen Tag im Amte bleiben. Ich war eben daher aber auch auf eine solche Erklärung vorbereitet, und es wäre ein sehr vergebliches Bemühen gewesen, einem englischen Minister gegenüber Zukunftsberechnungen anstellen und ihm die Nützlichkeit eines rechtzeitigen Auftretens gegen Frankreich beweisen zu wollen. Es musste mir darauf ankommen und mein

ganzes Bestreben dahin gerichtet sein, dass unter so ungünstigen Umständen einer entschiedeneren Haltung Deutschlands durch einen Druck von hier auf Berlin nicht entgegengearbeitet, sondern Preussen, wenn es in Uebereinstimmung mit den Regierungen und Völkern Deutschlands eine wirksamere Stellung Frankreich gegenüber einnimmt, von hier aus nicht gestört, sondern vielmehr gebilligt wird. Ich darf mir schmeicheln, in dieser Beziehung nicht ohne Erfolg gewirkt zu haben, indem ich die Saite anschlug, welche hier noch den besten Klang hat, nämlich die möglichste Abkürzung des Krieges, wozu die Neutralität Deutschlands am wenigsten und eine demonstrative Haltung desselben am meisten beitragen werde. Meine Argumentation war in der Hauptsache folgende:

Wenn Deutschland sich darauf beschränkt, eine kostspielige Kriegsbereitschaft zu unterhalten, ohne zu einer präzisen Stellung überzugehen, was ich schon der öffentlichen Meinung in Deutschland und ihren Organen gegenüber auf die Länge überhaupt für rein unmöglich halten würde, so gewährt es Oesterreich so gut wie keine Unterstützung und wirkt eben so wenig hemmend nach der Seite von Frankreich hin, als es in der Lage sein wird, auf Oesterreich einen vielleicht heilsamen Druck zu üben, wenn der Abschluss des Friedens an der Zeit sein kann. Deutschland spielt auf diese Weise eine zweideutige und nicht ganz würdige Rolle, so lange die Bewaffnung zum erklärten Zweck allein die Vertheidigung des Bundesgebietes hat. Dagegen wird seine Haltung zugleich eine ehrenvolle und muthige und auch den Friedensbestrebungen Englands günstige, wenn Preussen und der Deutsche Bund eine imponirende Truppenaufstellung am Rhein vornehmen. Auf diese Weise werden die Kräfte Frankreichs getheilt und dadurch von dieser Seite dem Kriege die Nahrung abgeschnitten, auf der anderen aber das Mittel geboten, Oesterreich zu einer friedlichen Ausgleichung, vorausgesetzt dass sie eine ehrenvolle sei, zu bestimmen, indem es dieser Macht nicht gleichgiltig sein kann, einer so nachdrücklichen Unterstützung auf die Dauer theilhaftig zu werden oder nicht.

Es war vielleicht nicht ganz unnöthig, dass ich bei dieser Gelegenheit die grosse Unkenntnis der englischen Herren Minister über die Verhältnisse des Deutschen Bundes etwas aufklären konnte. Die Frage wurde wiederholt an mich gerichtet: was denn Frankreich gethan habe, um Deutschland zu bedrohen? und ich nahm darauf Veranlassung, nicht allein den hier unbekannten Artikel 47 der Wiener Schlussakte, sondern auch die Vorgänge des orientalischen Krieges

anschaulich zu machen, welche man damals hier noch ungenügend gefunden hatte und wobei man so weit ging, einen Angriff auf österreichische Truppen zu einer Zeit für einen Angriff auf Deutschland zu erklären, wo gar nicht daran gedacht wurde, das österreichische Gebiet anzugreifen, während man heute eingestandenermassen darauf ausgeht, Oesterreich eine ganze Provinz zu entreissen. Eben so neu erschien für Lord Malmesbury die militärische Wichtigkeit, welche die Erhaltung der Lombardei in österreichischen Händen für Deutschland hat.

Ich bin nun mit den schliesslichen Resultaten der Unterredungen insoferne zufrieden, als mir Lord Derby und Lord Malmesbury beide zuletzt die bestimmte Versicherung gaben, dass, wenn Preussen sich entschliessen wolle, auf derartige Wünsche einzugehen und eine imponirende Aufstellung am Rhein im Vereine mit dem Bunde zu bewirken, man von hier aus nicht davon abreden und Preussen davon nicht abhalten werde. Es gewinnt diese Zusicherung dadurch an Bedeutung, dass Lord Malmesbury gegen mich des von Preussen aus zu erkennen gegebenen Wunsches, die Ost- und Nordsee zu neutralisiren, mit dem Bemerken gedachte, dass England demselben zu entsprechen bemüht sein werde, und ich mich ausdrücklich mit ihm darüber verständigte, dass dieses Vorhaben durch das von mir in Aussicht genommene Vorgehen Preussens keine Störung erleiden werde.

Eine wichtige Frage ist nun allerdings die, ob das jetzige Ministerium sich halten wird? worüber die Meinungen noch sehr getheilt sind. Man ist nicht darüber in Zweifel, dass der Ausfall der Wahlen die Zahl der ministeriellen Parlamentsmitglieder von 275 auf ungefähr 300 bringen wird, womit das Ministerium zur Noth bestehen kann, so lange die ihnen gegenüberstehenden 354 Stimmen sich nicht zu einem Votum gegen dasselbe vereinigen. Das letztere wird nun allerdings von manchen Seiten vorausgesetzt, indem man annimmt, dass nach der Einberufung eines neuen Parlamentes und somit einem Appell an das Land die Stellung der Kabinetsfrage rein unvermeidlich sei, wogegen andererseits die Ansicht besteht, dass gerade die auswärtige politische Frage den ersten Anlass zur Abstimmung bieten und hiebei eine Fraktion der Radikalen, welche entschieden für den Krieg gegen Frankreich ist, nicht mit dem übrigen Theil des Hauses gehen werde. Tritt ein Ministerwechsel ein, so stehen allerdings die Sachen für uns schlimm, da man von Lord Palmerston und Lord Wodehouse entschiedene Parteiergreifung für Italien befürchten kann,

wogegen Lord Clarendon, auf dessen Eintritt leider wenig zu rechnen ist, weit entschiedener als Lord Malmesbury auf der österreichischen Seite stehen würde. Indessen wird in der Hauptsache das Neutralitätsprinzip vorherrschend bleiben und es wäre um so wichtiger, wenn Seitens Preussens und des Bundes recht bald die von mir angedeutete Stellung eingenommen würde und das neue Ministerium sie als gemacht vorfände. Ich habe nicht gezögert, das Resultat meiner Unterredung dem Grafen Bernstorff mitzutheilen, doch stelle ich unterthänigst anheim, ob vielleicht Seine Majestät der König derselben gegen Seine Königliche Hoheit den Prinzen-Regenten Erwähnung thun möchten.

Noch kann ich nicht unerwähnt lassen, dass Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Coburg. höchstwelcher mich am vorigen Montag in Windsor empfing, nach Erschöpfung bekannter Klagen über Oesterreich und österreichische Politik sich gleichwohl sehr gut und entschieden in Uebereinstimmung mit den diesseitigen Ansichten aussprach, was freilich, wie ich ferner erwähnen werde, auf HöchstIhren Herrn Bruder den Prinzen-Gemahl geringe Wirkung hervorgebracht zu haben scheint. Der Herzog eröffnete mir, er werde in Berlin den Antrag stellen, dass man sich dahin schlüssig machen müsse, den Rhein zu überschreiten, sobald die Franzosen österreichisches Gebiet betreten würden. Ich habe ihn natürlich in dieser Ansicht nicht gestört und finde es recht gut, wenn gerade von seiner Seite ein solches Verlangen in Berlin gestellt wird; dagegen habe ich es nur beklagen können, dass der Herzog gleichzeitig sein Projekt Lord Malmesbury mitgetheilt hat, welchen ich unter dem Eindrucke desselben in einer sehr ungünstigen Stimmung fand, und es ist, glaube ich, nützlich gewesen, dass ich zu rechter Zeit kam, um einer englischen Remonstration in Berlin vorzubeugen. Ich habe dies dadurch erreicht, dass ich den ganzen Gedanken mehr unter dem Gesichtspunkte der thatsächlichen Entwicklung als eines formulirten Beschlusses betrachte. Ein solcher würde mir in der That auch schwer erscheinen, da Oesterreich einmal den Ausbruch des Krieges durch Besetzung piemontesischen Gebietes provozirt hat, und man nun nicht wohl einen Bundesbeschluss in die Zwischenfälle einer militärischen Aktion einschieben kann, wobei einzelne französische Truppenkörper österreichisches Territorium betreten könnten. Dagegen habe ich durchaus nicht verschwiegen, dass, wenn Oesterreich zurückgeworfen und ein Teil der Lombardei in feindlichen Händen sein sollte, alsdann für den Deutschen Bund die Frage zur Entscheidung kommen müsse, ob es zu dessen Wieder-

eroberung Oesterreich beistehen solle oder nicht, und ich an der bejahenden Entscheidung dieser Frage nicht im mindesten zweifle.

Weitere Mittheilungen, namentlich in Betreff meiner Unterredung mit dem Prinzen-Gemahl, behalte ich einem ferneren Berichte vor, welchen ich selbst unterwegs nach Dresden befördern werde.

(gez.) Beust.

London, den 7. Mai 1859.

Ew. Excellenz werden hoffentlich einen Bericht erhalten, welchen ich unter der Adresse des Redakteur Hartmann gestern befördert habe. Nicht minder darf ich voraussetzen, dass Ihnen durch die Vermittlung des königlich hannöverischen Ministeriums gestern Vormittag eine telegraphische Meldung zugegangen ist.

Zur Vervollständigung der letzteren habe ich zunächst Folgendes zu erwähnen. Lord Malmesbury, mit dem ich am Donnerstag bei der Königin speiste, kam von selbst auf den Gegenstand unserer Unterredungen zurück und sprach sich zuletzt unumwunden dahin aus, dass, nachdem der Herzog von Malakoff hier abberufen sei, um ein Kommando in Nancy zu übernehmen, der Zeitpunkt allerdings gekommen sei, wo Deutschland ein starkes Observationscorps am Rhein aufstellen möchte, und dass es gewiss sehr gut sei, die Sachen zur rechten Zeit zu thun. Ich nahm von dieser meine Erwartungen noch übertreffenden Erklärung Akt und habe nicht verfehlt, am anderen Morgen den Grafen Bernstorff davon in Kenntnis zu setzen und ihn zugleich aufzufordern, sich von Lord Malmesbury eine bestätigende Aeusserung zu erbitten. Er hat dies auch alsbald gethan und die gleiche Erklärung vernommen; ob er meinem Wunsche, darüber nach Berlin zu berichten, in einer recht eindringlichen Weise entsprochen haben wird, muss ich dahingestellt sein lassen, indem zwar auf der einen Seite Graf Bernstorff persönlich sehr die diesseitigen Ansichten theilt, von der anderen aber vielleicht eben deshalb etwas weniger gern daran geht, dem Berliner Standpunkt entgegenzutreten, und es ihm, wie mir angedeutet wurde, nicht ganz erwünscht war, dass ich in kurzer Zeit so weit mit Lord Malmesbury kommen konnte. Inzwischen bürgt die grosse Pflichttreue des gedachten Gesandten dafür, dass er die Meldung jedenfalls nicht unterlassen hat. Ich selbst habe seitdem noch Gelegenheit gehabt, die in meinem letzten Berichte erwähnten Darlegungen gegen Herrn Disraeli zu wiederholen, und bei ihm sehr geneigtes Gehör gefunden. Aehnliches kann ich, wie nicht

zu verwundern, freilich nicht von Lord Palmerston sagen, wogegen mich Lord Clarendon durch eine Mittelsperson seines vollen Einverständnisses versichert hat. Es kommt, wie ich schon hervorhob, sehr viel darauf an, dass das neue Ministerium eine entschiedener von Deutschland genommene Haltung vorfindet, und es wird kein sichereres Mittel geben, die hiesigen italienischen Sympathien abzukühlen, als indem man den Krieg delokalisirt und an die Stelle der italienischen Frage die deutsch-französische setzt. Auf diese Weise allein auch wird es gelingen, die Gedanken des englischen Publikums an die Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich zu gewöhnen.

Wie ich bereits gemeldet, habe ich die Ehre gehabt, von Ihrer Majestät der Königin in besonderer Audienz empfangen und darauf zur Tafel geladen zu werden. Auch habe ich nicht verfehlen zu sollen geglaubt, auf dem heutigen Drawing-room zu erscheinen. Der gnädigen Aufnahme von Seiten Ihrer Majestät der Königin kann ich mich nicht genug beloben.

Die Minister scheinen heute noch bessere Hoffnungen für ihren Bestand zu hegen, doch finden dieselben noch immer sehr getheilten Glauben.

(gez.) Beust.

An Se. Excellenz
Herrn Staatsminister von Falkenstein, Dresden.

Frankfurt a. M., den 10. Mai 1859.

Wie ich Ew. Excellenz telegraphisch davon benachrichtigt hatte, habe ich London am Sonnabend Abend verlassen, nachdem ich zuvor noch dem Drawing-room der Königin beigewohnt. Die kleinen Widerwärtigkeiten, die mich auf dieser letzteren Reise verfolgten, wiederholten sich auch insoferne auf der Rückkehr, als ich durch die Ungeschicklichkeit eines Kondukteurs in Gent aus dem Schnellzuge in den Lokalzug versetzt wurde und in Folge dessen so spät in Köln ankam, dass ich nur mit besonderer Anstrengung Frankfurt gestern Nachmittag erreichen konnte. Ich habe daselbst bereits gestern Abend mit dem Grafen Rechberg und dem Freiherrn von der Pfordten ausführlichere Besprechungen gepflogen. Dieselben ergaben jedoch zunächst noch eine solche Verschiedenheit der leitenden Gesichtspunkte, dass der heutige Tag durchaus dazu verwendet werden muss, dieselben in umfassender Weise fortzusetzen, wobei ich die Hoffnung vollständigen Einverständnisses nicht aufgebe. Herr von der Pfordten hat

zu dem Zwecke bereits Instruktion, wie Eurer Excellenz bekannt sein dürfte, in der Bundesversammlung den Antrag zu stellen, dass die Frage wegen Anwendung des Art. 47 der Wiener Schlussakte in Erwägung gezogen werde. Dieser Vorschritt ist gewiss sehr gut, wenn er mit der entschiedenen Absicht geschieht, damit zu einem solchen Beschlusse zu gelangen, welcher von Bundes wegen endlich der Kriegsbereitschaft einen klar vorgezeichneten Zweck anweist. Die von Herrn von der Pfordten gegen Graf Rechberg und mich gethanen Aeusserungen waren aber freilich insofern nicht befriedigend, als derselbe das Vertrauen aussprach, Preussen werde zu rechter Zeit vorgehen und es nur darauf ankommen, dasselbe durch eine kleine Anregung zur Initiative zu bewegen. Ich habe allen Grund zu vermuthen, dass Herr von der Pfordten mit solchen Aeusserungen seine eigene Natur und Ansicht verleugnet und dazu höheren Orts eine Veranlassung erhalten hat. Unsere heutige Besprechung wird dies hoffentlich besser ins Klare ziehen.

Ich für meine Person kann nicht leugnen, dass alle Vorgänge der letzten vier Wochen mir das höchste Misstrauen gegen die in Berlin vorwaltenden Gedanken eingeflösst haben. Ich rechne dahin, nächst den Kundgebungen, welche der österreichischen Sommation folgten, besonders auch die Haltung des preussischen Gesandten in London seinen deutschen Kollegen gegenüber, woraus offenbar zu entnehmen war, wie wenig erwünscht für Berlin die von Lord Malmesbury mir gegebenen Zusicherungen gewesen sein mochten; ja, ich habe sogar Grund, in Folge einer kurz vor meiner Abreise mit Graf Bernstorff gehabten Unterredung, zu besorgen, dass im Wechsel mit der von mir geschehenen Anregung einer günstigen Einwirkung auf Berlin von dort aus eine entgegengesetzte Aktion auf die anderen deutschen Regierungen in London hervorgerufen worden ist.

Es ist gewiss alles aufzubieten, um ein Zusammengehen Preussens mit den übrigen Staaten zu ermöglichen; allein eine zu lange Hinschleppung des gegenwärtigen Zustandes scheint mir in hohem Grade gefährlich. Die Ereignisse auf dem Kriegstheater können sehr rasch eine für Oesterreich augenblicklich höchst ungünstige Wendung nehmen, und der alsdann eintretende glücklichste Fall eines raschen Eintretens Preussens macht Oesterreich zum Schuldner Preussens und uns zu willenlosen Werkzeugen, auf deren Unkosten leicht die Schuld später abgetragen werden wird. Sollte dagegen Preussen seine jetzige Richtung alsdann so weit zu verfolgen im Stande sein, um einen für Oesterreich nachteiligen Frieden vermitteln zu helfen, so hat Preussen

in Paris und Petersburg, vielleicht selbst in London Forderungen zu stellen, die zuletzt auch ihre Befriedigung auf Unkosten der deutschen Regierungen finden werden. Ist es dagegen möglich, dass die deutschen Regierungen in der nächsten Zeit durch vereintes und energisches Auftreten entweder Preussen zum Vorgehen nöthigen, oder schlimmsten Falls mit Oesterreich allein die Aufstellung am Rhein bewirken, so setzen sie allerdings viel ein, haben aber auch im glücklichen Falle viel zu erwarten; sie sind es alsdann, welche Deutschland in den Kampf geführt haben, die öffentliche Stimme unterstützt sie dabei, und im unglücklichen Falle unterliegen sie auf dem Felde der Ehre. Ich bin daher der Meinung, dass zunächst der bayrische Antrag ganz gut ist, um das, was geschehen muss, einzuleiten und den einzelnen Staaten selbst hinreichende Zeit zu lassen, um die nöthigen militärischen Vorbereitungen zu vervollständigen, welche der Zusammenziehung und Aufstellung einer Bundesarmee am Rhein vorausgehen müssen. Ist aber dieser Augenblick gekommen, dann muss an Preussen von allen Seiten die Aufforderung gestellt werden, einen solchen Beschluss in Frankfurt zu beantragen, wie ihn die Umstände erheischen — denn es kann auch von mehr als blosser Aufstellung von Observations-Corps alsdann die Rede sein — und weigert sich Preussen dessen, so muss alsdann der Majoritätsbeschluss auf Grund von Art. 47 sofort gefasst und durch den Telegraphen der Abmarsch sämtlicher Bundestruppen sofort in Gang gesetzt werden. Kann ich in diesem Sinne zu einer vorläufigen Verständigung unter Vorbehalt der Allerhöchsten Genehmigung kommen, so werde ich dieselbe in Hannover zu vervollständigen suchen. Eine Besprechung mit Graf Platen ist allerdings insofern von Wichtigkeit, als jetzt vor Allem Einheit in dem Handeln, Preussen gegenüber, nothwendig ist, und es daher durchaus nothwendig erscheint, Bayern eine mindestens formelle Direktive zu lassen, wozu man in Hannover in der Regel wenig Geneigtheit zeigt. Ich werde morgen frühzeitig abreisen und Abends in Hannover sein. Wahrscheinlich wird mich die Einladung zur königlichen Tafel den ganzen nächsten Tag über in Hannover zurückhalten; ich gedenke jedoch in der Nacht abzureisen und Freitags früh neun Uhr in Dresden zu sein. —

Ich bitte um Erlaubnis, den vorstehenden Mittheilungen noch eine Vervollständigung meiner Londoner Berichte hinzufügen zu dürfen. Es handelt sich dabei um eine Unterredung mit dem Prinzen-Gemahl, welche ich in keiner Weise der preussischen Post anvertrauen mochte. Dieses Gespräch hat mich leider einen tiefen Blick in die Gedanken

des Prinzen thun lassen, und zwar einen solchen, welcher zu traurigen Betrachtungen Anlass geben muss. Wenn ich nur das Eine konstatire, dass der Prinz zuletzt so weit gehen konnte, es als seine Ueberzeugung auszusprechen, dass es ein wahres Glück für Deutschland sein würde, dass Oesterreich so geschwächt würde, um den deutschen Regierungen keinen Anhalt mehr bieten zu können und bei einer Neugestaltung Deutschlands aus demselben herausgedrängt zu werden; dass er den Besitz der Lombardei für eine Verlegenheit und Last, nicht aber für einen Vortheil erklärt, so wird es überflüssig erscheinen, die Einzelnheiten des Gesprächs hervorzuheben und irgendwie die Frage zu berühren, in welchem Sinne der Prinz auf das englische Ministerium und, was schlimmer ist, auf Berlin einwirkt. Ich würde gerne die Vermuthung als mildernden Umstand zulassen, dass die in den Zeitungen schon laut gewordenen Kommentare von orleanistischen Einwirkungen auf den Hof in Windsor und von Intriguen des König Leopold den Prinzen dazu bestimmen konnten, sich recht im anti-österreichischen Sinne gegen mich auszulassen, wenn nicht seine Aeusserungen so weit gegangen wären, einen tief eingewurzelten Hass gegen Oesterreich zu verrathen, welcher seine grosse und unverhohlene Abneigung gegen den Kaiser Napoleon bei Weitem überwiegt. Eben so wenig machte mir gegenüber der Prinz daraus ein Hehl, wie sein stiller, aber stets unruhiger Ehrgeiz alle seine Bestrebungen darauf richtet, bei der jetzigen Gelegenheit die deutsch-preussischen Kaiserpläne, die mir zuerst von ihm, noch vor der Februar-Revolution, in den ersten Tagen des Jahres 1848 mitgetheilt wurden, wieder einen Schritt vorwärts zu bringen. Weit entfernt, an der korrekten Haltung der deutschen Regierungen uud dem vortrefflichen Geiste der Völker im nationalen Sinne Gefallen zu finden, erging er sich darin, an den Mängeln der Bundesverfassung zu mäkeln und alles, was jetzt geschieht, herabzusetzen, mit steter Hinweisung darauf, dass Deutschland keine Vertretung und keinen obersten Kriegsherrn habe. Ich habe zwar die Mühe nicht gescheut, den Prinzen über die thatsächlichen Verhältnisse in Deutschland, wie sie sich im Verlaufe der letzten elf Jahre ganz anders gestaltet haben, aufzuklären, freilich ohne irgend eine Aussicht auf Erfolg; inzwischen schien doch dasjenige, was ich über die öffentliche Stimmung im südlichen Deutschland und auch bei uns, sowie über die dadurch gebotene Möglichkeit eines selbstständigen Auftretens des übrigen Deutschland, gegenüber von Preussen, in der jetzigen Krise sagen konnte, Seine Königliche Hoheit sehr stutzig zu machen.

Wenn man in Berlin, wie nach den hiesigen Aeusserungen des Herrn von Usedom anzunehmen, zunächst abwarten will, ob das jetzige Ministerium in England sich hält oder durch ein anderes ersetzt wird, so ist dies entweder ein vollständiges Verkennen der Lage oder eine absichtliche Berechnung, um sich jeder Unterstützung Oesterreichs zu entziehen. Tritt erst ein liberales Ministerium ein und findet die gegenwärtige Sachlage in Deutschland vor, so ist der erste Akt ein entschiedener Einspruch gegen jedes Vorgehen; findet es dagegen die Observationsarmee am Rhein vor, so nimmt es dieselbe als Thatsache an. Die Basis der englischen Politik wird aber immer die öffentliche Stimmung sein, und diese wird allein dann für Deutschland und dessen Eintreten für Oesterreich gewonnen, wenn Deutschland, sei es ganz oder zum Teil, mit nationalem Schwunge auftritt und der schwebenden Kriegsfrage dadurch den Charakter der italienischen Befreiung entzieht und ihr den der Vertheidigung gegen Napoleonische Herrschaft verleiht. Auf diesem Terrain ist England zu finden, und je früher Deutschland es betritt, um so früher muss England sein Zögern aufgeben.

Als ich gestern zu Graf Rechberg kam, war ich sehr überrascht, von ihm zu hören, dass, ganz im Gegensatz zu den von Lord Malmesbury mir gegebenen Zusicherungen, der englische Gesandte, Sir Alexander Malet, ihm eine Depesche vorgelesen, wonach das englische Kabinet dem Deutschen Bunde jede Berechtigung zur Einmischung in den italienischen Krieg abspricht und im Voraus jeden Schutz des deutschen Handels ablehnt, wenn Deutschland irgend einen provozirenden Schritt thun sollte. In Folge dessen begab ich mich heute Morgen zu Sir Alexander Malet und hatte die Befriedigung, zu konstatiren, dass die fragliche Depesche vom 2. Mai, also vor meiner ersten Unterredung mit Lord Malmesbury, abgegangen war. Sir Alexander, der für seine Person sehr gut denkt, war hocherfreut über die Resultate meiner Besprechungen in London und acceptirte sie ohne allen Vorbehalt.

(gez.) Beust.

Seiner Excellenz
Herrn Staatsminister von Falkenstein in Dresden.

Frankfurt a. M., den 10. Mai 1859, Abends 9 Uhr.

Meine Vermutung über den eigentlichen Ursprung der gestern von Herrn von der Pfordten geäusserten Ansichten bestätigt sich heute vollständig durch dessen offenherzige Mittheilungen. Er gab mir dabei deutlich genug zu erkennen, wie angenehm es ihm sei, wenn ich ihn in den Stand setzte, eine energischere Auffassung auf Seite Sachsens hervorheben zu können. In Folge dessen habe ich ihm folgenden Gang als den bezeichnet, welchen ich Seiner Majestät dem Könige empfehlen werde, und er hat sich schliesslich bereit erklärt, denselben in München zu befürworten.

Herr von der Pfordten wird, wie kaum zu bezweifeln, alsbald nach seinem übermorgen stattfindenden Eintritte in die Bundesversammlung, in den Militärausschuss gewählt werden. In diesem letzteren wird er den bereits erwähnten Antrag einbringen, und es mag dies immerhin in den für Preussen rücksichtsvollsten Formen geschehen; es würde insbesondere thunlich sein, durch Vermittlung des preussischen Bundestags-Gesandten nach Berlin die Anfrage ergehen zu lassen, ob die königlich preussische Regierung nicht gemeint sei, durch Veranlassung einer Zusammenziehung am Rheine eine Begutachtung des bayrischen Antrags, wofür inmittelst der Referent immer zu bestellen wäre, überflüssig zu machen. Käme von Berlin keine befriedigende Antwort, so würde dahin zu wirken sein, dass das Gutachten, unter erschöpfender Darlegung des politisch vorwiegenden Falles des Angriffs auf Oesterreich und unmittelbar auf das Bundesgebiet, in seinem Schlussantrage auf die Aufstellung am Rheine gelangte. Es ist kaum zu zweifeln, dass die Majorität des Ausschusses sich demselben anschliessen würde. Schliesst sich der preussische Gesandte ebenfalls an, so ist alles gewonnen; im entgegengesetzten Falle müssen die Regierungen, welche voraussichtlich dem Ausschuss-Gutachten in der Bundesversammlung beistimmen würden, in Berlin den Beitritt Preussens zu demselben dringend befürworten und zugleich die Gründe darlegen, die sie dazu bestimmten. Bleibt dann Preussen auf seiner Weigerung, so müsste der Majoritätsbeschluss vollzogen werden, dann aber auch sofort der Abmarsch der Bundestruppen, einschliesslich des österreichischen Bundeskontingents, erfolgen. Um auf diese Weise zu einer Lösung zu kommen, ist es jedoch nothwendig, die Frage wegen des Bundes-Oberfeldherrn, die ohnedies schwer zur

Entscheidung zu bringen sein wird, noch offen zu lassen, indem, entgegengesetzten Falls, die Ausführung des ganzen Gedankens nach Umständen durch die Dazwischenkunft eines von Bundes wegen bereits bestellten preussischen Befehlshabers scheitern würde. Es würde dagegen gleichfalls durch Majoritätsbeschluss im engeren Rathe alsdann erst zur Wahl des Bundes-Oberfeldherrn zu schreiten sein, und es wäre alsdann immer noch möglich, für den Fall, dass Preussen, wie es in früheren Zeiten erklärt, sich an der Ausführung des Majoritätsbeschlusses betheiligen wollte, bei der Wahl des Bundes-Oberfeldherrn vorzugsweise auf Preussen Rücksicht zu nehmen; im entgegengesetzten Falle könnte dann das Absehen vielleicht auf den Erzherzog Albrecht gerichtet werden, was freilich das Bedenken hätte, die ganze Aufstellung mehr zu einer rein österreichischen zu machen und die Gefahr eines vorzeitigen Uebergehens zur Offensive hervorzurufen. Eine andere Kombination wäre die, den Wünschen des Königs von Württemberg, Allerhöchstwelcher es jetzt ambitionirt, Folge zu geben, namentlich wenn, was Graf Rechberg in Aussicht stellt, man Ihm den Feldzeugmeister Baron Hess zur Seite geben wollte, auf welchen, als Generallieutenant des Bundes, auch im Fall einer preussischen Oberbefehlshaberschaft Bedacht zu nehmen sein würde. Sobald der Oberbefehlshaber ernannt ist, hätte derselbe den Marsch der Truppen anzuordnen.

Ich kann nicht unerwähnt lassen, dass mir Sir Alexander Malet im strengsten Vertrauen mittheilte, Herr von Usedom habe gegen ihn und Graf Fénélon die Aeusserung gethan, Preussen rüste nur zu dem Zwecke, um die übrigen deutschen Staaten im Zaume zu halten; er theilte mir ferner mit, Baron Schleinitz habe sogar gegen Lord Bloomfield von der Absicht gesprochen, Hannover und Sachsen zu besetzen. Möglich dass dies nur absichtliche Schreckschüsse sind, aber sie legen deutliches Zeugnis für den Geist ab, der gegenwärtig das Berliner Kabinet leitet.

Der Ueberbringer meiner heutigen beiden Berichte wird in Dresden so lange bleiben, um nach meiner Rückkehr die Entschliessung Seiner Majestät des Königs dem königlichen Bundestags-Gesandten überbringen zu können.

(gez.) Beust.

An den königlichen Gesandten
Herrn von Könneritz in Wien.

Dresden, am 15. Mai 1859.

Ich benutze die Reise des Fürsten Metternich nach Wien, um Ew. Excellenz Abschrift von vier Berichten zugehen zu lassen, welche ich anlässlich meiner Sendung nach London, theils von dort, theils von Frankfurt aus, erstattet habe. Dieselben sind lediglich zu Ihrer Information bestimmt und ich bitte jede Mittheilung derselben zu unterlassen. Ueber mein einstündiges Gespräch mit dem Kaiser Napoleon habe ich ebenfalls eine ausführliche Aufzeichnung eingesendet, ich nehme aber Anstand, davon Abschrift zu geben, um auch ferner der Wahrheit gemäss versichern zu können, dass dieselbe nicht aus den Händen gegeben worden ist. Graf Rechberg und Fürst Metternich kennen dieselbe übrigens beide.

Die Aufrichtigkeit meiner Erklärungen in Paris hat die gute Wirkung gehabt, in Berlin Kundgebungen hervorzurufen, welche die übrigen deutschen Regierungen mit doppelter Dringlichkeit zu selbstständigem und vereintem Auftreten ermahnt haben.

Von England aus, wo leider das Ministerium im Zustande grosser Unsicherheit sich befindet, wird man zwar offiziell die bisherige Sprache nicht verlassen, aber — wie ich zu hoffen Ursache habe — in Folge meiner Unterredungen mit Lord Malmesbury die englischen Gesandten instruiren, weniger scharf gegen das Vorgehen Deutschlands sich zu äussern.

Der hannöverische Antrag war sehr unzeitig und ich habe mich vergeblich bemüht, dessen Aufschub zu bewirken; nachdem er aber einmal eingebracht war, hat Herr von Nostitz Anweisung erhalten, sich für die Verweisung an den Ausschuss mit anerkennenden Worten zu erklären. Mein Vorschlag hatte den grossen Vorzug, dass einestheils der Antrag vom Ausschusse ausgehen sollte und damit jede Jalousie vermieden würde, anderntheils der Verlauf der war, dass dem Antrage unmittelbar die That folgte, während jetzt vierzehn Tage lang von Berlin aus dagegen operirt werden kann.

Seine Majestät der König hat vorgestern den Adjutanten Seiner Königlichen Hoheit des Prinz-Regenten General von Alvensleben empfangen und sich auf dessen Vorstellung gegen Vorschritte am Bunde dahin geäussert, dass, falls General Willisen eine Verständigung erziele, Seine Majestät diese mit Freuden begrüssen und dieselbe gewiss nicht stören werde, dagegen falls Oesterreich anderweit auf Unter-

stützung beim Bunde antrage, dafür stimmen würde. Nach den neuesten Nachrichten aus Berlin zeigt übrigens Herr von Schleinitz, den man als hauptsächlichen Vertreter der Neutralität, im Gegensatz zum Regenten, bezeichnet, eine weniger absprechende Haltung.

(gez.) Beust.

XIX. Kapitel.

1859.

Italienischer Krieg, Fortsetzung. — Die sächsischen Kammern. — Fürst Gortschakow. — Besuch in Wien. — Die Würzburger Konferenz. — Die Schiller-Feier.

Bald nach meiner Rückkehr versammelten sich die sächsischen Kammern zu einem ausserordentlichen Landtag. — Von der österreichisch-freundlichen Stimmung, die sich zu jener Zeit noch in Presse und in Vertretungskörpern kundgab, hat man heute keine Vorstellung mehr. Nicht allein, was begreiflicher war, zeigte sich diese in der ersten Kammer, auch in der zweiten kam sie zum Ausdruck, und ich vergesse nicht, wie deren Präsident in seiner Ansprache in scharfen Worten gegen die „civilisatorische Mission“ des Kaisers Napoleon eiferte. Meine eigene Rede erschien beinahe zu nüchtern. Ich habe nie eine hinreichende Erklärung dafür finden können, warum in jenen Tagen, wo in Wien von Aufstellungen am Rhein, ja von österreichischen Aufstellungen am Rhein gesprochen wurde, man nicht sofort nach dem Einrücken französischer Truppen auf österreichischem Gebiet an den Bund gegangen ist. Als bekannte Einwendung dagegen gilt die Rücksicht auf Preussen. Diese hätte man, wie ich an anderer Stelle nachgewiesen, wohl gethan, in früheren Stadien nicht zu unterlassen. Man war vielleicht in Wien nicht genügend unterrichtet, aber so schlecht konnte man es nicht sein, um sich der preussischen Initiative in nächster Zeit sicher zu glauben. Ein zustimmender Majoritäts-Beschluss wäre zweifellos gewesen, und ich glaube nicht, dass irgend jemand

unter den damaligen Umständen ein thätliches Dazwischentreten Preussens für möglich gehalten hätte. Das waren ja aber die Tage „der Bundestagsmisère“, der „kläglichen Kleinstaaterei“, worüber die Wiener Blätter sich lustig zu machen keine Gelegenheit versäumen.

Aus der Rede, die ich damals in der ersten Kammer hielt, nehme ich hier den folgenden Theil auf, weil darin die Haltung der deutschen Mittelstaaten während des Orientkrieges und während des italienischen Krieges eingehend dargelegt und, wie ich glaube, gerechtfertigt wird.

„Man hat ebenfalls in neuester Zeit darauf aufmerksam gemacht, man begreife nicht, was jetzt die deutschen Mittelstaaten für einen Beruf hätten, so entsetzlich aggressiv zu werden; im Laufe des orientalischen Krieges hätten sie sich ganz anders bewiesen, damals sei der Deutsche Bund so ängstlich verfahren und habe den Anträgen, welche an ihn gelangten zur Theilnahme am Kriege, sich entzogen und vielmehr eine passive und zuwartende Rolle vorgezogen. Auch hier ist die Inkonsequenz, die man den deutschen Mittelstaaten vorwirft, eine durchaus scheinbare, in der Wirklichkeit gar nicht vorhandene. Im Gegentheil lässt sich sehr leicht nachweisen, dass während des orientalischen Krieges der Deutsche Bund sehr viel weiter gegangen ist, als er jetzt noch zu gehen sich beigehen lässt! Um was handelte es sich damals?

„Es handelte sich damals um eine Stellung des Deutschen Bundes gegenüber einem Kriege, welchen Russland, eine auswärtige Macht, gegen das türkische Reich unternommen hatte. Damals war die Integrität der österreichischen Monarchie von Russland durchaus nicht bedroht, weder durch Erklärungen, durch Projekte und Manifeste, noch durch thatsächliche Handlungen, und dennoch hat damals der Deutsche Bund zunächst einen Beschluss gefasst, welcher die ausserdeutschen Besitzungen Oesterreichs gleich den deutschen garantirte und jeden Angriff auf das ausserdeutsche Gebiet Oesterreichs für einen Angriff auf den Bund erklärte. Ja man ging noch weiter! Man fasste einige Monate später einen Beschluss dahin gehend, dass selbst ein Angriff auf die österreichischen Truppen, welche in den Donaufürstenthümern, also ausserhalb des österreichischen Gebietes, standen, wiederum gleichgeachtet würde einem Angriff auf Deutschland.

„Und jetzt, wo es sich darum handelt (was man ja nunmehr ganz

offen ausgesprochen hat), dass man darauf ausgeht, Oesterreich eine seiner Provinzen zu nehmen, da findet man, dass wir zu aggressiv werden, wenn wir ein Eintreten des Bundes, eine Unterstützung Oesterreichs an der Zeit halten. Die Haltung der Mittelstaaten in dieser Frage ist eine durchaus consequente und ist sich gleich geblieben; sie sind stets davon ausgegangen, dass der Charakter des Deutschen Bundes ein wesentlich defensiver ist. Das ist der Charakter, der bei seiner Entstehung ihm aufgeprägt wurde und der sich in allen Bestimmungen seiner Grundgesetze wiederfindet. Aber man hat im Laufe des orientalischen Krieges diesem defensiven Charakter die weiteste Auffassung angedeihen lassen und in dieser Beziehung wollen wir auch heute dieselbe Richtung wieder eingeschlagen wissen. Es wird bei den Verhandlungen, die noch schweben (denn die Frage wird in ganz geschäftsmässiger Weise noch im Ausschuss verhandelt), die Frage gewiss mit einer friedlichen Verständigung sich lösen.

„Die deutschen Mittelstaaten, von denen ich hier allein eigentlich nicht zu sprechen habe, denn mit Ausnahme sehr weniger stehen fast alle deutschen Regierungen auf gleichem Standpunkte, werden in keiner Weise dabei eine Hartköpfigkeit an den Tag legen und sich etwa darauf steifen, dass, weil einmal der Antrag auf Aufstellung eines Observationscorps gestellt worden ist, gerade der allgemeine Wunsch, das allgemeine Bestreben, das allgemeine Bedürfnis nur in dieser Form ihre Befriedigung finden solle, falls auf anderer Seite etwas geboten wird, welches den vorgesetzten Zweck in gleicher Weise erreichen lässt. Allein die Regierungen, und insbesondere auch die sächsische, werden sich nicht abhalten lassen, durch irgend etwas, was einem Veto ähnlich sieht, je ihre Stimme gewissenhaft und überzeugungsvoll am Bunde abzugeben, und ich bin überzeugt, die hohe Kammer gibt mir darin vollständig Recht. Es mögen sich diejenigen, welche hier bedauerliche Zerwürfnisse für den Bund befürchten, beruhigen; ich glaube für alle die betheiligten Regierungen das Zeugnis in Anspruch nehmen zu können, dass ihrerseits nichts geschehen ist, um eine Verstimmung hervorzurufen, welche der Einigung hätte nachtheilig sein können. Es haben in früheren ähnlichen Verhältnissen Ministerkonferenzen stattgefunden; man hat sie jetzt unterlassen aus diesem Grunde, es sind keine separaten Verhandlungen gepflogen worden nach einer Richtung hin, wie man das auch behauptet hat. Man hat selbst sehr lange abgesehen von vorzeitigen Anregungen am Sitze der Bundesversammlung. ebenfalls um keinen Anstoss zu erregen, sondern im Gegentheil, man hat das gethan, was von vielen Seiten

nicht als geschehen betrachtet wird, nämlich direkte vertrauensvolle Ansprachen, direkte vertrauensvolle Aufforderungen zur Ergreifung der Initiative. Also, wie auch immer die Sachen sich gestalten mögen, man sei versichert, die Haltung, welche die deutschen Mittelstaaten in dieser Frage beobachtet haben, sie wird geschadet haben weder der Einigkeit noch der Sache, um die es sich zuletzt handelt, und wo nur die Ansichten über den Moment der Aktion und über die Art und Weise der Aktion auseinandergehen, da wird auch die Verständigung zuletzt doch erfolgen.

„Es gilt das Nämliche — da ich mich nun einmal ganz offen hier ausspreche — auch von Insinuationen, welche auswärtige Zeitungen über meinen jüngsten Aufenthalt im Auslande gebracht haben. Ich muss namentlich der Voraussetzung widersprechen, als hätte dasjenige, was ich dort zu sagen und zu thun hatte, den Zweck gehabt, etwas hinter dem Rücken einer anderen deutschen Regierung zu thun und insbesondere der preussischen. Ueber alles, was ich gesprochen und gehört habe, ist von mir absichtlich die königlich preussische Regierung unterrichtet gewesen, und es ist eine durchaus unbegründete Behauptung, dass hier etwas von mir unternommen worden wäre, welches den Zweck gehabt hätte, die Mittelstaaten gewissermassen im Auslande selbstständig zu vertreten.“

Es sei mir erlaubt, noch einige Stellen dieser Rede hier aufzunehmen, weil sie einen damals in der Presse erhobenen Vorwurf beleuchten, nämlich den, dass man in Dresden anfangs französisch und dann auf einmal österreichisch gewesen sei.

„Denselben Vorwurf der Inkonsequenz“ — so sprach ich — „hat man auch ganz neulich gegen die sächsische Staatsregierung insofern erheben wollen, als man ihr nachsagen zu können glaubte, sie habe in neuerer Zeit eine sehr entschiedene Vorliebe für die französische Regierung kundgegeben. Ja, man ist sogar so weit gegangen zu sagen: man habe hier für Frankreich lange gegen Oesterreich Partei genommen, und dann auf einmal sei man in die entgegengesetzte Richtung umgeschlagen.

„Ich weiss was zu dieser Behauptung Anlass gegeben, weiss, dass es einzelne Artikel des „Dresdner Journal“, des Organs der Regierung, gewesen sind.

„Ich halte aber eben zur Rechtfertigung der Regierung die

Sache für zu wichtig, um nicht einige Worte der Erklärung auch hierüber zu sagen. Es haben einzelne jener Artikel des „Dresdner Journals“ zu Missdeutungen Anlass gegeben, und es ist das allerdings in einer Richtung hin zu beklagen. Allein diese Artikel beruhen auf einer Erwägung, deren allseitige Berücksichtigung sehr gut gewesen wäre, um vielleicht den Konflikt aufzuhalten, der eben jetzt ausgebrochen ist. Es ist nicht gut gewesen, was damals von einem grossen Theile der deutschen Presse geschehen ist, nämlich vor der Zeit, ehe noch von Seite der französischen Regierung eine Erklärung oder ein Akt vorlag, welcher es etwa gerechtfertigt hätte, ihr im Voraus dasjenige nachzusagen, was ihr allerdings später nachgesagt werden konnte, schon damals in einem allgemeinen Angriffe gegen die französische Regierung loszubrechen. Es hat dies leider den Erfolg gehabt, dass, während in Deutschland das Publikum durch diese vorzeitigen Angriffe gegen die französische Regierung allerdings sehr empfänglich geworden ist, für eine spätere und alsdann richtige Beurtheilung der französischen Politik es auf der andern Seite nicht schwer gewesen ist, das Publikum in Frankreich zu überreden, es handle sich hier um eine geflissentliche Aufhetzung der deutschen Presse auf Anregung einer dabei vorzugsweise betheiligten Regierung, Oesterreichs. Es ist durch dieses Beginnen der deutschen Presse im vorigen Jahre dem deutschen Aufschwunge gegen die französische Regierung ein grosser Theil seines Nimbus und seiner Wirksamkeit im Auslande entzogen worden. Hätten die anderen Blätter damals gehandelt wie das „Dresdner Journal“, und wären sie später erst zu einer strengeren Beurtheilung der französischen Regierung übergegangen, wie das Journal es that, so wäre die Beurtheilung des Aufschwunges in Deutschland gegen Frankreich in diesem Lande selbst eine ganz andere und wirksamere gewesen, als es in der That der Fall war.“

Der Verlauf des Feldzuges gleichwie der Friedensschluss liegen ausserhalb des Vorwurfs meiner Aufzeichnungen. Dagegen

darf ich an eine nicht unbekannt gebliebene Abfertigung erinnern, welche ich dem Fürsten Gortschakow, in Erwiderung einer an die deutschen Regierungen gerichteten, hofmeisternden Belehrung über die Natur des Deutschen Bundes und der dadurch den deutschen Regierungen vorgezeichneten passiven Haltung, angedeihen liess. Nachfolgend der Inhalt meiner damaligen Depesche:

„Le Prince Volkonsky" — begann die Erwiderung — „m'a donné lecture d'une dépêche qui lui a adressée Monsieur le Prince Gortchakow, à l'effet de constater l'attitude du Gouvernement Impérial en présence des complications survenues en Italie et de la guerre qui en est résultée, ainsi que la manière dont le Cabinet de St. Pétersbourg croit devoir juger la position des Gouvernements d'Allemagne au milieu de ces mêmes événements.

„Le Gouvernement du Roi, mettant une confiance entière dans les sentiments nobles et élevés de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, n'a aucun doute sur le caractère bienveillant et équitable des dispositions dont le Gouvernement de S. M. Impériale est animée envers l'Allemagne et les différents Gouvernements de la Confédération germanique; ce n'est donc qu'avec reconnaissance que nous avons pu accueillir cette importante communication, et je vous prie, Monsieur, de vous en faire l'interprète auprès de Mr. le Prince Gortchakow.

„Nous croyons donner au Gouvernement Impérial la meilleure preuve de la sincérité de ces mêmes sentiments en répondant avec une égale franchise aux différentes observations qui viennent de nous être faites.

„La dépêche de Mr. le Prince Gortchakow se divise en deux parties distinctes. La première, qui est rétrospective, passe en revue les négociations qui ont précédé le commencement des hostilités, et rappelle le congrès proposé par la Russie pour les empêcher; la seconde, qui s'occupe du présent et de l'avenir, s'applique de préférence à faire ressortir les vues du Gouvernement Impérial sur la tâche réservée aujourd'hui à la Confédération Germanique.

„Quant à la première, Mr. le Prince Gortchakow saura apprécier les considérations qui nous engagent à mettre une certaine réserve à en aborder le sujet. Il n'en trouvera pas moins excusable qu'un Gouvernement allemand se permette de ne pas partager le jugement sévère infligé à la conduite du Gouvernement autrichien, lequel, suivant les développements de la dépêche de Mr. le prince Gortschakow, serait seul responsable des calamités de la guerre. Le Gouvernement

du Roi a rendu dans le temps pleine justice aux efforts tentés par le Cabinet de St. Pétersbourg pour la prévenir par un congrès européen. Mais à moins de manquer à tout devoir d'impartialité envers un Gouvernement confédéré, il nous serait impossible de nous arrêter à l'épisode du congrès représentant une phase, et non l'ensemble, des faits qui ont précédé et amené la guerre, au lieu de nous reporter à l'origine des complications qui ont fini par la faire éclater; et alors nous ne saurions oublier que le Gouvernement autrichien n'ayant rien fait qui pût donner ombrage, ni à ses voisins, ni à une puissance quelconque en Europe, fut inquiété d'abord, et menacé ensuite dans le paisible exercice de ses droits de souveraineté. Il nous est difficile encore de ne pas nous convaincre que, si de pareilles entreprises, au lieu de rencontrer des sympathies avaient encouru le blâme non-équivoque de l'Europe, le fléau de la guerre eût été très-probablement épargné à l'humanité avant même que la question de congrès ne fût posée.

„Nous serons plus explicites sur les questions qui se rattachent à la position et à l'attitude des Gouvernements allemands. Ici nous avons une mission à remplir, et nous devons de sincères remercîments à Mr. le Prince Gortchakow de nous avoir fourni l'occasion d'entrer dans quelques explications propres à éclairer les Gouvernements étrangers sur ce qui se passe aujourd'hui en Allemagne.

„La dépêche de Mr. le Ministre des affaires étrangères de Russie témoigne des regrets au sujet de l'excitation se manifestant dans quelques parties de l'Allemagne; elle exprime la crainte que cette agitation n'ait sa source dans un malentendu, et ce malentendu elle le trouve dans la tendance de quelques Etats de la Confédération Germanique à se préoccuper d'un danger imaginaire, et à en faire naître de très-réels, non seulement en ne résistant pas à des passions dont le développement pourrait mettre en péril la sécurité et la force intérieure des Gouvernements, mais encore en fournissant des griefs sérieux à un Etat voisin et puissant, au moment même où ils en reçoivent des déclarations rassurantes.

„Il y a ici évidemment un malentendu, mais ce n'est pas du côté des Gouvernements allemands qu'il faudra le chercher.

„Mr. le Prince Gortchakow veut bien nous rappeler plus loin que la Confédération est une combinaison purement et exclusivement défensive, et que, si aujourd'hui elle se portait à des actes hostiles envers la France, elle aurait faussé le but de son institution et méconnu l'esprit des traités qui ont consacré son existence.

„A ce sujet nous devons commencer par faire une légère réserve.

Sans vouloir examiner jusqu'à quel point le mot de combinaison peut s'appliquer à une union d'états indépendants reconnue indissoluble, et comptant parmi ses membres deux grandes puissances européennes, nous nous permettrons de relever que la Confédération germanique, par son organisation, a en effet un caractère principalement et essentiellement défensif, mais qu'on ne saurait prétendre qu'elle est une combinaison exclusivement défensive. Les traités, sur la base desquels elle est entrée dans le droit public européen — je me sers des propres paroles de Mr. le Prince Gortchakow — et auxquels Russie a apposé sa signature, lui reconnaissent le droit de paix et de guerre. Les Etats allemands se sont toujours montrés très-jaloux de se conformer aux lois fondamentales qui régissent la Confédération, et de ne pas s'en écarter, mais par cela même ils peuvent prétendre à les conserver intactes.

„Nous prions cependant Mr. le Prince Gortchakow de ne pas perdre de vue que dans notre pensée il ne s'agit en aucune façon de méconnaître ce caractère défensif par excellence, ni de sortir du cercle des dispositions défensives qui se trouvent dans les lois fondamentales.

„L'article 47 de l'acte final de Vienne, et dont il a été question trop souvent dans ces derniers temps, pour qu'il soit nécessaire d'en citer le texte, a prévu l'éventualité qui se présente aujourd'hui comme fait accompli, et pour que les Gouvernements allemands songent à remplir les devoirs qu'il leur impose, ils n'ont besoin ni de céder à des passions qui compromettent leur sécurité, ni de se préoccuper d'un danger à venir. Nous pourrions rappeler d'ailleurs que jusqu'ici la Confédération n'a pas encore arrêté les décisions qui sont l'objet de la sollicitude de Mr. le Prince Gortchakow, et lui inspirent des craintes pour la solidité de notre „assiette intérieure“, mais loin de soulever une question d'opportunité, nous préférons lui donner une preuve de plus de notre confiance dans les dispositions amicales du Gouvernement Impérial, en acceptant ainsi une discussion anticipée.

„Ce n'est pas pour la première fois que la Diète de Francfort est appelée à discuter la mesure des obligations fédérales de l'Allemagne envers les deux grandes Puissances faisant partie de la confédération. Il n'est pas inutile de rappeler des précédents d'assez fraîche date; ils prouveront de quelle manière on a entendu jusqu'ici son caractère défensif sans donner lieu à aucune objection de la part des grandes Puissances, qui ont signé les traités, sur la base desquels l'Allemagne est entré dans le droit public européen.

„Il y a quelques années la Russie, à la suite d'un différend avec

l'Empire ottoman, fit occuper par ses troupes les Principautés danubiennes. L'intervention des grandes Puissances, ayant pour but d'amener une entente, resta infructueuse par suite du refus de la Porte ottomane d'accepter purement et simplement l'arbitrage de la conférence de Vienne, et ce fut alors la Turquie qui déclara la guerre à la Russie. Elle eut pour alliés l'Angleterre et la France. A cette époque la Conféderation germanique, à la proposition de l'Autriche et de la Prusse, prit une résolution, portant que tout acte d'agression contre les possessions non-allemandes de l'Autriche et de la Prusse, serait considéré comme équivalant à une attaque contre le territoire fédéral, et quelques mois plus tard, les troupes autrichiennes occupant les Principautés danubiennes, la Confédération amplifia la dite résolution dans ce sens qu'une attaque contre cette force armée, se trouvant donc en dehors non-seulement du territoire fédéral, mais même du territoire autrichien, serait encore considérée comme agression dirigée contre la Confédération.

„Je ne sache pas que ces décisions aient provoqué des protestations ou seulement des remontrances ni à Paris, ni à Londres, ni même à St. Pétersbourg — et cependant le Gouvernement Impérial de Russie aurait certainement trouvé matière à s'y opposer, si l'attitude de la Confédération avait été contraire aux traités.

„Mais si la Confédération est restée alors dans les limites de ses droits et de ses devoirs, pourquoi donc s'exposerait elle aujourd'hui à fausser le but de son institution, et à méconnaître l'esprit des traités en prenant des résolutions analogues?

„Ou bien n'existerait-il pas d'analogie entre les circonstances actuelles et celles d'alors?

„Il y a en effet une différence à noter. En 1854 la confédération avait en vue l'éventualité d'une agression venant de l'est; comme elle tourne aujourd'hui ses regards du côté de l'ouest. Mais à cette époque l'intervention de la diète n'avait été précédée d'aucun acte, ni d'aucune démonstration tendant à menacer le territoire autrichien ou prussien; aujourd'hui au contraire cette intervention n'a pas encore eu lieu, mais en revanche le territoire autrichien est envahi.

„Voudrait-on enfin nous objecter à St. Pétersbourg qu'à cette époque l'Allemagne avait plus à redouter de la Russie qu'elle n'a craindre aujourd'hui de la France?

„La dépêche de Mr. le Prince Gortchakow nous rappelle que le Gouvernement français a solennement proclamé qu'il n'a aucune intention hostile à l'égard de l'Allemagne. Elle nous apprend en même

temps que cette déclaration a été accueillie avec un assentiment empressé par la majorité des grandes Puissances.

„Nous nous souvenons également d'un manifeste proclamant l'intention de délivrer l'Italie des Alpes jusqu'à l'Adriatique. Cette déclaration aurait-elle aussi obtenu l'assentiment empressé des grandes Puissances.

„La dépêche de Mr. le Prince Gortchakow constate une fois de plus l'intention du Gouvernement Impérial de veiller au maintien de l'équilibre européen. Nous sommes profondement pénétrés de ce que cette manifestation a de rassurant pour l'avenir de l'Europe. Nous savons apprécier au même degré l'importance de l'intérêt que le Gouvernement Impérial déclare attacher à l'intégrité de l'Allemagne. Nous aimons de plus à nous persuader que, si la Russie en faveur de l'Allemagne a porté des sacrifices, elle ne les regrette pas, car, ainsi que nous le dit la dépêche de Mr. le Prince Gortchakow, la Russie ne s'inspire que de ses intérêts, et il s'est présenté telles circonstances, où la Russie à son tour a eu à se louer de l'Allemagne guidée également par les inspirations de ses propres intérêts. L'Allemagne aujourd'hui ne demande pas des sacrifices, elle ne réclame que son indépendance dans l'accomplissement de ses devoirs fédéraux.

„En parlant ainsi nous n'avons pas la prétention de prendre la parole au nom de l'Allemagne. Mais lorsqu'il s'agit des affaires fédérales et du maintien des droits aussi bien que des obligations de la Confédération, nous croyons chacun des Gouvernements allemands appelé à élever sa voix, et nous ne craignons pas, pour notre part, d'être démentis par nos Confédérés.

„Veuillez donner lecture de la présente dépêche à Mr. le Prince Gortchakow.“

Von vielen Seiten erhielt ich dankende und beglückwünschende Schreiben — von Wien keines.

Dass ich mir dies nicht allzu sehr zu Herzen nahm, beweist der Umstand, dass ich im September mich in Wien einfand. Ich vergesse noch heute nicht, welch' schmerzliches Gefühl sich meiner bemächtigte, als ich in meinem Zimmer im „Erzherzog Karl“ die vorüberziehende Regimentsmusik den in besseren Tagen so gern vernommenen Radetzky-Marsch spielen hörte.

Mit Graf Rechberg, der inmittelst an die Spitze des Ministeriums getreten war, hatte ich wiederholte Besprechungen,

wobei mein, wie ich hoffte nicht vergebliches Bestreben war, ihn davon zu überzeugen, dass die enge Verständigung unter den Mitelstaaten Oesterreich weit mehr nützen könne und werde, als die vereinzelte Fühlung mit den verschiedenen Höfen und Regierungen. Leider ist man in Wien dieser Auffassung nie dauernd geneigt gewesen, und die selbstständige, von Konferenz-Beschlüssen unabhängige Stimme Hannovers schlug man höher an, als ein vereintes Auftreten der anderen Mittelstaaten, was schliesslich weder für Oesterreich noch für Hannover ein erfreuliches Resultat geliefert hat.

Immerhin war gegenüber der einige Zeit darauf in Würzburg zusammentretenden mittelstaatlichen Konferenz, welche über verschiedene, theils bei dem Bunde anhängige, theils bei demselben anzuregende Fragen in Berathung trat, die Haltung des kaiserlichen Kabinets eine wohlwollende zu nennen[1]).

In der Zwischenzeit hatte überall in Deutschland die hundertjährige Geburtsfeier Schiller's stattgefunden. Dieselbe wurde auch in Dresden und zwar in würdiger Weise und mit geringerer politischer Beimischung als anderwärts begangen. Die Rede, welche ich bei dieser Gelegenheit am Abend des Festessens in der Harmonie hielt, machte einiges und nicht unliebsames Aufsehen. Sie trug mir sogar von Seite der Berliner Kreuzzeitung ungewohntes Lob ein. Da ich Vieles, von dem was ich damals sprach, noch heute aufrechthalte, so sei mir die Aufnahme der Rede an dieser Stelle gestattet:

„Fast möchte es vermessen erscheinen, dass ich das Wort begehre, nachdem so begeisternde Reden in diesem Saale vernommen und mit verdientem Jubel aufgenommen wurden. In der That bin ich auch

---

[1]) Während der Konferenz in Würzburg wurde dort als Gelegenheitsstück die Posse gegeben: „Der sächsische Schulmeister und die Berliner Nähterin“. Der Schulmeister deklamirt die Bürgschaft von Schiller in nachstehender Weise: Zu Tyonis mit dem weechen d, dem Dyrannen, schlich mit dem harten d. — Selbstverständlich liess ich die Vorstellung nicht unbesucht und zeigte mich demonstrativ in der Loge.

nicht so kühn, mich den beredten und berühmten Sprechern vor mir zur Seite stellen und ihnen auf das weite und reiche Feld folgen zu wollen, welches zu beschreiten sie würdig waren, und das sie in einer für uns so erhebenden Weise auszubeuten verstanden. Wenn ich das Wort ergreife, so geschieht es um einer Pflicht zu genügen, der Pflicht der Dankbarkeit, zunächst um die freundlichen Worte nicht unerwidert zu lassen, welche der geehrte Sprecher vor mir an mich und an die Behörden richtete, die bei der Errichtung der Schillerfeier thätig mitwirkend gewesen sind, sodann aber auch im Gefühle aufrichtiger Befriedigung darüber, dass Anordner und Theilnehmer des Festes dasselbe seiner eigentlichen Bestimmung zu erhalten gewusst haben. Mein geehrter Vorredner hat den Behörden Worte der Anerkennung gespendet. Ich nehme sie als ein ehrendes Zeugnis dankbar an, kann aber dieselben mit der Versicherung erwidern, dass Alle, die dabei mitgewirkt haben, mögen sie dem Staate oder der Gemeinde angehören, keinen Dank beanspruchen, weil sie nur etwas thaten, was für sie keine Anstrengung war, sondern ihnen von Herzen ging. Und wenn es mir erlaubt ist mit besonderer Rücksicht auf den engen Kreis zu sprechen, der mir näher steht, so kann ich die Versicherung hinzufügen, dass wir nur einem Gefühle gefolgt sind, von dem wir das Bewusstsein hatten, dass es ein richtiges sei.

„Man hat die Schillerfeier als Nationalfeier verkündet; auch wir haben sie als eine solche begrüsst. Das deutsche Volk, wir müssen es uns schon gestehen, wenn wir aufrichtig sein wollen, das deutsche Volk geräth sehr oft in Wärme, wenn ihm dazu von aussen der Anstoss gegeben wird, sei es, dass es sich für Erscheinungen und Ereignisse begeistert, die seinen eigenen Verhältnissen fremd sind und ihm selten Nutzen bringen, sei es dass es eines Druckes müde wird, welchen das Ausland längere Zeit auf ihm lasten machte. Hier handelt es sich doch einmal um eine Begeisterung, die von innen heraus sich Bahn bricht, um einen Aufschwung der deutschen Ursprungs ist und deutschen Charakter trägt. Der Mann aber, dessen Name die Begeisterung hervorruft, sein Schaffen und Wirken gehört nicht einem einzelnen Stamme oder Lande an, es ist ein Gemeingut deutscher Nation, deutschen Namens, deutscher Zunge, und gilt es nun einer Wallfahrt zu Ehren dieses Namens, so mögen Alle, von dem Höchsten bis zu dem Niedrigsten herab, dabei sein und keiner möge sich ausschliessen. Und weil dem so ist, so fragen wir nicht danach, wes Geistes und Sinnes Dieser oder Jener sei, der seine Stimme dabei erheben will; die Gesamtheit möge nur dafür sorgen, dass nicht der Einzelne seinen be-

sonderen Sinn hineinlege und aus dem Dichter etwas Anderes mache als er war und sein wollte, dass nicht der unsterbliche Name, der da ein strahlender Brennpunkt sein soll für die Gesamtheit deutschen Denkens und Empfindens, zu einer Brandfackel der Zwietracht unter den Deutschen werde.

„Eines der Ideale, welchen unser grosser Dichter nachsann, ist im Laufe des Jahrhunderts, das seit seiner Geburt verflossen ist, und das wir heute beschliessen, seiner Verwirklichung um Vieles näher gekommen: Achtung und Menschenwürde, Liebe der Menschen unter einander, Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, — wer sollte verkennen, dass sie heute nicht mehr, wie damals, nur in vereinzelten Erscheinungen, sondern im Gesamtbilde unserer öffentlichen Zustände hervortreten? wer auch sollte leugnen, dass so manches Wort des grossen Dichters zu dieser heilsamen Entwicklung fruchtbringende Keime gelegt hat? Und wenn nun heute alle Klassen des Volkes ohne Unterschied der äusseren Lebensstellung sich dessen zugleich mit dankbarer Erinnerung an den Dichter freuen, wie sollten wir es nicht, die wir berufen sind, diesen Weg des gesunden und wahren Fortschrittes zu gehen und auf ihm zu wirken?

„Die geehrte Versammlung wolle mir aber gestatten, mit dieser aufrichtigen Darlegung auch ein Wort der Mahnung zu verbinden, und möge mein geehrter Vorredner mir vergeben, wenn ich damit zwischen die Lichteffekte, welche er auf unser Zeitalter fallen liess, auch einige Schatten werfe.

„So gerechte Ursache wir, die heutigen Zeitgenossen, haben, auf jene glücklichen Wandlungen mit Befriedigung zu blicken und sie den Manen des verklärten Dichters mit Stolz entgegenzuhalten, so wollen wir doch auch nicht vergessen, dass jene Feier erst dadurch ihren Werth und ihre Weihe empfängt, dass sie eine ernste ist. Der Ernst einer Feier bedingt aber Selbstprüfung, Selbsterkenntnis und dem Gedanken, der mich bei dieser Betrachtung beschleicht, dem kann ich freilich nicht besser Ausdruck geben, als indem ich mich frage: ob unser grosser Dichter, könnte er heute unter die Lebenden zurückkehren, sich wohl unter uns so wohl und heimisch fühlen würde, als unter seinen Zeitgenossen? Ich wenigstens vermöchte diese Frage nicht zu bejahen. Unsere Zeit mit ihrer Beweglichkeit, mit ihrer Unstätigkeit und Heimathslosigkeit, mit ihrem rastlosen Streben nach Auffindung immer neuer Quellen des Gewinnes und Wohllebens; unsere Zeit mit ihrer raschen Abnutzung aller moralischen und geistigen Kräfte, — nein! diese Zeit, sie wäre nicht nach seinem Sinne.

Und wohl darf auch die Frage aufgeworfen werden, ob Schiller, wäre er 1859 anstatt 1759 geboren worden, der grosse Dichter werden würde, der er war. Gewiss birgt unsere Zeit gleiche dichterische Begabung, aber sie bringt sie nicht zur gleichen Vollendung, und das ist wahrlich nicht die Schuld der Dichter unserer Tage. Denn warum sollte der ewige Schöpfer die geistig Bevorzugten heute mit geringerem Mass gemessen haben? Die Schuld trägt die Mitwelt; die Mitwelt, deren Blicke nicht mehr nach den Sternen gerichtet sind, sondern deren Aufmerksamkeit, im Grossen und Ganzen gesprochen, mit fieberhafter Spannung am Drahte des Telegraphen und am Druckbogen der Schnellpresse haftet. Die Zeit der Ideale ist dahin, nicht, wie manche optimistische Stimmen sagen, weil die Ideale erreicht sind, sondern weil sie entrückt sind, weil an die Stelle des Ideales etwas Anderes getreten ist, welches man nur zu oft in unseren Tagen damit verwechselt: die Spekulation. Die Spekulation, welche das Ziel aller Bestrebungen ist auf geistigem wie auf materiellem Gebiete, im Leben der Völker wie im Leben der Einzelnen; die Spekulation, deren grosse und gewaltige Resultate ich weder leugne noch verdamme, denen gegenüber es aber doch gut ist, von Zeit zu Zeit sich zu erinnern, wie gross der Einsatz ist, den sie der Menschheit kosten.

„Möchte doch die helle Leuchte der Schillerfeier einen milden und erquickenden Schimmer in manches in sich zerfallene Gemüth werfen und ihm deutlich werden lassen, dass die Unzufriedenheit in unseren Tagen zum grossen Theile daher stammt, dass die Zeit der Ideale eben vorüber ist und wenige mehr es verstehen, in Anlehnung an das Höhere die Sorgen des Lebens zu vergessen. Möchte überhaupt die dem Namen des grossen Dichters gewidmete Feier dazu beitragen, dass das deutsche Volk sich recht innig mit seinen Werken vertraut mache und in seinen Geist, in seinen wahren Geist eindringe. Thut das das deutsche Volk, empfindet es dann mit ihm jene tiefe Scheu und Ehrfurcht vor dem Heiligen, die wie ein göttlicher Hauch alle seine Werke durchweht, wird es dann gewahr, welche unendliche Kraft in dem männlichen und christlichen Ertragen der Widerwärtigkeiten des Lebens liegt, erkennt es darin die Macht des Volksgeistes, welcher seiner geschichtlichen Ueberlieferungen sich bewusst bleibt und in der Wahrheit und in der Treue seine Kraft und seinen Ausdruck findet, dann wird es auch erstarken für manche schwere Prüfung und manchen harten Kampf, die ihm vielleicht die Zukunft beschieden haben.

„Als Schiller seine Laufbahn vollendete, da ging Deutschland einem tiefen Falle entgegen. Noch unter dem frischen Eindrucke

seiner Worte und Lieder hat sich Deutschland ermannt, hat sich Deutschland emporgerafft. Es war der gute Genius Deutschlands, der aus dem Dichter gesprochen hatte; möchte er auch heute über uns walten! ihm weihe ich dieses Glas. Der gute Genius Deutschlands hoch!" —

Ist es vermessen, wenn ich frage, ob, nachdem fünfundzwanzig Jahre verstrichen, seit ich jene Rede hielt, nicht manches meiner Worte, und namentlich das was ich über Ideal und Spekulation gesagt, noch heute seine Berechtigung hat?

XX. Kapitel.

1860–1861.

Der Nationalverein. — Mein Bundesreform-Projekt. — Noch einmal Italien.

Das Jahr 1860 bringt mir den deutschen Nationalverein in Erinnerung. Bei der Besprechung dieses Thema's fühle ich mich nicht ganz unbefangen und suche daher nach einem vielleicht objektiveren Urtheil. Ich nehme den 1867 erschienenen zehnten Band des Brockhaus'schen Konversations-Lexikons zur Hand und da finde ich Seite 610 den folgenden Eingang des betreffenden Artikels:

„Nationalverein (deutscher). Der patriotische Aufschwung in Deutschland während des italienischen Krieges von 1859 gab den Anstoss zur Bildung dieses patriotischen Vereins, der sich nach verschiedenen Vorbesprechungen zu Eisenach und Hannover in einer Versammlung Gleichgesinnter zu Frankfurt a. M. am 15. und 16. September förmlich konstituirte."

Abgesehen von seiner anerkannten Gediegenheit ist das Brockhaus'sche Konversations-Lexikon nie in den üblen Ruf gekommen, reaktionär, partikularistisch und preussenfeindlich zu sein. Gleichwohl konnte auf den Nationalverein keine beissendere Satyre geschrieben werden als es jener Satz ist. Der patriotische

Aufschwung während des italienischen Krieges (soll heissen: vor dem italienischen Krieg, denn der Krieg dauerte bekanntlich sehr kurze Zeit, und während desselben legte sich der Aufschwung), also der patriotische Aufschwung in Deutschland gelegentlich des italienischen Krieges, wie ich dessen in den vorausgehenden Kapiteln gedacht habe und wie er nachträglich nicht in Zweifel gestellt werden kann, will man nicht Alles vergessen was in der ersten Hälfte 1859 gesprochen, geschrieben und gedruckt wurde, war ein spontaner und begeisterter, und was er verlangte, war Eintreten für Oesterreich, Zurückweisung französischen Angriffes. Resultat des Aufschwunges aber war, dass kein Mann Oesterreich zu Hülfe kam, und dass Deutschland zusah, während sein „Erbfeind" Oesterreich eine seiner schönsten Provinzen entriss. — Nun hätte man aber erwarten sollen, dass jetzt der Aufschwung dem doch zu Deutschland gehörigen Oesterreich zu seiner Wiedererstarkung, wenn auch nicht hülfreiche Hand reichen, doch wenigstens Ruhe lassen werde. Weit gefehlt! Das Erste was der patriotische Verein unternimmt, ist Wiederaufnahme des seit 1850 nothgedrungen unterlassenen Hinausdrängens Oesterreichs aus Deutschland. Gleichwie die vormärzliche nationale Bewegung in das rechte Fahrwasser kam, nachdem Ludwig Philipp ihr den Gefallen gethan hatte, bei einer Emeute den Kopf zu verlieren, so kam die nachmärzliche erst wieder zum Bewusstsein, nachdem Oesterreich ihr den Gefallen gethan hatte, in Italien die Schlachten zu verlieren. Das Unglück Oesterreichs war der „Anstoss" zu jenen, seine Ausschliessung aus Deutschland bedingenden Vorbesprechungen und Versammlungen, die nicht während des italienischen Krieges, sondern nach demselben stattfanden.

Wenn deutsche Regierungen diesem Beginnen gegenüber eine nüchterne und sogar zurückweisende Haltung beobachteten — in den ersten Jahren des Bismarckischen Regimentes konnte dies sogar von der preussischen gesagt werden, — so war dies wohl begreiflich und ich verleugne auch heute nicht meine damalige

entschiedene Abneigung. Von einer Bemassregelung der mir untergebenen Beamten ist mir um so weniger etwas erinnerlich, als ich davon überzeugt bin, dass keiner derselben daran gedacht haben würde, dem Verein beizutreten. Die „Verfolgung" beschränkte sich auf die Weigerung der Bestätigung von Stadtrathsmitgliedern, was bei der Natur der dem Nationalverein eigenen Agitation wohl gerechtfertigt war.

Dass ich bald nach dem Entstehen des Nationalvereins mit einem zu den Bestrebungen desselben gegensätzlichen Bundesreform-Projekt hervortrat, hatte seinen Ursprung keineswegs in einem Gedanken vermessener Rivalität oder gegnerischer Absichtlichkeit, sondern in einem rein zufälligen Umstande. Allerdings hatte ich vornehmlich dem Nationalverein zu danken, dass der Ende 1860 zusammentretende Landtag zum erstenmal an das parlamentarische Purgatorium von 1849 zu erinnern begann — glücklicherweise ohne bleibende Nachfolgen. Auf diesem Landtag nun brachte ein schneidiger bäuerlicher Abgeordneter einen Antrag ein, dahin gehend, dass die Regierung für Herstellung einer deutschen Centralgewalt mit Volksvertretung wirken möge. Die Stimmung in der Kammer zeigte zwar dafür noch nicht die volle Reife, denn es verliefen vier Monate, ehe der Ausschuss, welchem der Antrag zugewiesen war, seinen Bericht erstattete, was mir die in jenen Tagen nicht leichte Möglichkeit verschaffte, der Kammer einen Augenblick der Heiterkeit abzugewinnen, indem ich das Räthsel aufgab: „Wenn ein Antrag auf Errichtung einer deutschen Centralgewalt vier Monate braucht, um bis zur Verhandlung in die Kammer zu gelangen, wie lange braucht dann die Centralgewalt, um ins Leben zu treten?" Wie die Dinge sich gestaltet haben, hat sie dazu gerade zehn Jahre gebraucht, damals aber würde man auch diesen Zeitraum zu knapp bemessen erachtet haben. Nachdem ich unter den erforderlichen Einschränkungen Berücksichtigung des Antrages zugesagt, machte ich mich sofort nach dem Schluss des Landtages 1861 an die Arbeit und legte meinen Entwurf einige Wochen später zunächst

in Wien vor, woselbst ich mich auf dem Wege nach Gastein einige Tage aufhielt.

In den Beilagen des gegenwärtigen Kapitels finden meine geneigten Leser meinen damaligen Entwurf nebst der dazu gehörigen Denkschrift. Diese ist vielleicht für die Geschichte der letzten Jahre des Deutschen Bundes nicht ohne Werth, und nicht ohne Interesse für diejenigen, welche die Vergangenheit unbefangen und leidenschaftslos zu beurtheilen wissen und zu beurtheilen lieben. Nur bitte ich die Denkschrift zuerst und dann erst den Entwurf zu lesen, der ohne solche Vorbereitung namentlich heute eher den Eindruck eines Phantasiegebildes als den eines ernsten Gedankens machen könnte. Ich bin aber noch heute der Meinung, dass der Gedanke ein sehr lebensfähiger war und dass, hätte man in Wien, wozu es anfangs an Geneigtheit nicht fehlte, die Sache in die Hand genommen, für Oesterreich damit viel und jedenfalls mehr zu gewinnen war als mit dem Frankfurter Fürstentag.

Da die Vorlage des Entwurfs in eine Zeit fiel, in welcher weder von aussen noch von innen ein Druck auf die Regierungen sich fühlbar machte, war demselben von Haus aus ein bescheidenes und vorsichtig gehaltenes Mass der Reform vorgezeichnet. Andererseits musste an dem Charakter des Staatenbundes im Gegensatz zum Bundesstaat festgehalten werden, nachdem in dem letzteren, nach dem eigenen Ausspruch seiner Apostel, für Oesterreich kein Platz war. Das Praktische, was ich bei meiner Arbeit im Auge hatte, war, die Maschinerie des Bundes in ein rascheres Tempo zu bringen und an die Stelle der das ganze Jahr über mit obligater öffentlicher Gleichgültigkeit in der Eschenheimer Gasse tagenden Bundesversammlung einen Geschäftsgang zu setzen, bei welchem auf öffentliche Theilnahme gehofft werden durfte. Diesem Zweck diente mein Vorschlag: in Frankfurt nur die Organe der Bundesverwaltung zu lassen, dagegen einen auf die Zeit von längstens vier Wochen berechneten Bundestag, zweimal im Jahr, am 1. Mai in einer Stadt des Südens (Regensburg), und am

1. November in einer Stadt des Nordens (Hamburg) mit fakultativer Einberufung einer aus Delegirten der Vertretungskörper bestehenden Abgeordnetenversammlung abhalten zu lassen, wobei Oesterreich im Süden, Preussen im Norden den Vorsitz führen würde.

Meine Hoffnung auf eine lebendigere Fühlung zwischen Bund und öffentlicher Meinung war keine sanguinische zu nennen. Die fakultative Berufung der Abgeordnetenversammlung würde von selbst in rascher Folge zu einer ständigen geworden sein, und ihre Kompetenz wie ihre Mitgliederzahl hätte sich organisch erweitert. Wohl mit vollem Recht konnte ich den Einwendungen des Wiener Kabinets in einer an den sächsischen Gesandten Baron Könneritz gerichteten Depesche Folgendes entgegenhalten: „Unser Vorschlag wegen Abhaltung periodischer Bundestage mag unpraktisch erscheinen, allein wir möchten bezweifeln, dass man uns in Wien die Frage verneinen werde, ob nach dem Ausbruch des italienischen Krieges 1859 dasselbe trostlose Resultat, welches aus den Verhandlungen des Bundes-Militärausschusses in Frankfurt hervorging, nur möglich gewesen sein würde, wenn am 1. Mai 1859 Bundestag in Regensburg abgehalten worden wäre, einschliesslich der Vertretung, wie wir sie uns denken? Wer sich der Lage der Dinge und der öffentlichen Stimmung in jenen Tagen nur einigermassen erinnert, wird mit dem Ausspruch nicht zurückhalten, dass dieser Bundestag ohne den Beschluss eines thatkräftigen Eintretens des Bundes gar nicht auseinander gehen konnte. Dort hätte Preussen der brennenden Frage nicht ausweichen können, während im Ausschuss so lange verhandelt und vermittelt wurde, bis der günstige Augenblick vorüber und die günstige Stimmung verloren war."

Leider fand ich in Wien, ich kann nicht sagen kein Verständnis, wohl aber keine Entschlossenheit. Wie schon erwähnt, legte ich die Grundzüge des Entwurfes zuerst dort vor. Der Kaiser, bei welchem ich Audienz zu haben die Ehre hatte, sprach sich günstig aus, und auch der Vorschlag des Alternates mit

Preussen im Bundespräsidium fand Billigung. Graf Rechberg war zurückhaltender, aber äusserte sich durchaus nicht abfällig. Das Unglück aber wollte, dass der Ministerialrat Baron Biegeleben, Referent in den deutschen Angelegenheiten, zu dieser Zeit erkrankt war, und die Einholung seiner Ansicht vorbehalten werden musste. Diese, welche sich nach seiner Genesung als eine schroff ablehnende herausstellte und welche schriftlich in einigen Depeschen und in der ihrem Verfasser eigenen Schärfe abschliessenden Ausdruck fand, würde ich mündlich wohl zu entwaffnen gewusst haben. Entschiedenen Widerspruch, ja fast einen Aufschrei der Entrüstung rief der Gedanke des Alternates hervor. Könnte man sich wohl denken, hiess es, dass es in den nordamerikanischen Freistaaten zwei Präsidenten gäbe? Derselbe Irrthum, den ich an anderer Stelle gerügt und der darin bestand, Präsidium des Bundestages mit Präsidium des Bundes zu verwechseln, und so zu der unvermeidlichen Zusammenstellung von Washington und Buol-Schauenstein, von Lincoln und Kübeck zu gelangen. Und die Aufgabe, nein nur die Theilung eines Ehrenrechtes als ein unmögliches Opfer ansehen! Immer wieder der Schein mehr als das Wesen.

Erinnert man sich dagegen in voller Unbefangenheit, wie gross zu jener Zeit noch die Partei in Preussen war, die nichts anderes wollte als Gleichstellung mit Oesterreich und Beseitigung der vermeintlichen, obschon nie existent gewesenen österreichischen Uebergriffe, so wird man gewiss nicht verkennen wollen, dass Oesterreich mit dem ihm zugemutheten Opfer wenig aufgegeben hätte und viel gewinnen konnte. Ich citire wörtlich den betreffenden Teil meiner damaligen Replik:

„Gewiss wird die sächsische Regierung die letzte sein, welche ein dem Kaiserhofe zustehendes Recht gering achtet, und wenn sie das Aufgeben eines solchen Rechtes anempfiehlt, so darf man sich wohl versichert halten, wie es nur in der vollsten Ueberzeugung geschieht, dass das aufzugebende Recht einen geringeren Werth hat als der Vortheil, welcher von der mit dessen Aufgabe in Verbindung stehenden Neugestaltung der Dinge erwartet werden

darf. Es kommt uns nicht zu, dem kaiserlichen Kabinet in der Beurtheilung des Massstabes entgegenzutreten, nach welchem dasselbe das fragliche Recht schätzen zu müssen glaubt. Allein der Aufrichtigkeit, die wir der kaiserlichen Regierung gegenüber uns stets zur ersten Pflicht machen, würden wir untreu werden, wollten wir der Auffassung stillschweigend zustimmen, von welcher die ‚allgemeinen Bemerkungen‘ annehmen, dass sie ausserhalb des Nationalvereins die in Deutschland in Bezug auf die Bedeutung des Bundespräsidiums vorherrschende sei. Wir haben es uns mehr als einmal zur Aufgabe gestellt, den Deutschen Bund gegen die Verunglimpfungen der oberflächlichen Tagesmeinung in Schutz zu nehmen, und der Eingang unserer Denkschrift verfolgt denselben Zweck. Wir glauben in diesen Ausführungen Wahrheiten gesagt zu haben, die auf geschichtlichem Fundamente beruhen und uns nicht leicht werden bestritten werden. Allerdings aber würden wir befürchten müssen, begründetem Widerspruche zu begegnen, wollten wir behaupten, Deutschland besitze ein Bundespräsidium, eine einheitliche Spitze, d. h. ein Organ, dessen Existenz den einheitlichen Gang seiner Handlungen verbürgt.

„Man verweist uns auf die nordamerikanische Union. Wir wollen gern den Einwand zurückhalten, der uns nahe liegen würde, könnten wir den angestellten Vergleich als zutreffend betrachten. Es würde vielleicht erlaubt sein, die Frage aufzuwerfen: ob ein abwechselnder Kongress zu Philadelphia und Charleston nicht ein sehr geeignetes Mittel gewesen sein würde, den bis zum Bürgerkrieg gesteigerten Konflikt zu vermeiden? Eine andere Entgegnung liegt uns weit näher. Hätte der Präsidialgesandte in Frankfurt nur die Hälfte der Befugnisse, welche dem Präsidenten der Union zustehen, wir würden wahrlich nicht daran denken, eine Theilung derselben zu wünschen oder dem Inhaber zuzumuten. Leider ist das Bundespräsidium durch die Entwicklung der Bundesverhältnisse, wofür wir weit entfernt sind Oesterreich allein verantwortlich machen zu wollen, nicht die Spitze des Bundes, sondern des Bundestages geworden.

„Bundespräsidium und Bundestag gelten fast identisch und mit dem ausschliesslichen Besitze des einen geniesst Oesterreich den Vorzug der alleinigen Vertretung des andern.

„Wir leugnen deshalb gar nicht, dass wir mit unserem Vorschlage eine an Preussen zu machende Konzession bevorworten. Es handelt sich um ein historisches Ehrenrecht, welches als solches seine Bedeutung bewährt hat. Wir haben daher nicht verkannt, sondern laut ausgesprochen, dass es zu dessen Aufgabe eines hochherzigen Entschlusses Seiner Majestät des Kaisers bedürfe. Begrüssen aber würden wir diesen Entschluss mit freudiger Dankbarkeit, weil unserer vollen Ueberzeugung nach der ausschliessliche Besitz dieses Ehrenrechtes gegenwärtig nur die Folge hat, in Preussen und den preussenfreundlichen Kreisen das Gefühl einer mit der materiellen und moralischen Machtstellung Preussens in Deutschland ausser Verhältnis stehenden Unterordnung hervorzurufen, ohne zugleich die Mittel in sich zu vereinigen, diese Unterordnung da, wo sie im Interesse des Bundes wünschenswerth sein würde, zur Wahrheit zu machen."

War das, darf ich fragen, „preussenfeindlich"?

Ich sagte, die ablehnende Ansicht des Baron Biegeleben habe in den von ihm konzipirten Depeschen abschliessenden Ausdruck gefunden. Ganz wörtlich ist dies nicht in dem Sinn zu nehmen, als hätte die kaiserliche Regierung die Sache *a limine* abgewiesen. Im Gegentheil: zahlreiche Einwendungen, wozu auch das mir unvergessliche Bedenken gehörte, es könnte bei der zeitweisen Unterbrechung der Berathungen eine (bisher in Frankfurt so selten vorgekommene) Verschleppung der beim Bund anhängigen Sachen eintreten, wurden mir zur Berücksichtigung empfohlen. jedoch ohne Zusicherung von eventueller Annahme. was meinerseits die nahe liegende Erwiderung hervorrief, dass ich nicht wohl einen im Sinne der kaiserlichen Regierung verfassten, von ihr jedoch nicht acceptirten, der eigenen Ueberzeugung aber widerstrebenden Entwurf in Berlin vorlegen könne.

Dass auf die Zustimmung des Berliner Kabinets überhaupt

gerechnet werden durfte, bin ich weit entfernt zu behaupten, allein die Ablehnung wurde ihm durch den Wiener Vorgang leicht gemacht. Die Antwort des Grafen Bernstorff brachte viel schöne Komplimente über die „jüngste Arbeit des hervorragenden Staatsmannes, dessen Thätigkeit auf dem Gebiete deutscher Fragen das Berliner Kabinet Beachtung zu schenken gewohnt sei“, über den „sinnreichen, mit grossem Verständnis der nach verschiedenen Richtungen auseinander gehenden Wünsche und Tendenzen der Bundesgenossen aufgestellten Plan“ und Aehnliches, enthüllte aber zugleich, wenn auch in sorgsamer Umschreibung, den preussischen Plan, der kein anderer war, als überhaupt sich auf keine Reform einzulassen, die nicht bundesstaatliche Union unter preussischer Oberhoheit zum Gegenstande habe.

Ich hatte, wie ich es deutlich zu erkennen gab, nicht mehr in Aussicht genommen als eine in konkreter Form versuchte und deshalb nachhaltigere Anregung. Dieser Zweck wäre auch vielleicht erreicht worden, hätte man nicht in Wien, anstatt meinem Entwurf die Ehre stillen Begräbnisses zu gönnen, einen unnöthigen und zwecklosen Feuerlärm geschlagen, indem man von der preussischen Antwort, die gar nicht an Wien sondern Dresden gerichtet war, Veranlassung zu einem Protest nahm, welcher von Oesterreich und auf dessen Anregung von Bayern, Württemberg, Hannover und dem Grossherzogtum Hessen in Berlin in Gestalt von identischen Noten überreicht wurde. Dass die sächsische Regierung, obschon ungern, sich diesem Schritte anschloss, wurde natürlich in Berlin sehr übel aufgenommen, war aber bei den politischen Beziehungen unter den Mittelstaaten unvermeidlich.

Von dem Jahr 1860 kann ich nicht Abschied nehmen, ohne eines nicht uninteressanten Zwischenfalles zu gedenken, welcher zu den damaligen Vorgängen in Italien in unmittelbarer Beziehung stand. Meine geneigten Leser werden im zweiten Abschnitt meiner Erinnerungen eine Rede finden, welche ich zu Pest in der Delegation von 1870 hielt, und womit ich das von klerikaler Seite

aus Anlass der von uns nicht gehinderten Besetzung Roms gegen mich aufgefahrene schwere Geschütz zum Schweigen brachte, indem ich eine Depesche vorlas, welche 1860 in Betreff des zu jener Zeit erfolgten Einfalls in das päpstliche Gebiet an den kaiserlichen Botschafter in Rom ergangen war, und worin die Gründe dargelegt wurden, aus welchen man damals unter weit günstigeren Umständen, als es jene von 1870 waren, zu einer bewaffneten Intervention sich nicht bestimmt gefunden hatte. Was ich absichtlich dabei zu erwähnen unterliess, war das Folgende: Im Augenblick, wo die sardinischen Truppen sich anschickten, in den Kirchenstaat einzurücken und dort die annexionistische Bewegung zu unterstützen, erschien eines Tages beurlaubt der sächsische Gesandte, Graf Seebach, bei mir. Er kam im geheimen Auftrag des Kaisers Napoleon, welcher durch meine Vermittlung in Wien wissen zu lassen wünschte, dass, falls Oesterreich sich diesem Einfall widersetzen wollte, er, der Kaiser, nicht dazwischen treten werde, vorausgesetzt, dass in Bezug auf die Cession der Lombardei keine Aenderung eintrete. Napoleon III. liebte dergleichen Eröffnungen auf Umwegen zu machen. Er hat es mit seinem verfassungsmässigen Eid nicht streng genommen, aber in Verhandlungen sich fast immer verlässlich gezeigt, und übrigens konnte man in Wien sich dafür Bürgschaften sichern. Es war vielleicht eine grosse Gelegenheit, denn der Artikel des Züricher Vertrags, betreffend die Secundogenituren, bestand zu Recht, und in Venetien gewannen die Dinge ein ganz anderes Gesicht. Ich erhielt für meine Botschaft einen verbindlichen und dankenden Brief ohne Eingehen auf die Sache. Indirekt vernahm ich die mündliche Aeusserung: „Das kann ja nicht dauern.“ Eine Wiederholung dessen, was man in Wien nach der Julirevolution gesagt hatte.

Beilage I zu Kapitel XX.

Denkschrift zur Einführung des sächsischen Bundesreform-Projektes von 1861.

So gross immer die Verbreitung der Angriffe und Anfeindungen gegen den Deutschen Bund geworden sein mag, so bleibt es nichtsdestoweniger eine geschichtlich unumstössliche Wahrheit, dass diese letzte Schöpfung deutscher Organisation, sowohl in dem was sie geleistet, als auch in dem was sie verhütet hat, die Anerkennung verdient, Besseres geschaffen zu haben, als ein vorhergehender Jahrhundertelanger Abschnitt der deutschen Geschichte aufzuweisen vermochte. Wenn man in unseren Tagen so viel über die entschwundene Machtstellung Deutschlands klagen hört, so sollte man meinen, es wäre die Erinnerung an diese gefallene Grösse noch den ältesten Leuten unter den Zeitgenossen aus eigener Anschauung im Gedächtnis und pflanze sich aus ihren Erzählungen in die Wünsche und Bestrebungen der jüngeren Generation fort. Man sollte, wenn man immer und immer wieder Deutsches Reich und Deutschen Bund als Gegensatz von Gutem und Schlimmem nennen hört, gar nicht glauben, dass das Deutsche Reich, soweit von seiner politischen Bedeutung in Europa die Rede sein kann, seinen Nimbus, schlecht gerechnet, schon vierhundert Jahre vor seinem Fall verloren hatte, und dass während dieses Zeitraumes die hervorragendsten Momente deutscher Geschichte in inneren Kriegen und in Abtretungen deutscher Reichsländer an das Ausland bestanden. Man sollte endlich, wenn man hört, wie die Deutschen von heute die Auferstehung Barbarossa's träumen und in einer Kaiserwahl den Anfang einer weltbeherrschenden Stellung Deutschlands erblicken, es nicht für möglich halten, dass dreihundert Jahre früher ein Kaiser, dem das Geschick eine solche Stellung wirklich beschieden hatte, dieselbe gegen die Deutschen vertheidigen und durch die Deutschen verlieren musste.

Nein, der Deutsche Bund möge noch so viele Begehungs- und Unterlassungssünden auf dem Gewissen haben, den Vergleich mit denjenigen Zuständen, welche er ersetzt hat und welche in einen Zeitraum von Jahrhunderten zurückreichen, kann er getrost aushalten. In den Zeitabschnitt, der ihm angehört, fällt keine Verminderung deutschen Gebietes, während seines Bestehens haben noch keine deutschen Heere gegen einander gekämpft, hat kein deutsches Land mit dem Ausland ein Bündnis gegen ein anderes deutsches Land geschlossen. Dagegen haben während des Bestehens des Deutschen Bundes

die verschiedenen Völker Deutschlands ihre geistigen und materiellen Interessen im steten Fortschritt genähert und verschmolzen, und wenn diese erfreuliche Erscheinung auch zum grössten Theil auf Rechnung der allgemeinen kulturgeschichtlichen Entwicklung der Zeit zu setzen ist, in welche das Bestehen des Deutschen Bundes fällt, so mag doch nicht verkannt werden, dass diese Entwicklung in Deutschland schon bald nach der Begründung des Bundes ihren ersten Anfang nahm, dass sie in den Bundesgrundgesetzen vorgesehen war, und dass, wenn aus Ursachen, welche nicht der Beschaffenheit des Bundes an sich zur Last fielen, der Bund selbst in seinem Organe leider nicht als Leiter und Förderer jener Entwicklung zu erkennen war, gleichwohl seine Verfassung nirgends ein nachhaltiges Hemmnis derselben gewesen ist.

Dessenungeachtet würde Verblendung dazu gehören, um nicht zu sehen, dass der Deutsche Bund im Herzen des deutschen Volkes nie tiefere Wurzeln geschlagen hat, und dass ein festeres Band als das der Gewohnheit beide nicht verbindet, ja dass das hiemit zusammenhängende Gefühl der Gleichgültigkeit einem noch schlimmeren Platz gemacht hat.

Wohl ist es wahr, dass die revolutionären Ideen, deren Mutter nicht Deutschland, sondern Europa ist, hiezu mit beigetragen haben. Es mag sogar als ein Merkmal mehr für die Vorzüge des Deutschen Bundes gelten, dass die Revolution die Auflösung desselben sich als eine ihrer ersten Aufgaben gestellt hat; allein die Erfahrung, die man in mehreren deutschen Staaten zu machen hatte, dass nach Ueberwindung der revolutionären Stürme von 1848 und 1849 die Bevölkerungen sich noch mehr an die Landesverfassung anschloss, wenn diese auch keine Veränderung erlitten hatte — diese Erfahrung hat man in Bezug auf die Bundesverfassung nicht zu machen gehabt.

Man ist im Allgemeinen geneigt, diese Erscheinung auf zweierlei zurückzuführen: einmal nämlich auf den Widerwillen, welchen das langjährige Polizeiregiment des Bundes hervorgerufen habe, und dann auf das unbefriedigte Nationalbewusstsein, welches eine einheitliche Aktion für Deutschland als europäische Macht verlange.

In beiden Behauptungen liegt viel Wahres; mit beiden wird viel Uebertreibung verbunden; mit keiner von beiden wird die Frage der Gegenwart erschöpft.

Wahr ist es, dass die fast ausschliesslich polizeiliche Thätigkeit, welche lange Zeit hindurch im Namen des Bundes geübt wurde, ihm eine grosse Gehässigkeit zugezogen hat. Allein sie war doch mehr

oder minder nur die Potenzirung und Konzentrirung eines gleichzeitig in den meisten Einzelnstaaten, namentlich den grösseren derselben, bestehenden Systems. Hat man dort dieses System zu verschmerzen und zu vergessen gewusst, sobald es theils an Schroffheit verlor, theils einem entgegengesetzten System wich, warum sollte nur für seine Ausübung am Bund ein unvertilgbarer Hass in den Gemüthern verbleiben und sich dauernd auf den Bund selbst übertragen?

Wahr ist es, dass der Bund dem nationalen Bewusstsein geringe Befriedigung gewährt, dem Verlangen nach einheitlicher Aktion nicht genügt hat. Aber war diese Aktion etwa vor dem Bestehen des Bundes in Deutschland vorhanden? Konnte jenes Verlangen mit vollem Rechte an einen Staatenbund gestellt werden, und war daher dessen Nichterfüllung für die Nation eine Täuschung?

Der Drang nach nationaler Einheit, das Verlangen nach nationaler Macht in Deutschland sind allerdings älter, als das seit drei Jahren vom Westen her gepredigte Nationalitätsprinzip. Es hat dieses Streben keineswegs in den Programmen von 1848, ja nicht einmal in der Wartburgversammlung von 1817 seinen ersten Ausdruck gefunden: die Rede, womit der kaiserlich österreichische Staatsminister Graf von Buol-Schauenstein im Jahre 1816 die Bundesversammlung eröffnete, verlieh demselben die unzweideutigste und umfassendste Weihe. Allein wie diese Rede, welche in den Entgegnungen eines Humboldt, eines Gagern getreuen Widerhall fand, die Befriedigung jenes Strebens in dem Zusammenwirken aller Bundesglieder, in dem festen, durch den Bund verbürgten und unterstützten Zusammenhalten Oesterreichs und Preussens erkannte, so auch verfolgten in dem langen Zeitraum von 1816 bis 1847 die — bekennen wir es offen — von den deutschen Regierungen nicht genug gepflegten Wünsche und Gedanken deutscher Patrioten kein anderes Ziel. Erst in dem letztgenannten Jahre, als die Revolution, die im Februar 1848 in Paris zufälligerweise zum Ausbruch kommen sollte, in Folge des in der Schweizerfrage hervorgetretenen Bankerotts der alten Kabinetspolitik mit rührigen Händen vorbereitet wurde, da erblickten auch die Ideale vom deutschen Bundesstaat, vom deutschen Kaiserthron, und vom deutschen Parlament das Licht der Welt. Sie waren Kinder der Revolution und sind es noch heute. Die Revolution brach aus, und sofort gewannen sie Fleisch und Bein. Ihr Dasein war ein kurzes und kostete Ströme von Blut. Die Revolution kann sie noch einmal ins Leben rufen, sie kann dieses Leben vielleicht länger fristen, als das erste Mal; es wird noch mehr Blut und Elend kosten, ein dauerndes wird es darum nicht

sein. Verlassen wir indessen diese Betrachtung. Ein sicherer Blick in die Zukunft ist dem Auge des Menschen nicht vergönnt. Aufgabe kann es nur sein, die Gegenwart zu prüfen und die Zukunft zu bedenken. Bei dem einen wie bei dem anderen aber gibt es für gewissenhafte Menschen wie für gewissenhafte Regierungen nur einen Leiter: die Pflicht.

Die Pflicht gebietet den deutschen Regierungen, vor Allem eingedenk zu bleiben, dass sie durch einen Bundesvertrag gebunden sind und denselben aufrecht zu erhalten haben. Sie können daher zu keiner Neugestaltung die Hand bieten, welche eine Auflösung des Bundesvertrages in sich schliesst. Im Gegentheil muss jeder von ihnen unternommene Versuch auf der Ueberzeugung beruhen, den Bundesverband zu stärken, alle Theilnehmer noch fester damit zu verknüpfen.

Sollten sie, wenn sie so handeln, wirklich — wie geglaubt wird — mit dem Geist ihrer Völker in unbesiegbaren Widerstreit geraten? Sollte es ihnen nicht möglich sein, diesen Geist mit dem Bund auszusöhnen und den Bund durch diesen Geist selbst zu verjüngen?

Sie haben diesen Geist zu achten, aber es kann nicht ihre Aufgabe sein, ihm in seinen Verirrungen zu folgen, sich von einer blinden Begeisterung hinreissen zu lassen. Sie können, sie dürfen daher nicht deshalb den Bund verwerfen, weil sich an eine zeitweise aber vergangene Thätigkeit desselben eine unliebsame Erinnerung im Volke knüpft, noch auch deshalb, weil Parteiprogramme einer Zukunft entgegenstreben, welche nur auf dem Umsturz, nicht auf der Umbildung des Bundes zu erreichen ist. Der Umsturz des Bundes aber birgt in seinem Schosse die äussersten Gefahren, die dem gemeinsamen Vaterlande drohen können: innere Kriege und Einmischung des Auslandes.

Dagegen haben die deutschen Regierungen alle Ursache, an sich die Frage zu stellen: ob sie ihrerseits das gethan haben, was nöthig war, ihre Völker mit dem Bunde zu befreunden, und in einer aufrichtigen Beantwortung dieser Frage werden sie das sicherste Mittel finden, jenem Ziele näher zu kommen.

So wie in den einzelnen Bundesstaaten die Landesverfassung in den Handlungen und Aussprüchen der öffentlichen Gewalten ihren sichtbaren Ausdruck findet, so auch musste der Bund in seinem verfassungsmässigen Organe erkennbar werden.

Wollte man dauernd in den deutschen Bevölkerungen Interesse und Achtung dem Bunde zuwenden, so musste daher darauf Bedacht genommen werden, die Thätigkeit seines Organes, der Bundesversammlung, so zu bemessen und zu unterhalten, um

ihren Berathungen und Beschlüssen Interesse und Achtung zu verschaffen.

Der gute Wille dazu war vorhanden, wie die ersten Jahre seit dem Bestande des Bundes lehren. Aber er hatte keine Folge. Offen darf es gesagt werden, ohne den vielen ausgezeichneten Persönlichkeiten zu nahe zu treten, welche in Frankfurt verwendet wurden, ohne die Gediegenheit der vielen Arbeiten zu verkennen, die ihren Fleiss daselbst kennzeichnete, das öffentliche Interesse, das öffentliche Vertrauen konnte sich der Bundesversammlung nie zuwenden, weil man es nicht anders haben wollte. Abgesehen von der eben so unnöthigen als verderblichen Heimlichkeit, mit der man die Berathungen und Beschlüsse der Bundesversammlung umgab, so geschah in dem langen Zeitraum, wo die vollständige Gleichförmigkeit der Interessen und der Grundsätze zwischen den beiden Vormächten eine rasche und fördernde Thätigkeit der Bundesversammlung so sehr erleichtert hätte, nichts, um die Uebereinstimmung der Regierungen in der Geschäftsbehandlung am Bunde hervortreten zu lassen. Im Gegentheil richtete man den Geschäftsgang geflissentlich so ein, um Langsamkeit und Verschleppung nicht allein zu erleichtern, sondern um sie zur Regel zu machen. Alles wurde so eingerichtet, um auch der unbedeutendsten Verlegenheit auszuweichen, jede unliebsame Aufgabe möglichst von der Hand zu weisen. Durfte man sich beklagen, wenn bei solcher Behandlung der Geschäftsthätigkeit am Bunde die Theilnahme des Volkes ihm verloren ging? Darf man sich wundern, wenn dann der heute so verderblich wirkende Irrthum Boden gewann, den Bund mit dem Bundestage zu verwechseln und mit ihm zu verurtheilen? Wenn aber in der langen Zeit, wo Einigkeit unter allen deutschen Regierungen in den obersten Grundsätzen und Anschauungen bestand, die Bundesversammlung nicht zu einer lebensvollen Thätigkeit gelangen konnte, so war ein solches Resultat nach deren Wiederzusammentritt im Jahre 1851, wo jene oberste Bedingung ermangelte, kaum zu verlangen. Einer Behörde aber, der ohne eigene Schuld, allein thatsächlich dennoch die Zeit den Stempel des Unvermögens dergestalt aufgedrückt hat, ist ein neues Leben nicht einzuhauchen, so lange sie in der alten Gestalt verbleibt.

Eine zweite, bei Weitem tiefer eingreifende Erklärung für die Unpopularität des Bundes wird man in dem Umstand finden, dass zwischen Bundesverfassung und Einzelverfassungen der nothwendige Einklang nie bestanden hat und leider nie und von keiner Seite ernstlich angestrebt worden ist. Die Bundes-

akte selbst verlangte in allen Bundesstaaten das Bestehen landständischer Verfassungen. Die getreue Beobachtung dieser bundesgrundgesetzlichen Vorschrift war aber nie Gegenstand der Bundesthätigkeit. Man überliess sie der partikularen Entwicklung, und nur in der Einschränkung der letzteren wurde die Aufmerksamkeit des Bundes erkennbar. Seine Wirksamkeit verrieth Ohnmacht und Willkür zu gleicher Zeit. Ohnmacht, indem er (wie beispielsweise in den Jahren 1832 und 1834) eine entschieden antikonstitutionelle Tendenz offenbarte, die aber ihr Ziel nicht erreichte, ja nicht einmal energisch anzustreben wagte; Willkür, indem er dabei nicht nach festen Grundsätzen, sondern nach Rücksichten der Zweckmässigkeit verfuhr. Das solide Verfassungsleben in den Einzelnstaaten fand am Bunde nur ein störendes Hemmnis, nicht aber einen Schutz, eben so wenig gegen Verkürzungen als gegen Ausschreitungen; denn das erklärliche Gefühl, von der öffentlichen Meinung nicht unterstützt zu sein, machte den Bund trotzdem ängstlich im Eingreifen, so dass letzteres erst dann erfolgte, wenn ernste Störungen eingetreten waren.

Die Hauptursache dieser Uebelstände ist heute beseitigt. Sie lag in der Verschiedenheit der in den verschiedenen Staaten geltenden Systeme. Jetzt ist das konstitutionelle System das allgemein geltende. Um aber das öffentliche Vertrauen in dieser Richtung dem Bunde zuzuwenden, bedarf es einer entschiedenen Garantie gegen die Wiederkehr ähnlicher Zustände, und diese ist allein in einem ständigen, unabhängigen Bundesgericht und in der Entnahme aller Entscheidungen in Verfassungsstreitigkeiten aus den Händen des politischen Organs des Bundes zu finden.

Die Entfremdung, die das Verfassungsleben in den einzelnen Staaten dem Bunde zugezogen hat, verdient aber noch eine andere Betrachtung. Sie findet zum grossen Theil auch darin ihre Erklärung, dass den Landesvertretungen nicht allein jede Betheiligung an den Bundesangelegenheiten abgeschnitten war, sondern dass auch in einzelnen Fällen ihre verfassungsmässigen Rechte durch die von ihrem Beirath unabhängigen Bundesbeschlüsse beeinträchtigt erschienen. In dieser Beziehung gilt es gewisse Grenzen einzuhalten, die auch heute nicht überschritten werden dürfen, will man den Bestand des Bundes nicht gefährden. Alle Beschlüsse, welche die Aufbietung von Streitkräften zu der Vertheidigung des Bundes, sowie die Aufbietung der dazu nöthigen Mittel zum Gegenstande haben, müssen *eo ipso* für die einzelnen Staaten obligatorisch sein und dürfen nicht durch eine Konkurrenz der Landesvertretungen in Frage gestellt werden.

Anders verhält es sich mit Beschlüssen, für deren Berechtigung man wohl den Bundeszweck, wie ihn Artikel 2 der Bundesakte definirt, anführen könnte, von denen aber gleichwohl nicht mit absoluter Gewissheit behauptet werden kann, dass der Bundeszweck sie erfordere. Dahin gehören die Beschlüsse wegen Press- und Vereinsgesetzgebungen. In der That tragen auch die in diesen Materien in der neueren Zeit gezogenen Beschlüsse den Stempel der Unsicherheit an sich. Sie sind an sich ungenügend ausgefallen und haben überdies in den einzelnen Staaten nur theilweise und halbe Ausführung erfahren.

Sowohl für Gesetze dieses Inhalts als auch für diejenigen, welche dem eigentlichen Bundeszweck noch ferner liegen, sondern nur auf eine Verschmelzung der deutschen Gesetzgebungen vom Standpunkte der Nützlichkeit hinzielen, wird, soll anders der Bund seine Lebenskraft bewähren, eine Mitwirkung der Landesvertretung nothwendig; diese Mitwirkung kann aber nur dann eine wirkliche Einigung versprechen, wenn sie nicht durch Befragung der einzelnen Landesvertretungen, sondern durch Einberufung von Abgeordneten dieser Vertretung zu einer gemeinsamen Vertretung ins Werk gesetzt wird.

Das Bedürfnis einer entsprechenden Einrichtung ist in der neuesten Zeit in gleichem Grade fühlbar geworden, als sich überall das Bestreben nach Verallgemeinerung der Gesetzgebung in den deutschen Ländern kundgegeben hat. Hat auch der Wunsch, die Erreichung dieses Zieles zu ermöglichen, die Kammern in den Einzelnstaaten beispielsweise vermocht, das auf Anregung des Bundes kommissarisch zu Stande gebrachte Handelsgesetzbuch unverändert zu genehmigen, so hat doch dabei die Klage nicht ganz verstummen können, dass ein gewisser moralischer Zwang bei diesem Verfahren obwalte und die Ausübung eines verfassungsmässigen Rechts illusorisch mache. Das mehrseits anempfohlene Prinzip der freien Vereinbarung, im Gegensatz zu der bundesmässigen Behandlung derartiger Gesetzgebungsarbeiten, wird diese zwingende Nothwendigkeit für die Kammern der Einzelnstaaten jederzeit herbeiführen müssen; dagegen gewinnt ihr Zustimmungsrecht eine praktische Geltung, wenn sie in einer Versammlung vertreten sind, welcher von Seite der Bundesversammlung ein Gesetzentwurf zur Annahme vorgelegt wird. Die Schwierigkeiten, welche mit dem Zustandekommen des letzteren im Hinblick auf die entgegenstehende bundesverfassungsmässige Bedingung der Unanimität verbunden sind, mögen nicht verkannt werden. Allein man wird eben so wenig ausser Betracht lassen dürfen, dass in Gegenständen der Gesetzgebung die Regierungen einem eben so berechtigten als heilsamen

Impulse der Landesvertretungen folgen, und dass, sobald die Landesvertretungen ein gemeinsames Organ erhalten, jener Impuls mehr und mehr im Sinne der Einigung sich fühlbar machen wird. Ja es darf wohl die Voraussetzung als erlaubt betrachtet werden, dass, sobald eine solche Einrichtung ins Leben gerufen wird, eine Einigung der Regierungen, welche in Bezug auf Fragen allgemeiner Gesetzgebung die Zulässigkeit eines Majoritätsbeschlusses mit drei Viertel Stimmen ausspräche, des Beifalls der öffentlichen Meinung gewiss sein würde.

Man wird einhalten, dass, wenn für legislatorische Zwecke einmal eine Versammlung von Delegirten der Kammern ins Leben tritt, diese Versammlung auch auf eine Betheiligung an den politischen Berathungen des Bundes Anspruch erheben würde. Diese Folge ist nicht abzuleugnen; sie darf aber auch nicht in ihrer Bedeutung überschätzt und als ein Schreckbild betrachtet werden. Wenn die deutschen Regierungen, wie dies jetzt der Fall ist, überall in der Erzielung der Uebereinstimmung mit den Landesvertretungen ihre Aufgabe erkennen, so werden sie auch nicht leicht in die Lage kommen, am Bunde sich zu Beschlüssen zu einigen, welche mit dem Geiste der Landesvertretungen im Allgemeinen in direktem Widerspruche ständen. Allerdings sind die politischen Auffassungen der Majoritäten in den Landesvertretungen oft sehr von einander abweichend, wie dies jetzt ein Blick auf die Kammern in Preussen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg u. s. w. zeigt. Es würde daher die Einigung am Bunde nicht gewinnen, sondern noch mehr erschwert werden, wollte man die Landesvertretungen durch ihre Delegirten bei den zwischen den Regierungen am Bunde zu pflegenden Berathungen und zu fassenden Beschlüssen in der Weise betheiligen, dass sie hiebei, sei es durch ein *votum decisivum* oder auch nur durch ein *votum consultativum*, zu konkurriren hätten. Wohl aber kann man sich es als eine mögliche und in mancher Hinsicht erspriessliche Einrichtung denken, dass die Bundesversammlung, nachdem sie in einer schwebenden politischen Frage sich zu einem Beschlusse geeinigt hat, der Versammlung von Delegirten der Landesvertretungen davon Eröffnung macht, über Motive und Folgen dieser Beschlüsse derselben Aufklärungen gibt und etwaige Wünsche und Anträge der Versammlung vernimmt. Es mag diese Aufgabe mit Unbequemlichkeiten verbunden sein, sie mag ihre missliche Seite haben. Allein ohne Ueberwindung von Schwierigkeiten und Gefahren gibt es überhaupt heute keine Aufgabe für Regierungen. Dagegen kann die Beigabe einer solchen Vertretung der Kammern dem Bund in vielen Fällen einen sehr erwünschten Rückhalt gewähren.

Den Beleg hiefür bietet ein naheliegender Vorgang, die Differenz mit der dänischen Regierung. Der Bund hat in dieser Frage einen Impuls der öffentlichen Meinung hinter sich, der ihn sehr rücksichtslos treibt, weil er keine Verantwortung auf sich hat und daher dem Bunde, sobald dieser in ein den Umständen angemessenes bedächtiges Tempo übergeht, eine sehr unverdiente Gehässigkeit aufbürdet. Das Verhältnis würde sich wahrscheinlich ganz anders gestalten, wenn eine Versammlung von Delegirten der Landesvertretung am Bunde zu einer Kundgebung in dieser Weise Anlass erhielte. Diese Kundgebung würde sicherlich bei Weitem vorsichtiger gehalten sein als diejenige ist, zu der die einzelnen Landesvertretungen frischweg vorschreiten, ohne sich viel Sorge über die Folgen zu machen, wogegen eine auf energisches Vorgehen gerichtete Manifestation einer solchen Delegirtenversammlung, die sich einem entsprechenden Bundesbeschluss anschlösse, diesem, dem In- und Auslande gegenüber, einen sehr erwünschten Nachdruck geben müsste.

Endlich ist auch nicht die Betrachtung zurückzuweisen, dass, wenn die deutschen Regierungen eine derartige Rechenschaftsablegung in Aussicht zu nehmen hätten, sie darin ohne allen Zweifel einen sehr bewegenden Grund finden würden, sich in schwebenden Bundesfragen eher zu einigen, als dies jetzt zumeist geschieht, gleichwie in den einzelnen Staaten Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Ministerialdepartements, ja zuweilen zwischen Krone und Ministerium, durch die Aussicht auf den bevorstehenden Landtag häufig ihre Lösung finden, die ausserdem noch lange Zeit auf sich würde warten lassen. Allerdings tritt der Einwurf entgegen, dass Meinungen eher zu versöhnen sind als Interessen. Gleichwohl werden auch diese einem Kompromiss zugänglicher, wenn das Bekenntnis ihrer Unverträglichkeit abgelegt werden soll.

Dagegen würde es für die Landtage in den einzelnen Staaten ein unendlicher Gewinn sein, wenn die Diskussion über allgemein politische Fragen, die alsdann unfehlbar der Delegirtenversammlung allein zufiele, aus den Berathungen der Einzelnlandtage entfernt und diese der Verhandlung der eigentlichen Landesangelegenheiten ausschliesslich zurückgegeben würden; die Diskussion in der Delegirtenversammlung selbst aber würde, wenn sie auf der einen Seite allerdings dazu führen kann, die politische Aufregung im Volke zu erhalten und zu erhöhen, auf der andern Seite auch dazu dienen, die Ansichten in vielen Punkten zu klären und schroffe Parteistandpunkte in ihrer praktischen Unausführbarkeit eben so erkennbar werden zu

lassen, als die Schwierigkeiten, die oft mit den Aufgaben des Bundes verknüpft sind.

Aber — wird man einhalten — wurde nicht oben gesagt, ein deutsches Parlament sei ein Kind der Revolution und werde es bleiben? Sollte nicht jede Umgestaltung vermieden werden, die auf Umsturz hinausführt?

Ein deutsches Parlament, d. h. eine Versammlung von Abgeordneten, welche zwar in den verschiedenen deutschen Ländern, aber ohne jede Verpflichtung gegen dieselben, unmittelbar vom Volke gewählt werden, führt nicht allein zum Umsturz des bestehenden Föderativsystems, es ist bereits der Umsturz selbst. Sein Mandat weist nicht auf die in den Einzelnstaaten bestehenden verfassungsmässigen Gewalten zurück, sondern auf die Gesamtheit des deutschen Volks, und der natürlichste Ideengang muss dahin führen, sonach die Gesamtheit über den Einzelnen stehend erscheinen zu lassen.

Folgerechterweise stellt sich daher ein Parlament nicht neben die im Bunde vereinigten deutschen Regierungen, sondern über dieselben und der hiedurch eben so natürlicherweise hervorgerufene Widerstand dieser Regierungen gegen eine solche Usurpation muss, wie im Jahre 1849 geschah, zuletzt zum Kampfe zwischen Idee und Wirklichkeit, zwischen Anspruch und Recht führen.

Zwischen einem deutschen Parlament und einer Vertretung der Kammern beim Bund aber bestehen sehr erhebliche Unterschiede. Die zu dieser Versammlung gewählten Abgeordneten erhalten ihr Mandat von der gesetzlichen Vertretung des Landes, dem sie angehören; sie haben verfassungsmässige, eidlich angelobte Pflichten gegen dieses Land und dessen Oberhaupt; die Regierungen dieser Länder haben zwar nicht die Füglichkeit direkter Einwirkung auf jene Abgeordneten, wohl aber haben sie solche in Bezug auf die Kammern, welche sie entsenden; die Abgeordneten stehen in Gemeinschaft mit den Vertretern der Kammern anderer deutscher Länder der Gesamtheit der deutschen Regierungen gegenüber, und es erfolgt eine Aenderung der bisherigen Verhältnisse eigentlich nur insofern, als bestimmte Fragen, welche bisher jede einzelne Regierung mit ihrer Landesvertretung einzeln verhandelte, nunmehr gemeinsam von der Gesamtheit der Regierungen mit einem Ausschusse sämtlicher Landesvertretungen verhandelt werden. Zu vergessen ist dabei nicht, dass in allen denjenigen Ländern, wo zwei Kammern bestehen, die verfassungsmässige Gleichstellung beider auch gleiche Betheiligung an der Wahl von Abgeordneten zur Vertretung am Bunde bedingt, und dass hiemit ein Element in dieser

letzteren gesichert ist, welches eine nicht zu unterschätzende Bürgschaft für Wahrung partikularer Rechte neben den einheitlichen Bestrebungen bietet.

In den beiliegenden Vorschlägen zur Modifikation einiger Artikel der Bundesakte wird man den Versuch erkennen, den vorstehenden Gedanken eine praktische Gestaltung zu geben. Es sei gestattet, diese Vorschläge mit einigen Bemerkungen zu begleiten.

Das vorangestellte erneuerte Gelöbnis zur Aufrechterhaltung der Bundesakte kennzeichnet den Charakter derselben, welcher wesentlich dahin gerichtet sein soll, den bestehenden Bundesvertrag in ungeschwächter Kraft zu erhalten.

Das durch die Bundesakte eingesetzte Organ, die Bundesversammlung, wird nicht aufgehoben, wohl aber wird dasselbe seiner neuen Sphäre entzogen und auf einen neuen Boden verpflanzt.

Die Bundesversammlung soll fortan nicht mehr eine Konferenz von Regierungs-Bevollmächtigten darstellen, welche, an einen schleppenden und aufhältigen Geschäftsgang gewiesen, nicht in der Lage sich befinden, die dem Bunde vorliegenden Fragen zu berathen und in kurzer Zeit zu erledigen, sondern genöthigt sind, Instruktionen vor jeder Abstimmung einzuholen. Vielmehr sollen in Zukunft die am Bunde zu verhandelnden Geschäfte in zwei kurzen Sessionen erledigt werden, und zwar durch solche Bevollmächtigte, die in der Lage sind, darüber sofort in Berathung zu treten und ohne besondere Instruktionseinholung abzustimmen.

Dass hiezu aktive Minister in den meisten Fällen die geeignetsten Persönlichkeiten sein werden, liegt auf der Hand; indess ist die Wahl anderer Personen dazu nicht ausgeschlossen.

Man hat als Zeitraum der Session ein Maximum von vier Wochen gestellt. Würde indessen die vorgeschlagene Verhandlungsmodalität angenommen, so wäre mit Sicherheit darauf zu rechnen, dass in der Regel zwei bis höchstens drei Wochen hinreichen würden. Es könnte auch, wenn die wichtigeren Gegenstände erledigt wären, für die minder wichtigen der Haupt-Bevollmächtigte einen zweiten Bevollmächtigten substituiren.

Es darf von dieser Einrichtung der Nutzen mit Sicherheit erwartet werden, dass das öffentliche Interesse, welches jetzt dem langsamen und unproduktiven Geschäftsgange der Bundesversammlung gänzlich fehlt, einer periodischen, kurz dauernden Session sich zuwenden und solchergestalt sich mit den Bundesverhandlungen befreunden werde.

Ein anderer Vortheil ist darin zu erkennen, dass, während es im hohen Grade misslich sein würde, eine Minister-Konferenz zu dem Zweck zusammentreten zu lassen, um die Frage der Bundesreform zu erörtern, weil ein resultatloser Ausgang die Autorität des Bundes und der Regierungen nur kompromittiren könnte, hier ein Mittel zur Begegnung der Minister und zu direktem Ideenaustausch gegeben ist, ohne jenen nachtheiligen Erfolg befürchten zu lassen, indem ein Resultat derartiger Besprechungen alsdann erfolgen kann, ohne in bestimmte Aussicht genommen zu sein. Der Vorschlag geht dahin, die Session abwechselnd in einer Stadt des Südens und in einer Stadt des Nordens abzuhalten. Regensburg war dabei durch geschichtliche Erinnerung, Hamburg durch die bisherige Wahl der freistädtischen Lokalität an die Hand gegeben. Man ging dabei von der Ansicht aus, dass ein solcher Wechsel, weit entfernt eine Scheidung von Norden und Süden zu bewirken, vielmehr geeignet sein werde, beide sich gegenseitig noch mehr zu befreunden und die Untrennbarheit beider zu besiegeln. Man hat dabei auf eine hochherzige Entschliessung Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich gerechnet. welche in dem Herzen seines erhabenen Verbündeten, Sr. Maj. des Königs von Preussen, sicherlich entsprechenden Widerhall finden würde.

Frankfurt soll auch ferner die ständigen Behörden beherbergen, welche beizubehalten sein würden. Es sind die Bundes-Militärkommission, welche unter dem Namen der Bundes-Militärverwaltung nächst ihrem bisherigen Geschäftsbereich noch die ständige Verwaltung des Bundeseigenthums zugetheilt erhielte, und die Bundeskanzlei.

Für die Bundesversammlung dagegen — auch Vorurtheile müssen im öffentlichen Leben berücksichtigt werden — wird es vortheilhaft sein, ihre Sitzungen anderswo abzuhalten, als in der Eschenheimergasse.

Die Beschaffung der nöthigen Lokalitäten würde — die Annahme der vorgeschlagenen Städte vorausgesetzt — sicherlich durch die königlich bayrische Regierung und die fürstlich Taxis'sche Verwaltung einer- und durch den Senat der freien Hansestadt Hamburg andererseits erleichtert werden.

Damit die Kontinuität der Bundesaktion nicht unterbrochen werde, wird vorgeschlagen, zwischen den beiden Sessionen eine mit ausserordentlicher Vollmacht ausgestattete Exekutive einzusetzen, gebildet aus Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich, Seiner Majestät dem König von Preussen und einem von den übrigen Bundesgliedern beauftragten dritten Souverän.

Diese Exekutive hätte beim Eintritt ausserordentlicher politischer

Konjunkturen beschliessend und ausführend einzutreten, nach Befinden auch für Ausführung gefasster Bundesbeschlüsse zu sorgen.

In Bezug auf die Zusammensetzung der Abgeordneten-Versammlung ist nur das Eine zu bemerken: es erscheint auf den ersten Anblick nicht angemessen, dass die übrigen Staaten mehr Abgeordnete entsenden sollen, als Oesterreich und Preussen zusammen. Man wird aber zugestehen müssen, dass dieses Verhältnis bei der Betheiligung der Landesvertretungen kein Missverhältnis ist, und für die beiden Grossstaaten ein viel günstigeres Verhältnis herausstellt, als solches die Bundesakte im Plenum annimmt.

Ueber das Bundesgericht enthalten die Vorschläge keine näheren Details. Der seit fast zwei Jahren zu erwartende und wohl nun hoffentlich bald zu gewärtigende Bericht des Bundestagsausschusses über den einschlagenden Vorschlag der grossherzoglich badischen Regierung wird hierüber Material genug an die Hand geben.

So mögen denn die Vorschläge angelegentlich empfohlen sein. Sie kommen vielleicht spät, aber sie kommen nicht zu spät, wenn man eine Besserung des jetzigen, weder Regierungen noch Volk befriedigenden Zustandes ernstlich will. Sie machen nicht Anspruch darauf, das Beste, das Unfehlbare zu bieten. Würden sie nur dazu führen, dass von anderer Seite etwas Besseres, Annehmbareres gefunden würde, so hätten sie ihren Zweck erreicht.

Nachtrag.

Wir haben es mit einer Reform der Bundesverfassung zu thun. Will man dieses Werk zu Ehren bringen und nicht von vornherein Lügen strafen, so wird man sich vergegenwärtigen müssen, dass es nicht Aufgabe sein kann, das Bestehende über den Haufen zu werfen und auf der Basis von Theorien, von Voraussetzungen und Wünschen ein neues Gebäude aufzuführen, sondern dass es darauf ankommt, das Bestehende umzubilden, ohne es in seiner Grundlage zu erschüttern. Geht man über diese Grenze hinaus, so erreicht man nichts, als einen vollkommen berechtigten Widerstand hervorzurufen.

Man muss daher vor Allem den Charakter des Bestehenden ins Auge fassen und solchergestalt sich erinnern, dass der Deutsche Bund ein Staatenbund ist. Ein Deutscher Bundesstaat ist mehrfach angestrebt worden, die Frage jedoch, ob es nur möglich sei, wird bei dem obigen Standpunkt der Reform schon durch die einfache Betrachtung verneint, dass der Bundesstaat gleichbedeutend ist mit der Auflösung des Bundes. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass die Ver-

theidiger dieser Idee keine andere Verwirklichung derselben aufzufinden vermocht haben, als die Konstituirung einer einheitlichen Leitung in der Hand der einen Grossmacht, woraus, ganz abgesehen von der Frage der zweifelhaften Unterordnung sämtlicher unter diese Leitung zu stellenden Staaten, die Ausscheidung der anderen Grossmacht aus dem Deutschen Bund folgt; denn darüber wird niemand, der die Dinge mit offenen Augen betrachten will, im Zweifel sein: dass der dabei in Aussicht genommene weitere Bund nichts Anderes sein könnte, als ein Allianzvertrag, dessen Dauer und Ausführung, wie jedes andere politische Bündnis, von wechselnden Umständen abhängig bleiben würde.

Diese einfache Betrachtung begründet den Standpunkt, dass jeder Reformversuch, der den Staatenbund nicht zum Ausgang nimmt, ein unpraktischer ist.

Unpraktisch ist daher der Vorschlag eines aus direkten allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Parlamentes. Eine solche Nationalvertretung, die, ihrem Mandat zufolge, von den einzelnen konföderirten Staaten nichts weiss, kann in einem Staatenbunde nicht ein organisches Glied werden, ohne entweder den Staatenbund aufzulösen oder vom Staatenbund aufgelöst zu werden. Dies war die Geschichte der Jahre 1848 und 1849. Das Erste wurde versucht, das Zweite geschah. In einer Bundesreform ist daher für diese Idee kein Platz.

Unpraktisch ist der Gedanke einer einheitlichen Centralregierung, welcher die einzelnen Staaten in ständiger Weise zu gehorchen hätten. Ihre Aufgabe könnte eine solche Centralgewalt nur dann erfüllen, wenn sie in einer Hand sich befände. Angenommen nun selbst, dass die übrigen Staaten, ausser Oesterreich und Preussen, sich in der Gestalt eines unter beiden wechselnden Turnus dem absoluten Dualismus unterwerfen wollten, was nachhaltig zu bestreiten ist, so würden beide Mächte es mit ihrer europäischen Stellung nicht vereinbar finden, sich auch nur zeitweise eine der andern unterzuordnen und noch weniger einem Vertreter der übrigen Staaten gegenüber zu thun.

Unpraktisch erscheint aus denselben Gründen ein ständig in einer Hand befindliches militärisches Oberkommando und nicht minder eine ausschliessliche Vertretung nach aussen.

Auch diese Gedanken gehören daher nicht in das Gebiet der Bundesreform.

Heisst das etwa dem Staatenbund ein absolutes Armuthszeugnis ausstellen? Ist der Staatenbund, dessen Bestehen Deutschland die schönsten Blüthen seines inneren Kulturlebens, seiner Volkswirthschaft,

seines materiellen Wohlstandes verdankt, vollkommen unfähig, den Anforderungen der nationalen Zusammengehörigkeit, der nationalen Machtentfaltung zu genügen? Gewiss nicht. Nur wolle man nicht mit einem Schlag erreichen, was das Werk mühsamen und beharrlichen Zusammenwirkens sein muss, dann aber auch gelingen wird.

Von diesen Gesichtspunkten aus, welche allerdings nicht auf theoretischer Grundlage konstruirt sind, wohl aber auf einer nüchternen Anschauung rechtlicher und thatsächlicher Verhältnisse beruhen, möge man die gemachten Vorschläge beurtheilen.

Der leitende Gedanke, der ihnen zum Grunde liegt, ist dahin gerichtet, dass eine konzentrische und expansive Thätigkeit eines Staatenbundes wesentlich bedingt sei durch eine möglichst unmittelbare lebendige Berührung der Bundesglieder unter sich, und zwar in gemeinsamer Berathung. Hiedurch allein kann es möglich werden, eine billige Erkenntnis der sich gegenüberstehenden gerechten Ansprüche, die Beseitigung unseligen Misstrauens, das Gefühl der vereinten Kraft zu erreichen, und ist dies erst erreicht, so wird man auch zur Eintracht gelangen, und es wird alsdann an Selbstverleugnung und Aufopferungsfähigkeit nicht fehlen.

Die diplomatischen Beziehungen unter den einzelnen deutschen Staaten erweisen sich nützlich, um ein freundliches Vernehmen unter ihnen zu erhalten und die gegenseitigen Interessen zu fördern und auszugleichen; jenem allgemeinen Zweck können sie nicht genügen. Eben so wenig kann dies eine Versammlung von Bevollmächtigten, welche weder berufen noch befähigt sind, eine gemeinsame, selbstständige Berathung zu pflegen.

Aus diesem Grunde, nicht nur mit dem Schein einer Neuerung die Sache beim Alten zu lassen, sondern nur dem eben ausgesprochenen Gedanken eine lebende Gestalt zu geben, hat man die periodischen Bundestage vorgeschlagen. Man hat dabei an der Zusammensetzung des engeren Rathes etwas nicht geändert, um nicht von Haus aus Schwierigkeiten hervorzurufen, die nach den Erfahrungen der Dresdner Konferenzen man sehr zu vermeiden Ursache hatte, während sachlich man darauf einen sehr sekundären Werth legen zu sollen glaubte. Die realen Machtverhältnisse, für welche man vielfach eine organisatorische Form beansprucht, werden bei einer periodischen Zusammenkunft, wobei die Regierungen sozusagen von Angesicht zu Angesicht sich begegnen, besser ins Gewicht fallen, als wenn eine scheinbare Ausgleichung mit ein paar Stimmen mehr oder weniger versucht wird.

Man wird vielleicht einhalten, dass der eben angeführte Vorgang

der Dresdner Konferenz kein ermuthigender sei. Es sind indessen verschiedene Umstände zu beachten, welche auf den Verlauf derselben ungünstig einwirkten, und welche für die periodischen Bundestage gar nicht in Aussicht zu nehmen sein würden. Die Dresdner Konferenzen traten in einem Augenblick zusammen, wo ein grosser Meinungskampf sich moralisch in sich selbst aufgezehrt, thatsächlich aber und in seinen äusseren Folgen Deutschland an die Schwelle des Bürgerkriegs gebracht hatte. Eine sehr natürliche Nachwirkung war daher Erschöpfung auf der einen Seite, Sehnsucht nach Ruhe und innerem Frieden auf der anderen. Es war daher nicht sowohl, wie man oft behauptet hat, ein Misstrauen in die Resultate eines Regierungs-Kongresses, als vielmehr die aus den eben geschilderten Zeitverhältnissen erwachsene Abspannung, welche von Anfang an die Dresdner Konferenzen mit einer gewissen Gleichgiltigkeit umgab und ihnen den heilsamen Impuls der öffentlichen Aufmerksamkeit entzog. So kam es denn auch, dass die schliessliche Rückkehr zum alten Bundestag zwar als Merkmal der Unfruchtbarkeit der Konferenz ausgebeutet, im Allgemeinen aber als etwas der augenblicklichen Lage Entsprechendes und ihren nächsten Anforderungen Genügendes betrachtet wurde. Der mehr oder minder resultatlose Ausgang hatte überdies seinen Grund in der formellen Einleitung der Geschäftsbehandlung. Man berief ein Bundesplenum mit persönlicher Vertretung aller Virilstimmen, verhandelte die Geschäfte in Kommissionen, in welchen die beiden Grossmächte und die vier Königreiche fast ausschliesslich das Wort führten, und legte das Resultat dem Plenum vor, in welchem wiederum nicht nach Massgabe der Stimmenzahl im Plenum abgestimmt wurde. So gelangte man denn zu dem denkwürdigen Ergebnis, dass Vorschläge, über welche die beiden Grossmächte und die vier Königreiche sich geeinigt hatten, von der Mehrzahl der übrigen Bundesglieder mit Erfolg verworfen werden konnten.

Es ist aber ganz besonders Eines nicht aus den Augen zu verlieren, was bereits in der vorausgehenden Denkschrift hervorgehoben wurde: die periodischen Bundestage würden nur die Aufgabe haben, die beim Bund anhängenden Angelegenheiten zur Erledigung zu bringen. Es können auch Verbesserungen einzelner Theile der Bundeseinrichtungen — wie namentlich die Ausführung einzelner Bestimmungen der Bundes-Kriegsverfassung, die Frage der maritimen Vertheidigung Deutschlands, eine engere Vereinigung der Vertretung nach aussen, genauere Normirung der Kompetenz der einzuberufenden Kammervertretung beim Bunde — daselbst zur Verhandlung kommen,

aber immerhin würde es nicht die erklärte Aufgabe des zusammentretenden Bundestages sein, eine revidirte Bundesverfassung zu entwerfen, mithin auch ein resultatloser Ausgang, wie solcher bei den Dresdner Konferenzen eintrat, nicht in Aussicht stehen.

Der Nutzen jeder neuen Einrichtung wird stets von dem Eifer und von der Einsicht abhängen, womit diejenigen sie handhaben, welche dazu berufen sind. Mit Sicherheit wird sich daher nie im Voraus über die Güte und über die Mängel einer neuen Institution absprechen lassen, und vielleicht dann am wenigsten, wenn dieselbe den Anforderungen einer systematischen Gliederung sich gefällig erweist. Der einzige Massstab, der sich für die Beurtheilung noch am ehesten als zulässig denken lässt, dürfte in der Anwendung auf bereits dagewesene Fälle zu finden sein; und in dieser Beziehung erscheint es erlaubt, auf den verhängnisvollen Zeitpunkt zu verweisen, welchem man im Frühjahr 1859 gegenüberstand. Mögen noch heute die Ansichten über das, was damals geschah, und das, was hätte geschehen sollen, auseinander gehen — und es darf angenommen werden, dass ein allseitiges, aufrichtiges Bekenntnis hierüber keinen wesentlichen Zwiespalt mehr herausstellen würde —, darüber wird man ernstlich einen Zweifel nicht erheben wollen, dass ein Bundestag, wie ihn die Vorschläge sich denken, wenn er am 1. Mai 1859 zusammentrat, nicht ohne einen entscheidenden Beschluss auseinandergehen konnte, und dass dieser Beschluss in dem Votum einer gleichzeitig einberufenen Delegirten-Versammlung — man wolle sich nur der in jenen Tagen allgemein herrschenden Stimmung erinnern — einen sicheren Nachdruck gefunden haben würde. Das geeinigte Deutschland würde die eine Grossmacht nicht verlassen und sich der Führung der andern gern anvertraut haben.

Man wird den Vorschlägen, soweit sie die Vertretung der Kammern betreffen, eine gewisse Unsicherheit der Auffassung und einen Mangel scharfer Begrenzung zum Vorwurf machen. Es ist deshalb nicht überflüssig, auch hier den leitenden Standpunkt darzulegen. Wäre es darauf angekommen, in der öffentlichen Meinung einen raschen Beifall zu ernten, so würde es nicht schwer gefallen sein, einen diesem Zweck entsprechenden Vorschlag zu finden. Dies aber konnte nicht die Aufgabe sein. Man hätte es mit der Gewissenhaftigkeit nicht zu vereinigen vermocht, Vorschläge herauszugeben, mit denen man die Annehmlichkeiten des Applauses für sich selbst, die Unannehmlichkeiten des Widerspruches dagegen für andere in Aussicht zu nehmen hatte. Es sind daher der Thätigkeit der projektirten Abgeordneten-

Versammlung enge Grenzen gezogen worden, indem man auf der einen Seite daran festhielt, dass in Bezug auf das Mehr oder Minder der einzuräumenden Befugnisse der freien Vereinbarung der Regierungen nicht vorgegriffen werden dürfe, von der andern Seite aber es zweckmässig erschien, dass der Versuch des neuen Organismus in einer vorsichtigen Weise und dergestalt eingerichtet werde, um den Regierungen dazu Muth, den Volksvertretungen aber, beziehentlich deren Delegirten, Anlass zu der Beobachtung zu geben, dass nur ein massvoller Gebrauch der gebotenen Mitwirkung von ihrer Seite die Befestigung und Ausbildung der neuen Einrichtung bedinge.

Dass die Verhandlung unter den angenommenen Voraussetzungen keine leichte sein werde, wurde bereits anerkannt. So unverkennbar indessen die Schwierigkeiten sind, die sich nach der angenommenen Basis vorhersehen lassen, so dürfen sie auch nicht überschätzt werden. Die Vorbedingung des ganzen Vorschlags beruht freilich auf der Voraussetzung einer aufrichtigen Vereinigung der Deutschen Regierungen zu dem neuen Organismus. Erklärt man diese für eine Unmöglichkeit, so wäre freilich jede weitere Betrachtung über die Güte des Organismus selbst unnöthig. Ist sie dagegen zulässig, und hievon allein kann eine Diskussion über die Konferenzen der neuen Einrichtung ausgehen, so werden die im Bundestag vereinigten Regierungen eben so gut wie jede einzelne Regierung, und sogar noch mehr, diejenigen Kräfte zu ihrer Verfügung haben, deren es bedarf, um einer Repräsentation gegenüber Stand zu halten und durch Nachdruck eben so wohl als durch Versöhnlichkeit ihre Unterstützung zu gewinnen. Unter dieser Voraussetzung werden denn auch die Schwierigkeiten nicht unüberwindlich bleiben, die mit der Berücksichtigung etwaiger Anträge verbunden sein könnten.

Was die Zahl der abzuordnenden Delegirten und deren Vertheilung auf die einzelnen Länder betrifft, so sind die Vorschläge selbstverständlich nur bestimmt, einen ersten Wurf zu geben, ohne im mindesten einer anderweitigen Regulirung vorzugreifen.

Dasselbe gilt von den vorgeschlagenen Modalitäten der Geschäftsbehandlung auf den einzuberufenden Bundestagen. Es hätte einerseits über die nächste Bestimmung der Vorschläge hinausgeführt, ein erschöpfendes Geschäftsregulativ aufzustellen, andererseits erschien es sogar unzweckmässig, sich in Fixirung von Details einzulassen, deren Beschaffenheit etwas rein Sekundäres ist, und bei deren Feststellung man Gefahr läuft, mit unbekannten Neigungen und Abneigungen in Konflikt zu gerathen. Nur einer möglichen Ausstellung möge be-

gegnet werden. Man wird bei der vorgeschlagenen Einrichtung einen Erfolg für die bisherigen Ausschüsse der Bundesversammlung vermissen, und vielleicht namentlich an diesen rühmen, dass sie zur Vermittlung entgegenstehender Ansichten dienten. Dieser Nutzen soll keineswegs bestritten werden. Wenn man indessen einhalten sollte, dass die Berathung, wie sie jetzt in den Ausschüssen stattfindet, durch Korrespondenz unter den Regierungen nicht zu ersetzen sei, so würde zu entgegnen sein, dass jene Ausgleichung sehr häufig, ja fast in der Regel nur das Resultat der Korrespondenz war, was eben für die Verzögerung der Berichterstattung die geeignete Entschuldigung darbot. Innerhalb der vier Wochen, die nach den Vorschlägen zwischen der Kenntnisnahme des Gutachtens und dem Bundestag inneliegen sollen, ist für die einzelnen Regierungen, wenn sie sich konkordiren wollen, Zeit genug zur Korrespondenz darüber gegeben. Jene ausgleichende Thätigkeit der Ausschüsse hat aber noch überdies nicht selten ihre Schattenseite gehabt. Das Bestreben, vermittelnd einzuwirken, hat oft dazu beigetragen, Unsicherheit in die Bundesbeschlüsse zu bringen. Wenn eine einzelne Regierung mit dem Erstatten des Gutachtens betraut ist, so wird sie es als eine Ehrensache behandeln, dass dasselbe mit gleicher Gründlichkeit, als dies in anerkennenswerther Weise in den Ausschüssen geschah, geliefert werde, sie wird dazu die besten ihr zu Gebote stehenden Kräfte verwenden, dieses Gutachten aber, bei dessen Redaktion man nicht ausgeglichen hat, wird mehr sachlich und konsequent durchgeführt sein, als dies häufig in den Ausschussberichten geschah. Es möchte also anzunehmen erlaubt sein, dass die Abstimmung über ein solches Gutachten manchen Regierungen leichter werden würde, als dies zuweilen bei den jetzigen Ausschussberichten der Fall ist, deren vortrefflicher Ausarbeitung eben durch die Folgen jener Ausgleichung nicht selten Abbruch geschieht.

Die Errichtung des Bundesgerichtes auf der einen, die Einsetzung der Exekutive auf der andern Seite, welcher gerade auf dem militärischen und diplomatischen Gebiet nach Erfordern der Umstände die ausgedehntesten Vollmachten zufallen würden, weisen zur Genüge die Voraussetzung zurück, als seien die Vorschläge nur darauf berechnet, die Bundesgewalt nach innen zu stärken, nicht aber nach aussen.

Endlich mag an die Schlussworte der vorausgehenden Denkschrift erinnert werden. Die Vorschläge bezwecken eine Anregung, nur geschieht diese Anregung in etwas nachdrücklicherer Form, als der eines allgemeinen Antrages. Sie sind der Kritik zugänglich, allein

sie werden in der Kritik allein nicht ihre Widerlegung tragen, sondern erst in der Darbietung einer besseren und zugleich ausführbaren Lösung.

Beilage II zu Kapitel XX.

Entwurf.

Die souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands geloben sich von Neuem unverbrüchliche Aufrechthaltung und Beobachtung des in der Akte vom 8. Juni 1815 niedergelegten Bundesvertrages. Gleichzeitig sind dieselben jedoch über eine zeitgemässe Umgestaltung der Artikel IV, V, IX und X der Bundesakte, und zwar in folgender Weise übereingekommen: Zur Wahrnehmung der Angelegenheiten des Bundes bestehen folgende Organe: a) die Bundesversammlung. Ihr sind untergeben: aa) die Bundes-Militärverwaltung, bb) die Bundeskanzlei; b) die Abgeordnetenversammlung und c) das Bundesgericht.

a) Die Bundesversammlung besteht aus Repräsentanten der deutschen Regierungen.

Die Bundesversammlung wird beschickt durch Bevollmächtigte, welche theils einzelne, theils Gesamtstimmen führen, und zwar folgendermassen: 1. Oesterreich, 2. Preussen, 3. Bayern, 4. Sachsen, 5. Hannover, 6. Württemberg, 7. Baden, 8. Kurhessen, 9. Grossherzogthum Hessen, 10. Dänemark wegen Holsteins, 11. Niederlande wegen des Grossherzogthums Luxemburg, 12. die grossherzoglich und die herzoglich sächsischen Häuser, 13. Braunschweig und Nassau, 14. Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, 15. Holstein-Oldenburg, Anhalt, Schwarzburg, 16. Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck, 17. die freien Städte Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg, jedes mit 1 Stimme. Totale 17 Stimmen.

Die zu einer Kuriatstimme gehörigen Regierungen haben sich unter einander darüber zu verständigen, dass und in welcher Weise abwechselnd eine derselben die Stimme führt. Die damit beauftragte Regierung hat allein den Bevollmächtigten zur Bundesversammlung zu ernennen.

Der Artikel VI der Bundesakte bleibt unverändert in Geltung.

Die Bundesversammlung tritt zweimal im Jahr, am 1. Mai und am 1. November, auf die Zeit von längstens vier Wochen zusammen (Bundestag).

Die Abhaltung des Bundestages findet das eine Mal in einer Stadt des Südens, das andere Mal in einer Stadt des Nordens von Deutschland (Regensburg und Hamburg) statt. Im ersteren Falle führt Oesterreich, im zweiten Preussen den Vorsitz.

Vor dem jedesmaligen Schlusse des im Norden abgehaltenen bis zum Schlusse des im Süden abzuhaltenden Bundestages ist Oesterreich, von dem Schlusse des im Süden abgehaltenen bis zum Schlusse des im Norden abzuhaltenden Bundestages ist Preussen der Präsidialhof.

Der solchergestalt in Funktion tretenden Präsidialregierung liegt es ob: während des dem Zusammentritt des Bundestages unter ihrem Präsidium vorausgehenden fünfmonatlichen Zeitraums Anträge, welche bei ihr für die Berathung der kommenden Session von einer der übrigen Bundesregierungen angemeldet werden, oder welche sie selbst bei derselben zu stellen beabsichtigt, sämtlichen Bundesregierungen — bei den Kuriatstimmen der mit der Stimmführung beauftragten — zur Kenntnisnahme zuzufertigen.

Beschwerden, Reklamationen und Gesuche, welche an den Bund gerichtet werden, sind bei der Bundeskanzlei zu Frankfurt a. M. einzureichen.

Dieselben gelangen von dort aus an die jeweilige Präsidialregierung, welche sie auf dem nächstfolgenden Bundestag zum Vortrag bringt. Die Bundesversammlung beschliesst hierauf entweder sofort darüber in Berathung zu treten und den betreffenden Gegenstand zu erledigen, oder darüber ein Gutachten einzufordern. Im letzteren Falle wird durch Abstimmung eine einzelne Bundesregierung gewählt, um das Gutachten zu erstatten. Dieses Gutachten gelangt spätestens bei der nächstfolgenden Session zur Berathung, worauf sofortiger Beschluss durch Abstimmung erfolgt.

Handelt es sich dabei um streitige Rechtsfragen, so hat die Bundesversammlung, sobald sie die Kompetenz des Bundes in der Sache anerkennt, die Entscheidung dem Bundesgerichte zu überweisen. Dies gilt insbesondere von Streitigkeiten über Anwendung und Auslegung der Verfassungen in den einzelnen deutschen Staaten.

Anträge, welche von Seite einzelner Regierungen an den Bund gebracht werden, müssen, um auf dem Bundestag erledigt werden zu können, spätestens vier Wochen vor dessen Eröffnung bei der Präsidialregierung angemeldet sein, welcher es obliegt, selbige sofort nach deren Eingang, ohne Aufenthalt, sämtlichen Bundesregierungen — bei Kuriatstimmen der stimmführenden Regierung — mitzutheilen.

Gleiches gilt von den zu erstattenden Gutachten über erfolgte

Eingänge, nicht minder von den bei der Bundeskanzlei einzureichenden Beschwerden, Reklamationen und Gesuchen.

Dagegen müssen die zu dem Bundestag abgesendeten Bevollmächtigten mit derartiger Instruktion versehen sein, um sofort in Berathung über den betreffenden Gegenstand treten und darüber abstimmen zu können. Zur Instruktionseinholung während des Bundestages ist ein längerer Termin als drei Tage nicht zu bewilligen.

Anlangend aa) die Bundes-Militärverwaltung, so wird dieselbe der bisherigen Militärkommission übertragen, welcher fortan neben ihren gegenwärtigen Geschäften die selbstständige Verwaltung des Bundeseigenthums anheimfällt. Dieselbe hat zweimal im Jahre einen allgemeinen Geschäftsbericht an die jeweilige Präsidialregierung zu erstatten, welche davon dem Bundestage Meldung macht. Anlangend bb) die Bundeskanzlei, so besteht solche nur aus wenigen Beamten, welche von Oesterreich, Preussen, Bayern und den übrigen Staaten im Turnus ernannt werden.

b) Die Abgeordnetenversammlung.

Dieselbe ist gebildet aus den Repräsentanten der Landesvertretungen. Oesterreich entsendet dazu 30 Mitglieder, vertheilt auf die Landesvertretung seiner deutschen Provinzen [1]); Preussen 30 Mitglieder, die aus den beiden Häusern des Landtages gewählt werden; Bayern 10, gewählt aus beiden Kammern; Sachsen, Hannover, Württemberg jedes 6, gewählt aus beiden Kammern; Holstein 2; Luxemburg 2; Braunschweig 2; Mecklenburg-Schwerin 2; Mecklenburg-Strelitz 2; Nassau 2; Sachsen-Weimar 2; Sachsen-Meiningen 1; Sachsen-Koburg-Gotha 1; Sachsen-Altenburg 1; Oldenburg 2; Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg 1. (Anmerkung: Liechtenstein und Hamburg fallen in Ermangelung einer Landesvertretung aus); Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen 1; Waldeck, Lippe, Lippe-Schaumburg 1; Reuss älterer Linie, Reuss jüngerer Linie 1; Lübeck 1; Frankfurt 1; Bremen 1; Hamburg 1. Summe 128.

Die Wahl der Vertreter zur Abgeordnetenversammlung erfolgt

---

[1]) Dieser Modus der Delegation für Oesterreich und Preussen beruht auf dem Gedanken möglichster Vereinfachung. Es möchte jedoch mit Rücksicht auf den Bundesbeschluss vom 3. Oktober 1851, und um der Ableitung nicht beabsichtigter Konsequenzen vorzubeugen, gerathener sein, die Delegation so zu normiren, dass sowohl in Oesterreich als in Preussen die den deutschen Provinzen angehörenden Mitglieder, beziehentlich des Reichsraths und des Landtags, die Delegirten zur Abgeordnetenversammlung wählen.

in der Regel in jedem einzelnen Staat sofort nach dem Zusammentritt des Landtags und dieselbe bleibt auf die Dauer der Landtagsperiode in Kraft.

Mit Hinsicht darauf jedoch, dass in mehreren deutschen Ländern der Landtag nicht alljährlich zusammentritt, wird für den ersten Zusammentritt der Abgeordnetenversammlung nöthigenfalls die Einberufung eines ausserordentlichen Landtages in diesen Staaten behufs der Wahl der Vertreter zur Abgeordnetenversammlung vorgesehen. Die Kollektivwahl in den Fürstenthümern Schwarzburg, Reuss, Lippe und Waldeck bleibt der partikularen Verständigung überlassen.

Die Versammlung der Abgeordneten tritt nicht regelmässig zusammen. Ihre Einberufung bleibt der Bundesversammlung vorbehalten, welche auf dem Bundestag darüber, ob und zu welchem Behufe die Einberufung stattzufinden hat, Beschluss fasst.

Der Bundesversammlung steht es zu, die Abgeordnetenversammlung zu vertagen und aufzulösen.

Die Bundesversammlung wird für die Berathungen der Abgeordnetenversammlung eine Geschäftsführung entwerfen. In dieser ist unter anderem festzusetzen, dass die Abgeordnetenversammlung sich nur mit den Gegenständen zu beschäftigen hat, welche ihrer Berathung von Seite der Bundesversammlung unterstellt werden.

Die Einberufung der Abgeordnetenversammlung erfolgt jedesmal, so oft die Bundesversammlung die Ausarbeitung eines allgemeinen Gesetzes beschlossen hat. In diesem Fall wird das Gesetz, nachdem es durch eine zur Ausarbeitung niedergesetzte Kommission von Sachverständigen vollendet worden ist und die Genehmigung der Bundesversammlung erlangt hat, der Abgeordnetenversammlung zur Annahme vorgelegt. Als Kommissarien fungiren alsdann in der Abgeordnetenversammlung die Mitglieder der Kommission, welche mit der Ausarbeitung des Gesetzes betraut waren. Es kann jedoch die Bundesversammlung auch Kommissarien aus ihrer Mitte dazu delegiren.

Der Gesetzentwurf kann entweder abgelehnt, oder *pure* oder mit Amendements angenommen werden. Im letzteren Fall reicht ihn die Kommission dem nächsten Bundestag mit einem Gutachten ein, worauf der Bundestag entweder die Genehmigung oder die Ablehnung des Entwurfes beschliesst.

In den Bereich der Gesetze, welche auf diesem Wege zu Stande zu bringen sind, gehören nicht allein die, welche in die Kategorie der allgemeinen nützlichen Anordnungen fallen (Artikel 64 der Wiener Schlussakte), sondern auch diejenigen, welche auf der durch Artikel 2

der Bundesakte dem Bunde gestellten Aufgabe beruhen (Pressgesetz, Vereinsgesetz).

Die Bundesversammlung kann sich aber auch veranlasst finden, der Abgeordnetenversammlung als Vertreterin der deutschen Kammern, in Fällen ausserordentlicher politischer Konjunkturen, von denjenigen Beschlüsssen, wozu die Bundesversammlung sich geeinigt hat, Eröffnung zu machen und weitere Aufschlüsse zu geben, beziehentlich ihre Kundgebung zu vernehmen.

In diesen Fällen fungiren als Bundeskommissäre bei der Abgeordnetenversammlung diejenigen Mitglieder der Bundesversammlung, welche letztere zu diesem Behuf gewählt hat.

In der Zwischenzeit von einem Bundestag zum andern tritt eine Bundes-Exekutivgewalt in Wirksamkeit. Diese Exekutivgewalt legt der Bund in die Hände I.I. M.M. des Kaisers von Oesterreich, des Königs von Preussen und eines dritten Bundesfürsten, welcher in Vollmacht sämtlicher übrigen Bundesstaaten handelt. In Bezug auf die Beauftragung dieses dritten Mitgliedes der Exekutivgewalt, namentlich was die Frage anbelangt, ob solche im Wege einer Wahl oder im Wege eines Turnus oder wie sonst zu bewerkstelligen sei, bleibt das Weitere der Verständigung vorbehalten.

Die Exekutivgewalt ist für den Eintritt ausserordentlicher politischer Konjunkturen mit ausgedehnter Vollmacht des Bundes ausgestattet. Sie ist in diesen Fällen berechtigt, die Ergreifung entsprechender Massregeln, namentlich in militärischer Beziehung, anzuordnen, und ihren Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten.

Der Exekutive steht nicht minder zu, über die Ausführung der auf dem Bundestag gefassten Beschlüsse zu wachen und die dazu nach Befinden nöthigen Massregeln anzuordnen. Dies gilt insbesondere da, wo der Bund eine Einleitung des Exekutivverfahrens beschlossen hat.

Die Entgegennahme der Beglaubigungs- und Abberufungsschreiben der bei dem Deutschen Bund accreditirten fremden Gesandten erfolgt während des Bundestags von Seiten des jeweiligen Präsidirenden.

XXI. Kapitel.

1862.

Die zweite Zollvereins-Krise. — Zweite Londoner Industrie-Ausstellung. — Begegnung mit Bismarck in Paris, sein Eintritt in das Ministerium und seine Korrespondenz mit mir.

Das Jahr 1862 ist für mich nicht arm an Erinnerungen interessanter Natur. Ich gedenke zunächst der zweiten Zollvereins-Krise, bei welcher meine Thätigkeit in einer Richtung sich bewegte und bewegen musste, sehr verschieden von der, welche mir zehn Jahre früher vorgezeichnet war. Diesmal konnte man mir in Berlin die Preussenfeindlichkeit nicht wieder aufbringen und die Anerkennung nicht länger versagen, dass meine Haltung den beiden deutschen Mächten gegenüber nicht auf Vorliebe für die eine oder Voreingenommenheit gegen die andere, sondern auf gewissenhafter und unabhängiger Erwägung der Pflichten gegen das eigene Land beruhte.

Die Umstände waren von jenen des Jahres 1852 wesentlich verschieden. Wie damals war auch diesmal ein Akt grosser Tragweite von Preussen ohne Betheiligung seiner Zollverbündeten für den Zollverein vollzogen worden. Damals war es der Anschluss Hannovers und des Steuervereins, jetzt der Handelsvertrag mit Frankreich.

Während jedoch im ersteren Falle politische Absichtlichkeit das entscheidende Motiv war — denn dieses wurde ja nicht nur von den Darmstädtern betont, sondern auch von den Gothanern anerkannt und bejubelt, — handelte es sich diesmal um einen volkswirthschaftlichen Vorschritt, um nicht zu sagen Gewaltstreich, zu dem Preussen durch das zu weit gehende Veto im Zollverein gedrängt war. Nach den damals in Berlin noch geltenden Ansichten hatte man längst die Nothwendigkeit eines liberalen Tarifs anerkannt, und der mehrfach erfahrene Widerstand des Südens konnte nur auf dem Vertragswege gebrochen werden. Dass ein

diesem Zwecke dienender Vertrag unter Theilnahme bayrischer, badischer und hessischer Unterhändler, als Vertreter der Grenzstaaten, nicht werde zu Stande kommen, konnte kein Gegenstand des Zweifels sein. In Sachsen waren im ersten Augenblick die industriellen Kreise keineswegs ohne Besorgnis und Unruhe, allein abgesehen von der die einschlagenden Bedenken überwiegenden Rücksicht auf die Erhaltung des Zollvereins, durfte ich von der Ueberzeugung ausgehen, dass die sächsische Industrie intelligent genug sein werde, die drohende Konkurrenz siegreich zu bestehen, welche Hoffnung sich auch erfüllte, denn das Erste, was die sächsischen Fabrikanten thaten, war die Anschaffung neuer und die Verbesserung der alten Maschinen. So hatte ich denn nicht nöthig, meinen persönlichen Anschauungen, welche namentlich in Folge meines mehrjährigen Aufenthalts in England dem Freihandel zuneigten, Gewalt anzuthun. Auch die Gewerbefreiheit wurde unter mir eingeführt und in den Kammern vertheidigt. Noch zu Beginn der achtziger Jahre, zu der Zeit, wo in Oesterreich gegen dieselbe stark reagirt wurde, vernahm ich bei meinem damaligen Aufenthalte in Dresden von berufener Seite den Ausspruch, dass eine entschiedene Vervollkommnung der Leistungen jedenfalls der Gewerbefreiheit zu danken gewesen sei.

Dass unter solchen Umständen weder der süddeutsche Widerstand gegen den Vertrag noch das Dazwischentreten Oesterreichs in Dresden auf Unterstützung zu rechnen hatte, begreift sich eben so wohl, als dass sächsischerseits die Initiative zum Beitritt ergriffen wurde. Man hat mir in beiden Lagern hieraus, namentlich aus der Einberufung eines ausserordentlichen Landtages, als einer auf Effekt berechneten *mise-en-scène,* einen Vorwurf gemacht, aber sehr mit Unrecht. Der Regierung musste an einem baldigen verfassungsmässigen Abschluss liegen, einmal gegenüber dem eigenen Lande und dann gegenüber den süddeutschen Staaten, an deren voraussichtlich verfehltem Feldzug und schliesslichem Rückzug sie nicht Theil zu nehmen wünschen konnte. Das einstimmige Votum der Kammern enthob sie jeder Zweideutigkeit.

Dies hielt mich nicht ab, in Berlin, so oft ich dazu Gelegenheit hatte, eine weniger schroffe Haltung gegen die süddeutschen Regierungen zu empfehlen, wovon auch meine weiterhin erwähnte Korrespondenz mit Herrn von Bismarck Zeugnis ablegte.

Wenn ich oben gesagt habe, politische Motive hätten damals die preussische Regierung nicht geleitet, so gilt dies nicht so weit, dass die Politik ganz ausser Spiel gewesen sei. Jene von Wien aus inszenierte Verwahrung gegen die preussischen Unionsgedanken hatte den französischen Handelsvertrag und die Anerkennung des Königreichs Italien zur raschen Folge, und ich kann nur wiederholen, dass jene Demonstration eine eben so zwecklose als unnöthige war. Mir fällt ein, was ich an anderer Stelle ausgeführt, wie man nämlich in Berlin für die mir dort so gerne nachgesagte Eitelkeit selbst verantwortlich gewesen sei. So möchte ich hier beinahe Gleiches von Wien sagen. Die Korrespondenz zwischen einem preussischen und einem sächsischen Minister des Aeussern konnte man, zumal man selbst auf den Gegenstand derselben nicht zustimmend eingegangen war, doch füglich ignoriren. Ich kann nicht behaupten, dass es für mich etwas Erhebendes hatte, meine erfolglose Korrespondenz zum Ausgangspunkt eines feierlichen Kollektivschrittes werden zu sehen, aber eitel hätte es mich machen können, wenn dies überhaupt in meiner Richtung gelegen gewesen wäre. Erreicht wurde nichts als eine Verstimmung, welche die zwei dem Wiener Kabinete so unliebsamen Schritte zeitigte, den französischen Vertrag und die Anerkennung des Königreichs Italien. Es war eine besondere Fügung, dass ein früherer mehrmaliger preussischer Gesandter am neapolitanischen Hof den letzteren Akt vollzog.

Dass dieser Vorschritt auf der andern Seite gleiche Neigung zum Widerspiel hervorrufen musste, ist erklärlich, aber es war ebenfalls eine ungewohnte Erscheinung, dass in Wien fast gleichzeitig die schutzzöllnerische Opposition des südlichen Deutschlands ermuthigt und mit England ein freihändlerischer Versuch unter-

nommen wurde, für den ich später in Oesterreich zu büssen hatte. Davon mehr im zweiten Abschnitt.

Dass die sächsische Regierung solchergestalt den Verhandlungen zwischen Preussen und den übrigen Zollvereinsstaaten entrückt war, gestattete mir einen Ausflug nach London zum Besuch der dortigen zweiten Industrie-Ausstellung. Den Rückweg nahm ich über Paris, wo ich meine erste längere Besprechung mit dem Fürsten Bismarck hatte, der dort kurz zuvor preussischer Botschafter geworden war. Einem von dem sächsischen Gesandten veranstalteten heiteren *Diner au petit moulin rouge* folgte am nächsten Tage eine Unterredung, die sehr eingehend war und welche, wenn auch unsere Ansichten in den deutschen Angelegenheiten nicht überall stimmten, doch mich meinem Mitredner näher gebracht haben muss. Beweis dafür ein Brief, den er mir drei Monate darauf alsbald nach seinem Eintritt in das preussische Ministerium schrieb und den ich hier folgen lasse.

Berlin, 10. Oktober 1862.

Hochwohlgeborener Freiherr!

Die Erinnerung an unsere vertraulichen Unterhaltungen in Paris hatte gleich bei der Uebernahme meiner jetzigen Stellung in mir das Bedürfnis geweckt, die persönlichen Beziehungen zu Eurer Excellenz durch Anknüpfung eines von amtlichen Formen nicht beengten schriftlichen Verkehrs lebendig zu erhalten. Der Drang ungewohnter Geschäfte hat mich bisher an der Ausführung des Vorhabens gehindert; die amtlichen Stellungen, welche wir in zwei Nachbarländern einnehmen, die Erfolge, mit welchen Sie den Ihrigen eine erweiterte Bedeutung für die Gesamtverhältnisse Deutschlands geschaffen haben, bringen es mit sich, dass ich gleichzeitig eine dienstliche Pflicht erfülle, wenn ich dem eigenen Verlangen nach direkten und vertrauensvollen Beziehungen zur Eurer Excellenz Folge gebe. Ich würde die Zusicherung, dass Ihre Wünsche in dieser Richtung den meinigen entgegenkommen, mit dem lebhaftesten Danke empfangen.

Ich brauche Ihrer Kenntnis der Dinge und der Menschen gegenüber nicht zu versichern, dass ich allen abenteuerlichen Plänen fernstehe, welche mir von politischen Kindern und Gegnern in der Presse zugeschrieben werden. Die unwahren, entstellten und des Zusammen-

hangs entkleideten Veröffentlichungen angeblicher Aeusserungen von mir, durch welche man meine Urtheilskraft zu verdächtigen gesucht hat, werden von Ihnen mit vollem Verständnis des wahren Sachverhalts gewürdigt worden sein. Ich fühle nicht den Beruf, Preussen in die Bahnen sardinischer Politik zu drängen, und wenn ihn jemand in meiner Lage fühlte, so würden ihm alle Unterlagen fehlen, um die Theorie zur Praxis zu machen.

Im Hinblick auf die Pariser Bestrebungen glaube ich mich in Betreff der für deutsche Reformbestrebungen erreichbaren Ziele in keinem prinzipiellen Gegensatz mit Eurer Excellenz zu befinden; nur so lange, als die thatsächlich bestehenden deutschen Partikularinteressen sich nicht zu allseitig anerkannten Gesamtinteressen in der Art verschmelzen, dass ihre Solidarität auf jede Gefahr hin verbürgt erscheint, nehme ich für die auswärtigen Beziehungen Preussens dieselbe Freiheit der Bewegung in Anspruch, deren das Wiener Kabinet sich notorisch bedient. In Benützung derselben habe ich keine vorgefasste Meinung nach irgend einer Richtung hin, wohl aber das Bedürfnis, dem Vorurtheile entgegenzuwirken, als ob Preussen auswärtigen Angriffen mehr ausgesetzt und deshalb fremden oder landsmannschaftlichen Beistandes bedürftiger sei als irgend ein anderer Staat.

In Betreff unserer inneren Angelegenheiten ist es meine nächste Pflicht, gegen das wachsende Uebergewicht des Hauses des Abgeordneten und des parlamentarischen Beamtenthums die Schwerkraft der Krone zu wahren und zu stärken. Ich halte diese Aufgabe für lösbar, ohne mit positiven Bestimmungen der Verfassung zu brechen, und werde dabei bemüht sein, konstitutionelle Empfindlichkeiten soweit es möglich zu schonen und die unbestrittene Heerstrasse des Verfassungslebens, sobald es geht, wieder zu gewinnen, immer aber eingedenk sein, dass unser Verfassungseid die „Treue dem König“ voranstellt. In der Gewissheit Ihres Einverständnisses mit dieser Auffassung würde ich jede Mittheilung über die Eindrücke, welche Ihnen die Vorgänge bei uns machen, und jeden guten Rath, den Ihre Erfahrung in ähnlichen Erlebnissen Ihnen eingibt, mit verbindlichstem Dank entgegennehmen.

In Sachen des Handelsvertrages sind die Münchner Ergebnisse günstiger, als ich erwartet hatte; ich freue mich dessen als Anhänger des Zollvereins um so mehr, als es für mich unzweifelhaft ist, dass wir keine andere Politik einschlagen können, als die des Festhaltens an dem Vertrage.

Gegen Ende der Woche denke ich nach Paris zu reisen, um meine

Abberufung zu übergeben und meinen Umzug zu bewirken; bisher lebe ich für mich im Gasthause. Der König reist vielleicht gleichzeitig zur Ausstellung nach London.

Ich bitte Sie, die Versicherung zu genehmigen, mit der ich bin

Eurer Excellenz

aufrichtig ergebener

v. Bismarck.

Der Zukunft ist es vorbehalten, ob meine Erinnerungen einmal zur Kenntnis des deutschen Reichskanzlers gelangen werden. Geschieht es, so wird er, ich hoffe es wenigstens, in der Aufnahme des vorstehenden Schreibens keine ihm unangenehme Indiskretion erblicken. Im Gegentheil legt sein Brief — ein unschätzbarer Autograph — Zeugnis dafür ab, dass er vom ersten Augenblick seiner jetzt zweiundzwanzigjährigen ministeriellen Thätigkeit sich seiner Ziele bewusst war; und wenn es heute allerdings einen eigenthümlichen Eindruck macht, zu lesen, dass er nicht den Beruf fühlte, Preussen in die Bahnen sardinischer Politik zu drängen, und dass jedem, der diesen Beruf in seiner Lage fühlte, alle Unterlagen gefehlt haben würden, um die Theorie zur Praxis zu machen, so darf darin noch nicht ein Mangel an Aufrichtigkeit erkannt werden, gleichwie ja die Bekämpfung der „strammen Katholiken“, der „besten Unterthanen des Königs“, und der verschleierte Gang nach Canossa beide ursprünglich nicht in seiner Absicht gelegen hatten, nicht zu gedenken, dass man in Berlin jederzeit ein doppeltes Mass für sardinisch-italienische und preussisch-deutsche Annexionen hatte, die letzteren für gerecht, die ersteren für verwerflich erklärte, obschon diese doch nicht zu verachten waren, denn ohne sie hätte es nicht 1866 in Berlin einen General Govone gegeben.

Ich lasse nun auch meine Antwort folgen:

Dresden, 31. Oktober 1862.

Eurer Excellenz

sehr geehrte Zuschrift vom 16. d. M., welche mir am 20. zuging, würde ich nicht gesäumt haben, sofort zu beantworten, hätte ich nicht nach deren Inhalt anzunehmen gehabt, dass eine umgehende

Erwiderung Euer Excellenz nicht in Berlin anwesend finden würde. In der Erwartung Ihrer nahe bevorstehenden Rückkehr dahin stehe ich indess um so weniger damit an, als es mir nicht allein eine angenehme Pflicht, sondern eher Herzenssache ist, Eurer Excellenz für den mir gegebenen Beweis ehrenden Vertrauens, den ich vollständig zu schätzen und zu würdigen weiss, meinen aufrichtigsten und wärmsten Dank abzustatten. Wenn ich auch das bescheidene Mass meiner Stellung und meines Berufskreises hinter die Eurer Excellenz obliegenden grossen Aufgaben gebührend zurückzustellen weiss, so werden Sie mich darum nicht weniger eifrig finden, jenem Vertrauen entgegenzukommen und den mir dargebotenen unmittelbaren Verkehr im beiderseitigen Interesse möglichst fruchtbar zu machen.

Dass bei der Vielseitigkeit der angeregten Fragen dieses Resultat im Wege einer mündlichen Besprechung wohl in der erschöpfendsten Weise zu erreichen sein würde, darüber dürften Euer Excellenz mit mir an sich einverstanden sein, und ich zweifle nicht an der Geneigtheit meines allergnädigsten Herrn, mir dazu den nöthigen Urlaub zu ertheilen, wenn Euer Excellenz eine solche einmal an der Zeit halten sollten.

Inmittelst will ich nicht unterlassen, dem Ausdrucke des aufrichtigsten Vertrauens, das ich in Eurer Excellenz Charakter und ausgezeichnete Befähigung setze, auch die Versicherung hinzuzufügen, dass so werthvoll mir die gegebenen Aufklärungen sind, es deren wirklich nicht bedurfte, um mich über gewisse Voraussetzungen zu beruhigen, die ich nie zu den meinigen gemacht habe. Wenn ich den Wunsch einer eingehenden Besprechung mit Eurer Excellenz je hege, so gilt dies namentlich mit Rücksicht auf die am Schlusse Ihres geehrten Schreibens erwähnte Frage des französischen Handelsvertrags. Wir haben in dieser Frage der preussischen Regierung, ungeachtet sehr erheblicher Einwendungen gegen viele Bestimmungen des Vertrags, sofort die unzweideutigste Unterstützung geliehen und wünschen dies auch ferner zu thun; allein wir sind mit dem von Preussen dem Widerspruche der süddeutschen Staaten gegenüber eingeschlagenen Wege allerdings nicht einverstanden, sondern sehr abweichender Meinung, wenn wir auch voraussetzen dürfen, dass beide Regierungen sich in dem Wunsche begegnen, den Zollverein zu erhalten. Ich habe daraus gegen Herrn von Savigny nie ein Hehl gemacht, während ich es vermieden, diese Dissidenz in der Presse hervortreten zu lassen.

Genehmigen etc. etc.

Ich möchte die vorstehende Lektüre gerne denen empfehlen, die seinerzeit in den nationalvereinlichen Blättern so viel Liebenswürdiges vom „Vordrängen des kleinen Gernegross“, von der „sächsischen Wichtigthuerei“, von dem „Dresdner Grossmachtskitzel“ zu schreiben wussten.

Einige Monate später folgte ein abermaliger Schriftwechsel, welcher diesmal nicht direkt von Herrn von Bismarck, sondern in seinem Auftrag von Herrn von Savigny mit mir geführt wurde. Savigny, der in früheren Zeiten Legationssekretär in Dresden gewesen war und 1849 während des Maiaufstandes dort eine Mission gehabt, den ich auch, als ich Gesandter in Berlin war, viel gesehen und gekannt hatte — ich habe bei Besprechung des Jahres 1848 erwähnt, dass ich bei ihm Herrn von Bismarck zum ersten Mal sah —, war von 1859—1863 preussischer Gesandter in Dresden. In diesem Jahre wurde er nach Brüssel versetzt, hielt sich aber nach seiner Abberufung in Berlin auf. In diese Zeit fällt die nachstehende Korrespondenz:

Berlin, 27. Februar 1863.

Mein theurer Freund!

Herr von Bismarck hegt den dringenden Wunsch, Sie zu sehen und sich mit Ihnen auszusprechen. Es ist in seinem speziellen Auftrage, dass ich Ihnen dies heute schreibe und Ihnen die Erfüllung dieses Wunsches nahelege mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die im Herbste zwischen Ihnen und Herrn von Bismarck gepflogene Korrespondenz. Herr von Bismarck würde zu Ihnen nach Dresden kommen, wenn dies die augenblickliche Lage unserer parlamentarischen Debatten gestattete; so aber glaubt er an Sie das Ersuchen stellen zu dürfen, dass Sie die Freundlichkeit haben möchten, Ihrerseits hieher einen Abstecher zu machen, und zwar möglichst bald, insoweit dies Ihre eigenen Geschäfte erlauben werden.

So weit mein Auftrag, der mir zu wahrer Freude gereicht; und jetzt die Bemerkungen, welche ich daran zu knüpfen mir gestatte.

Dass der Moment kommen würde, wo man von hier aus dem Bedürfnis zu einer fruchtbringenden Annäherung an Sie Worte leihen werde, hatte ich schon seit einiger Zeit mit Sicherheit erwartet; dass meine Wünsche schon längst dahin gingen, wissen Sie selbst am besten.

Die Fragen, um welche es sich nach meiner Voraussetzung jetzt handeln dürfte, sind allgemein politischer Natur, sie werden sich aber zunächst auf dem Gebiete unserer Bundespolitik bewegen müssen. Nicht blos weil man bei Ihnen persönlich ein seltenes Verständnis dieser Fragen zu schätzen gelernt hat, erwacht das Bedürfnis nach gemeinschaftlicher Berathung über die gegenwärtige Lage mit Ihnen, sondern auch wegen der ganzen Stellung und Bedeutung Sachsens im Bunde will man mit dem sächsischen Kabinet vor Allem in unmittelbare Fühlung treten. Mit einem Worte, Sie können im gegenwärtigen Augenblicke Gutes wirken, kommen Sie also! Die Empfänglichkeit für praktisch gesunde Ideen ist vorhanden und der altbewährte Spruch: „*Il faut battre le fer quand il est chaud*", scheint mir hier sehr applicable. Hoffentlich wird man es Ihnen später auch in Wien danken können, wenn Sie jetzt eine Brücke der Verständigung mit erbauen helfen. Bedürfen Sie jetzt oder später einer ostensiblen Erklärung für Ihr Erscheinen in Berlin, so steht ja die handelspolitische Frage ganz zur Disposition.

Herr von Bismarck, mit dem ich den gestrigen Abend bei dem König zubrachte, hatte erst die Absicht, den Grafen Rantzau, welcher zu diesem Zweck schon heute nach Dresden reisen sollte, mit der vorstehenden Einladung zu beauftragen; dann zog er es aber vor, mir diesen Auftrag zu ertheilen, weil mein Amtsnachfolger noch nicht in gleichem Masse in den Verhältnissen orientirt, von der vorangegangenen Korrespondenz nicht unterrichtet ist. Dies füge ich als Notiz hinzu, damit Sie wissen, dass Graf Rantzau, wenn er erfährt, dass Sie nach Berlin gehen, nicht überrascht sein wird.

Die Stellung unseres Ministeriums ist trotz vieler entgegenstehender und mit Emsigkeit wiederholter Gerüchte und Angaben unerschüttert, ja ich möchte sagen, durch den Gang der Dinge während der letzten Tage noch mehr befestigt. Selbst die liberale Partei — darunter verstehe ich Auerswald, Patow, Vincke u. s. w. — halten das Verbleiben des Ministeriums für unbedingt nöthig. Von alledem werden Sie sich selbst überzeugen können. Kommen Sie in den nächsten Tagen, so finden Sie mich noch hier.

Diesen Brief übersende ich durch einen meiner Diener, welcher morgen um 3 Uhr hieher zurückgeht. Ich bitte, ihm womöglich ein Wort des Bescheides an mich mitzugeben: Ob Sie kommen wollen und wann wir Sie erwarten dürfen.

Einstweilen ein herzliches Lebewohl von Ihrem ergebenen

(gez.) Savigny.

An den kgl. preussischen Gesandten in Brüssel,
Herrn von Savigny in Berlin.
Hochgeehrter Freund!

Wie Ihnen meine gestrigen flüchtigen Zeilen bereits gesagt, war es mir nicht möglich, Ihr sehr werthes Schreiben von vorgestern bis zur Rückkehr Ihres Dieners zu beantworten. Ich stehe nunmehr nicht an, es zu thun, nachdem ich inmittelst auch Seiner Majestät dem Könige, meinem Herrn, über die Sache Vortrag erstattet habe.

Es bedarf nicht der Versicherung, dass ich mich durch das mir erwiesene Vertrauen nur im hohen Grad geehrt fühlen kann, und Sie wissen, dass ich jederzeit, so oft ein Versuch der Verständigung in Frage kam, der mündlichen Besprechung den Vorzug vor dem schriftlichen Vernehmen gegeben habe. Ich bin daher an und für sich sehr bereit, einer Einladung nach Berlin zu folgen und mich an einer Verständigung, soweit immer sich hiezu geeignete Wege eröffnen sollten, mit aufrichtigem Eifer zu betheiligen.

Nach den allgemeinen Andeutungen Ihres Briefes, die sich im Wesentlichen mit meinen eigenen, der geschäftlichen Lage entnommenen Voraussetzungen begegnen, würde es sich inzwischen bei dieser Besprechung nicht um eine zwischen Preussen und Sachsen schwebende Frage handeln — eine solche liegt auch zur Zeit nicht vor —, sondern um die allgemeinen deutschen und insbesondere die Bundesverhältnisse. Wenn aber die königl. preussische Regierung in diesen Fragen irgend ein günstiges Resultat von einem direkten Vernehmen mit der sächsischen Regierung, beziehentlich mit mir, sich versprechen zu können glaubt, so beruht offenbar diese Erwartung auf der Voraussetzung, es werde mir gelingen, etwaigen Anknüpfungspunkten, welche die beabsichtigte Besprechung erkennen lassen könnte, bei den anderen deutschen Regierungen, insbesondere der kaiserl. österreichischen und den Regierungen der Mittelstaaten, Beachtung zu verschaffen. Aus dieser naheliegenden Betrachtung dürfte sich die zweifellose Nothwendigkeit ergeben, meine Stellung jenen Regierungen gegenüber und namentlich das Vertrauen, dessen ich mich bei ihnen wiederholt zu erfreuen hatte, nicht zu schwächen. Mehrfach gemachte Erfahrungen lassen aber nicht allein befürchten, sondern mit Gewissheit vorhersehen, dass mein Erscheinen in Berlin, sobald über dessen Veranlassung nur Vermuthungen angestellt werden können, in einer Weise besprochen und ausgebeutet werden wird, welche in der oben angedeuteten Beziehung von entschiedenem Nachtheil sein müsste. Um diesem Nachtheil vorzubeugen, wird es genügen, aber auch unerlässlich sein, die einfache Wahrheit

hervortreten zu lassen. Ich muss mir daher erlauben, verehrter Freund, zunächst durch Ihre Vermittlung das ausdrückliche Einverständnis des Herrn Ministerpräsidenten von Bismarck damit zu erbitten, dass vor meiner Abreise oder gleichzeitig mit derselben eine Mittheilung an unsere Gesandtschaft ergeht, welche sie davon in Kenntnis setzt, dass auf Einladung des Herrn Ministerpräsidenten ich mich nach Berlin behufs Besprechung mit demselben begebe. Ob dies nun im Allgemeinen zu sagen sei oder mit spezieller Angabe eines Geschäftsgegenstandes, hätte ich dem Ermessen des Herrn von Bismarck zu überlassen.

Sie selbst, verehrter Freund, haben ein zu eingehendes und zu unbefangenes Urtheil über alle hier einschlagenden sachlichen und persönlichen Momente, als dass ich nicht mit Sicherheit annehmen dürfte. dass Sie diese Auffassung vollständig begreifen und darin einen neuen Beweis der von Ihnen oft an mir gelobten Offenheit und Gradheit erkennen werden.

Ich bitte Sie nur, mein gegenwärtiges Schreiben Herrn von Bismarck mitzutheilen und mir baldgefälligst seine Antwort eröffnen zu wollen. Dass ich eventuell Ihrem Briefe zufolge wenig Aussicht hätte, Sie noch in Berlin zu finden, schmerzt mich sehr, da ich so gerne Gelegenheit genommen haben würde, mündlich die in Ihrem vorletzten Briefe bezeigte Gesinnung von Herzensgrunde zu erwidern und Ihnen zu sagen, wie oft ich Ihrer und unserer guten Beziehungen gedenke.

Ganz mit freundschaftlicher Ergebenheit

Dresden am 1. März 1863.

(gez.) Beust.

Berlin, den 5. März 1863.

Mein verehrter Freund!

Ich habe Herrn von Bismarck referirt, was wir gestern besprochen haben, und da ich ihm sagen konnte, wie ich auch bei diesem Anlasse die Ritterlichkeit Ihrer Gesinnung und Auffassung von Neuem bestätigt gefunden, so hat das seinen Wunsch, in einen recht ausgiebigen Verkehr mit Ihnen zu treten, noch mehr gesteigert. Einstweilen schreckt er jedoch vor denjenigen Explikationen zurück, welche Sie, ganz mit Recht, über den Anlass zu Ihrem Erscheinen in Berlin nachträglich, wenn auch nur mündlich würden geben müssen. Aehnliche durch den Grafen Thun veranlasste Explikationen haben zu lange und zu störend nachgeklungen, um nicht hier eine gewisse

Scheu zurückgelassen zu haben vor der allzu starken Accentuirung der Initiative von dieser oder jener Seite. Herr von Bismarck würdigt dabei vollständig und aufrichtigst die Motive, welche Ihnen, mein verehrter Freund, gewisse Präkautionen gerade im gegenwärtigen Augenblick auferlegen. Er glaubt aber seinerseits mit Rücksicht auf den Eindruck, welchen es unserm König machen würde, wenn er ihm sagen müsste: „Mein Kollege in Sachsen kann sich nur dann vertraulich mit mir besprechen, wenn er andern Höfen erklären lässt, dass es auf meinen ausdrücklichen Wunsch geschehen sei", im gegenwärtigen Augenblick auf die Realisation der von ihm angestrebten, ganz vertraulichen Annäherung verzichten zu müssen.

Er hofft, dass sich baldmöglichst ein unbefangener Anlass bieten wird zu der von ihm so sehr gewünschten Begegnung, und rechnet darauf, dasselbe freundliche Entgegenkommen auch dann noch bei Ihnen anzutreffen. Vielleicht gelingt es Ihnen, Ihrerseits in unbefangenster Form einen Anlass zu ergreifen, der Sie Beide ohne Präliminarien zusammenführen kann. Jedenfalls wissen Sie, wie die Dinge stehen, denn ich habe Ihnen unter meiner persönlichen Verantwortung klaren Wein ausgeschenkt über das, was sich jetzt im besten Sinne des Wortes erreichen lässt. Hoffentlich schreiten die Ereignisse nicht schneller vorwärts, als wir es Beide sonach wünschen müssen, damit Sie noch zur rechten Zeit mit Ihrem bewährten Rath da einstehen und helfen können, wo man im Voraus für denselben sich so empfänglich erklärt.

Wie geschraubt ist doch unsere Situation in Deutschland, wenn die Begegnung, um welche es sich hier handelt, zwischen zwei Männern von Geist und Herz, nur weil sie deutsche Minister und noch dazu die nächsten Nachbarn sind, so viel Umsicht und Vorsicht erheischt! Und doch kann ich meinerseits keinen von beiden Staatsmännern tadeln, weil sie gewisse Dinge nicht thun und andere nicht unterlassen können. Ohne die ungebundene Herrschaft der Presse wäre man auch hiebei freier in der Bewegung.

Dass man in Berlin die Rücksicht auf jeden Eindruck an Allerhöchster Stelle augenblicklich sehr beobachten muss, werden Sie leicht begreifen. Es gibt eben Zustände, welche die Nerven besonders sensitiv machen.

Im Uebrigen will ich aber diesen Brief nicht schliessen, ohne einige politische Tages-Notizen hinzuzufügen, jedoch nur an die Adresse meines alten und bewährten Freundes.

Das Ministerium steht bei dem König ganz fest. Es hat auch

nicht gewankt, als man von aussen und von innen daran zu rütteln versuchte. Zwischen London und Paris ist über die polnische Sache *dissensus.* An letzterem Orte hat man sich sehr herabgestimmt, nachdem man bemerkte, dass man von London vorgeschoben wurde. Das Wiener Kabinet hat sich sehr korrekt benommen und erkennt man dies hier vollständig an.

Nun leben Sie wohl und beklagen Sie Ihren treuen Freund, der trotz alles guten Willens nicht vermocht hat, das Band zu befestigen, welches seinen Händen übergeben worden war.

Ihr

(gez.) Savigny.

Seiner Excellenz
Herrn von Savigny, derzeit in Berlin.

Dresden, 6. März 1863.

Ich darf Sie nicht von Berlin abreisen lassen, theuerster Freund, ohne Ihnen für Ihren letzten liebenswürdigen Brief zu danken. Angesichts der Anschauungsweise, die Sie mir mittheilen, ist es allerdings besser, dass die Reise jetzt unterbleibt; ich muss Ihnen aber aufrichtig bekennen, dass ich bei dieser Anschauungsweise nicht wohl begreifen kann, wie Ihr geehrtester Chef überhaupt daran denken konnte, mir den Vorschlag einer Begegnung und insbesondere einer Reise nach Berlin zu machen. Denn könnte ich auch, wie ich es auf Ihren Wunsch gethan, auf die „prophylaktische“ Behandlung der Sache, also auf eine möglichen Missverständnissen vorbeugende Aufklärung verzichten, so müsste Herr von Bismarck sich doch sagen, dass ich den Interpellationen, namentlich der hiesigen Gesandten, mich unmöglich entziehen und mir nicht ein Papagenoschloss vor den Mund legen könne. Da nun aber der Mensch nicht ein willenloses Geschöpf ist, das nur unklaren Trieben und Instinkten folgt, mithin entweder eigenes oder fremdes Verlangen meine Glieder in Bewegung gesetzt haben musste, so war ich, sollte ich die preussische Initiative nicht hervortreten lassen, geradezu genöthigt, eine Unwahrheit zu sagen, und noch dazu eine solche, die mir unter den gegebenen Umständen die unangenehmsten Erörterungen zuziehen konnte. Diese Zumuthung lag sicherlich nicht in der Absicht des Herrn von Bismarck, und darum beklage ich nur die Ihnen verursachte vielfache Mühe. Wie Sie mit Recht bemerken, sind unsere Zustände sehr geschraubt und besonders sehr verschroben. Aber glauben Sie mir, man kommt immer noch

am weitesten, wenn man die Dinge gerade heraussagt, wie sie sind und gekommen sind. Ich begreife sehr wohl eine Scheu vor der leidigen Erörterung der Initiative, wenn es sich um ein Rendez-vous zwischen dem Minister des grossen Preussen und dem Minister des grossen Oesterreich handelt. Allein was in aller Welt kann es einem preussischen Minister verschlagen, wenn man erfährt, dass er den Minister des kleinen Sachsen nach Berlin citirt habe? Begreif's, wer's vermag (Wallenstein). Uebrigens werden Sie mir die Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass ich nicht allein mit selbstversändlicher Loyalität, sondern auch mit Rücksicht gehandelt habe, indem die erstere mir keineswegs verboten hätte, das sofort zu thun, wozu ich mir erst das Einverständnis erbat.

Ihre Neuigkeiten sind sehr erfreulich, mit ihnen erledigt sich vielleicht zum Theil der Zweck der beabsichtigten Besprechung. Dass ich zu dieser auch ferner jederzeit und mit dem grössten Empressement zu Dienst stehe, habe ich nicht nöthig zu versichern.

Mit treuer Ergebenheit

Beust.

Es erheischt diese Korrespondenz einige ergänzende Bemerkungen. Ich legte dem König alle meine diplomatischen Korrespondenzen und auch Privatbriefe vor, falls diese politischen Inhalts waren. Der König hatte daher auch von meinem Brief an Herrn von Savigny Kenntnis und war damit einverstanden, wiewohl jedermann meine Vorsicht in jenem Augenblick von möglicher Tragweite begreifen wird. Zwischen seinen zwei Briefen kam aber Herr von Savigny nach Dresden, um durch persönliches Zureden mich zum Kommen zu bestimmen, und bei dieser Gelegenheit liess er, obwohl sehr verblümt, Worte fallen, die darauf hindeuteten, dass es der Wunsch seines Chefs sei, mich in das preussische Ministerium treten zu sehen. So verständlich mir auch seine Worte waren, konnte ich darin doch nur einen Beweggrund mehr zu vorsichtigem Handeln erkennen, wie ich denn auch gegen den König davon keine Erwähnung that. Wohl aber besprach ich die Sache im engsten Vertrauen mit meinem ältesten und treuesten Freund, dem Geheimrath von Weber, und wir stimmten in der Ansicht überein, dass, wenn wirklich eine un-

zweideutige Eröffnung kommen sollte, ich die Entscheidung lediglich in die Hände des Königs zu legen habe. Eine solche ist aber im Gegensatz zu dem, was einigemal darüber geschrieben worden ist, niemals erfolgt, und es bleibt eben zweifelhaft, ob Savigny nur mehr gesagt hat, als er sagen sollte, oder ob er etwas gesagt hat, was er wünschte. Eines Wortes muss ich gedenken, welches er in späterer Zeit gesprochen. Als mein Kollege Friesen nach den Nikolsburger Präliminarien sich nach Berlin begeben hatte, woselbst Savigny zu der Führung der Verhandlungen mit Sachsen bestimmt worden war, kam er nach Wien und theilte mir unter Anderem aus seinen Gesprächen mit Savigny Folgendes mit: „Warum," habe er Friesen gefragt, „wird Beust so sehr von Bismarck gehasst? er hat ihm, soviel ich weiss, doch persönlich nie etwas Unangenehmes zugefügt?" worauf Savigny mit der ihm eigenen Salbung geantwortet habe: „Ich werde es Ihnen sagen: verschmähte Liebe."

XXII. Kapitel.

1863.

Der zweite polnische Aufstand. — Ich in Berlin und Bismarck in Dresden. — Das deutsche Turnfest in Leipzig.

In diese Zeit des Bismarck'schen *Début* und der deutschen handelspolitischen Fehde fiel der zweite polnische Aufstand, bei dessen Abschluss das Facit sich für Preussen besser herausstellte als für Oesterreich.

In einem der von mir aufgenommenen Savigny'schen Briefe findet sich auch folgende Stelle: „Zwischen London und Paris ist über die polnische Sache *dissensus*. An letzterem Orte hat man sich sehr herabgestimmt, nachdem man bemerkt, dass man von London vorgeschoben wurde. Das Wiener Kabinet hat sich sehr korrekt benommen."

Korrekt! Das ist ein trefflich Wort
Zur rechten Zeit, am rechten Ort.

Die sächsische Regierung wurde gleich anderen deutschen Regierungen von den Westmächten begrüsst, sie lehnte aber in einer Depesche vom 3. Mai 1863 ein Eingehen auf den Vorschlag identischer Schritte in Petersburg ab mit dem Hinweis darauf, dass Sachsen als ein Glied des Deutschen Bundes nicht selbstständig eine auswärtige diplomatische Aktion zu unterstützen vermöge ohne seiner Bundespflicht zuwider zu handeln, wie es denn auch andererseits nicht vergessen dürfe, dass es sich in der Stellung eines Verbündeten zu einer der Mächte befinde, die am gemeinsamen Schritte in Petersburg theilgenommen, und dass diese Macht, Oesterreich, es nicht für angezeigt gehalten, die Mitwirkung Sachsens zu verlangen. Eben so präzis fand die bundestreue Gesinnung der sächsischen Regierung in dem Antwortschreiben des Königs Johann auf die Seitens des Kaisers Napoleon ergangene Einladung zu einem Kongress Ausdruck, woselbst die Worte zu finden sind: „*Si les cabinets de l'Europe veulent prêter leur concours à accomplir cette tâche ardue, si l'Allemagne, surtout ses deux grandes puissances en tête, s'y associe, je m'estimerai heureux d'y contribuer dans la modeste mesure de mes moyens et de prouver à Votre Majesté combien les princes d'Allemagne, fidèlement attachés à leurs devoirs fédéraux mais exempts de tout esprit de prejugé ou de prévention, ont à cœur de resserrer les liens d'amitié et de bonne intelligence avec leurs voisins et de maintenir les mutuels rapports sur le base solide d'une confiance reciproque.*“

Das war gewiss korrekt und korrekt am rechten Ort. Ein Land von dem Umfang Sachsens, obschon es damals ein völlig selbstständiges war, hat in solchen Fällen nur Eines zu prüfen: die ihm obliegenden internationalen Pflichten und die seiner Kraftentwicklung gezogenen Grenzen. Die Regierung eines Grossstaates hat noch andere Rücksichten zu nehmen.

Alles, was Seitens Oesterreichs während des polnischen Auf-

standes geschah, war korrekt, aber weder seiner Aufgabe genügend, noch seinen Interessen dienlich.

Ich stand mit dem sächsischen Gesandten in Wien, Baron Könneritz, in einem fast ununterbrochenen Schriftenwechsel, der noch mehr in Privatbriefen als in Depeschen zum Ausdruck gelangte. In dieser Form der Aeusserung schrieb ich ihm zu Anfang 1863 Folgendes: „Wenn nur diesmal eine entschiedene Stellungnahme nach der einen oder der andern Seite erfolgen möchte! Mir scheinen für Oesterreich zwei Wege offen zu stehen, der eine, den ich wählen würde, wäre nach Petersburg zu gehen und zu sagen, wir sind beide Theilungsmächte, ich bin bereit, zur Wiederherstellung der Ordnung gemeinsam mit dir vorzugehen (wobei genügende Sicherstellung gegen Repression à la Murawiew verlangt werden könnte). Gleichzeitig wäre aber in Deutschland mit einer nicht zu karg bemessenen Bundesreform hervorzutreten. Glaubt man eine solche direkte und rückhaltlose Verständigung mit Russland nicht anbahnen zu können, dann betrete man den andern Weg mit gleicher Entschiedenheit, nämlich Anschluss an die Westmächte selbst zu dem ausgesprochenen Zweck der Wiederherstellung eines unabhängigen Polens."

Was den ersteren Weg betrifft, so muss man heute sich die damalige Lage vergegenwärtigen. Die polnische Sache rief zu jener Zeit in Deutschland weit weniger Sympathien hervor als dies 1831 der Fall gewesen war, was auch dadurch anschaulich wurde, dass während 1831 die nach ihrem Erliegen auswandernden Polen nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland allesamt wie Kosziuskos bewundert und gefeiert worden waren, 1863 ihr Empfang ein kühler zu nennen war — was mich nicht hinderte, dem Fürsten Gortschakow die im zweiten Abschnitt erwähnte Zurückweisung zu Theil werden zu lassen, als er in etwas hohem Tone von mir die Ausweisung der nach Sachsen gekommenen Polen verlangte.

Andererseits muss man sich dessen erinnern, was Bismarck zu jener Zeit war. Das von ihm mit so grossem Erfolg inszenirte

Spiel, die Welt durch aufrichtiges Vorhersagen des Beabsichtigten irre zu führen, war damals nur in das erste Stadium des Effektes getreten, welcher darin bestand, dass man ihn von Seiten der grossen Kabinette wie der kleinen Regierungen nicht ernst, sondern für einen vielleicht gefährlichen, aber nicht auf die Dauer haltbaren, unruhigen Geist nahm. In den weiteren Kreisen aber, mit Ausnahme der ultrakonservativen, war er nicht allein unterschätzt, sondern auch gründlich gehasst. Es war jene Zeit, von der er bei einem unserer Gespräche in Salzburg im Jahre 1871 sagte, „die Zeit, wo die Leute vor mir ausspuckten". Ein entschiedenes Vorgehen Oesterreichs auf dem einen oder dem andern der von mir genannten Wege, falls es nur zur rechten Zeit geschah, hatte damals von einem Dazwischentreten Preussens wenig zu fürchten.

Ich habe mich nicht gescheut zu sagen, dass ich für den ersten Weg mich entschieden hätte. Er hatte den Vortheil einer aufrichtigen und dauernden Aussöhnung mit Russland [1]), und die Verstimmung der Westmächte wäre bei einer von Haus aus ablehnenden Haltung Oesterreichs vielleicht weniger fühlbar geworden als sie es wurde, nachdem man bei dem Zusammengehen mehr oder minder auf halbem Weg stehen geblieben war.

Scheute man aber so entschiedene Parteiergreifung für Russland, dann war es besser, sich eng mit den Westmächten zu verbinden. Entweder aufrichtige und dauernde Freundschaft mit Russland, oder gründliche und nachhaltige Schwächung Russlands.

Was in dem citirten Savigny'schen Brief gesagt ist, dass

[1]) Die mögliche Voraussetzung, in Petersburg würde man ein derartiges Anerbieten abgelehnt haben, wäre keine zutreffende. Es gab Momente, wo die dortige Stimmung eine sehr wenig zuversichtliche war. — „*Vous allez voir que nous perdrons la Pologne*", — diese Worte entschlüpften dem damaligen russischen Gesandten in Dresden — und Fürst Gortschakow hatte seine glänzende Laufbahn und seine Popularität der Beharrlichkeit zu danken, mit welcher er die Sache des Widerstands zeitweise in isolirter Stellung vertrat.

nämlich *dissensus* zwischen Frankreich und England eingetreten sei, weil man in Paris gemerkt habe, man werde von London geschoben, entspricht nicht dem historischen Verlauf. Die Wahrheit ist, dass Napoleon III. nachliess, weil er erfuhr, dass Oesterreich sich nicht schieben lasse, und dass angesichts dieser seiner reservirten Haltung man in London sich der Erfahrung aus dem Krimkrieg erinnerte. Napoleon III. hatte sehr positive und weitgehende Vorschläge in Wien gemacht, aber in gewohnter Weise nicht auf offiziellem Wege, sondern durch ein dem Fürsten Metternich anvertrautes *mémoire*.

Ich erlaubte mir zu sagen, entweder aufrichtige und dauernde Freundschaft mit Russland oder gründliche und nachhaltige Schwächung Russlands. Nach dem Verlauf, den die Dinge nahmen, kam weder das Eine noch das Andere, sondern von beiden das Gegentheil: anstatt grösserer Befreundung neue Verstimmung, theils über die anfängliche Theilnahme an der westmächtlichen platonischen Pression, theils über die im Gegensatz zu den mehr als „korrekten“ Massregeln der preussischen Regierung an der polnischen Grenze die österreichischerseits geübte humanitäre Behandlung der übertretenden Insurgenten. Weit entfernt aber, geschwächt zu sein, war die Machtstellung Russlands in Europa nach dem Aufstande stärker als zuvor. Neben diesem Facit ergab sich für Preussen ein Dankbarkeitswechsel auf Sicht und auf Unkosten Oesterreichs, dem man für die Ablehnung der französischen Propositionen mehr schuldete als Preussen, kühle Beziehungen zu den Westmächten und in Galizien der Belagerungszustand.

Für Bismarck war es die erste Etappe auf dem von ihm in seinen Frankfurter Berichten bereits in Aussicht gestellten „Vormarsch gegen Oesterreich“. Es sollte nicht die letzte sein. — Doch ich kehre zu meinen in jene Zeit fallenden ersten geschäftlichen Berührungen mit dem jetzigen deutschen Reichskanzler zurück. Die „verschmähte Liebe“ hinderte nicht, dass ich einige Monate später nach Berlin kam. Nächster Gegenstand der Besprechung war der französische Vertrag in der bereits früher erwähnten

Richtung, nämlich um den süddeutschen Regierungen die Umkehr und den Rückzug zu erleichtern. Die Unterredungen verbreiteten sich aber über weitere Fragen und in befriedigender Weise. Die Aufnahme war eine durchaus verbindliche und sogar herzliche. Ich vergesse nicht eines Abends, an welchem wir unser Gespräch, spazierend am Wallnertheater, fortsetzten. Man vernahm schallendes Gelächter und Bismarck sagte: „Die machen grade schlechte Witze über uns." Es wurden damals in Berlin Stücke gegeben, in denen ich als komische Figur erschien, und ich hatte den Wunsch geäussert, mich selbst durch Helmerding auf die Bühne gebracht zu sehen, welchem Wunsch aber nicht entsprochen wurde [1]).

Einige Wochen später machte mir Herr von Bismarck einen Gegenbesuch in Dresden, bevor er über Leipzig seinem königlichen Herrn nach Gastein folgte. Wir schieden in den besten Beziehungen. Leider sollte sich unser Verhältnis bald darauf trüben, woran zufällige und in keiner Weise von mir verschuldete Umstände die Ursachen waren. Ich komme sogleich zu Näherem.

In Leipzig fand bald darauf das allgemeine deutsche Turnfest statt. Der mir ungeachtet politischer Meinungsverschiedenheit stets aufrichtig befreundet gebliebene damalige Bürgermeister Koch in Leipzig sprach lebhaft für mein Erscheinen und ver-

---

[1]) Zu der Zeit, als ich Botschafter in London war, wurde Gladstone, damals Minister, auf dem kleinen *Court Theatre* in dem Stück „*The Happy Land*" mit seinem Kollegen Lowe karikirt. Darüber erzürnte sich der Premier, und die fernere Aufführung des Stückes musste unterbleiben. Als ich Reichskanzler war, erschien der Polizeidirektor eines Morgens mit der Meldung, dass ich in gleicher Weise in einem kleinen Vorstadttheater auf die Bühne gebracht sei, und mit der Anfrage, was geschehen solle? — „Was thun?" erwiderte ich; „nach einer Loge schicken, damit ich meine Freunde unterhalten kann!" Die Partie ward ausgeführt, als aber der Augenblick des Stücks kam, wo ich auftreten sollte, erschien ich nicht. Man hatte mich gesehen und die Szene unterblieb. Seitdem wurde sie auch nicht wieder aufgenommen.

sicherte mich des besten Empfanges, über den ich in der That auch nicht zu klagen hatte, besonders nach der sympathischen, fast stürmischen Aufnahme, die meine Rede fand. Es war das erste Mal, dass ich zu einer Zuhörerschaft sprach, die nach Tausenden zählte. Das zweite Mal geschah es in Wien auf dem Schützenfest von 1868. Wenn ich meine damalige Rede an dieser Stelle aufnehme, so geschieht es nicht in der Hoffnung, damit einen Erfolg zu erzielen; daran kann ich um so weniger denken, als das Gesagte hundertmal vorher und nachher und besser gesprochen worden ist. Warum die Rede heute von Interesse ist, wird das nächste Kapitel beweisen.

Hier die Rede:

Rede des Staatsministers Freiherrn v. Beust, gehalten bei dem allgemeinen deutschen Turnfest zu Leipzig 1863.

„Im Namen des Landes, welches in diesen Tagen der Schauplatz eines grossen deutschen Verbrüderungsfestes werden soll, heisse auch ich Sie, die Sie gekommen sind, die deutschen Stämme dabei würdig zu vertreten, an dieser Stelle freudig willkommen. Es sind der Regierung dieses Landes Worte freundlicher Anerkennung gewidmet worden. Ich nehme sie als ehrendes Zeugnis dankend entgegen. Der edle Fürst, der über dieses Land gebietet, steht keinem seiner Bundesgenossen, dessen sei man überzeugt, an echter deutscher Gesinnung nach und darum auch konnte die Veranstaltung und Förderung eines Festes von so entschieden nationaler Bedeutung vertrauensvoll dem Gemeinsinn einer Stadt überlassen werden, die durch ihr reges geistiges Leben zu einer würdigen Trägerin der nationalen Ideen sich erhoben hat. Wir stellten uns die Aufgabe, Alles fern zu halten, was der Verherrlichung dieser Feier hemmend und störend entgegentreten konnte; um so gewisser ist nun unsere Zuversicht, dass auch von anderer Seite kein Misston hineinhallen werde. Denn diese grossartige Begegnung, die ja bestimmt ist, die vereinte deutsche Kraft zu veranschaulichen, sie wird ihren Zweck um so sicherer erreichen, je mehr sie den Stempel jeder selbstbewussten Kraft, die freie Selbstbeschränkung aufzuweisen vermag. Meine Herren, es wird heute manches beredte Wort zu Ihnen gesprochen werden, und man wird daran erkennen, dass in Sachsen das freie Wort nicht gebannt ist.

Erwarten Sie nicht von einem Manne, der nun bereits eine lange Reihe von Jahren in den Tiefen des geschäftlich politischen Lebens sich bewegt und der an der Hand der Erfahrung auch die Kehrseiten der Dinge kennen gelernt hat, dass er mit der frischen Begeisterung, wie sie das Erfassen des Gedankens allein eingibt, zu Ihnen rede; aber misstrauen Sie darum nicht seinen Worten, wenn er Sie versichert, dass die Fürsten Deutschlands und ihre Regierungen den Aufschwung, den das allgemeine deutsche Bewusstsein mehr und mehr gewonnen hat, nicht allein erkennen und begreifen, sondern dass sie auch aufrichtig sich damit befreunden, und zwar darum, weil sie in dieser Entwicklung des deutschen Gefühles den besten Stützpunkt für ihre eigenen Bestrebungen erkennen lernen. Die Zeiten sind gottlob vorüber, wo ein Deutscher Staat ernstlich daran denken mochte, sich vom Deutschen Bruderlande zu sondern, oder im Auslande seinen Halt zu suchen. Enger Anschluss der eigenen Interessen und Einrichtungen an die des Deutschen Nachbars in der Zeit des Friedens, gerüstetes Zusammenstehen mit ihm in der Zeit der Gefahr, das ist die einzige Politik, die vernünftigerweise heute für einen Deutschen Staat gedacht werden kann; es ist aber auch die Politik, die alle Deutschen Regierungen vor Augen haben. Mögen ihre Wege auseinandergehen, ihre Zielpunkte sind dieselben, und je mehr und je beharrlicher die Deutschen Stämme in brüderlicher Gesinnung sich einander zuneigen, desto eher werden auch die Fürsten und Staaten Deutschlands sich auf dem gemeinsamen Wege zusammenfinden, der zu dem vom Deutschen Volke so sehnlich herbeigewünschten Ziele führt. Darum begrüsse ich dieses Fest als ein Fest der Eintracht mit aufrichtiger Freude; möge es werden zu einem Bausteine für das Werk der Einigung, dessen Gelingen allein die dereinstige Einheit Deutschen Wollens und Vollbringens verbürgt. Darum vor Allem Eintracht im grossen Deutschen Vaterland. Sie lebe hoch!"

XXIII. Kapitel.

1863.

Frankfurter Fürstentag.

Kurze Zeit nach den mit Bismarck gewechselten Besuchen und dem Leipziger Turnfeste erging an die deutschen Fürsten

die Einladung des Kaisers von Oesterreich zu dem Frankfurter Kongress. Sie war für Dresden eine vollständige Ueberraschung, nicht mehr und nicht minder als sie es anderwärts war, und als ich die Leipziger Rede hielt, hatte ich davon nicht die leiseste Ahnung. Bei der Leichtigkeit, mit welcher die Presse sich Alles zurechtzulegen versteht, war es jedoch begreiflich, dass aus der Rede die vorgängige Wissenschaft des österreichischen Unternehmens gefolgert wurde, denn die Rede hatte ja „einen Schatten vorausgeworfen“. Diese Deutung wäre nun an sich nicht von Belang gewesen, und sie war nur insofern unerwünscht, als es, wie dies aus dem weiter Folgenden sich ergibt, nicht in meiner persönlichen Konvenienz liegen konnte, für den Urheber des Wiener Reformwerkes gehalten zu werden. Folgenreicher jedoch war der Umstand, dass Herr von Bismarck durch den naheliegenden Gedanken misstrauisch gemacht werden musste, dass ich ihm etwas von mir, wenn nicht Angeregtes, doch sicherlich Gewusstes, verschwiegen habe. Ich komme auf das Kapitel des Vertrauens demnächst zurück.

Die mir damals unbekannt gebliebenen Einzelnheiten der in Gastein zwischen dem Kaiser Franz Joseph und dem König Wilhelm gepflogenen Unterredungen, sowie der nach derselben erfolgten Ueberreichung der Einladung nach Frankfurt übergehe ich um so mehr, als sie seitdem mehr oder minder vollständig und allgemein bekannt wurden. In Dresden — ich wiederhole es — kam die Einladung völlig unerwartet und ich schrieb unserem Gesandten in Wien: „Ein sehr gewagtes Spiel, da aber einmal gespielt werden soll, werden wir mitspielen.“ Damals kannten wir noch nicht den österreichischen Entwurf. Dass sämtliche Bundesfürsten der kaiserlichen Einladung Folge geben würden, war für uns selbstverständlich.

Es erscheint vielleicht vermessen, wenn ich meine Betrachtungen über das österreichische Reformprojekt an das meinige anknüpfe, welches zwei Jahre zuvor Fiasko gemacht hatte, aber so seltsam es nach eben diesem Vorgang klingen mag, der Miss-

erfolg des österreichischen Projektes von 1863 wurde zum Theil dadurch herbeigeführt, dass es in seiner Anlage das Gegentheil des sächsischen war.

Beide Entwürfe, der Wiener sowohl als der Dresdener, boten Ungenügendes nach unten, von letzterem galt dies allerdings noch mehr als vom ersteren; aber während der Dresdener den Gedanken verfolgte, dass zunächst die oberen Faktoren, die Fürsten und Regierungen, zu gewinnen seien und daher an deren Stellung im Bunde wenig geändert werden dürfe, und dass, wenn solchergestalt nur erst die Reform in Gang gebracht sei, sie in ihrer Entwicklung auch nach unten Befriedigung gewähren könne und werde, zumal wenn durch die vorgeschlagenen periodischen Sessionen der Bundesgewalten das öffentliche Interesse dafür geweckt sein würde, begann der Wiener Entwurf damit, Oesterreichs besten Freunden einen Schlag ins Gesicht zu versetzen, indem er Bayern zur dritten deutschen Grossmacht erhob, eine Artigkeit, die 1866 Oesterreich schlecht gelohnt wurde, während die drei anderen Könige, welche in den ernstesten und schwierigsten Augenblicken treu zu Oesterreich gestanden hatten, mit allen übrigen Bundesgliedern einschliesslich der kleinsten, in ein gemeinsames Glücksrad geworfen wurden, aus welchem die Ziehung der zwei Gewinnloose — die beiden Direktorialstimmen — in einer seltsam ausgedachten Weise vor sich gehen sollte. Dieser Wahlmodus bestand nämlich in Folgendem: Das Direktorium zählte fünf Mitglieder: den Kaiser von Oesterreich, den König von Preussen, den König von Bayern und zwei der an dem 8. 9. und 10. Bundes-Armeecorps betheiligten Souveräne. „Letztere beide Direktorial-Mitglieder,“ so heisst es im Entwurf, „werden in der Weise gewählt, dass diejenigen Regierungen, welche nicht eines der genannten Armeecorps aufzustellen haben, aus ihrer Mitte je ein Direktorialmitglied für eine Periode von sechs oder nach Umständen von drei Jahren wählen und abwechselnd in jedem dritten Jahr die Vertretung eines dieser Corps im Direktorium ruht.“ Man sieht, den Vorzug der Ein-

fachheit und des leichten Verständnisses hatte die Reformakte vor der alten Bundesakte nicht voraus. Eine zusätzliche Anmerkung diente ebenfalls nicht zur Erleichterung der Ausführung. Es wurde darin verkündigt, es solle grundsätzlich keine „Klasse deutscher Souveräne“ von der Wahl ausgeschlossen sein, und es sei deren Betheiligung für den Fall der in Verhandlung stehenden Einreihung der Reserve-Infanterie-Division (bestehend aus den kleinsten Bundesstaaten) in die Corps in Aussicht genommen. Für den König von Sachsen ergab sich beispielsweise folgende Lage: Sachsen bildete mit Kurhessen und Nassau das IX. Bundes-Armeecorps. Da der König nicht wohl sich selbst wählen konnte, so war immerhin die Wahl des Kurfürsten von Hessen, mit Ausnahme des in jedem dritten Jahre eintretenden Ruhestandes d. h. Aufhörens jeder Vertretung, möglich, was gerade zu jener Zeit — man erinnere sich an die Sendung des preussischen Feldjägers nach Cassel — eines eigenthümlichen Beigeschmackes nicht entbehrt hätte. Da nun aber auch die Einreihung der Reserve-Infanterie-Division mit obligater Wählbarkeit der betheiligten Souveräne letzter „Klasse“ hinzutrat, so stand nichts dem im Wege, dass Reuss-Greiz im Direktorium die Stimme für Sachsen führte. Dass in diesem komplizirten Mechanismus für die mehr oder minder zur Unterordnung verurtheilten Fürsten nichts sonderlich Einladendes und Begeisterndes zu finden war, wird sich leicht begreifen.

Wenn ich solchergestalt an dem Wiener Entwurfe eine vielleicht etwas scharfe Kritik übe, so geschieht es nicht im Geiste systematischen Tadels, sondern zu dem Zwecke der Vertheidigung, in welcher Richtung ich sogleich mich näher zu äussern Gelegenheit habe werde.

Ich muss es noch heute dem edeldenkenden König Maximilian von Bayern, an dessen Tod der Frankfurter Fürstentag nicht ohne Schuld war (denn bei seiner grossen Gewissenhaftigkeit legte der schon damals leidende Monarch sich die Anstrengung auf, jeden Tag mit Pfordten, welcher Bundestagsgesandter war, ein

mehrstündiges Examinatorium in Bundesrecht durchzumachen) — ich sage, ich muss es dem König nachrühmen, dass er selbst gegen mich die Aeusserung that, er begreife vollkommen die Gefühle der ihm am nächsten stehenden und befreundeten Bundesfürsten. Das Beste dabei war, dass, während man drei Könige mit einem Federstrich degradirte, man selbst nicht das kleinste Titelchen zu opfern sich bereit zeigte. Vergeblich bemühte ich mich, dem schon 1861 ausgesprochenen Gedanken des Alternates im Präsidium Eingang zu verschaffen, womit wenigstens ein Entgegenkommen gegen Preussen in unzweideutiger Weise bethätigt wurde. „Den österreichischen Minister möchte ich sehen," erwiderte mir Graf Rechberg, „der sich in Wien nach einem solchen Zugeständnis könnte blicken lassen."

Partikularismus! wird man sagen. — Nun der Partikularismus war verzeihlich, der sich gegen eine partielle Beschränkung sträubte, welche in empfindlicher Weise die am wenigsten dazu Berufenen treffen sollte, und noch dazu in Gestalt eines schwerfälligen Organismus, und endlich, was nicht zu übersehen, ohne sichere Aussicht auf die Kompensation einer durchführbaren und dem Volk sympathischen Reform. Wie schwer diese letztere Rücksicht wog, bewiesen die Beschlüsse des gleichzeitig in Frankfurt versammelten Abgeordnetentages. Es wurde nämlich beschlossen, dass man sich nicht in der Lage befinde, dem österreichischen Entwurf gegenüber sich lediglich verneinend zu verhalten; zugleich aber wurde ausgesprochen, dass die Bürgschaft, dass das Recht des deutschen Volks auf eine seiner würdige Verfassung endlich zur Erfüllung komme, vom weiteren Entgegenkommen der deutschen Fürsten abhängig sei, dass nur von einer bundesstaatlichen Einheit, wie sie in der Reichsverfassung von 1849 rechtlichen Ausdruck gefunden, die volle Befriedigung der Nation zu hoffen, endlich dass an die Stelle der „sehr bedenklichen Delegirtenversammlung eine von der Nation zu wählende Vertretung zu setzen sei".

Allein der Widerstand der etwas unsanft berührten Be-

theiligten war nicht einmal ein prinzipieller, die Vorlage *a limine* ablehnender. Dass durch ihr Amendement, welches den drei Königen alternirend eine Stimme gab, der Mechanismus weniger leicht wurde, indem an die Stelle der Zahl 5 die Zahl 6 trat, dafür waren nicht sie, sondern die Verfasser des Entwurfes verantwortlich, welche sich durch Ignoriren berechtigter Ansprüche die Arbeit leicht gemacht hatten.

König Johann, der den Ruf langjähriger parlamentarischer Uebung mitbrachte, stand vom ersten bis letzten Tag dem Kaiser treu und eifrig zur Seite und es verging fast kein Tag, ohne dass der Kaiser mit dem König Besprechungen hatte.

In einer anderen und vielleicht wichtigeren Beziehung war die österreichische Vorlage das Gegentheil der sächsischen, nämlich durch den Inhalt der vorausgeschickten Denkschrift. Die meinige hatte es sich zur Aufgabe gemacht, unter Anerkennung der Schwächen und Mängel des Bundes auch dessen gute Seiten und seine Verbesserungsfähigkeit nachzuweisen. Die österreichische dagegen war eine vernichtende Anklageschrift, wie National-Vereine und Demokratie sie nicht stärker liefern konnten. Damit waren die Schiffe verbrannt und die Rückzugsbrücken abgebrochen. Das damals vom König von Hannover gesprochene Wort: „Will uns denn Oesterreich kaput machen?“ hatte viel Berechtigung.

Ich bemerkte, jenes rücksichtslose Vorgehen gegen einige der bedeutenderen Bundesglieder habe zum Theil das Misslingen des Fürstentags verschuldet. Zum bei Weitem grösseren Theil war es das Missverhältnis zwischen der grossartigen und anspruchsvollen Inszenirung und der weniger fesselnden Handlung des zur Aufführung gelangenden Stückes. Der Abstinenz Preussens wurde damit bestens vorgearbeitet.'

Diese Eigenthümlichkeiten des Unternehmens machen es erklärlich, dass zur Zeit des Frankfurter Kongresses und während dessen Verlaufs die Meinung allgemeine Verbreitung hatte, der Entwurf komme gar nicht aus Wien, sondern aus Regensburg,

und verdanke seinen Ursprung einer fürstlich Taxis'schen Anregung, seine Fassung aber dem Gesandten der 16. Bundesstimme, Herrn von Linde. Die bayrische Bevorzugung und die den Mediatisirten zuerkannte Stellung bestärkten diese Voraussetzung. Erst in späteren Jahren vernahm ich in Wien, dass der Entwurf dort ausgearbeitet wurde und zwar in Minister-Konferenzen, an denen nächst dem Hof- und Ministerialrath Baron Biegeleben auch der damalige Führer der grossdeutschen Partei, Julius Fröbel, theilnahm.

Mit stiller Wehmuth und doch mit den Empfindungen gehobenen Herzens gedenke ich heute als Oesterreicher jener glänzenden Frankfurter Tage, nicht weil ich die Bilder der prunkvollen Auffahrten, des Bankets im Römer und des grossen Feuerwerks an mir vorüberziehen sehe, sondern weil mir dabei wieder anschaulich wird, wie gross und bedeutend die Stellung Oesterreichs in Deutschland noch wenige Jahre vor seinem Ausscheiden war. Dass dem Ruf des Kaisers sämtliche Regenten, trotz des zuerst zweifelhaften und dann entschieden abgelehnten Kommens des Königs von Preussen, folgten, dass unter ihnen auch die erschienen, welche seit langer Zeit fast ausschliesslich auf preussischer Seite standen, wie die Grossherzoge von Baden, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin, war ein unzweideutiger Beweis ungeschwächter Deferenz gegen das alte Kaiserhaus und dessen erhabenes Haupt, und diese Ueberlieferung gewann noch an Stärke, nachdem die versammelten Fürsten Gelegenheit gehabt hatten, sich von der eben so würdigen als geschäftskundigen Leitung ihrer Verhandlungen zu überzeugen. Allein auch die öffentliche Meinung in Deutschland kam der österreichischen Initiative enthusiastisch entgegen, und mit rückhaltlosem Vertrauen begrüsste man die Wiederaufrichtung der schwarz-roth-goldenen Fahne.

Dem von mir sonst hochgeschätzten Abgeordneten Dr. Jacques verzeihe ich nicht ein Wort, welches er auf dem Casseler Juristentag sprach. „Früher," sagte er, „habe es zwischen Oesterreich

und Deutschland eine Konvenienzheirath gegeben, die jetzige sei eine Herzensverbindung.“ Dieses Wort mochte der Sachlage der Gegenwart entsprechen, der Wahrheit über die Vergangenheit entsprach es nicht. Dass der damaligen Frankfurter Initiative entschiedene Sympathien entgegengebracht wurden, geschah nicht obschon sie, sondern weil sie von Oesterreich kam. Trotz Abneigung gegen Metternich'sches System vor 1848 und klerikale Reaktion nach 1848 war in Deutschland vom Süden bis zum äussersten Norden der Oesterreicher der gern Gesehene, und diese traditionelle und unvertilgbare Zuneigung hatte seit dem Beginn der Schmerling'schen Aera noch sichtlich an Stärke gewonnen. Hätte Schmerling den Kaiser begleitet, mit seiner Frankfurter Vergangenheit, er hätte viel nützen können. Allein er war nicht Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und als solche war man gewohnt, die Angelegenheiten des Deutschen Bundes zu behandeln. Ich habe an anderer Stelle ausgeführt, wie nützlich es in älteren Zeiten gewesen sein würde, gleichwie man einen ungarischen Hofkanzler hatte, einen Minister für deutsche Angelegenheiten mit getrenntem Departement zu haben.

Der stillschweigende Widerspruch Preussens, der bald in der Gestalt der Uebertrumpfung mit direkten Wahlen sich zu erkennen gab, war die hauptsächliche Ursache des österreichischen Misserfolges. Allein mit diesem Misserfolg, mit dem Scheitern des unternommenen Reformwerkes war für Oesterreich nichts verloren, im Gegentheil. Man brauchte nur die Frankfurter Episode als eine Rekognoszirung zu betrachten und zu behandeln. Diese Rekognoszirung war nicht unbefriedigend und es kam nur darauf an, bei nächster Gelegenheit nicht mit Reformvorschlägen, sondern mit einer dem deutschen Volk ins Herz greifenden Kundgebung hervorzutreten. Ein gütiges Geschick will es, dass diese Gelegenheit schon nach Verlauf weniger Monate sich bietet, und was geschieht? Den Bundesgenossen, die auf seinen Ruf kamen, und welche jetzt sich auf den bundesmässigen „korrekten“ Standpunkt stellten, der diesmal zur Abwechslung der populäre ist.

kehrt Oesterreich den Rücken, und Preussen, welches seinem Ruf zu folgen verschmäht hatte, reicht es die Hand zu „inkorrektem Vorgehen“ gegen die Bundesmajorität in einer bundesrechtlichen Frage, an welcher Oesterreich nur, insoweit es Mitglied des Deutschen Bundes war, ein Interesse, sonst aber keines hatte.

Bevor ich zu den letzten Stadien des Frankfurter Fürstentages gelange, darf ich einer dessen ersten Tagen angehörenden Episode nicht vergessen: der Reise des Königs Johann nach Baden-Baden, wohin er sich bekanntlich im Auftrag der versammelten Fürsten begab. Ich hatte die Ehre, den König zu begleiten. Meine Aufgabe war es, mit dem preussischen Ministerpräsidenten Herrn von Bismarck Vernehmung zu pflegen. Wir kamen in den Nachmittagsstunden an. Ich suchte Herrn von Bismarck, welcher in dem 1860 von Kaiser Napoleon bewohnten Stephanienbad abgestiegen war, vergeblich auf, fand ihn aber später. Herr Dr. Busch hat in seinem „Reichskanzler“ über unsere Unterredung Dinge berichtet, welche, wie ich in einem früheren Kapitel erwähnte, durchwegs auf Erfindung beruhen. Es war schon spät am Tage und Bismarck bat mich, an seinem Abendessen Theil zu nehmen, welcher Einladung ich gerne folgte. Seine ersten Worte waren: „Sie kommen, um uns ins Verderben zu reissen — wird Ihnen nicht gelingen.“ — „Ich begreife Sie nicht,“ entgegnete ich, „wenn Ihr König morgen nach Frankfurt geht, sich in der Versammlung einfindet, die Fürsten mit herzlichen Worten begrüsst mit der Erklärung: Er sei bereit, sich an ihren Berathungen zu betheiligen, da er aber eben zwei ernste Kuren gebraucht habe, müsse er um Aufschub bitten und werde einige Wochen später sich gerne wieder einfinden; wenn,“ sagte ich, „der König das thut, so verlässt der Kongress Frankfurt am nächsten Tag,“ worauf Bismarck erwiderte: „Was Sie da sagen, ist möglich, sehr möglich, aber nicht gewiss.“ Als ich darauf meine weiteren Bemühungen mit den Worten einleitete: „Sie haben mir ja bisher Vertrauen geschenkt,“ unterbrach er mich: „Vertrauen habe ich gar nicht mehr, seitdem

Sie die Leipziger Rede gehalten haben." Diese Rede habe ich meinen geehrten Lesern unterbreitet. Ist es nicht bemerkenswerth, dass der Begründer des Deutschen Reiches mir sein Vertrauen entzog, weil ich in einer öffentlichen Versammlung von Deutschland und Deutscher Einheit gesprochen hatte? Wie es seine Gewohnheit ist, selbst in Augenblicken der Verstimmung in einen scherzhaften Ton zu verfallen, fügte er hinzu: „Sie machen auf solche Weise nur Ihre Freunde irre. — Sehen Sie, in Preussen hatten Sie keinen besseren Freund, als den General Manteuffel. Wie der Ihre Rede gelesen hatte, wurde er krank, musste sich vierundzwanzig Stunden ins Bett legen und rief einmal über das andere: ‚Wie kann man sich so in einem Menschen irren'!" Von seinem königlichen Herrn, den nach Busch König Johann und ich krank gemacht haben sollten, sagte er nur Folgendes: „Wissen Sie, der König ist über den Besuch Ihres Herrn sehr verdriesslich. Er sagt: ‚Hätte man mir wenigstens meinen Schwiegersohn geschickt, dem würde ich den Kopf gewaschen haben; aber nun schickt man mir noch den ehrwürdigen König von Sachsen!'"

Die Abfassung der abschlägigen Antwort des Königs auf die von sämtlichen Fürsten unterzeichnete Einladung musste viel Mühe gemacht haben, denn Herr von Bismarck brachte sie mir in ziemlich vorgerückter Nachtzeit. Ein Separatzug brachte uns bald darauf nach Frankfurt zurück.

Es war gegen das Ende der Berathungen und der letzten Formulirung des amendirten Entwurfs, als der König mir mittheilte, der Kaiser wolle eine Privatkonferenz mit den Königen und dem Kurfürsten und dem Grossherzog von Hessen unter Zuziehung der Minister, ich solle mich also darauf vorbereiten, um meine Ansicht über das, was jetzt zu geschehen habe, auszusprechen. — „Diese Ansicht," erwiderte ich, „steht bei mir längst fest, den Beschlüssen der Fürstenversammlung steht die Abstimmung, ja mehr: die Verneinung Preussens gegenüber. Eine Durchführung ohne Preussen halte ich sowohl sachlich für unmöglich,

als mit dem Bundesrecht für unverträglich. Es wird also doch darauf ankommen, zu einer Verständigung mit Preussen zu gelangen. Voraussichtlich wird dieses seinen jetzigen Standpunkt behaupten; dies aber wird ihm bei Weitem schwerer werden, wenn der von den Regierungen aufgestellte Verfassungs-Entwurf von den Landesvertretungen angenommen ist. Es empfiehlt sich daher, dass in allen Ländern, deren Souveräne den Entwurf unterzeichneten, die Landtage behufs Wahl von Delegirten einberufen werden, diese in einer mitteldeutschen Stadt, beispielsweise Nürnberg, zusammentreten und ihnen der Verfassungs-Entwurf unter Ausschluss jeder Diskussion zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt wird. Nun hat es sich bisher noch nie ereignet, dass eine solche Versammlung sich selbst auflöste: es ist daher mehr als wahrscheinlich, dass die Annahme das Resultat der Abstimmung sein wird [1]."

Den König Johann sprach der Gedanke an, als ich aber wieder erschien, theilte mir Seine Majestät mit, dass der Kaiser, welcher inzwischen gekommen war, wünsche, dass ich den Gedanken wenigstens nicht in schroffer und zu entschiedener Weise entwickelte, und zwar mit Rücksicht auf den König von Bayern, dessen nervöse Erregung sich in einem schonunggebietenden Grade gesteigert habe. In Folge dessen zog ich vor, in der Sitzung zu schweigen; nachdem jedoch der Kaiser die Minister, deren Doyen ich bei der zufälligen Abwesenheit des bayrischen war, wiederholt aufforderte zu sprechen, konnte ich nicht umhin, meine Ansicht zu entwickeln, that es aber, eingedenk der vorausgegangenen kaiserlichen Mahnung, in so vorsichtiger Umschreibung, dass ein überzeugender, ja nur ein verständlicher Effekt ausgeschlossen war.

Als der Kongress sich bereits zum Ende neigte, begab sich ein Zwischenfall, der zu seinen Gunsten leicht ausgenützt werden

---

[1]) Dr. Moritz, damals Vertreter von Bremen, erzählt in seinen Erinnerungen, dass ich ihm diesen Gedanken mittheilte.

konnte. Von Seiten der dänischen Regierung war eine für den Bund geradezu provozirende Erklärung eingelangt. Ich beeilte mich, darauf aufmerksam zu machen und die Meinung zu äussern, der Kaiser solle im Rath der Fürsten eine entschiedene Zurückweisung proponiren, was nicht verfehlen konnte, einen entsprechenden Beschluss herbeizuführen und auf die öffentliche Meinung einen vortheilhaften Eindruck hervorzubringen. Ich sprach darüber mit Graf Rechberg, welcher dem Gedanken nicht abgeneigt war, aber für nothwendig erklärte, dass man sich zuvor mit Preussen darüber verständige — mit Preussen, ohne dessen Theilnahme man für thunlich befunden hatte, einen Kongress abzuhalten. So kamen wir denn überein, dass in der Bundestagssitzung nach Beendigung des Kongresses, gleichsam im Anschluss an denselben ein bezüglicher Antrag eingebracht werde. Donnerstag war der gewöhnliche Sitzungstag, Tags zuvor hatten die Fürstlichkeiten Frankfurt verlassen. Ich begab mich in das Taxis'sche Palais und vernahm, dass — die Sitzung vertagt sei.

War der Prolog, den ich in Leipzig unbewusst zu dem Fürstentag gesprochen hatte, ein glückverheissender gewesen, so konnte dies weniger von dem Epilog gesagt werden, der sich im Oktober in Nürnberg in Gestalt einer von Oesterreich dahin berufenen Minister-Konferenz abspielte. Diese Konferenz hatte den Vortheil, keine aufhältliche zu sein. Der von Oesterreich gemachte Vorschlag, mit der Einsetzung eines Direktoriums voranzugehen, fand allseitigen Widerspruch. Abgesehen von der kaum zweifelhaften Frage, ob ein derartiges Vorgehen nicht dem offenen Bundesbruch gleich komme? eine Ansicht, die beiläufig in der erwähnten Frankfurter kaiserlichen und königlichen Separatsitzung bereits von Pfordten vertreten worden war — war in einem solchen Falle eine noch entschiedenere Stellungsnahme Seitens Preussens und in Folge dessen die Ablehnung des Frankfurter Entwurfes in allen deutschen Landesvertretungen zu erwarten.

Ich vergass nie den Augenblick, wo ich im Bayrischen

Hof in Nürnberg von Graf Rechberg mich verabschiedete, dessen letzte Worte waren: „Wenn Ihr es so haben wollt, mit Preussen können wir uns auch verständigen [1]).“

XXIV. Kapitel.

1863. 1864.

Tod des Königs von Dänemark. — Die schleswig-holsteinische Sache am Bund und in der Kammer. — Die Londoner Konferenz.

In die Zeit der zweiten Hälfte von 1863 und der ersten Hälfte von 1864 fiel einer der ausgefülltesten und wichtigsten Abschnitte meines Lebens und meines Wirkens, mein Eingreifen in die Sache der Elbherzogthümer und meine Theilnahme an der Londoner Konferenz. Nicht allein, dass meine Wahl zum Ver-

---

[1]) Ueber meine Thätigkeit während des Fürstentages und auf der Nürnberger Konferenz findet sich ein sehr absprechendes Urtheil in dem Werk meines Biographen, des Dr. Ebeling. Diese zwei Bände umfassende Biographie, in welcher viel schätzbares historisches Material zu finden ist, ging weder aus meiner persönlichen Inspiration noch aus meinen persönlichen Informationen hervor (man wird sich davon leicht überzeugen, wenn man liest, wie mir unglaubliche Auffassungen in den Mund gelegt werden, wie z. B. ich habe 1866 vor dem Krieg einem Freunde gesagt, im Fall österreichischen Sieges werde Sachsen ein Ausgleichs-Objekt), vielmehr war Beides das Werk befreundeter Personen in Sachsen. Als ich den ersten Band gelesen hatte, machte ich den Verfasser darauf aufmerksam, dass das Lob durch den Mangel allen Tadels beeinträchtigt werde. Von diesem Wink machte Dr. Ebeling im zweiten Band ausgiebigen Gebrauch, wobei er freilich zuweilen auf falsche Fährte gerathen ist. Dies gilt namentlich von dem was er über Frankfurt und Nürnberg sagt, und was mit der ganz unzutreffenden Erzählung schliesst, ich habe das Gethane bereut. Dies konnte mir nie in den Sinn kommen; dagegen zog ich die Lehre, dass für eine Biographie das System Busch-Hesekiel das richtige, das System Beust-Ebeling aber das verkehrte sei, denn mit der Kritik wird der wohlwollende Leser irre gemacht, der übelwollende aber nicht entwaffnet.

treter des Deutschen Bundes in einer europäischen Versammlung eine hohe Auszeichnung war, so gewann sie noch dadurch eine historische Bedeutung, dass sie dem einzigen Fall angehörte, wo der Deutsche Bund während der fünfzigjährigen Dauer seines Bestehens überhaupt einen Vertreter gehabt hatte. Es war ein unpassender Scherz, zu sagen, dass der Bund an dieser ausserordentlichen Anstrengung verschieden sei; überlebt hat er sie allerdings nicht lange.

Ich kann der Wahrheit gemäss versichern, dass die mir damals widerfahrene Ehre keineswegs in meinen Berechnungen lag, was man deshalb glauben könnte, weil meine, durch die Regierungen fast einstimmig vollzogene Wahl damals eine populäre war, wozu die entschiedene Haltung, die sich in meinen Reden, besonders in meiner Korrespondenz mit dem englischen Kabinet offenbarte, allerdings wesentlich beigetragen hatte. Dies Alles jedoch hatte sich zu einer Zeit zugetragen, wo mir nicht einmal von einer Betheiligung des Bundes an einer europäischen Konferenz und noch weniger von meiner Wahl zu dessen Bevollmächtigten etwas träumen konnte. Dass jene schleswig-holsteinische Popularität bei mehr als einer deutschen Regierung für meine Wahl zur Londoner Konferenz entscheidend war, möchte ich nicht bezweifeln. Dass Herr von Bismarck dafür war, erklärte sich einfach dadurch, dass er von mir ein scharfes Vorgehen erwartete, und ihm dies deshalb erwünscht schien, weil er so von dem Londoner Vertrag von 1852 loszukommen hoffte; dass aber Graf Rechberg mir seine Stimme nicht versagte, hatte vielleicht seinen Grund in der entgegengesetzten Betrachtung, indem er — noch in der Delegation von 1869 (Abschnitt II) finden sich daran Anklänge — stets eine Anfechtung dieses Abkommens durch den Bund weder für zulässig noch für gefahrlos hielt, und er bei einem deutschen Minister gewisse Rücksichten auf die Wünsche des Wiener Kabinets voraussetzen zu dürfen glaubte. Damit würde die mit Recht oder Unrecht damals kolportirte Erzählung stimmen: Graf Rechberg habe in vertrauten

Zirkeln geäussert, er ziehe mich Pfordten vor, weil ich eitler, schmiegsamer und deshalb verführbarer sei. Das letztere Wort habe ich sicherlich auf der Konferenz nicht gerechtfertigt.

Es hiesse die Grenzen der mir gestellten Aufgabe weit überschreiten und die Geduld meiner Leser ohne Noth auf die Probe stellen, wollte ich jetzt es unternehmen, ein Bild des ganzen Verlaufs zu entwerfen, welchen die schleswig-holsteinische Frage in den der Londoner Konferenz vorausgegangenen zwanzig Jahren genommen hatte. Während der zunächst zurückliegenden Jahre hatten wiederholte und ernste deutsche Beschwerden mit schroffen dänischen Erklärungen gewechselt. Ich erwähnte im vorhergehenden Kapitel, wie ich vor dem Schluss des Frankfurter Fürstentages einen Versuch gemacht, demselben den Nimbus einer energischen Abwehr dänischen Hochmuthes zuzuwenden. Wenn er misslang, so hatte doch die Frankfurter Episode den Vortheil gehabt, die Bundesversammlung in der schleswig-holsteinischen Sache in ein rascheres Tempo zu versetzen, was wenigstens theilweise seinen Grund in dem Wunsch der Regierungen haben mochte, das negative Resultat des Fürstentages vergessen zu machen. So war man denn bereits wenige Monate darauf bei der Bundes-Exekution in Holstein angelangt, womit Sachsen und Hannover betraut wurden. Bald darauf starb König Friedrich VII. von Dänemark, und von diesem Augenblick an veränderten sich die Dinge für die Aufgabe des Bundes. Eine Bundes-Exekution war nur denkbar gegen einen Landesherrn und eine Regierung, welche der Bund als die rechtmässigen anerkannte. Sobald aber über den letzteren Punkt ein Zweifel obwaltete, durfte der Bund nicht von Exekution sprechen, denn damit erkannte man indirekt die Berechtigung dessen an, der thatsächlich im Besitz sich befand, was der Fall mit dem König von Dänemark war. An die Stelle der Exekution trat die Okkupation bis zum Austrag der Rechtsfrage. Diese musste und konnte in kürzester Zeit zur Entscheidung gebracht werden, und damit zugleich die Frage, ob der Herzog des zweifellosen Bundeslandes Holstein Ansprüche auf

Schleswig habe, deren Bejahung für den Bund die Verpflichtung in sich schloss, für die Besitzergreifung nöthigenfalls mit den Waffen einzutreten.

Auf diesen Standpunkt, welcher im eminentesten Sinne des Wortes der „korrekte“ und dabei keineswegs der unpraktische war, stellte sich von Anfang an die sächsische Regierung und sie blieb ihm konsequent in allen Stadien treu. Sie befand sich dabei in Uebereinstimmung mit der Mehrzahl der mittel- und kleinstaatlichen Regierungen; sie war aber insofern Vorkämpfer, als sie in der Bundesversammlung die Zurückweisung der Vollmacht des dänischen Gesandten und dessen Entfernung beantragte und durchsetzte.

Ganz entgegengesetzt war der Standpunkt der beiden deutschen Grossmächte. Für sie war der Umstand entscheidend, dass sie Mitunterzeichner des Londoner Protokolles von 1852 waren, welches die Erbfolge in der dänischen Monarchie einschliesslich Schleswig-Holsteins in der Weise geregelt hatte, dass in Folge des Verzichtes der zunächst betheiligten hessischen Verwandten der Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Glücksburg auf den Thron berufen wurde. Dieser Akt war inzwischen nur die Ausführung einer einige Jahre zuvor in Warschau zu Stande gekommenen Verabredung, und es gingen ihr Verhandlungen mit der dänischen Regierung voraus, welche verschiedene nicht gering zu achtende Zugeständnisse Dänemarks zum Resultat hatten, während andererseits der Herzog von Augustenburg gegen eine Entschädigung Verzicht geleistet hatte, was aber den rechtlichen Anspruch des Sohnes nicht präjudiziren konnte. Dieses Londoner Uebereinkommen war dem Deutschen Bund nie vorgelegt, daher auch nicht von ihm genehmigt worden.

Es ist nicht zu verkennen, dass die Stellung der beiden deutschen Mächte hienach nicht eine ganz einfache war; allein man wird mit Recht nicht behaupten können, dass für dieselben dadurch die Unmöglichkeit geschaffen gewesen sei, einen bundesgemässen Austrag geschehen zu lassen, und sich mit demselben

zurecht zu finden. Weder Oesterreich noch Preussen hätte in seiner europäischen Machtstellung Einbusse erlitten, wenn es dem Bunde als Nächstbetheiligten sein Recht hätte widerfahren lassen. Die auf Vertrag beruhende Thronfolge Christian's IX. in Dänemark blieb unberührt, auch wenn seine Herrschaft in Holstein und Schleswig in Frage gestellt wurde. Für den Bund existirte das Londoner Protokoll nicht, und es war auf Seite Oesterreichs und Preussens Bundespflicht, diese seine freie, nur der rechtlichen Prüfung der ganzen Frage zugängliche Stellung zu achten und seinen Beschlüssen die Geltung zu wahren. Diese Pflicht war eine um so gebieterischere, als es sich um mögliche Ausscheidung deutschen Landes aus einem fremden Staate handelte, und überdies um eine Frage, worin die ganze öffentliche Meinung Deutschlands, einschliesslich Oesterreichs, sich für die Augustenburger Ansprüche und für den zu deren Vertretung berufenen Deutschen Bund erwärmte. Mochte das seinerzeitige Unterlassen der Einholung der Zustimmung des Bundes ein absichtsloses oder ein absichtliches *supervisum* gewesen sein, die Kontrahenten von 1852 mussten sich die Folgen desselben gefallen lassen.

In völlig übereinstimmender Sprache äusserte ich mich schon zu jener Zeit den beiden grossen Kabinetten gegenüber. Folgendes ist der Wortlaut einer Stelle in einer gleichlautend an die in Dresden beglaubigten Gesandten von Oesterreich und Preussen unterm 15. Dezember 1863 gerichteten Note:

„Die sächsische Regierung hat, indem sie in der schwebenden Frage den Standpunkt einnahm, den sie noch jetzt unverrückt festhält, keineswegs die Verpflichtungen übersehen, welche für Oesterreich und Preussen durch die Unterzeichnung des Londoner Vertrages erwachsen sind. Allein es konnte von ihr eben so wenig unerwogen bleiben, dass die Bundes-Verträge, welche für alle Mitglieder des Bundes ohne Ausnahme bindend sind, und kraft deren die Kognition über die Erbfolge in einem Bundeslande wohl dem Bunde, nie aber einer auswärtigen Macht zustehen darf, durch den unter anderen Kontrahenten abgeschlossenen Londoner Vertrag nicht alterirt werden konnten. Sie war und ist noch heute der Ueberzeugung, dass dies

der feste Rechtsboden sei, auf welchem die deutschen Grossmächte mit Dänemark und den übrigen Unterzeichnern des Londoner Vertrags ihre Abrechnung zu halten haben, nachdem Dänemark die gegen sie eingegangenen Verpflichtungen unerfüllt gelassen, und den Werth gegebener und zu gebender Zusicherungen selbst bemessen hat. Ein verfassungsmässiger Beschluss des Bundes bei dieser Lage der Dinge ist weder ein Uebergriff in die Stellung, welche Oesterreich und Preussen als europäische Mächte einnehmen, noch ein Angriff gegen das Ausland. Die beiden deutschen Grossmächte werden, wenn sie diesen Beschluss, wohin er auch immer ausfallen möge, dem Auslande gegenüber vertreten, den Dank ihrer Bundesgenossen verdienen und dem Bunde eine Kraft verleihen, die ihnen selbst nur dereinst eine willkommene Stütze sein wird. Es ist dann auch mit Zuversicht zu erwarten, dass die europäischen Kabinette dem Bunde, wenn er sein Recht wahrt, auch Recht werden widerfahren lassen. Sollte aber diese Hoffnung getäuscht werden, dann wäre es nicht, wie die geehrte Note sich ausspricht, ein übereiltes und einer einseitigen Tendenz folgendes Verfahren, welches die Erhaltung des Friedens in Gefahr brächte, sondern die Vorenthaltung des Rechtes und die Missachtung des Bundes; und die Duldung einer solchen Zumuthung wäre eine Gefahr, welche die deutschen Regierungen höher als jede andere anzuschlagen hätten."

Wohl konnten sich in jenen Tagen die Regierungen der minder mächtigen Bundesstaaten durch die Sprache der Volksvertretungen wie der Presse zu einem engeren Aneinanderschliessen behufs selbstständigen Auftretens neben den beiden Grossmächten ermuthigt fühlen. Ich liess aber die Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne Diejenigen, die eine solche Sprache führten, daran zu erinnern, dass sie es waren, die mein Jahrelanges Bemühen für ein erfolgreiches Zusammenhalten der dritten Staatengruppe bekämpft hatten. Folgende Worte sprach ich in der zweiten Kammer:

„Es hat der geehrte Abgeordnete Mammen am Schlusse seiner Rede eine Berufung eingelegt an die Aufgabe, welche gegenwärtig den kleinen Staaten und den Mittelstaaten zugewiesen sei. — Ich habe kaum nöthig, darauf hinzuweisen, dass die sächsische Regierung vorzugsweise und nunmehr seit einer langen Reihe von Jahren gerade

den Standpunkt verfolgt, dass die Staaten ausserhalb der beiden Grossmächte und nicht blos die Mittelstaaten, sondern alle, mehr sich einigen möchten, um nöthigenfalls auch in der deutschen Politik ein wirkliches Gewicht zu erlangen, nicht zu dem Zwecke Unfrieden in Deutschland zu stiften und Sonderpolitik zu treiben, nicht um die Grossmächte auseinander zu halten, sondern um als Bindemittel für sie zu dienen. Allein auch der Gedanke war dabei immer leitend und vorherrschend, dass der Fall eintreten könnte, die rein deutsche Politik bei den deutschen Grossmächten und sogar gegen sie zur Geltung zu bringen. Ich darf aber auch — nicht um Vorwürfe zu erheben, die gegenwärtig wenig am Platze sein würden, sondern nur um der Regierung in diesem Falle ein billiges Urtheil zu sichern — daran erinnern, wie wenig diese Bestrebung unterstützt wurde, wie wenig sie in den Kammer-Verhandlungen Anklang fand, und wie entschieden und heftig sie in der Presse vierzehn Jahre lang bekämpft worden ist. Und wenn es heutzutage Blätter gibt, wie ich nur beiläufig erwähnen will, welche herausfordernd uns zurufen: Wo sind die Mittelstaaten? wo ist die vielgerühmte dritte Gruppe? so klingt das wie bitterer Hohn im Munde derjenigen, die bisher Alles gethan haben, um solche Bestrebungen zu vereiteln, die dahin gerichtet waren, für einen Fall, wie der jetzige ist, eine engere Vereinigung zu sichern. Denn, wäre eine solche zu ermöglichen gewesen, was man dadurch verhinderte, dass den schon in den höheren Kreisen entgegenstehenden Schwierigkeiten noch die Abneigung von unten zur Seite gestellt wurde, so würde allerdings nicht nur wahrscheinlich, sondern gewiss der Verlauf der Dinge am 7. Dezember ein anderer gewesen sein."

An diesem 7. Dezember hatten Oesterreich und Preussen allerdings mit knapper Mühe einen Majoritäts-Beschluss für Exekution erlangt. So gross war aber damals die allgemeine Erregung und, was mehr sagen wollte, das allgemeine Verständnis für die Bedeutung der einschlagenden Momente, dass in dieser Kammer der Antrag gestellt werden konnte, der „Entrüstung" über jenen Beschluss Ausdruck zu geben.

Bevor ich zu dem nächsten und folgenschwersten Augenblick gelange, nämlich der Verwerfung des österreichisch-preussischen Antrages auf Besetzung Schleswigs und des einseitigen, kriegerischen Vorgehens der beiden Mächte, darf ich nicht unterlassen

einen damals ventilirten Incidenzpunkt zu beleuchten, nämlich die Note, womit die sächsische Regierung seiner Zeit die ihr von den Unterzeichnern des Londoner Protokolles gemachte Notifikation beantwortet hatte. Auch hierüber habe ich damals in der zweiten Kammer mich eingehend geäussert und ich darf eine Wiederholung um so weniger unterlassen, als in der Korrespondenz mit der englischen Regierung, auf die ich später zurückkomme, der Gegenstand in übereinstimmender Weise zur Erörterung gelangte.

Ich will Ihre Geduld nicht zu sehr in Anspruch nehmen und will daher nicht auf den ganzen Verlauf, auf den unglücklichen Verlauf der schleswig-holsteinschen Sache in den Jahren 1848 bis 1852 zurückgehen; ich will nur kurz erinnern an den Berliner Frieden vom Jahre 1850 und die Olmützer Verabredung von demselben Jahre. Das letztere Datum mag in vielen Gemüthern einen ernsten Missklang hervorrufen; ganz besonders ist das der Fall, soweit jene Verabredung auf Schleswig-Holstein sich bezog. Allein, meine Herren, ich will doch auch daran erinnern — und Viele unter Ihnen, die sich an jenem Tage in diesem Saale befanden, werden diese Erinnerung nicht zurückweisen —, dass als ich in diesen Saal trat und verkündete, die Mobilisirung werde eingestellt und der Friede in Deutschland sei gesichert, ein allgemeines Gefühl der Freude hervorbrach und alle übrigen Misstöne zurücktraten hinter dieses Gefühl. Es wurde damals Deutschland vor dem grössten Uebel bewahrt, was noch drohen konnte, vor dem Bürgerkriege, und wenn man geschichtlich genau und streng sein will, so kann man sich dabei freilich der ferneren Rückerinnerung nicht enthalten, dass dieser Friede in Deutschland leider nicht durch das freie Zusammenwirken der deutschen Kräfte, Neigungen und Stimmungen allein erreicht wurde, sondern durch den Einfluss eines damals sehr mächtigen Herrschers ausserhalb Deutschlands. Der Dienst, den dieser Herrscher bei dieser Gelegenheit Deutschland erwies, wurde damals auch im deutschen Volke sogar trotz aller in vieler Hinsicht gerechtfertigten Abneigung erkannt, und wenn ich diesen Umstand hervorhebe, wird man mir hoffentlich keine zu persönliche Voreingenommenheit oder Abhängigkeit vorwerfen, denn ich glaube, meine Unabhängigkeit nach jeder Seite hin habe ich bei einer andern Gelegenheit genugsam bethätigt. Das war aber ein historisch gegebener Umstand, und die Folge davon war, dass eben der Einfluss dieses selben auswärtigen Herrschers und seiner Regierung auf die

europäischen Angelegenheiten nicht allein, sondern namentlich auch auf die deutschen Angelegenheiten einen gewissen Druck ausübte, der sich nicht blos aus Liebedienerei der Regierungen oder aus Mangel an Unabhängigkeit erklärt. Er äusserte sich namentlich auch in der Frage der Herzogthümer, und der erste Impuls für das Londoner Protokoll kam daher, dass die im Jahre zuvor in Warschau stattgefundene Verabredung die Grundlage dazu wurde. Seien wir jedoch auch nicht ganz ungerecht gegen die deutschen Grossmächte, weil sie sich damals zur Unterzeichnung dieses Protokolles verstanden, welches ich gewiss eben so wenig als etwas Wünschenswerthes bezeichne, von dem ich vielmehr eben so wohl, wie mein geehrter Vorredner, wünsche, es wäre nie unterzeichnet worden. Allein wie die Umstände damals lagen, seien wir aufrichtig genug, uns dessen zu erinnern, dass die schleswig-holsteinsche Frage nach einer kurzen Erhebung derselben nach dem deutsch-dänischen Kriege und den deutsch-dänischen Verhandlungen, Dank der sehr ungünstigen europäischen Konstellation, Dank aber auch dem inneren Hader der Deutschen untereinander, ein klägliches Ende herbeiführte. Gestehen wir aufrichtig, dass diese Deutschland so lebhaft bewegende Sache damals Schiffbruch gelitten hatte und dass es galt, aus diesem Schiffbruche zu retten, was zu retten war. Nun, unter diesen Umständen war es immer noch etwas sehr Willkommenes, was die deutschen Grossmächte in den Verhandlungen mit Dänemark erlangt hatten. Wenn man heute die dänische Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 durchgeht und die Zugeständnisse prüft, welche darin enthalten sind, muss man gestehen, dass sie einen sehr erfreulichen, angenehmen Kontrast bilden und als etwas sehr Grosses erscheinen, zusammengehalten mit dem, was die dänische Regierung in schreiendster Verletzung aller Verbindlichkeiten Jahrelang durchgeführt hat. Man hatte damals eine bestimmte Zusage erreicht, die den beiden Mächten gegeben war, dass Schleswig nicht inkorporirt werden sollte; es war erreicht die Achtung und Wahrung der Verfassung von Holstein, eben so die Sonderverfassung von Schleswig; es wurde beibehalten eine Administrativ-Verbindung zwischen beiden Herzogthümern und der freie Gebrauch der deutschen Sprache in Schleswig. Diese Zugeständnisse waren unter den damaligen Verhältnissen nicht werthlos, und es kam sehr darauf an, dass die dänische Regierung daran festhalten werde, nachdem sie sich dazu erboten hatte, in der Erwartung einer Erbfolgeregelung nach dem Warschauer Protokoll. Nachdem der Londoner Vertrag unterzeichnet war, wurde er dem Bunde nicht vorgelegt, zunächst auch nicht an die einzelnen deutschen Regierungen

gebracht. Erst nachdem die von Dänemark gemachten Zugeständnisse für Schleswig und Holstein dem Bunde notifizirt waren durch die beiden Grossmächte und Dänemark selbst, erfolgte und zwar gegen das Ende des Jahres 1852, eine Mittheilung des Londoner Protokolles durch die Unterzeichner desselben an die verschiedenen deutschen Regierungen. Wenn wir damals es nicht absolut zurückgewiesen haben, uns darauf einzulassen, und eine vorläufige bestimmende Antwort aussprachen, so lag das Motiv hauptsächlich darin, dass es uns wohlgethan erschien, dasjenige befestigen zu helfen, was erlangt worden war und was man freilich im gerechten Vertrauen auf eine gewissenhafte und redliche Ausführung als etwas Werthvolles betrachten durfte. Ein anderer Umstand, der noch der Sache damals in den Augen der deutschen Regierungen allerdings ein gewisses Gewicht zu verleihen geeignet war und wo ich der Bemerkung des geehrten Vorredners entgegentreten muss, wenn er darauf hinwies, dass die deutschen Regierungen mit Ausnahme der Grossmächte kein Interesse an solchen europäischen Konstellationen haben könnten, das war der Umstand, dass in dem Warschauer Protokoll, welches dem Londoner voranging und dessen Unterlage bildete, ein Verzicht des russischen Kaiserhauses auf die Erbfolge, die eventuelle Succession in Holstein, ausgesprochen war und es räthlich erschien, in deutschem Interesse dieses Zugeständnis ebenfalls zu befestigen. Es ist mir nicht unbekannt, dass seitdem und mehr in neuerer Zeit die rechtliche Basis derjenigen Ansprüche, welche Russland in jenem Protokolle aufgibt, angezweifelt worden ist. Es ist das zur Zeit noch eine streitige Frage; damals aber hielt man sich die Frage von der Seite, wie ich sie heute vorgetragen habe, sehr ernstlich vor. Es kam nun noch hinzu der eine Umstand, den ich nur beiläufig erwähne, der aber auch nicht ganz unbeachtet bleiben kann, das ist die Stellung des nächstberechtigten Agnaten, welcher gegenüber allerdings später ein Protest, eine Verwahrung der Weiterberechtigten geltend gemacht wurde, ein Umstand, der jetzt auf die rechtliche Entscheidung der Frage ohne allen Einfluss ist, der aber damals für die Beurtheilung der ganzen Sachlage allerdings seinen Werth hatte. Trotz alledem hat aber die sächsische Regierung damals die Sache mit der grössten Vorsicht angefasst. Es ist nicht geschehen, dass man das Protokoll mitunterzeichnete oder ein Zusatzprotokoll mitunterzeichnet hat; es ist auch in der Erwiderungsnote, welche an die verschiedenen Mächte erging, nicht das Wort „Beitritt", sondern das Wort „Beistimmung" gewählt worden, und dass das nicht ein Wort war, auf das man

keinen Werth gelegt hat, geht daraus hervor, dass in dem Konzepte, das sich bei den Akten befindet, das Wort „Beitritt“ ausgestrichen und dafür „Beistimmung“ gesetzt wurde. Demnächst aber, und das ist viel wichtiger, wurde ausdrücklich vorbehalten und in die Erwiderung gesetzt, dass die sächsische Regierung mit dieser Beistimmung nicht gemeint sei, den Beschlüssen, welche der Deutsche Bund durch das Organ der Bundesversammlung einmal in dieser Frage zu fassen in die Lage kommen könnte, irgendwie vorzugreifen. Dieser Vorbehalt ist aber von der Regierung in ihrer Gesamtheit, noch ehe ich meine Erklärung abgab, geprüft worden, und man war einstimmig und ohne Bedenken überzeugt, dass die Ansicht der sächsischen Regierung dadurch vollkommen frei gestellt sei in ihrer Abstimmung, und von dieser Freiheit wird sie den unbeschränktesten Gebrauch machen. Sie ist durch diesen Vorbehalt in eine ganz freie Lage gestellt, abgesehen von dem Umstande, dass alle die Vorbedingungen und Voraussetzungen, auf welche die damalige Zustimmung zum Protokoll sich begründet, nicht verwirklicht worden, und dass also von dänischer Seite die Zusicherungen, welche die sächsische Regierung ernst nehmen zu dürfen glaubte, sich nicht bewährt haben.“

Ich komme nun zu der folgenschweren Entscheidung des 14. Januar. Oesterreich und Preussen treten mit dem Antrag hervor, die dänische Regierung zur Abänderung der Gesamt-Verfassung unter Androhung der Besetzung Schleswigs aufzufordern.

In früheren Kapiteln meiner Erinnerungen habe ich meinem damaligen Kollegen in Darmstadt, dem Freiherrn von Dalwigk, ein so treues und warmes Andenken gewidmet, dass gewiss niemand die Objektivität meines Urtheils beargwöhnen wird; allein mein ausgezeichneter Freund beging einen Missgriff, indem von der grossherzoglich-hessischen Regierung ein Antrag auf Besetzung Schleswigs eingebracht wurde. Wohl bestand zwischen diesem und dem Antrage der beiden Mächte der wesentliche Unterschied, dass er nicht ein Einvernehmen mit der dänischen Regierung zur Voraussetzung, sondern die ausgesprochene Bestimmung hatte, den Besitz von Schleswig für den dazu Berechtigten zu sichern.

allein er war darum nicht minder bedauernswerth, denn einerseits war er prozessualisch unzulässig, insofern man der vorbehaltenen Prüfung des rechtlichen Anspruches auf einen Besitz die provisorische Beschlagnahme desselben nicht vorausgehen lassen kann, andererseits war er unnöthig, da im Falle der dem Herzog von Holstein günstigen Entscheidung es für den Bund keine Schwierigkeiten hatte, ihn auch in den Besitz zu setzen. — Der grosse Nachtheil aber bestand darin, dass den Vormächten damit die Unterlage, ja vielleicht auch blos der Anlass zu dem ihrigen gegeben wurde, durch dessen Annahme der Bund die ganze Basis seiner bisherigen Beschlüsse aufgeben sollte. Die sächsische Abstimmung, welche ihrer bedingten Fassung wegen als eine ablehnende zählte, hat damals zwar in der gegen die Höfe von Wien und Berlin rücksichtsvollsten Form, darum aber nicht minder in der bündigsten Weise die Dinge klar gelegt. Ich lasse deren Wortlaut folgen:

„Die königlich sächsische Regierung würde es an sich der Sachlage entsprechender erachten, wenn die dem Bunde vorliegende Frage wegen Anerkennung des rechtmässigen Regierungs-Nachfolgers im Herzogthum Holstein zunächst zum Austrag gebracht und alsdann erst zu Ergreifung derjenigen Massnahmen geschritten würde, welche dem Bunde geeignet und dringlich erscheinen möchten, um die seiner Obhut anheimfallenden Ansprüche in Bezug auf das Herzogthum Schleswig sicher zu stellen. Angesichts jedoch der sehr wider ihren Wunsch und Willen andauernden Verzögerung dieser Entscheidung vermag die königlich sächsische Regierung auch von ihrem Standpunkte aus es nur als eine Nothwendigkeit anzuerkennen, dass einer Besetzung des Herzogthums Schleswig durch Bundestruppen zu dem vorgedachten Zwecke nicht weiter Anstand gegeben werde. Sie würde jedoch eben diesem ihrem Standpunkte, welchen sie als den für den Deutschen Bund in rechtlicher und politischer Hinsicht allein gebotenen betrachtet, untreu werden, wollte sie ihre Zustimmung dazu ertheilen, dass nach dem Vorschlage der hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen eine Aufforderung an die königlich dänische Regierung gerichtet werde, welche im Voraus das Recht des Besitzes von Schleswig für Dänemark anerkennen hiesse. Sie hält sich vielmehr verpflichtet,

jeder derartigen Vernehmung mit dem Kabinet von Kopenhagen entschieden zu widersprechen. Die königlich sächsische Regierung stimmt daher dem Antrage der hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen nur unter der Bedingung bei, dass von jeder Aufforderung an Dänemark wegen Abänderung seiner Verfassung abgesehen und ausgesprochen werde, dass die Besetzung zur Sicherstellung aller vom Deutschen Bunde in Bezug auf Schleswig zu wahrenden Rechte, namentlich auch derjenigen erfolge, welche der Bund in Folge seiner bevorstehenden Entscheidung über die rechtmässige Regierungs-Nachfolge im Herzogthum Holstein geltend zu machen sich veranlasst sehen sollte. Zugleich hat die königlich sächsische Regierung damit den Antrag zu verbinden, dass, um die Betheiligung des gesamten Deutschlands an dieser thatsächlichen Vertretung der nationalen Sache erkennbar werden zu lassen, auch die Betheiligung sämtlicher Bundes-Armeecorps daran beschlossen werden möchte."

Der Ablehnung ihres Antrages folgte die Erklärung der beiden Mächte, die Besetzung Schleswigs in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte in Vollzug setzen zu wollen, und bald darauf deren Krieg gegen Dänemark.

XXV. Kapitel.

1863. 1864.

Deutsch-dänischer Krieg. — Die Londoner Konferenz.

So hatte sich denn das Wort erfüllt: „Wenn Sie es so haben wollen, mit Preussen können wir uns auch verständigen." So freilich hatten wir es *nicht* gewollt.

In der Geschichte Oesterreichs wird dieser Krieg dereinst unverständlich sein, weniger in der Preussens.

Es lag zwar darin für beide Mächte, für Preussen wie für Oesterreich, eine gewisse Selbstironie. Zwei dem Deutschen Bunde angehörige Mächte ändern in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte eine den Deutschen Bund berührende Erbfolge ohne dessen Zustimmung zu Gunsten eines dazu nicht berufenen Prinzen.

Dieser Prinz besteigt den Thron und abermals sind es diese zwei Mächte, welche in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte den von ihnen als König eingesetzten Prinzen im Widerspruche mit den Beschlüssen des Deutschen Bundes mit Krieg überziehen und ihm und der Monarchie, deren Erhaltung in ihrer Integrität ausgesprochener Zweck jener Abmachung gewesen war, zwei Länder weg- und für sich selbst nehmen, und zwar nachdem sie kurz zuvor wiederum als europäische Mächte auf einer europäischen Konferenz einen von der Mehrheit der deutschen Bundesstaaten unterstützten Prätendenten als Rechtsnachfolger in diesen Ländern proklamirt haben.

So schwer es mir wird, muss ich ferner ein vielleicht hartes Wort aussprechen. Es hat etwas für das öffentliche Gefühl ungemein Verletzendes, wenn zwei grosse Reiche mit zwanzigfach überlegenen Kräften einem kleinen Königreich den Kampf anbieten. Viel des recht Unangenehmen hatte ich damals in London wie in Paris über diesen Punkt zu hören. Man halte mir nicht ein, das Gleiche wäre ja und in verstärktem Masse geschehen, wenn der Bund in seiner Gesamtheit die Anwendung der Waffengewalt beschlossen hätte, was allerdings in Aussicht stand, falls dem Herzog von Holstein nicht auf andere Weise zu dem ihm zuerkannten Besitz von Schleswig zu verhelfen gewesen wäre. Der Unterschied ist jedoch augenfällig. Wenn der Starke gegen den Schwachen ein Recht zu vertreten den Beruf hat, kann ihn die Rücksicht auf die Schwäche des Gegners nicht abhalten, nöthigenfalls zur Gewalt zu schreiten. Dieser Beruf kam im gegebenen Fall wohl dem Bund, nicht aber den beiden Mächten zu. Selbst in Berliner Blättern konnte man damals die zutreffende Bemerkung lesen, dass Russland, England und Frankreich jedes das gleiche Recht gehabt haben würden, den König von Dänemark wegen der Gesamtverfassung seines Landes zur Rede zu stellen und aus diesem Anlass zu bekriegen.

Und doch war es ein Wagnis, dessen Misslingen die Kabinette von Wien und Berlin in eine mehr als schwierige Lage

versetzen konnte. Wäre man in Kopenhagen besser berathen gewesen, als man es war, so hätte man — es war dies angesichts der kolossalen Uebermacht keine Schande — unter feierlichem Protest Schleswig ohne Schwertstreich geräumt. Die österreichisch-preussischen Truppen hätten dann Schleswig besetzt, und es wäre nun unter unausbleiblicher Intervention von Russland, England und Frankreich zu Verhandlungen gekommen, welche im günstigsten Fall dazu führten, dass Dänemark das bezüglich der Verfassung geforderte Zugeständnis machte. Was aber dann? Schleswig musste geräumt werden und die beiden Mächte waren „europäisch“ genöthigt, eine Besitzergreifung von Schleswig für den vom Bund anerkannten Herzog von Holstein zu verhindern. Das Bild ist bei der damaligen Stimmung in Deutschland auszumalen. Die Gefahr wurde überwunden, Dank dem Bismarck'schen Glück, Dank aber auch einer hervorragenden Eigenschaft des ausserordentlichen Mannes, für die nur die englische Sprache den rechten Ausdruck hat — *unscrupulous*. Uebersetzen lässt sich das Wort nicht. Rücksichtslos wäre zu wenig, gewissenlos zu viel. Man müsste fünf Worte für eines setzen: „um die Mittel nicht verlegen“. Bekanntlich, ich komme in einem späteren Kapitel darauf, wurde die Entfernung der sächsischen Exekutionstruppen aus Holstein nach Abschluss des Wiener Friedens in nicht schonender Weise vollzogen. Im Jahre darauf, 1865, sah ich Bismarck in Gastein, er sprach darüber nicht ohne Bedauern, fügte aber hinzu: „Das ist der Fluch der bösen That, dass sie fortzeugend Böses muss gebären. Hätten Sie und Ihre Freunde nicht gegen unseren Antrag gestimmt, so wären Ihre Truppen die ersten im Felde gewesen und hätten bei Düppel mitgekämpft.“ — „Sie vergessen Eines,“ erwiderte ich, „was geschehen wäre, wenn die Dänen dem Kampfe auswichen.“ — „Dafür,“ war die Antwort Bismarck's, „war gesorgt. Ich hatte in Kopenhagen wissen lassen, dass England, was nicht geschehen war, dass England uns mit der effektiven Intervention für den Fall bewaffneten Angriffes gedroht habe.“ — „Nun,“ so schloss ich diesen

Gedankenaustausch, „so weit bringt man es freilich in Frankfurt nicht.“

Das Alles hinderte nicht, dass es für das österreichische wie für das preussische Heer glänzende Waffenthaten gab. Allein erklären konnte sich ein so widerspruchvolles und anfechtbares Unternehmen nur durch Eines — das Interesse dieses auf der Seite Preussens herauszufinden war nicht schwer. Mein Freund Savigny, als er in den ersten sechziger Jahren Gesandter in Dresden war, lange bevor von Thronwechsel, von Christian und Friedrich die Rede war, sprach mir schon damals von Schleswig-Holstein, und da er, wie man zu sagen pflegt, das Herz auf der Zunge hatte, entschlüpften ihm mehr als einmal die Worte: „Sie werden begreifen, dass die Elbherzogthümer an Preussen kommen müssen.“ Es war ein alter Gedanke, der aber erst Leben gewann, als seine Ausführung in die geschickten und kräftigen Hände eines Bismarck gelangte.

Aber Oesterreich, wo war da ein Interesse? Mochte man noch so sehr von bundesfreundlichen Gesinnungen gegen Preussen beseelt sein, ein Interesse hatte man nicht an seiner Gebietserweiterung und eben so wenig war ein solches denkbar darin, dass Oesterreich selbst sich ein neues Gebiet hinter Elbe und Eider schaffe. Und währenddem ging eine prächtige Gelegenheit ungenützt vorüber.

Es geschehen Wunder! Die öffentliche Meinung in Deutschland erwärmt sich für eine Legitimitätsfrage und für die Errichtung eines neuen Mittelstaates. Das Erste entspricht österreichischer Tradition, das Zweite österreichischem Interesse. Wäre nur das gewesen! Aber es handelte sich um bei Weitem Wichtigeres. Für Oesterreich war der Augenblick gekommen, die Führerschaft in einer Frage zu übernehmen, welche alle massgebenden Kreise in einstimmiger Richtung bewegte, in welcher alle Vertretungskörper sich in gleichem Sinne aussprachen, in Wien und Berlin, gleichwie in München, Dresden, Stuttgart, Hannover und Karlsruhe, — eine Frage endlich, worüber in der

ganzen Presse fast keine einzige abweichende Aeusserung sich vernehmen liess. Aber Preussen? Nun, entweder Preussen schloss sich an, dann war der Erfolg um so leichter und um so sicherer, und darum nicht minder ein ehrenvoller, oder Preussen leistete Widerstand. Dieser Widerstand wäre dann entweder ein passiver oder ein aktiver gewesen. Der erstere, der nicht in den Gewohnheiten des Lenkers der Geschicke Preussens lag, konnte nur den Nimbus der österreichischen Aktion vermehren; was aber den zweiten betrifft, so darf ich an Alle, die noch ein Gedächtnis haben für die damalige Stimmung in Deutschland, die Frage richten, ob ein solcher Widerstand möglich, ob er in Preussen selbst durchführbar gewesen wäre? Es ist mir allerdings erinnerlich, dass damals von Drohungen gesprochen wurde; allein Drohung und Handlung ist zweierlei; und so wenig in letzterem Falle die militärische Macht Preussens ausser Berechnung zu lassen ist, so hat Fürst Bismarck bei mehr als einer Gelegenheit das Verständnis dafür gezeigt, dass eine auf nationale Ziele gerichtete Politik mit Waffen allein nicht durchzukämpfen ist.

Aber das Londoner Protokoll? Nun, ich habe, glaube ich, erschöpfend nachgewiesen, in welcher Weise die deutschen Vormächte dieses Protokoll in Vollzug setzten. Konnte man in so launiger Art damit umspringen, wo es aus selbstständiger Initiative geschah, so konnte Oesterreich eben so leicht und noch leichter sich darüber hinwegsetzen, wenn es sich dabei auf seine Bundespflicht stützte. Ich weiss — im zweiten Abschnitt meiner Erinnerungen findet sich ein einschlagendes parlamentarisches Zwiegespräch zwischen mir und Graf Rechberg — ich weiss wohl, dass damals sehr achtungswerthe Rücksichten auf die Erhaltung des europäischen Friedens und auf die wünschenswerthe Fernhaltung einer Intervention fremder Mächte genommen wurden, allein dagegen steht der Einwurf, dass wenn die betheiligten fremden Mächte England, Frankreich und Russland bei einem Krieg nicht intervenirten, welcher gegen den Zug der öffentlichen Meinung in Deutschland begonnen wurde, sie wohl noch weniger es

gethan haben würden, wäre der Angriff gegen Dänemark im Einklang mit der öffentlichen Meinung, ja mit der begeisterten Stimmung in Deutschland erfolgt.

Nachdem inzwischen die deutschen Mächte sich einige Zeit mit gezogenem Degen in gleicher Entfernung von Europa und dem Deutschen Bunde bewegt hatten, trat der Augenblick ein, wo das Bedürfnis sich doch geltend machte, sich beiden zu nähern, und so kam es zu der Londoner Konferenz, zu der Einladung des Bundes dazu und zur Entsendung eines Vertreters desselben. Die Wahl fiel auf mich, ich wurde mit allen gegen drei Stimmen gewählt, worunter sich die sächsische befand, die für Pfordten abgegeben wurde.

Meinen Aufzeichnungen über die Londoner Konferenz muss ich einige Daten über meine früher nur angedeuteten Korrespondenzen mit der englischen Regierung vorausschicken. Sie verdienen deshalb Erwähnung, weil sie mir zum grossen Theil den Weg nach London gebahnt, dort aber mir eine nichts weniger als bewillkommnende Aufnahme bereitet hatten.

Meine Leser erinnern sich vielleicht der gelegentlich der Bamberger Ministerkonferenz von 1854 von London nach Dresden ergangenen Rüge und der damals von mir dem Lord Clarendon gewidmeten Abfertigung. Abermals war Lord Clarendon 1864 im Ministerium, aber nicht für das Departement des Auswärtigen, welches Lord Russell innehatte. Wenig belehrt durch die damalige Erfahrung, fand auch dieser es jetzt wieder angemessen, den sächsischen Minister über das, was am deutschen Bund vorging, zur Rede zu stellen. Obschon in der an den englischen Gesandten in Dresden gerichteten Depesche Ausdrücke vorkamen wie „*loose and capricious mode of interpreting treaties*“, vermied ich in meiner Entgegnung, deren Inhalt übrigens dem englischen Minister den Standpunkt vollständig klar zu machen geeignet war, dennoch jedes scharfe Wort, eingedenk dessen, dass ich in einem so kritischen Moment, wie der damalige war, verantwortlich für die Folgen war, welche ein unüberlegtes Wort anderen

Regierungen und der gemeinsamen Sache eintragen konnte. — Nachdem jedoch diese massvolle Sprache so wenig gewürdigt wurde, dass Herr Murray bald darauf eine zweite Depesche erhielt, welche über das Betragen der Exekutionstruppen in Holstein, zu denen die sächsischen gehörten, Beschwerden äusserte, hielt ich mit einer etwas gepfefferten Antwort nicht zurück. Sie wurde in der nachstehenden Uebersetzung bekannt, zu der ich nur die eine Bemerkung zu machen habe, dass der Uebersetzer etwas die Dosis verdoppelt hat, indem er „*ignorance des faits*“ mit „Unwissenheit“ übersetzt hat, anstatt, wie es hätte geschehen sollen, mit „Unkenntnis“.

„Ich empfange soeben die Note, mit der Sie mich heute beehrt haben, und beeile mich, darauf zu antworten. Sie unterrichten mich darin von dem wesentlichen Inhalt einer Depesche des Herrn Grafen Russell, indem Sie hinzufügen, dass Sie keinen Befehl erhalten, mir solchen mitzutheilen. Ich bedaure es, dass Sie es gleichwohl für angemessen erachtet haben, mir davon Kenntnis zu geben; denn Sie werden die Nothwendigkeit nicht verkennen, in welcher ich mich befinde, diejenigen Stellen zu bezeichnen, deren verletzende Sprache nur der Flüchtigkeit ((*légéreté*) der Behauptungen gleichkommt, welche sich sogar nicht scheuen, die Ehre unserer Fahnen anzugreifen. Sie sagen, „dass nach der Ansicht der englischen Regierung das Benehmen der deutschen Truppen nicht nur den Beschluss des Bundestages, sondern auch die Gerechtigkeit verletzt hat, und dass Bayern, Sachsen und Württemberg gemeinschaftlich dafür verantwortlich gemacht werden müssen“. Es ist das erste Mal, dass ich von einem solchen Benehmen unserer Truppen in Holstein sprechen höre. Ich wäre versucht, von Ihnen die Angabe von Thatsachen zur Unterstützung einer so gewagten Behauptung zu verlangen. Wenn ich darauf verzichte, so geschieht es, weil das Benehmen der Bundestruppen in einem Bundesland, in welchem sie sich in Folge eines Bundesbeschlusses befinden, ein Gegenstand ist, der eine fremde Regierung durchaus nichts angeht. Dafür die Regierungen von Bayern und Württemberg, die nicht einmal Truppen dorthin geschickt haben, verantwortlich machen zu wollen, ist ein Beweis mehr von der Unwissenheit der englischen Regierung über die Dinge, welche in Deutschland vorgehen. Sie sagen mir endlich, dass, würden die Bundestruppen in Schleswig einfallen,

bevor die Mächte, welche den Londoner Vertrag unterzeichnet haben, ihre Meinung über diese Angelegenheit hätten kundgeben können, die ernstesten Folgen daraus zu befürchten wären. Der Bundestag, Sie wissen es, steht im Begriff, sich über die Anträge auszusprechen, welche in Bezug auf das Herzogthum Schleswig gemacht worden sind. Die Warnung, welche die Regierung Ihrer grossbritannischen Majestät uns zukommen lassen will, ist wohl geeignet, die Aufmerksamkeit der Regierung des Königs auf sich zu lenken. Letztere wird sich der ernsthaftesten Prüfung derselben nicht entziehen. Sie werden mir aber gestatten, Ihnen bemerklich zu machen, dass kein wirksameres Mittel als die Androhung von Gewalt gedacht werden kann, um eine Regierung, die eifrig auf ihre Ehre und Würde hält, zu veranlassen, den Folgen einer vom Pflichtgefühl diktirten Entscheidung ruhig die Stirn zu bieten."

XXVI. Kapitel.

1864.

Die Londoner Konferenz.

Dass die von mir Herrn Murray gewidmete Note für mich kein erleichterndes Einführungsschreiben bei den englischen Ministern sein konnte, ist begreiflich; allein auch bei den übrigen Mitgliedern der Konferenz hatte ich es von Haus aus insofern verdorben, als diese einige Tage auf mich warten und nach der ersten ohne mich begonnenen Sitzung aussetzen mussten. In Berlin war man darüber sehr verstimmt — „Bismarck ist fuchsteufelswild," heisst es in einem Brief des sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal —, obschon es doch zu entschuldigen war, dass ich, welcher die Wahl weder betrieben noch mit Sicherheit erwartet hatte, als Chef von zwei Departements, in der Voraussicht einer Abwesenheit, die nach Umständen Wochen, aber auch Monate dauern sollte, nicht Knall und Fall abreisen konnte. Besonders aber war man darüber sehr ungehalten, dass ich nicht kürzesten Wegs nach London gereist war, sondern mich nach

Frankfurt begeben hatte, obschon es doch nichts Selbstverständlicheres geben honnte, als dass ich dort meine Vollmacht und meine Abfertigung — die Instruktionen waren allerdings nicht aufhältlich — in Empfang nahm.

Es fanden sich mehrere Minister: Hügel von Württemberg, Roggenbach von Baden, Dalwigk von Darmstadt, ein und bei Gelegenheit dieser Begegnung kam auch zur Sprache, ob nicht ein Beamter sich der Mission anschliessen sollte. Ich hatte einen Kanzlisten in meiner Begleitung [1]) und hielt ihn für genügend; in Folge der erwähnten Anregung jedoch schlug ich vor, dass ein hochgestellter Beamter, aber nicht aus Sachsen, mir beigegeben werde, und ich entschied mich für den von Dalwigk vorgeschlagenen hessischen Legationsrath Hofmann, der mir denn auch nach London folgte. Es hat dieser später oft genannte Mann in kurzer Zeit darauf sich zu den höchsten Posten nicht allein im hessischen, sondern auch im Reichsdienst emporgeschwungen, die Empfehlung meines Freundes Dalwigk war daher keine zu verachtende. Um so mehr hatte ich zu beklagen, dass für den mir persönlich sehr sympathischen Adlatus, dessen Bedeutung ich wohl zu erkennen wusste, in London kein seiner würdiges Feld der Thätigkeit sich finden konnte. An der Konferenz nahm er selbstverständlich nicht theil, die Berichte an die Bundesversammlung verfasste ich selbst, und für die Fälle, wo mit der englischen Regierung direkte Vernehmungen stattfanden, besorgte ich auch diese theils selbst, theils durch den hiezu besonders sich eignenden langjährigen sächsischen Gesandten in London, Grafen Vitzthum. So blieb für Hofmann kaum mehr als die Aufgabe, die Beantwortung der — es ist nicht zu viel gesagt — zahllosen Adressen zu entwerfen, die aus allen Theilen Deutschlands, insbesondere aus den schleswig-holsteinischen Vereinen, mir zuflossen. Wie immer, der höfliche Sachse hielt es

---

[1]) Den vortrefflichen Geheimen Sekretär Fischer, der mir zwei Jahre später treuer Begleiter in Prag und Wien war.

nicht für statthaft, sie unbeantwortet zu lassen, ausgenommen in solchen Fällen wie beispielsweise die folgenden zwei Telegramme darstellten. Das eine lautete: „Wir bringen Ihnen ein Hoch, Russell ein Pereat; ihm mitzutheilen.“ Das andere: „Vergessen Sie nicht, Herr Bevollmächtigter, dass Sie die gebildetste Nation vertreten.“ — Ich konnte übrigens nur die Virtuosität bewundern, mit welcher Hofmann in die Redewendungen der Antworten Abwechslung zu bringen wusste. Erst am Ende der Konferenz fand sich die Gelegenheit, ihm eine ernstere Beschäftigung zuzutheilen, nämlich den Schlussbericht über den ganzen Verlauf der Konferenz. Die Arbeit war vorzüglich, was für mich den Nachtheil im Gefolge hatte, dass ich, bei erster flüchtiger Durchsicht gewonnen, einzelne Sätze nicht sorgsam genug prüfte, und unter diesen war mir einer entgangen, welcher für die Regierungen von Oesterreich und Preussen sehr herausfordernd und anklagend klang. Bald nach meiner Rückkehr nach Dresden theilte mir der preussische Gesandte, Herr von Schulenburg, einen Erlass seiner Regierung mit, worin Anerkennung meiner Thätigkeit auf der Konferenz ausgesprochen war, jedoch mit der Bemerkung, man würde damit gern ein äusseres Zeichen dieser Würdigung verbunden haben, wenn nicht jener Satz in meinem Bericht dies unmöglich gemacht hätte. Sieben Jahre später erhielt ich als österreichischer Minister den schwarzen Adler, so dass ich mich wohl über jenen Entgang trösten konnte; allein pikant bleibt es, wenn man weiss, welche Stellung seitdem in Berlin Derjenige eingenommen hat, welcher mir jene gnädige Strafe zuzog.

Der englische Unmuth wurde mir noch vor meinem Eintritt in die Konferenz fühlbar gemacht. Ich erhielt alsbald nach meiner Ankunft eine Einladung zu einem Abendempfang bei Lady Palmerston. Palmerston war Premier und bewohnte das frühere Cambridge House in Piccadilly. Herr Murray — seitdem Sir Charles Murray — befand sich in Urlaub in London, und als ich am Eingang des ersten Zimmers erschien und Herr Murray mich erblickte, meldete er dem an der Thür stehenden Hausherrn

meine Ankunft, worauf Lord Palmerston mir zwar die Hand reichte, aber ohne mir ein Wort zu sagen mit seinem Nachbar das Gespräch fortsetzte. Noch zwei Jahre zuvor war ich von ihm auf das Kordialste empfangen worden. Ausser Fassung brachte mich die Boutade nicht, denn zu einigen mir bekannten Personen des diplomatischen Corps, die dabei standen, sagte ich im heitersten Tone, und so, dass Lord Palmerston es hören konnte: *„Quel dommage qu'il n'y ait pas ici un journaliste allemand, comme cela ferait mon affaire!“* Seitdem betrat ich sein Haus nicht mehr, sah ihn auch nicht wieder, hörte ihn aber noch einmal im Unterhaus, und musste die Klarheit der Rede und die Stärke der Stimme bewundern, womit der achtzigjährige Mann noch sprach.

Man hat heute keine Vorstellung mehr von der Erbitterung, die damals in England, und zwar in allen Kreisen von den höchsten bis zu den niedersten herab, gegen Deutschland herrschte. Wenn eine Nummer des Punch von 1864 sich unter die heutigen Nummern dieses Witzblattes verirrte, so würde der Beschauer die Augen schliessen im Gefühl, etwas Ungeheuerliches zu erblicken; denn er würde sehen wie Punch zwischen zwei Männern in Uniform steht, der eine zur Linken mit verbundenem Kopf, der andere zur Rechten kniend Abbitte leistend. Jener ist der König von Dänemark, dieser der König von Preussen. Und merkwürdig! Gesteigert ward diese Erbitterung durch ein Element, das ein beruhigendes und versöhnendes zu sein pflegt — weibliche Anmuth! — Ein Jahr zuvor hatte der Prinz von Wales die Tochter Christian's IX. heimgeführt, und seine junge Gemahlin hatte trotz angeborener Anspruchslosigkeit vom ersten Augenblick an alle Herzen im Sturm erobert. Mehr als einmal geschah es, dass ich in den Nachmittagsstunden den Travellers' Club verliess und auf dem Weg nach meinem Hotel, dem Grosvenor Hotel, bei Marlborough House vorüber kam. Es war die Zeit, wo die Prinzessin auszufahren pflegte, und da sah man jedes Mal, trotz *„time is money“*, Tausende stehen, welche auf die Ausfahrt der Prinzessin

warteten. — Diese ganz ungesuchte Popularität hat sich nie verleugnet und ist der Prinzessin Alexandra treu geblieben.

Ich sagte, die Stimmung sei auch in den höchsten Kreisen eine gegen Deutschland mehr als erregte gewesen. Dies wurde mir insbesondere von dem Haus Cambridge fühlbar gemacht. Sowohl früher, als ich sächsischer Ministerresident, als später, wo ich österreichischer Botschafter in London war, stand ich bei der von mir innigst verehrten Herzogin von Cambridge sehr in der Gnade; allein während der dänischen Konferenz war ich für die hohe Familie ein Unbekannter, der sich nie einer Ansprache zu erfreuen hatte. Anders gestaltete sich die Sache an Allerhöchster Stelle. Lord Clarendon, welcher zwar Mitglied des Ministeriums, aber nicht Minister des Aeussern war, jedoch dem der französischen Sprache mehr als ungewohnten Lord Russell bei der Konferenz assistirte und den ich noch ein Jahr zuvor in Frankfurt während des Fürstentages viel gesehen und gekannt hatte, empfing mich selbstverständlich, vielleicht auch in Erinnerung an die ihm zehn Jahre früher gewidmete Abfertigung, äusserst kühl. Ihn bat ich um Belehrung, ob und wie ich bei der Königin eine *Démarche* zu machen habe. Obschon nämlich bereits drei Jahre seit dem Tod des Prinzen Albert verstrichen waren, lebte die Königin in tiefster Zurückgezogenheit und erschien nicht, was erst in den siebziger Jahren geschah, bei den Drawing-Rooms. Lord Clarendon erwiderte, er werde der Königin Meldung thun, aber mit einem Ausdruck, der die nicht gesprochenen Worte verrieth: „Na, da kannst du warten!" — Die Königin befand sich in Osborne auf der Insel Wight. Als ich Lord Clarendon, der sich inzwischen dahin begeben hatte, wieder sah, war er wie ausgewechselt und von diesem Augenblick an voll der artigsten Formen. Die Königin hatte auf das erste Wort sogleich gesagt: Freilich wolle sie mich sehen, ich sei ja ein alter, guter Bekannter, Sie werde mir eine Einladung nach Osborne schicken lassen. Nachdem sodann das Court-Circular verkündet hatte, dass ich zwei Tage in Osborne gewesen, kamen auch Einladungen

aus der vornehmen Gesellschaft. Von jeher war der freie Engländer ein grösserer Höfling als der unfreie Russe. — Ich will jedoch nicht undankbar sein und nicht vergessen, dass die englische Gastfreundschaft, die ich zu einer späteren Zeit, wo ich nicht mehr der böse Mann war, in ihrer ganzen Grossartigkeit kennen lernen sollte, schon damals sich mir erschloss. Wie gern und lebhaft erinnere ich mich aus den Tagen der Konferenz des reizenden Landsitzes Strawberry-Hill bei Twickenham und der liebenswürdigen Frau des Hauses, Lady Waldegrave.

Meine Aufwartung in Osborne war aber nicht nur eine Ehre und Freude für mich, sondern auch — ich glaube damit nicht zu viel zu sagen — ein Gewinn für die Sache, deren Vertretung mir anvertraut war. Die Königin erschien, getreu ihrer damaligen Trauerübung, nicht bei der Tafel, wohl aber nach derselben mit ihren Töchtern, den Prinzessinnen Helene und Louise. — So bot sich ihr die Gelegenheit eines längeren Gespräches mit mir, welches sich am nächsten Tage in dem Garten wiederholte. — Gegenstand war ausschliesslich die schleswig-holsteinische Frage. Die Königin war darin vollständig orientirt. Die Sache, um die es sich handelte, gehörte im wärmsten Sinne des Wortes zu dem Vermächtnis des Prinzen Albert. Meine Aufgabe war daher keine schwere, aber ich darf mir das Zeugnis geben, dieselbe mit Nachdruck vollführt und mit der ganzen Kraft der Ueberzeugung in Aussicht gestellt zu haben, dass ganz Deutschland wie ein Mann sich erheben werde, wenn eine bewaffnete Intervention Englands oder Frankreichs erfolgen sollte. In jenen Tagen war davon ernstlich die Rede und gewisse Bewegungen der Kanal-Flotte wurden sehr ernst genommen. — Dass die Königin dem Beispiel ihres Grossvaters, Georg's III., der in der ersten Zeit seiner Regierung, trotz konstitutioneller Schranken, mehrmals persönlich entscheidend einzutreten wusste, im gegenwärtigen Fall gefolgt sei, ist mir von sehr verlässlicher Seite versichert worden. Ich selbst schreibe mir dabei kein Verdienst zu; das Anerkenntnis aber darf ich beanspruchen, dass ich, im

Bewusstsein der mir augenblicklich obliegenden Pflicht, nicht das sächsische partikulare, sondern das allgemeine deutsche Interesse im Auge behielt. Dem ersteren hätte ein Eintreten Englands und Frankreichs in den Kampf bei Weitem besser zugesagt als deren Enthaltung, denn in diesem Fall wäre auch der Bund Theilnehmer geworden, was die das Jahr 1866 vorbereitende einseitige Verfügung über die Herzogthümer unmöglich gemacht hätte, und die sächsischen Truppen hätten, anstatt der ihnen nach dem Wiener Frieden auferlegten harten Prüfung, die Ehre gehabt. die Ersten im Feld zu sein.

Bevor ich den Gang der Konferenz in möglichster Kürze zur Anschauung bringe, werde ich mich etwas mit deren Mitgliedern beschäftigen, was vielleicht für meine Leser anregender sein wird als die Konferenz selbst.

Dem Vorsitzenden gebührt der erste Platz. Eine englische Eigenthümlichkeit ist der keineswegs aus Rücksicht auf besondere Eignung des Inhabers, sondern allein durch Parteiverhältnisse motivirte Umtausch der Portefeuilles. Es kommt auch anderwärts vor, dass das Ministerium des Auswärtigen von Solchen übernommen wird, die der Diplomatie nicht angehören; Thiers und Guizot waren beredte Beispiele in Frankreich, Manteuffel war es in Preussen; aber was anderwärts nicht gesehen wurde. ist, dass der Minister des Aeussern sein Departement ohne irgend welche in dessen Bereich gehörende Veranlassung an einen Kollegen abtritt und das des letzteren übernimmt. Dies war der Fall mit Palmerston und Russell, die abwechselnd erste Minister (*Prime Minister*) und Minister des Auswärtigen waren. Beide waren unbestritten parlamentarische und staatsmännische Grössen, aber wer nur irgend sich mit den beiden Persönlichkeiten beschäftigt hat, wird der Ansicht huldigen, dass für das Auswärtige der Eine wie gemacht, der Andere zu Allem eher als dazu befähigt war. Durch seine gewandten und gewinnenden und doch sehr selbstbewussten Umgangsformen, durch seine Kenntnis fremder Länder und fremder Sprachen, durch seine genaue Fühlung mit

den nationalen Richtungen in den Beziehungen Englands zum Ausland war Palmerston der angezeigte Minister des Auswärtigen. Russell, dem England die erste grosse Reform-Bill, dem es die sehr nothwendige Verbesserung des Schulwesens verdankte, war bedeutend als Redner und als Schriftsteller, aber alle die oben gerühmten Vorzüge Palmerston's gingen ihm vollständig ab. Grosser Erfolge hat er sich auch als Minister des Aeussern nicht zu rühmen gehabt, weder in der polnischen noch in der schleswig-holsteinischen noch endlich in der amerikanischen Secessionsfrage. Er also war bei dem Zusammentritt der Konferenz erster Staatssekretär für das Auswärtige und deshalb zum Vorsitz berufen, allein, ich weiss nicht ob mit oder gegen seinen Willen, es wurde ihm ein *alter ego* in der Person des Lord Clarendon, eines alten geschulten Diplomaten, beigegeben, was schon deshalb sich nöthig gemacht hatte, weil Lord Russell, dessen drei Neffen, der Herzog von Bedford, der kürzlich verstorbene Lord Ampthill und Lord Arthur Russell, Französisch wie Franzosen und Deutsch wie Deutsche sprachen, selbst der im diplomatischen Verkehr doch unabweislichen französischen Sprache fast so unkundig war, dass er sich nur mit Mühe darin ausdrücken konnte. Lord Clarendon war unter diesen Umständen der eigentliche Präsident, die Rücksichten aber, die er auf Lord Russell zu nehmen hatte und die er in gewohnter weltmännischer Weise zu nehmen wusste, hatten zur Folge, dass die Leitung der Verhandlung eine etwas lahme blieb, was der Konferenz selbst Eintrag thun musste.

Wenn ich an Vergangenes denke, ist mir's zuweilen, als müsste ich Methusalem's Alter erreicht haben, so viele meiner Kollegen sind mir im Tod vorangegangen. Von meinem Dresdener Ministerium, welches siebzehn Jahre dauerte, bin ich der allein Ueberlebende, von Wiener Kollegen sind nicht weniger als zehn aus dem Leben geschieden [1]) und von der Londoner Kon-

[1]) Mailath, Wüllerstorff, John, Larisch, Becke, Lonyay, Giskra, Berger, Brestel, Tschabuschnig (dabei sind die ungarischen Minister nicht erwähnt).

ferenz sind ausser mir vielleicht nur die Dänen übrig, denen ich es vom Herzen gönne und wünsche. Wenn ich nun heute von den Personen spreche, so wird mir das *de mortuis nil nisi bene*, wie man sehen wird, vom Herzen gehen, mit Ausnahme eines Einzigen, dem ich jedoch auch nichts Böses nachsagen werde.

Ich gehe zunächst an die deutschen Mitglieder; sie waren für mich langjährige sympathische Bekannte. Den Grafen Apponyi, von dem im zweiten Abschnitt noch mehr die Rede ist, kannte ich seit dreissig Jahren, ebenso den preussischen Botschafter Grafen Bernstorff, gleich seinem Adlatus Herrn von Balan, aus alter Zeit, nicht minder Baron Biegeleben. Eine hervorragende Rolle spielte Graf Bernstorff, dessen Kollege ich später als österreichischer Botschafter in London werden sollte, nachdem ich früher als Legations-Sekretär in Paris und als Geschäftsträger in München sein Kollege gewesen war. Graf Bernstorff, der überhaupt, wie ich mich dessen zu überzeugen mehrfach Gelegenheit hatte, in Preussen unterschätzt wurde, entwickelte in der Konferenz eine sehr gründliche Kenntnis der historischen Seite der Frage, zu deren Studium ihm mehr als Anderen durch einen zweifachen Umstand Anlass gegeben war, durch die Beziehungen seiner Familie zu Dänemark, und durch seinen Grundbesitz im Herzogthum Lauenburg.

Eine neue aber ungemein sympathische Bekanntschaft war für mich der französische Botschafter, Prince de Latour d'Auvergne. Seine Parteiergreifung für die dänische Sache war gleich seiner Gegnerschaft gegen Deutschland eine milde zu nennen. Ich sah den liebenswürdigen Mann viel ausserhalb der Konferenz, und wir wurden bald gute Freunde. Sehr willkommen war mir daher zu einer späteren Zeit seine zeitweise Ernennung zum Botschafter in Wien zu Anfang des deutsch-französischen Krieges, und doch verdanke ich dieser Freundschaft manche schlimme Stunden. Im Gegensatz zu dem Herzog von Gramont und dem ihn als Geschäftsträger ersetzenden Marquis Cazaux begriff er vollkommen die Lage und es war daher viel Diskretion in seinem Auftreten,

gerade darum hatte ich — wohl gestehe ich es — die Gutmüthigkeit, seiner Bitte nachzugeben, „nur ein gutes Wort für Paris zu geben". Der Krieg war bereits erklärt. An der betreffenden Stelle ist im zweiten Abschnitt über die sogenannte Depesche vom 20. Juli mehr zu finden.

Zum Schluss komme ich zu einer Hauptperson. dem russischen Botschafter. Graf Brunnow war eine äusserst charakteristische Erscheinung. Auch er war für mich ein alter Bekannter, denn in den vierziger Jahren. wo ich sächsischer Ministerresident dort war, befand er sich bereits als russischer Gesandter in London, welches er mit Ausnahme der zwei Krimkrieg-Jahre bis zu seinem 1875 erfolgten Ausscheiden aus dem Dienst nicht verliess.

Man hat seiner Zeit von einer nicht mehr unter den Lebenden befindlichen hochgestellten Person gesagt, sie sei *une incapacité méconnue.* — Gleiches konnte man nicht auf Brunnow anwenden, wohl aber hätte man sagen können: *Capacité trop connue* und deshalb *trop vantée.* In London wurde er lange Zeit wie eine Art *Autorité diplomatique* behandelt. Gleichwohl zeigte er sich seiner Aufgabe in dem wichtigsten Moment seiner Laufbahn, nämlich vor dem Ausbruch des Krimkrieges, nicht gewachsen, denn seinen Berichten war es zu danken gewesen, dass man in Petersburg nie ernstlich an eine englische Aktion und an eine englisch-französische Allianz glauben wollte. So war denn auch, als Brunnow nach Ausbruch des Kriegs zum Gesandten in Darmstadt gemacht wurde, der Abstand zwischen der Bevölkerung von London und jener von Darmstadt nicht grösser als der zwischen dem Mass der Gnade vor und dem Mass der Ungnade nach dem Kriege. Ein grosses Verdienst dagegen erwarb er sich um Russland als zweiter Bevollmächtigter auf dem Pariser Kongress. Ich habe in einem früheren Kapitel ausgeführt, wie der Pariser Vertrag dem Interesse des Besiegten weit mehr zusagte als jenem der Sieger, und wenn der zweite russische Bevollmächtigte hieran seinen guten Theil hatte, so hatte er es einer Gabe zu danken, welche in Petersburg seinen Ruf gemacht

hatte, einem ausserordentlichen Redaktionstalente. Französischerseits wünschte man damals Russland zu schonen, und deshalb fanden Brunnow's Suggestionen Eingang. Auch auf der Londoner Konferenz verdankte Brunnow diesem Vorzug, wie ich dies später ausführen werde, eine ausnahmsweise Stellung.

Er aber war dort nächst den Dänen selbst der Vorkämpfer für die dänische Sache, und daher mein entschiedenster Gegner. Dies hatte seinen Hauptgrund in dem Umstande, dass er nicht allein Mitunterzeichner, sondern grösstentheils Veranstalter des Londoner Protokolls von 1852 gewesen war. Hiezu kam noch seine individuelle Neigung, sich dem Hof angenehm zu machen. Zu meiner Botschafterzeit gab er davon einmal einen merkwürdigen Beweis, indem er den Tod seiner Gemahlin drei Tage lang verheimlichte, nur damit das Leichenbegängnis, welches er mit Anwendung des Eises hinauszuziehen wusste, nicht den Einzug der Herzogin von Edinburgh störe. Hätte er bei der Konferenz über die Ansichten der Königin so viel gewusst als ich, so wäre sein Auftreten ein anderes gewesen. Er aber dachte nur an die aufgehende Sonne in Marlborough-House. Grosses aber leistete er in der diplomatischen Zurückhaltung, trotzdem er in sehr ungezwungener Weise zu konversiren liebte. Nur zwei Beispiele. Als die Vermählung des Herzogs von Edinburgh mit der Grossfürstin Marie bekannt zu werden anfing, erlaubte ich mir die Anfrage, ob man sie berichten könne? — „Für Sie, lieber Kollege,“ war die Antwort, „habe ich keine Geheimnisse; nun wohl, in Familienangelegenheiten ist mein Grundsatz Schweigen.“ — Sein Nachfolger, Graf Schuwalow, besuchte ihn auf der Reise nach London in Darmstadt, wohin er sich zurückgezogen hatte, und sprach zu ihm: „Wir sind alte Bekannte, ich wende mich an Ihre Erfahrung; Sie kennen ja Alles in England; ich finde Lord Derby, sagen Sie, was ist das für ein Mann?“ — „Lord Derby,“ war die Antwort, „ist ein Mann, der zweimalhunderttausend Pfund Renten hat.“ — „So?“ entgegnete Schuwalow, „das freut mich sehr für ihn, aber das interessirt mich weniger

als zu wissen, wie man mit dem Mann am besten umgeht.“ — „Nun, Sie, mit Ihrem Scharfsinn, werden wissen, wie man einen Mann zu nehmen hat, der zweimalhunderttausend Pfund Renten besitzt.“ — „Und darüber,“ fügte Schuwalow hinzu, als er mir das Gespräch erzählte, „habe ich ihn nicht hinausgebracht.“

XXVII. Kapitel.

1864.

Die Londoner Konferenz.

War die Entsendung eines Vertreters des Deutschen Bundes zu einer europäischen Konferenz an sich etwas Neues und Absonderliches, so galt dies nicht minder und vielleicht noch mehr von der Stellung dieses Vertreters gegenüber seinen Kommittenten. Sie war gleichzeitig die beengteste und die freieste — beengt durch die Knappheit der Instruktionen, frei durch die im Voraus gesicherte Indemnität für deren Ueberschreitung. Von dieser Füglichkeit machte ich ausgiebigen Gebrauch, ich wusste im Sinne der Majorität in Frankfurt zu handeln, indem ich nicht nur als Vertreter des Bundestages, sondern als Vertreter der öffentlichen Stimme in Deutschland sprach und handelte. In der That wurde auch jeder entscheidende meinerseits gethane Vorschritt in Frankfurt genehmigt, und hätte ich ausser Schleswig noch ein Stück Jütland verlangt, ich glaube, ich wäre nicht desavouirt worden.

Knapp allerdings, aber auch dehnbar waren, wie ich es sagte, meine Instruktionen. Sie lauteten:

1. auf Grund der Bundes-Verfassung und bestehender Bundes-Beschlüsse auf die Anerkennung der Rechte und die Sicherstellung der Interessen des Deutschen Bundes und der Herzogthümer Holstein, Lauenburg und Schleswig, insbesondere auf die grösstmögliche Selbstständigkeit der letzteren hinzuwirken;

2. zu möglichster Vermeidung eines Dissenses unter den

deutschen Vertretern in der Konferenz bei allen wichtigeren Berathungs-Gegenständen nach einer vorgängigen Verständigung mit den diesfalls in gleicher Weise instruirten Bevollmächtigten von Oesterreich und Preussen zu trachten.

Der Instruktion unter 1. kam ich nach, indem ich die grösstmöglichste Selbstständigkeit in der Gestalt absoluter Lostrennung verlangte und erreichte; die unter 2. hielt ich mir stets gegenwärtig; sie war aber darum schwieriger zu befolgen, weil der „Dissens" zwischen den Vertretern der beiden deutschen Mächte selbst nicht minder sich fühlbar machte als zwischen ihnen und mir.

Dagegen nahm sich meine Vollmacht, welche in meinem Arbeitszimmer unter Glas und Rahmen prangt, ungemein stattlich aus. „Die souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands," heisst es, „haben, nachdem der Deutsche Bund in Folge Einladung der grossbritannischen Regierung sich bereit erklärt, an den Konferenzen theilzunehmen, welche in London zu dem Zweck stattfinden sollen, um die Mittel zur Wiederherstellung des Friedens im Norden Europa's aufzufinden, zu dessen Bevollmächtigten ernannt den königlich sächsischen Staatsminister Freiherrn von Beust."

Das geschichtliche Urtheil ist in seiner zeitweisen, in unsern Tagen aber besonders häufigen Oberflächlichkeit gegen die Londoner Konferenz sehr einseitig und deshalb ungerecht gewesen. Vergeblich, resultatlos, diese Worte konnte man vernehmen. Freilich nicht unmittelbar darauf, sondern nachdem Alsen genommen und der Wiener Friede geschlossen war, und doch war die einzige Stelle, wo solche Worte wirklich Geltung haben konnten, Kopenhagen, in zweiter Linie vielleicht Petersburg. Was London und Paris betrifft, so war man zwar am ersten Ort sehr im Harnisch und am zweiten sehr eifrig für eine der napoleonischen Idee mehr als der deutschen zusagende Lösung, an beiden Orten jedoch schliesslich zufrieden, aus der Verwicklung herauszukommen. Das vollständigste Verkennen der Dinge aber

und der grösste Undank gehörten dazu, dass man in Deutschland von einem Misslingen der Konferenz sprechen konnte. Besser als wie es geschah, konnte sie für Deutschland nicht gelingen. Bei jenem hastigen Urtheil vergass man vor Allem, dass wenn die Konferenz zu einem Resultate führte, das heisst zu einer Einigung, diese bei der offenkundigen Stellung der Neutralen nur auf Unkosten der Rechte und Ansprüche Deutschlands möglich war. Dass ein solches Resultat vermieden wurde, war ein Glück, allerdings auch keine schwere Aufgabe, da der Widerspruch der deutschen Vertreter genügte, um es zu verhindern. Es wurde aber mehr erreicht, nämlich die Ausserkraftsetzung des vielgenannten Londoner Protokolls von 1852 und der Standpunkt der Verhandlung zwischen Dänemark und den von ihm getrennten Herzogthümern, damit aber auch die Beseitigung jeder Gefahr europäischer Intervention in dem Krieg. Dass dieses Resultat der Theilnahme nur dem Eingreifen des Bundes-Bevollmächtigten zum grösseren Theile zu danken war, darf ich, weil es die Wahrheit ist, ohne Vermessenheit aussprechen. Ich bemerkte oben, dass der in meinen Instruktionen befürchtete Dissensus sich zwischen den Vertretern der beiden deutschen Mächte selbst nicht minder als zwischen mir und ihnen fühlbar machte, was bei der Verschiedenheit der in Wien und Berlin vorwaltenden Tendenzen begreiflich war. Man konnte vielleicht damals von Fürst Bismarck und Graf Rechberg sagen, „zwei Herzen und ein Schlag", aber von „zwei Seelen und ein Gedanke" war nicht die Rede. In Wien strebte man die Aufrechthaltung des Londoner Protokolls an, in Berlin wollte man davon loskommen. Musste nun Graf Apponyi in Rücksicht auf den preussischen Kollegen die Vertretung der Anschauung seiner Regierung auf passives Zusehen beschränken, so war es hinwiederum Graf Bernstorff seinem österreichischen Kollegen schuldig, an ein aktives Vorgehen nur zögernd heranzutreten, was zur Folge hatte, dass Beide, wenn ich mich eines trivialen Ausdrucks bedienen darf, wie die Katze um den Brei gingen. So nur konnte es kommen,

dass, als ich auf eigene Gefahr und Verantwortung mit der Erklärung hervortrat, der Deutsche Bund werde nie in eine Wiedervereinigung der Herzogthümer mit Dänemark willigen, Graf Apponyi fast erschrocken in die Worte ausbrach: „*Mais je ne sais pas si Mr. le Plénipotentiaire de la Confédération est autorisé à dire cela,*“ worauf ich replicirte: „*Je n'ai pas, en effet, une autorisation spéciale, mais je suis certain de ne pas être désavoué,*“ Lord Clarendon aber die Aeusserung that: „*Eh bien, j'aime mieux cela, au moins c'est clair, et un acte de bonne foi.*“

Von diesem Augenblick an wurde es anschaulich, dass man sich gar nicht zu scheuen brauche, mit der Sprache herauszugehen, und unter diesem Eindruck kam es dazu, dass bald darauf Oesterreich, Preussen und der Bund in der Konferenz den Herzog Friedrich für den rechtmässigen Nachfolger in den Herzogthümern erklärten. Dass dies geschehen konnte ohne Protest der Neutralen, war der Höhe- und Glanzpunkt der Konferenz. Leider, und das müssen Alle beklagen, welche den Bruderkrieg von 1866 vermieden zu sehen gewünscht hätten, wurde dieser grosse Moment nicht ausgenützt.

Sofort, nachdem wir diese Erklärung abgegeben hatten, suchte ich den Grafen Apponyi auf und bat ihn dringend, in Wien Vorstellung zu machen, wie nothwendig es sei, ohne Zögern einen Bundesbeschluss zu provoziren, wodurch der Herzog Friedrich durch den Bund anerkannt und eingesetzt werde, ein Antrag, der zwar Preussen ungelegen gewesen wäre, aber unmöglich von ihm zurückgewiesen werden konnte, falls er unter dem frischen Eindruck jener in Deutschland mit Enthusiasmus aufgenommenen Erklärung eingebracht wurde. Dass an die Uebergabe des Landes an den Herzog Friedrich nicht vor dem Friedensschlusse gedacht werden könne, entging mir nicht, allein das, was geschah, konnte doch nach jener so feierlichen Kundgebung nicht genügen, nämlich dass die Bundesversammlung eine von mir auf eigene Hand und in Uebereinstimmung mit den Vertretern von Oesterreich und Preussen abgegebene Erklärung guthiesse. Der Bundes-

versammlung lag noch der Pfordten'sche, auf Anerkennung des Herzogs Friedrich konkludirende Bericht vor, dessen Konklusion nur zum Beschluss erhoben zu werden brauchte. — War aber der erklärte Herzog eingesetzt, so wäre wenig daran gelegen gewesen, in welches spezielle Verhältnis er zu Preussen zu treten vielleicht genöthigt gewesen sein würde; das Wichtige war, dass es alsdann kein Kondominium, keinen Gasteiner Vertrag und schliesslich keinen österreichisch-preussischen Krieg gegeben hätte.

Trotz aller Schwierigkeiten war die Konferenz in der zweiten Hälfte ihrer Berathungen auf dem Wege zu einer Verständigung. — Nachdem die Neutralen, d. h. England und Frankreich, auf deren thatsächliche Fernhaltung es am meisten ankam, theils ausdrücklich theils stillschweigend sich mit der Lostrennung der Herzogthümer vertraut gemacht hatten, suchte man in England nach einem Mittel, die dänische „Integrität" einigermassen durch eine Grenzregulirung zu retten, während man in Frankreich die Befragung der Bevölkerungen in den Vordergrund stellte. Bei den diesbezüglichen Dispositionen wurde der Begriff der Grenzberichtigung allerdings mehr in Gestalt der Theilung behandelt, das nördliche Gebiet bis zur Schlei verlangt (Schweden schlug sogar die Eider vor), gleichzeitig Zusicherungen gegen anzulegende Befestigungen. Graf Bernstorff war sehr entschieden für ein mässiges Zugeständnis gestimmt, und dass er sich nicht scheute, seine Ansicht in Berlin zu vertreten, kann als Beweis dafür dienen, wie wenig er über die Haltung Englands beruhigt war, er der schon seit einer längeren Reihe von Jahren in London fungirte. — Ich meinestheils trat seinen Anschauungen nicht entgegen, allein ich erlaubte mir meinen beiden Mitbevollmächtigten den Rath zu ertheilen, sich in dieser Frage nicht auf eine diplomatische Verhandlung einzulassen, denn dabei sei nur ein zweifaches Odium zu gewinnen, auf der einen Seite das der starren Unnachgiebigkeit bei den Neutralen und das der unnöthigen Nachgiebigkeit bei dem deutschen Volke. Damit diesem gegenüber das gemachte Zugeständnis gerechtfertigt werden könne, gab es

nur Eine Modalität, die der Ausscheidung einer erwiesenermassen nicht-deutschen und nicht-deutsch-sein-wollenden Bevölkerung. Hiezu allerdings bot die Abstimmung das einzige Mittel, und ich erkannte dessen Anwendung praktisch als sehr möglich, wenn von der nördlichen Grenze ab nach Zonen von beiläufig einigen Meilen Umfang südwärts herabgegangen und der Strich da gemacht werde, wo die Mehrheit aufhört dänisch zu stimmen. Das abzulösende Gebiet wäre ein unbedeutendes gewesen. Hier aber hatte ich die Rechnung ohne den Wirth oder vielmehr ohne den Besitzenden gemacht. In Wien gerieth man über meinen Einfall in Aufregung. Ob ich, so wurde an Graf Apponyi geschrieben, den Kopf verloren habe, um so etwas vorzuschlagen? Ob ich nicht an Venetien gedacht habe? Die österreichischen Bevollmächtigten sprachen sich daher auch in der Konferenz gegen jede Volksabstimmung aus, während Graf Bernstorff dieselbe zuliess. Man übersah bei jener Entrüstung, dass das, was in Schleswig vor sich gehen sollte, das gerade Gegentheil von dem war, was sich in Italien zugetragen hatte. Dort waren die Leute befragt worden, ob sie einen neuen Herrn lieber hätten als den alten, und da derselbe bereits drin war, so hatte die Sache keine Schwierigkeiten. Hier sollten die Leute befragt werden, ob sie lieber bei ihrem alten Herrn bleiben wollten, was gewiss keinen revolutionären Anstrich hatte.

Die Konferenz aber nahm, nachdem die letzten Sitzungen gerade die bewegtesten gewesen waren, ihr Ende, gleichwie zuweilen eine Wanduhr plötzlich stillesteht, nachdem sie kurz zuvor recht laut geschnurrt hat.

Für die Geschichte jener Zeit ist die der Londoner Konferenz nicht ohne allen Werth und ich denke, diejenigen meiner Leser, welche die Mühe nicht scheuen, von den Beilagen Kenntnis zu nehmen, werden dort ein treues und nicht ganz farbloses Bild davon finden. Es sind einige der Berichte, welche ich an die Bundesversammlung erstattete. Sollte man hierin eine Indiskretion oder eine Verletzung vom Amtsgeheimnis erblicken wollen,

so berufe ich mich auf das Beispiel, welches, unangefochten von hoher Stelle, durch „Preussen am Bundestag“ gegeben wurde. Man wird vielleicht der Meinung sein, Beides lasse sich nicht vergleichen, denn die Publikation Poschinger wurde von kompetenter Seite autorisirt. Dieser Einwand ist inzwischen darum nicht durchschlagend, weil für mich es keine Stelle gibt, bei der ich die Ermächtigung einzuholen hätte. Der Bundestag hat aufgehört zu bestehen, wo soll ich seinen Nachfolger suchen? Vielleicht in Berlin? Da würde man ja die Zumuthung mit Entrüstung zurückweisen. Wo es aber keinen Herrn gibt, gibt es keinen Diener. In einer Beziehung allerdings unterscheidet sich meine Berichterstattung wesentlich von der des preussischen Bundestags-Gesandten der fünfziger Jahre. Solche Erzählungen wie z. B. dass der österreichische Gesandte dem preussischen vorschlug, ihn in einen Ausschuss wählen zu lassen, und dann diese Wahl heimlich hintertrieb, dass ein anderer Gesandter ganz österreichisch ist, weil er einen Sohn im österreichischen Dienst hat, dass ein dritter nur darauf bedacht ist, seine Stelle zu behalten, weil er sich in Frankfurt angekauft hat, solche freundliche Rückblicke sind in meinen Berichten nicht zu finden.

Ich hatte diese Worte bereits geschrieben, als mir eine Entdeckung zu Hülfe kam, wodurch die Hinausgabe meiner Berichte nicht blos gerechtfertigt, sondern zur Nothwendigkeit wird. Gleichwie ich nämlich, solange ich Minister war, mir die Oppositions-Blätter stets zuerst vorlegen liess, so auch wissen die mich versorgenden Buchhändler, dass sie mir Alles schicken dürfen, worin ich schlecht wegkomme. In Folge dessen fand ich denn in einer an solchen Werken reichen Bibliothek „Nation und Bundestag, von Karl Fischer“. Welche amtliche Stellung der Verfasser einnimmt, ist nicht gesagt, sie muss aber eine angesehene sein, da im Vorwort von der Unmöglichkeit, längeren Urlaub zu erhalten, gesprochen und mitgetheilt wird, dass dem Verfasser das Material durch die gütige Erlaubnis des Herrn Reichskanzlers, die hier, d. h. in Frankfurt, befindlichen Reste des Archivs der ehemaligen

Bundesversammlung zu benützen, zu theil wurde. In diesem Werk ist nun ein Abschnitt der Londoner Konferenz gewidmet und der Inhalt meiner Berichte wird vom Anfang bis Ende mitgetheilt, allerdings unter Beigabe einer in Sinn und Wort durchgehenden Persiflage, wozu wie es scheint „der Herr Reichskanzler ebenfalls die gütige Erlaubnis ertheilt hat". Hiedurch wird die Mittheilung des Wortlautes nicht allein Recht, sondern auch Pflicht. Um nicht die Beilagen zu voluminös werden zu lassen, habe ich mich auf eine nicht zu umfangreiche Auswahl der Berichte beschränkt und unterwerfe mich einem strengen Urtheil im Sinne der „gütigen Erlaubnis" um so williger, als ich demselben ein milderes gegenüberzustellen habe, und zwar ein etwas kompetenteres als jenes des Herrn Fischer war. Es ist enthalten in den nachstehenden zwei Schreiben des Bundes-Präsidial-Gesandten, Freiherrn von Kübeck, welche wohl auch in den Frankfurter Akten zu finden sein dürften [1].

Seiner Excellenz dem königlich sächsischen Herrn Staatsminister und Bevollmächtigten des Deutschen Bundes zu den Londoner Konferenzen Freiherrn von Beust, London.

Frankfurt a. M., 11. Mai 1864.

Hochwohlgeborener Freiherr!
Hochzuverehrender Herr Staatsminister!

Eurer Excellenz beehre ich mich den Empfang Ihrer Berichte Nr. 1 bis inklusive 5 und der Telegramme bis inklusive jenes vom 9. l. M. mit dem ergebensten Anfügen zu bestätigen, dass dieselben von mir den vereinigten Ausschüssen, je nach ihrem Eintreffen, sowie der hohen Bundesversammlung in ihrer heutigen Sitzung mitgetheilt worden sind. Es gereicht mir zu ganz besonderem Vergnügen, Eurer Excellenz das lebhafte Interesse zu bezeugen, mit welchem allseitig diese Berichte entgegengenommen worden sind.

Genehmigen Eure Excellenz die erneute Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Kübeck.

---

[1] Herr Fischer belustigt sich auch mit der Höhe meiner Expensen. Diese waren jedoch in Frankfurt ehe ich kam und ohne mein Zuthun normirt worden.

Seiner Excellenz dem königlich sächsischen Herrn Staatsminister und Bevollmächtigten des Deutschen Bundes zu den Londoner Konferenzen Freiherrn von Beust, London.

Frankfurt a. M., 2. Juni 1864.

Hochwohlgeborener Freiherr!
Hochzuverehrender Herr Staatsminister!

Indem die hohe Bundesversammlung von den weiteren Berichten Eurer Excellenz bis zu jenem vom 29. v. M. (einschliesslich Nr. 12) Kenntnis genommen, hat dieselbe das Präsidium ersucht, Eurer Excellenz den Ausdruck der lebhaften Befriedigung und der vollsten Anerkennung bekannt zu geben, zu welchen der für die Ansprüche und Interessen Deutschlands erfolgverheissende Fortgang der Konferenz-Verhandlungen und die von Eurer Excellenz unter schwierigen Verhältnissen entwickelte, eben so eifrige als umsichtige persönliche Wirksamkeit gerechten Anlass bieten. Insbesondere hat die hohe Bundesversammlung die von Eurer Excellenz im Einvernehmen mit den Herren Bevollmächtigten von Oesterreich und Preussen in der Sitzung vom 28. Mai abgegebenen Erklärungen gebilligt, welche sie als in vollem Einklange mit dem Geiste und Inhalte Ihrer allgemeinen Instruktionen erkennt.

Mit Vergnügen ergreife ich diesen Anlass, Eurer Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Kübeck.

Eine nicht geringere Anerkennung wurde mir von der Seite, wo ich sie am wenigsten beanspruchte. Das *ab hoste discere* fand nämlich eine umgekehrte Anwendung. Als nach dem Schluss der Konferenz Lord Russell im Oberhaus über deren Verlauf ein *Statement* vortrug, machte er unter Anderem eine Bemerkung, es scheine, der Bevollmächtigte des Deutschen Bundes habe mehr zu sagen gehabt als die Vertreter der deutschen Mächte. Dass das Wort mehr den Zweck hatte, meinen Kollegen etwas Unangenehmes als mir Angenehmes zu sagen, konnte mir nicht entgehen.

Allgemein und lebendig war eben damals — o dass sie ewig grünen bliebe, die schöne Zeit der ersten Liebe! was sie leider nicht zu thun pflegt — in den weitesten Kreisen in Deutschland

die gerechte Würdigung meines Thuns, was grossentheils dem Umstande zu danken war, dass während der Konferenz viele Notabilitäten der Herzogthümer sich in London eingefunden und sich von dem, was vorging, genaue Kenntnis verschafft hatten.

Nur allzu schnell wird in unsern Tagen vergessen und deshalb — es gehört das ja auch zu der Geschichte jener Zeit — wird man es mir nicht verübeln, wenn ich nachstehende Schilderung dessen, was meiner in Sachsen wartete, einem von mir nicht geschriebenen Buche entnehme.

„Es sei uns gestattet der Empfangsfeierlichkeiten in der Residenz des Näheren zu gedenken. Hier wie in Leipzig waren ihm zu Ehren die Bahnhöfe mit Fahnen in den deutschen und sächsischen Farben geschmückt, und obwohl die Stunde seiner Ankunft nicht mit Bestimmtheit bekannt geworden, hatte sich doch ein ungemein zahlreiches Publikum angesammelt, das ihn mit lebhaften Hochs empfing. Auch eine Deputation der städtischen Behörden und der Ministerien war zugegen. Da aber eine Seitens der Stadt beschlossene öffentliche Ovation erst für den nächsten Tag angesetzt worden, hatte sich das Begrüssungs-Komité nicht in den äusseren Räumen des Leipzig-Dresdener Bahnhofs, sondern im Empfangs-Salon der Ankunfts-Halle aufgestellt, wohin man den Minister geleitete. In wohlgefügter Rede hiess ihn hier der Bürgermeister willkommen und Beust's dankende Erwiderung liess erkennen, wie aufrichtig ihn die Sympathien berührten, die ihm seine Vaterstadt in der ersten Stunde entgegentrug, welche er nach mehrwöchentlicher Abwesenheit in ihr wieder verlebte. Die nächste sah ihn auf dem Weg nach Pillnitz zu seinem Könige.

Was nun die öffentliche Empfangsfeier anbelangt, so fand dieselbe verabredetermassen Sonnabends den 9. Juli in sehr imposanter Weise statt, und zwar begünstigt vom herrlichsten Wetter. Projektirt war eine Serenade mit Fackelbegleitung, zu deren würdiger Ausführung der Allgemeine Männergesangs-Verein und die Turnvereine ihre korporative Mitwirkung zugesagt hatten. Abends neun Uhr setzte sich der unübersehbare Festzug, an dem Stadtrath und Stadtverordneten-Kollegium *in corpore* und unter Vortragung der Raths-, Sänger- und Turnerfahnen theilnahmen, die Sänger von den Wachsfackeln tragenden Turnern in die Mitte genommen, nach dem Hôtel des Ministeriums des Auswärtigen in Bewegung. Eine Menschenmenge folgte, welche die auf dem Platze vor dem Ministerial-Gebäude harrenden

Zuschauer um viele Tausend Köpfe verstärkte. Unter den Klängen des Schleswig-Holstein-Liedes stellte sich hier der Zug auf, die Sänger trugen ein eigens komponirtes Festlied vor, und darauf brachte ein Mitglied des Stadtverordneten-Kollegiums dem Minister ein motivirtes dreifaches Hoch aus, in welches, wie kaum bemerkt zu werden braucht, die gesamte Menge kräftigst einstimmte. Danach wiederum Gesang und die überaus schwungvolle Rede eines Mitgliedes des Allgemeinen Männergesangs-Vereins, welche die Verdienste des Bundes-Bevollmächtigten auf der Londoner Konferenz schilderte und pries, dass er deutsches Recht und deutsche Ehre dort hoch gehalten und deren Banner achten gelehrt habe. Freudige Hochrufe, weithin getragen von tausend und abertausend Stimmen patriotisch erregter Männer erfüllten die Luft am Schlusse der begeisterten und begeisternden Präkonisation. Beust, in Folge besonderer Einladung von seinem nahbelegenen Landsitze Laubegast in seinem Hôtel in Dresden eingetroffen, ergriff darauf das Wort zu einer kurzen, kernigen und zündenden Erwiderung. Er würde gezögert haben, sagte er bescheiden, die Ovation entgegenzunehmen, hätte er sie lediglich seiner Person und seinen „schwachen“ Verdiensten geltend betrachten können. Sie gälte nach seiner Ansicht vor Allem der Sache, der er gedient. Dass es gerade ihm beschieden worden, Deutschlands Fahne im Auslande zu entfalten und unversehrt heimzubringen, das sei nur ein beneidenswerthes Loos gewesen. Sachsen werde aber darum wohl nicht minder gern in die Tafeln seiner Geschichte einschreiben, dass es den Träger des deutschen Banners nach London zu entsenden gehabt, und er wünsche, dass es dessen eingedenk bleibe, wie ihm dieser Vorzug schwerlich geworden wäre, hätte es sich nicht eines Herrschers erfreut, von dem jeder im weiten Vaterlande gewusst, dass er deutsches Recht und deutsche Ehre hoch halte. Für ihn, den König Johann, forderte er die Versammlung zu einer Akklamation auf, die denn nach so warm empfundenen Worten mit dem lautesten Widerhall erfolgte. Arndt's Vaterlandslied und ein vom Hofkapellmeister Krebs intonirtes dreimaliges „harmonisches Hoch“ endete die Festlichkeit: eine Festlichkeit, von welcher wir auch ohne ausdrückliche Versicherung dessen, dem sie gegolten, gern glauben, dass sie zu den beglückendsten, vielleicht manchen Tag zu den wehmüthigsten Erinnerungen seines Lebens gehört habe.

„Die moralische Anerkennung der Gesamtheit des Landes drückten ihm die Präsidenten der Ständeversammlung aus, als er deren Sitzungen zum ersten Male seit seiner Rückkehr von London beiwohnte. Auf die feierliche Ansprache des ersten Vorsitzenden der zweiten

Kammer entgegnete er: ‚Ob ich dem Vertrauen, das in mich gesetzt wurde, entsprochen habe oder nicht, darüber steht mir das Urtheil nicht zu. Allein das Eine will ich nicht ungesagt sein lassen, dass, wenn hie und da ein Schleier der Unsicherheit und des Zweifels von unbewusstem und bewusstem Irrthum ausgebreitet wird, ich jeden Lichtstrahl, der darauf fallen sollte, nicht zu scheuen habe.‘“

Als ein Beitrag zu dem unserer Zeit vorzugsweise angehörigen Wechsel menschlicher Dinge blieb mir, als ich London verliess, eine letzte Erinnerung. Tags zuvor war ein Ball auf der von mir gerühmten gastfreien Villa in Strawberry-Hill. Da sagte mir Lord Clarendon zum Abschied: *„Eh bien, je ne vous en veux pas, vous ne pouviez faire autrement, mais je ne veux plus jamais rien avoir à faire avec cet homme sans foi ni loi, qui s'appelle M. de Bismarck, ni avec celui qui est son nègre, M. de Rechberg.“* Zwei Jahre später war ich österreichischer Minister, und da Graf Apponyi sich gerade in Wien befand, veranlasste ich ihn, er möge doch gelegentlich und scherzweise Lord Clarendon daran erinnern. Unser Botschafter schrieb jedoch, Lord Clarendon könne sich dessen nicht erinnern; möglich dass er selbst sich meines Auftrages nicht „erinnert“ hat.

Nur mit wenigen Worten will ich noch eines schweren Vergehens wegen mich rechtfertigen, das mir namentlich in Wien zur Last gelegt wurde, nämlich meines zweimaligen Besuches in Paris. Der erste fand während der Pfingstwoche und der dadurch herbeigeführten Pause in den Konferenz-Sitzungen statt und die Unterredungen, die ich mit dem Kaiser Napoleon und Herrn Drouyn de l'Huys zu pflegen Gelegenheit nahm, hatten auf die Instruktionen des französischen Botschafters in London entschieden Einfluss. Dass ich den Rückweg nach Deutschland über Paris nahm, hatte in zufälligen, der Politik ganz fremden Umständen seinen Ursprung, und ich wäre in Frankfurt deshalb nicht eine Stunde später angekommen, als dies über Brüssel der Fall gewesen sein würde, hätte ich nicht in Paris, als ich bei dem sächsischen Gesandten abstieg, eine Einladung nach Fontaine-

bleau erhalten, was meine Rückkehr um einen Tag verzögerte. Dort hatte ich nicht nur Gelegenheit, den Kaiser und Drouyn de l'Huys noch einmal zu sprechen, sondern ich wusste auch die Botschafter von Oesterreich und Preussen, Fürst Metternich und Graf Goltz, zu finden, und in dem Augenblick, wo der Krieg eben wieder ausgebrochen war, konnte es für Beide von Interesse sein, über das, was in London vorging, aus erster Hand unterrichtet zu werden. Aber natürlich! Beust zweimal in Paris, Rheinbund!

Beilage zu Kapitel XXVII.

An die vereinigten Ausschüsse
der hohen Bundesversammlung für die
schleswig-holsteinische Angelegenheit.

London, den 6. Mai 1864.

Gestern Abend von Osborne zurückgekehrt, wohin ich mich noch vor dem Schluss der vorgestrigen Konferenzsitzung begeben musste, beehre ich mich über den Verlauf der letzteren zu berichten.

Auf erfolgte Aufforderung des Lord Russell formulirte Graf Bernstorff im Namen von Oesterreich und Preussen die Bedingungen, gegen welche beide Mächte in die Einstellung der Feindseligkeiten zu willigen geneigt sein würden. Hienach würde man gegen Aufhebung der Blokaden sich anheischig machen, in dem besetzten Theil von Jütland keine Kontributionen zu erheben, vielmehr den Bedarf der Truppen bezahlen zu lassen, auch den Verkehr und die Verwaltung in keiner Weise zu hemmen, wogegen die Weigerung der Blokade-Aufhebung jede Verhandlung unmöglich machen werde.

Die dänischen Bevollmächtigten erklärten hierauf, dass Dänemark nur die Räumung Jütlands als Kompensation für die Aufhebung der Blokaden ansehen könne. Ihre Aeusserungen waren aber wiederum so wenig präzis, dass selbst Lord Clarendon einigen Unwillen über diese Art der Rückhaltung zu äussern begann.

Baron Brunnow hielt nun den Moment für geeignet, die Vermittlerrolle eintreten zu lassen, und auf seine Anregung wurde der Versuch gemacht, die Grundlage, nicht blos einer Einstellung der

Feindseligkeiten, sondern eines wirklichen Waffenstillstandes aufzusuchen.

Graf Bernstorff stellte hierauf eine theilweise Räumung Jütlands in Aussicht, dafern alle noch von Dänemark besetzten Theile von Schleswig geräumt und alle aufgebrachten preussischen und deutschen Schiffe mit ihren Ladungen herausgegeben würden.

Bei der hierauf stattfindenden Diskussion kam ich, wenn ich mich dieses Ausdrucks bedienen darf, etwas stärker ins Feuer. Nachdem nämlich Baron Brunnow behauptet hatte, die Aufhebung der Blokade sei für Dänemark ein grosses Opfer, wofür die gebotene Kompensation nicht ausreiche, ergriff ich das Wort, um zunächst daran zu erinnern, dass die deutschen Mächte ihren guten Willen, dem Blutvergiessen ein Ende zu machen, schon durch die That bewiesen hätten, indem sie seit drei Wochen freiwillig einen Stillstand in den kriegerischen Operationen hätten eintreten lassen, dass sie aber vollkommen in der Lage seien, die Feindseligkeiten mit verstärktem Nachdruck wieder aufzunehmen und weiter zu verfolgen, weshalb die Kompensation für die Aufhebung der Blokaden schon in dem Unterbleiben weiterer militärischer Operationen liege.

Der russische Bevollmächtigte entgegnete hierauf nicht ohne einen Anflug von Gereiztheit, dass, nachdem ich selbst bemerkt habe, der Deutsche Bund habe bis jetzt an den kriegerischen Operationen nicht theilgenommen, diese ihm den Bund nichts anzugehen schienen; worauf ich zu repliziren nicht unterliess, dass der Deutsche Bund nicht kriegführende Macht, aber auch nicht Neutraler sei, sondern eine Mittelstellung einnehme, wobei der Bevollmächtigte des Bundes in Bezug auf die zur Diskussion kommenden Fragen mindestens eben so viel Recht habe, seine Meinung auszusprechen, als die Bevollmächtigten der neutralen Mächte. Ich hatte die Genugthuung, dass Lord Clarendon daran den Ausruf anschloss: „*Ah, ceci est parfaitement juste!*“

Lord Russell machte hienächst folgenden Vorschlag, welcher von den Bevollmächtigten der übrigen Neutralen unterstützt ward:

1. Aufhebung der Blokaden,
2. Räumung aller schleswigischen Gebiete durch die Dänen,
3. Räumung Jütlands durch Oesterreich und Preussen.

Da weder die dänischen, noch die deutschen Bevollmächtigten durch ihre Instruktionen in den Stand gesetzt waren, diesem Vorschlage beizutreten, so wurde abermals Instruktions-Einholung und Vertagung bis Montag beschlossen.

Es ist sehr zu wünschen, dass man in Wien und Berlin, ohne den proportionellen Unterschied zwischen jütländischer und schleswigischer Räumung abzuwägen, den englischen Vorschlag annehme, und so viel ich weiss, haben Graf Apponyi und Graf Bernstorff in gleichem Sinne geschrieben. Es wäre dabei nicht ausgeschlossen, dass die deutschen Mächte noch eine wichtige Bedingung erlangten, nämlich die, dass Jütland nach der Räumung nicht von dänischen Truppen besetzt werde, damit nach Ablauf des Waffenstillstandes die Positionen zu Land eben so schnell wieder genommen werden können wie zur See. Dänemark hält offenbar an der Blokade fest, weil dies seine letzte gute Karte ist. Die Aussicht auf einen Konflikt zur See eröffnet ihm sehr gegründete Hoffnungen auf eine bewaffnete Dazwischenkunft Englands, deshalb ist Alles daran gelegen, dass der Waffenstillstand bald abgeschlossen und damit zugleich die sehr kritische Frage der Bestimmung der österreichischen Schiffe abgeschnitten werde.

Die Stimmung ist seit einigen Tagen eine gegen Deutschland wieder überaus gereizte und aufgeregte, und die Presse wetteifert in dem Bestreben, durch Verbreitung derselben alles Odium auf Deutschland zu werfen.

Das Protokoll der ersten Sitzung bin ich noch immer nicht im Stande einzusenden, da es nach vielfachen Abänderungen erst in den nächsten Tagen paraphirt werden wird.

Der ich mit dem Ausdrucke ausgezeichnetster Hochachtung verharre

Der Bevollmächtigte des Bundes.

An die hohe Bundesversammlung.

London, den 18. Mai 1864.

Indem ich heute zunächst das Protokoll der vorletzten Sitzung der Konferenz vorzulegen mich beehre, kann ich nicht umhin, einige Worte über die Abfassung dieser Schriftstücke hinzuzufügen. Es wird nicht unbemerkt geblieben sein, dass sich die Protokolle nicht überall in voller Uebereinstimmung mit meinen Berichten befunden haben, hoffentlich jedoch ohne dass die Verlässigkeit der letztern in Zweifel gezogen worden ist. Es werden diese Protokolle von dem Honourable William Stuart nach seinen Nota mit unverkennbarem Fleiss bearbeitet; sie leiden aber schon an dem einen Mangel, die gefallenen Aeusserungen nicht in der wirklichen Reihenfolge, wie sie stattgefunden

haben, wiederzugeben, wodurch manches gesprochene Wort das Verdienst des *à propos* verliert. Hienächst haben, was nicht selten Folge des eben gerügten Mangels ist, die Protokolle, welche jedesmal ein oder zwei Tage nach der Sitzung in Form eines *projet à reviser* unter den Mitgliedern vertheilt werden, bisher zu so viel Reklamationen Veranlassung gegeben, dass darüber besondere Verhandlung und zuweilen gegenseitiger Verzicht auf Erwähnung gefallener Aeusserungen erfolgte. In diesen letztern Fall bin ich auch gekommen und habe überhaupt gern meine Ansprüche beschränkt, soweit es sich um Diskussion und nicht um wichtigere Erklärungen handelte.

Die gestrige Sitzung hat abermals zu keinem positiven Resultat geführt, jedoch meines Erachtens uns einer befriedigenden Lösung wiederum näher gebracht, obschon dies, wenn das Auftreten der Bevollmächtigten von Oesterreich und Preussen hätte ein anderes sein können, in weit höherem Grade der Fall gewesen sein würde.

Anknüpfend an die Schlussbemerkungen meines letzten Berichts, darf ich nicht unerwähnt lassen, wie alle Wahrnehmungen, die ich seit dessen Absendung zu machen Gelegenheit fand, mich in der Ueberzeugung bestärkt hatten, dass man hier auf die Forderung der absoluten Trennung nunmehr gefasst sei und, einmal entschlossen eine friedliche Lösung um jeden Preis zu gewinnen, diese präzise Forderung jedem fernern Laviren und jeder Halbheit vorziehen werde.

Der Verlauf der Sitzung bestätigte vollständig die Richtigkeit dieser Voraussetzung, die ich nicht unterlassen hatte meinen deutschen Herren Mitbevollmächtigten wiederholt zu erkennen zu geben. Es war mir ziemlich genau bekannt, dass, falls beide kriegführende Mächte das Verlangen völliger Trennung der Herzogthümer von Dänemark stellen sollten, dieser Vorschlag von den Neutralen *ad referendum* genommen und von ihnen zugleich eine kurze Vertagung der Konferenz beantragt werden würde, keineswegs aber ein Abbruch der Verhandlungen. Leider waren die Bevollmächtigten von Oesterreich und Preussen durch ihre Instruktionen nicht in die Lage gesetzt, diesen einfachen Weg zu betreten. Inzwischen wurde vermieden, mit einem formulirten, allerdings für Dänemark kaum annehmbaren, aber doch immer auf Personalunion gerichteten Programm hervorzutreten, welches einzubringen die Bevollmächtigten Oesterreichs ermächtigt waren, während die preussischen Bevollmächtigten es nur zu diskutiren Anweisung erhalten hatten. Man einigte sich deshalb beiderseits zu der abschriftlich anliegenden Erklärung, welche bei Beginn der Sitzung Graf Bernstorff verlas und welche allerdings dem am Schluss der letzten

Sitzung, besage Protokolls, von ihm übernommenen Engagement in sehr beschränkter Weise Genüge leistete. Ich konnte nach der gewählten Fassung mich schweigend dazu verhalten, nachdem ich mich ausdrücklich zuvor versichert hatte, dass die Absicht dahin gehe, unter allen Umständen Schleswig nicht vor Austrag der Rechtsfrage auszuantworten. Der erste Eindruck war der einer zweifelvollen Ueberraschung. Nach einigen Plänkeleien zwischen Herrn von Quaade und Graf Bernstorff, die sich auf einer missverständlichen Auffassung der *Union constitutionelle* bewegten, trat Lord Clarendon dem Kernpunkte näher und fragte, wer der Souverän in den Herzogthümern sein solle. Die Diskussion wurde hiemit eine peinliche, indem die Bevollmächtigten der deutschen Mächte eben so wenig in der Lage waren, die Frage für Christian IX. zu bejahen als zu verneinen. Ich habe es rühmend anzuerkennen, dass sowohl die österreichischen als die preussischen Bevollmächtigten sich hiebei endlich streng auf den Boden der offenen Rechtsfrage stellten; und erwünscht war es — was wiederum eine Bestätigung meiner Voraussetzung enthielt —, dass Lord Clarendon hienach die ganze Erklärung als gleichbedeutend mit absoluter Trennung interpretirte.

Ich übergehe die Einzelnheiten der weiteren Diskussion, wobei ich nochmals in den Fall kam, den dänischen Behauptungen zu widersprechen und sie zu widerlegen. Unter Anderem bestritt Herr von Quaade, der übrigens für die Bundesversammlung und deren Unparteilichkeit seine hohe Achtung aussprach, dass es des Vertrags von 1852 bedurft habe, um in Dänemark eine getheilte Succession zu verhindern. Natürlich kam das Thema der Kompetenz des Bundes in Erbfolgestreitigkeiten und seine Kompetenz für Schleswig zur Sprache.

Das den Umständen nach günstige Ende war, dass Herr Krieger, ohne eine Erklärung des vorsichtigen Herrn von Quaade abzuwarten, und ohne dass die lästigen Bedingungen der Personalunion sämtlich vorgebracht worden waren, rundweg diese Lösung für *inadmissible* und *inacceptable* erklärte. Beide Bevollmächtigte wollten nun auch den Vorschlag nicht *ad referendum* nehmen. Allein Lord Clarendon und Herr von Brunnow waren der Meinung, das hindere nicht, dass sie das Protokoll nach Kopenhagen einschicken und neue Befehle erwarten müssten. Herr von Brunnow schlug zugleich eine Aussetzung der Konferenz bis zum Eingang weiterer Instruktionen von Kopenhagen vor, und dass Herr von Quaade auf den guten Rath ausging, liess sich daraus erkennen, dass er 12 Tage als Minimum angab. Als ich diese Wendung wahrnahm, schob ich zwei Erklärungen ein, um einen

weiteren Verlauf zu verhindern, der meiner Ueberzeugung nach sehr unheilvoll werden könnte. Dänemark wird die Personalunion auch mit weniger lästigen Bedingungen, als hier in Aussicht gestellt sind, nicht annehmen, allein es kann leicht von Petersburg und hier aus noch immer vermocht werden, auf dieser Grundlage zu unterhandeln. Dann geht der jetzt in Betracht der augenblicklichen inneren englischen Verhältnisse günstige Moment vorüber und die ganze Konstellation kann sich verschlimmern.

Ich sagte daher zunächst, ich nehme für den Bund Akt davon, dass den Eröffnungen der beiden Mächte zufolge selbst in dem Fall, dass Dänemark auf ihre Vorschläge eingehen sollte, Dänemark nicht werde in den Besitz gesetzt, sondern der Austrag der Rechtsfrage werde abgewartet werden. Dem wurde von Seiten Oesterreichs und Preussens nicht widersprochen, während auf der anderen Seite, namentlich von Seiten des französischen Botschafters, unter solchen Umständen die Lösung für eine völlig illusorische erklärt ward.

Hienächst aber erklärte ich, *que je ne m'étais pas associé aux propositions des deux Puissances et que sans en être chargé par des instructions je devais déclarer officieusement en toute conscience et sans avoir à craindre un démenti que la majorité de la Diète ne consentirait pas à une solution qui même sous la forme d'un arrangement conditionel ou éventuel rétablirait l'union entre les Duchés et le Danemarc.*

Lord Clarendon nahm diese Eröffnung als eine sehr dankenswerthe *acte de bonne foi* entgegen. Ich bin überzeugt, dass er hiebei aufrichtig ist; der praktische Sinn der englischen Staatsmänner findet in einer bestimmten Forderung den annehmbarsten Stoff, um Geschäfte zu machen.

Die nächste Sitzung ward hienächst auf den 28. d. M. angesetzt.

Noch habe ich zweier Erklärungen zu erwähnen, die von Interesse waren; zunächst die des schwedischen Gesandten, welcher sich Namens seiner Regierung einer Personalunion als *déstructive pour le Danemarc* widersetzte, und alsdann einer des russischen Bevollmächtigten.

An die hohe Bundesversammlung.

London, 10. Juni 1864.

Der hohen Bundesversammlung glaube ich nicht unterlassen zu dürfen, für die meinem Wirken gezollte Anerkennung, wovon Seine Excellenz der Herr Präsidialgesandte mich hat in Kenntnis setzen wollen, meinen tiefgefühltesten Dank mit der Versicherung darzu-

bringen, dass dieses ehrende Zeugnis für mich eine nachhaltige Ermunterung zur Ausdauer in dem mir übertragenen, allerdings mit mancherlei Schwierigkeiten verbundenen Geschäft sein wird, zugleich aber auch eine Aufforderung mehr, demselben mit eben so viel Eifer als Gewissenhaftigkeit obzuliegen.

Die gestrige Sitzung zerfiel in zwei Theile, wovon der erstere die Waffenruhe, der zweite die Theilungsfrage betraf. In beiden ging es ziemlich stürmisch zu.

Graf Bernstorff verlas die abschriftlich anliegende Erklärung betreffend die Verlängerung der Einstellung der Feindseligkeiten bis zum 26. d. M. Es wurde hievon mit Befriedigung Akt genommen und dem gemachten Zugeständnis eine noch friedlichere Bedeutung insofern zu geben versucht, als Baron Brunnow die in der lezten Sitzung von Graf Bernstorff als unvermeidlich bezeichnete eventuelle Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in dieser Schärfe als für die Konferenz nicht zulässig gelten lassen wollte, der preussische Bevollmächtigte sich in Folge dessen auf die von Herrn von Quaade zu erkennen gegebene Anschauung bezog und letzterer hinwiederum erklärte, sein Gouvernement werde eventuell einem annehmbaren Waffenstillstand nicht absolut abgeneigt sein.

Diese friedliche Stimmung wurde inmittelst durch einen neuen Zwischenfall ernstlich gestört. Herr von Quaade kam auf die Bedingung zurück, dass über eine, die Innehaltung der Stipulationen sichernde Modalität der Ausführung unter den dänischen und deutschen Bevollmächtigten verhandelt werden müsse. Hiezu waren die preussischen Bevollmächtigten bereit, gleichzeitig jedoch schritt Herr von Balan zur Verlesung eines längeren Aufsatzes, welchen er der Konferenz vorzutragen angewiesen sei. Diese sehr umfängliche Arbeit, welche ich erst später einzusenden in der Lage sein werde, war bestimmt, nicht allein die dänischen Klagen über Nichteinhaltung der Verabredungen vom 9. Mai zu widerlegen, sondern auch sehr ernste Beschwerden über die dänischen Kommissäre und Beamten zu formuliren und zugleich die entschiedene Absicht auszusprechen, die Ausschreitungen der Presse und Aufwiegelungen anderer Art nicht zu dulden.

Die dänischen Bevollmächtigten behielten sich eine spezielle Entgegnung vor, erklärten aber zugleich, nach diesen Eröffnungen sei ihre Regierung nicht mehr an die Zustimmung zu der vierzehntägigen Verlängerung gebunden. Es seien damit nicht allein Details der Konferenz unterbreitet, welche sie, als dänische Bevollmächtigte, der

Separatverhandlung mit den preussischen Bevollmächtigten im Vertrauen auf deren Gesinnungsweise hätten vorbehalten wollen, sondern es seien damit zugleich Ansprüche erhoben, denen die dänische Regierung sich nicht fügen könne. Herr Krieger machte dabei namentlich geltend, dass Majestätsbeleidigung gegen den König von Preussen vor die preussischen Militärgerichte gezogen und die Presse der preussischen Censur unterworfen werden solle. Beides erklärte dagegen Graf Bernstorff für eine Nothwendigkeit.

Die Entscheidung der Konferenz fiel indessen gegen die dänischen Bevollmächtigten aus. Baron Brunnow, der bei dieser Gelegenheit nochmals, aber leider zum letzten Male gegen die Dänen auftrat, erklärte rundweg, die Verlängerung der Waffenruhe sei *chose acquise à la conférence*, auf die nicht mehr zurückgekommen werden dürfe. Ich selbst machte unter Zustimmung Lord Clarendon's die Bemerkung, die preussische Erklärung sei durch frühere wiederholte Klagen, welche die dänischen Bevollmächtigten in der Konferenz, nicht ausserhalb derselben, vorgebracht, provozirt worden; jede Vertheidigung schliesse in solchem Fall unvermeidlich Angriffe und Anklagen in sich und es könne dadurch an der ursprünglichen Absicht einer direkten Regelung unter den dänischen und preussischen Bevollmächtigten etwas nicht geändert werden. So gelangte man denn auch zur Verabredung einer direkten Vernehmung, die wahrscheinlich zwischen Herrn von Balan und Herrn von Quaade stattfinden wird, unter Zuziehung eines neutralen Obmannes. Die Wahl fiel auf den französischen Botschafter, welcher sich über die angeregte Frage wegen des Eingriffs in die Justiz und die Presse in sehr verständiger Weise ausgelassen hatte; seiner Meinung nach sind solche Ereignisse gerechtfertigt, soweit die Ehre und die Sicherheit der okkupirenden Armee es erheischen.

Es wurde nun zur Fortsetzung der in der letzten Sitzung ausgesetzt gebliebenen Verhandlung über die Hauptfrage geschritten. Lord Russell eröffnete dieselbe mit einem längeren Vortrag, zu dessen besserem Verständnis es wesentlich gedient haben würde, wenn er denselben verlesen hätte. Die Tendenz desselben war offenbar, die Möglichkeit eines Zurückkommens auf den Vertrag von 1852 zu gewinnen, der dabei wiederholt als *loi publique de l'Europe* bezeichnet wurde und den man nicht aufgeben könne, falls nicht eine andere Lösung mit Sicherheit in Aussicht stehe, welche geeignet sei, die Unabhängigkeit und das Fortbestehen Dänemarks zu gewährleisten. Das habe man noch nicht erreicht. Die deutschen Mächte hätten zu recht-

fertigen (*justifier*), wie durch ihre Grenzvorschläge diese Bedingung erfüllt werden könne, sie müssten beweisen, dass Dänemark damit bestehen könne.

Auf den sachgemässerweise etwas trocken gehaltenen Einwurf des Grafen Bernstorff, dass hiemit in eine Diskussion wieder eingetreten werde, die man Ursache gehabt habe für abgeschlossen zu halten, zumal nachdem Lord Russell in der letzten Sitzung erklärt habe, es bliebe nur noch die Grenzfrage zu erledigen, nahm Lord Clarendon das Wort. Man habe die Tragweite der Worte seines Kollegen nicht richtig verstanden. Indem man den Traktat von 1852 verlassen, habe man danach trachten müssen, ihn zu ersetzen. Nachdem Dänemark Konzessionen gemacht und in Gebietsabtretungen willigen wolle, müsse dafür gesorgt werden, ihm eine Grenze zu verschaffen, welche seine militärischen und kommerziellen Interessen sicherstelle. Man müsse wissen, auf welcher Basis die deutscherseits vorgeschlagene Linie beruhe, ob auf Rücksichten der Strategie oder auf dem Prinzip der Nationalität.

Auf dieses letztere Prinzip kam Lord Clarendon zurück, als Graf Apponyi der Nothwendigkeit der dänischen Independenz jene der Unabhängigkeit der Herzogthümer gegenüber gestellt hatte. Die deutschen Mächte, meinte Lord Clarendon, hätten den Krieg nicht für die Independenz der Herzogthümer, sondern für die deutsche Nationalität unternommen, was Graf Apponyi in Abrede stellte.

Baron Brunnow, der mit dieser Diskussion auf einmal wieder ganz in sein altes Fahrwasser gebracht war, griff auf den Zeitpunkt des Einrückens der beiden Mächte in Schleswig zurück, welches er *l'origine de la question* zu nennen beliebte. Man habe erklärt, Schleswig nicht behalten, sondern nur die Erfüllung gewisser Verpflichtungen erzwingen zu wollen u. s. w. Ihm sei eine gewisse Lücke in dem Gange der Verhandlung auffällig. Die österreichischen Bevollmächtigten hätten erst die Offenhaltung der Rechtsfrage mit Personalunion gewollt, später faktische Entscheidung für den Prinzen von Augustenburg.

Es hätte auch hier wohl genügt, die Antwort abzulehnen, um nicht auf abgemachte Dinge zurückzukommen. Herr von Biegeleben ging jedoch auf den gemachten Einwand ein und machte geltend, Oesterreich habe die Personalunion allerdings gewollt, da aber dieser wohlmeinende Vorschlag allseits verworfen worden, so sei nichts übrig geblieben, als in der Weise vorzugehen, wie man gethan.

Ich erwähne dieses Zwiegesprächs deshalb, weil mir die Entgegnung Lord Clarendon's Anlass gab, für die österreichischen Be-

vollmächtigten in die Schranken zu treten. Nachdem nämlich Baron Brunnow von jener Aeusserung des Herrn von Biegeleben Veranlassung genommen hatte, zu konstatiren, dass er sich gar nicht gegen die Personalunion erklärt habe und noch heute dafür sei, erging sich Lord Clarendon in einem ziemlich heftigen Ausfall, worin er den österreichischen Bevollmächtigten einhielt, sie hätten die Personalunion nicht einmal bei Namen genannt und übrigens für den Fall, dass sie angenommen worden wäre, so lästige und unmögliche Bedingungen *in petto* gehabt, dass sie sehr wohl gewusst, damit nicht eine Verständignng anzustreben.

Ich hielt jetzt den Augenblick gekommen, wo ich in die Debatte einzutreten hatte. Bevor ich jedoch hierüber weiter berichte, bitte ich um die Erlaubnis, die Konferenzsitzung auf einen Augenblick verlassen zu dürfen.

Seit der vorletzten Sitzung und der darin über die Grenzfrage gepflogenen Verhandlung hatte ich dieselbe zum Gegenstand meines ernstesten Nachdenkens gemacht, um so mehr als ich nicht ohne Besorgnis die Art und Weise betrachte, wie in diese Verhandlung von Seiten der beiden Mächte eingetreten worden ist, angesichts einer dagegen gerichteten täglich wachsenden Agitation, der man bisher in der offiziellen und offiziösen Presse nicht allein entgegenzutreten, nein, die man daselbst sogar zu unterstützen scheint.

Die Ueberzeugung, die ich von Anfang an in meinen Berichten und in meiner Note an Lord Russell zu begründen versucht habe, konnte danach in mir nur lebendiger werden, und nachdem meine diesfallsigen Darlegungen zu keiner Erinnerung Anlass gegeben hatten, erkannte ich es für eine Nothwendigkeit, bei der Wiederaufnahme der Verhandlung in der Konferenz meinen Standpunkt klar zu betonen. Anknüpfend an den mir von hoher Bundesversammlung zugegangenen Erlass habe ich sonach die ferner anliegende Erklärung aufgesetzt, sie den Bevollmächtigten von Oesterreich und Preussen vorgelegt und dem Wunsch, der mir namentlich von österreichischer Seite ausgesprochen wurde, von der Abgabe derselben abzusehen, nicht Folge leisten zu können erklärt, jedoch mich dazu verstanden, der Schlussstelle noch entschiedener die Gestalt persönlicher Kundgebung zu verleihen.

Der Standpunkt, den ich hiemit eingenommen, ist nicht allein für den Bund, ich glaube er ist auch für die beiden Mächte der einzig sichere.

Wird die Grenzfrage vom Standpunkt der Konvenienz behandelt,

wie es bisher in der Konferenz von Oesterreich und Preussen geschehen ist, so ist vielleicht, aber nur vielleicht, eine Einigung mit den Neutralen — mit Dänemark noch nicht — erzielt; aber es ist sehr zu bedenken, ob der Widerspruch in den Herzogthümern und in Deutschland dann nicht einen Anstand in die Ausführung bringen wird, welcher die deutschen Mächte auf das Aeusserste blosstellen müsste. Misslingt aber die Verständigung, so wird man in England und Frankreich den deutschen Mächten Begehrlichkeit und Unversöhnlichkeit vorwerfen zu können in der glücklichen Lage sein, während man in Deutschland ihnen zum Vorwurf machen wird, Schleswig preisgegeben und den Frieden doch nicht erkauft zu haben. Also Stärkung der feindseligen Gesinnung nach aussen, Schwächung der nationalen Unterstützung nach innen.

Anders und gerade umgekehrt gestalten sich die Dinge, wenn der von mir empfohlene Standpunkt festgehalten und die Befragung der Bevölkerung zur Basis der Ausscheidung gemacht wird. Die französische Regierung, die zwar wohlwollend für uns gesinnt ist, auf deren Festigkeit wir aber keinen Anspruch haben, sofern man auf der Grundlage diplomatischer Konvenienz verhandelt, wird alsdann durch ihr eigenes Prinzip, dessen Durchführung im einseitigen Sinne sie wohl versuchen aber nicht verfolgen kann, ohne alle Sympathien in Deutschland zu verlieren, in unserer Sache festgehalten. Die Kriegspartei in England, welcher ein Scheitern der Verhandlung auf Basis der Konvenienz willkommen wäre, ist der mächtigen Friedenspartei gegenüber ohnmächtig, sobald der deutsche Standpunkt sich auf die Unmöglichkeit stützt, über eine Bevölkerung gegen ihren Willen zu verfügen. In Deutschland endlich wird, wenn es mit diesem Standpunkt dennoch zum Kriege kommen sollte, die Friedenspartei den Regierungen vergeben, es darauf haben ankommen zu lassen, und die entschieden nationale Partei wird sie dafür segnen.

Ich erlaube mir nun, noch darauf aufmerksam zu machen, dass ich in jener Erklärung auch einen Gesichtspunkt gewahrt habe, dessen Beachtung mir wichtig schien, nämlich die nothwendige Zustimmung des Landesherrn, wobei ich an den Herzog Friedrich gedacht, zugleich aber mich seines Manifestes erinnert habe.

Nachdem ich nun zunächst die anscheinend in Lord Clarendon's Worten liegende Anschuldigung der Hinterhaltigkeit von den Bevollmächtigten Oesterreichs abgewiesen, denen in der Sitzung vom 17. Mai durch die vorschnelle Ablehnung der dänischen Bevollmächtigten gar nicht Zeit gelassen worden sei, die Bedingungen der Personalunion zu

formuliren, der ich selbst übrigens widersprochen, knüpfte ich an die von Lord Clarendon gestellte Frage über die für die Grenzfrage zu wählende Basis an und bat, die von mir aufgesetzte Erklärung, der darin enthaltenen Citate wegen, ablesen zu dürfen.

Baron Brunnow machte mir darauf den etwas seltsamen Einwand, ich stelle eine Ansicht auf, welche die Neutralen gar nicht theilten, und bekräftigte solches durch Umfrage. Er erhielt von mir zur Antwort, dass ich seit Beginn der Konferenz gewohnt sei, Ansichten von ihm zu vernehmen, die ich nicht theile.

Der hierauf erfolgende Einwand des russischen Bevollmächtigten, der Deutsche Bund habe nur auf Holstein, nicht auf Schleswig Ansprüche, versetzte mich in die Nothwendigkeit, mich über das Verhältnis zu Schleswig ausführlich zu ergehen. Ich habe lange und mit Wärme gesprochen, und wie es gewöhnlich in solchem Fall zu geschehen pflegt, ist mir das, was ich gesprochen, kaum im Gedächtnis geblieben. Der Protokoll-Entwurf wird mir vielleicht dasselbe besser auffrischen. Im Wesentlichen verfolgte ich den Gedankengang meiner Note an Lord Russell. Meine Entwicklungen riefen auf Seiten Lord Clarendon's und Baron Brunnow's vielfachen Ausdruck des Erstaunens hervor, während der Fürst Latour d'Auvergne beharrlich schwieg. Man wollte mich wegen der partiellen Zustimmungen an den Londoner Vertrag gebunden wissen, was ich kategorisch ablehnte; man warf mir ein, der Bund strebe nach Erweiterung seiner Grenzen, worauf ich entgegnete, dass die Aufnahme Schleswigs in den Bund vorbehalten bleibe, aber mit der Rechtsfrage gar nichts zu thun habe; man suchte mich endlich mit dem Widerspruche in Verlegenheit zu bringen, der zwischen den Erklärungen der Mächte vom 31. Januar und meiner Darlegung beständen. Ich erwiderte: „*Les deux grandes puissances et la Diète n'ont pas toujours marché dans la même direction, mais les événements les ont rapprochés de plus en plus, et aujourd'hui il y a entre elles non seulement accord parfait mais accord solide.*“

Die Hindeutung auf den Souverän wurde von keiner Seite relevirt.

Die dänischen Bevollmächtigten blieben, wie auch meine deutschen Kollegen, wie sie mir später sagten, in Erstaunen versetzt, ziemlich still und nur Herr Krieger machte bemerklich, ich habe mehrmals von Interessen Deutschlands an Schleswig gesprochen, was doch in einer Rechtsfrage nicht entscheiden könne. Ich erwiderte: „*C'est là ce qui caractérise l'intérêt que l'Allemagne prend au sort du Slesvig, c'est un intérêt inspiré par le sentiment du droit.*“

Der schwedische Bevollmächtigte bestritt meine Ausführungen über die doppelte Succession in Dänemark und den Herzogthümern. Schleswig gehorche seit 1720 der dänischen Thronfolge. Ich erklärte mich bereit, die Frage zu diskutiren, jedoch befürchte ich damit die Konferenz länger aufzuhalten als sie es wünsche, worauf Lord Clarendon mich beschwor, es zu unterlassen.

Leider war der hiemit gewonnene Augenblick allgemeiner Heiterkeit nicht von Dauer. Zwar schien man einer Verständigung näher zu kommen, als Graf Bernstoff bemerklich machte, die Schleilinie sei nach allen militärischen Erfahrungen am wenigsten geeignet, Dänemark sicher zu stellen. Eine Auslassung des Herrn Krieger, dass die Elbe für Dänemark der Ausgangspunkt der Verhandlung sei, wurde preussischerseits mit der Königs-Au erwidert. Die gegenseitige Ansprache verlor den Charakter des Wohlwollens und Lord Russell fand endlich es gerathen, die Sitzung aufzuheben.

Leider muss ich hervorheben, dass die von mir tapfer behauptete Uebereinstimmung der deutschen Faktoren in der Sitzung selbst mehrmals Zweifel erregen musste.

Der Befragung der Bevölkerung hat Graf Apponyi entschieden widersprochen; ich habe sie entschieden verlangt, Graf Bernstoff hat erklärt. nicht dagegen zu sein.

Bezüglich der Grenzlinie haben die österreichischen Bevollmächtigten mitgetheilt, sie seien ermächtigt, die Linie Flensburg-Tondern anzunehmen, die preussischen erklärten, dazu keine Ermächtigung zu haben. Einstweilen hat Herr von Quaade glücklicherweise diese Linie verworfen.

Der Bevollmächtigte des Bundes.

(gez.) Beust.

An die hohe Bundesversammlung.

London, den 20. Juni 1864.

Das gestrige Einhalten des Sonntags ist die Veranlassung, dass mein Sitzungsbericht diesmal einen Tag später als sonst zum Abgang gelangt.

Die Sitzung währte vier und eine halbe Stunde und förderte reiches Material, leider aber kein Resultat zu Tage.

Die preussischen Bevollmächtigten waren diesmal in der Lage, nach und nach fünf verschiedene Erklärungen abzugeben.

Die erste derselben, welche Graf Bernstorff zu Anfang der Sitzung verlas, betraf die Zustimmung der Bevölkerung. Ich lege hier *unter A* eine Abschrift bei. Obschon die Formulirung derselben nicht geradezu die eines Antrages ist, wurde sie gleichwohl in diesem Sinne aufgefasst. Graf Apponyi reihte daran eine kurze Erklärung ungefähr in dem Sinne, dass Oesterreich sich in der Voraussetzung anschliesse, dass es sich um eine Zustimmung des Landesherrn und der gesetzlichen Vertretung handle, wobei jedoch die Befragung des Volkes oder der einzelnen Gemeinden ausgeschlossen sei. Herr von Quaade replizirte zunächst mit der Hinweisung darauf, dass dänischerseits eine Befragung der Bevölkerung nur in den von Dänemark „abzutretenden" Gebietstheilen zugestanden werde, während Herr Krieger die unzutreffende Bemerkung machte, dass es keine schleswigsche Nationalität gebe. Graf Bernstorff hob hervor, dass sein Antrag vornehmlich den Zweck habe, die geeignetste Grenzlinie zu finden.

Baron Brunnow ergriff jetzt das Wort, wiederum mit grosser Erregtheit, indem er abermals von seinem tiefen Bedauern sprach. Er erging sich über die preussische Erklärung in einer Kritik, die weder schlüssig noch passend war. Also wolle man die Schleswiger Bauern über die Frage entscheiden lassen, welche die Konferenz beschäftige? Man bringe ein neues Prinzip in das öffentliche Recht. Die Unterthanen Seiner Majestät des Königs von Dänemark sollten verleitet werden, ihren Landesherrn zu entsetzen u. dgl. m. Es entspann sich hierauf ein lebhafter Wortwechsel, wobei Graf Bernstorff die Antwort nicht schuldig blieb, und wobei dem russischen Bevollmächtigten die Vorgänge in Griechenland nicht geschenkt wurden. Da der Letztere wiederum auf den Londoner Vertrag zurückgekommen war, so nahm Graf Bernstorff davon Veranlassung, eine zweite Erklärung zu verlesen, die umfänglicher war, und die ich werde nachfolgen lassen. Sie rief von Seiten Lord Clarendon's eine lebhafte Replik hervor. Der englische Bevollmächtigte erhob sich gegen die Theorie, dass ein von mehreren Kontrahenten unterzeichneter Vertrag in Folge eines Zerwürfnisses mit einem der Unterzeichner den Anderen gegenüber hinfällig werde, und bestritt die Zulässigkeit der Annahme, dass, weil die Ratifikation des Londoner Vertrags nur mit Dänemark ausgetauscht worden sei, dies einen Einfluss auf das Verhältnis der übrigen Kontrahenten unter sich habe. Die Ratifikation des Vertrags wegen der Schliessung der Dardanellen sei auch nur mit der Pforte gewechselt worden.

Auch er äusserte sich sehr entrüstet über das „neue Prinzip"

und beklagte, dass Oesterreich demselben irgendwie beistimmen könne. Zuletzt sprach er die — später von ihm selbst als irrig erkannte — Ansicht aus, dem König von Dänemark sei die Gesamtheit seiner Staaten garantirt worden.

Auch ich trat endlich in diese unerquickliche Debatte ein, zumal ich mich verpflichtet hielt, dem preussischen Bevollmächtigten mich zur Seite zu stellen. Anknüpfend an die von Herrn Krieger gethane Aeusserung, die Schleswiger seien die getreuesten Unterthanen des Königs, begann ich damit, zu sagen, die von mir in der letzten Sitzung abgegebene Erklärung und der preussische Antrag hätten keinen beredteren Vertheidiger finden können als Herrn Krieger. Wir böten ja das Mittel, die dänische Gesinnung der Schleswiger zu konstatiren, und gäben den stärksten Beweis unserer Gerechtigkeit und Unparteilichkeit. Ich bestätigte, was Graf Bernstorff geäussert, dass nämlich der gemachte Vorschlag wesentlich den Zweck habe, eine Lösung der schwebenden Frage zu finden, und zwar eine gerechte. „Der französische Botschafter,“ fuhr ich fort, „hat uns eingehalten, die deutschen Bevollmächtigten hätten ja die Theilung Schleswigs im Prinzip acceptirt. Allerdings. Aber warum haben wir es gethan? Weil wir wussten, dass im Norden Schleswigs sich eine Bevölkerung befindet, von der man behauptet, sie sei in ihrer Mehrzahl durch Sprache, Gewohnheit und Neigung dänisch. Wir sind bereit, deren Ausscheidung geschehen zu lassen, wenn es sich bestätigt, dass sie dänisch ist und dänisch bleiben will. Ich bin ferner darauf ausgegangen, die deutschen Mächte gegen den Vorwurf zu schützen, den ich immer und immer wieder vernehme, sie seien in Schleswig eingefallen, um es zu erobern und gewaltsam an Deutschland zu reissen. Nun, somit ist ja der Beweis gegeben, dass man dieses Land selbst über sein Schicksal entscheiden lassen will, und ist dies etwa für England ein neues Prinzip? Von Entsetzung des Landesherrn durch seine Unterthanen kann hier nicht die Rede sein. Die Schleswiger sind nicht mehr Unterthanen des Königs von Dänemark. Das wird freilich von anderer Seite nicht anerkannt. Aber lassen wir das bei Seite. Man sagt, dass wir die Nordschleswiger verleiten wollen, gegen Dänemark zu stimmen; wir bieten ihnen ja volle Freiheit, dafür zu stimmen. Der Vorschlag ist auch ein praktischer, denn nur mit Hülfe desselben wird ein dauernder Frieden erreicht, und alle Theile versetzen sich damit auf einen neutralen Boden. „Man hat wiederholt von Bedauern gesprochen,“ fügte ich endlich, zu Baron Brunnow mich wendend, hinzu: „es gibt mehr als einen deutschen Hof, der tiefes Bedauern empfand, als er

sah wie ein legitimer Souverän in Folge einer Invasion und einer künstlichen Volksabstimmung vertrieben und diese vollendete Thatsache von Regierungen anerkannt wurde, die man gewohnt gewesen war, sich als konservative *par excellence* zu betrachten. Sprechen wir lieber nicht von Bedauern!“

Aus dem hieran sich anschliessenden Zwiegespräch mit dem russischen Bevollmächtigten ist mir nur so viel erinnerlich geblieben, dass derselbe, unter wiederholter Versicherung seiner „Deferenz“ für meine Ansichten, die Genehmigung derselben durch die Bundesversammlung in Zweifel zu stellen bemüht war, was mir Anlass gab, zu bemerken: ich verfehle nicht, die hohe Bundesversammlung von jedem meiner Worte in Kenntnis zu setzen und sei glücklich, versichern zu können, dass ich bis jetzt noch kein Dementi erhalten habe.

Es erfolgte nun von Seiten der englischen Bevollmächtigten die *sub B* angeschlossene Eröffnung, die Berufung auf einen Schiedsspruch betreffend. Derselben ward von Seiten sämtlicher übrigen Neutralen zugestimmt. Die Bevollmächtigten Oesterreichs und Preussens nahmen sie *ad referendum*, eben so die dänischen, welche durch ihre Erklärung, erst Tags zuvor Kenntnis von diesem Vorschlage erlangt zu haben, unsere in diesem Punkte bestehenden Zweifel nicht zerstreut haben. Es war mir erfreulich, dass die Bevollmächtigten Oesterreichs und Preussens sich auf diese Erklärung beschränkten und nichts von ihren Instruktionen verlauten liessen, welche dahin gingen, den Vorschlag nicht von der Hand zu weisen. Ich selbst erklärte mich in der bereits telegraphisch gemeldeten Weise: Meine Auslassung könne nur eine rein persönliche sein. Einer Vermittlung, wenn es sich d a r u m handelt, will ich nicht entgegentreten, doch habe ich zu bedauern, dass man nicht auf den Gedanken der Befragung des Landes besser eingegangen sei, weil auf dieser Grundlage sich eine Vermittlung am besten denken lasse, sofern es darauf ankomme, über einen streitigen Ausfall sich zu verständigen oder die Freiheit der Kundgebung zu gewährleisten. Dagegen müsse ich im Voraus erklären, dass der Gedanke eines Schiedsrichterspruches entschiedenem Widerstand begegnen werde. Uebrigens wolle ich noch Eines bemerken: Es sei von einer Seite — Baron Brunnow — die Verhandlung über den heutigen ersten Antrag des Grafen Bernstorff so resumirt worden, als habe man denselben verworfen. Dem gegenüber wolle ich jedenfalls bemerkt haben, dass ich die in der letzten Sitzung von mir abgegebene Erklärung dem englischen Vorschlage gegenüber unbedingt aufrecht erhalte.

In der nächsten Sitzung gedenke ich zu der englischen Erklärung

einige Erinnerungen zu machen, namentlich auch in dem Punkte, wo von einem Vorschlag der Linie Apenrade-Tondern durch die deutschen Bevollmächtigten die Rede ist, während ich mich bekanntlich der Zustimmung zu irgend welcher Linie enthalten habe.

Nachdem hiernächst Graf Apponyi die Waffenstillstandsfrage zur Sprache gebracht, wurde von preussischer Seite die *sub C* anliegende Erklärung verlesen. Sie führte zu keinem bestimmten Eingehen darauf. Man suchte Seitens der Neutralen die Annahme des neuesten englischen Vorschlags als Vorbedingung eines Waffenstillstands hinzustellen. Die dänischen Bevollmächtigten griffen die sechsmonatliche Dauer als besonders ungünstig auf, worauf ihnen neun Monate bereitwilligst angeboten wurden.

Es wurde ferner von Herrn von Quaade eine Vertheidigungsschrift gegen das preussische in der letzten Sitzung verlesene Promemoria über die Nichteinhaltung der Bedingungen der Waffenruhe der Konferenz zu Gehör gegeben, worauf in Erwiderung Herr von Balan eine beschwerende Erklärung über den bekannten Vorgang in Sylt abgab.

Am Ende der Sitzung erfolgten noch zwei bemerkenswerthe Vorgänge. Es hatte Lord Russell zuvor, weil er in das Conseil gerufen ward, das Präsidium an Lord Clarendon abgegeben. Letzterer ergriff das Wort, um den wahren Sinn des englischen Vorschlags, den man vielleicht missverstehen könne, ganz genau dahin zu präzisiren, dass es sich um die beiderseitige Kompromittirung auf einen Schiedsrichterspruch handle. Ob dies ganz in den Absichten des Lord Russell liegt, wird sich bei der nächsten Sitzung und vielleicht schon in der Fassung des Protokolls zeigen. In dieser Geschäftigkeit des Lord Clarendon habe ich für meinen Theil alle Ursache, einen neuen Beweis für die mir immer mehr anschaulich werdende Thatsache zu erblicken, dass die unsererseits in den Vordergrund gestellte Zustimmung des Landes und seiner Bevölkerung für die englische Regierung die grösseste Verlegenheit ist, die man ihr bereiten konnte. Dieser sucht man durch den Gedanken eines schiedsrichterlichen Spruches zu entgehen und will um keinen Preis denselben mit der Befragung der Bevölkerung in Verbindung gebracht wissen. Und doch hat Lord Russell in seiner letzten Rede im Oberhaus einen wesentlichen Accent auf die seinerseits — im einseitigen Sinne — vorgeschlagene Zustimmung der „abzutrennenden“ Landestheile gelegt, und doch stellt die heutige „Times“ denselben Grundsatz in den Vordergrund. Hätte die von mir in der letzten Sitzung abgegebene Erklärung in Gemeinschaft mit den Be-

vollmächtigten Oesterreichs und Preussens erfolgen können, man würde hier noch weniger sich zu sträuben vermögen und einsehen müssen, dass man entweder ganz Schleswig preiszugeben oder den deutschen Vorschlag anzunehmen hat.

Der zweite Vorgang war die fünfte und letzte Erklärung der preussischen Bevollmächtigten. Ich lege sie *unter D* bei.

Diese Erklärung, welche Graf Bernstorff abzugeben sich nicht entbrechen durfte, weil er allzu bestimmte Instruktionen erhalten hatte, rief einen neuen Sturm hervor, und meine Wahrnehmungen lassen mich leider nur zu deutlich erkennen, dass damit die Verbitterung im englischen Publikum eine sehr unerwünschte Nahrung empfangen hat, sehr auf Unkosten der oben von mir bezeichneten und ausserdem fast unausbleiblichen Umstimmung.

Dass die preussische Regierung bei dieser Erklärung die Ertheilung von Kaperbriefen im Auge hat, ist in derselben nicht gesagt, die Diskussion stellte es aber bald genug heraus. Baron Brunnow bemächtigte sich, als Vertreter einer an die Ostsee grenzenden Macht, mit Eifer dieser vermeintlichen Herausforderung, und wurde in den Ausbrüchen seines Erstaunens und Entsetzens von Lord Clarendon redlich unterstützt.

Ich hielt es für Pflicht, für die preussische Ansicht einzutreten, in der mir allein zulässig scheinenden Modalität. Was ist, sagte ich, die Bestimmung der bekannten vier Punkte des Pariser Abkommens? Offenbar die Kalamitäten, die aus dem Seekrieg für Handel und Schifffahrt erwachsen, zu vermindern. Daher hat man im vierten Punkt festgestellt, dass eine Macht eine Blokade, wenn sie nicht die Mittel besitzt, sie effektiv zu machen, auch nicht verhängen und den Handel stören darf. Wird dieser Bestimmung entgegengehandelt, so ist der davon betroffene Staat zu Repressalien berechtigt.

Aufrichtig gesprochen, bin ich aber in meinem Innern anderer Ansicht. Ich habe die Entrüstung der deutschen Presse in diesem Punkte nie begriffen und bin sehr entschieden der Meinung, dass sie auf einer missverständlichen und nicht durchzuführenden Auffassung des Pariser Abkommens beruht. *Les blocus pour être obligatoires doivent être effectifs*, heisst offenbar nichts Anderes, als dass die Neutralen sie nicht zu respektiren brauchen, wenn sie nicht effektiv sind. Wenn also jetzt ein französisches Schiff eine nicht effektive Blokade eines preussischen Hafens forcirt, so wird es gegen jede etwaigen dänischen Angriffe von Frankreich geschützt und Dänemark deshalb zur Verantwortung gezogen werden. Die preussische Auslegung führt

aber allerdings zu der etwas schwer aufrecht zu haltenden Behauptung, dass es in dem Belieben einer kriegführenden Macht steht, ihre Häfen nicht genug blokirt zu finden, und deshalb Kaperbriefe zu ertheilen. So sehr ich daher, der Folgen wegen, jenen Zwischenfall bedauere, so will ich doch auch nicht unerwähnt lassen, dass die in der preussischen Erklärung ausgesprochene Auffassung Seitens der königlich preussischen Regierung schon längst und wiederholt zum Gegenstande der Mittheilung an die grossen Kabinette gemacht worden, aber ohne Erwiderung geblieben ist.

Die preussischen Bevollmächtigten haben, wie mir vertraulich mitgetheilt worden, mit der telegraphischen Meldung des englischen Vorschlages die Bemerkung verbunden, dass die Fassung desselben, insbesondere mit der von Lord Clarendon gegebenen Erläuterung, weder der zu Grunde gelegten Bestimmung des Pariser Vertrages, noch der Würde siegreicher Mächte entsprechen dürfte. Eine unbedingte Annahme desselben glaube ich von Seiten beider deutschen Mächte nicht voraussetzen zu sollen. Für den Deutschen Bund erachte ich die Zustimmung für unmöglich.

Der ich mit etc.

Der Bevollmächtigte des Bundes.
(gez.) Beust.

XXVIII. Kapitel.

1864. 1865.

Der deutsch-dänische Frieden und die Entfernung der Bundestruppen. — Die grossmächtlichen Widersprüche. — Der Gasteiner Vertrag und mein Besuch in Wien. — Eine geschichtschreibende Depesche.

Es war Tücke des Schicksals, wie sie zuweilen im Leben des Einzelnen gleichwie der Gesamtheit vorkommt, dass gerade das deutsche Land, welches sich für die Befreiung der Herzogthümer am meisten erwärmt und geregt hatte, aus dessen Mitte der Vertreter des Deutschen Bundes in dieser Sache auf eine europäische Konferenz berufen worden war, das erste Opfer der

vollzogenen Befreiung werden sollte. *Infandum regina jubes renovare dolorem,* möchte ich ausrufen, wenn ich an die Rendsburger Vorgänge zurückdenke. Eben deshalb werde ich meine Aufzeichnungen über den Schluss jenes mir unvergesslichen Jahres 1864 auf ein geringes Mass beschränken, wie dies ohnedies dann angezeigt ist, wo man vom handelnden zum leidenden Theil wird.

Nach dem Schluss der Londoner Konferenz wurden die Feindseligkeiten alsbald wieder eröffnet, ohne dass — und dazu hatte, wie aus den vorausgehenden Kapiteln erhellt, die Konferenz redlich geholfen — die deutschen Mächte auf die Neutralen die geringste Rücksicht zu nehmen nöthig hatten. Das Schicksal Dänemarks vollzog sich denn auch durch baldige Unterwerfung. Waffenstillstand, Präliminarien und Frieden kamen in rascher Folge.

Oesterreich und Preussen hatten weder einen Eroberungskrieg unternehmen, noch Dänemark für etwas büssen lassen wollen, was es ihnen selbst gethan hat. Das kleine Königreich wurde mit Krieg überzogen, damit es begründeten Anforderungen des Deutschen Bundes gerecht werde. Um juristisch zu sprechen, hatten die Mächte zwar nicht als Mandatare, wohl aber als *negotiorum gestores* des Bundes gehandelt. Nicht nur juristischer-, sondern auch logischerweise war der Bund, welcher vermöge eines den beiden Mächten gemeinsamen Beschlusses Holstein besetzt hielt und dessen Betheiligung an den Londoner Verhandlungen stattgefunden hatte, unzweifelhaft berufen, bei dem Friedensschluss ein Wort mitzusprechen; dies um so mehr als, nachdem die deutschen Mächte auf der Konferenz die Trennung der Herzogthümer von Dänemark unter dem Scepter des Herzogs von Augustenburg proklamirt und sich bei dem diesen Ausspruch sanktionirenden Bundesbeschluss betheiligt hatten, sie nicht etwas für sich selbst cediren lassen konnten, was nach ihren eigenen Kundgebungen dem welcher es cedirt nicht, wohl aber einem Anderen gehörte. Sicherlich hat keine der deutschen Regierungen

damals die Rücksichten ausser Acht gelassen, welche sie bei den bezüglichen Verhandlungen am Bunde zu nehmen hatten [1]). Um so weniger durften andererseits die Rücksichten vergessen werden, welche bei dem thatsächlichen Vorgehen der Mächte der Bund und seine Glieder, insbesondere aber die Regierungen verdienten, welche auf Geheiss des Bundes eine militärische Stellung in Holstein eingenommen hatten. Es geschah das Gegentheil, wobei Oesterreich allerdings nur der duldende, Preussen aber der handelnde Theil war. In Preussen, wo man doch sonst auf militärische Disciplin und militärische Ordnung zu halten wusste, konnte man nicht übersehen, dass der in Rendsburg kommandirende sächsische General nur den Befehlen und Aufforderungen Folge leisten durfte, welche die Bundesversammlung an ihn ergehen liess. Wurde es nicht übersehen, dann wurde es nicht der Beachtung werth befunden, denn sonst hätte nicht an den Prinzen Friedrich Karl der Befehl des Königs von Preussen ergehen können — so lautete das Schreiben des Prinzen an den Befehlshaber der Bundestruppen —, sich zum Herrn von Rendsburg zu machen, und dasselbe mit 6000 Mann zu besetzen. Die zwischen preussischen, hannöverischen und sächsischen Soldaten verübten Excesse, welche grösstentheils Folge der fortwährenden Neckereien waren, denen die Bundestruppen sich ausgesetzt sahen und welche in übertriebenster Weise dargestellt wurden, waren eine sehr schwache Motivirung für ein so inkorrektes Vorgehen. Dass General von Hake es nicht auf die Anwendung der Gewalt ankommen liess, mache ich ihm nicht zum Vorwurf; dessen jedoch bin ich gewiss.

---

[1]) Zwar riefen einige Abstimmungen, insbesondere die von Bayern und Sachsen, geharnischte Noten hervor, welche von Berlin nach München und Dresden ergingen. In der Beilage des gegenwärtigen Kapitels findet sich meine damalige Entgegnung, die für meine Leser vielleicht nicht ganz ohne Interesse sein dürfte, namentlich in Betreff des sich fast prophetisch ausnehmenden Passus über Bundesmajorität und Bundesbruch, eine Frage, welche zwei Jahre später mit Waffengewalt im entgegengesetzten Sinne zur Entscheidung gebracht wurde.

dass, wenn er es gethan hätte, ihn keine Verantwortung für die Folgen hätte treffen können. Dass die Bundesversammlung sein Verhalten guthiess, womit zugleich den preussischen begütigenden Aufklärungen nachgeholfen wurde, konnte der sächsischen Regierung nur genehm sein.

Dass aber eine tiefe Verbitterung in den Gemüthern zurückblieb und Reibungen nicht mehr zu vermeiden waren, lässt sich begreifen. Es hatte dieser Zustand den Entschluss der sächsischen Regierung zur Folge, ihre Truppen, nachdem deren Zurückziehung durch den Bund verfügt war, nicht auf dem geraden Wege durch preussisches Gebiet, sondern auf der Eisenbahn durch Hannover, Hessen und Bayern transportiren zu lassen. Mein Biograph Dr. Ebeling, der, wie ich an einer früheren Stelle bemerkte, für seine Lobpreisungen in einem von Zeit zu Zeit entfesselten scharfen Tadel den nöthigen Passirschein erkannte, glaubt auch hier erwähnen zu sollen, dass ich die damalige Massregel bereut habe. Dazu hatte ich um so weniger Veranlassung, als die Anfechtung eine geringe war. Gewisse Blätter durften wohl darin eine preussenfeindliche Absichtlichkeit wittern, in den Berliner Regierungskreisen war man damit gar nicht unzufrieden, nachdem man von dort aus in Dresden dringend zur raschesten Beförderung gerathen hatte. Die sächsische Regierung lief Gefahr, die durch den Umweg verursachten Mehrkosten nicht ersetzt zu erhalten, woran aber in anerkennenswerther Weise ernstlich von keiner Seite gedacht wurde; dagegen stand Vieles und Folgenreiches auf dem Spiel, wenn die Beförderung durch preussisches Gebiet erfolgte. Das Verhalten der Militärpersonen hatten beide Regierungen wohl in der Hand, nicht aber das der nicht militärischen Individuen, deren Provokationen mit ihren möglichen Folgen nicht zu berechnen waren.

War, wie ich es früher gezeigt, das Vorgehen der beiden Mächte vor dem Wiener Frieden an Widersprüchen reich, so war dasselbe nach dem Wiener Frieden daran nicht ärmer. Diese *contradictiones in adjecto* waren für Preussen zweckdienlich, für

Oesterreich verderblich. Ohne sie hätte das Eine nichts gewonnen, das Andere nichts verloren. Für Preussen waren jene widerspruchsvollen Kreuz- und Querzüge selbst aufgesteckte Irrlichter — ich mag nicht aussprechen, für wen der Sumpf blieb.

In die Reihe der Unverträglichkeiten gehörte denn auch die gleichzeitige Behauptung des Standpunkts eines durch Waffenerfolge und Abtretung gewonnenen Ländererwerbes und die Umfrage nach dem rechtmässigen Herrn dieser Länder. Dass der Herzog Friedrich von Augustenburg als solcher vor Deutschland wie vor Europa proklamirt worden war, hinderte die beiden Mächte nicht, dessen Berechtigung als eine offene Frage zu behandeln und unter Hinzunahme oldenburgischer und auch brandenburgischer Ansprüche zunächst deren Lösung auf dem Wege kronjuristischer und austrägal-gerichtlicher Entscheidung zu versuchen. Dieser Behandlungsweise, welche übrigens österreichischerseits immer mit einer Art Vormerkung der Augustenburger Priorität verbunden blieb, standen die Anschauungen anderer Bundesregierungen entgegen, welche die durch die Londoner Erklärung und den derselben sich anschliessenden Bundesbeschluss vollzogene Anerkennung des Herzogs Friedrich als eine unwiderrufliche betrachteten und konsequent auf diesem Standpunkt beharrten. Dahin gehörten vorzugsweise Bayern, Sachsen und Grossherzogthum Hessen. Hannover hatte sich jederzeit dem Augustenburger abgeneigt gezeigt. Die Auffassung jener Regierungen entsprach den aktenmässigen Vorgängen eben so wohl als der Würde des Bundes, jedenfalls mehr als das, was sich vollzog. Es wurde Seitens der beiden Mächte geltend gemacht, jene von Oesterreich, Preussen und dem Bunde auf der Londoner Konferenz abgegebene Erklärung sei nach dem Wortlaut des betreffenden Protokolls eine „Proposition“ gewesen. Ich glaube in meiner Aufzeichnung über die Londoner Konferenz nicht vergessen zu haben, daran zu erinnern, wie anfechtbar die unter oberster Leitung des russischen Botschafters redigirten Protokolle waren: allein abgesehen hiervon ist im französischen diplomatischen Sprach-

gebrauch das Wort *proposition* etwas ganz Anderes als das, was das deutsche Wort „Vorschlag“ bedeutet, nämlich etwas, was durch Nichtannahme des anderen Theils hinfällig wird; es hat vielmehr den Sinn einer den eigenen Standpunkt präzisirenden Erklärung. Hienächst konnte es unmöglich die Absicht, zum mindesten nicht die eingeständliche Absicht gewesen sein, mit einem „Vorschlag“ die Successionsfrage in einem deutschen Lande der Entscheidung eines europäischen Kongresses zu unterstellen. Bei einem „Vorschlag zur Güte“ pflegt man überdies in einer Verhandlung Rücksicht darauf zu nehmen, dass für den anderen Theil doch etwas Gewinnendes darin liegen könnte. Hier aber gab es mit Ausnahme Frankreichs, wo man sich nur über den vierfachen Namen des Prätendenten amüsirte — *puisse son règne être aussi long que son nom!* las man in einem Pariser Blatt, — keinen der mit Deutschland verhandelnden Theile, dem nicht die „vorgeschlagene“ Person die unsympathischeste gewesen wäre. Das wichtigste und entscheidendste Moment aber war der Wortlaut der auf der Londoner Konferenz abgegebenen Erklärung, denn es hiess dort, dass „der Erbprinz von Augustenburg nicht nur in den Augen Deutschlands die meisten Rechte auf die Nachfolge in den Herzogthümern geltend machen könne und dessen Anerkennung durch die deutsche Bundesversammlung gesichert sei, sondern dass derselbe auch unzweifelhaft die Stimmen der immensen Majorität der Bevölkerung dieser Länder auf sich vereinige.“ Ich bemerkte oben, österreichischerseits sei bei jenen Erklärungen im Sinne der offenen Rechtsfrage dem Augustenburger eine gewisse Priorität gewahrt worden. Nicht ohne Einfluss darauf war die Thätigkeit des nach Wien entsendeten Augustenburger Agenten, des früheren Weimarischen Ministers von Wydenbrugk, eines ebenso intelligenten als liebenswürdigen Mannes, den ich während der Exilzeit von 1866 in Wien öfters zu sehen Gelegenheit hatte. Ob der dem Grafen Mensdorff nahe verwandte und befreundete Herzog von Coburg auch sein Theil daran gehabt, lasse ich dahingestellt. Gewiss aber ist, dass in

Wien das Gefühl sich mehr der mittelstaatlichen als der preussischen Anschauung zuneigte. Das Unglück war — ich meine damit nicht etwa, es sei ein Unglück, dass die Herzogthümer zu einer preussischen Provinz wurden, sondern es sei ein Unglück gewesen, dass man in Wien nicht etwas that, womit der Krieg von 1866 vermieden worden wäre — also es war ein Unglück, dass in Wien die im Grunde vorherrschende Ansicht, die ja vom rein österreichischen Standpunkt aus um so mehr die gesunde war, als aus dem nordischen Länderbesitz Oesterreich nur pekuniäre Opfer und politische Verwicklungen erwachsen konnten, nicht vom Anfang an zum Ausdruck, sondern erst nach und nach und erst dann zur vollen Geltung gelangte, nachdem man sich Preussen gegenüber noch mehr die Hände gebunden, und die annexionistische Bewegung in den Herzogthümern um sich gegriffen hatte. Wäre das kaiserliche Kabinet alsbald nach dem Wiener Frieden mit einer entsprechenden Kundgebung hervorgetreten, die Bismarck'schen Zirkel wären in einer mehr als empfindlichen Weise gestört worden. Dass ein solcher „kühner Griff“ nicht geschah, bin ich nicht gemeint zu beurteilen. Wohl aber bin ich der Ueberzeugung, dass Oesterreich in der Lage war, zu thun und zu erreichen, was der Franzose mit einem bekannten Worte kennzeichnet — die verwandte deutsche Ausdrucksweise schien mir des Gegenstandes nicht ganz würdig — nämlich *„faire trois pierres d'un coup“*. Man konnte die öffentliche Meinung in Deutschland für lange Zeit gewinnen, man konnte den Bund, dessen Werth für Oesterreich zu bemessen, man doch genug an der Abneigung Preussens gegen denselben gelernt hatte, neu beleben und befestigen, und man konnte gleichzeitig Preussen sich verbinden. Dazu gehörte ganz einfach, dass man von Haus aus sich des Erbprinzen von Augustenburg bemächtigte, wozu nach dem oben Gesagten die Mittel ja nicht fehlten, und in sehr bestimmter Weise als Preis der ihm zu gewährenden Unterstützung verlangte, dass er sich den preussischen Forderungen füge. Nach dem Verlauf, den die Dinge genommen haben,

werden der hohe Herr und seine Freunde kaum behaupten wollen, dass die Zumuthung zu stark gewesen sein würde; wohl aber hätte die Betrachtung sicherlich Eingang gefunden, dass ein erst zu errichtender Staat weitgehende Zugeständnisse leichter machen kann, als ein bereits bestehender. Oesterreich hatte solchergestalt die Dinge in der Hand, und irgend ein Interesse konnte es nicht abhalten, Preussen den Kieler Hafen und militärische sowohl als administrative Vorrechte jenseit der Elbe zu gönnen. Anstatt dessen zeigte sich der Erbprinz bei den Verhandlungen in Berlin spröde, weil er auf österreichische Unterstützung rechnete, und das Weitere gehört der unabänderlichen Geschichte.

Noch kam ein Moment, wo Oesterreich — um ein etwas triviales aber das Richtige treffende Wort zu gebrauchen — gut abschneiden konnte. Es war der letzte meiner guten und unbefolgten Rathschläge. Wie ich alljährlich zu thun pflegte, begab ich mich auch im Jahre 1865 nach Gastein und hielt mich auf der Heimreise einige Tage in Wien auf. Ich wurde von Seiner Majestät dem Kaiser empfangen, hatte wiederholte Besprechungen mit Graf Mensdorff und speiste bei Letzterem in seiner Villa in Weidlingau mit den Grafen Moritz Esterházy und Bloome. Dem Grafen Mensdorff hinterliess ich ein Mémoire, worin ich meinen Gedanken zur Erwägung stellte. Ich finde kein Bedenken, diesen Gedanken hier auszusprechen. Davon ausgehend, dass Oesterreich in Folge des Mitbesitzes und der Mitbesetzung der Herzogthümer in eine kriegerischen Verwicklungen nicht unzugängliche Lage versetzt sei, einen Krieg mit Preussen aber ebenso gewiss vermeiden wolle, als es einer ehrenvollen Lösung bedürfe, hielt ich die Vorfrage für entscheidend, ob sich für Oesterreich in dieser Lage ein spezifisch österreichisches Interesse befinde; und nachdem diese Frage zu verneinen, dagegen anzuerkennen sei, dass Oesterreich nur für ein deutsches Interesse gekämpft und erobert habe, gelangte ich zu der Ansicht, dass es für Oesterreich angezeigt sei, sich an das bestehende offizielle Organ

Deutschlands, die Bundesversammlung zu wenden und unter Provozirung eines Beschlusses die Frage zu stellen, ob der Deutsche Bund das Verbleiben Oesterreichs in den Herzogthümern wolle oder nicht. Im Verneinungsfalle liess Oesterreich seine Truppen in allen Ehren und mit klingendem Spiel abziehen; im bejahenden hatte es für die weiteren Verhandlungen die Majorität der Bundesversammlung auf seiner Seite, und einen Anspruch auf eventuelle materielle Unterstützung im Fall des Konfliktes.

Ich bin der Meinung, dass dieser Gedankengang auf meiner Seite nicht die geheime Absicht verrieth, zum Krieg zu drängen. Den Grafen Mensdorff, soweit ich dies in mündlichem Verkehr wahrnehmen konnte, sprach die Idee sichtlich an. Bei Graf Esterházy und Graf Bloome mochte dieselbe eine weniger günstige Aufnahme gefunden haben, und die Absendung des Letzteren nach Gastein war bereits beschlossen [1].

Als ich ein Jahr später österreichischer Minister geworden war, forschte ich vergeblich nach jenem Mémoire. Dem Kaiser hat es nie vorgelegen.

Als ich in Gastein ankam, war die dessen Namen tragende Konvention abgeschlossen. „Wir haben,“ sagte Graf Bismarck zu mir, „mit Oesterreich ein weniger feuergefährliches Abkommen getroffen.“ Als ein solches hat sich das Abkommen allerdings nicht bewährt, was nur dem gewöhnlichen Laufe der Dinge entsprach. Wenn zwei Associés zwei Landgüter oder zwei Fabriken besitzen und über die Verwaltung in Unfrieden gerathen, wird allerdings das beste Mittel für den Frieden sein, dass sie theilen und der Eine das eine, der Andere das andere Objekt nimmt. Wenn sie aber dabei fortfahren sollen, auf gemeinschaftliche Rechnung zu verwalten, so werden die Dinge schlimmer als zuvor, denn dann behält nicht nur ein jeder seine eigene Ansicht,

[1] Die jene Wiener Besprechungen betreffenden Sätze sind einer von mir bereits im Jahre 1881 unter dem Titel „Erinnerungen zu Erinnerungen“ herausgegebenen Vertheidigungsschrift, welche keinerlei Reklamation zur Folge hatte, wörtlich entnommen.

sondern er geht auch seinen eigenen Weg. Natürlich musste Oesterreich sich bei den neuen, erst recht unvermeidlichen Konflikten im Unrecht befinden. Wenn es von dem ihm unzweifelhaft zustehenden Rechte der Einberufung der Stände in dem seiner Obhut anvertrauten Holstein Gebrauch machte, so war es ein Verrath an Preussen; wenn dagegen die nach Annexion verlangenden Holsteiner Adels-Deputationen in Berlin empfangen wurden, so war dies kein Verrath an Oesterreich.

Dass inmitten dieser grossmächtlichen Schachzüge der Deutsche Bund einem Auflösungsprozess mehr und mehr sich ausgesetzt sah, ist begreiflich; weniger begreiflich aber und um so mehr anerkennenswerth war es, dass 1866 die Berufung Oesterreichs an den Bund keine vergebliche blieb. Und dennoch reden noch heute österreichische Blätter so gern von der Bundestags-Misère. Ich nehme es als ein Verdienst für die Regierungen von Bayern, Sachsen und Grossherzogthum Hessen in Anspruch, dass sie auch unter ungünstigen Umständen die Bundesfahne hoch hielten und, nachdem ein von ihnen gestellter, durch den geschichtlichen Verlauf motivirter Antrag auf Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg einem Ausschuss zum stillen Begräbnis überwiesen worden, mit der nachfolgenden Erklärung vom Kampfplatz abtraten:

„Die Regierungen von Bayern, Königreich Sachsen und Grossherzogthum Hessen verzichten darauf, in nähere Darlegung dessen einzugehen, was Seitens der hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen inmittelst (seit dem 6. April) geschehen ist. Es erscheint ihnen müssig, daran zu erinnern, dass Schritte geschehen sind, welche mehr und mehr darauf abzielen, die nationale Frage von Schleswig-Holstein einem thatsächlichen Abschlusse zuzuführen, ohne die Stimme des erbberechtigten Fürsten, der Herzogthümer selbst und des Deutschen Bundes zu hören und zur Geltung kommen zu lassen. Wenn die Mehrheit hoher Bundesversammlung, wie es den Anschein gewinnt, gemeint ist, sich diesem Verlauf gegenüber, wenn nicht ausdrücklich billigend, doch

stillschweigend zu verhalten, so haben die genannten drei Regierungen diesen Mehrheitsbeschluss, so tief sie denselben ihrer innersten Ueberzeugung nach beklagen müssen, dennoch zu achten, und es steht nicht in ihrer Macht, ihren Bestrebungen für eine andere Haltung des Bundes den gewünschten Erfolg zu verschaffen. Wohl aber glauben sie, nachdem sie alle ihnen nach der Bundesverfassung zu Gebote stehenden Mittel erschöpft haben, sich selbst schuldig zu sein, zu erklären, dass, sofern und solange nicht dem Bunde zu einer von der Grundlage des Rechtes ausgehenden Berathung und Beschlussfassung Aussicht geboten wird, sie ihre Aufgabe und Thätigkeit in dieser Angelegenheit innerhalb der Bundesversammlung als abgeschlossen betrachten und sich auf eine laute und entschiedene Verwahrung gegen jede dieser Grundlage fremde Abmachung beschränken werden."

An dieser Stelle nehme ich eine Depesche auf, die ich etwas später an den sächsischen Gesandten in Berlin, Graf Hohenthal, richtete, und zwar deshalb, weil sie die Beziehungen zwischen den Grossmächten und den übrigen Bundesstaaten, allerdings mit einiger Schärfe, beleuchtet. Nicht an der Kleinstaaterei ist der Deutsche Bund zu Grunde gegangen — die Schweiz hätte längst aufgehört, das zu sein, was sie ist, wäre ihr die Ehre beschieden gewesen, zwei Grossmächte Eidgenossen nennen zu dürfen.

Man wird mir vielleicht einhalten, ob es recht sei, angesichts der weltbeherrschenden Stellung des neuen Deutschen Reiches solche Rückblicke anzustellen. Ich erwidere, dass ich Geschichte schreibe, und daher Gegenwart und Zukunft nicht in die Vergangenheit hineintragen kann.

Depesche des Freiherrn von Beust an Graf Hohenthal in Berlin.

Eurer Excellenz neuester Bericht erwähnt, dass in den dortigen ministeriellen Kreisen man sehr lebhaft die „Popularitätssucht" und den „Liberalismus" der sächsischen Regierung gerügt habe, mit dem Bemerken: man wisse sehr wohl, dass diese Wandlung nicht allein

lediglich in dem Antagonismus gegen Preussen ihre Genesis habe, sondern, dass man auch hier diese Genesis ganz offen eingestehe. Ihrem Wunsche gemäss habe ich von dieser Mittheilung Herrn von der Schulenburg gegenüber keinen Gebrauch gemacht, obschon es mir sehr daran gelegen gewesen wäre, ihm durch einige eingehende Bemerkungen Anlass zu aufklärender Berichterstattung zu geben. Um so weniger darf ich anstehen, mich gegen Euer Excellenz über jene Auffassung auszusprechen, damit Sie bei passender Gelegenheit in gleicher Weise sich äussern können. Ich will mich bei der naheliegenden Betrachtung nicht aufhalten, dass es ein bemerkenswerthes Bekenntnis ist, wenn man in Berlin dieses Popularitätsbestreben und also wohl auch einen Erfolg desselben als eine Wandlung hinstellt, die im Antagonismus gegen Preussen ihren Stützpunkt finde. Vielmehr hoffe ich mit den nachfolgenden Bemerkungen zu dem Schlusse zu gelangen, dass die Genesis allerdings in Preussen, aber nicht im Antagonismus gegen Preussen zu suchen sei. Die Erscheinung, um die es sich handelt, ist indessen von einer viel allgemeineren Bedeutung, und ich halte es der Mühe werth, etwas weiter zurückzugehen.

Wenn in einem Bunde Staaten von sehr verschiedener Grösse vereinigt sind, so ist ohne Zweifel die Rückwirkung dessen, was in den grössten derselben vorgeht, auf die mittleren und kleineren viel fühlbarer, als dies umgekehrt der Fall sein kann. Auf den Regierungen der grössten Staaten ruht daher in dieser Richtung, bei der Handhabung und dem Wechsel ihrer Regierungssysteme, eine bei Weitem grössere Verantwortung, als eine solche den minder mächtigen Regierungen aufzubürden erlaubt ist. Gleichwohl ist dieser, wie mir scheint, unbestreitbaren Wahrheit seit dem Bestehen des Bundes sehr wenig Rechnung getragen worden. Fassen wir kurz ins Auge, was in dem Zeitraum von 1815—1848, was bei dem Ausbruch der Katastrophe dieses Jahres und seitdem geschehen ist. In dem erstgedachten langen Zeitraum hat — das mag man immerhin dankbar anerkennen — die ungetrübte Eintracht unter den beiden Grossmächten den inneren Frieden Deutschlands gesichert. Aber vergessen darf man nicht, dass die in der Bundesakte liegenden Keime einer nationalen und zeitgemässen Entwicklung von den Grossmächten, obschon sie dazu den Beruf hatten, nicht allein nicht gepflegt und gefördert, sondern dass auch Versuche, welche einzelne minder mächtige Regierungen in dieser Richtung machten, von ihnen zurückgedrängt wurden. Noch nachtheiliger und verderblicher für das Leben in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten, namentlich in den ersteren, war ein anderer

Verlauf der Dinge, wobei wiederum ein Vorwurf nur auf Seiten der mittleren und kleinen Staaten Deutschlands ein berechtigter war. Entsprechend dem Artikel XIII. der Bundesakte hatte die Mehrzahl der Regierungen in diesen Staaten nach und nach verfassungsmässige Zustände eingeführt. Man kann, sehr vereinzelte Erscheinungen abgerechnet, schwerlich behaupten, dass hiedurch die Sicherheit und das Interesse der beiden Grossstaaten gefährdet worden seien. Dass aber die Regierungen der letztern den in anderer Beziehung von ihnen zur Passivität verurtheilten Bund in Bewegung setzten, um das konstitutionelle System in den andern Staaten zu beengen, hat diesen den doppelten Nachtheil zugefügt: zugleich die Achtung vor der Selbstständigkeit der Regierungen und den Bund selbst herabzusetzen, woran sie ihren Hauptstützpunkt finden sollten. Dieser Zustand war es hauptsächlich, der die Katastrophe von 1848 vorbereitete. Als nun diese zum Ausbruch kam, hätte es um so mehr den Regierungen der Grossstaaten obgelegen, nachdem sie einmal jene Bevormundung übernommen hatten, den von der Bewegung bedrohten Regierungen Schutz und Halt zu gewähren. Man weiss, dass dies nicht geschah und die einzelnen Staaten sich selbst überlassen blieben. So hatte denn jeder derselben seine Märztage, sein Märzministerium und sein Märzprogramm. Allein auch diese unblutige Wandlung hätte noch einen geordneten und allmählich erstarkenden Verlauf nehmen können, wenn nicht ein heftigerer Rückschlag von Wien und namentlich von Berlin gekommen wäre. Der Strassenkampf in der preussischen Hauptstadt, die Entfernung der siegreichen Truppen, der Königsritt gaben das Signal zu der Aufstellung und Verfolgung der weitestgehenden Forderungen. Auch jetzt hatten wieder die Regierungen der deutschen Mittelstaaten weit mehr an den Folgen fremder Handlungen als ihrer eigenen zu leiden, und es war daher schon insofern nur die Erfüllung einer moralischen Pflicht, als später Preussen seine bewaffnete Macht zur Verfügung stellte, um einem Zustande ein Ende zu machen, der durch sein eigenes Gebahren geschaffen worden war.

Ich komme zu dem, was seitdem geschah. Mit den Dresdener Konferenzen, deren Erfolglosigkeit für eine Reform und Kräftigung des Bundes mindestens den Mittelstaaten nicht allein aufgebürdet werden kann, wurde wenigstens die Eintracht wiederhergestellt. In fast allen deutschen Staaten, in den grossen wie in den mittlern und kleinen, befolgte man unter den natürlichen Rückwirkungen einer Zeit der Ueberstürzung und deren sehr fühlbar gewesener Folgen ein System, das weniger den Namen einer gehässigen Reaktion, als den

einer ängstlichen Vorsicht verdiente. Da trat plötzlich in Preussen ein Wechsel ein, der ohne alle zwingende Nothwendigkeit sich nicht darauf beschränkte, erkannte Mängel und Fehler zu verbessern, sondern mit grossem Eclat einen radikalen Umschwung in Scene setzte, dessen ganzer Zuschnitt dazu angethan war, das in den andern deutschen Staaten bestehende System lächerlich und gehässig erscheinen zu lassen. Bald darauf brachte der Ausgang des italienischen Kriegs in Oesterreich eine Wandlung hervor, welche, wenn auch in geringerm Grade, doch ebenfalls durch rasche und weitgreifende Uebergänge gleiche Wirkungen äusserte. Diesen Umgestaltungen gegenüber hat die sächsische Regierung, wenn auch nicht sofort, doch nach und nach und ruhig fortschreitend, in liberalere Bahnen eingelenkt. Sie hat sich dabei mehrfach zu überzeugen Gelegenheit gehabt, dass eine grössere Beschränkung der Polizeigewalt, eine weniger ängstliche Handhabung der Press- und Vereinsgesetze nicht allein ohne Gefahr, sondern sogar weit besser als das frühere Verfahren geeignet sei, verderbliche Parteibestrebungen zu vereiteln. Sie ist nach diesen Erfahrungen um so mehr zu dem Entschluss gelangt, das nunmehr angenommene neue System, zu dem der erste Impuls gerade von Preussen aus gegeben worden war, ohne Rücksicht auf den inzwischen dort eingetretenen Systemwechsel festzuhalten und weiter zu verfolgen. Allerdings hat die sächsische Regierung dabei zwei politische Betrachtungen in den Kreis ihrer Erwägungen aufgenommen. Sie hat sich einestheils gesagt — und diese Betrachtung ist ihr von dem unter dem Ministerium Bismarck gerade in den letzten zwei Jahren befolgten System nahegelegt worden — dass eine in ihrer bundesgemässen Stellung bedrohte Regierung vor Allem darauf hingewiesen sei, ihre Unabhängigkeit dem eigenen Lande gegenüber durch Selbstständigkeit des eigenen Regierungssystems zu bethätigen und im guten Vernehmen mit dem eigenen Volk und dessen Vertretung zu leben. Alsdann hat sie aber auch eine Eventualität ins Auge zu fassen gehabt, welche der preussische Ministerpräsident erst kürzlich in öffentlicher Kammersitzung andeutete, indem er sagte: ein liberales Ministerium werde doch über lang oder kurz kommen. Bei dem Eintritt dieser Eventualität wollen wir ebenso wenig uns in der selbstständigen Leitung unserer inneren Angelegenheiten stören lassen, als wir eine Rückwirkung des gegenwärtigen preussischen Systems auf dieselbe zugelassen haben. Betrachtungen dieser Art würden uns nicht bestimmen, Massregeln zu ergreifen, die wir an sich für nachtheilig, oder andere zu unterlassen, die wir an sich für heilsam zu halten hätten; allein sie können sehr wohl dazu

dienen, uns in der Ueberzeugung von der Güte des angenommenen Systems im Allgemeinen zu bestärken.

Man sieht hieraus, dass es kein Antagonismus gegen Preussen ist, der unsere Schritte leitet, obschon sie mit dem, was in Preussen vorgegangen ist und noch vorgeht, in mancher Wechselwirkung stehen. Ob wir unsererseits nicht weit mehr Ursache hätten, über das, was in Preussen geschieht, zu klagen? ob ein System, welches fortwährend herausfordernd alle revolutionären Elemente in Gährung versetzt, welches das öffentliche Vertrauen zu verfassungsmässigen Zuständen, ja zu dem Schutz der Rechtspflege erschüttert, nicht über lang oder kurz auf die übrigen deutschen Staaten in verderblicher Weise zurückwirken muss? das sind Fragen, die der Beantwortung kaum bedürfen. Dass diesem System ein Antagonismus gegen die deutschen Mittelstaaten zu Grunde liege, fällt uns gewiss nicht ein, behaupten zu wollen, obschon es nur Theil eines allgemeineren Systems ist, das von einem besonderen Wohlwollen gegen diese Staaten nicht gerade zeugt. Allein soviel ist gewiss, dass jene Konsequenzen, die uns so tief zu berühren drohen, Seitens der preussischen Regierung nicht der entferntesten Beachtung gewürdigt werden.

Ich füge noch einige Worte über das „Popularitätsbestreben“ hinzu. Wie ich schon oben bemerkt, hat man dabei nicht blos das Bestreben, sondern die Popularität selbst im Auge, weil, wenn diese nicht hinzukäme, man sich um das Bestreben wenig bekümmern würde. Diese Popularität ist allerdings in einem gewissen Grad vorhanden. Sie ist aber nicht entstanden und hätte nicht entstehen können durch ein Liebäugeln mit der öffentlichen Meinung — ein Gebahren das den Absichten und Anschauungen Seiner Majestät des Königs ganz entgegen sein würde. Wohl aber ist sie vornehmlich dem zu danken gewesen, dass die Regierung, nach dem Willen unseres allergnädigsten Herrn, in mehreren wichtigen Fragen mit entschiedener Selbstständigkeit den Interessen und Wünschen des Landes gemäss vorgegangen ist. Ich nenne dabei den französischen und italienischen Handelsvertrag — Vorgänge an denen man in Preussen nicht wohl wird Anstoss nehmen wollen — und dann die schleswig-holsteinische Frage. Sie ist ferner dem Umstande zu verdanken, dass die Regierung, ohne sich ihrer Selbstständigkeit und ihrer Autorität zu entäussern, ihre Aufgabe nicht darin erblickt, mit Schroffheit aufzutreten und durch ihre Sprache zu verletzen, sondern vielmehr darin, sich keiner Erwägung entgegenstehender Ansichten zu verschliessen, durch Ueberzeugung zu wirken und durch achtungsvolle Behandlung der Landes-

vertretung die Verständigung mit derselben zu erleichtern. Die Regierung sucht die Popularität nicht auf; wo sie aber derselben in der Gestalt eines vertrauens- und rücksichtsvollen Entgegenkommens begegnet, hält sie dieselbe in Ehren und weiss sie zu schonen. Dass sie ihre gewissenhafte Ueberzeugung einem Streben nach Popularität nicht unterordnet, dafür würde ein aufmerksamer Beobachter in unsern Oppositionsblättern zahlreiche Belege finden können.

Ich habe nicht nöthig, Eure Excellenz darauf aufmerksam zu machen, dass gegenwärtiger Erlass weder zur Vorlage an das preussische Ministerium noch zu irgend welcher anderweitiger Mittheilung geeignet und bestimmt ist. Er hat lediglich den bereits hervorgehobenen Zweck, Eure Excellenz in den Stand zu setzen, die darin enthaltenen Momente bei geeigneter Gelegenheit gesprächsweise zu verwerthen.

XXIX. Kapitel.

1866.

Das Jahr der Entscheidung, das letzte Halbjahr des Deutschen Bundes.

Wer sich dessen erinnert, was die vorausgehenden Kapitel erzählen, wer sich vergegenwärtigt, was drei Jahre hindurch, nicht von unten nach oben, sondern von oben nach unten, mit dem Bunde getrieben worden war, der hat heute Mühe zu begreifen, dass dessen Ende für die Mehrzahl der Zeitgenossen ein überraschendes Ereignis sein konnte, und dennoch, es mögen die Klugen und Weisen sich noch so sehr gegen diese Behauptung sträuben, war es so — allerdings nicht für Diejenigen, deren Bestrebungen kein anderes Ziel gekannt hatten.

Der oftgenannte Abgeordnete Braun-Wiesbaden, welcher mir persönlich nie bekannt wurde, mir aber wiederholt die Ehre erwies, sich mit meiner Person zu beschäftigen, erzählte in einem später von mir zu erwähnenden Feuilleton der Wiener „Neuen freien Presse“: Der nassauische Ministerpräsident Prinz Wittgenstein habe in Bezug auf mein Reformprojekt 1861 geäussert:

„Ja, wie kann man den Bund umgestalten? Wenn man einem Buckligen den Buckel abschneidet, so stirbt er.“ Der Einfall sieht meinem alten Freund Wittgenstein, dessen Gegenwart bei den mittelstaatlichen Ministerkonferenzen stets die gute Laune der Theilnehmer verbürgte, sehr ähnlich; der gewählte Vergleich hätte aber auch in anderer Richtung gemacht werden können. Die Buckligen sind von weniger gefälligem Aeussern, so auch war es der Bund, unfähig aber sind sie erfahrungsmässig nicht, im Gegentheil, und so war auch der Bund leistungsfähig, wenn man nur gewollt hätte. Wenn man aber mit einem Buckligen nichts Anderes anzufangen weiss, als dass man sich die ganze Zeit über seine Missgestalt lustig macht und ihn bald nach rechts, bald nach links stösst, so wird er freilich keine glänzende Rolle spielen. Trotzdem hat der Bund bis zuletzt eine schätzenswerthe Zähigkeit bewiesen; aus voller Ueberzeugung aber darf es ausgesprochen werden, dass diese Zähigkeit eine bei Weitem wirkungsvollere gewesen sein würde, wären die Streiche, die gegen ihn geführt wurden, von einer fremden Macht gekommen.

Jene Zähigkeit war indessen so stark, dass der offene Bundesbruch allein das Ende herbeiführen konnte. Es ist vollkommen müssig, die Frage zu untersuchen, auf welcher Seite im Juli 1866 das Recht gewesen sei, ob auf Seiten Oesterreichs, welches in Folge des gewaltsamen preussischen Vorgehens in Holstein die Mobilisirung beim Bunde beantragte, und den Mittelstaaten, welche diesem Antrage beipflichteten, oder auf Seiten Preussens, welches in der Annahme dieses Antrags durch die Majorität einen Uebergriff des Bundes erblicken wollte. Der Bundesbruch war längst zuvor in unbestreitbarer Weise durch das Bündnis Preussens mit Italien vollzogen, ein Bündnis abgeschlossen zu gemeinsamem Krieg gegen ein Bundesglied. Das war eine Handlung im direkten Widerspruch mit den Grundgesetzen des Bundes und das erste und einzige Beispiel in dessen fünfzigjähriger Geschichte.

Angesichts der vorstehenden Betrachtungen verlieren die Einzelnheiten dessen, was sich in der ersten Hälfte 1866 zutrug,

sehr an Interesse. Sie waren mehr oder minder logische Konsequenzen dessen, was 1865 geschehen war, insbesondere des im vorigen Kapitel eingehend beleuchteten Umstandes, dass Oesterreich zum Bund und zu der durch dessen Majorität vertretenen Augustenburger Sache erst dann zurückkehrte, nachdem es erst den Bund im Verein mit Preussen lahmgelegt und dann zu Gunsten Preussens das Gasteiner Abkommen getroffen hatte, welches für Oesterreich eine unklare und prekäre Stellung, für Preussen den Anfang einer klaren und bleibenden Besitzergreifung bedeutete.

Oesterreich also kehrte zu dem Bunde zurück und der Bund wusste Geschehenes zu vergessen, allein die logischen Folgen begangener Handlungen vermag keine Umkehr abzuwenden. Drei Jahre früher hatte Oesterreich gesagt: „Ich kann in einer Angelegenheit des Bundes den Bund nicht abhalten, meine Anträge zu verwerfen, ich kann ihn nicht zwingen, mit mir zu gehen; aber nichts hindert, mich als europäische Macht mit Preussen zu verbünden und das zu thun, was der Bund nicht will.“ Jetzt sagte Preussen: „Ich bin im Begriff, mich mit Oesterreich zu entzweien und möglicherweise den Streit im Wege der Gewalt auszutragen. Die Bundesakte verbietet wohl unter den Bundesgliedern die Selbsthülfe, aber nichts hindert mich, als europäische Macht zu handeln, Alliirte zu suchen, wo ich sie finde, und diejenigen Länder des Deutschen Bundes, die sich nicht mir anschliessen oder nicht strenge Neutralität zusichern, als Feinde zu behandeln.“ Dass der Eine in einem solchen Falle weiter geht als der Andere, ändert im Prinzipe nichts. Der wesentliche Unterschied zwischen der europäischen Stellungsnahme Oesterreichs 1863 und der europäischen Stellungsnahme Preussens 1866 bestand darin, dass die preussische dem eigenen Interesse entsprach, die österreichische dagegen dem eigenen Interesse widersprach.

Die oft geschmähten deutschen Mittelstaaten aber, welche sich mehrentheils entschiedener Missgunst nicht nur Seitens der Berliner, sondern auch Seitens der Wiener Presse zu erfreuen gehabt hatten, nahmen dem drohenden Konflikt gegenüber eine

Haltung ein, welche fern von Ueberhebung, fern von Parteinahme, fern von Preussenfeindlichkeit, aber auch fern von Kleinmuth, den korrekten bundesmässigen Standpunkt und zugleich auf das Unzweideutigste die Sache des Friedens vertrat, denn das darf mit vollster Gewissheit ausgesprochen werden: keine einzige der deutschen Regierungen wollte den Krieg, aber nicht alle begriffen die Nothwendigkeit, jener oben erwähnten bundestreuen Haltung den Nachdruck vereinter militärischer Bereitschaft zu geben. Dass Sachsen in dieser Beziehung nicht hinter seiner Aufgabe zurückblieb, sondern sich in den Stand setzte, am Tage der Entscheidung mit seiner vollzähligen und vollständig ausgerüsteten Armee ins Feld zu rücken, liess die Hand des mächtigen Nachbars schwer auf ihm lasten, sicherte aber ein ehrendes Blatt der Geschichte dieses Landes.

Zur Geschichte der letzten Tage des Bundes gehört inzwischen der Schriftenwechsel, welcher ausserhalb Frankfurts erfolgte.

Es ist erinnerlich, dass am 24. März 1866, unmittelbar nachdem zwischen Graf Karolyi und Graf Bismarck eine Auseinandersetzung stattgefunden hatte, welche ein darauf ergangenes österreichisches Circular als „einigermassen befriedigend“ bezeichnete, an die deutschen Regierungen eine preussische Depesche erging des Inhalts, dass mit Rücksicht auf die Unzulässigkeit des Bundesweges zur Austragung des Konflikts für die übrigen deutschen Staaten die Nothwendigkeit eintrete, „Stellung zu nehmen“. Zugleich wurde eine zweite „Nothwendigkeit“ betont, die nämlich, eine den realen Verhältnissen Rechnung tragende Bundesreform vorzunehmen, bei welcher Deutschlands und Preussens Interessen inniger verschmolzen würden.

Die Antwort, welche meiner Feder damals entfloss und welche in der Hauptsache sich mit den Entgegnungen der anderen mittelstaatlichen Regierungen begegnete, lasse ich hier folgen und ich denke, ihre etwas ausführlichen Darlegungen werden Denen, für welche ein gründlicher geschichtlicher Rückblick auf die damaligen Vorgänge Interesse hat, nicht unwillkommen sein, während für

diejenigen meiner Leser, bei denen diese Voraussetzung nicht zutreffen sollte, nichts leichter sein wird, als das Ueberschlagen eines den Schluss des Kapitels bildenden Schriftstückes.

Diese Depesche erging unterm 29. April an den k. sächsischen Gesandten in Berlin, Graf Hohenthal, und lautete wie folgt;

Depesche, ergangen an den königlich sächsischen Gesandten in Berlin am 29. April 1866.

Der uns vorliegende Erlass des Herrn Grafen von Bismarck beschäftigt sich zunächst mit der Stellung, welche Sachsen gegenüber dem zwischen Oesterreich und Preussen drohenden Konflikt in politischer Hinsicht eingenommen habe, und sodann mit kriegerischen Vorbereitungen, zu welchen man, anscheinend im Widerspruch mit dieser Stellung, geschritten sei. In beiden Beziehungen habe ich Folgendes aufklärend zu bemerken. Wenn ich mich nicht zu erinnern vermag, in meinen Unterhaltungen mit dem preussischen Herrn Gesandten die Innehaltung unbedingter Neutralität für das Programm der sächsischen Regierung erklärt zu haben, so ruht es mir dagegen in sehr frischem Gedächtnis, dass Herr von der Schulenburg wiederholt Anlass genommen hat, diese Neutralität im Fall eines Krieges zwischen Preussen und Oesterreich als etwas faktisch sehr Schwieriges, wenn nicht Unmögliches, zu bezeichnen — eine Auffassung die zusammengehalten mit manchen von Berlin aus direkt erhaltenen Nachrichten für die kgl. Regierung eine ernste Mahnung wurde, der Eventualität jenes kriegerischen Konfliktes nicht mit jener Ruhe und Sorglosigkeit entgegenzugehen, wie sie eine der Respektirung ihrer Neutralität sichere Regierung unter solchen Verhältnissen bewahren kann. Den Bundesstandpunkt aber haben wir allerdings nicht allein als den für uns massgebenden stets bezeichnet, sondern wir haben denselben auch unverrückt festgehalten. Diesem Standpunkt zufolge, welcher in einer diesseits adoptirten Depesche der kgl. bayrischen Regierung vom 8. März ausführlich dargelegt wurde, ist ein Krieg zwischen Bundesgliedern nach den Bundesgrundgesetzen unzulässig; den übrigen Bundesgliedern steht aber nicht das Recht zu, in solchem Falle mit dem einen oder mit dem anderen der streitenden Theile in Separatverhandlungen oder Separatbündnisse zu treten, woraus sich die Folgerung ergibt, dass, wenn ein Bundesstaat in Folge seiner Weigerung einer selbstständigen Parteiergreifung mit Gewalt bedroht werden sollte, er auf

Unterstützung und Vertheidigung des Bundes zu rechnen habe. So fest nun das Vertrauen ist, welches die kgl. Regierung bei dem Eintritt einer solchen Eventualität in die Gesinnungen und Absichten ihrer Bundesgenossen setzen würde, so durfte sie sich gleichwohl der Betrachtung nicht entziehen, dass der derselben zunächst ausgesetzte Bundesstaat sich in solchem Falle vor Allem selbst in die nöthige Verfassung zu setzen hat, um dem von ihm anzurufenden Bunde nicht als wehrloses, sondern als gerüstetes Glied sich zur Verfügung stellen zu können. Zu dieser Erwägung fand sich die kgl. Regierung um so mehr aufgefordert, als ihr Zusicherungen darüber, dass ihr Territorium unberührt bleiben werde, in keiner Weise zu Theil wurden, sie dagegen längs ihrer Grenze und in unmittelbarer Nähe derselben kriegerische Vorbereitungen und erhebliche Ansammlungen von Streitkräften wahrzunehmen hatte. Dennoch hat die kgl. Regierung die ihr durch die Pflichten gegen den Bund sowohl als gegen das eigene Land zur Nothwendigkeit gemachten Vorsichtsmassregeln auf ein sehr geringes Mass zu beschränken bestrebt. Man begnügte sich zunächst damit, die Rekruten der Infanterie und Artillerie, wozu ohnedies das früher als sonst eingetretene Frühjahrswetter Gelegenheit bot, um einige Wochen zeitiger als sonst zu ihrer Ausbildung einzuziehen. Erst als der Konflikt eine ernstere Gestalt anzunehmen schien, wurde zu Pferdeanschaffungen über den Friedensetat geschritten. Da die Reiterei stets für den bundesmässigen Kriegsstand an Kombattanten die Pferde komplet führte, so sind nur einige Hundert Remonten für die Depots bestellt worden. Die Anschaffungen für die Artillerie beschränkten sich nur auf die Feuerlinie und die nothwendigsten Trains. Die Infanterie hat ihren Sommerpräsenz-Dienststand niemals überschritten. Die Einlieferung von Pferden über den Etat, welche für alle Waffengattungen bis jetzt die Zahl von 1073 beträgt, hat erst seit dem 21. d. M. stattgefunden, da bis zum Abschlusse des Kontraktes von keiner Seite Mittheilungen über Abrüstungen eingegangen waren. Nach Eingang der Nachricht von der Bereitwilligkeit der beiden Grossmächte, abrüsten zu wollen, wurde der Lieferant bedeutet, keine weiteren Ankäufe von Pferden zu bewirken, und es sind nur noch den Bestimmungen des Kontraktes gemäss einige Hundert Pferde zu übernehmen, welche bereits für die Regierung angekauft worden waren. Eine Ueberlassung dieser bereits eingekauften Pferde an den Lieferanten gegen eine Entschädigung wurde von diesem nicht angenommen, indem er erklärte: gegenwärtig nicht in der Lage zu sein, diese Pferde veräussern zu können. Obschon

der Herr Graf von Bismarck es nicht für nöthig erachtet, unsere Auslassung über den wahren Thatbestand zu vernehmen, vielmehr sofort sich bewogen gefunden hat, Aufklärungen über den Zweck unserer angeblichen Rüstungen zu verlangen, so dürfen wir doch hoffen, dass auch diesem Theil unserer Darlegung eine eingehende Beachtung nicht werde versagt werden. Verhehlen können wir aber nicht, dass die gegenwärtige Eröffnung uns in nicht geringem Grade überrascht hat. Wir waren bisher der Meinung gewesen, dass wir uns in der Lage befänden, einer Beruhigung zu bedürfen, aber nicht eine solche zu ertheilen. Mehr als einmal trat uns die Erwägung nahe, ob es nicht an der Zeit sei, die an den Grenzen stattfindenden Vorkommnisse zum Gegenstande einer Anfrage zu machen: ob nicht dringender Anlass geboten sei, bei dem Bunde rechtzeitige Vorkehr zu beantragen, oder ihm wenigstens über unsere Lage und das, was wir in derselben zu thun uns genöthigt fänden, Anzeige zu erstatten? Wir haben dies Alles unterlassen, um selbst den möglichen Schein jedes provozirenden Schrittes zu vermeiden. Um so weniger waren wir auf eine solche Aufforderung vorbereitet, wie sie jetzt an uns gerichtet wird. Da diese Aufforderung aber einmal erfolgt ist, so gibt sie uns eben so wohl das Recht, als sie uns die Pflicht auferlegt, mit aller Offenheit zu antworten. Jene Rüstungen — wenn überhaupt die hier getroffenen Vorbereitungen diesen Namen verdienen — hatten keinen anderen Zweck, als das vorzukehren, was jedes und auch ein minder mächtiges Land in der Erwartung eines feindlichen Angriffes vorzukehren hat. Jeder Gedanke einer Bedrohung von unserer Seite lag und liegt uns fern, und wenn bei dem beschränkten Umfange unserer Streitkräfte dieser Gedanke nur insofern eine Bedeutung haben könnte, als es sich um Unterstützung eines von einem mächtigern Staat beabsichtigten Angriffs handeln sollte, so wird, wie wir hoffen dürfen, die Bezugnahme auf den oben dargelegten, den Bundesgesetzen entsprechenden und von uns unverrückt festgehaltenen Standpunkt genügen, welcher jedes solche Unternehmen ausschliesst. Haben wir doch in unserer Erwiderung vom 6. April erklärt, dass wir am Bunde dafür stimmen und danach handeln würden, dass dem Angreifer entgegengetreten werde. Was hier geschehen ist, geschah zur Abwehr und zur Erfüllung der Bundespflicht; und der Herr Graf von Bismarck wird, bei eingehender Erwägung, sich gewiss der Ueberzeugung nicht verschliessen, dass Massregeln der fraglichen Art nicht nur dann, wie er bemerkt, einen Sinn haben, wenn die Neutralität aufgegeben, sondern auch dann, wenn für die Respektirung der Neutralität, die nicht von

uns, sondern allein vom Bunde abhängt, keine Sicherheit geboten wird. Der Herr Ministerpräsident wird dann, so dürfen wir hoffen, uns auch nicht ferner den Vorwurf machen, uns mit unserem eigenen bundesmässigen Standpunkt in einen unlösbaren Widerspruch gesetzt zu haben.

Die königlich preussische Regierung glaubt den hier getroffenen Massregeln einen bedrohlichen Charakter im Hinblick auf den in unserer offiziösen Presse sich kundgebenden feindseligen Geist gegen Preussen beilegen zu sollen. Es würde uns zu weit führen und gewiss nicht zur Verständigung dienen, wenn wir auf dieses Thema näher eingehen und unternehmen wollten, die beiderseitige Presse zu beleuchten und zu untersuchen, wo der Angriff und wo die Abwehr zu finden sei. In dem Kampf der Ansichten und Ueberzeugungen, der sich in den letzten Jahren in Deutschland entsponnen hat, konnte auch die offiziöse Presse sich nicht der Aufgabe entziehen, das was sie nach ihrer Ueberzeugung für Recht und Wahrheit hielt, mit Freimuth zu vertreten. Wir glauben behaupten zu dürfen, dass die unsrige es mit Mass und Anstand gethan hat. Wollte aber in jeder freimüthigen und loyalen Diskussion sofort eine Feindseligkeit erblickt werden, dann würde jener Kampf der Parteipresse allein zu überlassen sein, und wir glauben nicht, dass dies in der Absicht der königlich preussischen Regierung liege. In der unsrigen hat es sicherlich nie gelegen, einen Geist der Feindseligkeit gegen Preussen kundgeben zu lassen, und die königlich preussische Regierung wird nicht vergessen wollen, wie vor wenigen Jahren die sächsische Regierung sich nicht scheute, durch einen offenen Anschluss an Preussen eine feindselige Sprache der gesamten ausserpreussischen Presse gegen sich heraufzubeschwören. Wie aber immer die Haltung unserer offiziösen Presse während der letztvergangenen Zeit beurtheilt werden möge — nirgends wird man darin eine Zeile finden, welche einem Kriege gegen Preussen das Wort geredet hätte. Wohl aber würden wir im Stande sein, in der preussischen offiziösen Presse Stellen nachzuweisen, welche Sachsen als den unvermeidlichen Schauplatz des Krieges bezeichneten. Was wir der königlich preussischen Regierung in unserer Erwiderung vom 6. April zu empfehlen uns erlaubten, das möchten wir auch jetzt ihr dringend ans Herz legen. Möge, wenn die vorstehende Darlegung — wider unser Verhoffen — nicht genügen sollte, es ihr gefallen, sich an den Bund zu wenden; dort wird sicherlich jeder Zweifel über den einem offensiven Zweck völlig fremden Charakter unserer Vorkehrungen schwinden. Wir behalten uns selbst vor, diesen Weg der Aufklärung zu betreten. und wir werden nur zu glücklich sein, durch

ein friedliches Vorgehen unserer mächtigen Nachbarn jeder weiteren lästigen Vorsorge enthoben und in die erfreuliche Lage gesetzt zu werden, die bisher getroffenen Vorkehrungen in Wegfall zu bringen. Einstweilen habe ich mit Beruhigung davon Akt zu nehmen gehabt, dass der königlich preussische Herr Gesandte auf meine Frage, ob unter den in Aussicht genommenen militärischen Massregeln, gegenüber dem Königreich Sachsen, nur solche zu verstehen seien, welche sich innerhalb der preussischen Grenze bewegen, persönlich eine bejahende Antwort ertheilen zu können geglaubt hat. Wir knüpfen daran die zuversichtliche Erwartung, dass die königlich preussische Regierung auch in diesem Umfange dazu in den Verhältnissen keinen weiteren Grund erblicken werde.

XXX. Kapitel.

1866.

Rückblick an der Schwelle einer neuen Zeit.

Bevor ich die Erinnerungen verzeichne, welche sich an die dem Ausbruch des Krieges unmittelbar vorausgegangenen Begebenheiten knüpfen, halte ich es in Betracht der im letzten Kapitel enthaltenen Ausführungen für nicht überflüssig, noch einen letzten historischen Rückblick auf das fallen zu lassen, was mit diesem Krieg aufhörte, nämlich den Bund und die damit verbundene Unabhängigkeit der einzelnen deutschen Staaten.

Gewiss werden viele meiner Leser, auch die wohlwollenden, bei jenen Ausführungen zu der Frage gelangt sein: Wie kommt er dazu, Thränen des Abschiedes einer Schöpfung nachzuweinen, welche dem Volk unsympathisch war und die von den Regierungen selbst verurtheilt und untergraben wurde? Ist er trotz seiner Uebersiedlung nach Oesterreich nicht Deutscher geblieben und muss er als solcher sich nicht der Wandlung freuen, die ein geeintes und mächtiges Staatswesen entstehen liess?

Ich habe an mehr als einer Stelle bereits es ausgesprochen, wie weder mein Auge sich der Grösse dieser Schöpfung noch

mein Ohr den Stimmen der Bewunderung verschliesst, welche sie in und ausserhalb Deutschlands begrüssen. Als Oesterreicher habe ich keinen Beruf, Fragen aufzuwerfen und zu erörtern, welche sich an die Zukunft des neuen Deutschen Reichs knüpfen, und die guten und bundesfreundlichen Beziehungen, welche jetzt Oesterreich mit diesem Reich verbinden, können für mich um so weniger ein Gegenstand der Anfechtung sein, als ich mich nachweislich rühmen darf, die ersten Steine zu diesem Bau gelegt zu haben. Endlich wird man nicht umhin können anzuerkennen, dass Gefühle und Gedanken persönlicher Natur mich in meinen Anschauungen und in meinem Urtheil nicht leiten konnten, denn das Jahr 1866, ohne welches es keinen französischen Krieg und kein Deutsches Reich gegeben hätte, führte mich selbst ungeahnten Ehren und glänzenden, wenn auch vergänglichen Ruhmestagen entgegen, welche nie für mich hätten anbrechen können, wenn der Deutsche Bund geblieben wäre. Wohl aber hätte ich Augen und Ohren der Wahrheit verschliessen müssen, um nicht zu erkennen, dass, abgesehen von aller politischen Rivalität unter den beiden mächtigsten Herrschern Deutschlands, die endliche faktische Lösung der deutschen Frage, wie sie gekommen ist, für Oesterreich nicht die seiner Wahl sein konnte, und wie ich dies an einer andern Stelle im zweiten Abschnitt meiner „Erinnerungen“ ausführe, hauptsächlich darum nicht, weil sie in seine inneren Verhältnisse und Zustände tief und störend eingriff, wobei es bemerkenswerth bleibe, dass diejenigen der Bewohner Oesterreichs, welche dadurch am meisten in Nachtheil versetzt wurden, gerade die waren, die sich am leichtesten darüber trösteten, ja sogar daran Gefallen fanden, nämlich die Deutschen.

Verlasse ich aber den Standpunkt des Oesterreichers und stelle mich auf den des Deutschen, so kann ich Eines nicht ungesagt lassen. Gleichwie es im Privatleben einem Reichgewordenen, einem Mächtiggewordenen nicht gut ansteht, sich seiner Vergangenheit zu schämen, das Gute und Achtungswerthe zu ver-

leugnen, was mit ihr verbunden war, so gilt das Gleiche von Staaten und Völkern.

War denn dieser Deutsche Bund wirklich etwas so Entsetzliches? Thatsache ist es, dass während der fünfzig Jahre seines Bestandes der äussere Friede ungestört blieb und Deutschland in keinen Krieg verwickelt wurde. Wohl sagt man — ich selbst habe es in meiner letzten Delegationsrede 1871 ausgesprochen —, dass dieses glückliche Resultat vornehmlich dem langwährenden Zusammengehen von Oesterreich und Preussen zu danken gewesen sei. Gewiss! Aber dieses Zusammengehen war durch den Bund geschaffen und ermöglicht, welcher das Bindeglied war. So lange jenes Zusammengehen Dauer hatte, gab es keine Regierung in Deutschland, die ein anderes Programm gekannt hätte, als den Anschluss an die vereinten beiden Mächte. Erst nachdem nach 1848 man in Preussen, unter verschiedenen Formen aber stets mit gleicher Konsequenz, die Richtung des allmählichen Hinausdrängens Oesterreichs eingeschlagen hatte, nahmen, wie es nicht anders kommen konnte, die einzelnen Regierungen theils für Preussen, theils für Oesterreich Partei. Vergessen aber sollte nicht werden, dass nie eine der deutschen Regierungen während jener fünfzig Jahre etwas gethan hat, um das Ausland in deutsche Angelegenheiten hineinzuziehen. Hat es Zeiten gegeben, wo man eine gewisse Deferenz für Russland, später vielleicht für Frankreich wahrnehmen wollte, nun so suche man den Grund anderswo als in Frankfurt. Jahrzehnte-lang wurden ja die deutschen Höfe von Wien und Berlin aus in der Furcht Gottes und des Kaisers Nikolaus erzogen, und nicht sie gaben das erste Beispiel des Entgegenkommens gegen Napoleon III. Kam dagegen der Augenblick, wo die deutschen Bundesfürsten zur Vertheidigung gerufen wurden, waren sie stets dazu bereit. So 1840, so 1859. Und noch Eines, was heute übersehen zu werden pflegt: Es ist sehr befriedigend, sehr erwünscht, immer und immer wieder von den erfolgreichen Bemühungen des Deutschen Reiches und seiner Bundesgenossen für die Erhaltung des Friedens zu hören. Allein

je willkommener dieses Resultat der Bemühungen ist, desto zweifelloser folgt daraus mit zwingender Logik deren Nothwendigkeit. Zur Zeit des Deutschen Bundes hörte man selten davon, weil der Friede etwas Selbstverständliches war, was er seit 1866 und 1870 nicht mehr ist.

Das strenge Urtheil, welches über und gegen den Bund erging, traf jedoch zugleich die Vielstaaterei, die Unabhängigkeit der einzelnen Bundesstaaten. Aber kann, darf wohl vergessen werden, dass das Repräsentativsystem seine Entstehung und Entwicklung nicht den beiden Grossmächten verdankte, wo es erst zur Geltung kam, nachdem es in den deutschen Mittelstaaten zwanzig und dreissig Jahre früher seinen Einzug gehalten hatte, und zwar trotz der von Wien und Berlin ihm bereiteten Schwierigkeiten? Kann wohl behauptet werden, dieses System, welches unbestritten Jahrzehnte-lang in Deutschland wie in Frankreich und Italien den Fortschritt bedeutete, sei erst im Deutschen Reich zur höchsten Blüte und höchsten Achtung gelangt? Wohl ist heute die Zahl Derer nicht gering, welche sich des Gegentheils als einer nothwendigen und willkommenen Einschränkung freuen, keiner unter ihnen aber wird eine Bürgschaft dafür bieten, dass nicht Zeiten kommen werden, wo man des Repräsentativsystemes bedürfen wird, nicht als einer Schranke nach oben, sondern als eines Sicherheitsventils nach unten. Diese Zeiten werden kommen, und eine schwere Verantwortung wird alsdann Die treffen, welche heute ihre Macht dazu gebrauchen, muthwillig das Repräsentativsystem zu diskreditiren.

Aber nicht nur auf diesem Felde politischer Gestaltung, auch auf andern Gebieten sowohl der Gesetzgebung als der Verwaltung waren es die Einzelnstaaten und nicht die mächtigsten, welche vorangingen und Erspriessliches leisteten. Ich erinnere an den Eisenbahnbau. Die Strecke Leipzig-Dresden war, nachdem die kleine Nürnberg-Fürther Bahn vorausgegangen, die erste längere Strecke, und die Leipzig-Magdeburger trat ihr später als Fortsetzung zur Seite. Ich war Legationssekretär in Berlin, als das

Leipzig-Dresdener Eisenbahn-Komité gebildet wurde und seine erste Thätigkeit begann. Wie viele spöttische Anspielungen auf die sächsische Superklugheit hatte ich Gelegenheit zu vernehmen! Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der später durch meine Verheirathung mein Oheim wurde, unterliess nicht, Worte vertraulicher Warnung an mich zu richten. Und habe ich nöthig, daran zu erinnern, was die Vielheit der deutschen Residenzen und Hauptstädte für die Pflege der Wissenschaft und Kunst war? Man wird mir einhalten, nichts hindere die Einzelnstaaten, dieser erspriesslichen Thätigkeit sich ferner zu widmen. — Dazu muss freilich bemerkt werden, dass es mehr als einen der wichtigsten Zweige der Gesetzgebung und der Verwaltung gibt, in dem sie nicht mehr das entscheidende Wort zu sprechen haben. Dann aber fehlt aus Gründen, die ich ihrer zarten Natur wegen nicht näher ausführen will, Eines was die grosse Triebfeder für manches Unternehmen war — der Wetteifer unter den selbstständig sich Fühlenden und selbstständig Handelnden.

Treu dem Grundsatz, die Dinge zu schildern, wie sie waren, nicht wie sie gedacht wurden, bin ich in diesem Theil meiner „Erinnerungen“ vielleicht etwas zu aufrichtig gewesen. Der Wahrheit ist damit nicht Eintrag geschehen, entschieden aber müsste ich die Deutung zurückweisen, als könnte ich mit meinen Schilderungen der Vergangenheit den vermessenen Gedanken verbinden, die Gegenwart verdunkeln oder gar verleiden zu wollen. Eine *victrix causa Diis placuit, sed victa Catoni,* kam mir nie in den Sinn. Dazu hätte ein Zurückziehen in den Schmollwinkel gehört, wovon die Deutschen in Wien, wie in London und Paris, kaum etwas bemerkt haben dürften. Wie ich es an irgend einer Stelle bereits ausgesprochen, sind die Ereignisse von 1866 und 1870 vulkanischen Ausbrüchen zu vergleichen. Wohin dann die Erdtheile geschleudert werden, bleiben sie, und thöricht wäre es, sie an ihre alte Stelle zurückschieben zu wollen. Abgesehen von dieser nächstliegenden Betrachtung ist mir nicht unbekannt, dass die deutschen Staaten sich aufrichtig und hingebend in die neue

Ordnung der Dinge eingelebt, sich damit befreundet haben. Namentlich gilt dies von meinem Heimathlande, wo der Erste im Lande mit dem Beispiel einer über jeden Zweifel erhabenen Reichstreue vorangeht. Eine Verleumdung ist es, wenn von Reichsfeindlichkeit in Sachsen gesprochen wird. — Dem Reiche ist niemand feind, von der Reichsgesetzgebung kann allerdings nicht Gleiches behauptet werden, und die sehr empfindlich gewesenen Folgen des Heimathgesetzes mögen manchen stillen Seufzer nach der alten guten Zeit wachgerufen haben. Viele meiner sächsischen Landsleute werden, wenn sie mich lesen, in ihrer Gesinnung gegen das Reich nicht beirrt werden, in ihren Gefühlen aber gewiss nicht verletzt sein.

Im weiten Deutschen Reich aber gibt es Einen, von dem ich überzeugt bin, dass er meine Betrachtungen zu würdigen wissen werde, denn sein eigenes Thun spricht dafür, und dieser Eine ist kein Anderer als Fürst Bismarck. Würde er, der nur dem eigenen Gedanken gehorcht, für die im Bundesrath vertretenen deutschen Einzelnstaaten eine so entschiedene Bedeutung betonen, wie er es sogar auf Unkosten des Reichstags thut, wenn er nicht ihren Werth in derselben Zeit schätzen gelernt hätte, wo seine Frankfurter Berichte es nicht ahnen liessen und in denen er das haltbarste Material für den von ihm aufgeführten Bau gefunden hat?

XXXI. Kapitel.

1866.

Die Vorläufer des Krieges.

In dem von mir bereits einmal citirten Werke „Dreissig Jahre deutscher Geschichte“ von Karl Biedermann heisst es Bd. II S. 455: „Weder liess sich Herr von Beust abhalten, zum Krieg zu treiben, noch Herr von der Pfordten diesem Treiben

nachzugeben," und eine Anmerkung fügt noch dem Worte „Treiben" hinzu: „Dass er es gethan, versicherte Herr von der Pfordten Herrn von Friesen" (bezugnehmend auf die von Letzterem herausgegebenen Erinnerungen). Bemerkenswerth ist dabei zunächst, dass der Verfasser der „Dreissig Jahre deutscher Geschichte" zur Begründung seiner Behauptung sich somit auf eine Autorität beruft, deren Glaubwürdigkeit er aus Anlass eines ihn selbst berührenden Anführens mittelst öffentlicher Erklärung in Frage gestellt, ja welche er in einer spätern Schrift „Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte" wörtlich grober Entstellung der Geschichte geziehen hat. Sollte indessen Herr von der Pfordten wirklich eine solche Aeusserung gethan haben, so würde darauf nicht allzu grosser Werth zu legen sein. Wohl wäre es etwas seltsam gewesen, wenn er sich wirklich in solcher Weise geäussert haben sollte, er der in der bayrischen Kammer eine Sprache geführt hatte, die bei Weitem mehr kriegerisch klang, als es von der meinigen in der sächsischen Kammer gesagt werden konnte, er der als *chef de file* der Mittelstaaten die sächsische Regierung zu dem von ihr beanstandeten Beitritt zu dem österreichischen Mobilisirungsantrag bestimmt hatte; allein den Umständen nach könnte es begreiflich, ja fast verzeihlich gefunden werden. In jenen Tagen, wo Pfordten und Friesen in Berlin unterhandelten, galt es, in der letzten Stunde so viel als möglich zu retten. Ich war entlassen und damals ein todter Mann, womit ich nicht sagen will, dass es ein erlaubtes Mittel der Rechtfertigung sei, die eigene Schuld einem Vertheidigungslosen zuzuschieben, allein Nachsicht hätte ich für Die, welche bei Erfüllung einer schweren Aufgabe sich in solcher Bedrängnis befinden, wie sie damals auf den Abgesandten der Besiegten lastete. Uebrigens komme ich später auf Bayern zurück.

Wohl weiss ich, dass jene Behauptung des Verfassers der „Dreissig Jahre deutscher Geschichte" keine vereinzelte war. Ich habe sie herausgegriffen, weil sie den stärksten Ausdruck für das wählte, was Andere in weniger schroffer Weise aus-

sprachen. Den Vorwurf, Sachsen habe auf den Krieg hingearbeitet, wollte man hauptsächlich mit den sächsischen Rüstungen begründen. Der geneigte Leser möge mir erlauben, die nachstehende Stelle aus einer Rede herauszunehmen, welche ich kurz vor Ausbruch des Krieges in der zweiten Kammer hielt.

„Ich komme," heisst es daselbst, „zu einem dritten Vorwurf[1]), der zu unserer grossen Genugthuung der Regierung in dieser Versammlung gar nicht gemacht worden ist (mit Ausnahme eines einzigen Redners), den ich aber doch berühren muss, weil er noch immer andeutungsweise auftaucht, und sich in einer gewissen Beharrlichkeit gefällt. Es ist dies der Vorwurf der vorzeitigen sächsischen Rüstungen. Ich glaube, die vorgelegten Aktenstücke geben darüber so vollständigen Aufschluss, dass es kaum nöthig ist, darauf zurückzukommen. Indessen, es könnte vielleicht Wunder nehmen, dass die sächsische Regierung in den letzten Sitzungen der Bundesversammlung auf jenen wiederholt ihr gemachten Vorwurf keine Antwort ertheilt hat. Ich will mich hier mit voller Offenheit darüber aussprechen. Wenn die Regierung einer Grossmacht es nicht unter ihrer Würde hält, die Aufstellung einer ganzen Armee vor Deutschland, ja vor ganz Europa damit zu erklären, dass in einem kleinen deutschen Staate einige Rekruten einberufen und einige Pferde gekauft worden sind, nun, so halten wir, die Regierung dieses kleinen Staates, es unter unserer Würde, nachdem wir jener Behauptung widersprochen und sie mit Belegen zurückgewiesen haben, wir halten es, sage ich, unter unserer Würde, auf die Wiederholung dieser Behauptung Antwort zu geben. Indess, hochgeehrte Herren, man könnte vielleicht einhalten, es sei besser gewesen, selbst einen Vorwand, so nichtig er sei, der preussischen Regierung nicht darzubieten. Nun, ich will mich auch hierüber mit möglichster Aufrichtigkeit, soweit man darüber reden darf, aussprechen. Eine gewisse Vorsicht ist die erste Pflicht jeder Regierung. Es ist leicht, Absichten die nicht ausgeführt wurden, es ist leicht, die Voraussetzung solcher Absichten später als eitle Furcht hinzustellen; allein die Vorsicht, die jeder Regierung geboten ist, ist auch mehr oder minder bedingt, und richtet sich danach, wie die Verhältnisse und wie die Personen beschaffen sind, mit denen man es zu thun hat.

---

[1]) Der erste betraf angebliche zu grosse Freundschaft für Oesterreich, der zweite Feindseligkeit gegen Preussen.

„Man soll es vermeiden, abwesende Persönlichkeiten in öffentlichen Verhandlungen zu erwähnen, am wenigsten soll man einen Tadel über sie verhängen. Deshalb bin ich glücklich, in dem Falle zu sein, hier zu unserer Rechtfertigung nur die guten Eigenschaften einer Persönlichkeit hervorzuheben, deren Bedeutung die Gefahren für uns vermehrte. Der hochgestellte Mann, den Sie errathen, zeichnet sich aus durch einen Ehrgeiz, der nicht ein persönlicher Ehrgeiz ist, sondern der wurzelt in einer sehr warmen Liebe zu seinem angestammten Vaterlande; er zeichnet sich aus durch kühne Entschlossenheit des Wollens und Handelns, durch grosse Intelligenz und ein grosses Verständnis der ihm zu Gebote stehenden Kräfte. Stellen Sie neben diese Eigenschaften den Umstand, dass neben manchen glücklichen Fügungen auch die Schwäche und Nachgiebigkeit des Gegners ihm öfters zum Gelingen verhalf, und stellen Sie daneben die Erfahrungen, die wir in Sachsen zu machen hatten, dann werden Sie die Vorsicht begreifen, und Sie werden begreifen, dass manche Nachrichten, die aus guter Quelle kamen und unter anderen Umständen unbeachtet bleiben konnten, für uns zu einer ernsten Mahnung werden mussten. Und wenn ich von diesen Erfahrungen spreche, so brauche ich nicht zurückzugreifen um ein ganzes Jahrhundert, zu bekannten geschichtlichen Momenten, die jedem Sachsen gegenwärtig sind. Die Erinnerungen liegen näher. Ich erinnere an die Vorgänge in Rendsburg, die in diesem Saale so lebhaft besprochen wurden, ich erinnere an die Stellung unserer Truppen in Holstein späterhin, deren gewaltsame Entfernung eingestandenermassen in Aussicht stand, selbst für den Fall, dass der Bund ihr Verbleiben beschlossen und angeordnet hatte. Man wird nach so vielen Erfahrungen es kaum verstehen, wie die offiziöse preussische Presse sich nicht hat scheuen können, uns als den bedrohenden Theil hinzustellen; man begreift nicht, wie man es in Preussen vergessen konnte, dass zu einer Zeit, wo weder von sächsischen Rüstungen noch viel von sächsischer Politik in dieser Sache die Rede war, und die „Leipziger Zeitung“ in selbstständiger Polemik das Kapitel behandelte, dass die Neutralität die angezeigte Politik für die übrigen Bundesstaaten im Falle eines Konfliktes zwischen den beiden Grossmächten sein würde, dieselbe offiziöse Presse in Berlin sich über diesen Einfall belustigte und uns entgegenrief, ob man in Sachsen vergessen habe, dass ein gutes Schlachtfeld und eine gewonnene Schlacht mehr werth sei, als die Freundschaft eines kleinen Staates?“

Ich sehe im Geiste manches ironische Lächeln. Glaubte man denn, werden Einige fragen, die preussische Armee mit der sächsischen aufhalten zu können? Daran hat wohl niemand gedacht, wohl aber hatte man sich dessen zu erinnern, dass gerade das zunächst bedrohte Glied einer Gesamtheit, wenn es auf diese zählen will, am wenigsten selbst lässig und zögernd in der Vertheidigung sein darf.

Nein, was ich bereits früher sagte, wiederhole ich, keine der deutschen Regierungen wollte den Krieg, Oesterreich wollte ihn nicht, und es bedurfte nicht des vom Kaiser Wilhelm 1871 in Gastein gegen mich gesprochenen Wortes, dass er mit schwerem Herzen und nach harten Kämpfen sich zum Krieg entschlossen habe, um davon überzeugt zu sein. Ob Gleiches von seiner Regierung gesagt werden könne, diese Frage überlasse ich Anderen zu beantworten. Keinesfalls wird man dem Fürsten Bismarck vorwerfen können, dass der Gedanke des Krieges bei ihm Folge augenblicklicher Eingebung gewesen sei. Dass, wie es einer seiner Petersburger Kollegen mir einmal versicherte, er damals, also kurz vor Eintritt in das preussische Ministerium, von dem Krieg mit Oesterreich als einem Theil seines Programmes gesprochen, will ich, wie alle mündlichen Ueberlieferungen dieser Art, nicht zu hoch anschlagen; wogegen aber es keine Einrede gibt, das ist das geschriebene Wort, und das findet sich allerdings in den oft genannten Frankfurter Berichten, wo nicht nur die Wahrscheinlichkeit, sondern auch die Nothwendigkeit dieses Krieges weit früher dargelegt wurde.

Und die Vorbereitungen? In Preussen entsprachen sie allerdings dieser Voraussicht. Und in Oesterreich?

Ich habe an einer früheren Stelle meiner Erinnerungen, wo es sich von der vormärzlichen Zeit in Oesterreich handelte, die Erscheinung eines traditionellen Widerspruches hervorgehoben. Auch jetzt sah man Aehnliches: zu früh und zu spät.

Es war in den ersten Tagen des Juni, also zwei Wochen vor Ausbruch des Krieges, dass der damals in Teplitz stationirte

General Baron Ringelsheim in geheimer Mission nach Dresden kam. Sein Auftrag ging dahin, zu erlangen, dass die sächsische Armee schon damals nach Böhmen übertrete. Ich habe nie ermittelt, was zu diesem Schritt den Anlass gegeben haben mochte. Misstrauen war es sicherlich nicht. Möglich, dass man an den Beginn des siebenjährigen Krieges und an den damaligen völkerrechtswidrigen Einfall Friedrich des Grossen in Sachsen gedacht hat, dem die sächsische Armee zum Opfer fiel. Woran man aber jedenfalls nicht gedacht hatte, war, dass, wäre man in Dresden darauf eingegangen, man damit den eben erst wieder betretenen bundesmässigen Standpunkt aufgab, und Preussen eine willkommene Waffe in die Hand gab. Es begreift sich, dass man in Dresden nicht darauf einging. Erfreulich aber war es mir, die Bekanntschaft des Baron Ringelsheim zu machen. Ich sah den eben so unterrichteten als liebenswürdigen Mann einige Wochen später in Teplitz, wo er sich meiner noch zur rechten Zeit dahin gesendeten Pferde annahm, und erst in neuester Zeit, denn während meines Ministeriums hatte er ein entlegenes Kommando, begegneten wir uns wieder. Wir erinnerten uns der damaligen Zeiten und Baron Ringelsheim bemerkte: „Ich habe nie das Wort vergessen, welches Sie in Dresden zu mir sprachen.“ — „Und das war?“ — „Sie sagten: Lasst Euch lieber drei Ohrfeigen geben als dass Ihr losschlagt, bevor Ihr fertig seid.“

Zum Rüsten gehört nicht nur Geld, sondern auch Zeit, besonders wenn nachzuholen ist. Alles kam darauf an, Zeit zu gewinnen, und ein treffliches Mittel dazu bot der von Napoleon III. vorgeschlagene Kongress. Oesterreich lehnte ihn ab oder, was auf dasselbe hinauskam, nahm ihn mit einer der Ablehnung gleichkommenden Einschränkung an, nämlich dem Vorbehalt, dass keine Kombination zur Verhandlung komme, welche einem der eingeladenen Staaten Gebietserweiterung oder einen Machtzuwachs zuzuwenden berechnet sei, wobei man Venetien im Auge hatte. Die Depesche, welche von Wien aus nach Paris, London und Petersburg erging, findet sich abgedruckt in dem von

Schultes herausgegebenen „Europäischen Geschichtskalender". Es ist unmöglich, etwas Würdevolleres noch etwas Ehrlicheres zu lesen, als es dies Aktenstück ist; allein weder der Würde noch der Ehrlichkeit wäre etwas vergeben worden, wenn Oesterreich mit seinem Vorbehalt in der Tasche auf dem Kongress erschienen wäre. Wie es die citirte Depesche selbst zugesteht, war die Fassung der Einladung so, dass man gar nicht genöthigt war, darin die Zumuthung einer Gebietsabtretung erkennen zu müssen. Unehrlich hätte es genannt werden können, obschon in der Politik die Moral ihren eigenen Massstab hat, wenn Oesterreich durch ein Entgegenkommen in Italien eine Hoffnung erweckt hätte, welche zu verwirklichen es nicht gemeint war, aber hier handelte es sich um die Abwehr einer voraussichtlichen Zumuthung, und da schloss kein Gebot der Ehrlichkeit die diplomatische Geschicklichkeit aus, welche es verstehen muss, einer Verhandlung auszuweichen, oder sich darauf einzulassen, ohne bestimmte Verpflichtungen einzugehen. Wie der Meister moderner Staatskunst sich hierauf zu verstehen wusste, darüber kann Graf Benedetti Auskunft geben. Man hat seiner Zeit gesagt, Graf Mensdorff, welcher die von ihm weder gesuchte noch gewünschte Berufung zum Minister des Aeussern nur aus militärischem Gehorsam angenommen hatte, habe in seiner bekannten Bescheidenheit sich nicht der Aufgabe, auf einem europäischen Kongress das Wort zu führen, gewachsen geglaubt. Ich lasse im zweiten Abschnitt meiner Erinnerungen den ausgezeichneten und meist verkannten Eigenschaften des Grafen Mensdorff so unzweideutig Gerechtigkeit widerfahren, dass es mir wohl erlaubt ist, das Wort auszusprechen: er habe besser gethan, im ersten Fall den militärischen Gehorsam nicht zur Richtschnur zu nehmen, nachdem er es aber einmal gethan, im zweiten Fall dabei zu beharren. Eines aber scheint bei der Frage der Kongress-Beschickung vergessen worden zu sein. Der preussisch-italienische Vertrag war ja längst kein Geheimnis mehr, und die Folge davon konnte keine andere sein, als dass Preussen entschiedenes

Interesse hatte, auf dem Kongress eine Annäherung und Verständigung zwischen Oesterreich und Italien zu verhindern, womit die Gefahr verfänglicher Zumuthungen von selbst hinwegfiele.

Ein wesentlicher Theil der Vorbereitung auf einen Krieg besteht aber nächst der Rüstung in der genauen und sicheren Fühlung mit den Kampfgenossen, und es war gerade der wichtigste unter diesen, bei dem diese Fühlung sich vermissen liess. Es wird mir nicht leicht, das Kapitel von Bayern 1866 zu berühren. Ich habe glücklich in diesem Lande gelebt, es war mir stets sympathisch und ich habe ihm ein gutes Andenken bewahrt. Noch schwerer wird mir die kritische Beleuchtung der damaligen Vorgänge durch die Nothwendigkeit, mich mit einem Manne zu beschäftigen, mit dem ich Jahre-lang in treuer Genossenschaft Hand in Hand ging, und den ich aufrichtig zu schätzen wusste. Um so mehr wird mein Urtheil ein objektives und unbefangenes sein. Bevor ich jedoch damit hervortrete, lasse ich eine Aufzeichnung folgen, welche in dem bereits oben angeführten „Europäischen Geschichts-Kalender" von Schultes zu finden ist. Ich würde damit Anstand nehmen, wäre jene sehr schätzenswerthe Sammlung, welche in keiner diplomatischen Bibliothek fehlen sollte, nicht durch eine Vorrede empfohlen, deren Verfasser kein Geringerer ist als — Sybel. Unter seiner Aegide gestatte ich dem Nachstehenden Eingang:

1865, 23. Juli. Herr von Bismarck trifft auf dem Wege von Regensburg nach Gastein in Salzburg, wohin er ihn zu einer Unterredung eingeladen, mit dem bayrischen Minister von der Pfordten zusammen. Ueber das Resultat dieser Zusammenkunft wurde aus anscheinend authentischer Quelle später folgende Enthüllung gemacht:

„Herr von Bismarck eröffnete die Unterredung mit der Erklärung, dass seiner festen Ueberzeugung nach der Krieg zwischen Preussen und Oesterreich sehr wahrscheinlich und unmittelbar bevorstehend sei, und er halte es demnach durch das dringendste Interesse der Mittelstaaten geboten, jetzt schon für eine solche Eventualität ihrerseits Stellung zu nehmen. Es handle sich, bemerkte er weiter, wie er die Sache auffasse, um ein Duell zwischen Oesterreich und Preussen allein, und es werde eine verhältnismässig geringe Interessensumme in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn das übrige Deutschland den

passiven Zuschauer dieses Duells abgebe. Das könne er mit voller Beruhigung. Preussen habe niemals daran gedacht und denke auch jetzt nicht daran, sein Machtgebiet über die Main-Linie hinaus zu erstrecken. Lange werde übrigens die Entscheidung nicht auf sich warten lassen. — Oesterreich sei weder gerüstet noch habe es die Mittel, sich zu rüsten. Ein einziger Stoss, eine Hauptschlacht, und Preussen werde in der Lage sein, die Bedingungen zu diktiren . . . Herr von der Pfordten machte auf diese Auslassungen hin den Einwurf, dass ihm die Achtung der Neutralität denn doch nicht unter allen Umständen gesichert erscheine, und dass beispielsweise Preussen sich leicht veranlasst finden könnte, jene eine Hauptschlacht auf sächsischem Boden zu schlagen. Herr von Bismarck erklärte sofort, dass eine Lokalisirung des Krieges, und zwar durch einen Stoss von Schlesien her, nicht blos beschlossen, sondern auch möglich sei, nicht blos nach seinem Urtheil, dem Urtheil eines blosen Laien, sondern nach dem bereits eingezogenen und auf reiflichster Erwägung beruhenden Gutachten der kompetentesten militärischen Autoritäten. Den Mittelstaaten sei zudem in der Proklamirung ihrer bewaffneten Neutralität noch ein Mittel mehr zur Sicherung jener Lokalisirung gegeben. Bayern aber speziell werde wohl zu erwägen haben, dass es der natürliche Erbe der Stellung Oesterreichs in Süddeutschland sei. Herr von der Pfordten erklärte zur Zeit nicht in der Lage zu sein, Namens seiner Regierung auf den Inhalt der jenseitigen Eröffnungen weiter einzugehen, und lehnte es auch ab, seine Privatansicht darüber zu äussern."

So weit die „aus anscheinend authentischer Quelle gekommene Enthüllung". Wo die „authentische Quelle" zu suchen sei, ist mir nicht bekannt. Sollte sie mehr als Erfindung sein, worüber ich eben so wenig zu urtheilen in der Lage bin, so wäre es allerdings denkwürdig, wenn Fürst Bismarck das Alles kurz vor Abschluss der Gasteiner Konvention geäussert hätte, und den Wiener Blättern wäre es als Beitrag zu ihren schwungvollen Artikeln gelegentlich des siebzigsten Geburtstages des Fürsten zu empfehlen gewesen. Dagegen habe ich aus eigener Wissenschaft Folgendes zu sagen:

Ich hatte unmittelbar nach jener Salzburger Zusammenkunft wiederholte Besprechungen mit Pfordten in München. Dass er

dabei seines Salzburger Gesprächs nicht Erwähnung that, würde weder gegen noch für die vorstehende Relation etwas beweisen, da mein bayrischer Kollege dem Grafen Bismarck Diskretion schuldete, und mir gegenüber nicht zu einer Mittheilung verpflichtet war. Dagegen darf ich nicht unerwähnt lassen, dass bei unseren damaligen wiederholten Begegnungen, und auch bei einer von uns gemeinsam mit dem württembergischen Minister Freiherrn von Varnbüler gepflogenen Besprechung, seine Sprache über die deutschen Angelegenheiten überhaupt und das letzte Stadium der schleswig-holsteinschen Frage genau dieselbe blieb, wie sie zuvor gewesen war, und nicht das Mindeste von einer Schwenkung nach Preussen verrieth. Auch während des folgenden Winters hatte ich keine entgegengesetzte Wahrnehmung zu machen. Dagegen hatte ich allerdings auf der mittelstaatlichen Konferenz, welche im April in Augsburg stattfand, eine sehr auffällige Veränderung in der Sprache des bayrischen Ministers zu bemerken, und mein diesbezüglicher Eindruck war so lebhaft, dass ich einen Augenblick ernstlich daran dachte, anstatt nach Dresden nach Wien zu reisen, um dem Grafen Mensdorff dringend die Frage nahe zu legen, ob Oesterreich nicht besser thun werde, zu einer Verständigung mit Preussen selbst um den Preis eines Opfers die Hand zu bieten. Inzwischen glaubte ich die Frage zunächst meinem königlichen Herrn vorlegen zu sollen, und in Folge dessen unterblieb die Ausführung meines Gedankens. In hohem Grade aber überraschend war es für mich, auf der nächsten Konferenz, die in Bamberg abgehalten wurde, wiederum die alte Sprache zu vernehmen, wie ich sie bei Pfordten in der Zeit der fünfziger Jahre gewohnt war[1]). Es entsprach derselben, dass vor Beginn des Krieges General von der Tann nach Wien ge-

[1]) In dem Biedermann'schen Geschichtswerke wird erzählt, Pfordten habe sich auf der Bamberger Konferenz sehr abträglich über die österreichische militärische Lage geäussert. Es konnte dies nur ausserhalb der Konferenz-Sitzung geschehen sein.

schickt und dort verabredet wurde, dass die bayrische Armee sich mit der österreichischen in Böhmen vereinigen solle. Dies geschah aber nicht, man wollte das eigene Land nicht degarniren und verspielte damit die gemeinsame Sache, denn die Bayern hätten bei Königgrätz den linken Flügel gestellt und an der Schwäche des linken Flügels ging die Schlacht verloren.

Dass ein so widerspruchsvolles Verhalten auch der übelwollendsten Kritik die Thür öffnete und den Verdacht wecken musste, es sei darauf abgesehen, im Trüben zu fischen, war unvermeidlich; meine volle Ueberzeugung aber ist es, dass Pfordten mancher Vorwurf, nicht aber der eines doppelten Spiels oder geheimer Abtrünnigkeit, treffen darf. In seiner Seele kämpften widerstreitende Gefühle miteinander. Die Ueberraschung von Olmütz hatte ich bald verwunden. Pfordten aber hatte nie vergessen, dass 80000 Mann ins Feld gestellt werden mussten, damit eines Morgens die Meldung komme, man könne die „Strafbayern“ entbehren. Wenige wissen gleich mir, wie sehr die Erinnerung an 1850 seine Hand 1866 lähmte. Dann war er entschiedener Vertreter der Augustenburger Sache, aber eben darum verstimmt durch das Vorgehen Oesterreichs in derselben. Wieder kamen Anflüge von bayrischem Patriotismus und bayrischem Chauvinismus, die den Versucher nicht ungehört bleiben liessen — hat doch sogar etwas von Wiedergewinnung des Innviertels verlautet. Und so gelangte mein Urtheil schon damals zu dem Resultat, dass von Unsicherheit, nicht aber von Berechnung gesprochen werden dürfe.

Des Trüben gab es schliesslich viel, zu fischen aber wenig.

XXXII. Kapitel.

1866.

Ausbruch und Aufbruch.

Als ein Beweis mehr gegen die Begründung des Vorwurfs, „ich habe zum Krieg getrieben". kann die Haltung der sächsischen Regierung gegenüber dem österreichischen Antrag wegen Mobilisirung sämtlicher Bundes-Armeecorps mit Ausschluss der preussischen dienen — ein Antrag, dessen Annahme bekanntlich das Ausscheiden Preussens aus der Bundesversammlung und den Ausbruch des Kriegs zur unmittelbaren Folge hatte. Unter den Beilagen meines mehrmals erwähnten Schriftchens gegen den Freiherrn von Friesen befindet sich ein an den König Johann gerichteter Vortrag, wovon mir, gleichwie von dem gleichfalls dort abgedruckten Telegramm, Abschrift überlassen wurde. Ich habe diese Schriftstücke als Beilagen des gegenwärtigen Kapitels aufgenommen. Meine geneigten Leser werden, wenn sie einen Blick darauf werfen wollen, daraus Alles eher als ein „Treiben" entnehmen, wohl aber erfahren, dass man in Dresden ein Wort der Warnung nach Wien richtete, und dem Antrage erst dann zuzustimmen sich entschloss, nachdem Bayern sich dafür entschieden hatte — eine lehrreiche Illustration zu der im vorigen Kapitel ebenfalls erwähnten Behauptung, Pfordten habe mich in Berlin als den genannt, der zum Krieg getrieben hätte.

So wenig nun die sächsische Regierung diesen Vorwurf verdiente, so sehr man, das kann ich versichern, in Dresden bis zum letzten Augenblick die Hoffnung einer friedlichen Beilegung bewahrte — Beweis dafür dass ich die beiden letzten Nächte vor dem Aufbruch nach Böhmen mit Ordnen und theilweisem Verbrennen meiner Papiere verbrachte —, so wenig gab man sich einer unter solchen Umständen unerlaubten Sorglosigkeit hin; vielmehr wurde für den möglichen Ausbruch der Feindselig-

keiten Alles mit einer Präzision vorgesehen und ausgeführt, deren ich deshalb rühmend gedenken muss, weil ein Verdienst dabei zum kleinsten Theil von mir in Anspruch genommen werden könnte, dasselbe vielmehr fast ausschliesslich den Ministern des Kriegs und der Finanzen — Rabenhorst und Friesen — gebührte. Die sächsischen Truppen, 30 000 Mann stark, mit 75 Geschützen, waren, nachdem in Frankfurt die Würfel gefallen waren, am andern Tage schlagfertig auf dem Platz und konnten drei Tage darauf in Böhmen einrücken. Es war dafür gesorgt worden, dass ein Theil der vorhandenen Gelder und Werthpapiere sowie der Kostbarkeiten des Grünen Gewölbes längst verpackt war, und unter der Obhut eines erprobten höheren Beamten, des Geheimrath Freiherrn von Weissenbach, ging der damit beladene Extrazug am Tage nach der Frankfurter Entscheidung über Prag nach München ab, woselbst die königlich bayrische Regierung ein feuerfestes Kassenlokal zur Verfügung gestellt hatte.

Ich habe bei einem früheren Anlass Gelegenheit gehabt, recht bestimmt zu betonen, dass 1866 eben so wenig als 1850 ein Separatvertrag zwischen Sachsen und Oesterreich geschlossen wurde, und Sachsen allein in Erfüllung seiner Bundespflicht in den Kampf trat. Nach dem Friedensschluss hat Minister Friesen dies auch in den sächsischen Kammern erklärt. Es hatte nun an Stimmen nicht gefehlt, welche unter solchen Verhältnissen eine Vereinigung der sächsischen Truppen mit den bayrischen für korrekter und zweckmässiger gehalten hatten. Der Verlauf. den militärisch die Dinge in Bayern nahmen, hat am besten die Wahl der sächsischen Regierung gerechtfertigt; wäre indessen derselbe so gewesen, wie er hätte sein sollen, wäre das mit General von der Tann getroffene Uebereinkommen in Vollzug gesetzt worden, so hätte Sachsen die Aufgabe übernommen, das schwach vertheidigte nördliche Bayern zu decken und der bayrischen Armee die Theilnahme an einer grossen Aktion überlassen, die eben so gut ein Sieg wie eine Niederlage werden

konnte, jeden Anspruchs auf österreichische Unterstützung bei den Friedens-Verhandlungen dagegen im Voraus sich begeben.

Die Vereinigung der sächsischen Truppen mit der österreichischen Armee gibt mir Veranlassung, einem Irrthum entgegenzutreten, dem ich einige Male begegnete. In militärischen österreichischen Kreisen vernahm ich die Ansicht, der grosse Fehler sei gewesen, nicht zur rechten Zeit einen Vorstoss zu machen, welcher die Vereinigung des Kronprinzen und des Prinzen Friedrich Karl von Preussen verhindert hätte, und da wurde denn zur Entschuldigung darauf hingewiesen, dies sei Sachsens wegen nicht geschehen, weil der König nicht gewollt habe, dass sein Land zum Schlachtfeld werde. Sicherlich gab es nie einen Regenten, der väterlicher für sein Volk gedacht und gesorgt hätte, als König Johann, allein einer solchen Schwäche wäre sein mildes Herz nicht fähig gewesen. Nie ist eine derartige Kundgebung erfolgt. Es kann dafür auch das nachfolgende eigenhändige Schreiben des damaligen österreichischen Gesandten in Dresden, Baron Werner, Zeugnis ablegen:

Eurer Excellenz

habe ich die Genugthuung anzeigen zu können, dass ich, in Folge unseres gestrigen Gespräches, autorisirt bin, Ihnen bestimmt zu erklären:

> dass im Falle eines bewerkstelligten preussischen Einmarsches auf die Requisition der königlich sächsischen Regierung auch sogleich österreichische Truppen in Sachsen einrücken werden;
>
> und
>
> dass Oesterreich einen preussischen Einfall in dieses Königreich als einen Bundesbruch, d. h. als *casus belli* ansehen wird.

In bekannter Verehrung

Werner.

Dresden, den 8. Mai 1866.

War nach dem oben Gesagten in Bezug auf das, was das Land verlassen sollte, das Nöthige vorgekehrt, so galt dies nicht minder von dem, was im Lande verblieb. Nachdem beschlossen

war, dass der König mit mir und dem die Armee begleitenden Kriegsminister sich ausserhalb des Landes begeben werde, so wurde von Seiner Majestät für die Zeit ihrer Abwesenheit eine Interims-Regierung unter dem Namen der „Landes-Kommission", bestehend aus den drei übrigen Ministern von Falkenstein, von Friesen und Dr. Schneider und dem General von Engel, eingesetzt, und diese trat sofort in Wirksamkeit. Ihre Mitglieder haben zuweilen böse Tage und harte Prüfungen zu bestehen gehabt, und um so mehr gebührt ihrem Andenken für die ausdauernde und umsichtige Erfüllung ihrer schweren Pflichten uneingeschränktes Lob.

Es ging nun Alles, man könnte sagen programmmässig vor sich. Den Anstoss zur Ausführung des längst Beschlossenen gab die preussische Note, welche in der Hauptsache Folgendes sagte:

„Die königlich preussische Regierung kann in der sächsischen Abstimmung neben der Verletzung des Bundes-Verhältnisses nur einen direkten Akt der Feindseligkeit gegen sich selbst erkennen, und schon die geographische Lage des Königreiches Sachsen in Beziehung auf die ihm benachbarten preussischen Landestheile mache es ihr unmöglich, über die feindliche Stellung hinwegzusehen, welche die königlich sächsische Regierung hiedurch ihr gegenüber eingenommen habe."

Hienächst wurde Sachsen aufgefordert, seine Truppen auf den Friedensstand zurückzuführen, der Berufung des deutschen Parlaments, sobald dies von Preussen geschehe, zuzustimmen, wogegen Preussen Sachsen seine Souveränetätsrechte und sein Gebiet nach Massgabe seiner Reformvorschläge garantirt, d. h. in Unterordnung unter Preussen. Für den Weigerungsfall wurde Behandlung nach Massgabe des Kriegszustandes angedroht.

Die im Laufe desselben Tages verlangte Antwort erfolgte auch umgehend, und zwar besagte sie im Wesentlichen, aber in rücksichtsvoller Form Folgendes:

„Die Grundgesetze des Bundes schliessen bekanntlich die Auflösbarkeit desselben aus. Der Bund dagegen handelt unbestritten innerhalb seiner Kompetenz, wenn er die vollständige

oder theilweise Mobilmachung des Bundesheeres beschliesst, und da hierauf bezügliche Beschlüsse grundgesetzlich nicht an Einstimmigkeit gebunden sind, so ist ein diesfallsiger Majoritätsbeschluss ein verfassungsmässig giltiger. Die königlich sächsische Regierung würde demnach dem unter 1 an sie gestellten Antrage nicht Folge geben können, ohne ihrer Bundespflicht vollkommen untreu zu werden. Was den Antrag unter 2 betrifft, so ist die sächsische Regierung gemeint, auf die baldige Einberufung des deutschen Parlaments mit allem Nachdruck hinzuwirken; sie wird aber solches, den Anträgen ihrer Kammern gemäss, in der Weise thun, dass ein Parlament für ganz Deutschland gewählt werde, und sie geht davon aus, dass die Ausschreibung der Wahlen nicht von einer einzelnen Regierung zu erfolgen habe. Sollte unter diesen Umständen die Regierung Seiner Majestät des Königs von Preussen in der Ablehnung des vorgeschlagenen Bündnisses wirklich einen Grund erkennen, das Königreich Sachsen im Kriegszustand gegen Preussen befindlich zu betrachten und diesem Verhältnisse entsprechend zu handeln, so bliebe der königlichen Regierung nichts übrig als gegen ein solches Vorgehen, mit Bezugnahme auf die Grundgesetze des Bundes, laut und entschieden zu protestiren und die Abwehr des Bundes anzurufen . . .“

Der preussische Gesandte verliess Dresden, und die preussischen Truppen begannen den Einmarsch, welcher in Folge der angeordneten Hemmung des Eisenbahnverkehrs und des Sprengens der Elbbrücke bei Riesa nur langsam vor sich gehen konnte, während die sächsischen Truppen sich nach der böhmischen Grenze zogen. Am Mittwoch, 14. Juni, war die Entscheidung in Frankfurt gefallen, am nächsten Sonnabend begaben sich die Königin, die Kronprinzessin und Prinzessin Georg, samt den Kindern, auf ein nach Aussig gehendes Dampfschiff. Die königlichen Prinzen befanden sich selbstverständlich bei der Armee. Die verwittwete Königin Marie blieb zurück, und ihrem energischen Eintreten hat Dresden die Schonung mancher Anlagen

gelegentlich der sehr unnöthigen Befestigungsarbeiten zu danken [1]. Auch Prinzessin Amalie, deren dramatische Leistungen bekannt sind, verliess Dresden nicht. Nachmittags verliess der König die Residenz, um sich nach dem nahe der Grenze an der Teplitzer Strasse gelegenen Giesenstein zu begeben, woselbst ich mich am Abend ebenfalls einfand.

Aus diesem Tage blieben mir zwei den König charakterisirende Erinnerungen.

Der König war schon einige Stunden früher aufgebrochen, und zwar zu Pferd und in Begleitung des Kriegsministers und anderer höherer Offiziere. Ich hätte mich gern zu Pferd angeschlossen, allein meine sechs Pferde, die ich nicht preisgeben wollte (darunter der Pester Krönungsschimmel), waren bereits nach Prag abgegangen, und der Oberstallmeister konnte oder wollte mir kein Pferd zur Verfügung stellen. In dem Palais des grossen Gartens wurde Halt gemacht und dort fand ich mich zu Wagen ein. Es kamen aber Meldungen, wonach der Aufbruch verfrüht erschien, und Alles kehrte nach der Stadt zurück. Einige Zeit darauf begab ich mich in das königliche Schloss, und dort fand ich den König nicht etwa, wie es bei der in solchen Augenblicken gewöhnlichen Gemüthsstimmung erklärlich gewesen wäre, seinen Gedanken überlassen, sondern ein grosses Akten-Faszikel in der Hand, in welchem er mit derselben Aufmerksamkeit und Behaglichkeit las, als dies acht Tage früher geschehen wäre.

Die Nacht verbrachte ich in Giesenstein, wohin wiederholt mir Boten aus Dresden — die berühmten Chaisenträger — folgten, so dass ich erst in später Nachtzeit zur Ruhe gelangte. In früher Morgenstunde weckte mich ein Befehl des Königs, mich einzu-

---

[1]) Man war damals auf preussischer Seite über Stärke und Bewegungen der österreichischen Armee sehr ungenau unterrichtet, und schlug deren Stärke viel zu hoch an. Es hat sich begeben, dass eines Tages in Dresden Generalmarsch geschlagen wurde, weil eine ungarische Husaren-Patrouille auf einer Rekognoszirung unbehelligt bis nach dem von der Grenze ziemlich weit entfernten Freiburg gekommen war.

finden. Da richtete der König folgende Worte an mich: „Ich habe wenig geschlafen und noch Alles durchdacht. Ich hoffe, der Sieg wird auf unserer Seite sein, und dann könnte vielleicht daran gedacht werden, dass wir unser altes Land wieder erhalten. Das aber ist nicht mein Wille. Es hiesse alte Feindschaften verewigen und selbst schlechte, weil abgeneigte Unterthanen erwerben."

Meine Antwort war, dass ich Seiner Majestät betheuern könne, diese Eventualität bei der diplomatischen Behandlung der jetzt durch das Schwert zur Entscheidung kommenden Frage nie in den Kreis meiner Betrachtungen und noch weniger meiner Berechnungen gezogen zu haben, dass aber, wenn dieselbe durch die Ereignisse herbeigeführt werden sollte, ich mir vorbehalten müsse, die Frage auch nach anderen Gesichtspunkten zu beleuchten. Was ich mir im Stillen dachte, war, dass es nicht so bald nöthig sein werde, deshalb früh aufzustehen.

Diese beiden Erzählungen sind charakteristisch. Die eine zeigt uns ein ruhiges, von keinem Vorwurf belastetes Gewissen, die zweite ein stetes Bestreben, es vor jedem Vorwurf in Zeiten zu bewahren, zugleich aber das Fernsein jeder ehrgeizigen, die strenge Pflichterfüllung überschreitenden Regung.

Der König blieb noch einige Tage an der Grenze, um bei dem Uebertritt seiner Armee gegenwärtig zu sein, ich aber wurde voraus nach Prag geschickt, woselbst mich bereits einige meiner Beamten erwarteten, und wo ich von dem damals in Prag kommandirenden General, Graf Clam-Gallas, auf das Herzlichste begrüsst wurde. Sein und seiner schönen und liebenswürdigen Gemahlin gastliches Haus gehört zu meinen angenehmsten Erinnerungen. Einige Tage darauf kehrte ich nach Teplitz zurück und begleitete von dort den König nach Prag, wo ihn enthusiastische Vivats und Slavas empfingen.

Ich habe den Verlauf dessen, was ich den Aufbruch nannte, darum ausführlich behandelt, weil mir daran gelegen war, den Vorstellungen zu begegnen, welche zu jener Zeit in gewissen

Blättern hervorgerufen wurden und wonach der Einmarsch der Preussen, gleich einem unvorhergesehenen Ereignis, eine Art panischen Schreckens zur Folge gehabt hätte.

Die Nachrichten, die ich aus Dresden empfing, brachten Meldungen über das preussische Verfahren, die für mich persönlich unliebsam waren, dem preussischen Vorgehen aber nicht zur Empfehlung gereichten. Mein damaliger Kollege Friesen, welchem Preussenfeindlichkeit nie vorgeworfen wurde, hat jener Vorgänge in seinen, wie man sich erinnern wird, für mich keineswegs freundlichen Erinnerungen gedacht [1]) und zwar mit dem Bemerken, „dass sie eine um so grössere Aufregung hervorriefen, weil sie, ihrer vereinzelten Erscheinung wegen, den Charakter einer kleinlichen und persönlichen Rache nicht verleugnen konnten“. Ich nehme deshalb nicht Anstand, selbst darauf zurückzukommen, und zwar um so mehr, als die nachfolgende Richtigstellung der Einzelnheiten eher ein milderes Urtheil herbeizuführen geeignet sein wird.

Ich beginne mit den Excessen, die in meiner damaligen Villa in Laubegast verübt wurden, muss aber dem, was darauf Bezug hat, etwas Anderes vorausschicken. Meine Frau, welcher es nicht an persönlichem Muth fehlt, und welche davon während des Mai-Aufstandes Proben abgelegt hatte, blieb in jener Villa mit ihren damals noch sehr jungen Söhnen zurück. Obschon ich nun der Meinung sein durfte, dass sie auf diesem Landsitz weniger belästigt werden würde als dies in der Stadt geschehen konnte, so unterliess ich doch nicht, bei dem Aufbruch telegraphisch in Paris einen Schritt zu thun, damit meine Familie unter französischen diplomatischen Schutz genommen werde. Diesem Verlangen wurde auf das Entgegenkommendste entsprochen, und nicht nur der französische Gesandte davon in Kenntnis gesetzt, sondern auch der damalige Botschafter in Berlin.

---

[1]) Gern schreibe ich der betreffenden Stelle die folgenden Worte nach: „Die Haltung des Publikums höheren und niederen Standes den Preussen

Benedetti, angewiesen, die nöthigen Schritte bei der preussischen Regierung zu thun. Bevor diese Einleitungen getroffen waren, hatte aber der französische Gesandte in Dresden, Baron Forth Rouen, der diesen Posten seit elf Jahren bekleidete und mir ein treu ergebener Freund war, wie er es geblieben ist, meine Frau dringend aufgefordert, ihren Landsitz zu verlassen, und sie selbst mit ihren Kindern und dem Hauslehrer in die Stadt gebracht, wo sie nicht im Minister-Hotel, sondern in einem der grösseren Gasthäuser Wohnung nahm. Einige Tage später brachte Baron Rouen meine Familie selbst über die Grenze.

Am Tage, nachdem die Letztere die Villa verlassen hatte, ereignete sich in derselben der unliebsame Zwischenfall, auf welchen ich, aus Gründen der Objektivität, zurückkomme, wie ich dies weiterhin begründen werde. Folgendes war der wahre Verlauf. Der grössere Theil des Dienstpersonals war in der Villa geblieben, welche den Ausgang auf der einen Seite nach der Elbe, auf der andern nach der nach Pillnitz führenden Strasse hatte. Es wäre vielleicht nichts geschehen, wenn dort das Thor verschlossen geblieben wäre. Allein ein Diener, welchen die Neugierde verlockte, die vorüberziehende Truppenabtheilung zu sehen, hatte sich an das offene Thor gestellt und auf die Frage, wem die Villa gehöre, meinen Namen genannt. Die Folge war das sofortige Eindringen, wobei allerdings ziemlich ungewöhnliche Dinge sich ereigneten. Dass die Villa ihrer Weinvorräthe

gegenüber war eine durchaus würdige, ruhige, aber gänzlich zurückhaltende. Die sonst im Sommer in Dresden so häufigen Konzerte, die täglich an mehreren öffentlichen Orten stattfinden, unterblieben völlig; die letzteren, mit Ausnahme der für die untersten Klassen bestimmten, blieben ganz leer. Die Damen der höheren und mittleren Stände sah man nur selten, und dann in tiefer Trauer auf der Strasse. Ein Umgang der einheimischen Bevölkerung mit den preussischen Offizieren und Soldaten war nirgends bemerkbar."

Ich nehme diese Worte nicht aus „Preussenfeindlichkeit", sondern deshalb auf, weil sie beweisen, wie unbegründet der Vorwurf war, die Politik der Regierung habe sich nicht im Einklang mit den Gefühlen der Bevölkerung befunden.

entledigt wurde, möchte hingehen; nicht aber liess sich Gleiches von der brutalen Behandlung der Dienstboten, wie von dem Erbrechen der Schlösser und der muthwilligen Beschädigung der Meubles sagen. — 1849 hatte ich Insurgenten in meiner Wohnung gehabt und fand, mit Ausnahme einer einzigen Portière, Alles unverletzt wieder.

Dagegen, und das wollte ich nicht ungesagt lassen, ergibt sich aus dem Vorstehenden, dass das Geschehene nicht auf einer höheren Anordnung beruhte, noch beruhen konnte.

Die Friesen'sche Schrift erwähnt noch eines andern mich indirekt berührenden Vorgangs und abermals mit dem Bemerken, dass das öffentliche Gefühl dadurch verletzt worden sei, nämlich das gewaltsame Eindringen in die verschlossene Wohnung einer mir befreundeten und abwesenden Dame, zu dem Zweck der Auffindung wichtiger Papiere. Hier handelte es sich nicht um ein ungeziemendes Verhalten untergeordneter Persönlichkeiten, denn der, welcher die Haussuchung vollzog, war ein hochgestellter Beamter. Inzwischen berechtigt mich nichts, einen höheren Befehl aus Berlin vorauszusetzen, und ich kann nur rühmend erwähnen, dass, als ich im Jahre 1871 den günstigen Moment meines damaligen Honigmondes mit Fürst Bismarck benützte, um das Verlangen zu stellen, dass der preussische Gesandte in Dresden der genannten Dame einen Besuch abstatte, um sein Bedauern über den damaligen Vorgang auszusprechen, der Fürst mein Verlangen begriff und keinen Anstand nahm, demselben zu entsprechen.

XXXIII. Kapitel.

1866.

Die hoffnungsvollen Tage in Prag und die sorgenvollen Tage in Wien. — Der Krieg geht zu Ende und ich mit ihm.

Wer mir in jenen Prager Tagen gesagt hätte, derselbe Dr. Herbst, welcher sich einer mich begrüssenden Deputation von Prager Professoren anschloss, werde zwei Jahre später mein Kollege sein, ich selbst werde binnen weniger als Jahresfrist im böhmischen Landtage sitzen und nach wenigen Monaten schon auf dem Hradschin als Minister beeidet werden! Das Alles lag ausserhalb aller Gedanken, wohl aber träumten wir von dem Einzug der Oesterreicher und Sachsen in Dresden. — Der wahren Siegesnachricht von Custozza folgten andere, die trügerisch waren aber Glauben fanden. Die Stimmung war eine so gehobene und das Pilsner Bier so vortrefflich!

Das diplomatische Corps in Dresden hatte sich, mit Ausnahme des englischen Gesandten, welcher kurz zuvor sein Abberufungsschreiben erhalten hatte und dessen Nachfolger noch unterwegs war, vollzählig in Prag eingefunden, ich hatte Mittel, mit Dresden durch sichere Boten zu verkehren, und so blieb mir das erspart, was in den folgenden sechs Wiener Wochen so schwer auf mir lastete — gezwungener Müssiggang bei verantwortlichem Amte und banger Sorge. — Zu meiner Prager Thätigkeit gehörte aber insbesondere die Korrespondenz mit München, unterstützt durch gleichzeitige Briefe, welche der König an den Prinzen Karl von Bayern richtete und wodurch unablässig die Zweckmässigkeit eines Einrückens der Bayern in Böhmen betont wurde. — Hätten unsere Vorstellungen Folge gehabt, so wäre die Entscheidung bei Königgrätz anders ausgefallen, denn die Schlacht ging an der Schwäche des linken österreichischen Flügels verloren. Ich

habe mich über das, was in Bayern geschah, in einem früheren Kapitel verbreitet.

Jene heiteren Tage von Prag waren von kurzer Dauer. Nur zu bald kamen Meldungen über Stellung und Bewegungen der beiderseitigen Streitkräfte, welche den militärischen Autoritäten bedenklich erschienen. Der König begab sich noch einmal unter seine Truppen und wäre bei dem ersten Engagement geblieben, wenn ihn nicht Feldzeugmeister Benedek vermocht hätte, auf dieses Vorhaben zu verzichten. Ich erhielt Befehl, mich nach Pardubitz zu begeben, von wo aus, da der Eisenbahnverkehr nicht frei war, die Fahrt nach Wien zu Wagen und zwar zunächst mit sächsischen Hofpferden unternommen werden musste. Ich befand mich mit dem König und den beiden Generaladjutanten von Witzleben und von Thielau in einem Wagen. Die Strasse war mit Munitionswagen und anderen Bespannungen militärischen Charakters überfüllt, so dass wir fast unausgesetzt Schritt fahren mussten. „Wenn wir verfolgt werden, haben es die Husaren leicht,“ sagte der König — Worte die in heiterem Tone gesprochen wurden und gleichwohl eine ernste Auffassung der Lage verriethen. In früher Morgenstunde kamen wir in Deutsch-Brod an, am Abend in Iglau, wo übernachtet wurde und wo ich dem damaligen Herrn Bürgermeister für mein vortreffliches Nachtlager ein dankbares Andenken bewahre. Der nächste Tag war der Tag von Königgrätz. Wir kamen in den Nachmittagsstunden in Brünn an, wo ich zum ersten Mal den damaligen Bürgermeister von Brünn, späteren Minister, Dr. Giskra, sah. Die Nachrichten von der Schlacht waren noch nicht entscheidend, und wir setzten nun mit Eisenbahn die Fahrt nach Wien, nicht ohne alle Hoffnung, fort. In später Nachtzeit, in der zweiten Morgenstunde, kamen wir in Wien an, wo ein tieferschütternder Augenblick unserer harrte. Der Bahnhof hell erleuchtet, reich mit Blumen geschmückt, und auf dem Perron der Kaiser, in strammer militärischer Haltung — aber weiss wie seine Uniform. — Mit der verlorenen Schlacht musste er den König begrüssen! —

Sollte ich die vorstehenden Sätze nicht schon einmal geschrieben haben? In der That. Wie ich im ersten Kapitel dieses Abschnittes meiner Erinnerungen bemerkte, begann ich deren Aufzeichnung mit dem fünfjährigen Zeitraum meines Wiener Ministeriums, und dort ist das erste Kapitel fast ausschliesslich der Zeit gewidmet, welche zwischen Königgrätz und meinem Rücktritt als sächsischer Minister innelag. Diese siebenwöchentliche Periode verdiente in der Geschichte meines österreichischen Ministeriums eingehende Erwähnung, weil zwar von meinem Eintritt in kaiserliche Dienste damals nicht im Entferntesten die Rede war, wohl aber ich mehrmals in die Lage kam, in österreichischen Angelegenheiten zur Mitwirkung berufen zu sein. Dahin gehört speziell die Abtretung Venetiens an den Kaiser Napoleon und die Mission, welche der Kaiser mit Zustimmung des Königs mir für Paris anvertraute. Die Leser werden dort des Interessanten so manches finden, in der Geschichte meiner Thätigkeit als sächsischer Minister war jedoch dafür weniger der rechte Platz, mit Ausnahme des Nachstehenden, dessen Wiederholung oder vielmehr doppelte Aufnahme nicht zu vermeiden ist.

Der Tag von Nikolsburg kam nicht überraschend. Ich ward eines Morgens zum Kaiser befohlen. Ich fand dort die Grafen Mensdorff und Esterházy. Der Kaiser eröffnete mir, er sei entschlossen, Frieden zu schliessen, werde jedoch den Krieg fortsetzen, falls der König es verlange. Ich hatte mit dem König Alles und wiederholt besprochen und konnte ohne Zögern antworten: „Wenn umgekehrt," sagte ich, „Eure Majestät erklärten, den Krieg fortführen, jedoch Frieden schliessen zu wollen, falls der König es verlange, würde mein Herr erwidern, er sei bereit, bis auf das Aeusserste im Kampfe auszuharren. Aber auf den Krieg zu bestehen, da Eure Majestät Frieden schliessen wollen, hiesse eine Verantwortung übernehmen, die der König nicht übernehmen kann." Der Kaiser verlangte dann zu wissen, welche Bedingungen der König stelle; ich erwiderte: „Integrität Sachsens

und dessen Beitritt zum Süddeutschen Bunde." Beides wurde mir zugesagt.

Ich begab mich mit den zwei Ministern auf die Staatskanzlei, wo die Instruktionen für die österreichischen Bevollmächtigten, gemäss den kaiserlichen Entschliessungen, aufgesetzt wurden.

Im Verlauf dieses ersten Abschnittes meiner Aufzeichnungen hatte ich wiederholt Veranlassung, mich mit den „Erinnerungen" zu beschäftigen, welche mein sächsischer Kollege, Baron Friesen, im Jahre 1880 erscheinen liess. Ich war genöthigt gewesen, gegen die vielfachen mich berührenden irrthümlichen und thatsächlich grundlosen Behauptungen, welche darin zu finden waren, in einer kleinen Druckschrift, betitelt „Erinnerungen zu Erinnerungen", mit einer scharfen, aber, wie allgemein anerkannt wurde, rein sachlichen, jeder Animosität fremd bleibenden Widerlegung aufzutreten. — Obschon nun, wie ich weiter zu erwähnen haben werde, meine thatsächlichen Anführungen durch die Replik des Baron von Friesen keineswegs entkräftet wurden, und ich insofern keinen Grund hätte, auf dieselben zurückzukommen, so thue ich es doch in Wiederholung eines Wortes, welches ich aus Anlass der Friesen'schen Behauptungen gelegentlich des Maiaufstandes aussprach. Es ist eine unserer Zeit anhaftende üble Gewohnheit, Berichtigungen entweder zu ignoriren oder im Handumdrehen zu vergessen. Wiederholungen sind deshalb nicht von Ueberfluss, sondern geboten.

Das Stärkste und zugleich das für mich Verletzendste, was in den Friesen'schen Erinnerungen mir nachgesagt wurde, betraf mein Verhalten bei und nach den Nikolsburger Präliminarien. Es wurde mir der Vorwurf gemacht, bei diesen Präliminarien die Interessen Sachsens nicht hinlänglich zu vertreten gewusst zu haben. Was ich hierauf erwiderte, findet sich in den nachfolgenden Sätzen meiner damaligen Schrift:

„Ich will jedoch zunächst einige Worte entgegen dem Vorwurf sagen, dass gelegentlich der Verhandlungen der Nikolsburger Prä-

liminarien die sächsischen Interessen nicht hinreichend vertreten und gewahrt wurden. Es war dies nicht meine, sondern die Schuld der Umstände. Ich erinnere mich — nicht in den Friesen'schen Erinnerungen — gelesen zu haben, ich habe den König abgehalten, nach Nikolsburg zu gehen, wobei der freundliche Zusatz nicht fehlte, ich habe es in der Furcht, mein Portefeuille zu verlieren, verhindert. Die Wahrheit ist, dass der König nie daran gedacht hat, nach Nikolsburg zu gehen. Hätte er es thun wollen, so würde ich allerdings davon abgerathen haben, und zwar deshalb, weil damit nichts erreicht worden wäre als eine eben so vergebliche als schmerzhafte Demüthigung, deren Nachklang später ein grosses Hindernis für die Herstellung der mit der Zeit eingetretenen herzlichen Beziehungen zwischen dem König und dem Kaiser Wilhelm gewesen wäre. Ich selbst konnte eben so wenig daran denken, mich nach Nikolsburg zu begeben, nicht, wie Herr von Friesen sagt, weil ich dazu nicht geneigt war, sondern weil ich gewiss sein musste, damit nur dem König eine neue Verlegenheit zu bereiten. Als Herr von der Pfordten in Nikolsburg bei dem Fürsten Bismarck erschien, war, wie mir dies Ersterer bei der Rückkehr nach Wien erzählte, das erste Wort des Letzteren: „Wissen Sie, dass ich Sie gefangen nehmen lassen könnte?" Warum dies nicht geschah, darüber geben die süddeutschen Militär-Verträge Aufschluss. Was mich aber betraf, so war nichts gewisser, als dass ich ohne Umstände nach Spandau abgeführt wurde. Dort hätte mir zwar kaum eine grausame Behandlung und nicht mehr als ein langweiliger, durch die Tagesereignisse verbitterter Aufenthalt in Aussicht gestanden, allein es konnte nicht fehlen, dass der König bei seiner hochherzigen Denkungsart bei den Friedens-Verhandlungen meine Freilassung zur Bedingung gemacht hätte, und so wäre ich zu einem für Preussen werthvollen, für Sachsen völlig werthlosen Kompensations-Objekt geworden. Herr von Friesen bemerkt selbst, dass mir keine geeignete Person zur Stellvertretung zur Disposition gestanden habe, und so blieb nichts Anderes übrig, als die Vermittlung der österreichischen Minister und der österreichischen Unterhändler. An meinen Bemühungen, auf diesem einzig möglichen Wege mehr zu erlangen als erlangt wurde, hat es nicht gefehlt. Ich habe übrigens in einem Privatschreiben, welches ich am 9. August 1866 an den Minister von Falkenstein richtete und welches in der Beilage II zu lesen ist, des Näheren ausgeführt, warum es viel nachtheiliger hätte sein müssen, wenn mit den österreichisch-preussischen Präliminarien zugleich sächsisch-preussische Präliminarien vereinbart worden wären.

Der König hätte sie nicht verwerfen können und sie annehmen müssen; die Stimmung gegen Sachsen, mit der Herr von Friesen in Berlin zu kämpfen hatte, war in Nikolsburg eine dreifach gereiztere.

„Viel zu ausführlich beschäftigt sich Herr von Friesen ferner mit meiner Idee, Sachsen dem Süddeutschen Bunde zuzutheilen. Er irrt in seinen Erinnerungen, wenn er erinnert, ich habe diesen Gedanken trotz der Unmöglichkeit seiner Ausführung bis zum letzten Augenblick festgehalten. Er wurde in die Instruktionen der österreichischen Bevollmächtigten mehr als Verhandlungsobjekt aufgenommen; ich wusste aber, dass bei der blossen Erwähnung Fürst Bismarck aufgesprungen sei und mit Abbruch der Verhandlungen gedroht habe."

So weit meine Entgegnung. Es handelte sich aber auch um Aergeres, denn es wurde behauptet, ich habe trotz der augenfälligen Nothwendigkeit meines Rücktrittes damit gezögert, ja mich geweigert, mich dem Entlassungsgesuch der übrigen Minister anzuschliessen, und nur auf eindringliches Zureden des Königs mich dazu verstanden, nachdem Seine Majestät mir eine Anerkennung meiner Dienste auf mein Verlangen versprochen habe.

Meine Entgegnung, welcher das später folgende Schreiben vorausgeschickt war, womit der König mein Entlassungsgesuch erwiderte, war die folgende:

„König Johann war ein milder, edel denkender Herrscher, aber ein entschiedener Feind alles Unwahren und aller Komödie, und ich frage Alle die ihn gekannt, ja Alle die nur von ihm gehört haben, ob sie glauben, dass es ihm möglich gewesen wäre, einen solchen Brief an einen Minister zu schreiben, der sich geweigert hätte, seine durch das öffentliche Wohl gebotene Entlassung zu nehmen, den er dazu erst überreden musste? Ich frage Alle, die mich je gekannt, ob sie mich für fähig halten, mir in solchem Fall wie ein entlassener Kammerdiener eine gute Abfertigung auszubedingen?

„Ich wiederhole in aller Aufrichtigkeit, was ich gleich zu Anfang gesagt, ich zweifle durchaus nicht an dem guten Glauben des Verfassers der Erinnerungen, wohl aber an der Treue seines Gedächtnisses. Für die Berechtigung dieser Anschauung habe

ich zahlreiche Belege geliefert und ich glaube gern an absichtslose Verwechslungen. Es ist ja möglich, dass ich in dem mehr scherzhaften Ton, den der König mehr als einmal gerügt, der ihn aber auch oft erheitert hat, gesagt habe: ‚Majestät werden mich ja doch nicht in Ungnade entlassen,' und eben so ist es möglich, dass der König geantwortet: ‚Nein, das sollen Sie schriftlich haben.'

„In Wahrheit bestand für den König gar keine Nothwendigkeit, mich zu überreden, nachdem ich alsbald nach Abschluss der Nikolsburger Präliminarien meine Entlassung angeboten, ja mich für deren Nothwendigkeit ausgesprochen hatte. Ich habe absichtlich mein Entlassungsgesuch mit abgedruckt, weil dessen Eingang darauf Bezug nimmt, und es wird wohl niemand einfallen zu glauben, dass ich es gewagt habe, eine Unwahrheit zu sagen, welche, da nur Wochen dazwischen lagen, der König sofort hätte erkennen müssen, und welche hinreichend gewesen wäre, um das an mich gerichtete königliche Schreiben ungeschrieben zu machen.

„Wenn ich, nachdem der König auf den Vorschlag meiner Ersetzung nach dem Abschluss der Nikolsburger Präliminarien nicht sofort eingehen zu wollen erklärt hatte, mich allmählich mit dem Gedanken vertraut machte meine Dienste auch ferner Seiner Majestät und dem Staate widmen zu können, so geschah es in Uebereinstimmung mit den Allerhöchsten Absichten. Der König, der meine Fehler und Schwächen eben so gut kannte, als meine Leistungsfähigkeit und in dieser eine gewisse Elasticität, war der Meinung, dass diese Eigenschaft bei dem Eintritt in ungewohnte Verhältnisse von Nutzen sein könne. Sobald aber das in den Erinnerungen erwähnte Schreiben des Gesamt-Ministeriums vom 7. August ankam, worin Letzteres *in corpore* seine Entlassung einreichte — liess meine Antwort nicht auf sich warten. Dieselbe befindet sich in den Akten des Gesamt-Ministeriums in Dresden. Ich glaube keine Indiskretion mit deren Veröffentlichung zu begehen, nachdem ein Kollege, dessen Ab-

gang in eine viel spätere Zeit fiel als der meinige, nicht behindert war, in ziemlich unbeschränkter Weise vor die Oeffentlichkeit zu treten.

„An die Herren Staatsminister Freiherrn von Falkenstein,
Freiherrn von Friesen,
Dr. Schneider.“

„Das von den Herren Staatsministern Freiherrn von Falkenstein, Freiherrn von Friesen und Dr. Schneider unterm 7. d. Mts. an den Unterzeichneten gerichtete Schreiben ist ihm gestern Abend durch den Kammerherrn von Lüttichau behändigt worden. Er hat nicht gesäumt, solches nebst Anlage heute Morgen Seiner Majestät dem Könige zu unterbreiten und ist in Folge dessen beauftragt, genannten Herren Staatsministern Folgendes zu eröffnen:

„So sehr auch Seine Majestät die Gesinnungen und Anschauungen, welche gedachtem Schreiben zum Grunde liegen, zu würdigen wissen, so haben Allerhöchstdieselben doch nicht zu befinden vermocht, dass diejenigen Umstände, welche nach der Darstellung der Eingabe die Person und Wirksamkeit des unterzeichneten Staatsministers allein angehen, einen begründeten Anlass zu dem Rücktritt der übrigen Mitglieder des Gesamt-Ministeriums abgeben, und Seine Majestät haben um so mehr zu wünschen, dass der gethane Schritt ungeschehen gemacht werde, als eine Verlautbarung desselben im Lande sofort die Erwartung eines vollständigen Systemwechsels nicht blos in den Beziehungen nach aussen, sondern auch in der inneren Verwaltung hervorrufen würde. Abgesehen nun davon, dass, wie die genannten Herren Staatsminister bei genauer Erwägung der Umstände wohl selbst erkannt haben werden, Seine Majestät sich gegenwärtig gar nicht in der Lage befinden würde, wenn Sie dazu geneigt wäre, einen Wechsel in der Besetzung der Ministerial-Departements eintreten zu lassen, so sind auch Allerhöchstdieselben um so weniger gemeint, zu einem solchen System- und Personenwechsel

zu verschreiten, je mehr Sie mit den ausgezeichneten und segensreichen Leistungen der genannten Herren Staatsminister zufrieden zu sein Ursache haben. Mit Rücksicht hierauf ist das heutige Telegramm [1]) über Paris an den Baron Rouen abgelassen worden, um womöglich ein Bekanntwerden des gethanen Schrittes zu verhüten, und es würde Seine Majestät zu bedauern haben, wenn Graf Hohenthal, wie aus einem Schreiben desselben hervorgeht, davon in Berlin Eröffnung gemacht haben sollte.

„Was dagegen den unterzeichneten Staatsminister betrifft, so hat derselbe bereits am Tage der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien vorstellig gemacht, dass, da nunmehr es auf eine Verständigung mit Preussen ankomme, seine Person vielleicht ein Hindernis darbieten werde, dessen Beseitigung zu erwägen sei. Seine Majestät haben diese Erwägung damals ausgesetzt und die Absicht ausgesprochen, unter allen Umständen für die Leitung der Friedensverhandlungen des Beiraths des Unterzeichneten sich zu bedienen. Auch haben neuerdings Seine Majestät genehmigt, dass der Unterzeichnete aus den in einem Schreiben an den Minister von Falkenstein dargelegten Gründen, in Berlin zur persönlichen Theilnahme an den Verhandlungen angemeldet werde.

„In Verfolg der Eingabe der genannten Herren Staatsminister hat der Unterzeichnete seine Entlassung sofort angeboten; es haben jedoch Seine Majestät befunden, dass die erbetene Antwort von Berlin, die stündlich zu gewärtigen steht, abgewartet werde. Fällt dieselbe, wie nach jener Mittheilung zu vermuthen, ablehnend aus, so wird sich das Entlassungsgesuch daran anschliessen und die Allerhöchste Genehmigung erhalten. Seine Majestät lassen es übrigens, was die Departements des Auswärtigen und des Innern betrifft, bis auf Weiteres bei der angeordneten Stellvertretung bewenden und werden nach Ankunft

---

[1]) *Urgent de télégraphier en chiffres à Rouen. Roi regarde démission collective comme non-avenue, veut qu'elle reste sécrète, acceptera la démission de Beust déjà offerte antérieurement à moins que sa mission annoncée dejà à Berlin ne soit agréée.*

des Staatsministers Freiherrn von Friesen wegen des Weitern Entschliessung fassen.

Wien, den 10. August 1866.

gez. Staatsminister Freiherr von Beust."

Diesem offiziellen Schreiben fügte ich die nachstehende mehr private Erwiderung hinzu: „Den geehrten Herren Kollegen halte ich mich verpflichtet, persönlich meinen aufrichtigen Dank für die an mich gerichtete offene Ansprache auszudrücken. Ich hoffe indess, dieselben hegen noch zu mir die gute Meinung, dass es für mich eines besonderen Zuredens nicht bedurfte, um unter den geschilderten Umständen das zu thun, was in solchem Falle Ehre und Selbstachtung gebieten. Deshalb aber, ich bekenne es mit gleicher Offenheit, hätte ich gewünscht, die Herren Kollegen hätten sich auf jene Schilderung beschränkt, weil Sie sicher sein durften, damit den Zweck zu erreichen. In der angebotenen Solidarität erkenne ich in dankbarem Rückblick auf die Vergangenheit eine freundliche Rücksichtnahme. Allein abgesehen davon, dass schon die Pflichten gegen Seine Majestät den König mir nicht erlaubten, dieselbe anzunehmen, so konnte ich meinestheils deren Begründung nicht zugeben, da, wie ich mit aufrichtiger Freude dem Schreiben entnommen, meine Person allein es ist, welche den Stein des Anstosses abgibt, während andererseits ich in meinem persönlichen Interesse den Kollektiv-Entlassungs-Antrag sogar zu beklagen Ursache hätte, insofern derselbe meinem Entlassungsgesuch den Werth, den es überhaupt noch haben kann, dadurch entzieht, dass ihm damit der Stempel der Unfreiwilligkeit aufgedrückt und zu unliebsamen Deutungen Anlass geboten wird. Ich bin vollständig darauf gefasst, in einiger Zeit in den Zeitungen zu lesen: die Landes-Kommission habe einmüthig den Beschluss gefasst, ihre Entlassung zu nehmen, dafern Herr von Beust nicht schleunigst entfernt werde.

„Die ablehnende Antwort von Berlin ist noch nicht abgegangen, ich erwarte sie aber nach Allem was vorausgegangen.

Ich kann also von meinen verehrten Herren Kollegen mit dem aufrichtigen und innigen Wunsch Abschied nehmen, dass noch lange Zeit Ihre bewährte Kraft und Hingebung unserm Königlichen Hause bewahrt bleiben möge. Mögen aber auch, nachdem der zufolge der Versicherung des Herrn von Wurmb einzige ungünstige Umstand beseitigt sein wird, die von ihm hervorgehobenen günstigen Momente ihre volle Wirkung äussern! Ich hoffe darauf mit Zuversicht, hoffe auch, dass, wenn erst die durch die Leiden der Gegenwart begreiflicherweise geschärften Gefühle dem Nachdenken Platz machen werden, man wenig gläubige Seelen für Herrn von Beust's Urheberschaft des Kriegs antreffen und finden wird, dass Sachsen trotz Herrn von Beust nicht die schlechteste Rolle gespielt und trotz Herrn von Beust zuletzt beim allgemeinen Schiffbruch nicht am schlechtesten weggekommen ist.

„Ueber den bisherigen Verlauf der Dinge, namentlich über das, was geschehen und nicht geschehen könnte, werde ich dem Kollegen Friesen Aufschluss geben. Einstweilen erlaube ich mir zur besseren Würdigung der derisorischen Behauptung, in Nikolsburg sei der gute Moment versäumt worden, Folgendes zu erwähnen: Ein Adjutant des Königs von Hannover, der ein eigenhändiges Schreiben seines Herrn überbrachte, wurde samt diesem gar nicht angenommen. Herr von der Pfordten musste zwei Tage warten, bis ihn Herr von Bismarck vorliess, und musste sich mit einem Waffenstillstand, der den Preussen erlaubte, ganz Mittelfranken zu besetzen, begnügen, da ihm als erste Bedingung der Präliminarien eine Gebietsabtretung angesonnen wurde. Herr von Varnbüler reiste gänzlich unverrichteter Sache zurück und erreichte nicht einmal den Waffenstillstand.

Mit gewohnter Hochschätzung und Verehrung

gez. von Beust."

Wien, 10. August 1866.

Das erste offizielle, also ohne Zweifel dem König vorgelegene Schreiben wurde am 10. August erlassen, der Abgang ist auf dem Konzept am 11. notirt und es ist am 13. in Dresden präsentirt. In demselben hatte ich bereits meine Entlassung angezeigt [1]) und in dem nicht offiziellen Schreiben hatte ich bereits von den Kollegen Abschied genommen.

„Was soll man dann von der ganzen Erzählung halten, wonach Herr von Friesen, der seiner eigenen Angabe zufolge am 12. in Wien eintraf, die vergeblichsten Anstrengungen gemacht haben will, um mich zur Einreichung der Entlassung zu bewegen, während mein nur noch von der Berliner Antwort abhängiges Entlassungsgesuch am 13. bereits in Dresden war. Wie ist es dann möglich, dass ‚mein Schwanken während seines ganzen Aufenthaltes in Wien fortdauerte.‘ Aber man darf sich über solche Widersprüche nicht wundern, wenn man zuerst auf Seite 240 liest, wie ich, nachdem er, Herr von Friesen, eine längere Unterredung mit Seiner Majestät dem König gehabt, meine Entlassung gegeben habe und diese sofort genehmigt worden sei, dann aber auf Seite 243, wie er, Herr von Friesen, mit mir nach Hietzing fuhr und den König dort zum ersten Male sah, auf Seite 245 endlich, wie ich auf einmal wieder Minister bin und an einem Ministerrath theilnehme, und allerhand sonderbare Dinge über das, was geschehen müsse, vortrage.

„Ein wenig Chronologie hielt man bisher zur Geschichtsschreibung für erforderlich.

„In der oben citirten Stelle der Erinnerungen und auch später wird mir aus der Veröffentlichung des königlichen Schreibens vom 16. August ein schwerer Vorwurf gemacht. Betrachten wir auch diese Frage etwas näher.

---

[1]) Nicht unbemerkt will ich lassen, dass mein Eintritt in den kaiserlichen Dienst mit meinem Austritt aus dem sächsischen Dienst nicht im entferntesten in Verbindung stand. Erst Anfangs Septembers erhielt ich in Gastein die erste Nachricht meiner Berufung.

„Der König pflegte in seinen an mich gerichteten Briefen mich ‚Liebster Freund' anzureden. Da er diesmal die ungewöhnliche Formel ‚Lieber Staatsminister' wählte, konnte sich dies, bei der Wärme der Ansprache, nur dadurch erklären, dass der Brief eben für die Oeffentlichkeit geschrieben war. Dass derselbe in der Wiener offiziellen Zeitung erschien, beweist allein schon, dass die Publikation auf Wunsch des Königs geschah, denn meine persönliche Stellung in Wien war damals nicht von der Art, dass ich jene Veröffentlichung hätte verlangen oder erlangen können. Herr von Friesen meint, ich hätte den Brief doch einige Zeit für mich behalten können. Meiner Ansicht nach hätte eine spätere Veröffentlichung viel nachtheiliger sein müssen. Im Augenblick der Entlassung selbst begriff jeder Unbefangene die edle Regung des Monarchen. Eine spätere Bekanntgebung dagegen, nach dem Abschluss des Friedens, war weit mehr geeignet, Misstrauen hervorzurufen." —

So weit meine Entgegnung. Seit ich sie schrieb, fand ich unter meinen Papieren einen Brief meines mehrmals genannten Freundes, des Direktors des Staatsarchives, Dr. von Weber, welcher damals mit der Funktion als Referendar beim Gesamt-Ministerium betraut war und aus welchem hervorgeht, dass der Brief in Dresden amtlich veröffentlicht wurde. Die Minister hielten den Abdruck des Schlusssatzes, welcher lautete: „Uebrigens ersuche ich Sie noch auf kurze Zeit, bis ich wegen interimistischer Verwaltung Ihres Amtes Vorkehrung getroffen habe, Ihre Geschäfte fortzuführen", für bedenklich, und er unterblieb nach telegraphisch eingeholter Genehmigung des Königs. In der That findet sich dieser Satz nur im Original, nicht aber in den öffentlichen Blättern.

Es ist eine nothwendige Vervollständigung, wenn ich nachstehend mein Entlassungsgesuch und die Antwort des Königs, die seiner Zeit beide veröffentlicht wurden, nachdem in den vorstehenden Bemerkungen darauf Bezug genommen wird, an dieser Stelle folgen lasse.

Allerdurchlauchtigster, allergnädigster
König und Herr!

„Eure Majestät geruhten auf meinen allerunterthänigsten Vorschlag zu genehmigen, dass ich an den in Berlin zu eröffnenden Friedens-Verhandlungen mich persönlich betheilige. Ich hatte diese Vergünstigung mit besonderem Danke zu verehren, da ich mir dieselbe erbeten hatte, um keinen Zweifel darüber bestehen zu lassen, dass ich mich den durch die Gegenwart gebotenen schweren Aufgaben in keiner Weise zu entziehen gemeint und zugleich bereit sei, den Versuch zu machen, im Wege unmittelbarer und offener Ansprache das, was Seitens Eurer Majestät Regierung geschehen, in das wahre Licht zu stellen, und durch Bekämpfung mancher unbegründeter Voraussetzung jener Verhandlung einen besseren Boden zu verschaffen. Es ist indessen meine Betheiligung daran in Berlin abgelehnt worden.

„Wie Eure Majestät sich gnädigst erinnern, habe ich bereits am Tage der Unterzeichnung der zwischen Oesterreich und Preussen vereinbarten Friedens-Präliminarien die Frage zur Allerhöchsten Erwägung gestellt, ob, da nunmehr eine Verständigung mit der königlich preussischen Regierung anzustreben sei, meine Person nicht ein Hindernis für diese Verständigung darbieten und auf dessen Beseitigung Bedacht zu nehmen sein werde.

„Die obgedachte Rückäusserung kann mich in jener Voraussetzung nur bestärken, und ich halte es daher für eine Eurer Majestät und dem Lande schuldige Pflicht, meine allerunterthänigste Entlassung Eurer Majestät zu Füssen zu legen, so unendlich schmerzlich es mir gerade unter den jetzigen Umständen sein muss, mich dem Dienste Eurer Majestät zu entziehen.

„Es ist eine mehr als siebzehnjährige ministerielle Thätigkeit, die hiemit ihren Abschluss findet. Ihr Anfang war gleich ihrem Ende durch eine tiefgehende Erschütterung unserer öffentlichen Verhältnisse bezeichnet.

„Ich weiss mich frei von dem Vorwurfe, als habe ich die eine wie die andere verschuldet, sondern trage das Bewusstsein in mir, beiden gegenüber nur in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen und Gefühlen meines Herrn und Königs ohne Scheu das Recht vertheidigt und meine Pflichten gethan zu haben.

„Möchten Eure Majestät geruhen, mich in Gnaden zu entlassen, und der Versicherung Glauben schenken, dass ich, eingedenk des hohen Glückes, unter Eurer Majestät Leitung dem Vaterlande meine Kräfte haben weihen zu dürfen, auch ferner bestrebt sein werde mich

der mir zu Theil gewordenen vielfachen und unvergesslichen Beweise von Vertrauen und Nachsicht würdig zu zeigen.

In tiefster Ehrfurcht,

Eurer Majestät

allerunterthänigst gehorsamster

Fd. Freiherr von Beust."

Wien, 15. August 1866.

Antwort des Königs:

„Lieber Staatsminister Freiherr von Beust! Am gestrigen Abend habe ich Ihr Entlassungsgesuch von Ihren bisherigen Funktionen erhalten, und erkenne in den Beweggründen, die Sie bei diesem Schritte geleitet haben, dieselben Gesinnungen treuer Hingebung an Fürst und Vaterland, die Sie in Ihrer ganzen dienstlichen Wirksamkeit bewährt haben.

„Wie schmerzlich mir der Gedanke einer Trennung von Ihnen ist, brauche ich Ihnen wohl nicht erst zu sagen. Seit meinem Regierungsantritte haben Sie mir in guten und bösen Tagen treu zur Seite gestanden und mir täglich Gelegenheit gegeben, Ihre reiche staatsmännische Begabung, Ihre Thätigkeit und unerschütterliche Anhänglichkeit kennen zu lernen. Stets war Ihr Rath ein gewissenhafter und wohlüberlegter, von der Lage der Sache und nicht von persönlicher Neigung oder Abneigung geleiteter, und hat sich in langjähriger Erfahrung vielfach als ein erspriesslicher bewährt. Unser Einverständnis über die wichtigsten Fragen war schnell hergestellt, und wie ich die Ueberzeugung haben konnte, dass in den von Ihnen geleiteten Geschäften nichts Einflussreiches ohne mein Vorwissen geschah, so wusste ich auch, dass selbst bei einer Meinungs-Verschiedenheit unter uns meinen Weisungen streng nachgegangen wurde.

„Die Lösung eines so glücklichen und bewährten Verhältnisses kann mir nicht anders als schwer werden. Wenn ich gleichwohl Ihrem Gesuche hiemit willfahre, so geschieht es nur in Rücksicht auf die von Ihnen geltend gemachten politischen Gründe, die ein Opfer meiner persönlichen Wünsche und Gefühle zum Besten des Landes erheischen, und unter der Versicherung, dass meine Dankbarkeit für die mir und meinem verewigten Bruder geleisteten wichtigen Dienste und meine Gesinnung innigen Wohlwollens und aufrichtiger Hoch-

achtung für Ihre Person auch unter veränderten Verhältnissen unauslöschlich dieselben bleiben werden.

„Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung und der aufrichtigsten Zuneigung, verharre ich, lieber Staatsminister Freiherr von Beust,

Ihr ergebenster

Johann.“

Schönbrunn, den 16. August 1866.

Ein weiteres Schreiben des Königs, welches am nächsten Tage an mich erging, wurde nicht bekannt. Ich bewahrte es mit Pietät als ein theures Andenken, es spricht aber am lautesten gegen die Anschauung, als sei das Schreiben, welches veröffentlicht wurde, ein erbetener Gnadenakt gewesen und deshalb nehme ich es an dieser Stelle auf:

„Schönbrunn, den 17. August 1866.

Liebster Freund!

Ich hoffe nicht, dass Sie sich abhalten lassen, zu mir zu kommen, wenn es Ihnen gefällt. So weit sind wir noch nicht, dass ich Sie nicht sehen könnte, so lange Sie hier bleiben, wenn es nur Ihnen ansteht.

Ihr ergebenster

Johann.“

Ich hatte meine Entgegnung gegen Friesen mit der Erklärung geschlossen, dass, nachdem ich für seine ministerielle Thätigkeit nur Worte der Anerkennung gehabt, ich mich der Verpflichtung, auf eine fernere Polemik einzugehen, im Voraus enthoben erachte. So unterliess ich denn auch eine Antwort auf eine Rechtfertigung, welche mein einstmaliger Kollege in einer Vorrede zu einer zweiten Auflage seines Buches unternommen hatte. So viel ich mich dessen erinnere, wurde dieselbe wenig reproduzirt. Wer davon Einsicht nehmen wollte, würde aber sicherlich anerkennen, dass ich nicht zu weit ging, wenn ich weiter oben sagte, meine thatsächlichen Ausführungen seien dadurch keineswegs entkräftet worden. Um nur das Eine hervorzuheben, was dem in Vorstehendem behandelten Gegenstand angehört, so erklärt Baron Friesen, er habe die weiter oben abgedruckten zwei

Schreiben vom 10. August, welche in Dresden nach seiner Abreise von dort eingegangen waren, nicht gekannt, da ich sie ihm verschwiegen habe. Also von zwei Schreiben, welche persönlich an ihn selbst gerichtet waren, und sein „Bemühen, mich zum Rücktritt zu bestimmen“ gegenstandslos machten, hätte ich geschwiegen?

Es wird mir nicht leicht, auf jene unliebsamen Erörterungen zurückzukommen. Nicht allein, dass ich für Friesen's Leistungen und Verdienste hohe Werthschätzung empfand, so war er mir persönlich sympathisch und unser Verkehr hatte stets einen freundschaftlichen Charakter. Zudem ist er in der Zwischenzeit heimgegangen. Allein ich habe in meinem langen Leben so viel darunter zu leiden gehabt, dass ich an Andere mehr als an mich dachte, dass es hohe Zeit ist einmal klüger zu werden. Nicht um neues Material gegen ihn zu gewinnen, sondern als Beweis für die Richtigkeit meines Ausspruchs, den ich in meiner Entgegnung that und den er mir sehr übel genommen hat, erwähne ich des Folgenden: Unter meinen Papieren befindet sich ein Brief, den Friesen von Berlin aus am 24. August 1866 an mich schrieb. In diesem heisst es unter Anderem wörtlich: „Sobald sich irgend etwas Erhebliches zuträgt, werde ich wieder schreiben. Vor Allem aber bitte ich Sie, gehen Sie jetzt nicht fort von Wien; ich glaube, das Stadium, wo unbedingte Ablehnung der preussischen Forderungen zweifellos war, ist jetzt vorüber. Nun kommt aber das weit schwierigere Stadium der Frage, ob und wie weit man in den Zugeständnissen gehen will, und hiebei erhalten Sie dem König und dem Land Ihren guten Rath.“

Also der Mann, dessen Entfernung man eben erst als durch die dringendste Staatsraison für geboten erklärt hatte, der schon dadurch ein schädigendes Element blieb, dass der König ihn mit ehrenvollen Gnadenbezeugungen entlassen hatte, derselbe Mann war wenige Tage darauf in der Umgebung des Königs nothwendig, um wegen verlangter Zugeständnisse gehört zu werden, während seine Gegenwart im Voraus jede gerechte Beurtheilung möglicher

Zögerungen ausschliessen musste. Hatte ich dann zu viel gesagt, indem ich meinte, Friesen scheine sich von der Bedeutung seiner Worte nicht immer genaue Rechenschaft zu geben?

Als der Brief in Wien ankam, hatte ich es bereits verlassen. Mein Weg führte mich zunächst in das Stillleben des in jener Zeit fast verlassenen Gastein, und zwar in Begleitung eines langjährigen, eben so verdienstvollen als mir befreundeten Untergebenen. Es war der letzte sächsische Bundestags-Gesandte, Geheimrath von Bose. Von Seiten des Königs war es eine letzte, eben so gnädige als zarte Rücksicht, dass dieser Beamte, der augenblicklich ohne Verwendung war, mir in den ersten Anfängen ungewohnter Vereinsamung Gesellschaft leisten solle. Auch meinen Bruder — damals Oberberghauptmann in Sachsen — führte der gleiche Gedanke nach Gastein. Das Verschwinden von der Bühne sollte inzwischen nicht lange währen.







